



# Interview mit Günter Wallraff S.3

# Arbeiterkampf

Jg.9 Nr.165 12.11.79 **Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes** DM 2,-

## Nach Mogadischu jetzt Teheran?

### Kriegsdrohungen gegen den Iran!

Nach der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran wird von imperialistischen Kreisen immer offener und unverhohlener eine militärische Intervention gegen den Iran gefordert, unter dem Deckmantel der „Befreiung“ der Geiseln.

„Eine Weltmacht verliert ihr Gesicht“ schreibt klagend Springers „Welt am Sonntag“, um nach einer Schilderung der Besetzung zu dem Schluß zu gelangen: „Das Völkerrecht ist gebrochen. Amerikanisches Eigentum zerstört, amerikanisches Leben in Gefahr – alles ein Grund genug für eine Kriegserklärung.“ Klagend führt sie weiter aus, daß sich die USA diese „Demütigung“ gefallen lasse und erinnert an militärische Überfälle der Imperialisten in jüngster und älterer Vergangenheit: Entebbe, Mogadischu, den Überfall auf China nach

dem Boxeraufstand („Pardon wird nicht gegeben!“ befahl Wilhelm der II.) oder den Einfall von Ledernacken 1975 in Kambodscha. Die „Bild am Sonntag“ fragt schon: „Sturm auf US-Botschaft?“

Gleichzeitig wird in den USA eine massive antiiranische Stimmung geschaffen, die jede militärische Intervention im nachhinein rechtfertigen würde.

Die Imperialisten sehen heute die Chance, sich für die Niederlage im Iran zu rächen und gleichzeitig verlorengegangenes Terrain militärisch wieder zurückzugewinnen. Bei der heute offen angekündigten Möglichkeit einer militärischen Intervention ist von vornherein ausgeschlossen, daß es bei einer bloßen „Befreiung“ der Geiseln bleibe. Eine Intervention in den Iran würde unwei-



Massendemonstration in Teheran klagt die Komplizenschaft von USA und dem gestürzten Schah-Regime an

gerlich einen Krieg gegen den Iran nach sich ziehen, da anders als in Entebbe oder Mogadischu mit sofortiger Gegenwehr der Bevölkerung und militärischer Einheiten zu rechnen wäre. Gleichzeitig würde eine solche militärische Aktion die Gefahr einer

Konfrontation mit der an Iran angrenzenden UdSSR heraufbeschwören. Diese vielschichtigen militärischen und politischen Probleme haben bisher die US-Imperialisten offensichtlich vor einer Intervention zurückschrecken lassen – keineswegs jedoch

die Sorge um das Leben der Geiseln. Letztlich jedoch waren solche Gefahren für den Imperialismus noch nie Anlaß zur Zurückhaltung, wenn es um die Demonstration, den Erhalt oder den Ausbau der eigenen Macht ging. Fortsetzung auf Seite 4

## Erster Lehrerstreik in der BRD Regierungen drohen mit Verbot!

In drei Bundesländern, Hamburg, Hessen und Niedersachsen, entschieden die Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), am Dienstag den 13.11. eine zwei-stündige Arbeitsniederlegung durchzuführen. Sie wollen damit ihrer Forderung nach Einführung der 40-Stunden-Woche auch im Schuldienst Nachdruck verleihen. Dieses wäre der erste Lehrerstreik und auch der erste Beamtenstreik in der Geschichte der BRD. Diesen Aktionen kommt insofern große Bedeutung zu, als den Beamten von der Bundes- und von den Landesregierungen generell das Streikrecht bestritten wird.

In Hamburg haben sich in einer Urabstimmung 81,2% der ca. 10.000 Mitglieder für die Arbeitsniederlegung ausgesprochen. In Hessen und Niedersachsen ergaben Mitgliederumfragen jeweils 5500 Ja-Stimmen. Beide Landesverbände hatten sich ein Ziel von 5000 Stimmen gesetzt. Diese Ergebnisse haben deutlich gemacht, daß sich große Teile der Lehrerschaft nicht länger mit Verhandlungen vertrösten lassen wollen, Verhandlungen, die jetzt schon seit Jahren hinausgezögert werden.

Von staatlicher Seite aus ist auf die Beschlüsse innerhalb der GEW

mit Verbot und Ankündigung von Disziplinarmaßnahmen geantwortet worden. In Hamburg erwirkte das Senatsamt für den Verwaltungsdienst vor dem Verwaltungsgericht einen vorläufigen Beschluß, nach dem es der GEW untersagt wird, zum Streik aufzurufen und diesen durchzuführen. Falls es dennoch zum Streik kommen sollte, wurde der GEW eine Geldstrafe von 40.000 DM angedroht. Die GEW hat hiergegen Widerspruch eingelegt, über den am Montag den 12.11. entschieden wird. Gleichzeitig rief sie für Montag Abend eine Vertrauensleuteversammlung ein, auf der die endgültige Entscheidung gefällt werden soll.

In Niedersachsen hat das Kultusministerium umgehend disziplinarische Vorermittlungen gegen alle Vorstandsmitglieder der GEW eingeleitet, um ihnen die weitere Ausübung ihrer Amtsgeschäfte (als Lehrer und teilweise als Schulleiter) zu untersagen. Gleichzeitig wurde angekündigt, daß gegen alle Streikenden Disziplinarverfahren eingeleitet würden. Der geschäftsführende Vorstand der GEW reagierte hierauf mit einem Brief an alle Kreisverbände, unabhängig von diesen Maßnahmen den Streik zu organisieren.

In Hessen ließ das Kultusministerium in allen Schulen Briefe aushängen, nach dem alle Streikenden Disziplinarverfahren zu erwarten haben.

Man darf nun gespannt sein, ob die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer diese beschlossenen Streikaktionen tatsächlich durchführen werden, womit sie sich teilweise gegen ihre Parteifreunde in den Landesregierungen stellen müßten. Am Montag den 12.11. wird der Hauptvorstand der GEW-Bundesorganisation tagen, um eine Entscheidung zu fällen. In der Vergangenheit hat es schon mehrmals Streikbeschlüsse von Landesverbänden der GEW gegeben, die jedoch jeweils vom Bundesvorstand zunichte gemacht wurden. In diesem Falle könnte dies jedoch nur unter erheblichem Gesichtverlust der Gewerkschaftsführung geschehen, die selbst die Auseinandersetzung um die Verkürzung der Arbeitszeit zum Schwerpunkt der GEW-Aktivitäten bestimmt hat. Die Stimmung an der Gewerkschaftsbasis steht nach den Abstimmungsergebnissen jedenfalls eindeutig auf Sturm (weitere Informationen im Komplex Betrieb und Gewerkschaft).

## Zu Gast bei den Grünen

Am 3./4.11. fand in Offenbach der sog. Programmkongreß der Grünen, Bunten und Alternativen Listen statt. Allerdings: Mehr als Gäste waren die Bunten und Alternativen nicht. Wichtige politische Fragen stimmten die Grünen unter sich ab. Bunte und Alternative wurden erst gegen Mittag des zweiten Tages zur Debatte zugelassen. Ziel des Kongresses war es ursprünglich gewesen, die Präambel eines zukünftigen Programmes zu verabschieden. Dazu hatte eine gemeinsame Programmkommission (11 Grüne, 4 Bunte/Alternative) einen Entwurf vorgelegt, auf den man sich in Offenbach freilich nicht einigen konnte. Zu stark war die Kritik an dem Text, in dem sich vor allem die Bunten/Alternativen mit ihren Positionen und Grundsätzen nicht wiederfinden konnten. Trotz der – gemessen an sonstigen bundesdeutschen Parteitage – interessanten Debatte am Sonntag soll es nach dem Willen der Grünen kein zweites derartiges Zusammentreffen mit den Bunten/Alternativen geben. Stattdessen soll die Parteigründung am 12./13. Januar allein durch Delegierte der grünen Kreis- und Landesverbände vollzogen werden, ein ungewöhnliches Verfahren, das sich nur mit den Ausgrenzungsabsichten der grünen Strategen erklären läßt. In der Tat steht zu befürchten, daß ein Unvereinbarkeitsbeschuß – in Offenbach noch mit knapper Mehrheit abgelehnt – auf dieser Basis durchkommen könnte. Ausführliche Berichte und Kommentare auf den Seiten 5 - 7



## Kinder oder keine entscheiden wir alleine!

Ca. 3.500 Frauen demonstrierten am 10.11.1979 auf Initiative mehrerer Frauengruppen aus Hessen und Rheinland-Pfalz in Mainz u.a. mit dieser Parole durch die Bischofsstadt, um sich gegen die sich in letzter Zeit mehrenden Angriffe aus der klerikalen Ecke zu wehren. Die Demonstration war geprägt von alten und neuen Parolen gegen den § 218 und immer wieder gegen die Pfaffen, so u.a.: „Das Diktat zur Schwangerschaft, das gehört jetzt abgeschafft“ – „Was schert sie Frau, was schert sie Kind, sie sind auf beiden Eiern blind!“ – „Die Pfaffen morden selber viele Kinder – beim Onanieren im Sommer und im Winter!“

Als Höhepunkt wurde auf der Abschlußkundgebung eine Anti-Messe

celebriert, in der Pfaffen, Ärzte und Reaktionäre aller Schattierungen kräftig durch den Kakao gezogen wurden – alles in allem eine sehr gelungene Aktion, die beweist, daß es die Bewegung gegen den § 218 wieder gibt (vgl. auch Artikel auf den Frauenseiten in diesem AK)!

P.S. Logisch, daß ca. 30 Gegendemonstranten (vorwiegend Männer) mit Parolen wie „Abtreibung ist Mord“ und „Mach aus deinem Schoß keine Mördergrube“ kein Gehör fanden. Sie wurden von den Frauen völlig ins Abseits gedrängt.

AG Frauen Hamburg



# Dem „Wunder von Stammheim“ auf der Spur?

## Israelischer Geheimdienst

### Stammgast in bundesdeutschen und Westberliner Knästen

Nachdem der „Spiegel“ am 29.10.79 den Zugang israelischer Geheimagenten in bayerische Gefängnisse enthüllt hatte, sickerten in den darauffolgenden Tagen immer mehr Mosaiksteinchen ans Tageslicht, die die Verfilzung deutscher und ausländischer Geheimdienste erneut offenbaren. So ließen die in die Ecke gedrängten bayerischen Behörden verlauten, daß die bei ihnen enthüllte Praxis auch in West-Berlin an der Tagesordnung sei. Am 9.11.79 veröffentlichte „Die Zeit“ ein „Dossier“, wonach die Kombination weiterer Fakten es möglich erscheinen lassen, daß der Kopf der Palästinensergruppe als agent provocateur im Auftrag des israelischen Geheimdienstes Mossad handelte.

In seiner Ausgabe vom 29.10. berichtete der „Spiegel“, daß in bayerischen Haftanstalten vier Palästinenser der PLO „Besuch“ von israelischen Geheimdienstlern bekommen hatten. Nach Informationen der PLO ist dabei der im Juli wegen angeblicher Urkundenfälschung zu einer viermonatigen Haft verurteilte Mohammed Jussef „durch Drohungen und Drogen gezwungen (worden), einen Mordauftrag zu übernehmen: Jussef sollte den Geheimdienstchef der PLO, Abu Ijad, in Beirut liquidieren“. Ihm wurde mit Repressalien gegen seine Familie im besetzten Westjordanien gedroht, wenn er den Auftrag nicht bis zum 15.10. dieses Jahres erfülle. Nachdem Jussef seine Strafe in Straubing abgesessen hatte und abgeschoben worden war, informierte er Abu Ijad über den erpreßten Auftrag und brachte sich wenige Tage später selbst um, denn „er sehe, um

israelischen Geheimdienst Mossad zusammen (s. AK 136). „Unterrichtete Kreise in Tel Aviv“ bestätigten dies gegenüber dpa („Welt“, 17.8.78). „Deutsche Sicherheitsstellen“ sahen sich bemüßigt, die Meldung als „hübsches Märchen“ zu bezeichnen („Hamb. Abendblatt“, 18.8.78).

#### Keine „bayerische Spezialität“

So sind die israelischen Verhöre in Straubing auch ganz und gar kein Einzelfall: Die Verhöre haben außerdem in den Knästen von „Amberg, Landsberg und München stattgefunden, wo die Araber inhaftiert waren. Ein weiterer Gesprächsort war auch das Bayrische Landeskriminalamt (LKA) in München“ („Südd. Zeitung“, 31.10.79). Und auch in Westberlin sagten drei angeklagte PLO-Mitglieder im Prozeß aus, mehrmals vom israelischen Geheimdienst ver-

Antrag auf eine siebentägige Befreiung von der Meldepflicht, da er seine Tochter in Stuttgart besuchen wollte. Dieser Antrag wurde genehmigt und zusammen mit einem Paß El Harti ungewöhnlich schnell zugeleitet. Wiederum ein merkwürdiges Entgegenkommen Westberliner Behörden dem Kopf einer „palästinensischen Terrorgruppe“ gegenüber, zumal er schon vor seiner Verhaftung als „Waffenträger“ bekannt gewesen sein soll. Am 25.5. reist El Harti mit der Erlaubnis nach Westdeutschland aus und verschwindet dann für immer. Erst am 22.6. erkundigt sich der zuständige Staatsanwalt bei den Behörden, wo denn El Harti sei.

Diese Fakten lassen zumindest die Vermutung zu, daß El Harti ein im Auftrag der Israelis handelnder Agent provocateur sei, welcher auf Betreiben des israelischen Geheimdienstes mit deutscher Hilfestellung von der Bildfläche verschwinden konnte — zumal politische Konstellationen dem ganzen einen Sinn geben könnten:

Zum Ärger der Israelis hatten BRD-Politiker einen „Waffenstillstand“ mit der PLO vereinbart: der SPD-Vorsitzende Brandt traf in Wien PLO-Führer Arafat, Ende 78 besuchte Bundesinnenminister Baum Libyens Staatschef Ghaddafi und im Frühjahr 79 führte BKA-Beamte mit dem „Sicherheits“-Stab der PLO heimliche Gespräche in Beirut. Ein von den Israelis provoziertes „PLO-Anschlag“ in der BRD hätte diesen „Waffenstillstand“ zugunsten Israels gefährdet. Erwies sich diese These als wahr, hätten westdeutsche Geheimdienst- und Justizbehörden einem israelischen Komplott gegen die Bundesregierung Hilfestellung geleistet.

#### Nicht der erste Fall

Bereits 1973/74 sind Palästinenser in Westberliner U-Haft von Geheimdiensten (vermutlich von amerikanischen und israelischen) verhört worden. Alle diesbezüglichen Beweisanträge der Verteidiger wurden damals vom Gericht abgelehnt. „Später wurde deutlich, warum. In einem vertraulichen Brief (nur für den Dienstgebrauch) vom damaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Nolau, wies dieser ausdrücklich darauf hin, daß er dem vernehmenden Beamten und einem Dolmetscher keine Aussagegenehmigung vor Gericht erteilen würde, da ein Auftreten der beiden die Erfüllung der öffentlichen

Aufgaben des Amtes ernstlich gefährden würde. Wird der Vernehmungsbeteiligte namentlich genannt (Wulf), so ist die Identität des arabisch sprechenden Dolmetschers nie geklärt worden“ („TAZ“, 2.11.79).

In anderen Fällen sind auch Angehörige deutscher Geheimdienste ohne Kontrolle zu Haftlingsvernehmungen in die Knäste gekommen („FR“, 5.11.79).

#### Strafprozeßordnung durch „geheime Richtlinien“ aufgehoben

Auf die Frage, ob die Verhörten Palästinenser bei den Vernehmungen wußten, mit wem sie es zu tun hatten, antwortete BND-Chef Kinkel „mit schöner Offenheit: „Nein, natürlich nicht“ („Spiegel“, 5.11.79).

Paragraph 136a der Strafprozeßordnung, ein elementares Grundrecht des Strafverfahrens, verbietet bei Vernehmungen jede Täuschung, die „die Freiheit der Willensentschließung und der Willensbetätigung“ des Beschuldigten beeinträchtigen könnte, „und stellt solche arglistigen Tricks als verbotene Vernehmungsmethoden auf eine Stufe mit der Folter“ („Spiegel“, 5.11.79). Entgegen dieser Bestimmung gibt es — wie der „Spiegel“ enthüllte — „geheime Richtlinien für die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden mit den Geheimdiensten. Die geltende Fassung, VS-Nur für den Dienstgebrauch“, stammt vom 23. Juli 1973. Nach Paragraph 15 dieser Richtlinien dürfen Geheimdienstagenten inhaftierte Beschuldigte zur Sache ausfragen, wenn sich ein Richter oder Staatsanwalt (!) damit einverstanden erklärt“ !! Nach Meinung des ehemaligen Senatspräsidenten am BGH, Jagusch, verstößt eine solche „Richtlinie“ „eindeutig“ gegen den Paragraphen 161 („Spiegel“, ebd.).

Mit anderen Worten: dies ist geheime Rechtsbeugung! Verständlich, daß der für den BND zuständige Staatssekretär Schüler „jede Stellungnahme zu den angeblichen geheimen Richtlinien“ ablehnt („FR“, 5.11.).

#### Die Peinlichkeit aus der Welt schaffen

Um die nicht mehr zu leugnenden Verhöre in Bayern schnellstens wieder vergessen zu machen, um die „Affäre“ endgültig zu „bereinigen“ und „den Streit aus der Welt zu schaffen“

(„Südd. Zeitung“, 3.11.), sollen die bayerischen PLO-Häftlinge nun gnädigerweise in Kürze vorzeitig entlassen und abgeschoben werden.

#### Israelischer Mordplan — eine „Legende“?

Daß der israelische Geheimdienst in Straubing nicht nur zu „Informationszwecken“ verhört hat, sondern Mohammed Jussef sogar zum Morden erpressen wollte, wird freilich allseits als „abenteuerliche Geschichte ohne Beweise“ (Bölling; nach „Spiegel“, 29.10.) abgetan. „Beruhigenderweise“ waren ja — wie Tandler behauptet — bei allen „Gesprächen“ Beamte des bayerischen LKAs dabei, und deshalb auch „lasse sich ausschließen, daß körperlicher Zwang angewandt worden sei oder Medikamente verabreicht worden seien“ („Tagesspiegel“, 30.10.79). Der „Spiegel“ (29.10.) dagegen hält es für „wahrscheinlich“, daß die Israelis „Gelegenheit hatten, ohne die sonst erforderliche richterliche Genehmigung die einsitzenden Araber allein zu besuchen und dabei gar zur Mitarbeit zu pressen“. Diese Vermutung stütze sich nicht nur auf die Angaben von Jussef, sondern „auch auf die Kenntnis israelischer Geheimdienstmethoden“.

Wie dem auch sei — mit oder ohne LKA —, die Bereitschaft deutscher Behörden und Politiker, sich auch bei der „Terroristen-Bekämpfung“ auch krimineller (israelischer) Geheimdienstmethoden zu bedienen, wäre ebenfalls nicht neu: während der Schleier-Entführung 1977 arbeiteten in Bonn „derweil Planungsgruppen im Innenministerium, Justizministerium und Kanzleramt an Fallstudien. Ganz neue Gedanken, abenteuerliche Einfälle zum Teil, werden ernsthaft diskutiert: ... Die Häftlinge könnten, wie von den Entführern gewünscht, ausgeflogen werden. Anschließend würden sich befreundete Nachrichtendienste — gedacht ist an den CIA und den Mossad der Israelis — an ihre Fersen heften und sie entweder wieder festnehmen oder sie liquidieren (!!)“ („Stern“, 24.10.77).

Für „abenteuerliche Einfälle“ mit Hilfe in- und ausländischer Geheimdienste sind bundesdeutsche Knäste offenbar besonders gut geeignet...

Westberliner Antirepressionskommission des KB und Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Stammheimer Knast: Ausgerechnet hier sollen sie nicht gewesen sein?

seine Familie vor Repressalien zu schonen, keinen anderen Weg; seine Widerstandskraft sei in Straubing durch Medikamente gebrochen worden“ („Spiegel“).

Auch wenn der Sprecher des Münchner Innenministeriums noch versucht hatte, dies alles als Lügenmärchen hinzustellen („Weder geheimen noch sonstige Israelis sind am Werk gewesen“, „Spiegel“), bestreitet inzwischen niemand mehr die Verhöre des israelischen Geheimdienstes in bayerischen Knästen.

Angeblieh soll der Bundesnachrichtendienst (BND) die Israelis als eigene „Spezialisten“ und Dolmetscher gear- tet zu Vernehmungen mit in die Haftanstalten genommen haben.

Bayerns CSU-Innenminister Tandler erklärte dazu, dieser „Skandal ersten Ranges“ sei „vom BND zu verantworten und damit vom Bundeskanzleramt, dem der BND unterstehe“ („Südd. Zeitung“, 30.10.79). Nach der Darstellung des Bonner Regierungssprechers Bölling „bot der BND die „Fachleute“ an, nachdem sich das bayerische LKA mit dem BND „ausgetauscht“ hatte. Alles andere falle in die Zuständigkeit des Landes Bayern“ („Tagesspiegel“, 30.10.79).

Im übrigen hält Bölling den ganzen Vorfall für einen durchaus normalen und rechtmäßigen Vorgang: „Die Beratung der bayerischen Landespolizei durch erfahrene Kriminalisten, die über personelle Kenntnisse im internationalen Terrorbereich verfügen, habe eindeutig im Interesse der Abwehr gelegen. Der Vorschlag des BND, die zwei Israelis zu den Vernehmungen zuzuziehen, sei gerechtfertigt gewesen (!)“, denn „bei den Häftlingen habe es sich um Araber gehandelt, die entschlossen gewesen seien, Gewalttaten in der Bundesrepublik auszuführen. Angeblich hätten sie unter anderem ein Attentat auf den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Berlin, Heinz Galinski, geplant“ („FR“, 30.10.).

Diese Behauptung, Galinski solle von „Terroristen“ ermordet werden, ist nicht neu. Mit der gleichen Horror-Story begründete im Mai 1977 der Ex-„Terrorist“ Hans-Joachim Klein seinen Ausstieg aus der RAF-Szene. Ein gutes Jahr später schrieb die rechte Pariser Tageszeitung „L'Aurore“ (16.8.78), Klein arbeite mit dem

hört worden zu sein („Tagesspiegel“, 2.11.79). Justizsprecher Willbrand erklärte dazu, er halte dies für „ausgeschlossen“, andererseits könne er aber sonst keine Auskunft geben, um „nicht in ein schwebendes Verfahren einzugreifen“; Staatsschutz-Chef Kittlaus wollte „weder positiv noch negativ“ Stellung nehmen, „schon um- gativ“ Stellung nehmen, „schon um die Arbeit des Staatsschutzes nicht unmöglich zu machen“ (ebenda). Bölling seinerseits behauptet, israelische Verhöre in Westberlin seien „absolut“ auszuschließen („Südd. Zeitung“, 3.11.79). Doch schon im „Spiegel“-Bericht über Straubing war zu lesen: „Daß eine derart enge Kollaboration keine Münchner Spezialität ist, ließen die Bayern durchblicken: Auch im sozialliberal regierten Berlin seien dieselben Praktiken üblich ... Intern streiten die Berliner Verantwortlichen gar nichts ab; sie berufen sich nur auf alliierte Vorbehaltsrechte, die bis in die Haftanstalten reichen. Insofern müßten sie sich den Anordnungen der amerikanischen Besatzungsmacht und damit der CIA beugen.“

#### Israelischer Komplott gegen Bonner Außenpolitik?

Einer der in West-Berlin inhaftierten Palästinenser hatte ausgesagt: „Unter seltsamen Umständen ist der Haupttäter, der ein Geständnis abgelegt und die Mitangeklagten belastet hatte, schon im Mai freigelassen worden.“ In den Akten fehlten die Seiten 25 bis 29 mit einschlägigen Vermerken („Spiegel“, 5.11.79).

Bei diesem Haupttäter handelt es sich um Hassan El Harti, der nach seiner eigenen Aussage in Beirut schon einmal wegen Spionage verurteilt worden sei, und dessen Mutter und Bruder israelische Staatsangehörige seien. Dieser El Harti war schon am 10. Mai 1979 aus der Untersuchungshaft entlassen worden, unter der Auflage, sich zweimal wöchentlich bei einem Westberliner Polizeirevier zu melden — eine amtliche Entscheidung, die bei der Behandlung von „Terroristen“ in der BRD ganz und gar nicht üblich ist. Darüber hinaus sagte einer der übrigen Inhaftierten aus, er habe bei El Harti einen israelischen Reisepaß gesehen. Der Beurlaubte stellte dann am 15.5. einen

# Was macht man, um in einem „Stammheim-Prozeß“ nicht über Stammheim zu verhandeln?

Im 90 a - Prozeß gegen Maria, Birgit und Mirca geht es weiter wie bisher: auch in den letzten beiden Verhandlungstagen (1. und 8.11.) kam das Gericht nicht zur Sache. Die eigentliche Sache, um die es sich bei der Verhandlung drehen sollte, sind die Stammheimer „Selbstmorde“, an die die Angeklagten eben nicht glauben und weswegen sie angeklagt sind. Logisch, daß vor Gericht verhandelt werden muß, was am 18.10.1977 in Stammheim passiert ist? Von der Verteidigung wurde, wie vormals im Verfahren gegen Kai Ehlers, der Antrag gestellt, die Todesermittlungsakten von Stammheim beizugehen.

Der Antrag wurde abgelehnt, und zwar einmütig von Richter Graue und Staatsanwalt Klein. Beide meinen, für dieses Verfahren wären die Ermittlungen zu den Todesumständen von Stammheim „ohne Bedeutung“. Allerdings spielen die beiden nach dem rühmlichen Vorbild des Prozesses gegen Kai Ehlers und vor dem Hintergrund der neuesten Enthüllungen zur Rolle israelischer Geheimdienste als Stammheim-Gäste in BRD-Knästen (siehe nebenstehenden Artikel) bereits mit dem Gedanken einer Einstellung nach § 154 (unwesentliche Nebenstraf- tat) — wieder frei nach dem Motto: Schweigen wäre in dieser Sache die beste Verurteilung!

Zunächst allerdings mußte sich die Verteidigung zwei Sitzungen lang weiterhin die provokatorische Verhandlungsführung von Graue bieten lassen. Bestärkt durch die Ablehnung des Befangenheitsantrags gegen ihn seitens

seiner übergeordneten Dienststelle, meint dieser Richter, weiterhin Anwälte, Angeklagte und Zuschauer maßregeln zu können. Laut Ablehnungsbescheid des Befangenheitsantrags dient(ten) seine Maßnahmen ja nur der „Aufrechterhaltung der Ordnung“:

— So ermahnt er weiter die ohnehin schon überdisziplinierten Zuschauer, droht mit der Räumung des Saals, einem Besucher und einer der Angeklagten will er das Kaugummikauen verbieten usw.

— Er schafft immer neue „Tatbestände“ über die verhandelt werden muß. Da ein Sitzungsprotokoll von den Anwälten als nicht richtig angesehen wird, haben sie Antrag auf Tonbandprotokolle gestellt. Abgelehnt ...

Ein „Wunder“, daß dem Antrag auf Aufhebung der Haftbefehle mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft stattgegeben wurde.

#### Besucherkartei oder „Ermittlungen“?

Prozeßbesucher haben am 1.11. beobachtet, daß sie vor dem Gerichtsgebäude aus einem VW-Bus heraus fotografiert bzw. gefilmt wurden. Die Anwälte protestierten gegen diese Behinderung der Prozeßöffentlichkeit. Sowohl Richter Graue als auch Staatsanwalt Klein meinten aber, daß sie damit nichts zu tun, darauf auch keinen Einfluß hätten und wollten dagegen nichts unternehmen.

Zwei Frauen klagten daraufhin vor dem Verwaltungsgericht. Von der

Polizei wurde dazu dann mitgeteilt, daß es sich beim Fotografieren um „Maßnahmen zur Aufklärung strafbarer Handlungen“ handle. Der Antrag dazu sei von Richter Graue gestellt worden, weil er am 18.10.79 im Gericht von „linksextremen Gruppierungen wie z.B. FAU, GALA und KB“ beschimpft und beleidigt worden, Staatsanwalt Klein von einem Besucher in den Arm (?) gebissen worden sei (wer würde sowas freiwillig tun?) und sechs bis sieben Polizeibeamte seien beim Räumen des Gerichtsgebäudes verletzt worden. Nach Aussage der Polizei sind die Prozeßbesucher vom 18.10. mit denen vom 25.10. und 1.11. überwiegend identisch. — (Woher sie das wohl wissen, ist etwa am 18.10. auch schon fotografiert worden?) Deshalb seien die Fotos zur Ermittlung wichtig.

Da von einem „objektiven“ Herangehen an den Prozeß einmal mehr nicht die Rede sein kann, ist sowohl gegen Richter Graue als auch gegen Staatsanwalt Klein Befangenheitsantrag gestellt worden.

Bis zum nächsten Verhandlungstag, an dem über die Befangenheitsanträge entschieden wird, will die Staatsanwaltschaft auch über die mögliche Einstellung „nachgedacht“ haben. Man/frau darf gespannt sein, ob dabei was Neues rauskommt.

Nächster Prozeßtermin: Do., 15.11.79 Straußplatzgebäude, Raum 192, 13.00 Uhr.

IKAH Hamburg





## Interview mit Günter Wallraff

**AK:** Dein Buch „Zeugen der Anklage, BILD auf der Anklagebank“ ist im Oktober erschienen. Es würde nicht ausreichen, das Buch lediglich als Fortsetzung Deines ersten Buches über die kriminellen Praktiken der BILD-Zeitung, des „Aufmacher“, zu vergleichen. Kannst Du den Unterschied zum „Aufmacher“ erklären?

**Günter Wallraff:** Ja, diesmal brauchte ich nicht erst in den Konzern einzudringen, um meine Erfahrungen zum Ausgangspunkt nehmen zu können. Ich hatte das Hintergrundwissen, um diesmal Berichte von BILD-„Machern“, die da lange in dem Schmutz drin waren oder noch drinnen sind, mir zunutze zu machen. Da waren einige, die als Berichtende, und andere, die schon als Ankläger zu mir kamen.

Ich hätte deren Erfahrungen aber so nicht nutzen können, wenn ich nicht meine eigenen Erfahrungen gehabt hätte, die ich als Korrektiv einbringen mußte. Denn die Leute sind zum Teil schon mit so einem verstellten Blick da drinnen bei BILD, daß sie das Ungeheuerlichste schon als selbstverständlich hinnehmen.

Das Hintergrundwissen, die Dokumente und Tagebücher derer, die noch drinnen sind und für spätere Untersuchungen auch noch ausharren wollen, habe ich gegenmontiert zu den Opferfällen von Menschen, die durch BILD fertig gemacht wurden, die als Sündenböcke, Ersatzopfer oder als Terroristen hingestellt wurden, oder auch aus ganz unpolitischen Motiven heraus schwerste Rufschädigungen erfuhren, bis hin zu diesen Selbstmordfällen, wo ich nur einige von dargestellt habe. Ich weiß von mehr Fällen. Dabei handelt es sich entweder um Aussagen in Abschiedsbriefen oder um Zeugen, die Angst haben, ihre Aussage öffentlich zu machen.

Da für diese Arbeit nicht nur die vier Monate meiner subjektiven Erfahrungen bei BILD zugrundegelegt sind, sondern über zwei Jahre lang wir immer wieder stichprobenartig Artikel nachrecherchiert haben, glaube ich sagen zu können, daß dieses Buch tiefer geht als der „Aufmacher“, obwohl beide zusammengehören. Man kann das eine nicht ohne das andere sehen.

**AK:** Viele, die das Buch jetzt schon gelesen haben, sind erschüttert über die brutale Konsequenz, mit der bei BILD Hetzkampagnen, Selbstjustiz, Verleumdung, Minderheitenhetze und vieles andere mehr durchgezogen werden, wobei selbst nicht davor zurückgeschreckt wird, Menschen in den Tod zu treiben, oder — wie im Fall Werner Hoppe — fast unverhüllt den Tod von Menschen zu wünschen. Diese Seite von BILD ist im „Aufmacher“ dem Leser nicht deutlich geworden.

**Günter Wallraff:** Ja, und BILD setzt eben aufgrund der unheimlichen Verbreitung, der unheimlichen Durchdringung bei einer Leserschaft von täglich 14 Millionen Menschen Normen.

BILD hat in etwa so eine Funktion der Tagesschau, nur daß die Tagesschau nicht so intensiv unter die Haut geht.

Wenn BILD die Parole ausgibt: „Man darf schießen“, wenn jemand sein mühsam zusammengesparrtes Eigentum angreift, oder erst recht, wenn du zu denen gehörst, die zur besitzenden Oberschicht gehören; dann darfst du sogar in den Rücken schießen, du darfst sogar einen Flüchtigen umlegen. Es wird Dir immer als „Notwehr“ ausgelegt. Da ist der Hamburger Fall, wo ein schwächlicher, kleiner 16-jähriger Junge, der auch in seinem Freundeskreis als harmlos und schüchtern und als jemand, der immer getreten wurde, dargestellt wurde, der also niemanden hätte bedrohen können, kaltblütig mit Hilfe eines Zielfernrohrs aus dem ersten Stock eines Hauses erlegt wird. BILD stellt dem Mörder einen Jagdschein aus und sagt, er hat recht gehandelt.

Wenn sowas propagiert wird, dann setzt das bei anderen Hemmungen frei, die dann auch losknallen. Das sieht so aus, daß BILD die Jagd eröffnet ... und dann gibt es jede Woche wieder so einen Fall. BILD hat dann wieder seine Fortsetzungsschichten und schafft dabei eine regelrechte Jagd- oder besser Lynchstimmung.

Ich versuche diese Zusammenhänge im Buch deutlich zu machen. Das hat bei BILD dann auch nichts mehr mit Journalismus zu tun, sondern es handelt sich hier um eine kriminelle Unterwelt. Es gibt bei BILD sogar viele ehemalige Zuhälter, ehemalige Drogenhändler, wegen Betrugs Verurteilte, die sich mit der kriminellen Unterwelt. Es gibt bei BILD sogar viele ehemalige Zuhälter, ehemalige Drogenhändler, wegen Betrugs Verurteilte, die haben alle ihr Handwerk gelernt. Es sind Trickbetrüger, oder gescheiterte Polizisten, die schon mal jemanden zusammengeschlagen haben, die eigentlich mehr „Wild-West“-Typen sind, die sich in dem Blatt heimisch fühlen und die dann Gesetze ganz eigener Art in ihrem Rücken glauben.

Ich glaube, daß diese Macht jetzt durch das Erscheinen dieses Buches gebrochen werden kann, denn BILD sitzt jetzt in aller Öffentlichkeit auf der Anklagebank. Springer wagt sich im Augenblick nicht hervor. Der Konzern versucht im Moment sich totzustellen in der Hoffnung, damit die Verbreitung des Buches stoppen zu können. Aber das gelingt ihnen nicht. Die Wirkung des Buches ist schon jetzt größer als beim „Aufmacher“, obwohl der Konzern damals eine BILD-Serie dagegenknallte und die Justiz in Marsch setzte, und damit zusätzlich die Aufmerksamkeit auf das Buch gelenkt wurde. Durch ihr Nichtreagieren steigert sich die Wirkung jetzt noch mehr. Der Briefträger kommt zweimal am Tag und bringt eine Unmenge von Briefen, aus denen hervorgeht, daß die Leute so empört sind, daß sie jetzt sagen: „Wir müssen endlich etwas tun.“ Da werden die phantasievollsten Vorschläge genannt, die ich jetzt verständlicherweise nicht publizieren möchte.

Die Gewerkschaftspresse beginnt Auszüge aus dem Buch nachzudrucken und in den Betrieben bekannt zu machen. Journalisten, die bisher von ihren Chefredakteuren gegängelt wurden, die Sache ganz klein zu kochen, werden unruhig, weil die Leser anrufen, Briefe schreiben und fragen: Warum erfahren wir in unserer Zeitung nichts?

Dazu muß Du wissen, daß der Zeitungsverlegerverband nach dem Erscheinen des „Aufmacher“ eine Erklärung veröffentlicht hat, in der er sich aufs „Schärfste“ dagegen „verwahrt“, daß ich die Methode des sogenannten „Einschleichens“ benutzt hätte, was das Vertrauen in allen Redaktionen zerstören könne. Jetzt, nach Erscheinen des neuen Buches, wird sich mit keinem Wort von Springer distanziert, obwohl das eigentlich ihre Pflicht wäre, da dies nichts mehr mit Journalismus zu tun hat, sondern kriminelle Unterwelt ist. Da kommt aber nichts!

Stattdessen haben sie versucht, über Chefredakteure zu signalisieren, daß die Sache nicht so hochgespielt werden soll. Das gelingt ihnen aber auf Dauer nicht, weil eben die Redakteure unten unruhig werden. Die Mauer des Schweigens wird jetzt stückweise eingerissen. Zum Beispiel kommt da völlig überraschend hier in Köln die konservative „Kölnische Rundschau“ vom 2. November mit dem Riesenaufmacher auf Seite 1. „BILD hörte doch bei Wallraff mit“. Dabei bringen sie Fakten, die bisher immer zurückgehalten wurden.

**AK:** Welche Gründe hat es, daß der STERN, der doch beim „Aufmacher“ voll eingestiegen ist, diesmal einen Bericht irgendwo mitten im Heft versteckt und aus der Aufmachung die Brisanz des Inhalts gar nicht hervorhebt?

**Günter Wallraff:** Das hat verschiedene Gründe. Einmal ging's da um Gerangel mit KONKRET, weil KONKRET die Abhörgeschichte exklusiv hatte. Da gab es dann wegen der Rechte einige Schwierigkeiten und zusätzlich muß man aber folgendes beobachten: Dem Bertelsmann-Konzern, der hinter dem STERN steht, war wohl die ganze Sache nicht so sehr willkommen. Denn sowas kann auch einen Pressekrieg eröffnen, wie wenn da zwei Ozeandampfer auf hoher See ineinanderkrachen, dann kann das sowohl hohe Wellen schlagen als auch Bruch geben. Und das wollten die wohl auf jeden Fall verhindern.

Aber die Redakteure forderten das Thema. Auch die Nachfolger von Nannen, ein Triumvirat, hielten das Thema für so wichtig, daß sie als STERN sowohl von der publizistischen, aber auch von der politischen Seite an dem Thema nicht vorbeigehen wollten. Die haben das gegen Widerstände durchgeboxt. Daß der Artikel überhaupt gekommen ist, war leider gar nicht so selbstverständlich.

**AK:** Die Veröffentlichung des „Aufmacher“ hastest Du damals mit einer Reihe von Aktionen verbunden. Da waren Veranstaltungen in vielen Städten, die Bildung des Fonds für BILD-Geschädigte, die Boykott-Aufrufe gegen BILD. Wird es diesmal ähnliches geben?

**Günter Wallraff:** Das geschieht schon. Meistens sind die Veranstaltungen über die Gewerkschaften organisiert oder über politische Gruppen. Es wird auch in Hamburg eine Veranstaltung (wohl in der Uni) geben, wahrscheinlich am 30.11. Die Mobilisierung von — hoffentlich vielen — BILD-Lesern wollen wir mit Sonderausgaben der jeweiligen Gewerkschaftsorgane erreichen.

— BILD-Lesern wollen wir mit Sonderausgaben der jeweiligen Gewerkschaftsorgane erreichen.

**AK:** In den letzten Tagen gingen — witzigerweise auch in der Springer-Presse — Meldungen durch die Medien, daß der Frankfurter Staatsanwalt, der gegen BILD die Ermittlungen wegen des Einbruchs von BILD-Leuten bei einem, in Deinem Buch beschriebenen Opfer leitete, aus dem Verfahren genommen worden ist. In diesem Zusammenhang wird auch gegen Dich ermittelt. Kannst Du uns näheres darüber sagen?

**Günter Wallraff:** In Frankfurt ist seit langem ein sehr unbequemer und unbestechlicher Staatsanwalt zu Gange, bei BILD die Gleichheit des Gesetzes zu gewährleisten und erstmalig BILD im Falle dieses Einbruchs auch vor Gericht zu stellen. Dem wurde mit allen Mitteln Schwierigkeiten gemacht. Da wurden Beschlüsse nicht befolgt, da wurden Durchsuchungsbefehle von Springer nicht befolgt, da wurden Adressen nicht gegeben, angeblich wäre Springer dazu nicht verpflichtet wegen des Datenschutzgesetzes.

Dieser Staatsanwalt hatte bereits eine Anklageschrift fertig, die aber nicht nur die letzte ausführende Instanz vor Gericht zur Verantwortung ziehen wollte, sondern die Nutznießer, die Auftraggeber im Springerkonzern belangen sollte. Die politische Macht des Konzerns ist so groß, daß sie den Mann auf die Abschußliste gesetzt hat. Es war schon die Rede davon, daß man ihn ins Verkehrsressort zurückversetzen wollte.

Ich hatte das alles über den Hessischen Rundfunk erfahren. Ebenso informierten mich Leute aus dem Konzern, die wußten, welcher Druck da ausgeübt wurde. Ich habe mich dann darum bemüht, an diese Ermittlungsakten zu kommen. Ich habe sie, wie

meine anderen Unterlagen, aus ungedruckten Stellen des Springer-Konzerns.

Ich bereue inzwischen, daß ich das Material veröffentlicht habe, denn das war der willkommene Vorwand, um den Staatsanwalt aus dem Verkehr zu ziehen, natürlich nur um ihn von weiteren Verdächtigungen „freizuhalten“. Er ist durch einen vermutlich nicht ganz so mutigen Mann ersetzt worden.

Ich habe das Material veröffentlicht, weil ich es wichtig fand, daß herauskam, was hinter den Kulissen gespielt wird.

Das wiederum hat den Springer-Konzern veranlaßt, gegen mich jetzt ein Verfahren wegen unerlaubten Zitierens aus Gerichtsakten in Gang zu setzen. Gleichzeitig haben sie ein gleiches Verfahren gegen den Staatsanwalt eingeleitet. Ich habe eine eidesstattliche Erklärung hinterlegt, was ich als Beschuldigter nicht brauche, daß ich weder vom Staatsanwalt noch aus Kreisen der Frankfurter Justiz auch nur eine Andeutung bekommen habe.

Meine Anzeige in Köln gegen die BILD-Redaktion und „unbekannt“, das heißt in diesem Falle wohl Beihilfe durch einen Nachrichtendienst bzw. den BND, wird inzwischen von dem Oberstaatsanwalt des politischen Ressorts Bellinghausen bearbeitet, der selbst 1975 über drei Monate lang mein Telefon abhören ließ. Bellinghausen führt jetzt wohl mit besonderer Freude beide Verfahren, nämlich die Frankfurter Anzeige gegen mich als auch meine!

Das irre ist, ich kann ihn nicht einmal wegen Befangenheit ablehnen, weil das nur ein Beschuldigter kann. In der Sache gegen BILD gehe ich davon aus, daß er alles daran setzt, BILD ungeschoren davonkommen zu lassen. Wie ich im Buch geschildert habe, hat sich bei Bellinghausen ein BILD-Mann mit seinem CSU-Mitgliedsausweis vorgestellt und bestes Einvernehmen erzielt. Ich brauch kaum noch zu erwähnen, daß Bellinghausen selbst vor Fälschungen von Akten nicht zurückschreckte, um mir — allerdings vergeblich — was anhängen zu können. Ich habe diese Dinge im Januar dem Russell-Tribunal vorgebracht.

**AK:** Auffallend bei der Lektüre des Buches sind die engen Verflechtungen zwischen BILD, der Justiz und den Geheimdiensten. Ist hier die Spitze eines Eisbergs sichtbar geworden?

**Günter Wallraff:** Die Lauschaufgriffe im Auftrag von BILD sind mit Sicherheit über die Geheimdienste gelaufen. Überhaupt hat da ein neues Timing eingesetzt. Ich habe da von BILD- und WELT-Kreisen gehört, daß ein „Schwarzbuch“ über mich in Vorbereitung ist. Von BILD aus wird gesammelt und das Ergebnis soll eine Denunziationschrift sein, mit der sie mir was anhängen wollen. Jetzt zum Erscheinen meines Buches ist wenige Tage später in einem ultrarechten Verlag, bei dem schon Dossiers des BND veröffentlicht wurden und wo die CDU/CSU als auch Springer mitmischen, ein Pamphlet gegen mich erschienen. Da bringen die auch das BILD-Emblem auf dem Titel, was sonst jedem Verlag verboten wird. Die dürfen das aber, weil BILD mit dahintersteckt. „Der Fall Günter Wallraff“ heißt das Buch. Es ist unter Pseudonym von dem Springer-Söldner und erklärten Rassisten Tremper verfaßt, der sich mit Vorliebe dort reichlich selbst zitiert und BND-Material verwendet. Das ist so ein ähnliches Machwerk wie seinerzeit die Hetz-schrift des Arbeitgeberverbandes.

Die Beziehungen zwischen dem Springer-Konzern und den Nachrichtendiensten sind sehr weit ausgebaut. Die Verbindungen zum Justizapparat laufen — jedenfalls für uns nachvollziehbar — über die mittleren Stellen. Ich hab hier und da Honorarlisten, wo auf Kommissarebene Schmiergelder regelmäßig gezahlt werden. Jetzt hab ich gerade aus Dortmund neue Fälle, wo der Polizeiapparat mit Informationshonoraren ständig geschmiert wird.

**AK:** Aus der Lektüre des Buches geht hervor, daß BILD eben nicht nur ein Organ ist, sondern eine Handlungsanweisung für reaktionäre Strömungen in der Bevölkerung. In Verbindung mit den Machenschaften und den Verflechtungen mit Justiz und Geheimpolizei entsteht hier das Bild einer Institution, die — gleich einer Geheimorganisation — ihre Arbeit verrichtet. Ist BILD mehr als eine Zeitung?

**Günter Wallraff:** BILD ähnelt in vielen Fällen einem Verbrechersyndikat, einer Mafia. Vor kurzem sagte mir ein konservativer Redakteur, der jahrelang dort ist, daß man bei BILD nicht davon ausgehen dürfe, es mit einer Zeitung zu tun zu haben, sondern wörtlich erklärte er: „Wir sind hier ein paramilitärischer Verband.“ Das meinte der ganz ernst. Die Befehle kommen von oben, da gibt es keine abweichende Meinung. Was von oben

kommt, wird durchgezogen. Man könnte schon sagen, daß BILD den Charakter eines Orden hat, aber von ganz militantem Zuschnitt, und ist dabei ein richtiges Kampfblatt.

Vielleicht ein Beispiel noch aus der Arbeit des Konzerns: Ohne die „Aufklärungsarbeit“ von BILD hätte Strauß heute längst nicht mehr die Bedeutung in der Öffentlichkeit und diese „Salonfähigkeit“, die Voraussetzung für seine Kandidatur waren. Es gibt ganz frühe Komplizenschaften zwischen Adenauer, Strauß und Springer, die sich ständig im Haus Petersberg im Siebengebirge zu einer Art „Geheimitzung“ trafen, regelmäßig jede Woche, und politische Kampagnen beratschlagten.

**AK:** Werden wir von Dir weitere Arbeiten erwarten können, die diese dunklen Machenschaften und Verbindungen des Springer-Konzerns ans Licht der Öffentlichkeit zerren?

**Günter Wallraff:** Ja, ich befürchte, daß BILD doch noch eine Zeitlang Thema bleiben wird, obwohl der Konzern, um die Öffentlichkeit zu beruhigen, einige personelle Veränderungen vornehmen wird. Es ist jetzt die Rede davon, daß BILD-Chef Prinz ausgewechselt werden soll. Auch auf der Ressortleiter-Ebene werden Leute ausgetauscht. Das verändert zwar den Konzern nicht, aber die sind etwas gebremst. Aber selbst das nur, solange sie unter Beobachtung stehen. Im Augenblick wissen die, daß weiter gegen sie gesammelt wird.

Dazu kommt, daß der Konzern in den letzten anderthalb Jahren 25 Prozent Abgänge gehabt hat. Die Leute in den Redaktionen sind überfordert, sind überhysterisiert. Die schlagen aufeinander los. Mehrfach haben Vorgesetzte ihren Untergebenen ins Gesicht geschlagen. Es ist also insgesamt eine grauenhafte Stimmung, selbst wenn jetzt manchen Leuten das Doppelte wie in ihren früheren Zeitungen gezahlt wird, halten es einige dort nicht mehr aus.

Wenn an diese internen Schwierigkeiten eine konzentrierte politische Kampagne ansetzen würde, dann wäre womöglich BILD zu verändern oder gar zu Fall zu bringen. Das bedeutet aber eine enorme politische Kraft und Arbeit, die dort investiert werden müßte.

**AK:** Im Augenblick ist das wohl mehr ein schöner Traum über eine wichtige Aufgabe?

**Günter Wallraff:** Sicher, aber wenn sich die organisierte Linke mit den Gewerkschaften und den fortschrittlichen Kräften in SPD und FDP und einer brachliegenden Sponti-Szene, die doch die Phantasien und auch die Ideen haben, die sie hier nutzbringend anbringen könnten, zusammenschließen würden, dann wäre das Blatt zu schaffen.

**AK:** Die Linke befindet sich heute leider in einem schlechten Zustand, wobei die demokratische Bewegung heute von einem Kampf gegen die Rechtsentwicklung der Medien, oder gar speziell einem Wiederaufnehmen der Anti-Springer-Kampagne weit entfernt ist. Hat die Linke nicht doch in den letzten Jahren in ihrer Arbeit die Macht BILD unterschätzt?

**Günter Wallraff:** Ja, man hat sie jernst. Hat die Linke nicht auch in den letzten Jahren in ihrer Arbeit die Macht BILD unterschätzt?

**Günter Wallraff:** Ja, man hat sie übersehen, man hat sich belustigt, hat gesagt „Wer nimmt BILD schon ernst“, oft aus einem gewissen akademischen Dünkel heraus. Man hat auch aus einer gewissen intellektuellen Arroganz heraus gesagt, daß man ja schließlich wisse, was drin steht und hat völlig übersehen, daß BILD einfach wirkt, daß es Normen setzt. BILD hat einen großen Teil der Gesellschaft desinformiert und deformiert.

**AK:** Günter wir danken Dir für dieses Gespräch. [4.11.79]

Der Aufmacher, Günter Wallraffs Bestseller über seine Erfahrungen als Springer-Redakteur, war erst der Anfang.

Günter Wallraff, Zeugen der Anklage. Die BILD-Beschreibung wird fortgesetzt. Ca. 260 Seiten. Mit zahlreichen Abbildungen. Broschur DM 16,80.

**Günter Wallraff**  
Zeugen der  
Anklage Die „Bild“-  
beschreibung  
wird fortgesetzt



Kapfenauer & Witsch



## NDR-Kollegen demonstrieren gegen Zerschlagung des NDR



Am 7.11. verkündete Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht lapidar: „Wir haben festgestellt müssen, daß wir uns nicht einigen können. Die Verhandlungen über die Drei-Länder-Anstalt NDR sind damit gescheitert.“ Albrecht und Stoltenberg wollen jetzt zügig an den Ausbau einer Schwarzen Zwei-Länder-Anstalt (nach Ausklammerung Hamburgs) schreiten.

Damit will die CDU ihr Ziel schwarzer Medien jetzt im Schnellgang verfolgen.

Schon im Juli hatte Klose dem Kompromiß eines Radio Niedersachsens zugestimmt, wobei er als „Zugeständnis“ seitens Albrecht sich lediglich einhandelte, daß er vorerst auf den (vor 1983 technisch noch gar nicht machbaren) Privatfunk verzichten wolle.

Dieser „Kompromiß“ war dann geplatzt, weil Albrecht die vereinbarte Geheimhaltung gebrochen hatte und Klose in der SPD Schwierigkeiten bekam.

So traf man am 7.11. eigentlich nur noch zusammen, um das Scheitern der Verhandlungen bekanntzugeben. Schon Mitte des Vormonats hatte der CDU-nahe „Rundblick“ bekanntgegeben, daß es wohl ein Radio Hamburg und einen gemeinsamen Sender Niedersachsens und Schleswig-Holsteins geben würde, der immerhin 82% der bisherigen Rundfunkgebühren einstreichen könnte.

Gegen diese Entwicklung protestierten am 6.11. über 1000 Mitarbeiter des NDR in Hamburg. Nach einer kurzfristig einberufenen außerordentlichen Betriebsversammlung marschierten die NDR-Kolleg/innen zum Tagungsort der drei Regierungschefs.

Wie von diesen immer wieder gefordert, wurden ausschließlich und mit heller Freude „ausgewogene“ Parolen gerufen:

„Albrecht, Klose, Stoltenberg, Schluß mit dem Zerstörungswerk!“ „SPD und CDU, laßt den NDR in Tagungsort der drei Regierungschefs.“

Wie von diesen immer wieder gefordert, wurden ausschließlich und mit heller Freude „ausgewogene“ Parolen gerufen:

„Albrecht, Klose, Stoltenberg, Schluß mit dem Zerstörungswerk!“ „SPD und CDU, laßt den NDR in Ruh!“

Am Tagungsort selbst übergaben Sprecher des DGB unter starkem Beifall der Demonstranten über 200.000 Unterschriften an die Regierungschefs, in denen der Erhalt des NDR gefordert wird.

Als die drei dann aufkreuzten, wurden sie von einem gellenden Pfeifkonzert empfangen und knackige Parolen machten deutlich, daß viele NDR-Kollegen eine bestimmte Befürchtung über die kommende Entwicklung hegen:

„Warten wir noch etwas länger, haben wir bald Volksempfänger.“

Viele Demonstranten harrten während der Gespräche im Regen aus und man machte sich weiterhin gute Stimmung mit herzigen Parolen, wie: „Albrecht laß den Sender sein, sonst kommst Du in den Salzstock rein!“

Nach gut zwei Stunden zogen immerhin noch mehrere hundert Menschen zu der angekündigten Pressekonferenz der Politiker, die aber so einem Ansturm nicht gewachsen war. Albrecht, Klose und Stoltenberg zogen es vor, lieber gar nicht erst zu erscheinen. Am Tage vor der Demonstration fand die mitglieder-versammlung der RFFU, der Gewerkschaft im Medienbereich, statt. Dort wurde mit großer Mehrheit ein Antrag angenommen, der den Vorstand auffordert, beim Hauptvorstand die Urabstimmung zu beantragen. Bei der Abstimmung enthielten sich die Mitglieder des Vorstandes der Stimme oder stimmten sogar gegen den Antrag. Ein Vorstandsmitglied kann es nicht einmal ausschließen, daß die Kollegen zu „spontanen Aktionen“ greifen.

Wir hoffen, daß diese Befürchtungen wahr werden, haben doch die NDR-Kollegen jetzt zum ersten mal gezeigt (und dabei viel Spaß gehabt) daß sie auch noch ein Wort mitzureden haben.

Medienkommission

Wir hoffen, daß diese Befürchtungen wahr werden, haben doch die NDR-Kollegen jetzt zum ersten mal gezeigt (und dabei viel Spaß gehabt) daß sie auch noch ein Wort mitzureden haben.

Medienkommission  
KB-Gruppe Hamburg

## Mordanklage gegen Astrid Proll geplatzt

Astrid Proll hatte bei ihrer Verhaftung am 10. Februar 1971 im Frankfurter Westend keine Waffe in der Hand. Die Zeugen, zwei namentlich nicht bekannte Verfassungsschützer, „stille Beobachter der Aktion“ (TAZ 8.11.) haben von Schüssen der Angeklagten „nichts gehört und nichts gesehen“ („FR“, 15.11.1979). Dies ist der Inhalt eines schriftlichen Verfassungsschutzberichtes, der dem Gericht am Dienstag vom Bundesinnenministerium per Eilboten zugestellt wurde.

Unvorstellbare, unfassbare, erschütternde bundesdeutsche Realität: 4 1/2 Jahre Knast, Totalisolation im toten Trakt in Ossendorf, Entlassung wegen Lebensgefahr, Flucht nach London, Auslieferungshaft in London, erneuter Knast und Prozeß in der Bundesrepublik mußte Astrid Proll durchleben, weil es im Interesse der Verantwortlichen gelegen hat, sie über 7 Jahre als Terroristin und Mörderin zu hetzen.

Die FR spricht von einem „bisher unter Verschuß gehaltenen Bericht“, und es muß in der Tat davon ausgegangen werden, daß diese Zeugenaussagen zumindest dem Verfassungsschutz, möglicherweise, oder auch wahrscheinlich, BKA und Bundesinnenministerium bekannt waren.

Noch vor vier Wochen hat der Hauptbelastungszeuge, Heinz Simons

von der Bonner Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes, ausgesagt, Astrid habe gezielt auf ihn geschossen.

Ebenso hat der Westberliner Verfassungsschutzbeamte Grünhagen im ersten Verfahren behauptet, Astrid habe mehrmals auf ihn geschossen. Geschickterweise hat Grünhagen für den laufenden Prozeß keine Aussagegenehmigung durch den Westberliner Innensenator Ulrich erhalten.

Es deutet sich schon an, daß trotz dieses Skandals ohnegleichen versucht werden soll, mit weiteren Aussageverweigerungen für die beiden Zeugen zu vertuschen, daß alle Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Laut TAZ vom 15.11. wurde der Vorsitzenden Richter telefonisch schon angedeutet, daß die beiden Verfassungsschutzschützer keine Aussagegenehmigung erhalten.

Alle Tatsachen müssen auf den Tisch. Um Astrids willen, der „bitterstes und schreienstes Unrecht geschehen ist“ (RA Preuss) und die nach der Verlesung des Berichtes weinend den Gerichtssaal verließ. Und um all derer Willen, die aufgrund von Verfassungsschutzaussagen, durch Kronzeugen und Agenten in den Knast gebracht wurden.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

## Kriegsdrohungen gegen den Iran!

Am Sonntag den 4.11. besetzten mehrere Hundert iranische Studenten die amerikanische Botschaft in Teheran, nahmen die Botschaftsangehörigen als Geisel und stellten folgende Forderungen auf:

- Auslieferung des Schah aus den USA,
- Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den USA,
- Annullierung aller mit den USA geschlossenen Verträge,
- Ausweisung aller amerikanischen „Berater“,
- Beendigung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Abhängigkeit von den USA (nach „FR“, 6.11.).

Der Anlaß für diese Besetzung ist zum einen die Aufnahme des Schah in den USA, mit den durchsichtigen Hinweisen auf seinen gesundheitlichen Zustand. Wie aber die Forderungen schon zeigen, gehen diese nur zum kleineren Teil an die USA. Der größere Teil kann nur vom iranischen Regime eingelöst werden. Unmittelbarer Anlaß für die Besetzung war denn auch das am 1.11. in Algier geführte freundschaftliche Gespräch zwischen dem amerikanischen „Sicherheitsberater“ Brzezinski und dem iranischen Ministerpräsidenten Basargan. Die Besetzer beschuldigen so auch Basargan, „mit den amerikanischen Wölfen an einem Tisch gesessen zu haben“ und erklärten, die Aktion sei aus dem „Gefühl“ entstanden, die „ursprünglichen Ziele der Revolution“ seien verloren gegangen, und sie müßten eine neue revolutionäre Bewegung beginnen.

Daß dieser Aspekt, der Kampf gegen die offen proamerikanischen Teile des neuen Regimes, erhebliche Bedeutung hat, zeigt sich auch in dem schnellen Rücktritt Basargans und seiner gesamten Regierung. Damit geht die Macht jetzt auch offiziell in die Hände des immer noch geheimen islamischen „Revolutionsrats“ über, während die nichtreligiösen Teile des Regimes weitgehend ausgeschaltet sind.

Die Forderungen der Besetzer sind weitgehend identisch mit denen, die die iranische Bevölkerung im Laufe der revolutionären Bewegung gegen das Schah-Regime entwickelt hat. Von daher stoßen die Besetzer auch auf breite Sympathie.

Khomeiny und der „Revolutionsrat“ haben diese Aktion ausdrücklich gut geheißen, womit das ganze den Charakter eines zwischenstaatlichen Konflikts angenommen hat. Allerdings gibt es über die Motive dieses Eintretens verschiedene Mutmaßungen. Insbesondere weil Khomeiny noch im Februar dieses Jahres zusammen mit Basargan gegen eine Besetzung der amerikanischen Botschaft durch die revolutionäre Linke Stellung genommen und deren Abbruch erzwungen hatte. Ein nicht unwesentlicher Grund dürften die innenpolitischen Schwierigkeiten sein. Die Wirtschaftslage hat sich enorm verschlechtert, die ausbleibenden Lieferungen aus dem Ausland, vor allem den USA, beginnen sich aufzustellen und deren Abbruch erzwungen hatte. Ein nicht unwesentlicher Grund dürften die innenpolitischen Schwierigkeiten sein. Die Wirtschaftslage hat sich enorm verschlechtert, die ausbleibenden Lieferungen aus dem Ausland, vor allem den USA, beginnen sich aufzustellen. Es herrscht allgemeine Waren- und Lebensmittelpenurie. Die Unzufriedenheit breiter Schichten der Bevölkerung wächst, das Arbeits-

losenproblem konnte ebensowenig wie andere Versprechungen der religiösen Führer nicht gelöst bzw. nicht eingelöst werden. In dem von Khomeiny ausgerufenen totalen Krieg gegen die aufständischen Kurden ist die Regierung inzwischen gezwungen, die Verhandlungslösung zu suchen. Die von Khomeiny schon mit der Todesstrafe bedrohten Kurdenführer Ghassemlou (Generalsekretär der Demokratischen Kurdischen Partei) und des religiösen Oberhauptes der Kurden, Ayatollah Ezzedin Hussein, sind längst wieder Ansprechpartner der iranischen Führung, während nun den Volksfedayin die Schuld für die „Unruhen“ in die Schuhe geschoben werden.

In dieser Situation voller ungelöster Probleme rief die Islamische Republik-Partei anläßlich des „Opferfestes“ am 1.11. zu Solidaritätskundgebungen mit Khomeiny und gegen den Imperialismus auf. Die Besetzung ist eine Aktion, mit der Anhänger der

rial über Kurdistan und Khusistan gefunden hätten, also Dinge die eher für die innenpolitische Auseinandersetzung eine Rolle spielen. Weiter weist die „Vereinigte Linke“ darauf hin, daß eine Auslieferung des Schah derzeit nicht erzwungen werden könne. Alle übrigen Forderungen zu erfüllen liegt dagegen in der Hand der derzeitigen Machthaber, die diesen Forderungen bisher auch nicht ansatzweise nachgekommen sind.

Die Besetzer haben damit gedroht, alle Geiseln zu erschießen, wenn die USA versuchen sollte, diese gewaltsam zu befreien. Schon jetzt gibt es massive Reaktionen aus dem imperialistischen Lager, die propagandistisch eine militärische Intervention vorbereiten. Der Völkerrechtler Karl Döhring äußerte, es handle sich bei der Billigung der Besetzung durch die iranischen Machthaber um einen „kompakten Völkerrechtsbruch“, der das Recht auf eine amerikanische Intervention entsprechend der israe-



Blutige Schlägerei zwischen aufgetriebenen US-Bürgern und iranischen Demonstranten. Die Polizei nahm 130 Demonstranten fest.

iranischen Revolution wesentliche Forderungen wieder aufnehmen.

Soweit bekannt, hat sich die iranische Linke bisher nicht zustimmend zu der Besetzung geäußert, sondern eher vorsichtig zurückhaltend dagegen Stellung genommen. In Flugblättern argumentiert etwa die „Vereinigte Linke“ folgendermaßen: Sie halte zwar die Besetzung der Botschaft für gut, sei aber gegen die Geiselnahme, da sich in der Botschaft nur „kleine Fische“ aufgehalten hätten (wie es der Zufall wollte, hielt sich der amerikanische Geschäftsträger gerade im Außenministerium auf, wo er auch noch heute kumpiert). Dagegen wird problematisiert, daß sich bei der Besetzung im Februar noch reichlich Akten und Unterlagen in der Botschaft befanden, die über die Zuverlässigkeit der amerikanischen Geschäftsträger gerade im Außenministerium auf, wo er auch noch heute kumpiert). Dagegen wird problematisiert, daß sich bei der Besetzung im Februar noch reichlich Akten und Unterlagen in der Botschaft befanden, die über die Zusammenarbeit der USA, des CIA und des Schahregimes Auskunft gaben. Heute betonen die Besetzer seltsamerweise, daß sie interessantes Mate-

rialen Intervention in Entebbe zur Folge haben könnte („FR“, 6.11.). Auch wenn die amerikanische Regierung dies offiziell noch nicht in Betracht zieht, laufen die propagandistischen Vorbereitungen: antiranische Demonstrationen, Streiks gegen iranische Schiffe und Flugzeuge und natürlich die Pressekampagne. Dies alles erzeugt gegenwärtig ein Klima, in dem letztlich die amerikanische Regierung mit einer militärischen Aktion nur noch dem „öffentlichen Druck“ nachkommen würde. Schon jetzt aber ist klar, daß es keine Intervention wie in Entebbe geben kann (die wesentlich auf dem Überraschungsmoment beruhte). Eine amerikanische Intervention würde in jedem Fall K r i e g gegen den Iran zur Folge haben! Diese Gefährlichkeit „nachkommen würde“. Schon jetzt aber ist klar, daß es keine Intervention wie in Entebbe geben kann (die wesentlich auf dem Überraschungsmoment beruhte). Eine amerikanische Intervention würde in jedem Fall K r i e g gegen den Iran zur Folge haben! Diese Gefahr wächst ständig, da die US-Imperialisten eine solche Demütigung als massiven Angriff auf ihre Weltpolitikrolle empfinden müssen.

## Schadensersatzprozeß gegen Grohnde-Demonstranten

Seit dem 15.10. läuft vor dem Landgericht Hannover der Schadensersatzprozeß Bezirksregierung Hannover gegen 17 Grohnde-Demonstranten – bisher fast ohne jede Beteiligung der Öffentlichkeit. Daher hier nochmal die wichtigsten Neuigkeiten und Termine – in der Hoffnung, daß die verklagten AKW-Gegner zumindest an den Terminen, an denen ihr „persönliches Erscheinen angeordnet“ ist, nicht ganz allein im Saal sitzen.

- Die Bezirksregierung hat mittlerweile „Belege“ für weit mehr als 234.000 DM vorgelegt, behält aber großzügig ihre bisherige Klagesumme vorläufig bei.
- Beigetreten ist der Klage der Polizeihauptkommissar Peter Gehrmann, Holunderweg 39, 4185 Schloß Holte, der für eine in Grohnde erlittene Verletzung 20.000 DM Schmerzensgeld haben möchte.
- Verhandelt wird jetzt gegen 17 Demonstranten.
- Im Prozeß soll zunächst ein Urteil darüber gefällt werden, ob der Anspruch der Bezirksregierung grundsätzlich und gegen jeden einzelnen gerechtfertigt ist. Erst wenn dies Urteil rechtskräftig ist (das wird mit Sicherheit bis zum BGH gehen), wird über die Höhe der Forderung verhandelt – es ist also ein Zeitraum von 10 Jahren bis zum endgültigen rechtskräftigen Urteil nicht unrealistisch, eine Dauer von weniger als fünf Jahren auf jeden Fall kaum vorstellbar.

- Gehört werden in der ersten Verhandlungsrunde (ursprünglich geplant: 28 Tage) 165 Zeugen. Das Gericht hat z.T. Zeugen geladen, die von keiner der beiden Seiten benannt worden waren (was es nicht darf), in anderen Fragen durch die Auswahl der Zeugen das Ergebnis vorweggenommen. So sind zur Frage „Konnten alle Demonstranten die Lautsprecherdurchsagen der Polizei verstehen?“ rund ein Dutzend Polizisten als Zeugen geladen, aber kein einziger Demonstrant.
- Aus diesem und anderen Gründen wurde am ersten Tag ein Befangenheitsantrag gestellt, der abgelehnt wurde. Auch eine Beschwerde beim OLG Celle wurde abgelehnt.

Die nächsten Termine: (in Klammern jeweils die Namen derjenigen AKW-Gegner, deren persönliches Erscheinen zu diesem Tag angeordnet ist):

Dienstag, 13.11.	(Burkhardt Weecke)
Mittwoch, 14.11.	(Linda, Klaus Hahn)
Donnerstag, 15.11.	(Christian Gehrke, Norbert Iwan)
Freitag, 16.11.	(Christian Matschkus, Norbert I.)
Montag, 19.11.	(Norbert Iwan)
Dienstag, 20.11.	(Norbert Iwan, Rüdiger)
Donnerstag, 22.11.	(Aloisia Pochert)
Freitag, 23.11.	(Karl)
Montag, 3.12.	(Christian Matschkus, Friedhelm)
Dienstag, 4.12.	(---)
Mittwoch, 5.12.	(---)
Donnerstag, 6.12.	(---)
Freitag, 7.12.	(---)

Die Verteidiger wollen wahrscheinlich der gehaltenen Ladung von „Frontalbeobachtungen“ der Polizeizeugen noch eine Latte von Demonstranten entgegensetzen, die den Polizeibefehl auf die abziehende Demonstration beschreiben (Räumung Ostfeld und Südfeld). Dazu werden noch jede Menge Zeugen gebraucht. Sammelt bitte Namen und Adressen und gebt sie an die Adresse des Ermittlungsausschusses oder an RAIn Ingeborg Eisele, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover 1!

Ermittlungsausschuß Hannover  
c/o Goetz Buchholz, Boedekerstraße 75, 3 Hannover 1

Alle Termine beginnen um 9 Uhr (montags 9.30 Uhr) im Landgericht Hannover, Raum 144.



# Zu Gast bei den Grünen



Schon im Vorfeld dieses Wochenendes hatte es zahlreiche Auseinandersetzungen um die Modalitäten des Kongresses gegeben. Während Gruhl und seine GAZ ursprünglich für ein reines grünes Treffen derjenigen Gruppen eintraten, die sich gemeinsam an den Europaparlamentwahlen beteiligt hatten (GAZ, GLU, AUD, GLSH, FIU), plädierten GLU und AUD für eine gewisse Öffnung nach links (nicht jedoch nach 'ganz links') zumindest in der Gründungsphase der Partei. Noch am Abend des 2.11. wurden diese Auseinandersetzungen erneut aufgetischt, indem der Beschlus revidiert wurde, daß die Programmkommission die Tagungsleitung in Offenbach übernehmen sollte. Konkret ging es den Grünen ausschließlich darum, J. Reents und H. Laue, die für die Bunte Liste Hamburg bzw. für die NRW-Kommunal-Listen in die Programmkommission delegiert waren, wegen KB- bzw. "KPD"-Mitgliedschaft von der Tagungsleitung auszuschließen.

## Die Grünen unter sich

Am Samstag und schließlich, als man mit dem Pensum nicht durchgekommen war, auch am Sonntag morgen tagten die Grünen unter sich. Dies war von ihnen gefordert worden, da sie angeblich dringend „Nachlaß aus den Europawahlen“ zu regeln hätten. In Wirklichkeit ging es natürlich nicht um die Vergangenheit, sondern um die zukünftige Partei. Vertreter des rechten Flügels preschten immer wieder vor, um 'den Laden perfekt zu machen' und in ihrem Sinne 'klare Verhältnisse' zu schaffen. In einem permanenten power-play von der ersten bis zur letzten Minute beantragten sie:

- die alte (rein grüne) Programmkommission wiederherzustellen, da unter den Vertretern der Bunten/Alternativen ein KB- und ein DKP-Mitglied (! - s.o.) seien;
- die Parteigründung sofort (!) vorzunehmen (Wegner, NRW) oder wenigstens am 8. Dezember (Gruhl, GAZ; Schöttler, GLUNs);

— eine Doppelmitgliedschaft nur für eine Übergangszeit von 3 Monaten zu genehmigen und auch nur für diejenigen Gruppierungen, die an den Europa-Grünen beteiligt waren (Springmann, S.-H.). Der Eindruck, den bunte und alternative Beobachter von diesem Verlauf mitnahmen, war katastrophal. Wenn etwa Baldur Springmann sonntags morgens um fünf nach neun die verschlafenen eintrudelnden Kongreßteilnehmer mit seinem knallharten UVB-

Antrag „weckte“, brauchte man nicht gerade ein Roter zu sein, um einen kräftigen Schreck zu bekommen. Denn dieser Antrag ist nicht nur ein Antikommunismus-Beschluß, sondern auch die unmißverständliche Forderung, aus den Bunten und Alternativen Listen auszutreten. Ein bißchen „alternativer“ hätten sich meisten ihre Alternative schon vorgestellt. Um so größer war die Erleichterung darüber, daß all diese Anträge abgewehrt werden konnten, der

letzte (Doppelmitgliedschaftsverbot - der neue Begriff für Unvereinbarkeitsbeschlus) freilich nur knapp mit 348:311 Stimmen. Der Erfolg, einen Unvereinbarkeitsbeschlus abgewehrt zu haben, muß jedoch stark relativiert werden. Dies aus zwei Gründen: 1. Im Windschatten der Offensive des rechten Flügels fanden einige Anträge sichere Mehrheiten, deren Tragweite auf dem Kongreß kaum er-

Fortsetzung nächste Seite

## Vorschlag zur Präambeldiskussion

Ergebnis der Beratung von Mitgliedern und Vertretern bunter und alternativer Listen sowie politischer Organisationen von 3. November in Darmstadt.

Hiermit stellen wir das Ergebnis einer Beratung von Mitgliedern und Vertretern bunter und alternativer Listen sowie politischer Organisationen vom 3. 11. in Darmstadt/Offenbach vor. Wir sind dafür, daß dieser Vorschlag und alle anderen Vorschläge, auch der der Programmkommission heute nicht abgestimmt werden, sondern an die Basisinitiativen zurückgehen zur Förderung der Debatte und gemeinsamen Willensbildung und Abstimmung auf einer später einzuberufenden Konferenz.

### Einleitung

Wir sind die Alternative zu den bürgerlichen Parteien. Hervorgegangen sind wir aus einem Zusammenschluß von grünen, bunten und alternativen Listen und Parteien. Wir fühlen uns verbunden mit all denen, die in der neuen demokratischen Bewegung mitarbeiten: den Lebens-, Natur- und Umweltschutzverbänden, den Bürgerinitiativen, der Arbeiterbewegung, christlichen Initiativen, der Friedens-, und Menschenrechts-, der Frauen- und 3.-Welt-Bewegung. (Letzter Satz gestrichen).

Neu: Diese Bewegung wurde hervorgerufen durch die immer umfassenderen Zerstörungen, welche die gegenwärtige Produktionsweise im Haushalt der Natur anrichtet: Ohne Rücksicht auf Verluste werden die Rohstofflager ausgeplündert, Giftkandale reiht sich an Giftkandale, Tiergattungen werden ausgerottet, Pflanzenarten sterben aus, Flüsse und Weltmeere verwandeln sich in Kloaken. Gegen den bedrohlichsten Eingriff in die Lebens- und Arbeitsgrundlagen, gegen den Bau von Atomkraftwerken haben sich tausende von Bürgerinitiativen gebildet, die in machtvollen Demonstrationen auftreten, weil die Risiken der Atomenergie nicht bewältigt sind und weil deren für Jahrtausende hochgiftige und tödliche Abfälle nirgends deponiert werden können. Diese Bewegung für die Erhaltung des Lebens und der Erde steht auf gegen die Verwüstung der Natur, gegen die Betonierung der Landschaft, gegen die Folgen und immer mehr auch gegen die Ursachen einer Wegwerfgesellschaft, die mit fließendem Abfall zu ersticken droht.

Wir fühlen uns verbunden mit der Arbeiterbewegung. Als diese im vergangenen Jahrhundert überall in Europa erwachte, tat sie das aus der unmittelbaren Notwendigkeit, die menschliche Arbeitskraft, das Leben der Arbeiter und ihrer Familien gegen die ruinösen Konsequenzen der

damals aufkommenden Produktionsweise zu verteidigen. Begrenzung des Arbeitstages, Verbot der Kinderarbeit, Verbot der Nachtarbeit, Versicherungsschutz, Streikrecht waren ihre ersten Forderungen, die Hand in Hand gingen mit den Forderungen nach allgemeinem Wahlrecht, nach demokratischen Rechten und Freiheiten und nach „Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde“. Bis heute sind diese Forderungen nicht erledigt, sondern haben - wie die Forderungen nach Begrenzung des Arbeitstages auf 7 Stunden - durch die steigende Arbeitsintensität wachsende aktuelle Bedeutung gewonnen.

Wir halten es für notwendig, die Aktivitäten außerhalb des Parlaments durch die Arbeit in den Kommunal- und Landesparlamenten sowie im Bundestag zu ergänzen. Wir wollen dort unseren politischen Alternativen Öffentlichkeit und Geltung verschaffen. Wir werden damit den Bürger- und Basisinitiativen eine weitere Möglichkeit zur Durchsetzung ihrer Anliegen und Ideen eröffnen. Grüne, bunte und alternative Listen hatten ihre ersten Wahlerfolge. Die 5%-Klausel und andere Erschwernisse können sie nicht mehr aufhalten. Wir werden uns nicht an einer Regierung beteiligen, die den zerstörerischen Kurs fortführt. Wir werden aber versuchen in der Verfolgung unserer Ziele auch bei etablierten Parteien, Unterstützung zu erhalten und Vorschläge anderer Parteien, die unseren Zielen entsprechen, zustimmen. (...) Unsere Politik wird von langfristigen Zukunftsperspektiven geleitet und orientiert sich an vier Grundsätzen: sie ist ökologisch, sozial, basis- und radikaldemokratisch sowie gewaltfrei.

### Ökologisch

(...) Ökologische Politik stellt eine umfassende Abfrage an eine Wirtschaft der Ausbeutung und des Raubbaus an Naturgütern und Rohstoffen sowie zerstörerischer Eingriffe in die Kreisläufe des Naturhaushaltes dar. Unsere Überzeugung ist, daß der Ausbeutung der Natur und des Menschen durch den Menschen entgegengetreten werden muß, um der akuten und ernststen Bedrohung des Lebens zu begegnen. (...) Wir sind für ein Wirtschaftssystem, das sich an den Lebensbedürfnissen der Menschen und zukünftigen Generationen, an der Erhaltung der Natur und am sparsamen Umgang mit den natürlichen Reichtümern orientiert. Es geht um eine Gesellschaft, die demokratisch ist, in der die Beziehung der Menschen unter

einander und zur Natur zunehmend bewußter gehandhabt werden. Um solche Veränderungen gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse durchzusetzen, bedarf es einer politischen Bewegung, in der menschliche Solidarität und Demokratie untereinander und die Absage an ein von lebensfeindlicher Konkurrenz bestimmtes Leistungs- und Hierarchiedenken grundlegend sind. Diese gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen können nur demokratisch und mit Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit erreicht werden.

### Sozial

(...) Durch ständige Preiserhöhungen und staatliche Steuer- und Subventionspolitik werden bereits ungleiche Einkommens- und Vermögensverhältnisse zwischen Arm und Reich noch verstärkt. Wir wenden uns gegen einen Arbeitsprozeß, in dem die wirtschaftliche Macht regiert und der dazu führt, daß einzelne Wenige nicht nur über das Arbeits- existenz, sondern faktisch über die Existenz vieler entscheiden können. Arbeitslosigkeit auf der einen und unmenschenwürdige Arbeitsbedingungen auf der anderen Seite zeigen dies. Die Vernichtung der Wohnwelt, immer längere Wege zur Arbeit, die Kommerzialisierung des Naturgenusses und der Freizeit belasten vor allem die Bevölkerungsteile, deren Anteil an den Lebens- und Genußmitteln der Gesellschaft niedrig ist: Arbeiter und Angestellte mit niedrigem Einkommen, deren Kinder, die Rentner und Behinderten.

Sowohl aus der Wettbewerbswirtschaft als auch aus der Konzentration wirtschaftlicher Macht im staats- und privatkapitalistischen Monopolen können jene ausbeuterischen Wachstumszwänge hervor, in deren Folge die völlige Verwüstung und Verwüstung der Lebensgrundlage droht. Hier genau verbinden sich die Umweltschutz- und Ökologie-Bewegung mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Deshalb treten wir gemeinsam für eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und für humane Arbeitsbedingungen ein. Nur durch die Selbstbestimmung der Betroffenen kann der ökologischen, ökonomischen und sozialen Krise entgegengetreten werden. Weil wir für die Selbstbestimmung, freie Entfaltung jedes Menschen sind und dafür, daß die Menschen ihr Leben gemeinsam und solidarisch in Übereinstimmung mit ihrer natürlichen Umwelt, ihren eigenen Wünschen und Bedürfnissen frei von äußerem Zwang kreativ gestalten können, treten wir radikal für die Menschenrechte und umfassende demokratische Rechte bei uns und anderswo ein. Unsere gesellschaftlichen Verhältnisse produzieren massenhaft soziales und psychisches Elend. Besonders betroffen von dieser Situation sind ethnische, soziale, religiöse und sexuelle

diskriminierte Bevölkerungsteile. Steigende Kriminalität, erhöhte Selbstmordrate, Drogenkonsum und Alkoholismus sind die Folgen dieses Zustands. Offensichtlich wird dieser gesellschaftliche Zustand auch durch die Tatsache, daß die Frauen in fast allen gesellschaftlichen Bereichen benachteiligt und unterdrückt werden.

### Basis- und Radikaldemokratisch

Basisdemokratische Politik bedeutet, verstärkte Verwirklichung dezentraler, direkter Demokratie. Wir gehen davon aus, daß der Entscheidung der Basis prinzipiell Vorrang eingeräumt werden muß. Überschaubare, dezentrale Basisstrukturen (Orts-, Kreis-, Kreisebene) erhalten weitgehende Autonomie und Selbstverwaltungsrechte zugestanden. Basisdemokratie bedarf jedoch einer zusammenfassenden Organisation und Koordination, wenn unsere Politik in der öffentlichen Willensbildung gegen starke Widerstände durchgesetzt werden soll. Wir setzen uns in allen politischen Bereichen dafür ein, daß durch verstärkte Mitbestimmung der betroffenen Bevölkerung in regionalen, landesweiten und bundesweiten Volksabstimmungen Elemente direkter Demokratie zur Lösung lebenswichtiger Planungen eingeführt werden.

Seit 1972 - und verstärkt mit dem Kanzlerwechsel von 1974 - haben wir es nach der Zeit des kalten Krieges erneut mit einem zunächst scheinenden, in jüngster Zeit sich beschleunigenden Zerfallsprozeß von demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen in diesem Lande zu tun. Dies trifft auf den staatlichen Bereich in gleicher Weise zu, wie auf den gesellschaftlichen Bereich.

Wir stehen gegenwärtig mitten in einer entscheidenden Auseinandersetzung um den Erhalt und die Durchsetzung demokratischer Rechte:

- Berufsverbote, gewerkschaftliche Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Gesinnungsschnüffelei, Lauschangriffe, Bespitzelungen und Überwachungen durch den Verfassungsschutz und Bundesgrenzschutz, wuchernd um sich greifende Zensurpraktiken, Diskriminierung von Strafverteidigern, Bundesverfassungsschutzgesetz, Razziegesetz, Bundesverfassungsschutzgesetz, repressive Polizeieinsätze u. a. m. haben insgesamt eine Entwicklung eingeleitet, die starke Tendenzen in Richtung auf einen autoritären Maßnahme- und Überwachungsstaat aufweist.
- An dieser Entwicklung haben sich beharrlich alle etablierten Parteien beteiligt, zwischen ihnen mögen - was die Intensität beim Abbau demokratischer Rechte anbelangt - graduelle Unterschiede bestehen; prinzipielle Unterschiede gibt es zwischen ihnen nicht.
- Der Abbau demokratischer Rechte ist keine vereinzelte Erscheinung; er vollzieht sich umfassend und in vie-

len Bereichen. Deshalb halten wir es für notwendig, den Kampf gegen die Gesamtheit der bisher ergriffenen und angekündigten legislativen und exekutiven Maßnahmen umfassend und nicht selektiv zu führen. In diesem Lande gibt es - im Gegensatz zu anderen Ländern - nur eine sehr gebrochene Tradition bürgerlich-liberaler, demokratischer Öffentlichkeit. Auch ist die heutige Bewegung für demokratische Rechte noch jung. Der Kampf um demokratische Rechte kann und darf jedoch nicht allein Aufgabe linker Kräfte sein. Er muß, will er letztlich erfolgreich sein, zur Sache breiterer Bevölkerungsteile werden. Umweltschutz und Demokratie sind für uns untrennbar miteinander verbunden. Wir treten für das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung für alle ein: Kinder und ältere Menschen, Schwule und Lesben, Behinderte und Kranke, Ausländer und andere Minderheiten! Eine Voraussetzung heutiger Formen von Herrschaft ist die Unterdrückung der Frauen durch die Männer. Daher unterstützen wir jede Initiative zur Befreiung der Frauen und betrachten das Recht auf Autonomie der Frauenbewegung als Bedingung dafür. Gegen die besondere Unterdrückung von Frauen durch die Gesellschaft, in Familie, Beruf und Politik setzen wir die Forderung nach der Selbstbestimmung der Frau auf ihren Körper (ersatzlose Streichung des Paragraphen 218) und nach mehr Rechten, so daß alle Frauen sich gegen Diskriminierung und Kriminalisierung wehren können. Die Frauen sind nicht bereit, ein Wahlbündnis zu unterstützen, in dem Kräfte maßgeblichen Einfluß haben, die sie auf eine neue Heim- und Herd-Ideologie festschreiben wollen.

Wir fordern die Delegierten auf, der Mehrheit der Wahlberechtigten Rechnung zu tragen und entsprechend viele weibliche Kandidaten aufzustellen. Unser inneres organisatorisches Leben und unser Verhältnis zu den Menschen, die uns unterstützen und wählen, ist das genaue Gegenbild zu den in Bonn etablierten Parteien. Diese sind unfähig und nicht willens, neue Ansätze und Gedanken und die Interessen der demokratischen Bewegung aufzunehmen. Wir sind deshalb entschlossen, uns eine Parteiorganisation neuen Typs zu schaffen, deren Grundstruktur in basisdemokratischer und dezentraler Art verfaßt ist, was man/frau nicht voneinander trennen kann. Denn eine Partei, die diese Struktur nicht besitzt, wäre niemals in der Lage, unsere Politik im Rahmen der parlamentarischen Demokratie überzeugend zu betreiben. Kerngedanke ist dabei eine ständige Kontrolle aller Amts- und Mandatsträger und Institutionen durch die Basis (Öffentlichkeit und zeitliche Begrenzung, Begrenzung der Diäten) und die jederzeitige Ablosbarkeit, um Organisation und Politik für alle durchschaubar zu machen und um

der Loslösung einzelner von ihrer Basis entgegenzuwirken. Neu: Die Mitarbeiter in unserer Alternative kommen aus verschiedenen Erfahrungszusammenhängen, aus Bürger- und Basisinitiativen, vor allem aus dem Umweltschutz- und dem Anti-AKW-Bereich, aber auch zum Teil aus unterschiedlichen politischen Organisationen. Wir halten die Mitarbeit in unserer Wählerinitiative für alle offen, die die gemeinsam formulierten Grundsatzpositionen teilen und nach außen vertreten. Es gibt keinerlei Unvereinbarkeitsbeschlüsse in unserem Wahlbündnis. Wir stehen allen offen, gleich welcher weltanschaulichen Richtung, ob politisch organisiert oder nicht, sofern sie sich konsequent für Umweltschutz und Demokratie einsetzen. Jede Zusammenarbeit mit Faschisten lehnen wir ab. Wir machen uns keine Illusionen über die Bedeutung von Parlamentswahlen, zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Eine wirkungsvolle Einbringung unserer Interessen und Ziele wird auf einer parlamentarischen Ebene - wenn überhaupt - nur ansatzweise möglich sein. Nach unserem Politikverständnis wird auch weiterhin der Schwerpunkt von politischer Tätigkeit in zentralen und dezentralen Basisaktivitäten und außerparlamentarischen Aktionen liegen.

### Gewaltfrei

Neu: Wir verteidigen das Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Die Herrschenden stempeln diejenigen, die Widerstand leisten, als gewalttätig. In dieser Gesellschaft wird jedoch tagtäglich Gewalt angewendet. Sie geht vom herrschenden System aus. Demgegenüber streben wir eine gewaltfreie Gesellschaft an, in der die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen und Gewalt von Menschen gegen Menschen aufgehoben ist. Wir treten ein für die Durchsetzung des Rechts auf uneingeschränkte Kriegsdienstverweigerung und fordern die ersatzlose Abschaffung der Gewissensprüfung. Deshalb treten wir in den internationalen Beziehungen für eine aktive Friedenspolitik ein. Aktive Friedenspolitik heißt auch, daß wir uns gegen die Besetzung von Staaten und die Unterdrückung von Volksgruppen wenden und für die Unabhängigkeit in allen Staaten eintreten. Frieden ist untrennbar mit der Unabhängigkeit der Staaten und dem Vorhandensein demokratischer Rechte in ihnen verbunden. Es muß weltweit abgerüstet werden. In der BRD und weltweit müssen ABC-Waffen vernichtet werden; in der BRD und weltweit müssen fremde Truppen von fremden Territorien abgezogen werden. Die Widerstandsformen/Widerstandskaktionen - wann, wie und wo - müssen von den Betroffenen selber demokratisch bestimmt werden.

Anm. AK: Die vom Präambelentwurf der Programmkommission wesentlich abweichenden Passagen haben wir, so gut es geht, im lay-out hervorgehoben. Aus aktuellem Anlaß weisen wir darauf hin, daß es die Bunten/Alternativen keineswegs für notwendig halten, „die Aktivitäten außerhalb des Parlamentes durch die Arbeit in den Kommunal- und Landes-

parlamenten sowie im Bundestag zu ersetzen“, wie die „Rote Fahne“ (falsch) dokumentiert, sondern zu ergänzen, wie es richtig heißen muß (die „KPD“-Genossen begehen diesen Fehler nun schon zum zweiten Mal...).



Fortsetzung von Seite 5

faßt wurde. Dies gilt vor allem für den Beschluß, die Parteigründung im Januar durch Delegierte der grünen Kreisverbände vorzunehmen (Auf 10 Mitglieder kommt ein Delegierter; für diejenigen Mitglieder, die nicht in KVen organisiert sind, bestimmt der Landesverband Delegierte). Dadurch werden die Bunten/Alternativen von einer Teilnahme an der Parteigründung ausgeschlossen bzw. gezwungen, in die Grünen einzutreten, sofern sie Einfluß nehmen wollen, ganz zu schweigen davon, daß dieses Verfahren insgesamt höchst fragwürdig ist. Bekanntlich gibt es in einigen Kreis- und Landesverbänden der Grünen bereits eine Unvereinbarkeitspraxis (Bayern, Baden-Württemberg, Saarland, Frankfurt), so daß hier schon Fakten geschaffen sind, die auf einer Delegiertenstufe auf jeden Fall andere Mehrheitsverhältnisse als in Offenbach garantieren. Dieser Beschluß, der bemerkenswerterweise kaum auf Widerstand stieß, widerspricht allen verbalen Beteuerungen, basisdemokratische Strukturen zu bilden und direkte Demokratie zu praktizieren. Vielmehr haben wir es hier mit einem geradezu klassischen Beispiel von Vertretern „Demokratie“ zu tun. Weitere Anträge, die die Versammlung ohne nennenswerten Widerspruch verabschiedete, waren die Festlegung, die neue Partei müsse den Namen „Die Grünen“ tragen, und der Beschluß, daß auf Aufnahmeanträgen für eintretende Mitglieder ein Text unterschrieben werden soll, der ein ökologisches Glaubensbekenntnis enthält. Auch das offenbarte wiederum ein skurriles Verständnis von „Basisdemokratie“. Über den entsprechenden Text konnte nämlich noch gar nicht abgestimmt werden, da ein Entwurf nicht vorlag. Aber unterschrieben werden muß er jedenfalls, wenn man bei den Grünen eintreten will...

2. Nur für einen Teil derjenigen, die Balduz Springsmanns Doppelmitgliedschaftsverbot ablehnten, gilt, daß sie damit tatsächlich die Ablehnung jeglicher Unvereinbarkeitsbeschlüsse verbanden. Vertreter des Bundesvorstands der Grünen, der GLU Niedersachsen und der AUD betonten immer wieder, die entsprechenden Anträge sollten noch nicht befaßt werden, da es für eine Abgrenzung vor der Programmdebatte mit den Bunten/Alternativen zu früh sei. Es dürfe nicht alles kaputtgemacht werden, was mit den Öko-Seminaren der GLU Niedersachsen aufgebaut worden sei. Nach der Diskussion mit den Bunten/Alternativen könne man über Doppelmitgliedschaftsverbote etc. beschließen. Diese Linie der Nicht-Befassung setzte sich insofern nicht durch, als Springmanns Antrag tatsächlich abgestimmt und abgelehnt wurde, sodaß hiermit ein Votum der Grünen gegen UVBs vorliegt. Nach dem bisher erfahrenen Demokratieverständnis ihrer „Macher“ dürfte sie dieses Votum jedoch kaum daran hindern, ein fünftes, sechstes und zehntes Mal über einen UVB abzustimmen, bis dieser endlich unter Dach und Fach ist. Man fragt sich, was diese Taktikerei, speziell der GLU und AUD, für einen Zweck und Zweck hat.

Man fragt sich, was diese Taktikerei, speziell der GLU und AUD, für einen Sinn haben soll. Die Antwort wird klar, wenn man die offeneren Aussagen der grünen Strategen gegenüber der Presse hinzunimmt. Während in der Offenbacher Stadthalle die UVB-Anträge zurückgeköpft wurden, erklärten Gruhl und Haussleiter (AUD) auf einer Pressekonferenz die Mitgliedschaft im KB oder in der „KPD“ für unvereinbar mit einer Mitgliedschaft bei den Grünen (wiederum ein höchst „basisdemokratisches“ Verhalten!). Dies wurde damit begründet, daß die Kommunisten eine Wachstumsideologie vertreten würden. Außerdem würden sie die Bedingung der Gewaltfreiheit nicht erfüllen. Es war also beabsichtigt, die Bunten und Alternativen nicht durch einen bei diesen höchst unpopulären Radikalerlaß von Anfang an vor den Kopf zu stoßen. Stattdessen sollte mit ihnen zusammen eine Art Grundsatzklärung (Präambel des Programms) beschlossen werden, die es den Grünen wiederum ermöglichen sollte, eine inhaltliche Ausgrenzung vorzunehmen. Diese Taktik läuft auf den Versuch einer Spaltung der Bunten/Alternativen hinaus. Die „FAZ“ hat völlig recht, wenn sie unter Bezug auf grüne Quellen schreibt (6.11.): „Die Umweltideen aus diesen Gruppen sollten zur neuen Partei herübergezogen, der eindeutig kommunistische Anhang jedoch vorsichtig gemieden werden“. Springmanns Fehler sei es gewesen, durch seinen Antrag „die eigentliche Absicht zu früh und zu deutlich hervortreten zu lassen“. In der Tat: Der Plan war besser als der plumpe Antikommunismus, mit dem die GAZ seinerzeit angetreten war, aber er klappte trotzdem nicht.

Es bleibt jedoch festzuhalten, daß die Unvereinbarkeitsfrage nach Offenbach nicht vom Tisch ist, sondern spätestens bei der Parteigründung erneut zur Abstimmung stehen wird. Die Kuh ist keineswegs „vom Eis“, wie die „FR“ voreilig meint (5.11.). Es bleibt ebenso festzustellen, daß die Ausgrenzungsabsichten der Grünen keineswegs allein auf Mitglieder kommunistischer Organisationen zielen, sondern darüber hinaus auf die Auflösung bzw. Isolierung der bestehenden Bunten/Alternativen Listen, deren Mitglieder zu einem Austritt gezwungen werden sollen, falls sie bei den Grünen mitmachen wollen. Gerade der letzte Punkt gibt allen Anlaß, die überaus simple These in-

standen werden.

Alexander Schubart von der Grünen Liste Hessen formulierte eine scharfe Ablehnung des Entwurfs. Der Text sei eine grüne Aufbereitung bürgerlicher Standpunkte, wie sie in jedem SPD-, FDP- oder CDU-Programm enthalten sein könnten.

Die GLH (Frankfurt) schlug den Anwesenden zahlreiche Änderungen des Präambeltextes vor – darunter auch eine ausdrückliche Ablehnung jeglicher Unvereinbarkeitsbeschlüsse – und forderte sie auf, dem Kongreß am folgenden Tag einen gemeinsamen Vorschlag zu unterbreiten. Als ein AL-Vertreter (Manuel Bohn) in erpresserischer Manier konterte:



Bahro und Gruhl - historischer Kompromiß?

frage zu stellen, die die Abgrenzungsabsichten der Grünen allein mit dem bedauerlichen Antikommunismus in diesem Land erklären will. Es fragt sich doch, weshalb ein Teil der Grünen an einer Austrocknung aller anderen, autonomen Alternativlisten auf kommunaler und Landes-Ebene interessiert ist, wo doch gerade bei ihnen auf Dezentralität solch ein Wert gelegt wird.

#### Die Linke sucht ihre Position

Parallel zu den Grünen traf sich am 3.11. der linke Flügel der Wahl-Bewegung, um in nahezu ununterbrochenen Diskussionen Grundzüge einer gemeinsamen Politik gegenüber dem zu formulieren, was sich in der Offenbacher Stadthalle abspielte. Diese Diskussion war von zwei Polen bestimmt:

- taktische Überlegungen: wie müssen wir uns verhalten, damit die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Grünen unbedingt offengehalten wird?
- grundsätzliche Überlegungen: bleibt mit den Grünen unbedingt offengehalten wird?

- grundsätzliche Überlegungen: welchen Minimalforderungen muß ein Wahlbündnis genügen, um überhaupt für Bunte/Alternative unterstützenswert zu sein? Nach einer groben Einteilung stand das erste bei den anwesenden Mitgliedern der Alternativen Liste Westberlin und der „KPD“ im Vordergrund, das zweite dagegen bei den Mitgliedern der Grünen Liste Hessen und des KB, die im Laufe der Auseinandersetzung von den Komitees für Demokratie und Sozialismus und schließlich auch von der Bunte Liste Hamburg Unterstützung erhielten. Das Alternativ-Treffen wurde mit einem Beitrag von Ernst Hopfmeister, AL Westberlin, Mitglied der grün/bunten Programmkommission und zu diesem Zeitpunkt bereits Mitglied der Grünen, eröffnet. Er führte aus, daß der vorliegende Präambel-Text über weite Strecken Passagen enthalte, die vom rechten Flügel der Grünen nicht geteilt würden, da sie zu progressiv seien. Es käme darauf an, eine weitere Verschlechterung des vorliegenden Entwurfs zu verhindern; mit linken Änderungsvorschlägen solle man sich daher zurückhalten, da dies bereits der weitestgehende Kompromiß sei, den es zu verteidigen gälte. Die Bunte Liste Hamburg verteilte eine Erklärung von J. Reents, der als Mitglied der Programmkommission den Präambeltext in zwei Punkten kritisierte. „Formulierungen jeglicher Art, die als Aufforderung zum ‚Verzicht‘ und zur ‚Selbstbegrenzung‘ an die Adresse der Bevölkerung verstanden werden können, (sollen) aus diesem Text rausgehalten werden.“ Die Gewaltfreiheit solle als anzustrebendes gesellschaftliches Ziel, nicht aber als in jedem Fall absolut verpflichtende Handlungsmaxime ver-

„Wenn ihr das morgen einbringt, platzt der Kongreß!“, waren die Fronten klar. In dieser Situation zogen sich die (durchaus zahlreich anwesenden) „KPD“-Mitglieder auf eine Position der Unverbindlichkeit zurück. Zwar sei der Präambel-Entwurf in der Tat unbrauchbar; es müsse auch kritisiert werden, daß die Vertreter der Bunten und Alternativen in der Programmkommission versäumt hätten, kontroverse Positionen einzubringen und auf diesen zu beharren. Dennoch lehnte es die „KPD“ ab, sich über Änderungsvorschläge zu verständigen und diese kollektiv zu vertreten. Stattdessen solle jeder seine Kritik „einbringen“, und es solle vor allem – konsequenzlos – weiter diskutiert werden. Dies war die Position, sich mit scheinbar radikalen programmatischen Kritiken zu profilieren, aber dem faktischen Ausverkauf linker Positionen, wie er von der AL

rasch, daß inhaltlich weitgehende Übereinstimmung bestand (wohl deshalb, weil die „KPD“ auf eine vaterländische Stoßrichtung von Anfang an verzichtete). Bei aller Skepsis wurde von den Grünen vorgegebene Rahmen der „vier Eckpfeiler“ akzeptiert (ökologisch, sozial, basis- und radikal-demokratisch, gewaltfrei; der Begriff „radikal-demokratisch“ wurde zusätzlich hineingenommen) und entlang des Textes der Programmkommission diskutiert. Das Änderungspaket beinhaltet im wesentlichen:

- die Streichung solcher Passagen, die eine rein „grüne“, bürgerlich-ökologische Weltanschauung fest-schreiben, insbesondere die Streichung von Verzicht- und Maßhalte-Forderungen an die Adresse der Bevölkerung.
- die Aufnahme eines Absatzes, in dem eine ausdrückliche Verbundenheit mit der Arbeiterbewegung formuliert wird
- eine entschiedene Passage zum Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte
- die Aufnahme eines Absatzes zur Frauenbewegung einschließlich der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218
- Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung für alle; gegen jede Diskriminierung von Minderheiten
- ausdrückliche Ablehnung von Unvereinbarkeitsbeschlüssen, es sei denn gegen Faschisten
- Ablehnung parlamentarischer Illusionen
- Umformulierung des „gewaltfrei“-Teils im Sinne von: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht
- Recht auf uneingeschränkte Kriegsdienstverweigerung
- Konkretisierung des allgemeinen Abrüstungsbekenntnisses auf die Forderung nach Abrüstung in der BRD.

Sicher war es auch der durch die Grünen geschaffene Druck, der die sonst so zerstrittenen linken Fraktionen enger zusammenrücken ließ. In erster Linie war die Vereinheitlichung jedoch deswegen relativ problemlos, weil sich alle Änderungsvorschläge auf Positionen bezogen, die doch inzwischen zur Standardausrüstung der außerparlamentarischen Bewegungen der letzten Jahre gehören.

Dramatisch wurde es erneut am Abend. In einem ausgedienten Fabrikgebäude, das in Offenbach als Jugendzentrum erhalten muß, trafen sich die Alternativen/Linken (leider ohne Vertreter der Hamburger Bunten, die die Beobachtung des Grünen Treffens für wichtiger hielten) zu letzten Absprachen. Hier unternahm die „KPD“ einen letzten Brems-Versuch, der bei den übrigen Anwesenden auf empörte Proteste stieß. Das Einbringen der erarbeiteten Änderungen im Block erweckte den Anschein, so die Vertreter der „KPD“, als stelle die Linke einen völlig neuen Präambel-Text zur Diskussion. So etwas könne man nur machen, wenn man, wie angeblich der KB, davon ausginge, daß der Zug der Grünen für die Linke ohnehin ab-

so sollten die Änderungen entsprechend dem Verfahren (Punkt für Punkt oder ggf. auch im Block) zur Abstimmung gestellt werden. Da diese Programmdiskussion irgendwann zu einem verbindlichen Abschluß führen müsse, forderte die Versammlung die GLH auf, Anfang Dezember einen offenen Programmkongreß zu organisieren. So fand der linke Flügel der Wahlbewegung buchstäblich in letzter Minute zu einer gewissen Handlungsfähigkeit zurück.

#### Der gemeinsame Kongreß: grün-rot oder nur grün?

Nachdem die Grünen gerade Springmanns UVB-Antrag abgelehnt hatten, und ihr Bundesvorstand noch einmal verkündete, daß dies gewiß nicht die letzte Abstimmung zu diesem Thema gewesen sein würde, begann am 4.11. gegen 12 Uhr die offene Aussprache zwischen den Grünen, Bunten und Alternativen, insgesamt wohl 2000 an der Zahl. Zunächst stellten Haussleiter (AUD) und Hopfmeister (AL) als Berichterstatter der Programmkommission den Präambel-Entwurf vor. Ersterer gab noch einmal ein anschauliches Beispiel seiner „Doppelstrategie“, indem er die Mitarbeit der AL Westberlin mit warmen Worten zu loben wußte (während er der Presse gegenüber eine Doppelmitgliedschaft von Kommunisten bei den Grünen für unvereinbar erklärt hatte). Dann begann die Diskussion mit einem ersten Schub von Beiträgen, die sich immer wieder für eine stärkere Berücksichtigung gewerkschaftlicher Forderungen, aber auch für Forderungen der Frauenbewegung aussprachen. Die Atmosphäre war insgesamt offen und sachlich, die Grünen auf „Fairness“ bedacht, und die meisten bunten/al-

#### Protest gegen Nato-Rüstungspläne

Auf Antrag von Roland Vogt (BBU) stimmte der Programmkongreß am Sonntagmittag mit großer Mehrheit der Schlussresolution des BBU-Kongresses „Ökologie und Frieden“ von Kassel zu (siehe AK-Artikel dazu). Erwähnenswert ist, daß sich praktisch nur die „KPD“ wütend gegen die Verabschiedung wandte. Ihre ursprünglichen Pläne, vaterländische Bündnispartner beim rechten Flügel der Grünen zu finden, scheinen sich vorerst zerschlagen zu haben.

alternativen Redner(innen) konnten freundlichen Beifall für sich verbuchen. Diese Phase wurde durch einen jähen Ausfall Rudi Dutschkes gegen die K-Gruppen abrupt unterbrochen. Dutschke verschwendete seine kostbaren drei Minuten nicht mit Argumentieren oder Begründen. Er schrie nur noch seinen Feind, hauptsächlich den KB, nieder. Einige seiner Verteidiger meinen jetzt, er habe wörtlich genommen - gar keinen förm-

Verteidiger meinen jetzt, er habe wörtlich genommen - gar keinen förmlichen Unvereinbarkeitsbeschluß gefordert. Unabhängig von solchen Spitzfindigkeiten war Dutschkes Tenor eindeutig: Hinaus mit ihnen! Sein Versuch, ausgerechnet die Parole von der Freiheit des Andersdenkenden für sich zu reklamieren, wirkte peinlich. Entsprechend war das Echo: Erregter Beifall bei Springmann, Gruhl und ihren Anhängern, Betroffenheit bei den meisten Linken: Endet so der „Lange Marsch“?

Dankenswerterweise war einer der folgenden Diskussionsredner bereit, zugunsten von Alexander Schubart von der GLH zurückzutreten und diesem die Gelegenheit zu einer direkten Erwiderung zu geben. Schubart („Aschu“) schaffte es wie kein anderer, in unmittelbarer Antwort auf Dutschke dem Kongreß ein Beispiel für wirklich alternative Prinzipien zu geben. Er wies die „böartige Polemik“ zurück, forderte die „Unvereinbarkeit mit jeglichen Unvereinbarkeitsbeschlüssen“ und berichtete von den praktischen Erfahrungen, die die GLH bei Anwendung dieser Leitlinie gemacht habe. Von den Bunten/Alternativen und linken Grünen mit enthusiastischem Beifall bedacht bedachte er seinen Beitrag: der Saal war in zwei ungefähr gleich große Lager polarisiert. Dann kam Bahro. Auf Bahros Rede, die bereits in zahlreichen Presseorganen abgedruckt wurde, und mit der wir uns demnächst auseinandersetzen werden, wollen wir hier nur insofern eingehen, als sie auf die zentralen Streitpunkte auf dem Kongreß bezogen war. „Die Sozialisten brauchen die Grünen... Die Sozialisten werden ge-

Fortsetzung nächste Seite

## Schlecht vertreten

Mehrfach wurde bei Bunten/Alternativen Kritik an der Arbeit ihrer Vertreter in der Programmkommission geäußert. Diese Kritik bezog sich vor allem darauf, daß sie darauf verzichtet hatten, bunte/alternative Minimalpositionen als „Dissens“ im Präambelentwurf festzuhalten (bei einem solchen Verfahren wären diejenigen Punkte, die in der Programmkommission nicht zu vereinheitlichen waren, als Kontroversen festgehalten und der Basis dadurch bekanntgegeben worden). Es muß ebenso kritisiert werden, daß die Vertreter der AL Westberlin und der GLH in der Programmkommission noch vor Offenbach einen Aufnahmeantrag bei den Grünen stellten, ohne

dazu von den Mitgliedsversammlungen ihrer Listen beauftragt gewesen zu sein. Man fragt sich, wie diese beiden Vertreter ihre neue Mitgliedschaft bei den Grünen mit ihrem Mandat von Seiten der Bunten/Alternativen vereinbaren? Ein schlechtes Beispiel für „Basisdemokratie“!

Für sehr unbedacht halten wir es auch, daß der Vertreter der Bunten Liste Hamburg an einer entscheidenden Sitzung der Programmkommission (am 28.10.) nicht teilnahm, um bei einer Buli-VV dabei sein zu können. Dies alles hat die Voraussetzungen, mit denen die Bunten/Alternativen nach Offenbach gingen, erheblich verschlechtert. Dies sollte in Zukunft demokratischer gestaltet werden.

Westberlin (in der die „KPD“ ja nicht ganz ohne Einfluß ist) empfohlen wurde, tatenlos zuzusehen, ohne den Versuch der Gegenwehr zu unternehmen. Erst nach langem Hin und Her erklärte sich die „KPD“ unter dem Druck der Anwesenden dazu bereit, konstruktiv an einem Vereinheitlichungsprozeß teilzunehmen. Die Entscheidung darüber, was mit dem gemeinsam erarbeiteten Alternativ-Formulierungsbogen geschehen sollte, wurde auf den Abend des 3.11. vertagt.

In den beiden, daraufhin gebildeten Arbeitsgruppen zeigte sich relativ

gefahren sei. Der KB wolle sich also nur einen „günstigen Abgang“ verschaffen, anstatt um die Einheit mit den Grünen zu ringen. Die große Mehrheit der rund 120 Anwesenden ließ sich jedoch auch durch diese Horrordisvisionen nicht einschüchtern. Es wurde vereinbart, am folgenden Tag den Text insgesamt schriftlich zu verteilen, aber darauf hinzuwirken, daß der Kongreß noch keine Entscheidung über die Präambel trifft. Stattdessen solle die Basis zur Diskussion der Entwürfe aufgefordert werden. Sollten die Grünen jedoch auf einer Beschlußfassung beharren,



Fortsetzung von Seite 6

braucht von den Grünen". Grüne und Rote müßten zusammengehen.

Diese Aussage war ein Appell an den rechten Flügel, sich nach links zu öffnen. Andererseits polemisierte Bahro gegen „jeglichen dogmatischen Ballast“, der „über Bord“ geworfen werden müsse. „Jeder mag seinen theoretischen Lieblingsgedanken, seinen besondern Zugang zur allgemeinen Sache weiterpflegen und positiv einbringen. Aber in den Weg stellen soll er ihn nicht“. Dies ist zweifellos unterschiedlich interpretierbar. Auf alle Fälle ließe sich auch eine Position wie diejenige der AUD oder der GLU Niedersachsen daraus herauslesen: K-Gruppen haben bei uns keinen Platz, da ihre („dogmatischen“ bzw. „traditionellen“) Auffassungen mit unserem Programm unvereinbar sind; ehemalige Kommunisten sind dagegen durchaus willkommen.

Keine Frage, Bahro hat den sogenannten „undogmatischen Linken“ die Türen bei den Grünen geöffnet, ihre Position gestärkt. Wie er sich gegenüber den Kommunisten verhält, die mit seinen Positionen, etwa der reformistischen Staatsauffassung nicht einverstanden sein können, die also aus seiner Sicht „dogmatischen Ballast“ vertreten, darüber verrät seine Rede nichts.

### Ein mageres Ergebnis

Gemessen an der Diskussion, die doch einigermaßen die Differenzen in



Alexander Schubart

und zwischen den Wahllisten deutlich machte und bis auf Deutschkes Ausbruch – einigermaßen solidarisch und sachlich verlief, ist der Kongreß, gemessen an seinen Beschlüssen, enttäuschend verlaufen. Zwei Anträge standen sich gegen Ende in einem bereits zur Hälfte geleerten Saal gegenüber: Dirk Schneider von der AL Westberlin verlas einen durchaus brauchbaren Antrag, in dem die Programmdiskussion an die Basis zurückverwiesen und bürokratische Ausgrenzungen abgelehnt wurden. Demgegenüber forderte Haussleiter die Anerkennung der grünen „Eckpfeiler“ und die Bearbeitung aller Änderungsanträge durch die Pro-

grammkommission (bis zum 1. Dezember sollen großzügigerweise noch Anträge entgegengenommen werden). Nach eindringlichen Apellen des grünen Bundesvorstandes, aus den beiden Anträgen einen gemeinsamen Text zu erstellen, wurde eine kurze Mäuschel-Sitzung dazwischengeschoben, nach der die AL ohne weitere Begründung auf ihren Antrag verzichtete.

(Später berichtete uns D. Schneider, die GLU Niedersachsen (Lippelt) habe mit dem Verlassen des Saales gedroht, falls die Antragsteller auf einer Formulierung gegen

Ausgrenzungen bestehen würden!). Haussleiters Antrag wurde im Schnellverfahren, ohne weitere Diskussionsbeiträge zuzulassen, durchgezogen. Ca. ein Drittel der Anwesenden stimmte immerhin dagegen. Somit ist die weitere Rolle der Bunt-Alternativen nach dieser Beschluslage darauf reduziert, Anträge an die Programmkommission schicken zu dürfen, und in dieser mit einer klaren Minderheit von Vertretern (4 gegen 11) „mitzudiskutieren“. Über das Produkt, das dabei herauskommt (und über dessen „Qualitäten“ wir uns keine Illusionen machen sollten), können die Bunt-Alternativen nicht einmal mehr abstimmen. Dies bleibt – wenn alles so bleibt – den grünen Delegierten auf der Gründungsversammlung „ihrer“ Partei überlassen.

E. (ZRK);  
H.-H. und De. (LG-Mehrheit)

## Pressespiegel Pressespiegel

Der Offenbacher Kongreß hat in der Presse ein lebhaftes Echo gefunden. In allen großen Tageszeitungen finden sich Verlaufsberichte und erste Kommentare zum Geschehen. Vor allem in den Kommentaren spiegelt sich die Sorge wieder, die GRÜNEN könnten sich zu weit nach links öffnen bzw. „zu rot“ werden. Die Hoffnungen der bürgerlichen Kommentatoren richten sich deshalb auf den Gründungsparteitag im Januar, wo nur gewählte Delegierte aus Kreis- und Landesverbänden der GRÜNEN stimmberechtigt sein sollen. Dort könnte der in Offenbach mißlungene Abgrenzungsversuch immer noch durchgesetzt werden.

Besonders in Springers „Welt“ ist die Tatsache der gemeinsamen Diskussion zwischen Grünen, Bunt- und Alternativen und das Auftreten sozialistischer Kräfte in Offenbach mit Betroffenheit registriert worden. „Die Modefarbe Grün nimmt langsam rote Flecken an“, heißt z. B. die Überschrift zu einem Verlaufsbericht aus Offenbach, und im Leitkommentar der gleichen Ausgabe der „Welt“ (6.11) wird in der Schlagzeile formuliert: „Schon röteln die Grünen“. Im Verlaufsbericht heißt es, daß „... eine deutliche Akzentverschiebung von den eigentlichen Zielen der Grünen – der Ökologie – weg zu sozialistischen Gedanken nicht zu übersehen war“. Allerdings meint der „Welt“-Bericht, daß diese Entwicklung noch zu korrigieren sei. „Bis zum 13. Januar 1980, dem Tag, an dem die Grünen sich als Partei etablieren wollen, ist freilich noch genügend Zeit, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen.“

Auch in dem erwähnten Leitkommentar wird ausgeführt, daß es „... für eine gesicherte Prognose, wie die große grüne Partei aussehen wird“, noch zu früh sei. „Wer genauer beobachtet, der muß sich freilich die Frage stellen, ob der Weg nicht bereits vorgezeichnet ist, der Weg von der ökologischen Bürgerinitiative zur linkssozialistischen oder eurokommunistischen Partei, von Herbert Gruhl bis Rudolf Bahro.“ Zu dieser Perspektive meint die „Welt“: „Es ist nicht so sehr der gescheiterte Abgrenzungsbeschluß, der einen stutzig machen muß.“ Für die „Welt“ hatten viele der Delegierten, die gegen den Springmann-Antrag gestimmt haben, „... sicher nichts Böses im Sinn. Entweder glaubten sie, man müsse diese Frage etwas gründlicher diskutieren. Oder sie stellten die eher schlichte Frage, warum die Grünen nicht auch die Mitarbeit von Kommunisten akzeptieren sollen, wenn diese die grünen Grundsätze anerkennen. Vielleicht glauben sie ernstlich, man könne die Abgrenzung ja noch nachholen, wenn sie sich als nötig erweist.“ Die „Welt“ macht vor allem die Tatsache stutzig, daß das Darmstädter Treffen von Linken, Bunt- und Alternativen den Präambelentwurf der Programmkommission „... noch einmal einer Änderung in ihrem Sinne unterzogen (hat)“. Für die „Welt“ bedeutet dies: „Hier ist bereits Regie-

am Werk. Hier gärt nichts mehr. Hier werden nach und nach die Geschäftsgrundlagen der Volksbewegung verändert.“ Danach vergleicht der Kommentar den Präambelentwurf mit einigen in Darmstadt formulierten Änderungen. Fazit der „Welt“: „Es geht für die Grünen also gar nicht mehr darum, sich gegen eine etwa noch bevorstehende Unterwanderung durch die Kommunisten abzugrenzen. Sie sitzen schon drin. Und es sind keine Spontis und Chaoten. Gruhl und seine Freunde haben es schon gemerkt. Man konnte es an ihren aschfahlen Gesichtern ablesen.“ (Alle Angaben nach „Welt“, 6.11.79).

In der großbürgerlichen „FAZ“ wird über Offenbach ausführlich berichtet. In dem Verlaufsbericht wird konstatiert: „Indessen bleiben auch nach dem Offenbacher Kongreß viele Fragen über das Gewicht und die künftige Ausrichtung der neuen politischen Kraft offen.“ Die „FAZ“ geht vor allem auf die Rede Bahros und die Abgrenzungsrede Deutschkes gegen den KB ein. Sie zitiert auch die Erwiderung des GLH-Mitgliedes A. Schubart, der Deutschkes Beitrag eine „börsartige Polemik“ genannt hatte. Für die „FAZ“ sehen die möglichen Konsequenzen und Perspektiven dann so aus: „Nach dieser Zuspitzung am frühen Sonntagmittag blieb offen, welche Abgrenzung nach links den Grünen noch gegeben ist. Vor Bahros Auftritt hatten Verfechter einer solchen Abgrenzung erreicht, daß auf der Gründungsversammlung am 13. Januar nur noch Delegierte ein Stimmrecht haben sollen.“ („FAZ“, 5.11.79).

Am folgenden Tage brachte die „FAZ“ einen weiteren bemerkenswerten Bericht. Dort wird zunächst die Wertung von Gruhl zitiert, der Offenbach als „im ganzen zufriedenstellend“ beurteilt habe. Nach Informationen der „FAZ“ machen allerdings nicht näher bezeichnete „andere Grüne“ aus ihrer „Niedererschlagenheit“ über den Verlauf dieser Veranstaltung keinen Hehl. Für sie habe Bahro das Konzept einer grünen Fusion zunächst einmal verdorben. Tatsächlich hat die Bahro-Rede vor allem in den Passagen, wo er über das historisch notwendige Zusammengehen von „Grünen“ und „Roten“ sprach, den rechten Grünen weniger geschmeckt. Seine „Bruchstelle“ habe der Kongreß, wie die „FAZ“ meint, an dem Punkt gehabt, wo der Abgrenzungsantrag von Springmann scheiterte. Die „FAZ“ nennt dies eine „Panne“ in der Veranstaltungsregie. Hier ist vor allem interessant, wie die „FAZ“ auf der Basis ihrer Informationen den eigentlichen Regieplan der „Grünen“ vorstellt. Danach wollten die „Grünen“ „... sich in Offenbach als übernehmende Organisation auf das bis dahin gemiedene Wagnis mit den Bunt- und Alternativen nun doch einlassen. Die Umweltidealist-Grünen sollten zur neuen Partei herübergezogen, der eindeutig kommunistische Anhang jedoch vorsichtig gemieden werden.“

Die „FAZ“ äußert anschließend die Hoffnung, daß dieser Regieplan für die Gründung am 13. Januar doch noch funktionieren könnte. Dazu seien nach Information der „FAZ“ Aussprachen über den Bahro-Auftritt, der für die „FAZ“ als Kürzel für die Frage der Öffnung nach links und die Zusammenfassung der grünen und bunt- und alternativen Kräfte steht, in allen grünen Organisationen bis zum 13. Januar vorgesehen. „Die Aussprache soll dann die Auswahl der Delegierten auf diesen Landesparteitagen bestimmen. Den Initiatoren geht es dabei um die Frage, ob an der mit tosendem Beifall in Offenbach verkündeten Bahro-Parole: „Grün und Rot gehören zusammen“ wenigstens noch so weit vorbeizukommen ist, daß die Grünen auch für wankelmütige Anhänger der Union wählbar bleiben.“ („FAZ“, 6.11.79).

Auch die „FR“ geht neben einem Verlaufsbericht, der gegenüber anderen Berichten keine weitergehenden Informationen enthält, im Kommentar auf die Frage der Einheit der künftigen Partei ein. Es heißt dort: „Die Kuh war schneller vom Eis als man erwartet hatte. Die Grünen lehnten es am Wochenende ab, Mitglieder von K-Gruppen von vorneherein mit einem Bann zu belegen. Auf diese Weise wurde der Weg zu einem Bündnis freigemacht, das sich in der Diskussion der kommenden Monate zwar noch als tragfähig erweisen muß, immerhin aber den „Bunt- und Alternativen“ einen Zugang ermöglicht.“ Bei allen Unterschieden im Detail ist deutlich geworden, daß der Drang zur Einheit und der Zwang, zu den Bundestagswahlen ein attraktives Programm vorzulegen, keinen großen Spielraum für ideologische Streitigkeiten läßt. („FR“, 5.11.79).

In der „Jaz“ wird von den beiden linken Tageszeitungen am ausführlichsten berichtet. Eine politische Wertung des Kongresses fehlt allerdings völlig. Die „NEUE“ hat sich dagegen auffraffen können, am 6.11. einen Kommentar abdruckend, der die Chancen für die Linke betont, sich mit größerem Gewicht in die Herausbildung einer grünen-alternativen Partei einzubringen. Abschließend heißt es im Kommentar: „Niemand sollte sich durch Strauß irre machen lassen und das ‚Kleinere Übel‘ wählen. Die Chancen, über die Fünf-Prozent-Hürde zu kommen, sind vorhanden. Und je mehr Leute mitarbeiten, eine wählbare Alternative aufzubauen, desto größer werden sie.“

Fast kurios mutet hingegen eine Reaktion aus der DKP-Ecke an. Die „DVZ“ meint zu Offenbach: „Erkennbare Gemeinsamkeiten gibt es nur an zwei Punkten: Man will zur Wahl antreten, und man ist sich einig gegen den realen Sozialismus. Aber das ist weder das ‚historische Neue‘, das beschworen wurde, noch unterscheidet es sich vom Bonner Parteienspektrum. Man bleibt also im Rahmen des Parteiensystems à la Bonn.“ („DVZ“, 8.11.79). Wenn das kein klares Wort ist...

## Dabeisein ist lange noch nicht alles!

Bei unverheirateten Heiratswilligen kennt man eine eigentümliche Veränderung des Seelenlebens, die das Verhalten dieser Menschen für eine gewisse Zeit ganz und gar bestimmt und ihnen oft zum Verhängnis wird. Manchmal kann man sogar ganz blind davon werden und äußerst unüberlegte Entscheidungen treffen. Der Volksmund spricht von T o r s c h l u ß - p a n i k und lehrt uns, daß dieses sonderbare Verhalten im allgemeinen gegen Ende der zwanziger Jahre einsetzt. Etwas ähnliches scheint derzeit bei ehemaligen APO-Kämpfern und nicht mehr ganz neuen Linken, aber auch bei einigen altgedienten K-Gruppen-Funktionären zu passieren. Sie kamen nach Offenbach, und man hörte aus ihnen die Angst, den grünen Zug zu verpassen, heraus – kaum daß sie drei Sätze gesprochen hatten. Nicht einmal das Lager der Wahlboykottler, der Basisgruppen und Spontis bleibt vom grünen Sog verschont. Die neue Modeströmung ist da.

Sie reagierte empfindlich, als Mitglieder Bunter und Alternativer Listen auf ihrem Vorbereitungstreffen damit begannen, Hand an den Präambeltext der Programmkommission zu legen und diesen „mühsam erarbeiteten Kompromiß“ wieder über den Haufen zu werfen. Eine schreckliche damit begannen, Hand an den Präambeltext der Programmkommission zu legen und diesen „mühsam erarbeiteten Kompromiß“ wieder über den Haufen zu werfen. Eine schreckliche Parole machte die Runde von den Basisgruppen bis zur „KPD“: „Hilfe, der KB spaltet!“

Immerhin – die „KPD“ hat nicht einmal eine Woche gebraucht, um von diesem Trip (vorläufig?) wieder herunterzukommen. In der „Roten Fahne“ begrüßt der „Ständige Ausschuß“ der Partei ausdrücklich „die Entschlossenheit, auf richtigen programmatischen Positionen zu beharren“.

Er verschweigt, daß es die „KPD“ selber war, die ein „entschlossenes Vorgehen“ der Bunt-Alternativen am meisten behindert hat und dazu erst bereit war, nachdem sie mehrfach mit aller Kraft in den Hintern getreten worden war. Dies war freilich nicht die erste kritische Situation, in der sich die „KPD“ wie ein Halm im Wind verhalten hat.

Unser Vorgehen hat uns den Vorwurf eingetragen, wir wollten uns „aus der Wahlbewegung zurückziehen“, indem wir „maximalistische“ Forderungen an die Grünen stellen.

Dieser Vorwurf muß wohl so verstanden werden, daß der bunt-alternative Präambelvorwurf, der auf dem Alternativ-Treffen am 3.11. erarbeitet wurde, „maximalistisch“ sei, also überzogene Forderungen enthalte. „Maximalistisch“ ist allerdings ein relativer Begriff. Was heute von einigen Linken als „maximalistisch“ angegriffen wird, das fällt tatsächlich sogar hinter die Programme und Grundsatzklärungen etwa der Bunt-Liste Hamburg oder der Grünen Liste Hessen noch zurück – Programme, die ihrerseits bereits Ergebnisse von Kompromissen sind (in der GLH arbeitete z.B. die AUD Hessen mit).

Was also ist „maximalistisch“? Offenbar sind damit Positionen gemeint, von denen man annimmt, daß sie bei den Grünen nicht durchsetzbar seien. Wer so argumentiert, der soll allerdings auch hinzufügen, was nach den Gesetzen der Logik daraus folgt: Daß man sich nämlich zu einer Teilnahme bei den Grünen bereits entschieden hat – u n a b h ä n g i g davon, wie Grundsatzklärung, Programm und Satzung der neuen Partei schließlich aussehen werden.

Dies lehnen wir mit Entschiedenheit ab. Denn dies würde letztlich bedeuten, alle Forderungen und Prinzipien der außerparlamentarischen Bewegungen zum Verhandlungsobjekt zu degradieren. Für uns ist nachwievor das ursprüngliche Selbstverständnis der Bunt- und Alternativen Listen b i n d e n d : Parlamentarischer Arm der außerparlamentarischen Bewegungen zu sein – nicht mehr und nicht weniger. An dieser Elle muß gemessen werden, was „maximalistisch“ ist und was nicht.

Welchen Sinn hat eine neue Partei für die Frauenbewegung, wenn sie sich weigert, die ersatzlose Streichung des § 218 zu fordern?

Welchen Sinn hat eine neue Partei für die demokratische Bewegung, für die es – im Falle, daß sie in den Bundestag käme – nicht selbstverständ-

lich wäre, dort die Aufhebung aller sog. „Antiterrorismusesetze“ zu beantragen?

Welchen Sinn hat eine neue Partei für die Arbeiterbewegung, wenn sie von eben dieser Partei zum „Gürtelenger-Schnallen“ aufgefordert werden würde?

Worin besteht die Alternative dieser neuen Partei, wenn die Ziele und Forderungen dieser Bewegungen im Programm der Grünen (siehe Präambel-Entwurf) bis zur Unkenntlichkeit verzerrt sind? Wenn ihre Struktur (siehe Satzungsentwurf) sich von anderen Parteien kaum unterscheidet und jedenfalls alles andere darstellt als die Praktizierung direkter (Basis-) Demokratie?

Deshalb muß es gewisse Mindestforderungen an eine solche neue Partei geben, ohne deren Erfüllung Bunte und Alternative Listen an dem Unternehmen nicht teilnehmen können, es sei denn, sie verzichten auf all das, was an ihrer Wiege stand. Sich über solche „Essentials“ zu verständigen, ist derzeit die dringendste Aufgabe der Bunt-Alternativen und Linken. Dabei kann es nicht hingegenommen werden, daß schon der Versuch, solche Mindestforderungen zu formulieren, als „maximalistisch“ oder „spalterisch“ angegriffen wird. Linken. Dabei kann es nicht hingegenommen werden, daß schon der Versuch, solche Mindestforderungen zu formulieren, als „maximalistisch“ oder „spalterisch“ angegriffen wird. Ungeachtet dessen ist es zweifellos sinnvoll und notwendig, eine linke oppositionelle Fraktionsarbeit innerhalb der neuen Partei aufzubauen. Aber auch hierbei kommt es zu allererst darauf an, eine Plattform für eine solche Arbeit zu entwickeln, ohne die die Linke zu einem reinen Taktierer-Club verkommen würde, wie das Beispiel der Junos zeigt.

Der KB hatte sich den „Sturm auf die Parlamente“ anders vorgestellt: Nicht als Leisetreterei, nicht als Verbeugung vor dem herrschenden Antikommunismus, auch nicht als „Weg durch die Institutionen“. Unsere damals durchaus angebrachte Parole „Nach dem Sturm auf Brokdorf nun der Sturm auf die Parlamente“ (August 1978) hat vor dem Hintergrund der heutigen Situation einen fatalen Beigeschmack. Brokdorf ist vorbei – jetzt kam wir die Partei? Leider stehen die Atomkraftwerke immer noch, und ihre Zukunft sähe durchaus nicht schlecht aus, wenn die AKW-Gegner sich tatsächlich darauf einlassen sollten, auf das eine zu verzichten, um das andere zu betreiben.

Die Situation erinnert in vielem an die Endphasen der APO. Daß es heute nicht die SPD, sondern eine grüne Partei ist, die sich zur I n t e g r a t i o n der Oppositionsbewegung anbietet, macht im Grunde wenig Unterschied. Der „Lange Marsch durch die Institutionen“, den Deutsche jetzt mit den Grünen weitergehen will, oder auch die „Verwandlung der Staatsmaschine in das Instrument der sozialen Kontrolle über alle monopolistischen Sonderinteressen“ (Bahro in Offenbach) bleibt dieselbe verhängnisvolle Strategie. Wie das Ende der APO zeigt, würde die Bewegung eine solche Strategie der Illusionen mit einem mehrjährigen Rückschlag bezahlen.

Gerade jetzt gilt es, sich n i c h t in die Grünen aufzulösen, wie von ihnen gefordert, sondern die Bunt- und Alternativen Listen am Leben zu erhalten, zu stärken und zusammenzuschließen (im wahrsten Sinne des Wortes). Es gilt, den U n t e r s c h i e d zwischen Grünen und Bunt-Alternativen klarzumachen und die eigene Identität zu wahren. Einer Linken, die ihre – noch vor kurzem z.T. superradikal vertretenen – Grundsätze stillschweigend zum Ausverkauf anbietet, um sich der neuen Modeströmung anzupassen, wird niemand Glauben schenken.

Es geht nicht darum, daß wir uns „aus der Wahlbewegung zurückziehen“ wollten oder, wie andere behaupten, uns weigern würden, mit nicht-linken Ökologen zusammenzuarbeiten.

Vielmehr geht es um den Inhalt einer solchen Zusammenarbeit, um das w i e und das w o z u. Wenn jemand hierzu seine Positionen auf den Tisch gelegt hat, dann hat es Sinn, über die Frage von Eintritt in die Grünen, eventueller Beteiligung an der Gründung grüner Kreisverbände usw. zu diskutieren.

Leitendes Gremium des KB (Mehrheit)



# Die „KPD“ und die Wahlbewegung

„Die KPD tritt für ein breites, fortschrittliches Alternativbündnis gegen Strauß und Schmidt zu den Bundestagswahlen 1980 ein.“ So beginnt der Diskussionsvorschlag der „KPD“ zu den Bundestagswahlen. Damit meint die „KPD“ aber nicht, daß dieses Wahlbündnis besondere Anstrengungen gegen die „Politik des starken Mannes“ und des „eisernen Besens“ entwickeln muß. Hiervon grenzt sie sich ausdrücklich ab. Es sollen zwar die Teile „unter den werktätigen Massen“ gewonnen werden, die die SPD als „kleineres Übel“ ansehen; dies darf aber nach Ansicht der „KPD“ nicht unter der Parole „Stoppt Strauß!“ geschehen. So berichtet denn auch die „Rote Fahne“ vom 5.7. freudig, daß der Versuch der „Konjunktur-Ritter des KB, einer Versammlung von ‚Grünen‘ und Alternativen Gruppierungen die Linie des ‚Stop Strauß‘ als Generallinie aufzuschwätzen“, gescheitert sei. Zwar vermeidet es die „KPD“, Strauß und Schmidt ausdrücklich als „gleich“ oder als „uninteressante Alternative“ darzustellen, denn mit solchen plattsektiererischen Formeln könnte sie gleich ihre Koffer packen. Vor allem bei den fortschrittlichen Teilen der Arbeiterschaft, die die „KPD“ noch ansprechen will, interessiert wird es dort, wo die „KPD“ Strauß selbst charakterisiert. Zwar wird einerseits die Gefahr einer „gravierenden Rechtsverschiebung“ für den innenpolitischen Bereich zugegeben; dies tritt jedoch offensichtlich als Ablehnungsgrund dahinter zurück, daß Strauß in außenpolitischen Belangen noch nicht reaktionär genug ist:

„Im Kampf gegen die Hegemonie der Supermächte, gegenüber der Kriegsdrohung seitens des Sozialimperialismus“ habe sich Strauß eben nicht als „der deutsche Churchill“ bewährt. Dieser ansonsten von der chinesischen Bruderpartei als „wachsam“ gepriesene Vertreter der Bourgeoisie hat es sich mit seiner „Eilfertigkeit, mit der er Breschnew anläßlich dessen letzten Deutschland-Besuchs friedfertige Absichten bescheinigte und auf den Entspannungskurs einschwenkte“, verscherzt, von der „KPD“ als „konsequenter Antihegemonist“ zur Wahl empfohlen zu werden. Daß sich innerhalb der „KPD“ Gedanken in dieser Richtung gemacht wurden, davon muß man ausgehen. Allerdings können diese gegenwärtig nicht öffentlich gemacht werden, da die „KPD“ allein damit innerhalb der Wahlbewegung als Teil einer fortschrittlichen Alternative unmöglich wäre. Und so versucht die „KPD“ vorzugsweise mit „linken“ Phrasen die gleiche Wirkung zu erzielen. So wenn sie der Wahlbewegung empfiehlt, sich nicht wie die APO „Zum Wohle der Regierungsozialdemokratie lähmen“ zu lassen. Darüberhinaus arbeitet sie, wie die SPD-Führer...

„KPD“ vorzugsweise mit „linken“ Phrasen die gleiche Wirkung zu erzielen. So wenn sie der Wahlbewegung empfiehlt, sich nicht wie die APO „Zum Wohle der Regierungsozialdemokratie lähmen“ zu lassen. Darüberhinaus arbeitet sie, wie die SPD-Führer... Dieser sei „nicht jene Art neuer Hitler, als ihn die revisionistische und sozialdemokratische Meinungsmache – oft genug unter rassistischer Verunglimpfung als Bayer – hinstellen möchten.“ Zudem stünden die Monopole bis auf Ausnahmen hinter Schmidt. Strauß' Versuch, die westdeutschen Monopole auf den „Kurs der härteren, offeneren Konfrontation mit der SPD und dem ‚Sozialismus‘ zu verpflichten“ werde scheitern. Diese Art, Strauß vor einer Kampagne in Schutz zu nehmen, darf

wohl kaum zu den von der „KPD“ angekündigten „besonderen Anstrengungen“ gerechnet werden. Kräfte der Arbeiterlinken in die Wahlbewegung einzubeziehen. Bekanntlich ist gerade dieser ein Kanzler Strauß alles andere als gleichgültig.

Unterstützung für diese Schutzfunktion innerhalb der alternativen Wahlbewegung erhofft sich die „KPD“ deshalb auch ausdrücklich nur aus Teilen der „differenzierten und politisch-ideologisch in Fluß geratenen ökologischen Bewegung“ („RF“, 4.10.). Genauer muß man hier wohl sagen, von dem rechten Flügel der ökologischen Bewegung. Denn vor allem mit diesem hat sie es gemein, auf einen besonderen Wahlkampf gegen Strauß zu verzichten. Besonders aufschlußreich ist dabei, daß die „KPD“ davon ausgeht, daß ein alternatives Wahlbündnis „die 5-Prozent-Hürde sicherlich nicht überspringen“ kann. Ausgehend von dieser Einschätzung ist der ausdrückliche Verzicht auf eine Anti-Strauß-Kampagne schon Ausdruck einer verdeckten Unterstützung.

## „Hauptgefahr“ – der linke Reputations- und die „prosojetische Kapitulation“

Das offensive Auftreten der „KPD“ gegen einen Anti-Strauß-Wahlkampf ist unmitttelbarer Ausdruck der vaterländischen Politik der „demokratisch-antihegemonistischen Einheitsfront“. Wir haben schon darüber berichtet (AK 159), daß das ZK der „KPD“ in einer Diskussionsgrundlage angebliche „Anpassungen an die vorherrschenden ideologischen Strömungen“ kritisiert. Hiermit ist offensichtlich die Tendenz von Mitgliedern gemeint, sich an der Anti-Strauß-„Stimmung“ zu beteiligen. Demgegenüber erklärt das ZK „den Sozialdemokratismus und den linken Reformismus für die Hauptgefahr“. In den demokratischen Bewegungen seien „vor allem diejenigen Kettenglieder zu ergreifen, die eine ideologische Beeinflussung, einen Zusammenschluß und eine Polarisierung im Sinne des Eintretens für demokratische Rechte in beiden Teilen unseres Landes, für nationale Unabhängigkeit und Einheit und für den Widerstand gegen den sowjetischen Hegemonismus im nationalen, europäischen und internationalen Maßstab ermöglichen. Dies – vor allem die antihegemonistische Position – ist unser wesentlicher Beitrag zur demokratischen Bewegung.“ Dies – den wesentlichen Beitrag – sollten alle Beteiligten an einem möglichen Wahlbündnis aufmerksam zur Kenntnis nehmen, widerspricht er doch total den von der großen Mehrheit geteilten antilperialistischen Gedanken. Folgerichtig formuliert die „KPD“ dann weiter: „Diese Position ermöglicht keine friedliche Koexistenz mit der staatsbürokratischen Verfälschung des demokratischen Kampfes und der prosojetischen Manipulation von Antimilitarismus, Antifaschismus, sowie deren Zutreiber bzw. Verbündeten.“ (Zitiert nach: „Theorie und Praxis“, 2/79). Wobei mit diesen Ausführungen alle gemeint sind, die die BRD als imperialistischen Staat angreifen, Abrüstung für die BRD fordern, den Antifaschismus als Kampf gegen die faschistische Gefahr in der BRD begreifen.

## „Friedenspolitik“ fürs „Vaterland“?

Sehr deutlich wird diese Linie der „KPD“ in den bisherigen Stellungnahmen zur programmatischen Diskussion zwischen „Grünen“ und „Bunten“. Dort, wo es um die Frage der demokratischen Rechte geht, fordert die „KPD“ nicht nur die „Solidarität mit der demokratischen Opposition in Osteuropa“, sondern erklärt ebenso „das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes... das Eintreten für ein unabhängiges Deutschland“ zur „Vorausbedingung für eine selbstständige Politik in Deutschland“. Aber während nun die BRD nach Ansicht der „KPD“ ein fast „selbstständiges imperialistisches Land“ ist, steht die DDR unter der Ausbeutung der „heimischen herrschenden Klasse“ und durch die sowjetischen Besatzer (ebenda). Mit anderen Worten: Das Schwergewicht des „nationalen Befreiungskampfes“ muß auf die DDR konzentriert werden. Kein Wunder, daß die „KPD“ dann sogar Strauß zu viel „Entspannungsfreundlichkeit“ vorwirft und gegen die „Aufopferung Osteuropas“ zu Felde zieht („RF“, 19.7.79).

Auch in der Frage der Friedenspolitik werden die vaterländischen Thesen in einem Umfang offengelegt, daß diese selbst in der AL Westberlin, in der die „KPD“ über einigen Einfluß verfügt, nur Empörung ernten dürften.

In verschiedensten Papieren zur Programmdiskussion wird die Forderung gestellt: „Die Supermächte müssen als erste Abrüstung“, womit sie sich gegen die Forderung nach Abrüstung der BRD stellt. So ist die „KPD“ selbst dagegen, daß die BRD ihren „Rüstungshaushalt einfriert“. Damit würde sich die BRD in die Gefahr begeben, „zum Spielball aggressiver Kriegsmächte (sprich der SU) zu werden.“ So hätte auch beim Hitlerfaschismus (mit dem die Vaterländer die SU gleichstellen) „jede einseitige Abrüstung in den anderen europäischen Ländern doch wohl mehr zum Krieg beigetragen als ihn verhindert“ (Infomappe der AL Westberlin zur Bundestagswahl). Zwar würde die „KPD“ eine atomwaffenfreie Zone „in Nordeuropa oder auf dem Balkan“ nicht aber als „isolierte Lösung“ in Mitteleuropa akzeptieren, denn damit würde die SU „in Europa die absolut dominierende militärische Kraft“ (ebenda). Konsequenterweise setzt sich die „KPD“ deshalb heute auch für die atomare Aufrüstung der BRD ein.

Weitere Vorstellungen der „KPD“ für eine „antihegemonistische Einheitsfront“ sind: „Verteidigung der Souveränität der BRD durch Stärkung der Zivilschutzmaßnahmen, alle Formen ziviler und sozialer Verteidigung und Förderung und Ausbildung an...

Weitere Vorstellungen der „KPD“ für eine „antihegemonistische Einheitsfront“ sind: „Verteidigung der Souveränität der BRD durch Stärkung der Zivilschutzmaßnahmen, alle Formen ziviler und sozialer Verteidigung und Förderung und Ausbildung an...“ (Info 3, 42/3). Das Militärprogramm der „KPD“ gegen die SU könnte auch ohne weiteres die Frauen miteinbeziehen, sofern sie nicht, wie bei den Bundeswehr-Plänen „nur Hilfsdienste, eine besonders rechtlose und sozial minderwertige Stellung in der Armee versehen“ (S. 58).

Nun hat die „KPD“ noch keineswegs ihr volles Programm zur Verteidigung des „Vaterlandes“ aufgeföhren, sondern spricht noch generell von beiden „Supermächten“. Sonst ist ihr durchaus das Bündnis mit der USA in der Nato und die Verteidigung der Bundeswehr genehm. Allerdings ist hier die Forderung nach „einer positiven Formulierung eines Verteidigungskonzepts“ gestellt, mit der die „KPD“ bei der Linken absolut nicht landen kann, sondern ihre Bündnispartner eher bei Strauß und anderen Reaktionären finden könnte. Das weiß die „KPD“ durchaus, denn in der Linken werde „dessen Notwendigkeit (eines „Vaterlands“-Verteidigungskonzepts – Anm. AK) geleugnet und einfacher Pazifismus praktiziert... Besser“ stehe es damit „schon bei den Grünen“ (W. Kaiser, Info, S. 43). In der Tat! Am besten steht es damit sogar bei rechten Grünen wie Gruhl, der angesichts zu erwartender ökologischer Katastrophen eine Hochrüstung sogar zu den Überlebensfragen einer Nation zählt und dabei ebenfalls von der „Überlegenheit“ des SU ausgeht (s. sein Buch „Ein Planet wird geplündert“).

## Die „KPD“ schadet Bunten Listen

Auch wenn es gerade die rechten Positionen sind, die bei den Grünen für

das von der „KPD“ angestrebte antihegemonistische Bündnis interessant sind, so kann das aber von der „KPD“ lediglich benutzt werden, um in deren Windschatten ihre Position deutlich in die Programmdiskussion einzubringen. Wo die rechten Grünen im „historischen“ Bündnis mit Deutsche, Horacek und Co angetreten sind, um die Linken, insbesondere die K-Gruppen, rauszuwerfen, muß auch die „KPD“ aus ihrer Existenz in der Wahlbewegung fürchten. So tritt sie gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse und für ein „gleichberechtigtes Wahlbündnis“ (Diskussionsvorschlag) und gegen das Primat der ökologischen „Weltansicht“ an, da auch ihre Position unter den angeblichen „Wachstumsfetischismus“ der Kommunisten fällt.

Doch insbesondere bei Dutschke hat es die „KPD“ nicht an Anbeiderungsversuchen fehlen lassen. So bedauerte die „KPD“, daß Dutschke (in Köln auf einer Wahlveranstaltung am 15.9.) „jede Differenzierung und Vereinnahmungspolitik“ der K-Gruppen angriff und „KB und KPD in Bremen die Spaltung“ zuschob. Dort habe sich doch „unsere Partei ... zu dem Kompromißangebot der Grünen positiv“ verhalten. Tatsächlich hatte sich die „KPD“ im Sinne der Grünen verdient gemacht, was BGL-Führer Dine in seinem TAZ-Interview auch würdigte. Die „KPD“ hatte dort die „Spalterpolitik“ der rechten Grünen und des KB angegriffen. Der KB habe die Annahme des BGL-„Kompromisses“ verhindert. Ihm sei „zu verdanken“, daß die Position, „ohne organisierte Kommunisten anzutreten“, gestärkt worden sei. Die „KPD“ hatte sich in der Tat verschaffen, was sie es doch, die mit Phantasiezahlen zu belegen suchte, daß der KB die AL „instrumentalisieren“ würde. Hatte sie noch am 12.7. in der „Roten Fahne“ gemeldet: „Alternative Liste kandidiert. Tragfähiger Kompromiß erzielt“, wußte sie zwei Wochen später, daß die AL „gescheitert“ sei und nur noch „die Mausechelpolitik der KB mit aller Macht eine Kandidatur der AL“ aufrecht erhalten würden.

Daß es sich dabei keineswegs um eine Kritik am KB handelte, weil wir das Kräfteverhältnis falsch eingeschätzt hätten, mag man auch daran bemessen, daß es in Köln ausgerechnet die „KPD“ war, der anfangs ein gleichberechtigtes Bündnis zwischen Grünen und Bunten nicht genug war (später stimmt sie dem Kompromiß zu). Die Forderung nach einem gleichberechtigten Bündnis seitens der Grünen erschien ihr als „bürgerliche Taktikerei“. Die Grünen sollten ihre Kandidaten nicht selbst, sondern auf einem offenen Treffen wählen lassen. Dies war natürlich für die Grünen unannehmbar, was allen Beteiligten bekannt war. Die Forderung zielte somit direkt auf eine Spaltung hin.

Innerhalb der Bunten Listen gehören der Kampf der „KPD“ um die Basisverbundenheit und der „klaren Absage an jegliche parlamentarische Illusion“ zum geläufigen Arsenal. Im Bündnis mit „Spontis“ und Wahlboykottvorstellungen wurde dem Aufbau solcher Listen, bzw. dem Kampf um Wahlerfolge geschadet. Dies wiederum mit den „linken“ Phrasen vom Zusammenschluß für „eine umfassende gesellschaftliche Alternative, die alle Übel des BRD-Kapitalismus und des DDR-Staatskapitalismus zu beseitigen weiß“ (Flugblatt der „KPD“ zu den Kommunalwahlen in Köln). Schritte, Schrittlchen in der Linken, die offene Ohren für antihegemonistische Positionen der „KPD“ andeuten, sind ihr absolut wichtiger als der Wahlerfolg. Das wollen wir am Eingreifen der „KPD“ in die Wahlbündnisse in NRW etwas deutlicher darlegen.

## Die Politik der „KPD“ im Kommunalwahlkampf in NRW

Die Wahlberichterstattung der „KPD“ in NRW und Bremen ist ein schlagendes Beispiel für den Journalismus mit vaterländischer Brille. Jede Äußerung, die als Öffnung in Richtung antihegemonistischer Positionen verstanden, mißverstanden oder auch nur interpretiert werden könnte, wurde im Sinne der Linie aufpoliert. Jede verabschiedete Solidaritätserklärung mit dem damals noch inhaftierten Bahro – für jeden Demokraten eine Selbstverständlichkeit, auch ohne „antihegemonisti-

sches“ Verständnis – wurde so zum Durchbruch der eigenen Linie erklärt. Umgekehrt wurden mit der gleichen Akratie „Fehlströmungen“ ausgemacht. So im Bremer Programm, in dem sich die AL gegen „politische Unterdrückung überall in der Welt“ wendet, wo z.B. die DDR besonders hervorzuheben. Als „Sieg“ wird dann wiederum gefeiert, daß die AL Bremen eine Veranstaltung organisieren will, wo die Orientierung der „KPD“ gegen die „Supermächte“ ebenso zur Diskussion gestellt werden soll, wie der Antrag zur „Auflösung der Bundeswehr“. Kühn schlußfolgert die „KPD“ daraus, daß „die Betonung der Supermächte ... kein besonderes Anliegen der KPD“ ist („RF“, 12.7.79). Und schließlich wird den eigenen Mitgliedern im gleichen Stil gemeldet, daß man bei einem Kompromiß zur DDR-Frage in Bielefeld zwar unterlegen sei, aber immerhin nur knapp, ohne jedoch zu sagen, daß sich diese Debatte auf einen kleinen Insiderkreis beschränkte.

Damit nicht genug. Überall gab die „KPD“ eigene Flugblätter heraus, in denen den potentiellen Wählern mitgeteilt wurde, womit die „KPD“ programmatisch nicht zufrieden sei. Es sei zwar „kein Hindernis für den Zusammenschluß“, wenn diese oder jene antihegemonistische Position fehle, aber immerhin „ein erster Schritt für Viele“, heißt es z.B. im Kölner Wahlaufbau. Damit wird jedoch gleichzeitig der Eindruck erweckt, als seien die vaterländischen Positionen der „KPD“ überhaupt ein ernsthafter Diskussionsgegenstand innerhalb dieser Listen, was absolut nicht zutrifft. Dabei hat sich die „KPD“ nicht geschert, jeweils massive Antipathien innerhalb der Listen in Kauf zu nehmen. In Köln hatte sie sogar die Unverfrorenheit, der offiziellen Wahlzeitung der Bunten Liste ein eigenes Flugblatt beizulegen. Zwei ähnliche Fälle führte dann dazu, daß den „KPD“-Aktivisten jegliche Funktion nach außen für die Liste verboten wurden. Leider haben solche Maßnahmen Seltenheitswert.

Umgekehrt kam von der „KPD“ ein Mordgezeier, wenn ihr politische unliebsame Beschlüsse drohten. Solche Beschlüsse wurden dann als „undemokratisch“ angezeichnet. So forderte die „KPD“ für die Liste in Köln „eigene Aktivitäten“ zum Antikriegstag (in „RF“, 26.7.), polemisierte aber wenige Zeilen vorher dagegen, daß die Unterstützung eines Friedensmarsches der DFG/VK nicht beschlossen werden könne, da dazu nichts „im Programm“ stehe. Als der Ausschuss der Buli Bielefeld gemeinsam mit der Buli Hamburg eine Abrüstungserklärung verabschiedete, daß die Unterstützung eines Friedensmarsches der DFG/VK nicht beschlossen werden könne, da dazu nichts „im Programm“ stehe. Als der Ausschuss der Buli Bielefeld gemeinsam mit der Buli Hamburg eine Abrüstungserklärung verabschiedete, was das auch „undemokratisch“ Solch „wichtigen Entscheidungen“ müßten „im Plenum“ getroffen werden. In Bremen behauptet die „KPD“, das Flugblatt der AL zum Antikriegstag sei „unter KB-Regie erstellt“ worden, obwohl gar kein KB'ler an der Erstellung beteiligt war. Der „KPD“ paßte nicht, daß darin „ausschließlich die BRD angegriffen“ würde, obwohl es gegen die „weltweite Aufrüstung“ Front gemacht hatte, ohne jedoch die „besonders gefährliche ‚Supermacht‘ SU“ anzuprangern. Die Diskussion über solche Fragen gingen der „KPD“ gemäß ihrer Strategie über alles. Dahinter mußten alle konkreten Anforderungen des Wahlkampfes zurücktreten.

So bedauerte die „RF“ (vom 2.8.) daß wegen der notwendigen Kandidaten-Aufstellung bzw. Präambeldiskussion in Dortmund (ohne die die Liste hätte nicht antreten können), „wenig Raum für eine intensive Beratung wichtiger Grundlagen“ bliebe. Schon vorher hatte die „KPD“ in Dortmund bemängelt, daß die „Begeisterung über das Wahlbündnis ... wichtige Fragen, wie nach dem Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien und der DPK und nach dem Parlamentarismus etwas in den Hintergrund gedrängt“ hätte. Eine solche „mangelnde politische Abgrenzung ... würde dem gemeinsamen Kampf nur schaden“ und das gelte auch bei den Kommunalwahlbündnissen („RF“, 21.6.). Dies erklärte die „KPD“ ausdrücklich in Abgrenzung zu Kommunalisten, wo BI's ihr direktes Anliegen (z.B. Kampf gegen eine Industrieanlage (Waltrop) oder das geplante

Fortsetzung auf Seite 9

## „KPD“

## bereit zum Gegenschlag

Der Gegenschlag Chinas gegen Vietnam ist eine Lektion, von der auch Europa lernen kann – nicht zurückweichen, sondern sich dem Aggressor in den Weg stellen.“

So freimütig plauderte „KPD“-Chef Semler in der „Roten Fahne“ vom 18.10. über seine Alternativen zur „Entspannungspolitik“. Daß es dabei selbst in großzügigster Interpretation nicht mehr um „Vaterlandsverteidigung“ geht, sondern um Propaganda für einen imperialistischen Angriffskrieg, vor allem gegen die DDR, liegt auf der Hand. Semlers Bekenntnis zum Aufbau einer „unabhängigen europäi-

schen Verteidigungsstreitmacht“, „zunächst (!!) im Rahmen der EG“, ist entsprechend zu verstehen. Damit das Wort „unabhängig“ nicht mißverstanden werden möge, erläutert Semler, „daß die europäischen Streitkräfte in Bereichen, wo übereinstimmende Interessen gegenüber der gefährlichen und aufsteigenden Supermacht, der Sowjetunion, mit den USA bestehen, mit den USA zusammengehen können“. Daß die „KPD“ sich z.B. in den alternativen Wahldiskussionen immer noch mit der Formel vom Kampf gegen die „beiden Supermächte“ tarnt, ist also leeres taktisches Geschwätz.



Fortsetzung von Seite 8

Zwischenlager (Ahaus) vertreten wissen wollten. Das sei „nicht ausreichend“, es gehe um ein „politisches Bündnis von Umweltschützern mit anderen örtlichen, linken Kräften“ („RF“, 20.9.79). Dieser „Zusammenschluß von Demokraten, Sozialisten und Kommunisten“ solle sich „gerade nicht ausschließlich aus der Hoffnung der Überwindung der 5 Prozent“ speisen. In Bielefeld, wo die Bunte Liste sehr intensiv und erfolgreich einen Wahlkampf zur Überwindung der 5% führte, hat die „KPD“ ganz deutlich gemacht, worum es ihr geht. Sie polemisiert gegen den „unpolitischen“ Wahlkampf. Vom Abgleiten zu „einem Wahlverein“ zum Überspringen der 5-Prozent-Hürde war die Rede („RF“, 16.8.79). In einem KPD-Papier, das in Bielefeld verteilt wurde, wird gar von der „Fixierung auf's Parlament“ gesprochen. Es sei gar „Selbstzensur“, wenn „nur zu solchen Problemen Stellung“ genommen werde, die auch „in den Kompetenzbereich der Stadt fallen“ (gemeint ist eine schwerpunktmäßige Wahlkampffagitation an kommunalen Problemen). Entscheidend sei, „was die politische Frontstellung zu den bürgerlichen Parteien voranbringt“. In diesem Sinne will auch die „KPD“ Ratspolitik machen, um „sozusagen von der 'Tribüne' des Stadtparlamentes unsere Forderung bekannt zu machen“. Gefordert wird mehr „inhaltliche politische Diskussion“ und „die ideologische Auseinandersetzung mit anderen politischen Strömungen“. Gemeint sind laut „KPD“-Strategie die „reformistischen Linken“ und die „prosozialistischen Verfallschüler“, die für die antihegemonistischen Vorstellungen die „Hauptgefahr“ sind (s.o.). Wir hatten in AK 159 geschrieben, daß die „KPD“ damit darauf abzielt, „der alternativen Wahlbewegung ihre für die Herrschenden bedrohlichste Seite zu nehmen“, denn die Bedeutung der Wahlbewegung liegt gerade darin, daß „sie nicht einen beliebigen 'Zusammenschluß' darstellt, sondern daß sie für die bürgerlichen Parteien zu einer echten Opposition auch im Parlament zu werden droht, also das bürgerliche Parteimonopol in Frage stellt“. In Antwort auf diese AK-Aussage erklärt das Bielefelder Wahlpapier, daß diese Position dazu beitrage, „daß uns diejenigen Linken heute noch nicht unterstützen, die für Wahlboykott plädieren“. Damit bestätigt die „KPD“ selbst, daß im Bündnis mit Strömungen, für die der Parlamentarismus erledigt, weil... sowieso nur eine „Quatschbude“ ist, eine fortschrittliche Kommunal- und Parlamentsarbeit, die natürlich die breite Masse der Wähler vor allem interessiert, verhindert werden soll. Gerade mit diesen (Wahlboykott) Kräften müsse man „über den Stellenwert



Die vier „grünen“ Abgeordneten in Bremen: (stehend von links) Delphin Brox, Olaf Dinne, Axel Adamietz und Peter Willers

## Bremen: Kein Fraktionsstatus für die „Grünen“

Die konstituierende Sitzung des Bremer Landesparlamentes verlief nicht ganz nach Plan: die vier Abgeordneten der „Bremer Grünen Liste“ (BGL), die bei den Bremer Landtagswahlen die 5 %-Hürde übersprungen und damit den bisher größten Erfolg alternativer und grüner Listen verbuchen konnte, dachten gar nicht daran, die ihnen zugeteilten Plätze hinter CDU und FDP einzunehmen, geschweige denn die alte Geschäftsordnung anzuerkennen: danach erhalten erst 5 Abgeordnete den vollen Status einer Fraktion und damit Sitz und Stimme in allen Deputationen und Ausschüssen.

Sie postierten sich links von der SPD und forderten die Behandlung eines Antrags zur Änderung der Geschäftsordnung, den sie zwei Tage vorher eingereicht hatten und fingen sich eine Ordnungsrüge des stellvertretenden Parlamentspräsidenten Ehlers (CDU) ein, der sich in seinen Eröffnungsworten gestört fühlte. Als eine ihrer Wortmeldungen nicht beachtet wurde, verließen sie unter Protest den Saal und verfolgten das weitere Geschehen von der Zuschauertribüne aus.

### Die SPD in Nöten...

Eben diese Geschäftsordnung und damit die Frage nach dem Fraktions-

status der BGL war in den letzten Wochen Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen in der Bremer SPD. Für Fraktionschef Wedemeyer war das Thema so „heiß“, daß er eigens nach Bonn fuhr, um in dieser Sache den Rat seines Parteivorstandes einzuholen. Dort hatten Brandt, Wehner, Bahr und auch Koschnick für den Fraktionsstatus plädiert, um sich nicht nachsagen lassen zu müssen, daß die etablierten Parteien arrogant mit „Geschäftsordnungsmätzchen“ den Grünen Steine in den Weg legen würden (Wehner, lt. „Bremer Nachrichten“ v. 29.10.). Während die Bremer SPD (bei Stimmengleichheit) ablehnte, rang sich der Landesvorstand dann doch zu einer Empfehlung an den Landesparteitag durch, die „Grünen“ als Fraktion anzuerkennen. „Alle parlamentarischen Felder aufmachen“, das schlug dann auch der Landesvorstand auf dem Parteitag vor, um die bloßen „Kritikaster“ mit den besseren Sachargumenten „wie einen Punchingpartner“ zu treffen. Nicht ganz so selbstbewußt griffen die Delegierten dann doch lieber zu den „Geschäftsordnungsmätzchen“ und lehnten in einer Kampfabstimmung mit 76 : 67 bei zwei Enthaltungen den Antrag ab. Dementsprechend einigten sich SPD und CDU „wie üblich“ interfraktionell und

nichtöffentlich, die alte Geschäftsordnung bestehen zu lassen, wenn diese auch nach mehrstündiger Debatte dahingehend geändert wurde, daß jetzt nicht nur Fraktionen, sondern jeder Abgeordnete Rede- und Antragsrecht besitzt.

### Die BGL zieht vor's Gericht

Durch eine Wahlanfechtung will die BGL jetzt eine Neuverteilung der Sitze in der Bremer Bürgerschaft erreichen, denn obwohl sie auf Landesebene 5,16 % erreichte, ist sie nur mit 4 von 100 Abgeordneten vertreten. Bei prozentualer Aufteilung der Sitzplätze hätte sie die für den Fraktionsstatus notwendigen 5 Abgeordneten. Den Hintergrund für diese Merkwürdigkeiten liefert das Bremer Wahlgesetz, nach dem das Landesparlament nicht direkt gewählt wird – ein bundesrepublikanisches Unikum. Direkt gewählt werden die Stadtparlamente für Bremen (Stadt) und Bremerhaven – zusammen bilden sie das Bundesland Bremen und die 80 Bremer und 20 Bremerhavener Abgeordneten automatisch das Landesparlament. Da die BGL in Bremerhaven die 5 %-Hürde nicht überspringen konnten, fallen ihre Stimmen dort völlig unter den Tisch. Es werden die 5 %-Hürde nicht überspringen konnten, fallen ihre Stimmen dort völlig unter den Tisch. Es werden also zwei Parlamente mit einer Stimme gewählt – ein Verfahren, das sowohl vom Bundesverfassungsgericht, als auch von verschiedenen Wahlprüfungsgerichten als unzulässig bezeichnet wurde.

Außerdem will die BGL beim Bundesverfassungsgericht eine einstweilige Anordnung gegen die Beschlüsse der ersten Sitzung der Bremer Bürgerschaft in dieser Legislaturperiode erwirken.

### ... und Lenin?

Für Situationskomik sorgte wieder Alt-Studentenführer Rudi Dutschke, als er nach dem Auszug der BGL feststellte: „mit leninistischen Tricks haben sie Euch ausgebootet“ („TAZ“, 8.11.). Unser Tip: er sollte als Nebenkläger auftreten und den Bremer Senat auf die Unterlassung leninistischer Geschäftsordnungstricks verklagen.

KB, Gruppe Bremen

# Grüne Erfolge

Große Erfolge der „Grünen“, die allerdings nur in sechs von fünfunddreißig Landkreisen Listen aufgestellt hatten, sind das bedeutsamste Ergebnis der Kreistagswahlen in Baden-Württemberg. In allen sechs Kreisen zogen „Grüne“ in die Parlamente ein. Hier die Prozentzahlen und erreichten Sitze (in Klammern).

Landkreis Tübingen: 11,7 % (5), Landkreis Lörrach: 10,8 % (6), Landkreis Esslingen: 4,1 % (2), Landkreis Hohenlohe: 3,9 % (1), Bodenseekreis: 3,9 (1), Landkreis Calw: 3,2 % (1).

Geradezu sensationell ist das Wahlergebnis in Tübingen/Stadt. Dort erreichten die Grünen 15,5 % (3 % mehr als bei den Europawahlen), obwohl auch die DKP in Tübingen auf 6,1 % kam. DKP und „Grüne“ erreichten damit zusammen mehr Stimmen, als in Tübingen für die SPD abgegeben wurden (21,2 %).

In Tübingen/Stadt verlor die SPD 7,3 %, die CDU 6,4 %, die FDP 2,7 %, und eine sogenannte Freie Wählervereinigung 5,2 %.

Zwischen den bürgerlichen Parteien haben sich die Gewichte im Landesdurchschnitt nur unwesentlich verschoben. Die SPD verbesserte sich um 1,4 %, die CDU verlor nur 0,3 %. Die in Baden-Württemberg weitverbreiteten Wählergemeinschaften verloren 1,8 %. Dort, wo die FDP alleine auftrat, verlor sie 0,4 %, in Listenverbindungen mit Wählergemeinschaften aber nur 0,1 %. Einen krassen Einbruch mußte die CDU allerdings im Wahlkreis Boxberg /Königsheim hinnehmen, wo gegen den Widerstand der einheimischen Bevölkerung die Daimler-Benz-Teststrecke entstehen soll. Sie sank hier von 63,7 % auf 54,0 %.

Allerdings müssen alle diese Ergebnisse vor dem Hintergrund der äußerst schwachen Wahlbeteiligung von 51 % im Landesdurchschnitt gesehen werden. Besonders der Erfolg der Grünen in Tübingen/Stadt darf bei einer Wahlbeteiligung von 46,7 % deshalb nicht einfach auf die kommende Landtagswahl und die Bundestagswahlen hochgerechnet werden.

### GLSH will

## GLSH will Wahlgelder an Bürger zurückgeben

Die GRÜNE LISTE SCHLESWIG-HOLSTEIN will 40.000 DM an Verbände, Gruppen, Organisationen spenden, wie Nicaragua-Hilfe und Kombodsch-Hilfe, Aktionsgemeinschaft Nordseewatten, Amnesty International sowie an Initiativen, die Kinderarbeit, Frauenhäuser, Jugendzentren betreiben oder an Personen, die durch Prozesse bedroht sind (z.B. Brokdorf-Prozess).

Mit dieser beispielhaften Entscheidung protestierte die GLSH gegen einen im Kieler Landtag zustande gekommenen Beschluß, der den Parteien, die über 1,5 % erhielten, 1,- DM zusätzlich pro Stimme zukommen lassen will. Den Steuerzahlern wird dieser in einer Rekordzeit von Zwei Minuten gefaßte Beschluß 1,9 Millionen Mark kosten. (nach einer Presseerklärung der GLSH).

Eben diese Geschäftsordnung und damit die Frage nach dem Fraktions-

chend einigten sich SPD und CDU „wie üblich“ interfraktionell und

## Integrationspläne der SPD: Wird es den Grünen gehen wie der APO?

Seit mehreren Monaten schon läuft in der SPD ein interner Diskussionsprozeß über Notwendigkeit und Möglichkeiten der Integration verschiedenster Protestströmungen. Als akute Bedrohung wird dabei die grüne Wahlbewegung gesehen, aber auch über Probleme wie Verhältnis Bürger-Bürokratie, Jugend-Staat/Partei u.ä. finden Seminare, Arbeitsgruppen und Untersuchungen statt.

Breiter bekannt wurden bereits Überlegungen seitens der SPD, eine Arbeitsgruppe „Grüne in der SPD“ aufzubauen, die gegebenenfalls den Status einer Parteiarbeitsgemeinschaft (wie ASF, Jusos, Arbeitnehmer) bekommen könnte. Soweit ist es allerdings noch nicht. Mitte November wird ein viertes Treffen dieser Arbeitsgruppe in Dortmund stattfinden, an dem schon rund 60 – zu meist als Partei-Linke bekannte und z.T. führende – Sozialdemokraten teilnehmen werden. Neben Erhard Eppler und Günther Jansen (Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein) werden dabei sein: Überhorst (MdB), Henning Scherf (Sozial- und Jugendminister in Bremen), Klaus Traube, Fritz Vahrenholt (Seveso-Experte), Freimut Duve, Johano

Strasser (Juso), außerdem Umweltminister und -politiker aus den Landtagen. Auch andere bekannte Namen findet der erstaunte AKW-Gegner unter den Teilnehmern: Hand-Günter Schumacher und Jo Leinen vom BBU.

Unterschätzen sollte man diesen Integrationsversuch der SPD auf keinen Fall. Wie ernst es ihr damit ist, wird allein schon daran deutlich, daß Willy Brandt persönlich seine Partei dazu aufgerufen hat. Wenn z.B. Klaus Traube in seinem Artikel im „Spiegel“ als Ursache der Energieverschwendung und des Atomprogramms die Öl- und Elektromonopole analysiert, ist das für große Teile der heutigen Protestwähler annehmbarer und attraktiver, als die reaktionären „Gürtel-enger-schnallen“-Parolen von Gruhl und anderen Grünen. Und wenn es der SPD gelingt, die Arbeitsgruppe „Grüne in der SPD“ zu einer Massenorganisation wie z.B. die Jusos auszubauen, dann erwächst daraus ein ernstzunehmender Konkurrent für die Grünen.

KB/Gruppe Nürnberg  
(Quelle: FR, 23.10.79, Augsburger Allgemeine, 26.10.79).

## Redaktionelle Mitteilung

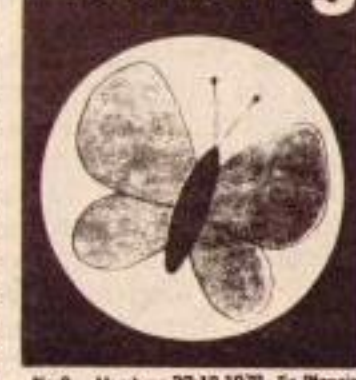
Bereits seit einigen Wochen liegt uns eine Stellungnahme der MRI Freiburg vor, mit der diese auf einen Artikel im AK 161 antwortet. Die Stellungnahme der MRI ist leider mehrfach dem Platzmangel im AK zum Opfer gefallen. Im nächsten AK werden wir sie nun endlich veröffentlichen.  
AK-Redaktion

### Anzeige

## Bunte-Liste Kongreß 27/28.10

Seite 13

### Bunte Liste Zeitung



### Giftskandal Eimsbüttel Wieviele Bomben ticken noch?

Giftige Luft in Eimsbüttel? Eine Untersuchung der Bunte Liste Zeitung zeigt, dass in der Hamburger Stadtteil Eimsbüttel eine Giftgas-Werkstatt existiert, die seit Jahren Giftgas in die Luft freisetzt. Die Bunte Liste Zeitung fordert die Stadt Hamburg auf, die Giftgas-Werkstatt zu schließen und die Luft in Eimsbüttel zu reinigen. Die Bunte Liste Zeitung fordert auch die Bundesregierung auf, die Giftgas-Werkstatt zu schließen und die Luft in Eimsbüttel zu reinigen.

Hexa-Gras Benzol-Kohl!



# Jan Peters

## Tendenzwende:

# Wird aus grün braun?

Wie die Bremer Wahlen gezeigt haben, spielt in den gegenwärtig geführten Debatten zwischen Alternativen, Grünen, Bunten usw. die Frage der Abgrenzung nach links und einer gleichzeitigen Öffnung nach rechts eine erhebliche Rolle. Während Linke – zumal Kommunisten – mit verschiedenen Argumentationen aus einem möglichen gemeinsamen Bündnis ferngehalten werden sollen, wird andererseits das Zusammengehen mit Rechten – und seien sie noch so deutlich Angehörige der rechtsextremen Szene – hingenommen und gesucht (vgl. die Position der Bremer Grünen Liste, Dutschkes etc.). Rechtsradikalen und neonazistischen Propagandisten ist eine solche Duldsamkeit günstig; auch dann übrigens, wenn eine grüne Einheit bis ganz rechts befürwortet wird, um möglichst geschlossen gegen Strauß anzutreten.

Der folgende Artikel von Jan Peters argumentiert entschieden gegen eine wie immer begründete Duldsamkeit nach rechts; wir halten ihn deshalb für einen wichtigen Beitrag im Rahmen der gegenwärtigen grün-alternativen Diskussionen. Es handelt sich dabei um Material, das gegen Ende des Jahres in der Alternativ-Zeitschrift „Fliegenpilz“ erscheinen wird.

Die von Peters genannten Fakten konnten nicht in allen Fällen von uns nachrecherchiert werden; wo Ergänzungen sinnvoll schienen, haben wir sie in Kursivschrift angefügt. Die gesamte Darstellung und die Einschätzungen im einzelnen sind selbstverständlich die von Jan Peters.

Antifa-Kommission KB/Hamburg

Unsere Grünen sind im Gegensatz zu den Bunten und Alternativen nach ihrem eigenen Selbstverständnis „weder rechts noch links“ (BBU). Sie wenden sich gegen das duale Denken in Widersprüchen, die Anstrengung des Begriffs, die Kritik der Politischen Ökonomie und folgerichtig gegen den Internationalismus. Ihnen geht es um eine gesunde Lebensweise, den gemeinschaftsgebundenen, ganzheitlichen Menschen, den Weg „zurück zur Natur“ und um nationale Werte. Die Nähe zu reaktionären Ideologien ist deutlich. Historische Parallelen sind unverkennbar, denn das gab es bereits schon vor dem 2. Weltkrieg. Ernst Bloch sagte darüber: „Das ist gute alte Nazitradition: Heile Welt, reine Luft, Blut und Boden, keine Verfälschungen durch jüdische Machenschaften chemischer Art.“

Teile unserer Grünen bekennen sich schon heute mehr oder weniger offen zu einer völkisch-nationalen Volksgemeinschaftsideologie. Selbstverständlich ist Umweltschutzpolitik ebenso wichtig und sinnvoll wie die Kritik an dem kontraproduktiven Wildwachstum unserer technischen Zivilisation. Daran ist gar nicht zu zweifeln. Marx und Engels kritisierten schon 1860/70 die kapitalistische Umweltzerstörung und stellten ihre Gedanken in den richtigen Zusammenhang. Erst der positivistisch verkürzte „Marxismus-Leninismus“ erklärte die Produktivkräfte rein ökonomisch. Damit wurde die Entwicklung des „realen Sozialismus“ staatskapitalistisch im Sinne eines nicht mehr hinterfragbaren Wachstums der kapitalistischen im Sinne eines nicht mehr hinterfragbaren Wachstums der sekundären und tertiären Zivilisation. Marx unterschied nämlich schon in den „Grundrissen ...“ (S. 215/651) zwischen natürlichen (der menschliche Körper, der Boden, natürliches Material und Energie) und gesellschaftlichen Produktivkräften (Kooperation und Arbeitsteilung, Maschinen, Kommunikationsmittel, die kollektive Kraft der Arbeit, die arbeitende Bevölkerung etc.) und setzte kein bestimmtes Entwicklungsniveau innerhalb der industriellen Produktionsweise voraus, um zum Sozialismus zu gelangen. Die ökonomistische Fehlinterpretation des Marxismus durch die Politikkommissare des Ostens trägt sehr viel zur Wiederbelebung reaktionärer Ideologien an der Basis der Gesellschaft bei.

Rechtsextremistische Tendenzen beeinflussen inzwischen einige Landesverbände der „Grünen Liste Umweltschutz“ (GLU) und große Teile der „Grünen Aktion Zukunft“ (GAZ). Die grüne „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ (AUD) arbeitet zumindest mit Neofaschisten zusammen. Solche Kontakte von einzelnen AUD'lern bzw. AUD-Funktionären gibt es bis in die jüngste Zeit (siehe weiter unten zu W. Thal's „Volksbewegung der Vernunft und Verantwortung“). Demgegenüber ist der offizielle Kurs der AUD, wie er sich beispielsweise in dem Parteiblatt „Die Unabhängigen“ ausdrückt, eher radikal-demokratisch, was zu einer Offenheit nach links geführt hat. Wieweit das Zusammengehen mit der GAZ usw. als die „Grünen“ eine Rückkehr zur alten völkisch-traditionalistischen Linie der AUD (Bzw. ihres Vorläufers „Deutsche Gemeinschaft“) ankündigt, wird zu beobachten sein.

Auch am Rande des „Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU) sind reaktionäre Tendenzen auszumachen (siehe weiter unten: Artur Riegel). Die bunten und alternativen Listen ebenso wie die Grüne Liste Hessen sind im Bundesgebiet davon nicht betroffen und grenzen sich nach rechts ab. Die Berliner „Alternative Liste“ hat Probleme mit der rechtskonservativen, vaterländischen KPD. Um rechtsextremistische und vaterländische Tendenzen geht es im folgenden Text:

unten: Artur Riegel). Die bunten und alternativen Listen ebenso wie die Grüne Liste Hessen sind im Bundesgebiet davon nicht betroffen und grenzen sich nach rechts ab. Die Berliner „Alternative Liste“ hat Probleme mit der rechtskonservativen, vaterländischen KPD. Um rechtsextremistische und vaterländische Tendenzen geht es im folgenden Text:

### Nazis als Umweltschützer

Die „Deutsche Bürgerinitiative“ des Nazis Manfred Roeder wendet sich in einem Flugblatt „gegen moralische und politische Anarchie“ mit dem Ziel einer „Erneuerung unserer Staats- und Sittenordnung“, denn „Gerechtigkeit ist wichtiger als Demokratisierung.“ Daraus folgt, „daß nur der bürgerkriegsähnliche Zusammenstoß in Brokdorf die Atombefürworter zum Einlenken gezwungen hat“, so daß sie die „Entzweiung der Bürgerinitiativen“ bedauert. Roeder proklamierte sich im Mai 78 als Nachfolger des von Hitler eingesetzten „Reichspräsidenten“ Dönitz, bekämpft die BRD, „diesen Unrechtsstaat“, und will das Deutsche Reich im hitlerischen Sinne wiederherstellen.

Wegen seiner Nazi-Propagandatätigkeit ist Roeder inzwischen verurteilt und deshalb seit geraumer Zeit flüchtig. Obwohl mehrfach im Ausland gesichtet, war er bislang nicht dingfest zu machen. Seine Kontakte zur BRD-Naziszene sind ebenso wenig abgerissen wie zu rechten Umweltschützern – noch unlängst veröffentlichte der Ludendorffer W. Soyka

schützern – noch unlängst veröffentlichte der Ludendorffer W. Soyka Roeder als einen der Unterstützer des Soykaschen „Instituts für biologische Sicherheit“ (siehe AK 164, S. 27). Ähnlich sind die Umweltschutzparolen der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) zu bewerten, die „den größten Deutschen aller Zeiten“ – dessen Hakenkreuz sie weiß auf schwarzem Grund auf den Armbinden tragen – dafür preisen, daß er „eine reine Welt“ anstrebte. Für diese Sympathisanten einer „neuen NSDAP“ ist der Biopolitiker Adolf Hitler das große Vorbild. „Die Bauernschaft“ des Altnazis Thies Christophersen – zeitweise Redakteur beim „National-Zeitung“-Verlag des Dr. Frey, Herausgeber dieses reaktionären Bauernblatts und Inhaber des „Kritik-Verlages“ – veröffentlicht „ökologische“ Texte. Dieser Mann verfaßte auch das Buch „Die Auschwitzlüge“, in dem die KZ-Morde und antisemitischen Verbrechen des 3. Reiches bestritten werden.

Der Bauer Baldur Springmann inserierte lange Zeit in der „Bauernschaft“. Auf diesen Kontakt hin angesprochen – zumal er WSL-Chef in Schleswig-Holstein ist – bescheinigte er Christophersen, daß er ihn als „aufrechten Menschen“ schätze. Als Umweltschutz-Aktivist verfiel Springmann einen rechten Kurs (Abgrenzung gegen Links). Er sitzt im Landesvorstand der GLU-Schleswig-Holstein und war Kandidat der „Europa-Grünen“!

Die „Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte“ (VVK) des Vierparteiengründers Erwin Schönborn – ein Zusammenschluß rechtsextremer Gruppen – gründete im Spätsommer 78 eine „Grüne Liste“ Baden-Württemberg. Zuvor hatte Schönborn, der als Kumpan von Roder und Christophersen schon seit Jahren Nazi-Propaganda betreibt (u.a. mit seinem Frankfurter „Kampfbund deutscher Soldaten“),

## Fliegenpilz

Ein Buchhändler schrieb uns neulich, wir sollten unser windiges Pamphlet besser „Spaltpilz“ nennen.

Der FLIEGENPILZ – ein Ärgernis! Nach dem Motto: „Viel Feind – viel Ehr“ verspritzten wir in jeder Nummer unser Gift:

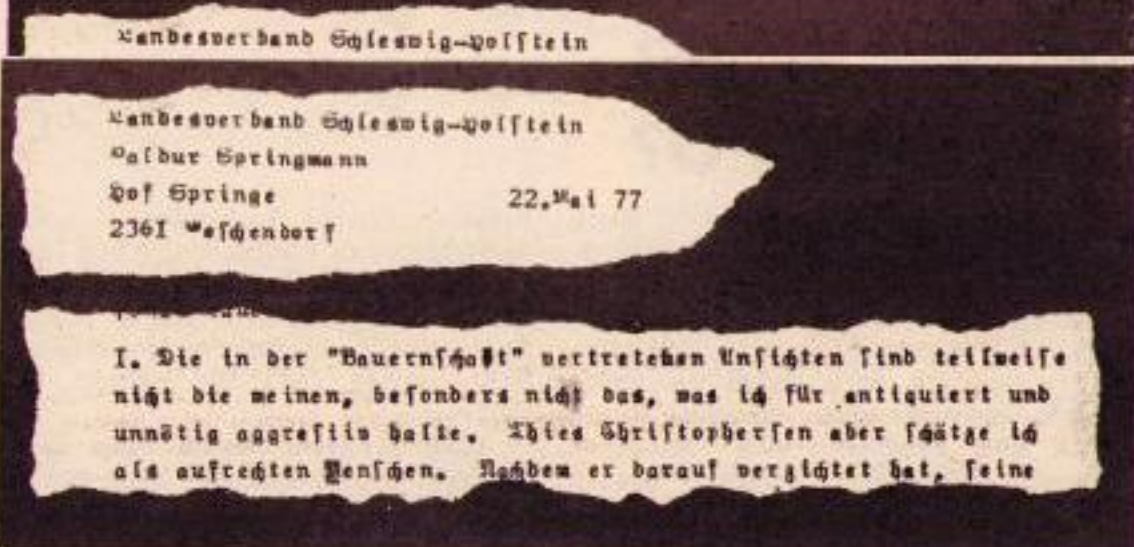
- gegen alles, was in „diesem unserem Lande“ die Demokratie bedroht;
- gegen alle, die Minderheiten unterdrücken;
- gegen alle, die den Faschismus fördern, ob bewußt oder unbewußt;
- gegen Herrschende und Unterdrückte;
- gegen Staat und Kirche.

Aus Bayern kommt eben nicht nur Franz Strauß, sondern auch der FLIEGENPILZ.

FLIEGENPILZ  
Postfach 869  
8000 München 1

seine Finger im „5%-Block“ gehabt, der ebenfalls Umweltschutzparolen in seinem Programm hatte.

Die nationalrevolutionäre „Volkssozialistische Deutsche Partei“ (VSDP) meldete in ihrem Organ 39/78 „Nationale Verantwortung“ unter der Überschrift „Schwarz oder rot – wir schlagen Euch tot“, daß die „Volkssozialistische Einheitsfront“ (VSE), zu der neben der VSDP weitere völkisch-solidaristische Gruppen gehören, den GLU-Wahlkampf in Bayern und Hessen unterstütze und deren Materialien auch direkt an Interessenten verschickt. Nach „Nouvelle voix d'Alsace Lorraine“ vom Oktober 78 traf sich die deutsche Sektion der rechtsradikalen „Wahlgemeinschaft Europa 2000“ (die aber dann an den Europawahlen nicht teilnahm) am 30.9.78 in Frankfurt-Höchst. Mit dabei waren die kleine neonazistische „Nationale Deutsche Arbeiterpartei“ (NDAP) – offenbar ein Zusammenschluß von NSDAP-Sympathisanten? –, die „Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte“ (VVK), der Witikobund und die „Grüne Liste Umweltschutz“ (GLU) Hessen, die der Ex-Juso Wolfgang Truss persönlich vertrat.



### Die Nationaldemokraten als Grüne Partei

Die NPD wurde vor einiger Zeit vom Mannheimer Verwaltungsgericht als „verfassungskonform“ bezeichnet. Sie verkörpert nostalgisch das 3. Reich, läßt ihre Versammlungen von der ANS und der „Wiking-Jugend“ schützen; und sie verfügt über interessante Querverbindungen zur CSU (zu erinnern sind an Kontakte durch das „Hilfskomitee Südliches Afrika“ oder an CDU/CSU-Prominente wie Graf Hugen) und zu offen nazistischen Gruppen. Die NPD bekämpft ziemlich militant alle marxistischen und liberalen Tendenzen. Seit einiger Zeit kursiert ein „ökologisches Manifest“ der rheinland-pfälzischen „Nationaldemokraten“. Hier wird von Herbert Grühl abgeschrieben und behauptet, das „Ökologieverständnis der NPD ist humanistisch“. Dieses Manifest wurde von den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) bundesweit übernommen. Laut Hessen-Informationen der NPD läßt die Partei den Text „in enger Zusammenarbeit mit dem Weltbund zum Schutze des Lebens“ erarbeiten.

Seit dem letzten Bundesparteitag der NPD am 18./19. November 78 haben die „Nationaldemokraten“ einen neuen grün-braunen, biopolitisch-„ökolo-

gischen“ Kurs! In der Drucksache 5 des 12. NPD-Parteitages geht es um „nationale Einheit“, den „Vorrang der Ökologie vor der Ökonomie“, gegen „AKWs, kapitalistische, kommunistische Konzerne“, und die Alternative dazu ist „umweltbeachtendes Wirtschaften im lebensrichtigen Ordnungssystem der Solidargemeinschaft Volk“, also um eine völkische Solidargemeinschaft, wobei die Handschrift der solidaristischen Neuen Rechten unverkennbar ist. Die NPD bildete in Rheinland-Pfalz eine regionale Grüne Liste-NPD. In einem ihrer Flugblätter heißt es u.a., daß „lebens- und menschengerechte nationaldemokratische Politik im Widerspruch steht zur kapitalistischen Wegwerf- und Profitgesellschaft und der marxistischen Produktions- und Plangesellschaft“. Die Liste orientiere sich deshalb „an den wirklichen Bedürfnissen der Menschen, des Volkes und der Völkergemeinschaft. Die NPD erkennt die Notwendigkeit der unzerstörten Umwelt und der unverdorbenen Innenwelt als ... Voraussetzung des weiteren Bestandes unseres Volkes!“

Der Bundesvorstand der GLU nahm seinerzeit – wie aus dem Rechenschaftsbericht des damaligen Vorsitzenden Georg Otto hervorging – Fusionsverhandlungen mit dieser Grünen Liste auf.

In der Zeitschrift „Volk und Umwelt“ 1-2/79, die von der NPD-nahen „Volksbewegung der Vernunft und Verantwortung“ (VUV) herausgegeben wird, finden sich interessante Einzelheiten über die personelle Zusammensetzung des Landeskoordinationsausschusses des Umwelttreffens in Rheinland-Pfalz. Seit dem 15.10.78 arbeiten dort einträchtig zusammen: der WSL-Funktionär Dr. Max-Otto Bruker, der Kuratoriumsmitglied des „wissenschaftlichen Beirats“ der rassistischen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ ist und sich für die „Frei-Soziale Union“ engagiert; Hans Kaegelmann von der „Gesellschaft für Lebensordnung“ (GfL) und dem „5%-Block“, der mehrere nazistische Kleingruppen vereinigt und gute Kontakte zum Nazi-Propagandisten und Vierparteiengründer Erwin Schönborn hat, sowie Vertreter der AUD, des „Naturheilbundes“, der „Jungen Nationaldemokraten“, der eben erwähnten „VUV“, der „Grünen Aktion Zukunft“ (GAZ) und der „Bürgeraktion Atomschutz“. Aus dieser Zeitschrift geht hervor, daß außerdem der damalige Vorsitzende der „GLU“, Georg Otto, und

einige vorausschauende Linke in der grünen Welle letztlich die „Gefahr einer Rechtsentwicklung“ sehen, so wollen wir dem nicht widersprechen. Nationaldemokraten voran“. Deshalb fordert die NPD-Rheinland-Pfalz in einem anderen Flugblatt einmal mehr die „Freiheit für Rudolf Heß“, den „Schluß mit der Kriegsschuldfrage“ und die „Revision der Nürnberger Geschichtsentstellung.“ Natürlich wird verschwiegen, daß das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal 1945 die NSDAP-Staatspartei mit ihren Hilfsorganisationen als kriminell einstufte. Wegen ihrer permanenten Verbrechen gegen die Menschlichkeit (KZs, Judenmorde, Folterpraktiken, Verletzung elementarer Völker- und Menschenrechte). Aber die Zeiten ändern sich, wie das Mannheimer Urteil zeigt. Der Neofaschismus wird wieder hoffähig.

### Ludendorffer in der Ökologieszene

Der religiös-fanatische „Bund für Gotterkenntnis“ bildete vor dem 2. Weltkrieg eine Art Fraktion in der NSDAP, die Hitler wegen seines „Antikapitalismus“ ablehnte und daher zeitweise von der Gestapo verfolgt wurde. Die Anhänger der „Gotterkenntnis“ der Mathilde von Ludendorff sind extrem autoritär, sehr rassistisch und völkisch-national. 1961 wurde diese Tendenz wegen ihres antisemitischen „Antijudaismus“ verboten, aber 1976 im Zuge der Restauration wieder zugelassen. Die den NS-Parolen sehr ähnlichen Leitsätze der Ludendorffer im „Kampf gegen die überstaatlichen Mächte“ reichten für ein Verbot nicht mehr aus. Sie halten daher unbeirrt an ihren Grundsätzen fest und stehen zu der Politik des 3. Reiches. Der „Bund für Gotterkenntnis“ soll etliche tausend Mitglieder haben, und als Hausblatt der Ludendorffer erscheint „Mensch und Maß.“

Ein besonders rühriger Propagandist der Ludendorffer ist Eberhard Engelhardt, der als Verteidiger in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen auftrat. Die Kaderleute der Ludendorffer sind seit längerem in der Ökologiebewegung aktiv. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg wurde von dem Ludendorffer Helge Beißwenger mitgegründet. Der Ludendorffer Walther Soyka leitet das „Institut für biologische Sicherheit“, in dessen Kuratorium Leute wie Eberhard Engelhardt und Manfred Roeder sitzen sollen. Erst seine enge Verbindung mit der Versandbuchhandlung Bohlinger in Husum-Wobbenbüll, die diverse Nazischriften wie Christophersens „Auschwitzlüge“ vertreibt, führte zu dem Eingeständnis Christophersens, „Auschwitzlüge“ vertreibt, führte zu dem Eingeständnis Soykas, daß er seit Jahren dieser Sekte angehört.

Ludendorffer, Biopolitiker aus dem Umfeld der NPD, FSU-Freunde u.ä., bilden die Hamburg „Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft“ (GDA), deren Publikationen heute typisch sind für das Zusammenfließen völkischer, biopolitischer, „esoterischer“ und „ökologischer“ Strömungen. Innerhalb der GDA bildete sich der „Weltbund der Völkischen“ mit weitreichenden internationalen Verbindungen. In der GDA-Zeitschrift „Gesamtdeutsche Werte“ hieß es sehr deutlich, die Bundesrepublik sei ein Staat „von Zions Gnaden“, in dem „der brutale demokratische Terror der von Rockefeller, Rothschild & Co. eingesetzten Hampelmänner“ herrscht. In einer anderen Zeitschrift der GDA – der „Biologischen Zukunft“ – schrieb der ehemalige Marine-Korvettenkapitän Ernst Jäckel u.a.: „Der organisierte schleichende Massenmord der Atomkraftwerke (wird) aus den Kreisen der Staatsführung gefördert, (und) hinter den Machthabern der Bundesrepublik stehen wie heimliche Kommissäre die mörderischen Handlanger des kommunistischen Landesverrates.“

Von diesen und anderen Rechten wird Biopolitik im Sinne der nazistischen „Anthropologie“ von Rosenberg, Günther, Claus und die ihnen entsprechende Blut- und Bodenpraxis als „Umweltschutzpraxis“ ausgegeben und unterschlagen, was die Hitler-Schergen mit den politischen, ethnischen und sexuellen Minderheiten gemacht haben.

Insbesondere die Ludendorffer haben es sich nach 1945 zur Aufgabe gemacht, die Schriften des führenden Nazi-Rassentheoretikers, H.F.K. Günther, erneut zu propagieren. Im Ver-

Erwin Schönborn von der „VVK“ dabei waren. Diese Kontakte Georg Ottos schienen dann dem GLU-Landesverband Niedersachsen doch zu suspekt. Otto wurde von seinen Funktionen abgelöst, die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen zumindest in diesem Landesverband aufgenommen. Georg Otto ist dafür jetzt Bundessekretär der „Grünen“, eines Zusammenschlusses der GAZ, AUD, Teilen der GLU und einigen unabhängigen Linken, die offenbar nicht wissen, mit wem sie sich hier einlassen.

Walther Thal als Schriftleiter von „Volk und Umwelt“ und Sprecher der VUV gab dann diese Wahlempfehlung ab: „Die einzige Möglichkeit, unseren Willen zum Ausdruck zu bringen, ist also die, die ökologische Liste zu wählen, die zur Wahl angetreten ist!“ Unter diesen Umständen gibt es für uns Umweltschützer nur eine Liste, die wir wählen können, die verfeimte NPD. In einem weiteren Artikel läßt Thal dann die Katze aus dem Sack, indem er sich zur „Sammlung der nationalen Gruppen“ bekennt.

Martin Mußnug, der langjährige NPD-Vorsitzende, kommentiert diese Entwicklung in seinem Informationsdienst damit, daß „ein ökologisch denkender Mensch automatisch eine rechte Position einnimmt. ... Wenn

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 10

lag des Ludendorff-Schwiegersohns v. Bebenburg (Hausverlag der Ludendorff) wurden verschiedene der berühmten Bücher Günthers neu aufgelegt.

Ähnlich ist von bestimmten anderen religiös-fanatatischen, von Jugendsekten zu berichten. Die vehement antikomunistische Mun-Sekte, die „Kinder Gottes“ und die „Narcokon“-Gruppen sind nach einem sehr ähnlichen religiösen Führer- und Gefolgschaftssystem organisiert wie die Ludendorff und damit ein Rekrutierungsfeld für Rechtsradikale. Immerhin sind schon über 100.000 Jugendliche in derartigen Sekten zusammengefaßt. Andererseits muß man davor warnen, alle Jugendreligionen so einzustufen. Der religiöse Anarchismus der Bagwanis z.B. ist keineswegs faschistoid.

### Kreuz- und Querverbindungen zur Rechten

Die traditionellen Ultrarechten finden bei den konservativen Umweltschützern ein sehr offenes Ohr. Das geht sogar so weit, daß der Vorstand des „Weltbundes zum Schutze des Lebens“ (WSL) vor einiger Zeit an alle Leser des Verbandsorgans „Lebensschutzinformationen“ die rechts-extreme Zeitschrift „VGM – heiße Eisen“ des „Vereins gegen parlamentarischen und bürokratischen Mißbrauch“ verschickte, in der nebeneinander Anzeigen der neofaschistischen Blätter „Deutsche Wochenzeitung“ (NPD), „Mut – das nationalpolitische Magazin“ (NPD-nahe), „Nation Europa“ (Alte und Neue Rechte) und der „Unabhängigen Nachrichten“ (NSDAP-Sympathisanten) standen. Die „Unabhängigen Nachrichten“ drucken ihrerseits ohne Quellenangabe Texte aus den „Lebensschutzinformationen“ nach, desgleichen werden erwähnt: „Die Bauernschaft“, die „Deutsche Wochenzeitung“, die Blätter von VVK, VSDP, GDA und verschiedene Regionalinformationen der NPD.

Die „Unabhängigen Nachrichten“ („UN“) mit ihren Freundes- und Leserkreisen wurden von Mitgliedern der 1952 verbotenen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP), ausgetretenen Nationaldemokraten und anderen Rechtsextremisten gegründet, denen die NPD oder die CSU zu liberal waren. Im Frühjahr 1978 fand ein Treffen von „UN“-Lesern in Scharzfeld/Harz statt, das sehr wahrscheinlich der Vorbereitung einer der NSDAP sehr ähnlichen Bundesorganisation diente. Vertreter der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) und der „Nationalen Deutschen Arbeiterpartei“ (NDAP) waren dort anwesend. Eine Auslese aus „UN“-Veröffentlichungen reicht aus, um solche neofaschistischen Tendenzen zu be- weisen.

nationaler Sozialisten (ANS) und der „Nationalen Deutschen Arbeiterpartei“ (NDAP) waren dort anwesend. Eine Auslese aus „UN“-Veröffentlichungen reicht aus, um solche neofaschistischen Tendenzen zu be- weisen.

### Kontakte zum WSL

In den WSL hinein und von ihm ausgehend gab und gibt es verschiedene rechtsextreme Verbindungen. WSL-Gründer Günter Schwab, zeitweilig Mitarbeiter bei der GDA, DKEG-Mitglied, unterstützte in ihrer Aufbauphase die (inzwischen eingegangene) faschistische „Sozialorganische Ordnungsbewegung Europas“ des wegen NS-Aktivitäten nach 1945 zum Tode verurteilten Grazers Theodor Soucek. Schwab las bei der Gründungsversammlung aus seinem Buch „Der Tanz mit dem Teufel“. M. O. Bruker, letzter WSL-Präsident der BRD-Sektion vor dem jetzigen, Werner Haverbeck, ist im „wissenschaftlichen Beirat“ der rassistischen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“, die von dem früheren AKON- und „Aktion Widerstand“-Aktiven und Rechtsanwalt Jürgen Rieger geleitet wird. Ein anderer prominenter Rassist dieser „Gesellschaft“ ist der NPD-Ideologe Rolf Kosiek. Werner Haverbeck, der gegenwärtige WSL-Präsident, vertritt eine „Dritter-Weg“-Position – er selbst machte seine ersten politischen Schritte als HJ- und NS-Studentenführer und später als von Hitler-Stellvertreter Heß persönlich geförderter Beauftragter der NSDAP für „Volkstumsarbeit“. Bestimmte Verbindungen zwischen WSL und Neonazis wurden unter Haverbecks Leitung abgebrochen; andererseits gibt es auch aus jüngster Zeit Meldungen von solchen Kontakten (siehe eben zu M.O. Bruker oder Springmann). Laut NPD-Hessen-Information erarbeiteten die „Nationaldemokraten“ ihr „ökologisches Manifest“ in „Zusammenarbeit mit dem WSL“.

### Die Solidaristen bei den Grünen

Die Altnazis konkurrieren mit AUD-Leuten um die ideologische Vorherrschaft in den traditionellen Umweltschutzverbänden. Dagegen ist bei den Grünen Listen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, der GLU-Hessen

– nicht zu verwechseln mit der GLH! –, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und früher Niedersachsen ebenso wie bei großen Teilen der GAZ, der „Deutschen Burschenschaften“, der „Jungen Nationaldemokraten“ und kleineren neofaschistischen Jugendbünden eine stärkere Hinwendung zur Ideologie der Neuen Rechten festzustellen.

Der frühere bayerische NPD-Funktionär Pöhlmann gründete 1972 die „Aktion Neue Rechte“, aus der im wesentlichen die „Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation Sache des Volkes“ (NRAO) und die „Solidaristische Volksbewegung“ (SVB) hervorgingen. Die SVB sind heute teilweise bei den Grünen tonangebend und arbeiten außerdem mit der „Volkssozialistischen Deutschen Partei“ (VSDP) zusammen.

Teilweise lehnt die Neue Rechte – vor allem die NRAO – verbal den hitlerischen Rassismus und angeblichen Sozialismus wie die Ludendorff ab. Andererseits druckte der Infodienst der SVB vor einiger Zeit deutlich sichtbar die Eselskopfanzeige („Wer an die Vergassungslüge glaubt, ist ein Esel“ usw.), die von Thies Christophersen und anderen Nazis gedruckt wird, nach. Beide Tendenzen der Neuen Rechten sind völkisch-nationalistisch, zutiefst antimarxistisch und antigewerkschaftlich. Der Antisemitismus spielt bei ihnen eine weniger große Rolle. Ihre Magazine „SOL“ (SVB) und „Neue Zeit“ (NRAO) propagieren ökologische Askese, biodynamische Ernährung, Dezentralisierung von Technologien – natürlich mit Ausnahme der Machtstruktur! – „bedürfnisgerechte Lebensgestaltung“, „Nestwärme und Geborgenheit“, also alternatives Leben konservativer Orientierung, das von ihnen umgebogen wird zu völkisch-nationalen Bewegungen mit sehr deutlicher Sympathie für den italienischen Faschismus. „Nationalrevolutionäre“ und „Solidaristen“ sind zwar zerstritten in der Organisationsfrage, orientieren sich aber am Dritten Weg Otto Strassers, der schon einmal in der NSDAP endete, in der sehr lange Zeit – bis zum 20. Juli 1943 zumindest – Rassisten, Ludendorff, Solidaristen und Nationalsozialisten für das Dritte Reich arbeiteten. Deshalb ist bei ihnen „Deutscher Sozialismus ... ein Volkssozialismus. Wir sind nicht für Gleichmacherei, da Sozialismus nichts mit Gleichmacherei zu tun hat“, sagt Werner W. Kosbab, der Vorsitzende der neuen VSDP.

VSDP, NRAO und SVB arbeiten im allgemeinen streng konspirativ. Aus dem internen Infodienst „SOL“ der SVB ist jedoch zu entnehmen, daß

schaftskandidat war bis vor einiger Zeit Artur Riegel, ein Mitglied des erweiterten BBU-Vorstandes, der sich in einer öffentlichen Erklärung hinter diese Leute stellte. Die „Freisoziale Union“ (FSU) hat teilweise engen Kontakt zu diesen rechten GLU-Verbänden aufgenommen. Die Polemik ihrer Zeitschriften unterscheidet sich kaum noch von den Pamphleten des Manfred Roeder, Christophersen oder den „UN“. Georg Otto, nunmehr Bundessekretär der „Grünen“, steht nach eigenen Angaben der FSU ideologisch sehr nahe. Der Einfluß der FSU bei der „Bürgerpartei“ von Fredersdorf und der ihr sehr nahe stehenden „Deutschen Fortschrittsbewegung“ ist recht erheblich. Nach eigenen Bekundungen haben sich die Solidaristen in die ökologische Bewegung eingeschaltet. Dabei

sind, ist die grundsätzliche Abkehr vom pseudodemokratischen Prinzip der Gleichheit die wesentliche Folge aus der konservativen Anschauung... Die Herausbildung einer tragenden Elite ist schlechthin die Lebensfrage einer neuen Ordnung... gemäß einem zu prägenden Idealtyp der deutschen Wesenheit“, schreibt der SVB weiter. Daraus folgt für die faschistische Fabrik „genossenschaft“, an der „Werkführer, Belegschaft und Staat“ – selbstverständlich unter Ausschluss der freien Gewerkschaften! – beteiligt sind, wobei „Leitung, Besitz und Gewinn dann zu je einem Drittel auf Werkführer, Belegschaft und Staat“ entfallen. Trotz verbaler Distanzierung vom Rassismus kommt dieser wieder zum Vorschein, denn sie meinen mit Strasser, „jede Einbeziehung

ger rechter Gruppen. In NRW meinte dann auch der von ihm protegierte GLU-Landesvorsitzende Wegener, der schon durch seine Kommunistensuche beim BBU-Wahlkongreß Lacherfolge hatte, „die GLU werde mit Kommunisten, Schwulen und Kriminellen nicht zusammenarbeiten.“ Inzwischen sind Beddermann, Wegener und zahlreiche andere GLU-Karrieristen zur GAZ gegangen. Der ihm folgende Landesvorsitzende Georg Otto orientierte zusammen mit dem LV-Mitglied Otto Schirr – früher laut SPIEGEL treuer Gefolgsmann Adolf von Thadens in dessen „SRP“ – auf eine Konzentration der Kräfte, d.h. einer Fusion zwischen GLU, GAZ und AUD. Als seine Kontakte mit Rechts-extremen bekannt wurden, verlor er den Vorsitz der GLU-Niedersachsen, die dann die Versuche, eine Bundespartei unter Georg Otto zu bilden, erst einmal stoppte, aber auch bisher nichts unternahm, um den rechten Landesverbänden den Namen „GLU“ abzuerkennen. GAZ, AUD und Landesverbände der GLU haben sich inzwischen zu den „Grünen“ bundesweit zusammengeschlossen.

### Die Grünen im Vorfeld der CSU

Die CSU ist zusammen mit den rechten Flügelleuten anderer Parteien an einer Rechtsentwicklung bei den Grünen interessiert. Strauß und seine CSU Freundeskreise haben sich in den Unionsparteien durchsetzen können. Die „Solidaristen“ und andere Neonationale spielen als agents provocateurs bei diesem Kalkül mit. So haben Strauß und die SVB gleichermaßen ein gutes Verhältnis zum italienischen neofaschistischen „Movimento Sociale Italiano“ (MSI).

Solidaristen, Rassisten und andere Rechtskonservative haben schon einmal in der NSDAP zusammen gearbeitet. Wir müssen das in diesem Zusammenhang nochmals betonen! Ein ähnliches ideologisches Bündnis stellt der MSI dar. So verflochten, wie die verschiedenen rechtsextremen Bestrebungen bisher beschrieben werden, sind auch gewisse Kreuz- und Querverbindungen, die dem höheren Interesse der CSU zugute kommen sollen. Sehen wir einmal ab von der spezifischen Außenpolitik des CSU-Chefs F.J. Strauß hinsichtlich faschistischer Diktaturen in Lateinamerika und das südliche Afrika betreffend, die eher der NPD entspricht, so ist die streckenweise Identität der CSU-Publikistik mit derjenigen der „National-Zeitung“ bemerkenswert.

Im Verfassungsschutzbericht 1976 heißt es, daß die „nationalfreihetliche Rechte“ des Herausgebers der „Deutschen National-Zeitung“ und gleichzeitigen Vorsitzenden der „Deutschen Volksunion“ (DVU), Dr. Gerhard Frey, und der mit ihr verbundenen Organisationen „Aktion Oder-Neiße“ (AKON), „Deutscher Block“, dessen Rechte des Herausgebers der „Deutschen National-Zeitung“ und gleichzeitigen Vorsitzenden der „Deutschen Volksunion“ (DVU), Dr. Gerhard Frey, und der mit ihr verbundenen Organisationen „Aktion Oder-Neiße“ (AKON), „Deutscher Block“, dessen Jugendbund „Adler“ und die „Wiking-Jugend“ sich als „eine Elite-truppe aller Antikommunisten“ sehen. Die „aggressive Sprache der DNZ zur aktuellen Tagespolitik und zu Fragen des NS-Reiches ist für die NPD weniger typisch. Ideologisch sind keine Unterschiede erkennbar!“

So rechtfertigt die DNZ die Untaten des Hitlerstaates, nennt W. Brandt und H. Wehner „Agenten Moskaus“ und die SPD wird als „Wegbereiter der Volksfront“ angegriffen. Bezeichnend ist die antisemitische Optik des Blattes, dessen Auflage zur Zeit 100.000 wöchentlich beträgt. Aber nicht etwa die NPD, sondern die CSU wird seit Jahren propagiert – trotz der vom Verfassungsschutz festgestellten ideologischen Übereinstimmung! Der CSU-Vize Franz Heubl war nicht mit der VS-Einschätzung einverstanden, da sich die inkriminierten Passagen mit den Positionen der CSU deckten und sie demnach eine rechts-extreme Partei sei. Immerhin kann der ideologische Gleichklang des „Bayern-Kurier“ mit der DNZ täglich am Kiosk nachgeprüft werden. Freys DVU wirkt als Kadertruppe in die etablierten Parteien hinein und sieht sich durch die CSU gut vertreten. Strauß schrieb bekanntlich schon 1970 sein „Programm zur politischen Neuordnung Europas“. Es erschien zuerst im Stuttgarter Seewald-Verlag und 71 dann unter dem Titel „Un piano per l'europa“ bei Giovanni Volpe – Via Mercati 51 – I – 10197 Roma. Volpe ist der Sohn von Mussolinis Hofhistoriker und führender Exponent des MSI. Sein Verlag bringt wichtige rechtsextreme Schriften heraus, u.a. die Texte von Rassisten wie Evola und Gentile, des ehemaligen faschistischen Außenministers de Stefani, des berühmten Abessinien-Generals Graziani und des für seine Gratwanderungen bekannten deutschen Mystikers Ernst Jünger. Sehr bald kam es dann zu direkten Kontakten zwischen dem MSI und der CSU. Laut „Frankfurter Rundschau“ war der MSI auf

Fortsetzung nächste Seite

Werner Haverbeck:

## Aufbruch der jungen Nation

Ziel und Weg der nationalsozialistischen Volksjugendbewegung

Die Jugend das Bild der Zeit

Dies ist das Bild zeitgenössischen Lebens, das die Jugend schaute, als sie begann, sich ihres Seins bewußt zu werden – jene Jugend, die mit forschenden Augen den Dingen an die Wurzel spürt, die wissen will, warum fo und nicht anders. Dies ist das Bild der Großstadt des 20. Jahrhunderts:

Graue Straßen, durch die Verkehrsmaßnahmen mannigfacher Art in sinnberaubendem Tempo rufen. Endlose Häuserblöcke mit trüben Fensterhöhlen. Stein, wozu das Auge schaut. Dazwischen Staub, vielleicht darüber ein Segen blauer Himmel, wie etwas, das nicht dazu gehört. Alles erfüllt vom Lärm. Den schriller Dissonanz. —

Aufsatz in den „Nationalsozialistischen Monatsheften“ 35/1933

sind sie bestrebt, den dort sehr widersprüchlichen Interessen und Tendenzen, die sich meistens nur auf aktuelle Teilprobleme orientieren, eine nationalpolitische Gesamtkonzeption zu vermitteln. „Die solidaristische Ideologie führt zumindest zwangsläufig in eine faschistisch-etatistische Entwicklung, wie die Sozialgeschichte zeigt. Das wird offenbar, wenn wir uns die Selbstdarstellung der SVB weiter betrachten. Darin heißt es, „daß der moderne (italienische) Korporatismus demokratischen Charakters ist, wie die reichhaltige Literatur vor allem aus dem Umkreis des MSI ausweist.“ Es ist „egal für die Solidarismuskonzeption, ob einer Arbeiter oder Unternehmer, etabliert oder nicht etabliert ist, wenn er in seinem Denken und Handeln konsequent eine radikale Umkehr in Richtung der nationalen und sozialen Volks-

fremder Volksteile vergrößert die Reibungen im Innern, schwächt den Gesamtorganismus, verhindert ihn, seine Eigenart zu entwickeln“. Wie Strauß sagen sie klar zur Innenpolitik: „Ein wichtiger Machtfaktor (des Liberalismus) ist das kollektive Schuldgefühl der Deutschen nach 1945 als selbstmörderischer Ersatz für ein normales Staatsbewußtsein und Nationalgefühl“. VSDP, SVB, Ludendorff, FSU-Leute und rechte WSL-Funktionäre kontrollieren heute die GLU Hamburg, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, während die GL Rheinland-Pfalz weitgehend identisch ist mit der dortigen NPD. So kam es laut „Extradiest“ schon im Januar 1978 in Frankfurt zu einem internen Treffen zwischen SVB, VSDP und anderen solidaristischen Gruppen. Das führte zur Gründung der hessischen GLU unter Beteiligung der exilrussischen NTS-Solidaristen.

### Grüner Politikarrierismus am Beispiel des Herrn Beddermann

ung der hessischen GLU unter Beteiligung der exilrussischen NTS-Solidaristen.

### Grüner Politikarrierismus am Beispiel des Herrn Beddermann

Der Oberregierungsrat Beddermann stellte nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der GLU Niedersachsen die Weichen zur Unterwanderung durch Rechtsextremisten. Sein Vorgehen soll daher etwas genauer geschildert werden. Der in Industriekreisen zirkulierende Managerdienst „Gesellschaftspolitik und Wirtschaftsordnung“ (Springe) lobte Beddermann in seiner Ausgabe vom 4.8.78, weil dieser sich „gegen radikaldemokratische Experimente als mißverständene Ideologie“ wandte. In einer Internstudie des „Bundesverbandes der deutschen Industrie“ (BDI) wurde in diesem Zusammenhang dafür plädiert, „grüne Listen bei Landtagswahlen vorsichtig zu begünstigen“, da man die Initiatoren wie Beddermann für „kurzschlüssig und naiv, im Zweifelsfall sogar für steuerbar“ hielt. Beddermann war als Rechtskonservativer in diesem Sinne steuerbar und ziemlich auf SVB-Linie. Er spaltete die Ökologiebewegung in Hamburg durch die Bildung eines GLU-Landesverbandes unter starker SVB-Beteiligung. Er war nicht nur in Hamburg, sondern auch in Hessen, NRW und Schleswig-Holstein, um dort mit SVB-Hilfe und selbstverständlich ohne Konsultation der niedersächsischen Parteibasis oder anderer Vorstandsmitglieder rechtsgestrickte Landesverbände zu bilden. In dem SVB-Info „SOL“ stand dann unter einem Artikel über die GLU Niedersachsen wörtlich: „Material kann bei den SVB-Informationen oder beim 1. Vorsitzenden der GLU (volle Anschrift folgte im Text, d.V.) direkt angefordert werden.“ Vor der GAZ-Gründung verhandelte er eigenmächtig mit Herbert Gruhl und meldete dann den begehrten Namen „GLU“ beim Bundeswahlleiter an, um andere grüne Listen auf seine Linie der Zusammenarbeit mit Rechten und der Abgrenzung nach links festzulegen. Beddermann erklärte vor einiger Zeit in einem Tonbandinterview, das der Redaktion der Berliner Umweltzeitung „Dicke Luft“ vorliegt, er habe nichts gegen die Mitarbeit parteiunabhängi-

## INSTITUT FÜR BIOLOGISCHE SICHERHEIT

ROLAND BOHLINGER WALTHER SOYKA

## INSTITUT FÜR BIOLOGISCHE SICHERHEIT

ROLAND BOHLINGER WALTHER SOYKA

IMS Wendtstraße 22 360 BREMEN I

TELEFON (0421) 76676

24. Sept. 1979

Jeden Tag melden sich neue Unterzeichner des Spendenaufrufs.  
Liste der bisherigen Unterzeichner:

Prof. Dr. Gerold Adam, Konstanz; Prof. Dr. Karl Bechert, Gau-Algesheim; Dr. med. W. Biederbeck, Kiel; Heilwig Birn, Hohenlieth; Dr. med. M. O. Bruker, Lemgo; Eugenie Eter, Tübingen; Hans Freise, Dortmund; Hans Gründler, Kassel; Ernst Hauck, Neustadt b. Coburg; Prof. Dr. E. Huster, Münster; Irene Köpflin, Ludwigsburg; Hans Köpflin, Ludwigsburg; RA Hellmuth Kluge, Berlin; Heinz Kunzendorf, Hannover; Hilde Müller, Frankfurt; Robert Müller, Frankfurt; Helmut Ostermeyer, Bielefeld; Ingeborg Perret, Moers; Dr. Gustav Perret, Moers; Dr. jur. Bruno Preißler, Wyk; Dr. jur. Horst Reinecke, Wilhelmshaven; Dr. van Schoor, Hattstedter Marsch; Ludwig Pfannkuche, Bremen; Heide Roaten, Hothelm; Wilhelm Schulte, Eisenbach; Dieter Blasius, Dettenhausen; Gudrun Blasius, Dettenhausen; Elfriede Kührt, Owingen; B. Kührt, Owingen; Adelheid Garbers, Oldenburg; Hildegard Weiß, Friedrichshafen; Hans Remdt, Überlingen; Eckart Beck, Weil der Stadt; Rosemarie Schmidt, Überlingen; Vera Grashof, Überlingen; Freja Kührt, Bremen; Iduna Kührt, Weingarten; Gerhard Döhning, München; Monika Hahn, Hockenheim; Elke Kleinwächter, Vollmar; Jette Riewerts, Husum; Gerda von Wahl, Groß-Varlingen; Ilse Holmann, Leer; Paul Birkner, Salach; Erich Gunder, Wolfenbüttel; Ludwig Stenuf, Bad Wörishofen; Heinz Böhmcke, Hamburg; Lothar Oberfeld, Detmold; Dieter Reimhans, Solingen; Horst Heider, Breitenbach; Else Horstmann, Detmold; Jürgen Funk, Hannover; G. A. Stintzing, Flensburg; Julius Köchling, Bad Salzungen; Harald Vree, Neustadt; Manfred Roeder, Schwarzenborn; Heinrich Schiller, Kipfenberg-Schambach; Florian Fischer, Berlin; Wilhelm Wojt, Werra; Wolfram ...

gerade diese Tendenz sich in den o.e. Grünen Listen sehr erfolgreich einbringen konnte. In Konkurrenz zur „Bunten Liste“ Hamburg – einem der wenigen Lichtblicke bei den Regionalwahlen! – bildete sich dort ein GLU-Landesverband. Lothar Penz, der Mitbegründer der SVB, gehörte dort der Schiedskommission an. Der SVBler Roland Schaub-Pappa war zweiter Landesvorsitzender. Er ist Schriftleiter des Verbandsblattes „SOL“, das seit kurzem als Magazin erscheint und damit die SVB-Arbeit öffentlich dokumentiert, ohne aber über Details zu informieren. Pappa ist wie die meisten SVBler außerdem Mitglied im „Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes“, der laut „Verfassungsschutzbericht“ 76 zweitgrößten rechtsextremen Vereinigung in der BRD, mit der auch zahlreiche andere Rechtsgruppen zusammenarbeiten. Die weiteren sind in der Hamburger GLU die SVBler Ulrich Behrens (jetzt 2. Landesvorsitzender) und Joachim Rudat, das NPD-Mitglied Manuel Wittstock und der Ludendorff H. Soyka aktiv. GLU-Landesvorsitzender und Bürger-

solidarität als Hauptnenner des gemeinschaftsgebundenen Menschen vollzogen hat. Nur wenn der Unternehmer seinen „privaten“ Status überwindet und in Körperschaften mit der Arbeitnehmerseite kooperiert, ist ein sinnvoller Lenkungsmechanismus möglich. Das kann nur funktionieren, wenn auch die Gewerkschaftsseite den Klassenkampfgedanken und totale Herrschaftsansprüche aufgibt (durch) Heranbildung einer v o l k s orientierten Leistungs- und Funktionshierarchie ... Wie diese konkret aussehen soll, beschrieb u.a. Otto Strasser, der Theoretiker der deutschen Solidaristen, in seinem Grundsatztext „Der Aufbau des deutschen Solidarismus (Sozialismus)“. Darin heißt es, daß „der auf Lebenszeit gewählte Reichspräsident der eine Machträger der Staatsgewalt, der zweite der ‚Große Rat‘ aus Landtagspräsidenten und Präsidium der Reichsständekammer... und der dritte die Reichsständekammer ist.“ Da „...die Menschen ... ungleich in ihrer körperlichen, geistigen und seelischen Veranlagung und daher in ihrer Leistung für die Gesamtheit



## Fortsetzung von Seite 11

den letzten Parteitag der CSU durch eine Delegation vertreten. Die Strauß-Freunde unterscheiden sich von den ultrarechten Grünen eigentlich nur in der Frage des ökonomischen Wachstums. Und selbst diese Differenz ist nicht so ernst zu nehmen, wie wir noch zeigen werden.

## Herbert Gruhl und die GAZ

Herbert Gruhl avancierte zum Chefideologen der grünen Reaktionäre. Die NPD/JN, die „Bundes für Natur- und Landschaftsschutz“ hinter verschlossenen Türen die „Grüne Aktion Zukunft“ (GAZ). Bisher entstanden einige Landesverbände mit eher bescheidenen Mitgliederzahlen und Wahlchancen.

Unter der Hand gibt es Kontaktgespräche mit der Bürgerpartei der Steuerrebellens Fredersdorf und der „Deutschen Fortschrittsbewegung“ — beide agieren wie der Däne Mogen Glistrup mit seiner Antistatuepartei gegen „Volksentfremdung und Sozialausgaben“ — mit der „Sozialdemokratischen Union“ (SDU) und den Resten der „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei“ (AVP).

Der Gruhlismus ist also für solche Gruppen gerade von besonderem Interesse. Herbert Gruhl plädiert in seinem Bestsellert „Ein Planet wird geplündert“ — bisher wurden weit mehr als 250.000 Exemplare verkauft! — für eine „Raumschiffwirtschaft“, deren Vorbereitung „die gleiche Intensität wie die Vorbereitung auf einen großen Krieg erfordert“ (S. 290).

In dem „Raumschiff Erde“ dürfte es „so gut wie keine Freiheit (geben), jede Ration, jeder Griff, jede Handlung ist genau vorgeschrieben. Jeder muß sich anpassen.“ (S. 302) Dafür müsse eine „Weltregierung“ geschaffen werden, die „mit allen Machtmitteln ausgestattet wäre“ (S. 298).

Ob Gruhl hier im stillen der „Trilateralen Kommission“ mit wichtigen Kapitalmanagern das Wort redet, die bereits die Leitlinien der großen Weltpolitik formuliert? Aber „diese Diktatur müßte unter Umständen härter sein, als die stalinistische es war“ (S. 302), denn die Armen werden „stets dafür eintreten, daß jeder Mensch gleich viel haben sollte (Mal Lösung, die noch kein einziges Mal innerhalb auch nur eines Staates verwirklicht werden konnte und nie werden wird)“ (S. 300).

eines Staates verwirklicht werden konnte und nie werden wird)“ (S. 300).

Gruhl's Visionen erinnern an die unseeligen Maximen des Dritten Reiches. Er sagt dann weiter: „... für die Zukunft werden die Völker einen riesigen Vorsprung erreichen, denn es gelingt, ihren Rüstungsstand auf der höchsten Spitze, ihren Lebensstandard jedoch niedrig zu halten“ (S. 233). Hier geht es also ganz klar um die nazistische „Volk ohne Raum“-Ideologie unter dem Deckmantel des diffus-sozialromantischen „Antikapitalismus“ der Ökologiebewegung.

Und dies wie im Dritten Reich im Interesse der Rüstungs- und Atomindustrie. Gruhl und Strauß differieren allenfalls teilweise in der Frage des ökonomischen Wachstums. Für den autoritären Staat und den hochmodernen Rüstungsapparat sind natürlich beide!

Das GRÜNE MANIFEST der GAZ stammt von Gruhl und deckt sich über weite Strecken mit seinem Buch. Wie auch das ökologische Manifest der Nationaldemokraten! Der Familien- und Erziehungsstil des GAZ-Textes wurde von Christa Mewes verfaßt. Diese Frau schreibt für Springers Welt und trat bei der rassistischen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ als Referentin auf.

Gruhl-Vertraute Mewes, die beste Kirchen-Kontakte [etwa zum Herder-Verlag] unterhält und neuerdings Preisträgerin der CDU/CSU-nahen „Deutschland-Stiftung“ ist, tritt natürlich für eine stärkere Differenzierung des Schulwesens, für mehr Autorität in der Erziehung, gegen zuviel Sexualität bei Jugendlichen und für eine NS-ähnliche Mutterschaftsideologie ein.

Um es noch einmal klar zu sagen, wer die „höchste Spitze“ der Rüstung anstrebt, ist natürlich kein AKW-Gegner, sondern Befürworter der Nukleartechnologie mit allen von Robert Jungk im „Atomstaat“ beschriebenen

Folgeerscheinungen, wie dem Abbau demokratischer Rechte und der Umweltzerstörung im Profitinteresse. So erklärte auch vor einiger Zeit der bayerische GLU-Vorsitzende Peter Ofner der Presse: „Wir sind keine Atomgegner“. So weit kann also Demagogie gehen.

## Zur Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher

Die AUD warnte noch am 12.6.78 davor, daß „unter dem Deckmantel des Umweltschutzes die Ziele von F.J. Strauß, Dregger und Filbinger realisiert werden, um an die absolute Macht zu kommen“. So stand es richtig in ihrem „Politischen Sonderdienst“. Inzwischen bildete die AUD mit der GAZ erst in Bayern und dann bundesweit „die Grünen“.

Die Ungereimtheiten sind zu verstehen, wenn man die Entwicklung der AUD von ihrer ursprünglich nationalkonservativen Basis her berücksichtigt. So steht immerhin in ihrem Programm ein klares Bekenntnis zu einem ökologischen, demokratischen Sozial-

AKWs sind also für diese Parteien kein Problem. Im Mai 78 gab es folgerichtig in Lissabon eine „Konferenz gegen den russischen Imperialismus“, an der rechte Christdemokraten der bundesdeutschen Hermann-Ehlers-Stiftung, französische, türkische und spanische Monarchisten, Rechtskonservative und Gaullisten ebenso wie Mitglieder vaterländischer chinesischer Gruppen wie KPD und MLD teilnahmen und gemeinsam für ein europäisches Dokumentationszentrum stimmten, das alle antirussischen Aktivitäten verarbeiten soll. Die „Peking Rundschau“ schrieb dazu im Juni 78: „Die westdeutsche Bevölkerung macht gegenüber der Sowjetunion Front“ und nennt als Sprecher dieser „Bevölkerung“ hauptsächlich „Filbinger, Dregger, Strauß und Zimmermann“.

Inzwischen begrüßte die „ökologische“ orientierte rechtsextremistische „Nationalrevolutionäre Bewegung/Sache des Volkes“ ebenfalls diese Konferenz. In ihrem Magazin „Neue Zeit“ erwähnt sie sich zunehmend für „Alternative Listen“, soweit diese auf na-

dem Verhalten... Der neue Nationalismus aber könnte gerade für diesen „neonazistischen“ Personenkreis zu einem positiven Identifikationspunkt werden.“

## Einige Hauptmerkmale des neuen Faschismus

Der Neofaschismus, der nach italienischem Vorbild von der Neuen Rechten propagiert wird, ist im wesentlichen:

- antimarxistisch und antigewerkschaftlich. Den autoritären „Kommunismus“, der wie der bürgerliche Korporatismus gesellschaftliche Beziehungen staatlich reguliert, bietet ihm kein Feindbild mehr. Es gibt de facto nur noch privat- oder staatskapitalistische Eliten, die international noch miteinander konkurrieren, aber die kapitalistische Produktionsweise sowie eine konvergierende Kapitalstruktur akzeptieren;
- völkisch-nationalistisch im Sinne einer „Volk ohne Raum“-Ideologie. Man denke in diesem Zusammenhang an die „realsozialistischen Bruderkriege“ und die antisemitischen Polemiken in einigen sowjetischen Parteiblättern. Oder die US-Eingreiftruppen für die 3. Welt etc.;
- solidaristisch = im Sinne einer Volksgemeinschaftsideologie. Ausgehend von dem Grundsatz der katholischen Soziallehre „Jedem das Seine“ handelt es sich um die Konzeption einer ständischen Unternehmensverfassung, an der der „Bürger-Kapitalmanager/Aufsichtsratsvorsitzender“ zu gleichen Teilen mit der staatlichen Amtselite und dem faschistischen Syndikat = Quasigewerkschaft beteiligt ist. „Jedem das Seine“ stand oft über den Toren deutscher Konzentrationslager. Diese Vorstellungen verfiel auch die MSI-Gewerkschaft CISNAL.

Das marxistisch-leninistische Harmonisierungsmodell der „klassenlosen“ Gesellschaft ähnelt in vielem der korporativistischen Gesellschaftsverfassung, da die Diktatur des Proletariats eine Fiktion ist und die Parcellen uneingeschränkt herrscht. Mit dem dialektischen System des „entwickelten Kommunismus“ oder den Gedanken des „Kommunistischen Manifestes“ von Karl Marx hat das natürlich nichts zu tun;

— gegen den Gleichheitsgedanken und für ein autoritäres Führer- und Gefolgschaftssystem verbunden mit einer dementsprechenden Charakter- und Triebstruktur, über die Erich Fromm in seinem Buch „Furcht vor der Freiheit“ (EVA) wesentliches gesagt hat. Demnach beherrschen Lebensangst und Einsicht in die Sinnlosigkeit des Seins den autoritären Charakter;

— für den Taylorismus als industriekapitalistische Produktionsweise. C.F. Taylor entwickelte in den USA sein System der „wissenschaftlichen Betriebsführung“, das im wesentlichen auf ein soziales Herrschafts- und Arbeitssystem hinauslief, in dem der moderne Produktionsprozeß in meßbare Zeiteinheiten zergliedert und in meßbare Zeiteinheiten zergliedert und dies Grundlage der Lohn- und Arbeitszeitkalkulation wurde. Das System wurde immer weiter entwickelt und verfeinert. Durch den differenzierten Arbeitszeitlohn wurde die Gewerkschaftsbewegung zunehmend in ihrer Substanz getroffen. Alfred

Sohn-Rethel schrieb in seinem Buch „Geistige und körperliche Arbeit“ (ed. suhrkamp 70) dazu vorausschauend, „dem Arbeiter soll nichts gelassen werden als die bare manuelle Arbeit, während sämtliche Funktionen, auf die sich die Vergesellschaftung ihrer Arbeit gründet, nämlich deren Kombination zum Ganzen eines durchmechanisierten Produktionsprozesses, den Arbeitern entzogen und von der hierarchisch gegliederten Bürokratie im Dienste des Kapitals usurpiert wird.“ Auch hierin entsprechen sich Ost und West immer mehr einander, auch wenn die größten Auswirkungen des Taylorismus im Ostblock vielleicht noch nicht sichtbar sind;

— antiindustriell verbunden mit einem Votum zur forcierten Entwicklung moderner Rüstungstechnologien. Die antiindustrielle Ideologie verdeckt nur die Herrschaft des Rüstungskapitals, ist also pure Demagogie;

— für die Herrschaft einer Amts-elite. Die freien Gewerkschaften werden nach der Machtübernahme ebenso verboten und mit Sanktionen belegt wie die politische Opposition und die miteinander konkurrierenden Kapitale. Die korporativistische „klassenlose“ Gesellschaftsverfassung wird administrativ durchgesetzt;

— eigentlich undenkbar ohne eine politische Mittelschichtenbewegung. Die „Grünen“ sind das und könnten in Krisenzeiten in eine neofaschistische Massenbewegung einmünden, die aber bisher noch nicht existiert, für die aber ideologisch der Boden bereitet wird.

Die Rechtstendenzen — auch in der grünen Szene — sind auch nicht zuletzt das Verschulden der Linken, die weder aus dem Scheitern der Arbeiterbewegung schon lange vor dem Ausbruch des Hitler-Faschismus wirkliche historische Lehren zog noch den Marxismus schöpferisch weiterentwickelte. Genauso wenig gelang es, auf die spezifischen Bedürfnisse der Wandervogel- und Alternativbewegung der Jugendlichen einzugehen und diese richtig zu verarbeiten, von kleineren linkssozialistischen und kommunistischen Gruppen abgesehen. Die demokratische Praxis der Länder des „realen Sozialismus“ und die Krise des etablierten Marxismus machen es schwieriger, sich sozialistisch zu orientieren. Nur tabufreie Diskussionen, der Mut zur Wahrheit und zum aktiven Engagement — verbunden mit der kritischen Aufarbeitung der Sozialgeschichte und der Primärliteratur, die die wenigsten „Linken“ kennen — könnte weiter helfen. Zu tun gibt es genug.

Alle nicht besonders kenntlich gemachten Zitate stammen aus den „Nationalpolitischen Studien“, Pf 700843, 6 Frankfurt 70

Weitere Quellen:

„Neofaschismus-Rechte im Aufwind“

SPV-Verlag, Berlin 79;

„Alternativen zum Atomstaat“,

Rotation, Berlin 79;

„Alternativen zum Atomstaat“,

SPV-Verlag, Berlin 79;

„Alternativen zum Atomstaat“,

Rotation, Berlin 79;

„Arbeiterkampf“, Zeitschrift des KB

(mit guten Detailinformationen über die rechte Szene).

NB. Das Zentralsekretariat der SVB

versendet laut Info„SOL“ vom

30.5.78 das Wahlkampfmateriel der

Europa-Grünen!

## WSL: Es spukt wieder

Der „Weltbund zum Schutze des Lebens“ (WSL) hat sich in der Vergangenheit schwer getan, seine rechtsextremen Kontakte zuzugeben und abzustellen. WSL-Gründer Schwab und seine unverkennbar rechtslastige Auffassung von „Lebensschutz“ seien nicht mehr bestimmend im WSL, hieß es; Dr. Braker (der Vorgänger des jetzigen Präsidenten Haverbeck) habe auch nicht mehr viel zu sagen (immerhin ist er ja seit 1974 abgetreten); und was sonst noch auszusagen sei (etwa, daß Ex-WSL-Präsident Mommsen seine Nazi-Vergangenheit mit neonazistischer Betätigung in der Gegenwart vereinbart, sei alles in allem „hinter der Zeit zurück“ (Haverbeck, 1977). Da muß die letzte WSL-Hauptversammlung die reinste Geistesver-

gewesen sein: WSL-Vize E.O. Cohrs (zur Erinnerung: er inserierte bei „Auschwitz-Lügen“ Christophers, sprach auch schon beim rechtsradikalen DKEG) begrüßte „auf das herzlichste“ Schwab, drückte „die große Freude“ aus, Dr. Braker begrüßen zu dürfen, übermittelte — sicher auch nicht ohne Freude — eine „Grußadresse“ des „Altpräsidenten“ Mommsen.

Schwab bekam noch einmal Extralob: „Wir haben die Freude und die Ehre, Sie in diesen Tagen unter uns zu haben“ („LSJ“, Okt. 79).

Sollten die Geister doch noch nicht so tot sein?

## Antifa-Kommission Hamburg

lismus, zu dessen Hauptanliegen in der Außenpolitik die Absage an imperialistische und wirtschaftskolonialistische Vorstellungen gehört. In der Sicherheitspolitik soll eine antimilitaristische, aktive Friedenssicherung betrieben werden. In der Innen- und Wirtschaftspolitik sind alle Zielvorstellungen auf dezentrale Verwaltung, Mitbestimmung aller Betroffenen in der Planung, weitestgehende Selbstbestimmung, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Stärkung der Autonomie und Regulationsfähigkeit kleiner Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten gerichtet, wobei alles auf den ersten Blick auf durchaus vernünftige Weise präzisiert wird. Aber auch die CDU hatte keine besondere Schwierigkeiten, ihr deutsch-national beeinflusstes sozialistisches Programm aus dem Jahre 1946 zu vergessen und wieder offene Unternehmerinteressen zu vertreten.

## „Marxisten-Leninisten“ im

## „Marxisten-Leninisten“ im Fahrwasser der Rechtsextremisten

Der ökonomistische Marxismus-Leninismus stalinistischer Couleur spielt in der Ökologiebewegung eine ebenfalls sehr zwiespältige Rolle. Im Gegensatz zu den bunten und alternativen Listen, bei denen Linkssozialisten und demokratische Kommunisten wie der norddeutsche KB mit Ökologen sehr sinnvoll zusammenarbeiten, wird die Alternative Liste Berlin teilweise von der KPD beeinflusst. Wäre diese Partei in der Eigentumsfrage etwas flexibler, könnte sie durchaus mit den „Grünen“ fusionieren. So wird sie entsprechend der stalinischen Tradition das Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie suchen. Wie die nationalrevolutionären „Marxisten-Leninisten“ (MLD) orientiert sie sich an dem chinesischen Großmachtautokratismus, der seit der Entmachtung Maos durch die Technokratie und nach dessen Tod immer unverhüllter vertreten wird. China kooperiert seit langem mit reaktionären Staatssystemen wie Chile oder mit rechten nationalrevolutionären „Befreiungsbewegungen“. Strauß befürwortet 1975 von Deng in Peking empfangen. Für Deng und die MLD ist Strauß (so in einem Interview) „ein großer deutscher Patriot“, für die vaterländische KPD, laut „Rote Fahne“, noch „ein Speichellecker des Sozialimperialismus“. Ähnlich wird Strauß von der NPD kritisiert, weil er angeblich nicht offensiv genug agiere! Im Spätsommer gab es Einigungsgespräche zwischen MLD und KPD in Paris.

Am 21.12.77 hieß es nämlich in der „Peking Volkszeitung“ typisch nationalkonservativ: „Die Gleichheit ist nicht das Ziel, für das wir kämpfen.“ Und am 11.2.78: „Die Arbeitsteilung treibt die Produktion vorwärts und trägt zum Fortschritt der Gesellschaft bei.“ Chinesische

tionalrevolutionären Kurs gehen. Die MLD und einige kleinere Gruppen aus der ML-Szene sollen aus nationalrevolutionären Gruppen hervorgegangen sein. Die mit der MLD kooperierenden „Marxisten-Leninisten Kiel“ (MLK) schreiben in ihrer „Volkszeitung“ vom April 79 folgerichtig, Hitler und Goebbels hätten sich „ernsthaft um den Aufbau eines revolutionären Sozialismus bemüht“ und werben ganz offen für die nationalrevolutionäre „Volkssozialistische Deutsche Partei“, die in der Ökonomie aktiv ist. Die VSDP bezieht sich wiederum sehr stark auf den italienischen Faschismus. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum die Neue Rechte im Gegensatz zu den Alt Nazis für die Zusammenarbeit mit prochinesischen Kräften ist, wobei man es mit der modischen ökologischen Orientierung natürlich nicht so genau nehmen muß.

Richard Stöb schreibt in dem SPV-Band „Neofaschismus — die Rechte im Aufwind“ in seiner Analyse „Väter und Enkel“ sehr folgerichtig: „Die Aktualität der Argumentation des Neuen Nationalismus läßt ihn heute potentiell bedeutsamer bzw. gefährlicher erscheinen als die Vielzahl von Hitler-Fans, die Hilflosigkeit und ihren Protest noch nicht anders ausdrücken als in absolut provozieren-

## „Volkssozialisten“ auf Runen-Trip

Werner W. Kosbab, Chef des „nationalrevolutionären“ VSDP, läßt nichts unversucht: Kündigten seine „Volkssozialisten“ noch im Juli auf ihrem zweiten Parteitag an, in Zukunft insbesondere Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit machen zu wollen („nat.-pol. studien“, 30.9.79), so hat er sich jüngstens wieder auf traditionsreichere Arbeitsgebiete besonnen. Allen denen, „die von der westlichen Subkultur übersättigt sind oder die ehrlichen Herzens neue Ideale su-

chen“, bietet er in seinem Blatt „Nationale Verantwortung (9/79) und in einem Sonderheftchen seine „Asgard-Gemeinschaft“ an. Angeblich befaßt diese sich mit „Lebenskunde“, „Heilkunde“ usw., will die „Nutzung der natürlichen Sinneseinflüsse (Farben, Düfte, Laute, Sternensystem u.a.) für Gesundheit und Wohlbefinden“ sowie „Kenntnis natürlicher Heilmethoden“ vermitteln. Sollte da nicht das Herz des einen

oder anderen Naturfreundes und Landkommunarden höher schlagen? Nun ist das Programm der „Asgard-Gemeinschaft“ mit solchen Freundlichkeiten nicht erschöpft. Zentral befaßt sie sich nämlich mit „Runengeheimnissen“, der „Nutzung der Runen-Kräfte für Geist, Seele und Körper“ und betreibt zu diesem Zweck auch „Runen-Exerzitien“.

Nach Kosbabs Bekunden steht diese „Runenkunde“, „über jedem politischen o.d. Meinungsstreit“ und sei streng wissenschaftlich. Unter den „Wissenschaftlern“, die er anführt, sind freilich so bekannte Nazi-Ideologen wie Guido von List (von dem Hitler einen Teil seiner rassistischen Vorstellungen bezog) und Hermann Wirth (einer der Chefideologen des SS-„Ahnenerbes“).

Wirth gehört zu jenen „Volkskulturs-Forschern“, die seit einiger Zeit in der alternativ-grünen Szene auftauchen: In den Zeitschriften W. Piepers durfte er publizieren und in der „taz“ gab es nicht nur eine Stimme, die das gar nicht so schlimm fand (siehe AK 163).

Sollte Kosbab mit seinen „Volkssozialisten“ wieder einmal, wie er es schon getan hat, sich mit Umweltschützern an einen Tisch setzen, sollten diese nicht vergessen, ihn nach seinem Verständnis von „Kultur“, „Natur“, „Lebenskunde“ usw. zu fragen.

Antifa-Kommission Hamburg

NATIONALE  
9/1979  
**VERANTWORTUNG**  
EHRE DER ARBEIT  
FREIHEIT DEM VOLKE

Die „Asgard-Gemeinschaft“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, dem heutigen Streßgeplagten, Entidealisierten, Suchenden neue Ideale und Möglichkeiten der geistigen, seelischen und körperlichen Erleuchtung zu bieten, die in unserem westlichen Kulturkreis geschichtlich gewachsen sind und dem heutigen Menschen wirkliche Hilfe geben.

Die Asgard-Lehre beinhaltet:

1. Theorie = Mythologie, Runenkunde, Sternenkunde, Menschenkunde, Lebenskunde, Heilkunde, Kulturkunde u.a.m.
2. Praktische Übungen = Entspannung, Atmung, Konzentration, Runen-Exerzitien, Bio-Exerzitien u.a.m.

Kosbabs VSDP für „Lebenskunde“ und „Runen-Exerzitien“



Braune „Grüne“ in Bonn



Bonn, 16.10.79 — Korvettenkapitän a.D. Ernst Jäckel (GdA, „Biologische Zukunft“) packt gleich das Entsetzen und seine Sachen.

Wie zu erwarten, fehlten am 14. Oktober in Bonn die grün-braunen Umweltaktivisten nicht. Walther Soyka mit seinem „Institut für Biologische Sicherheit“ bzw. dem „Forum Humanum/Hartmut Gründer Kläggerverband“ war unübersehbar zur Stelle (siehe dazu AK 164).

Lange Zeit als harmloser Umweltschützer konnte sich ein anderer Altgedienter dieser Szene präsentieren, ohne daß aufgefallen wäre, was er eigentlich propagiert: Ernst Jäckel, Korvettenkapitän a.D., bot an dem Stand der AGNU Heide mit einigen Getreuen das von ihm seit Jahren herausgebrachte Blättchen „Biologische Zukunft“ an. In der Tat, auf den ersten Blick ein Anti-Atomkraft-Blatt, wie viele andere auch — Titel (Nr. 3/4, 79): „Die Bombe tötet viele, Atomkraft schleichend alle!“ —, im Text mit Zahlen und Zitaten und Statistiken versehen usw. Erst beim näheren Hinsehen trübt sich das Bild. Im Untertitel lautet Jäckels Blatt: „Zeitschrift für Biopolitik und Eugenik“ (= „Erbpflege“); im Text finden sich so merkwürdige Thesen wie: „Die Kernspaltung ... muß ... geächtet werden und verschwinden. Sonst steigt das durch die Ausmerzungen der Besten in zwei Weltkriegen emporgekommene Weltverbrechertum, das seinen blindwütigen Haß gegen alle Völker der Erde zu richten begonnen hat“.

Wes Propaganda Kind dieser Jäckel ist, wird schließlich ersichtlich, wenn der „Herausgeber“ des Blattes beachtet wird: Es ist Albrecht Müller, Hamburg, für die „Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft“. In ihr haben sich diverse Grüppchen und Personen (seit vielen Jahren) zusammenge-

schlossen, mit stark rassistischem Einschlag, vor allem von der „Ludendorffer“-Richtung. Die GDA verbreitet — neben dem Blatt Jäckels — eine ganze Palette von Zeitschriften. Dazu gehört, um nur eine zu nennen, auch die „Nordische Zukunft“, die „Germanentum“ im Sinne u.a. des führenden Nazi-Rassenideologen H.F.K. Günther propagiert.

Wenn Jäckel sich mit seiner „Biologischen Zukunft“ und seinem Interesse für „Biopolitik und Eugenik“ gerade mit der GDA zusammentut — und das, wie gesagt, seit Jahren —, kommt das nicht von ungefähr. In einer früheren Nummer seines Blattes schrieb Jäckel aufschlußreicherweise: „Der organisierte schleichende Massenmord der Atomkraftwerke (wird) aus den Kreisen der Staatsführung gefördert, (und) hinter den Machthabern der Bundesrepublik stehen wie heimliche Kommissäre die mörderischen Handlanger des kommunistischen Landesverrats“.

Jäckels Ausflüchte, er sei völlig unpolitisch, mit der GDA habe er überhaupt nichts zu tun, „Eugenik“ heiße nichts anderes als „Eintreten für gesundes Leben“ u.ä., vermochten die schließlich doch aufmerksam gewordenen AKW-Gegner herzlich wenig zu besänftigen. Als er dann noch im gleichen Atemzug verkündete, er sei schon immer ein Nazi-Gegner gewesen und Rassist sei er schon gar nicht, eine Negerin könne aber nun mal nur mit einem Neger glücklich werden, war's für die Umstehenden aus. Jäckel und Anhang zogen es vor, ihre Sachen zu packen und zu verschwinden.

Antifa-Kommission Hamburg

Jäckels Ausflüchte, er sei völlig unpolitisch, mit der GDA habe er überhaupt nichts zu tun, „Eugenik“ heiße nichts anderes als „Eintreten für gesundes Leben“ u.ä., vermochten die schließlich doch aufmerksam gewordenen AKW-Gegner herzlich wenig zu besänftigen. Als er dann noch im gleichen Atemzug verkündete, er sei schon immer ein Nazi-Gegner gewesen und Rassist sei er schon gar nicht, eine Negerin könne aber nun mal nur mit einem Neger glücklich werden, war's für die Umstehenden aus. Jäckel und Anhang zogen es vor, ihre Sachen zu packen und zu verschwinden.

Antifa-Kommission Hamburg

Biologische Zukunft

Zeitschrift für Biopolitik und Eugenik

DOPPELFOLGE: 3/4 — 1979 — 15. Jahrgang

JULI — HEUMOND

Ernst Jäckel:

Sofort Schluß! Tödlicher als die Bombe:

Die Bombe tötet viele, Atomkraft schleichend alle!



Bitte weitergeben, nachbestellen, verschicken, wenn erwünscht!  
Rechtskampfbüro  
Nr. 16004  
deren Psch-Kto. 2392 Glücksburg  
232-209 für Kto. 16004.

Strauß in Kiel  
Ein Lehrstück für die Linke

Am 2.11.79 hatte Franz-Josef Strauß seinen ersten Auftritt als „Kanzlerkandidat“ in Schleswig-Holstein. Der „Verband schleswig-holsteinischer Unternehmerverbände“ hatte zum „1. schleswig-holsteinischen Unternehmertag“ eingeladen, und Strauß war der Stargast in der exklusiven Runde von 1.750 Kapitalisten.

Bereits am Vormittag streiften schon mehr als 50 Bullen um das Tagungsgebäude, das Kieler Schloß, herum. Am Nachmittag, etwa gegen 16 Uhr, marschierten dann sechs Hundertschaften in Kampfausrüstung auf, um im Umkreis von 200 Metern um das Schloß alle Straßen abzusperren und „weite menschenleere Räume“ zu schaffen, wie das Lokalblatt „Kieler Nachrichten“ am nächsten Tag erläuterte. Das sei die „Lehre“ aus den Strauß-Auftritten in NRW.

Die Lehre heißt also, dem die Massen vom Leib zu halten. Eine Lehre, die offenbar auch SPD und Jusos aus den Beschimpfungen durch Strauß und Co. in den letzten Wochen gezogen haben: Die Jusos zogen sich etwa zwei Wochen vor dem Strauß-Besuch ziemlich plötzlich aus gemeinsamen Vorgesprächen mit anderen linken Organisationen zurück und sind seitdem in diesem Zusammenhang nicht mehr in Erscheinung getreten. Der SPD-Kreisverband rief am Tages des Strauß-Besuchs seine Mitglieder über die „Kieler Nachrichten“ auf, sich von allen Demonstrationen fernzuhalten: „Die richtige Antwort ... wird bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr zu geben sein.“

An den verschiedenen Anti-Strauß-Aktivitäten beteiligten sich insgesamt etwa 1500 Leute. Das war immerhin die stärkste Beteiligung seit den heißen Brokdorf-Tagen vor fast drei Jahren. Die linken Organisationen waren allerdings mehrheitlich nicht in der Lage und auch nicht Willens, diesem starken Bedürfnis mit einem gemeinsamen Vorgehen zu entsprechen. Also gab es drei verschiedene Demonstrationen: 500 beteiligten sich an einer KPD/ML-dominierten Demo; 800 waren auf der von der DKP initiierten Demo,

hierzu hatte auch die „Liste für Demokratie und Umweltschutz“ (LDU) aufgerufen. Vorher hatten sich bereits 200 Leute vor dem Schloß zu einer spontanen Demonstration durch die Innenstadt formiert. Eine von der LDU angemeldete Demonstration und Kundgebung in unmittelbarer Nähe des „Schlosses“ war von der SPD-regierten Stadt Kiel verboten worden.

AE-Verhandlungen — ein Trauerspiel

In den Wochen vor dem Strauß-Besuch gab es mehr als ein Dutzend Vorbereitungsbesprechungen in den verschiedensten Zusammensetzungen, um ein gemeinsames Vorgehen zu vereinbaren. Was übrig blieb, kann man getrost als Scherbenhaufen bezeichnen. Der erste Schritt zur Verhinderung eines breiten Bündnisses kam von der KPD/ML und ihren zahlreichen befreundeten Gruppen. Einer dieser Vereine, die „Gruppe Kieler Antifaschisten“, hatte zwar ein breites Spektrum von Organisationen und Basisinitiativen zu einem ersten Treffen eingeladen, gleichzeitig aber doch einige Vorkehrungen getroffen, die die politische und organisatorische Dominanz sicherstellen sollten: So war anscheinend die gesamte Kieler KPD/ML bestellt, um als „Einzelpersonen“ bei Abstimmungen die gewünschten Ergebnisse zu sichern. Gleich am Anfang wurde ein Plan präsentiert, demzufolge alle Aufgaben wie Herstellung eines Aufrufflugblattes, Bestreitung der Abschlußkundgebung, Beschließung der Demo-Route etc. an einen zehnköpfigen Ausschuss abgetreten werden sollten, für den natürlich mehrheitlich „zuverlässige“ Kräfte vorgesehen waren. Die nicht „ML“-inspirierten Gruppen ließen sich das nicht bieten und wiesen auch den Entwurf für das Aufrufflugblatt, das in typischem „ML“-Stil gehalten war, als „unbrauchbar“ zurück. Beim nächsten Treffen erklärten die „ML“-er kurz und bündig, sie würden auf jeden Fall an ihrem Entwurf festhalten. Vor allem wollten sie auch in einem ge-

meinsamen Aufruf nicht darauf verzichten, die Schmidt-Regierung als Verantwortliche für die Faszisierung zu benennen. Weitere Diskussionen seien überflüssig; wer wolle, könne ja mitmachen. Die meisten Organisationen und Basisinitiativen wollten nicht mehr.

Beim letzten Treffen mit den „ML“-ern waren auch Vertreter eines anderen Vorbereitungskreises, bestehend aus DKP-beeinflußten Gruppierungen und Jusos, anwesend und vermittelten den Eindruck, dieser Kreis sei durchaus bereit zu einer gleichberechtigten Zusammenarbeit. Grund genug für viele Vertreter der Basisinitiativen und Organisationen, u.a. auch für uns, es mal in dieser Runde zu versuchen. Die Überraschung war allgemein, als dann beim ersten Treffen die DKPler nur noch von „sogenannten Basisinitiativen“ sprachen, die keine Leute mobilisieren, sondern nur welche abschrecken, und die sowieso alles chaotisieren. Die Arroganz solcher Sprüche wird erst richtig deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß diese „sogenannten Basisinitiativen“ am 1. Mai immerhin eine Demonstration mit 1000 Leuten organisiert hatten, während von allen anderen am 1. Mai in Kiel so gut wie nichts zu sehen war.

Die DKPler traten im folgenden noch sturer auf als die „ML“-er: Das Aufrufflugblatt sollte nur von Einzelpersonen, nicht aber von Organisationen unterzeichnet werden; unsere Kritik an dem Aufrufflugblatt wurde vollkommen ignoriert.

Die DKPler wollten unter keinen Umständen auch nur in die Nähe des Schlosses, um die DKP und ihren Anhang nicht in „Verfurr“ zu bringen. Um diese Essentials abzusichern, behielten die DKPler alle wichtigen organisatorischen Dinge in ihren Händen: Anmeldung der Demo-Route, Herstellung des Aufrufflugblattes, Organisation der Abschlußkundgebung usw. Bei der Herstellung des Flugblattes ging dann auch prompt „zufälligerweise“ die Einzelunterschrift des Kieler KB-Presserelevanten verloren.

Ein Kieler Genosse

Günter Wallraff

Die Bedrohung Strauß ernst nehmen!

In der Strauß-Kandidatur sehe ich die größte Bedrohung, die uns allen bevorsteht, die auch nicht nur die nächsten vier Jahre betrifft, sondern die u.U. das Klima bis zum Ende des Jahrhunderts bestimmen könnte. Ich sehe einen möglichen Erfolg von Strauß als Schritt zur entgültigen Errichtung eines Polizeistaates, ein Schritt zur Aushöhlung der Reste der Demokratie. Es würde nach einer Übergangsphase von einigen Monaten oder einem Jahr von einer Strauß-Regierung alles zu erwarten sein. Wir würden das hier erleben müssen, was die letzten Jahre des Franco-Faschismus ausgemacht hat.

Günter Wallraff

Die Bedrohung Strauß ernst nehmen!

In der Strauß-Kandidatur sehe ich die größte Bedrohung, die uns allen bevorsteht, die auch nicht nur die nächsten vier Jahre betrifft, sondern die u.U. das Klima bis zum Ende des Jahrhunderts bestimmen könnte. Ich sehe einen möglichen Erfolg von Strauß als Schritt zur entgültigen Errichtung eines Polizeistaates, ein Schritt zur Aushöhlung der Reste der Demokratie. Es würde nach einer Übergangsphase von einigen Monaten oder einem Jahr von einer Strauß-Regierung alles zu erwarten sein. Wir würden das hier erleben müssen, was die letzten Jahre des Franco-Faschismus ausgemacht hat.

Nur bin ich der Überzeugung, im Gegensatz zu einigen, die sich jetzt schon abwenden und ihm das Feld überlassen, daß noch alles drin ist; er ist zu verhindern, wenn sich auch alle um ein gemeinsames Vorgehen bemühen.

Denn Strauß ist einer, der aus seinen ganzen Skandalen soviel gelernt hat, daß er sich inzwischen verstellen kann und jemand, der sich solange zurücknehmen muß, der sich so lange verleugnen muß, der wird, wenn er dann losgelassen wird und Macht im Rücken hat, doppelt und dreifach zuschlagen.

Die demokratische und linke Bewegung muß die Bedrohung ernst nehmen, die von Strauß ausgeht. Die Computer sind voll, die Bürokratien

sind vorhanden, die Apparate auch. Was diese Mentalitäten sich zur Zeit alles verkneifen und wie die loschlagen möchten, läßt Schlimmes ahnen, wenn sie losgelassen werden. Die warten nur auf Strauß. Wer diese Bedrohung nicht ernst nimmt, der wird nach der Machtübernahme feststellen müssen, daß es wieder einmal zu spät war und der Widerstand sich dann wieder erst in den Zellen sammeln kann.

Deshalb muß die gemeinsame Front der Demokraten und Linken aller Schattierungen jetzt aufgebaut werden. Es müßte ein sehr besonnenes Bündnis der verschiedenen politischen Gruppen stattfinden und zwar auf einem gemeinsamen Nenner, der nicht zu weit in linken Positionen vorschnellt. Es müßte eine Basis sein, wo sich jeder Liberale auch mit anschließen kann, der Demokratie ernst nimmt, als auch akzeptabel ist für die Linke, die schon viel weiter ist. Man muß sich nach denen richten, die die Hauptbedrohung spüren. Das muß den Maßstab für den Kampf abgeben. Ich denke da zum Beispiel an einzelne Bewegungen, wie die Bewegung in Bonn, gemeinsam gegen Carstens.

Für schwierig halte ich die Beantwortung der Frage, ob so eine Anti-Strauß-Bewegung zu den Bundestagswahlen selber kandidieren sollte. Eine Eigenkandidatur kann in der jetzigen Situation die wenigen

Stimmen kosten, die eigentlich notwendig sind, um Strauß zu verhindern. Ich würde bei dieser Wahl deshalb noch — und das verspreche ich, daß es das letzte Mal ist, zum „kleineren Übel“ raten.

Wenn Strauß es nicht schafft und es ist drin, dann werden solche taktischen Überlegungen in Zukunft bei mir keine Rolle mehr spielen, denn Strauß ist dann erledigt, auch innerhalb der Rechten.

Es wird dann solche austausch-

bar sein.

Stimmen kosten, die eigentlich notwendig sind, um Strauß zu verhindern. Ich würde bei dieser Wahl deshalb noch — und das verspreche ich, daß es das letzte Mal ist, zum „kleineren Übel“ raten.

Wenn Strauß es nicht schafft und es ist drin, dann werden solche taktischen Überlegungen in Zukunft bei mir keine Rolle mehr spielen, denn Strauß ist dann erledigt, auch innerhalb der Rechten.

Es wird dann solche austauschbaren Figuren wie Albrecht oder Leisler-Kiep geben, die sich kaum noch von Schmidt unterscheiden.

Dann sind für die Linken auch diese taktischen Überlegungen zu Ende, dann muß auch überlegt werden, welche eventuell neue Partei die vor uns liegenden Aufgaben bewältigen kann.

Bei dieser Wahl noch sollten wir keine Partei wählen in der Hoffnung, daß sie vielleicht doch die 5 Prozent-Hürde überschreitet. Zumindest sollten wir die Wahlen in Baden-Württemberg und NRW als Test ansehen. Wenn die Grünen dort scheitern, sollten sie sich bei dieser Bundestagswahl zurückhalten, denn sonst werden sie dann wahrscheinlich bei 3 - 4 Prozent stecken bleiben, die dann genau die Stimmen bedeuten, die die FDP rausschmeißen und Strauß, trotz Stimmenverlust der CDU/CSU, in den Sattel helfen.

Strauß schlägt um sich

Immer deutlicher zeichnet sich ab, daß Strauß schon im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes keine linke Opposition gegen sich dulden will und sie mit hartem „Durchgreifen“ mundtot zu machen versucht. Dabei kann er sich offenbar auf beste Zusammenarbeit mit staatlichen Organen verlassen, wie sich an einem neuen „Fall“ in Bremen zeigt. Dort wird gegen zwei engagierte Strauß-Gegner wegen „Verdacht der Verunglimpfung von Verfassungsorganen“ (§ 90b) ermittelt; sie sollen Anti-Strauß-Plakate geklebt haben. Auf den Plakaten wird Strauß einmal als grobschlächtiger Metzger, bewaffnet mit einem Schlächterbeil, dargestellt (Unterzeile: „Was für einen Kanzler Strauß spricht: er versteht

sein Handwerk“), zum anderen ist er auf einem Foto abgebildet, auf dem er gemeinsam mit Pinqchet und seinen Junta-Schergen ein Denkmal für deutsche Einwanderer in Chile einweihet (Unterzeile: „Was für einen Kanzler Strauß spricht: er hat Freunde überall auf der Welt“).

Diese Plakate waren den beiden Betroffenen zwecks „Sicherstellung“ von der Polizei abgenommen worden. Sie wurden der politischen Polizei und der Staatsanwaltschaft zugeleitet, die ihrerseits aktiv wurden. Strauß wurde durch die Bremer Staatsanwaltschaft verständigt und auf die Möglichkeit einer Anzeige aufmerksam gemacht.

Mit Erfolg, wie sich nun herausgestellt hat. Strauß erstattete Anzeige

gegen beide nach § 90b. Damit ist schwerer Geschütz aufgeföhren, um linke Strauß-Gegner zu kriminalisieren: die „verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen“ wird nämlich mit drei Monaten bis fünf Jahren Gefängnis bestraft (Strauß ist als Ministerpräsident „Verfassungsorgan“).

Es sieht so aus, daß hier ein Fall aufgebaut wird, mit dem radikale Strauß-Gegnerschaft als „verfassungsfeindlich“ und illegal abgestempelt werden soll, was für den Bundestagswahlkampf nichts Gutes erwarten läßt. Umso wichtiger wird es, daß alle Strauß-Gegner zusammenarbeiten.

KB-Gruppe Bremen





# Nachrichten vom Widerstand

## Bäuerliche Notgemeinschaft im Landkreis

### Lüchow-Dannenberg

Mit der Gründung dieser Arbeitsgemeinschaft zogen die aktivsten Landwirte des Landkreises die Konsequenz aus der Tatsache, daß die Landvolkgremien sich als unfähig erwiesen hatten, „unseren Kampf gegen ‚Gorleben‘ ernsthaft zu unterstützen und mitzutragen“ („Elbe Jeetzel Zeitung“, 1.11.79). Die „Notgemeinschaft“ will im Rahmen einer „intensiven Öffentlichkeitsarbeit“ deutlich machen, daß „kein anderer Berufsstand von den Atomplänen so betroffen sei wie die Landwirtschaft, hier gehe es um die nackte Existenz.“ Geplant sind Informationsveranstaltungen, Gespräche mit Kommunal- und Landespolitikern, Rechtshilfe, Förderung von landtechnischen Alternativen sowie „Stellungnahmen zu politischen Entscheidungen hinsichtlich ‚Gorleben‘ und zu Vorgängen rund um das Bohrloch“ („EJZ“, 1.11.79).

Mit der Gründung eines eigenen Interessenverbandes reagierten die aktivsten Landwirte ebenfalls auf die zunehmenden Angriffe der letzten Wochen. Bisher haben sich über 60 Landwirte der „Notgemeinschaft“ angeschlossen. Dem vorläufigen Vorstand gehören den Landkreisbewohnern wohlbekannte und bewährte Kämpfer wie der Bauer Horst Wiese aus Godelitz und der wegen „gewalttätiger Nötigung“ verurteilte Fritz von Blottnitz an. Eine erste Mitgliederversammlung ist in Vorbereitung.

Mit der Gründung der „bäuerlichen Notgemeinschaft“ wird unzweifelhaft ein wesentlicher Schritt zur Stärkung des Widerstandes im Landkreis Lüchow-Dannenberg vollzogen, auch wenn der Gorleben-Gegner und Vorsitzende des Trebeler Landvolks, H.H. Gauster, auf der letzten Landvolkversammlung an alle Mitglieder den „eindringlichen Appell“ richtete, „sich bei ihren Protestaktionen gegen nukleare Anlagen im Raum Gorleben nicht zu überlegenen Handlungen hinreißen zu lassen.“ Bekräftigt wurde hier ferner die unter den Landwirten breit verankerte Position der Di-

stanzierung „von Gewalttaten gleich welcher Art“ („EJZ“, 30.10.).

Zeitgleich mit der Verurteilung der ersten Landwirte wegen gewalttätigen Widerstandes vor dem Amtsgericht Uelzen kam es im Landkreis zur ersten direkten Konfrontation zwischen Besatzertruppen und Bauern, die ihre Eigentumsrechte mittels einer Sitzblockade zu wahren versuchten. Ein für Kraftfahrzeuge jeder Art gesperrter Privatweg eines Landwirtes wurde seitens der PTB (Technisch-Physikalischen Bundesanstalt) als Zufahrtsweg zur Bohrstelle vorgesehen. Ungeachtet der Tatsache, daß nach Protesten die PTB die Nichtnutzung des Weges zusicherte, räumte ein ca. 15köpfiger BGS-Trupp mit Armdrehgriffen und Fußtritten sechs Landwirte und den Trebeler Bürgermeister Kraak sehr unsanft beiseite. Diese hatten sich spontan auf den Boden gesetzt. Kraak bezeichnete diese „starke Rangelei“ als „schwersten Zwischenfall seit Aufnahme der Bohraktivitäten im Gorlebener Raum“ („EJZ“, 20.10.79).

Neben den Ermittlungsverfahren und Prozessen gegen Blockade-Bauern wird eine weitere Prozeßwelle auf die Landwirte zukommen. Es handelt sich hierbei um Verfahren, mittels derer sich die PTB die für die weiteren Bohrungen benötigten Grundstücke einverleiben will. Um langwierigen Enteignungsverfahren aus dem Weg zu gehen (Eineignungen sind nur zum Nutzen für die Allgemeinheit zulässig) änderte am 1.4.78 die niedersächsische Landesregierung kurzerhand das Niedersächsische Berggesetz dahingehend, daß „vorläufige Besitzzeuweisungen“ zu Erkundungszwecken ermöglicht werden.

Etwa 20 Grundbesitzer haben bisher die Nutzung ihres Landes durch die PTB verweigert. Als erstes hat „in absehbarer Zeit“ Graf Bernstorff mit einer mündlichen Verhandlung vor dem Obergericht Celle zu rechnen („EJZ“, 5.11.).

Ein Genosse aus Lüneburg

## Brokdorf — Der Weiterbau droht

Vor dem Verwaltungsgericht Schleswig wird ab 26.11. weiter über den ersten Teil des Hauptsacheverfahrens über die Rechtmäßigkeit der ersten Teilerrichtungsgenehmigung verhandelt, d.h. es geht um die drohende Aufhebung des noch bestehenden Baustopps. Der erste Teil des Prozesses fand vom 1. bis 5. Oktober statt. In der ersten Runde wurden „... Gutachten zu folgenden Fragen erörtert: Radiologie (Strahlenbelastung im Normalbetrieb), Meteorologie, Hochwasserschutz, Baugründung, Sonderlastfälle (Erdbeben, Flugzeugabsturz, Gastankexplosion) und Anlagenkonzept (Reaktorsicherheit). Bei diesen Befragungen sind viele lebenswichtige Punkte offengeblieben bzw. wurde klar, daß die schwerwiegendsten Fälle außer acht gelassen wurden (z.B. das Zusammenschmelzen des Reaktorkerns bei einem Unfall). Diese Punkte werden von Seiten der Kläger in der nächsten Verhandlungsrunde in Form von Beweisunterlagen zusammenfassend vorgebracht werden. Wenn das Gericht es mit einer gewissenhaften Klärung der in den Beweisunterlagen genannten Punkte ernst meint, wird es den Beweisunterlagen stattgeben. Das würde dann bedeuten, daß zu diesen Punkten Beweis erhoben werden müßte, z.B. durch neue Gutachten“ („Brokdorf-Prozeß-Info“ Nr. 5 der „autonomen“ BUU-Hamburg).

Ein bezeichnendes Licht darauf, wie „ernsthaft“ die Gutachter z.B. an die Standortfrage herangehen, zeigt die Äußerung eines „Gutachters“ am 3. Verhandlungstag: „Traumstandort für Kernkraftwerke gibt es nicht!“

Als Fazit der ersten Woche auf der „Etappe der Wahrheitsfindung“ er-

klärte Richter Feist: „Die Kernkraftwerksgegner sind nicht bereit, Argumente jedweder Art anzuerkennen, wenn diese für die Nutzung der Kernenergie sprechen“ („Kieler Nachrichten“, 6.10.79). Damit dürfte wohl die Aufhebung des Baustopp-Urteils schon vorprogrammiert sein. Wie groß das Interesse der Betreiber ist, dieses Urteil möglichst umgehend zu erwirken, wurde am 5. Verhandlungstag sichtbar, als es um die Fortsetzung des Prozesses ging: Der Anwalt der Kläger hatte gerade erläutert, daß es aufgrund der Materialfülle unmöglich sei, schon am 8.10. weiterzuverhandeln. Obwohl das Gericht diesem Argument schon stattgegeben hatte, meinte doch ein Vertreter der Betreiberseite kackfrech (sinngemäß): Aufgrund eines öffentlichen Interesses einer gesicherten Stromversorgung sei es unbedingt notwendig, den Prozeß schnellstens durchzuziehen, damit Brokdorf weitergebaut werden könne. Hiermit hatte er aber in den Augen des Gerichts übers Ziel hinaus geschossen: Der Prozeß wird jetzt am 26./27.11. fortgesetzt, das Verfahren mit den 250 Einzelklägern, vertreten durch Walter Soyka, wird abgetrennt und am 28.11. verhandelt.

Damit die Kläger nicht allein im Gerichtssaal stehen und der Prozeß öffentlich verläuft: Kommt zum Prozeß am 26./27.11. (möglicherweise auch noch 29./30.11.) ab 9.30 Uhr im Hotel Hohenzollern, Moltkestr. 41/Ecke Schubstr. in Schleswig. Eintrittskarten müssen vorher beim Verwaltungsgericht Schleswig, Gottorfstr. 2., 2380 Schleswig, namentlich bestellt werden.

Ein Kieler Genosse

## DKP enttarnt drei weitere Giftgasfirmen!

Wie weit die Bundeswehrkontakte zur Hamburger Giftgasfabrik Stoltzenberg gingen, weiß man spätestens seit dem jüngsten Skandal etwas genauer. So hatten Beamte des „Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung“ Ampullen mit den Kampfstoffen Tabun und Sarin, deren Inhalt ausreichte, um Zehntausende von Menschen zu töten, einfach in die Akten tasche gesteckt und fuhren damit im Nachtzug von Koblenz nach Hamburg („Spiegel“, 24.9.79).

Die DKP konnte nun die Vermutung, daß Stoltzenberg kein Einzelfall ist, auf einem am 31.3. in Hamburg stattfindenden „Stoltzenberg-Hearing“ mit Dokumenten belegen.

In einem internationalen Katalog über chemische Erzeugnisse — herausgegeben vom „Walter Gruyter-Verlag“ —, „Chem buy direct“, Ausgabe 1976, konnte die DKP unter dem Stichwort „Tabun“ fündig werden und drei weitere Giftgasfirmen entdecken, die Nervengase an bundesdeutsche Institute versenden und vermutlich auch die Bundeswehr direkt beliefert haben.

Es sind die Firmen: „Boehringer Mannheim GmbH, Sandhofer Straße 112 — 124 unter der Code-Bezeichnung „D.WBOP“, in Mannheim-Waldhof, die „Dr. Theodor Schuchardt GmbH und Co., Gaisberger Straße 1 — 3, in München“ unter der Code-Bezeichnung „D.WSRd“ und die „Ferak Berlin o.H.G., Friedrichsbrunner Straße 3 — 5, 1000 Berlin 45“.

### Die Schuchardt GmbH in München

Die Firma Schuchardt in München, die 1966 einen Umsatz von ca. 10 Millionen Mark machte, hält 8.000 Chemikalien laufend vorrätig. „Vorwiegend seltene Verbindungen (organische Zwischenprodukte), die oft nur in wenigen Gramm und sehr sparsam verkauft werden. Einen erheblichen Teil der Substanzen stellt Schuchardt selber her. Hauptabnehmer sind die Laboratorien der Hochschulen“ („Handelsblatt“, 20.7.1966).

Was unter „seltenen Verbindungen“, die nur „sporadisch“ vertrieben werden, zu verstehen ist, hatte Günter Wallraff bereits 1969 in der Zeitschrift „konkret“ enthüllt. So hatte der damalige Prokurist und jetzige Firmeninhaber von Stoltzenberg, Leuschner — in einem von Wallraff fingierten Telefonanruf — unter anderem erklärt, er habe bei der Münchner Firma Lost bezogen. Diese Aussage wurde bei den jüngsten kriminaltechnischen Ermittlungen von Leuschner erneut bestätigt („Hamburger Abendblatt“, 25.9.79).

Die Firmenleitung dementierte sogleich und ließ über die dpa folgende Meldung laufen: „Als ‚absurd‘ bezeichnete der Betriebsleiter Gatt... die gegen seine Firma erhobenen Vorwürfe.“ Er mußte jedoch zugeben, daß „... in der Fabrik zwar Schwefel und Stickstoff hergestellt werde, jedoch ausschließlich zu Forschungszwecken. Die Stoffe dienen zum Test krebserregender Eigenschaften, erklärte Gatt. Die Ampullen zu je ein Gramm Inhalt würden in 75 (!) Länder, vor allem Universitätsinstitute, geliefert“ (dpa, 16.7.70).

Die Firma wollte auch den Vorwurf, sie stelle das Nervengas VFP (dem Tabun verwandt und hat dieselbe Wirkung) her, nicht auf sich sitzen lassen und leitete gegen die Zeitschrift „konkret“ eine einstweilige Verfügung ein („FR“, 1.8.70). Dieser Verdacht dürfte sich nach den jüngsten Informationen nur erhärten.

So hatte der Pharma-Konzern Merck in Darmstadt, dessen 100 prozentige Tochter die Schuchardt GmbH ist, 1975 (!) für den Kampfstoff Soman ein Gegengift patentieren lassen!

Anlaßlich des 100jährigen Bestehens des Unternehmens (1966) konnten in einer Jubiläumsausgabe die Geschäftsverbindungen der Firma nachgelesen werden. Sie unterhält neben einer Vertriebsgesellschaft in Spanien in England die „Johnson, Matthey & Co Ltd., London“ und produziert zu 50 % für den Export. Aber nicht nur Nervengase hat man

zu bieten. Nach einer internationalen Übereinkunft, die Anfang der 60er Jahre abgeschlossen wurde, liefert die Schuchardt GmbH auch radioaktive Substanzen. In der Jubiläumsausgabe heißt es: „Auf Grund dieser Zusammenarbeit ist Schuchardt in der Lage, das für die Biochemie und klinische Pharmazie so bedeutsame Potential radioaktiver Verbindungen aus dem kombinierten Herstellungsprogramm der C.E.A. [à l'Energie Atomique, Centre d'Etudes Nucléaires de Saclay] sowie der assoziierten Organisationen Centre d'Etudes de l'Energie Nucléaire, C.E.N., Mol-Donk [Belgien], sowie der Società Eicerche Impianti Nucleari, Sorin [Italien], der Forschung in Deutschland zugänglich zu machen.“

### Die Ferak o.H.G. in Berlin

Die Firma Ferak in Berlin liefert „45.000 Chemicalien vom Gramm bis zur Tonne“ (so der Werbeslogan) und hat neben dem Kampfstoff Tabun die Nervengase Soman, Sarin und das Psychokampfmittel LSD für Forschungsinstitute im Lieferprogramm. Wie leicht Kampfmittel zu beziehen sind, hatte der Chemiker Dr. Jörg Heimbrecht (DKP) in einem fingierten Telefonanruf herausgefunden. Er hatte sich hierbei als Dr. Schwarze, Leiter des Instituts für Aerobiologie in der Grafschaft Sauerland ausgegeben und „seinem“ Duzfreund, dem Betriebsleiter Gründemann, unter anderem erklärt: „Wir bräuchten für unsere Untersuchungen ziemlich dringend Soman“. Gründemann ließ erkennen, daß „alle technischen Möglichkeiten“ zur Produktion von Soman vorhanden seien, jedoch wolle man im Moment wegen der Stoltzenberg-Affäre nicht liefern. Schließlich habe die Bundeswehr über diese Firma „nicht ihre schützende Hand“ gehalten und „Leuschner drehe man jetzt den Hals um“.

Schwarze versuchte daraufhin, die Bedenken mit dem Hinweis, ihr Unternehmen sei „seriöser“ und schließlich habe Leuschner die Sache „mitverschuldet“, zu zerstreuen. Ein erfolgreiches Ankauf konnte nicht erreicht werden, jedoch war Gründemann bereit, wenn über die Sache Gras gewachsen sei — Anfang des nächsten Jahres — erneut in Kontakt zu treten.

Bei dem Gespräch kamen noch interessante Dinge zutage. So hatte eine 25köpfige Untersuchungskommission der Westberliner Behörden den Betrieb nach der Hamburger Giftgasaffäre überprüft („UZ“, 2.11.79 und eigene Aufzeichnungen).

Bei der Kontrolle durch die Behörden dürfte es um die Einhaltung der alliierten Kontrollratsbestimmungen gegangen sein, die eine Kampfgasproduktion und Forschung auf diesem Gebiet in Westberlin generell verbieten. Diese Giftgasfabrik liefert — laut Firmenkatalog — ohne Einschränkung, lediglich Privatpersonen sind ausgenommen, an Forschungseinrichtungen und andere staatliche Stellen. Die tatsächliche Verwendung solcher Kampfstoffe wird offensichtlich nicht kontrolliert.

### Die Phönix in Hamburg

Aufgrund einer von Leuschner im Fernsehen gemachten Aussage, im Hafen seien des öfteren Lost-Fässer gefunden worden („Spiegel“, 24.9.), hatte die DKP an die Gummierwerke Phönix in Hamburg-Harburg eine schriftliche Anfrage gestellt.

In einem Antwortschreiben, das prompt folgte, hatte der Vorstand erklärt, daß die Lost-Fässer nicht im Bereich der Phönix gefunden worden seien. Der Phönix-Vorstand mußte jedoch zugeben, von der Bundeswehr (!) des öfteren „kleinere Mengen 100 bis 250 Gramm“ Giftstoffe erhalten zu haben.

Diese Mengen seien lediglich dazu verwendet worden, um „ABC-beständiges Gewebe mit Lost zu prüfen“. Man muß wissen, daß die Phönix Großlieferant für die Bundeswehr in

Sachen ABC-Schutzausrüstungen ist. Daß diese Argumentation der „Verteidigungsforschung“ kaum aufrecht erhalten werden kann, verdeutlicht auch eine Durchsicht der Literatur der letzten zehn Jahre auf diesem Gebiet. So sind rund 30 wissenschaftliche Veröffentlichungen über Tabun, Sarin, Soman (nur diese Kampfstoffe) von den unterschiedlichsten Forschungsstätten veröffentlicht worden. Neben dem Institut für Aerobiologie, sind in den Universitäten Göttingen, Freiburg, München, Kiel weitere Kampfgasbücher einzusehen.

### Im Fall Stoltzenberg mit Verfassungsklage gedroht!

Während der für die Bundeswehr nicht brauchbare Giftmüll unter Protest der betroffenen Bevölkerung nach Hamburg zurückbeordert wurde, sagten die ersten Behördenvertreter vor dem Stoltzenberg-Untersuchungsausschuß aus.

So hatte der frühere Eimsbütteler Liegenschaftsbeamte, Pyscinski, vor dem Untersuchungsausschuß erklärt, daß der Firma Stoltzenberg wegen finanzieller Schwierigkeiten Anfang der 50er Jahre die Miete für den städtischen Grundstücksstreifen erlassen wurde. Nach den Aufträgen der Bundeswehr liefen bis 1966 die Zahlungen wieder, ehe Stoltzenberg die Pacht erneut storniert wurde („Hamburger Abendblatt“, 26.10.79).

Und der Steller Polizeioberkommissar Nittritz handelte sich von seinem Vorgesetzten eine Rüge ein, nachdem er 1977 zweimal ausführlich in Berichten auf die Mißstände der Firma hinwies.

Auch in der Liste, wonach 13 Betriebe in Hamburg mit „Eigengefährdung“ und 120 als „gefährlich“ eingestuft worden sind, tauchte die Firma Stoltzenberg nicht auf.

Um sich in Zukunft solche und ähnliche Peinlichkeiten zu ersparen, werden die Stellungnahmen zu dem Rabels-Untersuchungsbericht von den Behörden verweigert. In einem Brief hatte Bürgermeister Hans-Ulrich Klose an den Untersuchungsausschuß-Vorsitzenden Weiland (SPD) dies damit begründet, daß die Stellungnahmen der einzelnen Behörden das Staatswohl gefährdeten. Wörtlich: „Dagegen sieht sich der Senat aus Gründen des Staatswohls gegenwärtig nicht in der Lage, die erwähnten Stellungnahmen vorzulegen“.

Die Bedenken des Senats, daß der Aktenherausgabe juristische Bedenken entgegenstehen, will der Ausschußvorsitzende Weiland nicht akzeptieren und droht mit einer Normenkontrollklage vor dem Hamburger Verfassungsgericht! („Hamb. Abendblatt“, 6.11.79).

### Die Stoltzenberg-BI wird bespitzelt

In einem Punkt ist man sich jedoch einig: nämlich dann, wenn es darum geht, die Aktivitäten der Notgemeinschaft in Lurup zu überwachen, die sich aufgrund der Stoltzenberg Ereignisse gegründet hatte, um von den Behörden nicht total verschleiert zu werden. So sitzen bei den BI-Sitzungen im ständigen Wechsel zwei neue Gesichter in der Runde. Und damit niemand das Geheimnis der Zivil-Spitzel enttarnt, ist hier von Seiten der Polizei ein rotierendes System eingeführt worden.

Bürgermeister Hans-Ulrich Klose hatte es gar fertiggebracht, sich im Rundfunk über Postkarten, die ihm zugesandt wurden, zu beschweren. Die Notgemeinschaft hatte diese mit seiner Adresse gedruckt und viel Freiraum für den Wunsch Katalog der Bürger gelassen. Klose meinte, daß dies eine Sauerlei sei, die verboten gehöre. Die Antwort der BI: weitere 1.000 Karten gingen in Druck.

Statt der geforderten Sicherheitsmaßnahmen (Gasmasken etc.) verappelle die Parlamentarier die betroffene Bevölkerung, indem sie vorschlagen, daß vergiftete Stoltzenberg-Gelände mit Hilfe einer Tennis- und Squash-Anlage attraktiver zu gestalten.

AKW-Nein-Kommission



# Betrieb und Gewerkschaft



## 10. Konferenz der IG-Metall-Vertrauensleute

### Loderer will die Konturen noch schärfer ziehen

Unter dem Titel „Gewerkschaftliche Kraft gegen Unternehmermacht“ fand vom 25. - 27.10. in Dortmund die 10. IG-Metall-Vertrauensleutekonferenz statt. Im Mittelpunkt des Eröffnungsreferats des IG-Metall-Vorsitzenden Loderer stand die Vorstandsentscheidung, in diesem Jahr keine Lohnnachschläge zu fordern. Mit den konkreten Problemen der gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb sollten sich die 568 Delegierten und 100 Gastdelegierten in vier Arbeitskreisen befassen. Themen der einzelnen Gruppen waren: „Informationspolitik im Betrieb“; „Abwehr von Rationalisierungserfolgen“; „Gegen die Demontage von Betriebsratsrechten“; und „Vertrauenskörper schaffen Gegenmacht“.

Wie schon gesagt beinhaltet Loderers Einleitungsrede hauptsächlich eine Diffamierung aller Träger und Unterstützer von Lohnnachschlagsforderungen. Insbesondere der Antrag der baden-württembergischen Tarifkommission, das 13. Monatsgehalt zu kündigen, um eine vorzeitige Aufbesserung des Lohnes zu erreichen, wurde von Loderer unter massiven Beschuß genommen.

Er warf ihnen vor, sie hätten die Nachschlagdiskussion „von außen“ in die Gewerkschaft hineinbringen lassen. „Wohl wissend, daß Nachschlagforderungen keine erfolgreiche gewerkschaftspolitische Konzeption sein könnte“, hätte die DKP versucht, „die IG Metall hier in Marsch zu setzen“ („Welt“, 27.10.79).

Damit löste Loderer eine sechs- „die IG Metall hier in Marsch zu setzen“ („Welt“, 27.10.79).

Damit löste Loderer eine sechsstündige heftige Kontroverse zwischen dem Bezirk Stuttgart und dem Vorstand aus. Einer nach dem anderen marschierten die Stuttgarter ans Mikrofon, und kaum einer der 37 Redner – ungefähr ebenso viele standen bei Abbruch der Debatte noch auf der Rednerliste – ließ ein gutes Haar am Vorstand.

Von Glaubwürdigkeitsverlust war die Rede und davon, daß Solidarität auch auf Gegenseitigkeit beruhe. Solidarität könne auch nicht bedeuten, auf Kritik zu verzichten. Zur Richtigstellung wiesen sie darauf hin, daß die Tarifkommission schon im Februar beschlossen hätte, die

Sonderzahlungsverträge zu kündigen, wenn die Prozente nicht mehr stimmten. Außerdem seien die Forderungen nicht von der DKP gekommen, sondern aus den Betrieben. Bitter beklagte sich Loderer über den Ton der zahlreichen Protestschreiben, die der Vorstand nach seinem Ablehnungsbeschuß aus den betroffenen Bezirken erhielt. „Wenn es zur Übung werde, daß Gewerkschafter so miteinander verkehrten, dann hätte jede Solidarität und Kollegialität aufgehört zu existieren“ („FAZ“, 26.10.79). Ein Vertrauensmann dazu spöttisch: „Vielleicht gibt der Vorstand Richtlinien aus, wie in Zukunft Resolutionen an diesen auszusehen haben!“ („Welt“, 27.10.79).

Übrigens nicht dabei war derjenige, um den es indirekt bei der Auseinandersetzung ging. Der Stuttgarter IG-Metall-Bezirksleiter Steinkühler hatte sich rechtzeitig aus dem Staub gemacht. Er zog es vor, beim Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Hua bei Daimler dabeizusein.

In seinem fast einstündigen Schlußbeitrag versuchte Loderer demagogisch die verschiedenen Tarifbezirke gegeneinander auszuspielen. Nach Loderers Worten müsse bei Streiks das Geld der ganzen Organisation eingesetzt werden – deshalb gehe es nicht an, daß ein Bezirk sich anmaße, „Tarifgeschichte zu machen“ und zu sagen, die anderen hinkten nur nach.

In anderen Bezirken hätten die Kollegen ebenfalls mit Preiserhöhungen nach.

In anderen Bezirken hätten die Kollegen ebenfalls mit Preiserhöhungen fertig werden müssen. Man müsse eben lernen, daß es genau so schwierig sei, „einmal im Wartestand zu bleiben wie streiken zu dürfen“. Nach dem Bericht der „FR“ rief dieser (letzte) Unfug Loderers den stärksten Beifall hervor. Wie überhaupt die gesamte bürgerliche Presse mit Zufriedenheit registrierte, daß Loderer den Beifall auf seiner Seite hatte und nicht seine Widersacher – eine Tatsache, die Kenner der innergewerkschaftlichen Meinungsbildung kaum überrascht. Bedingt durch ein gut organisiertes mehrfaches Auswahlverfahren, gelangen kritische oder gar oppositionelle Kollegen nur

in Ausnahmefällen auf solche Gewerkschaftskongresse.

#### Loderer gegen Strauß – oder: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen

Besonders starken Beifall erhielt der IG-Metall-Vorsitzende immer dann, wenn er die „Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft“ durch Strauß und die CSU sowie die provokatorische Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Sozialismus zurückwies. Loderer warf den „Demokraten im Bürgertum“ vor, daß kein Aufschrei des Protestes laut geworden sei, als Strauß seine provokatorischen „Vergleiche“ zog – was nach seiner Meinung von einer „bodenlosen politischen Gleichgültigkeit zeuge.“ Und dann polterte er los: „Das satte Bürgertum schläft und ist feige obendrein“ („FAZ“, 26.10.).

Gut gebrüllt, Löwe! Aber war es nicht auch Loderer selbst, der schließlich mit dafür gesorgt hat, daß dieser „Aufschrei des Protestes“ nicht stattfand. Er war es doch, der kurz nach der Nominierung von Strauß zum Kanzlerkandidaten diesem gegenüber eine Loyalitätserklärung abgab. Und nach der gelungenen Anti-Strauß Ausgabe der Zeitung „Metall“ warnte er vor einer „Dämonisierung“ von Strauß, und die verantwortlichen Redakteure wollten er sich vorknöpfen.

#### Eine neue Offenheit zwischen Spitze und Basis?

Wie ein roter Faden zog sich durch alle Arbeitsgruppen der Konferenz die Erkenntnis, daß sich Vertrauensleute und Betriebsräte nicht durch eine „falsch verstandene Geheimhaltung“ selbst Informations-sperren errichten dürfen.

Ängstlichkeit sei fehl am Platz und Geheimhaltung ein Popanz. Unüberhörbar, wenn auch sehr vorsichtig und unkonkret, wurde hier Kritik und Unzufriedenheit mit sogenannten Berufs- und Geheimbetriebsräten formuliert, insbesondere bezogen auf die Großbetriebe.

Was hier als abschließender Rat ausgegeben wurde, entspricht in etwa dem, was fortschrittliche Gewerkschafter seit Jahren fordern, bzw. (soweit möglich) praktizieren. „Man solle lieber das Risiko einer nicht zu definierenden Grenzüberschreitung eingehen, als sich selbst Fesseln anzulegen“ („FAZ“, 29.10.).

Ähnlich positiv verlief auch die Aussprache über Rechtsfragen. Gefordert wurde die Rückbesinnung auf das Kämpfen, anstatt auf eine „konservative Rechtsprechung“ zu hoffen. Aus eigener Kraft müßten Fakten geschaffen werden, an denen auch ein Arbeitsgericht nicht mehr vorbeikomme.

Soweit so gut! Nur diese gut gemeinten Ratschläge sind erstmal

nichts anderes als Appelle. Daran hat es auch in der Vergangenheit selten gemangelt, schwieriger und komplizierter wurde es immer bei der konkreten Nutzung. Und im konkreten Konfliktfall standen IGM-Vorstand und hauptamtliche Funktionäre noch immer auf Seiten der „Geheimräte“ und nicht auf der der Kritiker.

\*\*\*

Was ist das Fazit dieser 10. Konferenz für Vertrauensleute?

In Zukunft soll das Klima in der IG Metall noch eisiger werden. So wie Loderer mit den Stuttgarter Funktionären abrechnete, sollen alle Kritiker oder nur punktuell Unzufriedene auch auf Gewerkschaftskongressen knallhart runtergemacht werden. Wenn dies jetzt vom IGM-Vorstand als „neue Offenheit in der Auseinandersetzung“ vorgestellt wird, dann ist dies blanke Zynismus.

Genüßlich stellt die großbürgerliche „FAZ“ vom 27.10. dazu fest: „Das war ein anderer Loderer. Er sieht anscheinend ein, daß das Maß an Toleranz und Freundlichkeit auch gegenüber Widersachern in der Organisation zu groß gewesen ist. Diese Zeit könnte nun zu Ende sein.“

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



### Gewerkschaftsausschluß jetzt auch bei „Zusammenarbeit mit Verfassungsfeinden“?!

Gewerkschaftsausschlüsse gehören für viele Gewerkschaftler heute schon zum normalen Gewerkschaftsalltag. Es gibt eben Unvereinbarkeitsbeschlüsse, danach wird verfahren, und ob man nun dafür oder dagegen ist, da kommt man nicht gegen an.

Nun geht zumindest die ÖTV aber dazu über, nicht nur „die Tätigkeit für oder die Unterstützung von links-extremen Parteien, Vereinigungen oder Gruppierungen“ (Unvereinbarkeitsbeschlüsse) als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zu erklären, sondern alles was nicht mit Kollege Kluncker konform geht und dies auch äußert, herauszusüßern.

Am Allgemeinen Krankenhaus in Hamburg-Altona laufen jetzt insgesamt sechs Ausschlußverfahren gegen ÖTV-Mitglieder.

„Ihnen wird vorgeworfen, daß Sie sich gemeinsam mit anderen, wie (...) in einer sogen. Kollegengruppe zusammengeschlossen haben und gegen die gewählten Vertrauensleute der Betriebsgruppe des Allgemeinen Krankenhauses Hamburg-Altona, die gewählten Mitglieder des Bezirksvorstandes und nicht zuletzt gegen den ÖTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker oppositionelle Politik betreiben. Diese oppositionelle Gruppe, mit der Sie zusammenarbeiten, gibt eine Zeitschrift „Altonaer Eingriff“ heraus, in der ständig wahrheitswidrig gegen ÖTV-Funktionäre polemisiert wird. Dieses Blatt verbreitet Lügen und Tatsachenverfälschungen und schadet damit dem Ansehen der Gewerkschaft ÖTV. Auffällig ist da-

bei, daß stets Artikel gleicher Tendenz im Blatt „Kämpfende Station“ der KPD/ML erscheinen.

Darüberhinaus haben Sie gemeinsam mit (...) im „Altonaer Eingriff“ Nr. 8 eine Erklärung verbreitet, in der Sie die Beschlüsse der Organe der ÖTV angreifen und deutlich machen, daß Sie § 4 Abs. 6 der ÖTV-Satzung für sich offensichtlich nicht als bindend anerkennen.“ (In dem Artikel hatten die beiden Kolleginnen gegen drei Gewerkschaftsausschlüsse protestiert, die während der Personalratswahl mit der Begründung „Verstoß gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ am AK Altona eingeleitet worden waren – Anm. AK). „Da Sie mit Kräften zusammenarbeiten (!), die die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bekämpfen und beseitigen wollen, können Sie nicht mehr Mitglied der Gewerkschaft der ÖTV sein. Aus diesem Grunde war der Bezirksvorstand gezwungen, gegen Sie ein Ausschlußverfahren einzuleiten.“ (Zitiert aus dem gleichlautenden Schreiben des Hamburger ÖTV-Sekretärs Schnelle an zwei Kolleginnen).

Das Gemeinsame an den Vorwürfen der ÖTV-Leitung ist, daß sie sich bewußt nicht auf konkrete Äußerungen im „Altonaer Eingriff“ oder auf persönlich vertretene Positionen von den Betroffenen beziehen und sich damit auseinandersetzen, sondern einfach behaupten, die sechs Kollegen würden die „gewählten Vertreter unserer Gewerkschaft verun-

glimpfen“. Durch welche Worte und konkreten Aussagen dies geschehen sein soll, wird nicht nachgewiesen. Es wird lediglich unterstellt, alle sechs würden sich „gewerkschaftsschädigend und satzungswidrig“ verhalten und „Gegner der Demokratie“ sein, (ÖTV Satzung § 6 Abs. 1 bzw. § 4 Abs. 2).

Das Trennende an den Angriffen, wahrscheinlich um die sechs zu spalten, ist, daß die ÖTV-Leitung drei Kollegen unterstellt, nicht auf dem Boden der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ zu stehen: drei anderen dagegen ankreidet, mit solchen Menschen zusammenzuarbeiten.

Gab es noch bei Verabschiedung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse Kollegen, die im Zweifel waren, ob es nicht darum gehe, die Gegner der Demokratie auszuschließen, muß man nun doch zu dem Schluß kommen, daß die innergewerkschaftliche Demokratie ausgeschlossen werden soll.

Nur kein Andersdenkender in den eigenen Reihen, am liebsten zahlende Kartelleichen, Grabesruhe an der Basis.

Denn was haben die vom Ausschluß Bedrohten verbrochen? Sie haben sich in einer Kollegengruppe getroffen, die jedem zugänglich war. Sie haben eine von der ÖTV nicht zensierte Zeitung herausgegeben, die zwar im wesentlichen die Zustände im Hamburger Gesundheitswesen anprangerte und die Kollegen zum Widerstand gegen Rationalisierungen und Arbeitsüberlastung aufforderte,

die aber auch die gewählten ÖTV-Funktionäre angriff, wo diese selbst die Probleme nicht ansprachen, ihre Funktion nicht wahrnahmen oder an undemokratischen Mauseheilen beteiligt waren. Wichtigstes Beispiel dafür: die Aufstellung der ÖTV-Kandidatenliste zur Personalratswahl im Frühjahr dieses Jahres am AKA. Da die Gewerkschaften bei der PR-Wahl laut Personalvertretungsgesetz besondere Privilegien genießen, insbesondere bei der Aufstellung von Kandidatenlisten, sollte man schon erwarten, daß sie dies als Verpflichtung zu besonders korrektem und offenem Vorgehen auffassen.

Das Gegenteil war der Fall. Mitten in der Diskussion um die Kandidatenaufstellung wurden die ersten drei Ausschlußanträge gestellt. Für zwei der Betroffenen war damit eine Kandidatur als ÖTVler unmöglich gemacht. Alle unbekannten Kandidaten wagte man so allerdings nicht auszuschalten, da diese sich dann wohl zusammengetan hätten und eine sogenannte alternative Liste zur Wahl gestellt hätten.

Nur diesen taktischen Erwägungen verdanken die beiden Kolleginnen, die jetzt ausgeschlossen werden sollen, wohl ihre Kandidatur auf der ÖTV-Kandidatenliste. Daß sie dann bei der Wahl die meisten und die viertmeisten Stimmen erhielten, damit hatte man wohl nicht gerechnet. Vielmehr hatte man gehofft, daß sie nicht genügend Stimmen erhalten würden und das Problem der „Unbequemten“ im Personalrat sich von selbst lösen würde.

Nun sollen die beiden und der Presserechtlich-Verantwortliche der Kollegenzeitung „Altonaer Eingriff“ doch ausgeschlossen werden; denn die ständige Forderung nach einer Betriebsgruppe, nach betrieblichen Arbeitskreisen, die die Arbeitsbedingungen untersuchen sollen etc. scheinen nicht ins Konzept zu passen.

Hinzu kommt, daß alle Betroffenen Kernenergiegegner sind. Das ist unbequem, denn die ÖTV-Oberen haben sich festgelegt, müssen über die Köpfe der Basis hinweg ihr Votum für die Kernenergie abgeben, da soll die Basis wenigstens ruhig sein.

Die vom Ausschluß Bedrohten brauchen nun Unterstützung. Will man die Gewerkschaft noch länger als Organisation der Arbeitnehmer begreifen, in der die dort Organisierten nicht nur zahlen, um die Funktionäre zu finanzieren, sondern mit der sie ihre gleichen Probleme am Arbeitsplatz artikulieren und vertreten können und in der sie auch eine Auseinandersetzung um die richtigen Auffassungen führen können, muß man wohl gegen offen und demokratisches Vorgehen einen Druck der Öffentlichkeit herstellen.

Hier geht es um eine der größten Organisationen der Bundesrepublik, deren Abgleiten in einen funktionärshierarchischen Verein nicht zugelassen werden darf.

Kolleg(inn)en aus dem Hamburger Gesundheitswesen



Pressemitteilung  
Frankfurt, den 5.11.79

## Erneute Niederlage des ÖTV-Hauptvorstandes gegen die Vertrauensleute der Deutschen Bibliothek

In der Auseinandersetzung zwischen Vertrauensleuten der Deutschen Bibliothek und dem ÖTV-Kreisvorstand Frankfurt bzw. dem ÖTV-Hauptvorstand ist bezüglich des vereinsrechtlichen Gerichtsstandes eine definitive Entscheidung gefallen.

Die im Dezember 1978 gewählten 7 Vertrauensleute sollen, nachdem sie bereits im Januar 1979 Funktionsverbot erhalten haben, aus der ÖTV ausgeschlossen werden, weil sie im Auftrag und im Namen der „ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek“ einen Leserbrief an die Frankfurter Rundschau und eine Petition an ein Verwaltungsratsmitglied der Deutschen Bibliothek geschrieben hatten, diesem „unrechtmäßig“ Tun nicht abschwören wollten, und die Betriebsgruppe und die Vertrauensleute den seit Jahren schwelenden Konflikt in zwei Dokumentationen veröffentlichten.

Verständlich, daß der ÖTV-Apparat die Verbreitung dieser Dokumentationen um jeden Preis verhindern möchte, machen sie doch die nahezu völlige Rechtlosigkeit der Mitglieder und der von ihnen gewählten Vertrauensleute nur allzu offenkundig. Ein solcher Gebrauch des Grundrechtes auf Meinungsfreiheit verletzt die Treuepflicht und schwäche die Einheit und Kampfkraft der ÖTV – so die Funktionäre.

Die ÖTV-Satzung bestätigt dies zwar keineswegs, aber Papier ist bekanntlich geduldig und so wird die Satzung je nach Bedarf von ihren vermeintlichen Schützern entsprechend interpretiert.

Der ÖTV-Hauptvorstand sah – sich offensichtlich seiner schwachen Position in der verbandlichen Auseinandersetzung bewußt – das Namensrecht der ÖTV durch die suspendierten Vertrauensleute verletzt, da sie ihre Dokumentation als „Die nicht beständigen und vom Ausschuß bedrohten Vertrauensleute der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek“ herausgegeben hatten.

Gleichwohl er diese biographi-

schen Fakten selbst geschaffen hatte, fühlte der ÖTV-Apparat sich durch diese „Negativwerbung“ geschädigt, da die Formulierung mit der Gewerkschaft ÖTV zu verwechseln sei. Somit dürfte sich ein Mitglied während eines Ausschußverfahrens nicht mehr zu seiner Gewerkschaft bekennen.

Dies und der Vertriebsbesagter Broschüre sollte den Vertrauensleuten der Deutschen Bibliothek am vereinsrechtlichen Gerichtsstand der ÖTV (Stuttgart) unterstellt werden. Dieser Logik vermochten die Gerichte jedoch nicht zu folgen.

Das Oberlandesgericht Stuttgart hat am 24. Oktober 1979 die Berufung des ÖTV-Hauptvorstandes gegen das Urteil des Landgerichts Stuttgart zurückgewiesen. Somit ist sein Versuch, mit Hilfe einer Unterlassungsklage die Verbreitung der von der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek herausgegebenen Dokumentation sowie den dazugehörigen „Nachtrag“ der Vertrauensleute verbieten zu lassen, auf diesem Wege endgültig gescheitert. Dem vom ÖTV-Hauptvorstand gestellten Antrag auf Revisionszulassung hat das Oberlandesgericht Stuttgart ebenfalls nicht entsprochen. Die Kosten des Rechtsstreits trägt der ÖTV-Hauptvorstand (d.h. letzten Endes leider die Mitgliedschaft).

Will der ÖTV-Hauptvorstand weiterhin die Wahrung seiner vermeintlichen Interessen prozessual verfolgen, müßte er sich zum Gerichtsstand der Vertrauensleute (Frankfurt) bemühen. Damit begäbe er sich allerdings gerade auch in Hinblick auf die verbandliche Differenz in eine noch blamablere Sackgasse.

Den vom ÖTV-Hauptvorstand geforderten Gerichtsstand Stuttgart lehnte das Oberlandesgericht mit der Begründung ab, daß die gewählten Vertrauensleute gegenüber der ÖTV keinerlei Pflichten aufgrund des gegen sie laufenden Ausschußverfahrens haben. Somit komme der blossen Mitgliedschaft ohne Rechte und

Pflichten die Stellung eines Nichtmitglieds gleich.

„Nach Sinn und Zweck dieser Bestimmung (§ 6 Nr. 7 ÖTV-Satzung) muß es die Klägerin hinnehmen, daß ein Mitglied, das auf diese Weise an der Wahrnehmung sämtlicher Mitgliedsrechte gehindert ist, auch seinen Pflichten gegenüber der Klägerin nicht mehr nachzukommen braucht.“

Damit ist ein Präzedenzfall geschaffen. In Zukunft kann der ÖTV-Hauptvorstand nur noch gegen vom Ausschuß bedrohte Mitglieder in Stuttgart klagen, wenn er ihnen eine unerlaubte Handlung im Landgerichtsbezirk Stuttgart nachweisen kann. In allen anderen Fällen wird sich der ÖTV-Hauptvorstand künftig schon an den allgemeinen Gerichtsstand der von ihm Beklagten bemühen müssen.

Eine solch unerlaubte Handlung hatte der ÖTV-Anwalt im vorliegenden Fall mit Hilfe einer Angestellten seiner Kanzlei und seines Nachbarn zu konstruieren versucht, indem er durch diese die besagte Dokumentation bestellen ließ. Daraufhin lehnte das Oberlandesgericht eine vom ÖTV-Anwalt geforderte Parteivernehmung der Vertrauensleute als nicht zulässige Ausforschung strikt ab, so daß der ÖTV-Hauptvorstand den Beweis für seine Behauptung, die Vertrauensleute hätten im Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart die Broschüre vertrieben, wie erwartet schuldig blieb.

Dies Beispiel macht deutlich, mit welcher üblen Methoden der ÖTV-Apparat gegen unliebsame Kritiker vorgeht. Ebenso klar erkennbar ist das Ziel des ÖTV-Apparates in diesem Streit um mehr Mitgliedsrechte: Ausschuß der aktivsten Mitglieder einer Betriebsgruppe und ihre materielle Bestrafung durch langwierige und kostspielige Gerichtsverfahren, um mit diesen massiven Einschüchterungsversuchen die übrigen zum Schweigen zu bringen. Ganz offensichtlich will die ÖTV-Bürokratie an der ÖTV-Betriebsgruppe Deut-

sche Bibliothek mit allen Mitteln ein Exempel statuieren, um künftig andere Betriebsgruppen davon abzuhalten, ebenfalls mehr Demokratie zu wagen.

Sie weiß nämlich um die Signalwirkung der Forderung nach uneingeschränkter Artikulationsmöglichkeit durch Betriebsgruppen und Vertrauensleute, wie die inzwischen bundesweite Diskussion des skandalösen Vorgehens des ÖTV-Apparates gegen die Vertrauensleute der Deutschen Bibliothek zeigt.

Eine Entscheidung über den Ausschußantrag des Kreisvorstandes Frankfurt gegen die gewählten Vertrauensleute hat der ÖTV-Hauptvorstand nach nunmehr über 9 Monaten immer noch nicht gefällt. Ganz offensichtlich wollte er für ihn günstige Gerichtsurteile abwarten, um diese als Alibi gegenüber der aufgebrachten Mitgliedschaft benutzen zu können, und will er weiterhin den Widerstand der Vertrauensleute zermürben, um sie zu einem Kniefall zu bewegen.

Denn der ÖTV-Hauptvorstand weiß genau, daß ein Ausschuß einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten kann, da der Wahrheitsgehalt seiner Begründung minimal ist und nicht einmal Anlaß zu einer Maßregelung geben dürfte. Daran hat jetzt auch der Anwalt der Vertrauensleute der Deutschen Bibliothek in einem Schreiben an den ÖTV-Hauptvorstand keinen Zweifel gelassen.

Derweil schrumpft die Betriebsgruppe zusehends durch den Austritt empörter Mitglieder zur großen Freude der DAG und der Arbeitgeber. Es muß inzwischen befürchtet werden, daß selbst bei einer Zurückweisung des Ausschußantrags die meisten Kolleginnen und Kollegen die ihnen zugefügte Schmach für eine seit Jahren als beispielhaft geltende Gewerkschaftsarbeit mit ihrer Austrittserklärung quittieren werden.

6 nicht beständige und vom Ausschuß bedrohte Vertrauensleute der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek

## ÖTV klagt gegen 5.000 Kollegen

Mit einer Radikalkur geht die ÖTV-Führung gegen einen beachtlichen Teil ihrer Mitglieder vor. Nach der ÖTV-Satzung muß ein Mitglied ein Prozent seines Bruttogehalts als Gewerkschaftsbeitrag monatlich zahlen. Viele zahlen jedoch weniger oder noch die gleichen Beträge wie vor Jahren, obwohl sich inzwischen das Bruttogehalt (!) erhöht hat. Da für die Kolleg(innen) das Bruttogehalt jedoch nicht das reale Einkommen ist, werden von ihnen Beitragserhöhungen selten gemacht. Hinzu kommt, daß die Notwendigkeit von Beitragserhöhungen, angesichts weniger Streiks im ÖTV-Bereich, vielen Organisierten nicht einleuchten kann.

Im ÖTV-Geschäftsbericht heißt es dazu, daß der Organisation durch mangelnde Zahlungen „Verluste in Millionenhöhe“ (FR, 20.10.79) entstünden. Gegen „säumige Zahler“ klagt jetzt die ÖTV, 5000 Klagen sind gegenwärtig beim Amtsgericht Stuttgart anhängig. Im September waren 10 Zivilrichter mit über 800 Klagen beschäftigt (nach: „Hamburger Abendblatt“ 20.10.).

Dabei geht es häufig lediglich um Kleinbeträge, in einem Fall hat ein Kollege nur 25 DM insgesamt zu wenig gezahlt.

Inzwischen hat sich die ÖTV-Führung die neuesten Technologien zunutze gemacht: Zukünftig wollen sie per Computer nach einer Tarifierhöhung automatisch (!) mehr Beitrag abbuchen. Diese Art der „gewerkschaftlichen Überzeugungsarbeit“ hat bei vielen Organisierten große Empörung hervorgerufen – wegen dieser Radikalkur sollen bereits 4 Prozent die ÖTV verlassen haben (nach „Hamburger Abendblatt“).

Sicherlich ist dies keine besondere Eigenart der ÖTV, auch wenn von der IG Metall zu hören ist, daß sie das gerichtliche Vorgehen für „Nonsens“ (FR, 20.10.) hält. Doch aktuell ist es notwendig, in der ÖTV diese Methoden breit zu verurteilen. ÖTV-Kommission

## IG Chemie-Vorsitzender Hauenschild: DKP-Kollegen sind „Brav und fleißig“

Unter der Überschrift „SED sorgt sich um Kommunisten im DGB“, berichtete die „Süddeutsche Zeitung“ von einem Besuch einer Gewerkschaftsdelegation des DGB unter Führung von Karl Hauenschild in Berlin/DDR beim FDGB.

FDGB-Vorsitzender Harry Tisch soll sich besorgt erkundigt haben, ob der DGB sich von der DKP unterwandert fühle und ob er darob etwa den Einfluß kommunistischer Funktionäre beschneiden wolle.

Grundsätzlich beruhigte ihn Hauenschild erst einmal: „Gruppierungen wie die DKP, die bei allgemeinen Wahlen nur wenige Stimmen bekommen, versuchen stattdessen in Massenorganisationen wie den Gewerkschaften, Einfluß zu gewinnen. Dem sollte man nicht administrativ,

sondern argumentativ begegnen.“ „Die Mehrzahl unserer Funktionäre, die DKP-Mitglieder sind, sind sehr brave, fleißige und solidarische Kollegen“, meinte der IG Chemie-Vorsitzende weiter.

Das Verhalten einiger DKP-Funktionäre jedoch sei besonders in Tarifauseinandersetzungen „nicht sehr mannschaftsdienlich.“ „Unnötige Schwierigkeiten“ machen diese Funktionäre, indem sie oft die Ergebnisse von Verhandlungen an „ihren überzogenen Forderungen“ messen würden. Außerdem hätte sich die SDAJ (Jugendorganisation der DKP) „kurzlich zum ersten Mal (!) an einer Aktion beteiligt, die gegen den DGB gerichtet gewesen sei“. Das sei bedenklich. (Gemeint ist offenbar die Veranstaltung in der Essener Gruga-

Halle zum Antikriegstag, auf der Vetter auftrat und vom gesamten Saal ausgebuht wurde).

Vermutlich hat Hauenschild diese Dinge nicht unsonst angesprochen, sondern baut darauf, daß die DKP vom „großen Bruder“ ins Gebot genommen wird.

Wenn man sich ansieht, wie massiv die DKP trotz obigen Lobes (?) insbesondere auf dem Gebiet der Jugendarbeit und der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit im DGB angegriffen wird, wäre sie verrückt, wenn sie sich diese Kritiken von Hauenschild auch noch gefallen ließe. (Zitate nach „SZ“ vom 27.10.79 und „Neue“ 31.10.79).

Chemiekommission  
KB/Gruppe Hamburg

## Krankenhausleitung will ÖTV-Arbeit einschränken

Nach der Kampagne, die die ÖTV im Juni unter dem Motto „Humanere Krankenpflege“ gestartet hatte, schlugen die Katholen zu. Die Anstaltsleitung der „Barmherzigen Schwestern von der Heiligen Elisabeth“ zu Essen will einen Arzt entlassen, weil er ein Plakat „Mehr Zeit für unsere Patienten“ im Haus aufgehängt hat. Zuerst hatte die Direktion, verschreckt durch die gewerkschaftlichen Aktivitäten, sich unter den 600 Beschäftigten einen Arzt herausgegriffen, der als ÖTV-Mitglied bekannt ist. Er sollte vor dem Arbeitsgericht Essen Auskunft darüber geben, „ob er Informationsmaterial der ÖTV ausgelegt hat / oder ausgehängt hat“ und warum er die Verwaltung nicht vorher davon unterrichtet habe“ („FR“, 1.11.). Doch das Arbeitsgericht entschied, „daß ein Arbeitgeber so etwas nicht verlangen könne“ (!) (ebd.). Unbeirrt von dieser Niederlage forderte die „barmherzige“ Krankenhausleitung den Arzt ultimativ auf, die Fragen bis Ende Oktober zu beantworten. Zusätzlich wollte die Direktion wissen, „welche Personen Sie bei dieser Aktion begleitet haben oder anwesend waren“ („FR“, 1.11.). Der Arzt antwortete nicht, sondern erhob stattdessen Klage gegen die angeordnete Kündigung.

Gesundheitskommission

## Pätzold raus aus der ÖTV

Auf der Funktionärskonferenz in Westberlin haben mehrere der 700 Teilnehmer die Zustände in den Bereichen Kindertagesstätten, Gesundheitswesen und Stadtreinigung heftig angegriffen.

Ein Vertrauensmann berichtete: „Der Personalschlüssel für die Kindertagesstätten ist zu klein. Täglich kommt es zu Gruppenzusammenlegungen. 25 dreijährige Kinder drängen sich in einem 30-Quadratmeter großen Raum. Praktikanten würden wie vollausgebildete Kräfte eingesetzt.“

Die Erzieher könnten keine Fortbildungsveranstaltungen besuchen, weil keine Ersatzkräfte vorhanden sind. Die Kindertagesstätten seien überbelegt. Auf den Voranmeldungslisten in ganz Westberlin stehen derzeit 23.800 Kinder, die keinen Platz in einer Tagesstätte finden. Zehn bis 14-jährigen wurden die Hortplätze einfach gekündigt, um Plätze für jüngere freizumachen.

Besondere Probleme bestünden in einigen Tagesstätten mit hohem Ausländeranteil (bis zu 80 Prozent Ausländerkinder)“ (Die Neue, 6.11.).

Eine Personalratsvorsitzende berichtete aus dem Krankenhausbereich, daß Arzthelferinnen ohne Ausbildung Venenspritzen gäben. „Auf der Station für Querschnittsgelähmte im Mehringkrankenhaus

gebe es 26 Planstellen, von denen nur 14 besetzt seien“ (ebd.) usw.

Offene Angriffe auf die Personalratsarbeit laufen bei der Berliner Stadtreinigung. Nach Angaben des Vorsitzenden des Gesamtpersonalrats ist einem Staatsanwalt mitgeteilt worden, „der Gesamtpersonalrat habe Schlägertrupps gebildet, um sie gegen unliebsame Leute einzusetzen. Zwei Personalratsmitglieder wurden fristlos gekündigt, gegen zwei weitere laufen Ordnungsverfahren“ (ebd.).

Während dieser Diskussion erfuhren die Konferenzteilnehmer, daß der verantwortliche Senator Pätzold (natürlich SPD-Mitglied) ebenfalls ÖTV-Mitglied ist. Daraufhin wurde gleich ein Antrag auf Ausschuß des Senators eingebracht, der aber erst auf Drängen vom örtlichen ÖTV-Vorsitzenden Hackbarth bekanntgegeben wurde. Der Antrag hätte sicherlich eine überwältigende Mehrheit bekommen, wurde aber aus formellen Gründen (laut Satzung ist die Funktionärskonferenz zu solchen Beschlüssen nicht berechtigt) abgescmettert. Inzwischen laufen Unterschriftensammlungen, um Pätzold aus der ÖTV auszuschließen.

Aus Protest gegen die Zustände in den oben genannten Bereichen hat der ÖTV-Landesvorsitzende unter dem Beifall der Anwesenden eine Demonstration angekündigt. Da



Patienten und Personal werden sich gemeinsam in Zukunft dagegen zu wehren wissen!



darf man gespannt sein und muß gegebenenfalls auch noch nachhelfen. Denn die Zustände schreien spätestens seit den „Spar“-Beschlüssen von 1977 zum Himmel und haben sich Anfang dieses Jahres noch verschärft. Im Frühjahr 1979 hatte die Westberliner ÖTV-Führung es allerdings abgelehnt, Kampfmaßnahmen

zu organisieren – es war Wahlkampfzeit. Und als die Kolleg(innen) im Gesundheitswesen selbst Schritte unternahmen und schließlich eine Demonstration organisierten, wurden sie von ihren ÖTV-„Vertretern“ diffamiert und behindert.

Gesundheitskommission



# Hamburg: Auseinandersetzung mit der „RGO“ bei Still

Der folgende Artikel der „RGO“-Gruppe Still bezieht sich auf meinen Artikel im AK 163, S. 25: „Spontaner Streik bei Still“. Im ersten Teil dieses Artikels wird der Ablauf des Streiks geschildert, im zweiten Teil wird ein Problem angerissen, vor dem viele fortschrittliche Kollegen jetzt stehen: Rechte Betriebsräte und Vertrauensleute nehmen die sektiererische Politik der „RGO“ zum Anlaß, um eine Hetzkampagne gegen die Linken zu initiieren. Ich bin mir ehrlich gesagt sehr unsicher, wie ich mich in solchen Situationen verhalten soll und auch jedesmal, wenn ein Flugblatt der „RGO“ oder der „Rote Stapler“ (KPD/ML-Betriebszeitung) erscheint, frag ich mich, wie ich mich in Diskussionen mit Kollegen darüber verhalten soll. Im folgenden werde ich erst zum Leserbrief Stellung nehmen und danach auf die von den Rechten verursachten Schwierigkeiten der Linken bei uns eingehen, bei denen die „RGO“ eine wichtige Rolle spielt. Ich würde mich freuen, wenn auch andere Genossen und AK-Leser einmal berichten, wie sie sich in solchen Fällen verhalten, bzw. sich ein richtiges Verhalten vorstellen.

## Leserbrief der RGO-Betriebsgruppe Still

In einem Artikel im Arbeiterkampf Anfang Oktober über den Streik von 400 Still-Kollegen diffamiert ihr, auf der gleichen Ebene wie rechte IGM-Funktionäre die RGO-Gruppe Still.

1) Ihr behauptet, die RGO und die KPD/ML seien identisch. Nach §3,1 unserer Satzung, die Euch bekannt sein dürfte, heißt es: „Mitglied der RGO kann, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung jeder Arbeiter, Lehrling, Angestellte und Beamte werden, der der Satzung der RGO anerkennt.“ Auf dieser Grundlage arbeiten auch Anhänger der KPD/ML in der RGO. Von einer Identität zwischen KPD/ML und RGO kann

allerdings keine Rede sein.

2) Ihr behauptet, wir hätten durch unser Flugblatt eine geheimehaltene Sache verraten. Wir wollten uns „wieder mal mit fremden Federn schmücken“.

— Hättet ihr das Flugblatt im Arbeiterkampf abgedruckt, hätte jeder sehen können, daß da nichts „verraten“ wurde.

3) Vollkommen lächerlich ist der Vorwurf, die Rechten und auch die schwankenden Kollegen hätten jetzt eine Ausrede; eine solche Argumentation führt zur völligen Passivität oppositioneller und linker Kollegen, um nur ja den Rechten keinen Anlaß zur Kritik zu bieten.

Ehrlicherweise hättet ihr dann auch berichten sollen, daß in der Abteilung, in der euer „Genosse von Still“ arbeitet, ähnliche Äußerungen laut wurden. („Dem Roten laufen wir nicht hinterher“)

Statt, wie die Rechten, alle Fehler an diesem Streik der RGO in die Schuhe zu schieben, sollten alle fortschrittlichen Gewerkschaftler gemeinsam den Streik verteidigen, die Fehler analysieren, um so die Angriffe der Rechten abzuschlagen und die gewerkschaftliche Arbeit bei Still voranzubringen.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung der RGO-Gruppe Still am 15. Oktober 1979.

Mit kollegialem Gruß  
RGO-Gruppe Still

## Zum Leserbrief der „RGO“

Zu 1): Den Hinweis auf die Satzung nehme ich gern zur Kenntnis, ich habe auch nie bestritten, daß ihr nahezu jeden in Euren Verein aufnehmen würdet. Faktisch sieht es aber doch so aus, daß außer MLern fast keiner für ein solches Unternehmen zu gewinnen ist.

Zu 2): Auch wenn ich es in meinem Artikel nicht so deutlich geschrieben habe: das, was ihr getan habt, ist ganz objektiv ein Verrat. Die geplante Aktion sollte auf Beschluß der Vertrauensleute geheimgehalten werden, um zu verhindern, daß Meister und Vorarbeiter die Kol-

legen durch vorherige Einschüchterung vom Streik abhalten. Ihr habt gegen diesen Euch bekannten Beschluß verstoßen und die Aktion am Morgen vorher in Eurem Flugblatt angekündigt. Anders lassen sich die Worte: „Nachschlag ist fällig! Heute! ... Heute kommt der Vorstandsvorsitzende Dr. Meinhardt! Bereiten wir ihm einen gebührenden Empfang!“ beim besten Willen nicht deuten.

Man kann natürlich geteilter Meinung darüber sein, ob eine geheime Streikvorbereitung der beste Weg war. Wenn ihr anderer Meinung seid, hättet ihr das vorher ansprechen können. Ihr habt es nicht getan. Es ging Euch also nicht darum, daß überhaupt ein Mobilisierungsflugblatt erscheint, etwa in Form eines VK-Mitteilungsblattes, sondern ihr wolltet ein eigenes machen. In Eurem Flugblatt ist aber nichts eigenes, kein oppositionelles Wort, keine Kritik am VK, kein neues Argument, nur ein Abklatsch der Argumentation, die schon wochenlang vom VK kam. Dazu dann noch Euer Firmenzeichen und die Aufforderung zur Aktion. Die Aktion wurde monatelang von allen fortschrittlichen Kollegen gemeinsam vorbereitet. Euer Anteil daran war so groß wie der des kleinen Zeh beim Fußballspiel. Was bedeutet dann so ein Flugblatt anderes, als daß ihr Euch mit fremden Federn schmückt?!

Zu 3): Euer Flugblatt war nicht dazu geeignet, zusätzlich Kollegen zum Streik zu mobilisieren, es hat auch keine neuen Aspekte in den Kampf getragen. Es dient nur dazu, Euren Laden in den Vordergrund zu spielen. Andererseits hat es dem Kampf und den Linken sehr geschadet. Es hat Kollegen von der Teilnahme am Streik abgehalten und diene den Rechten als Munition. Als Munition nicht nur gegen Euch, sondern gegen alle Linken. Aber das scheint Euch ja nicht zu interessieren.

Wenn ihr im Schlußsatz Eures Leserbriefes schon so schön von „Fehler analysieren“ redet, dann fangt doch bitte bei Euch selbst an. Ansonsten scheint mir eine Zusammenarbeit mit Euch in Zukunft nicht mehr möglich.

gabe von Gründen von seinem Amt suspendiert wird ... und er noch nicht einmal Gelegenheit erhält, dazu Stellung zu nehmen ...

Im vergangenen Jahr sind eine Reihe von innerorganisatorischen Problemen in der DGB-Jugend deutlich geworden. Diese Probleme können und müssen angepackt werden. Wir dürfen uns jedoch gerade in der gegenwärtigen politischen Situation, angesichts der ungeheuren Angriffe der Unternehmer und ihrer Freunde nicht auf uns selbst konzentrieren“ (alle Zitate aus dem Geschäftsbericht).

In diesen Kreisen sind das bislang nicht gekannte Töne. Wir wollen die Auseinandersetzung auf der Kreisjugendkonferenz im folgenden entlang einiger zentraler Themen verdeutlichen.

## Bundestagswahlen

„Der Wahlkampf für die bevorstehenden Bundestagswahlen hat schon lange begonnen ... Die Kandidatur von F.J. Strauß hat dazu geführt, daß diese Wahl mehr denn je den Charakter einer Personenwahl erhält... Unter der Regierung der sozialliberalen Koalition hat sich das politische Klima der vergangenen Jahre immer mehr nach rechts entwickelt... In der öffentlichen Meinung wird versucht, ein Klima zu schaffen, daß den Ruf nach einem starken Mann begünstigt... Nicht umsonst wird versucht, die Gewerkschaften zur Loyalität gegenüber den bestehenden Verhältnissen zu zwingen. Nicht umsonst versucht man, mit dem Schlagwort „Kommunisten unterwandern Gewerkschaften“ die Einheitsgewerkschaft zu zerschlagen ...

Es gibt für uns keine Alternative Schmidt oder Strauß. Es gibt für uns nicht die Alternative des kleineren Übels.“

Alle Zitate sind aus der Entschließung des KJA zu den Bundestagswahlen. Auf der Kreisjugendkonferenz gab es, wie sich leicht denken läßt, insbesondere um die letzten Sätze eine harte Auseinandersetzung, die dazu führte, daß die Sätze gestrichen wurden.

Hans Saalfeld, Landesbezirksvorsitzender des DGB Hamburg, der bis zu dem Zeitpunkt nur sehr blaß in Er-

scheinung getreten war, legte sich in dieser Frage ordentlich ins Zeug: Es gebe keine andere Möglichkeit als Schmidt, die Alternative stehe nun einmal so, außerdem könne man die Frage der SPD nicht mit so einem lapidaren Satz abtun, das Problem sei wesentlich komplizierter. Im kommenden Wahlkampf werde es darauf ankommen, die beiden Pole kräftig aufeinanderknallen zu lassen. — Im Sinne Saalfelds gab es noch eine Reihe von Redebeiträgen, die meinten, es könne nicht angehen, daß man denjenigen, die gegen Strauß, aber für Schmidt seien, vor den Kopf schlage. — Dieser Argumentation beugte sich auch die SDAJ, die dann für die Streichung stimmte. Daneben gab es Redebeiträge, die sich dafür aussprachen, endlich eine Alternative zur SPD aufzubauen. Die Abstimmung verlief bei vielen Enthaltungen und Gegenstimmen knapp. Beschlossen wurde, „im Frühjahr 1980 eine öffentliche Veranstaltung unter dem Motto „Gewerkschaftsjugend gegen Rechts — Stoppt Strauß!“ durchzuführen.“

## Berufsbildungsjahr

Bis 1985 soll laut Plan der Schulbehörde in Hamburg als erstem Bundesland das Berufsbildungsjahr (BGJ) flächendeckend eingeführt werden, d.h., das BGJ wird fester Bestandteil der Ausbildung. Ein Antrag des Ortsjugendausschusses der IG Metall, der die Kreisjugendkonferenz aufforderte, die flächendeckende Einführung des BGJ in Hamburg zum 1.8.80 abzulehnen, solange darüber nicht ausreichend diskutiert und die verschiedenen Erfahrungen, die es mit dem BGJ gibt, entsprechend verwertet und aufgearbeitet sind, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. In der Frage des BGJ wurde genauso argumentiert wie seinerzeit zur Einführung des Kurssystems. Es handele sich um eine alte Forderung, davon könne man nicht von heute auf morgen abrücken. Hintergrund für diese beschämende Mehrheit ist die Tatsache, daß der Kreisvorstand am 15.11. einen Beschluß zum BGJ fassen wird, ohne dafür gesorgt zu haben, daß diese Frage entsprechend ihrer Bedeutung in den Jugendgruppen diskutiert wurde!

handelt. Insgesamt: Eine Hetzkampagne gegen links.

Die Reaktion der fortschrittlichen Kollegen war Verwirrung. Einige schwiegen, andere sahen sich genötigt, sich entschieden von der „RGO“ zu distanzieren, und einzelne unterstützten sogar die Forderung der Rechten nach Rausschmiß. Z.T. wurde der „RGO“ überhaupt das Recht abgesprochen, eigene Flugblätter zu machen.

Nur wenige fanden in diesem Klima den Mut, sich dagegen auszusprechen, daß die Linken nun zum Sündenbock für alle Fehler des Streiks gemacht und eine allgemeine Hexenjagd gegen sie organisiert wird. Diese wenigen betonten, daß der Streik durchaus kein Mißerfolg war, sondern daß durch den Streik einige Mängel in der VK-Arbeit sichtbar geworden sind (z.B. verließ sich ein Vertrauensmann mehr auf seine Autorität gegenüber seinen Kollegen als auf Übersetzungsarbeit. Als er dann am Streiktag nicht im Werk war, beteiligte sich keiner seiner Kollegen).

Auch ich spürte diese Versuchung, nur unter dieser Hetze hindurchzutauchen und mir zu sagen: Laß sie man auf die „RGO“ einschlagen, die haben's verdient... Aber auch wenns mir oft selber sehr schwer fällt, habe ich vertreten, daß die Hauptseite ist, die Hetze der Rechten zu bekämpfen und die Kritik an der „RGO“ in Gesprächen mit Kollegen nur die Nebenseite ist.

Ein Genosse von Still

## Anti-Kriegstags-Auseinandersetzung

Im KJA-Geschäftsbericht hieß es zur Durchführung des Anti-Kriegstages in Hamburg: „Der DGB sollte in den nächsten Jahren auch in Hamburg Gewerkschafter sprechen lassen, die — ähnlich wie Axel Eggebrecht — aktiv am Widerstandskampf teilgenommen haben“. Vor allem bei der Rede des Bürgerschaftspräsidenten Schulz hatten die 2.000 Teilnehmer an der diesjährigen DGB-Kundgebung Unzufriedenheit und Empörung gezeigt. Schulz hatte weitere Rüstungsanstrengungen für „notwendig“ erklärt (wir berichteten im AK darüber).

Ein Antrag allerdings mit dem Satz: „Der Anti-Kriegstag darf nicht zu einer kläglichen, nichtssagenden Veranstaltung geraten wie in diesem Jahr“, wurde nicht verabschiedet. Der Satz mußte gestrichen werden. Hans Saalfeld wollte den ersten Anti-Kriegstag in Hamburg als Erfolg verstanden wissen, Schulz hätte für die Ansichten der meisten Kollegen gesprochen. Ein weiteres Vorstandsmitglied verstieg sich so weit, diejenigen, denen die Rede nicht gepaßt habe, als „Transvestiten“ zu beschimpfen!

Nicht gestrichen wurde immerhin der Satz: „Es müssen Redner eingesetzt werden, die antifaschistische und antiimperialistische Prinzipien unterschiedener vertreten.“

## Wie weiter?

Einmal abgesehen von den (vom DGB-Kreisvorstand) erzwungenen „Korrekturen“ an den Entschließungen bieten die verabschiedeten Aussagen einiges an gutem Material, mit dem gearbeitet werden kann. Ob dazu auch die SDAJler bereit sein werden, wird man sehen. Es gibt für Basisaktivitäten mehr Möglichkeiten als noch vor einem Jahr (siehe dazu auch den Artikel in diesem AK zum Berufsschülerprozeß). Diese Möglichkeiten können von den linken Kräften in Zukunft ausgebaut werden. Das ist neben den Auseinandersetzungen im nächsten Jahr um die Bundestagswahlen, auch zu den Fragen des BGJ, Neuordnung der industriellen Metallberufe etc. bitter notwendig.

Lehrlingskommission

## Gewerkschaftsjugend



## Selbstkritik reichlich — Änderung auch?

### Kreisjugendkonferenz DGB Hamburg

Die diesjährige Kreisjugendkonferenz des DGB-Hamburg stand ganz im Zeichen einer Diskussion um die Aufarbeitung und Neuorientierung in der Jugendarbeit. Im Gegensatz zu Vorjahren fiel schon der Geschäftsbericht durch reichlich Selbstkritik und Kritik am Kreisvorstand auf. Interessant ist der Geschäftsbericht insofern, als er unter wesentlicher Mitwirkung von SDAJlern zustande gekommen ist — die sich natürlich aus der Diskussion um die Neuorientierung der Gewerkschaftsjugendarbeit auch nicht heraushalten können.

„In vielen Bereichen konzentrieren sich die Arbeitsmöglichkeiten der Gewerkschaftsjugend auf die Gremien ... Plötzlich bekannt werdende Mißstände oder spontane Aktionen können von der Gewerkschaftsjugend in der Regel nicht aufgegriffen und unterstützt werden ... es wird vom KJA an den Berufsschulen keine Arbeit gemacht ... Durch administrative Maßnahmen der

Gesamtorganisation dürfen Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend nicht stattfinden, z.B. zu den Berufsverböten und Kennerenergie ...

Häufig findet mit der Gesamtorganisation keine ausführliche inhaltliche Diskussion statt, sondern wird von der Gesamtorganisation administrativ bzw. werden formale Gründe vorgeschoben, um Aktivitäten zu verhindern ...

Stellungnahmen des KJA, die nicht in allen Punkten der Auffassung der Gesamtorganisation entsprechen, werden nicht veröffentlicht. Der innergewerkschaftliche Meinungsbildungsprozeß wird dadurch beträchtlich eingeschränkt ...

Zahlreiche Kollegen haben erhebliche Vorbehalte, Zweifel und Bedenken gegen die für sie zum Teil auch nicht durchschaubaren innergewerkschaftlichen Entscheidungsabläufe und halten diese teilweise für undemokratisch, z.B. wenn der DGB-Bundesjugendsekretär (Hawreluk) ohne genaue An-



## Dokument beweist: Bonns Lehrstellen-Bilanz gefälscht!

Amtliche Statistiken z.B. über die Lage der Arbeiterjugend haben den Vorzug, daß man sich ihrer Unwahrheit stets sicher sein kann. Ihre Stärke liegt darin, daß man dies aber recht selten „offiziell“ beweisen kann. Delikat also wird es immer dann, wenn dem Amtsschimmel internes Material durch die Maschen rutscht. So geschah mit einer Statistik der Bundesanstalt für Arbeit, versehen mit dem Stempel „bitte nur für interne Zwecke verwenden“ — veröffentlicht und dokumentiert in der „Frankfurter Rundschau“ vom 3.11.79. Verärgert über den zitierten Stempel („So was ist möglich, weil jemand mit dem Stempel gespielt hat“) bestätigte Pressesprecher Mann die Authentizität des Dokuments („Unsere Zeit“, 3.11.). Diese Statistik ist in der Tat äußerst brisant, insbesondere vor dem folgenden Hintergrund:

In der Öffentlichkeit läuft derzeit eine Kampagne an, die — zwar nicht

Lehrstellen in der Bundesrepublik wandern sollten“ („FR“, 5.10.). —

Hintergrund für diese Propaganda bilden die Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit über Anzahl von Angebot und Nachfrage an Ausbildungsplätzen, wonach erstmals seit fünf Jahren angeblich wieder mehr freie Ausbildungsplätze als Bewerber vorhanden sein sollen.

Die interne Statistik der Bundesanstalt für Arbeit nun belegt die völlige Haltlosigkeit dieser „Bilanz“ und der darauf aufbauenden Kampagne. Aus ihr geht hervor: Von den 477.131 Bewerbern für eine Lehrstelle haben nach der internen „offiziellen“ Statistik lediglich 270.208 Jugendliche eine Lehrstelle erhalten — das sind ganze 56,8 %! Über 100.000 Jungen und Mädchen, die sich bei den Arbeitsämtern um eine Lehrstelle beworben haben, sind mit unbekanntem Schicksal verblieben. Nach den offiziellen Statistiken gelten sie für ebenso

Art der Erledigung	Bewerber für Berufsausbildungsstellen					
	insgesamt		männlich		weiblich	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Bewerber für Berufsausbildungsstellen insgesamt	477.131	100	223.020	100	254.111	100
erledigt durch						
Einladung in Berufsausbildungsstelle	270.208	56,8	140.800	62,9	130.408	51,3
Einweisung auf berufsbildende Schule	37.426	7,8	12.591	5,6	24.835	9,8
Abgabe an anderes Arbeitsamt	1.801	0,4	524	0,2	1.277	0,5
berufsvorbereitende Maßnahme	1.116	0,3	624	0,3	492	0,2
allgemeine Schulbildung	9.659	2,0	4.309	1,9	5.350	2,1
Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme	253	0,1	154	0,1	99	0,0
Arbeitsstelle	12.844	2,8	3.651	1,6	10.193	4,0
nach Vermittlungsvorschlag unbekannt verblieben	63.436	13,3	27.780	12,5	35.656	14,1
sonstige Erledigung	42.211	8,8	18.030	8,1	24.181	9,5
nach nicht untergebracht	20.155	4,2	8.200	3,7	12.000	4,7

\*) Geschätzt.

Art der Erledigung	Bewerber für Berufsausbildungsstellen					
	insgesamt		männlich		weiblich	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Bewerber für Berufsausbildungsstellen insgesamt	477.131	100	223.020	100	254.111	100
erledigt durch						
Einladung in Berufsausbildungsstelle	270.208	56,8	140.800	62,9	130.408	51,3
Einweisung auf berufsbildende Schule	37.426	7,8	12.591	5,6	24.835	9,8
Abgabe an anderes Arbeitsamt	1.801	0,4	524	0,2	1.277	0,5
berufsvorbereitende Maßnahme	1.116	0,3	624	0,3	492	0,2
allgemeine Schulbildung	9.659	2,0	4.309	1,9	5.350	2,1
Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme	253	0,1	154	0,1	99	0,0
Arbeitsstelle	12.844	2,8	3.651	1,6	10.193	4,0
nach Vermittlungsvorschlag unbekannt verblieben	63.436	13,3	27.780	12,5	35.656	14,1
sonstige Erledigung	42.211	8,8	18.030	8,1	24.181	9,5
nach nicht untergebracht	20.155	4,2	8.200	3,7	12.000	4,7

\*) Geschätzt.

ganz neu — in diesem Jahr offensichtlich noch breiter getreten werden soll. „Die Lehrstellen-Not“ weiß das „Abendblatt“ aus Hamburg zu berichten, „kann damit aufgrund der neuesten Statistiken als überwunden gelten. Vereinzelt ist schon zu erkennen, daß Firmen schon wieder intensiv nach Lehrlingen suchen. Jahrelang war es umgekehrt. Damit zeichnet sich ein Trend für die nächsten Jahre ab“ („HA“, 26.10.). Überall wird eine „günstige Situation auf dem Lehrstellenmarkt“ („Süddeutsche Zeitung“, 20./21.10.) registriert.

Von einer geheuchelten „Anteilnahme“ für die Situation der Arbeiterjugend, wie sie durch die diversen „Lehrstellen-Beschaffungs“-Kampagnen, insbesondere in der Springer-Presse, in den letzten Jahren zum Ausdruck kamen, soll nunmehr der Eindruck erweckt werden, als sei nicht der Jugendlichen, sondern der Kapitalisten der „Notleidende“. Auf gleicher Ebene liegt, wenn der Bildungsökonom Edding (von der sog. „Eddingkommission“ wurde damals das Modell der Fonds-Finanzierung — Lehrlingsabgabe der Betriebe — entworfen) vor dem Europäischen Zentrum für die Förderung der Berufsbildung provokativ die These aufstellt, wonach „Europas Jugendliche Mitte der achtziger Jahre auf die dann freien

„versorgt“ wie diejenigen Jugendlichen, die statt einer Lehrstelle einen Hilfsarbeiterjob zugewiesen bekommen haben oder auf die Warteliste der unterschiedlichen Bildungsgänge abgeschoben wurden (dies gilt v.a. für das Berufsgrundbildungsjahr). Es erübrigt sich schon beinahe darauf hinzuweisen, daß der Anteil der Mädchen in dieser Sparte besonders groß ist (bei der Vermittlung von Hilfsarbeiterjobs sogar über zwei Drittel!).

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch eine soeben erschienene Dokumentation des DGB-Landesbezirks Hessen, „In der zum ersten mal eine Korrektur der amtlichen Statistik der Jugendarbeitslosigkeit und eine Berechnung der tatsächlichen Arbeitslosenquote vorgenommen wird“ („DVZ“, 31.10.).

Der Landesbezirk errechnete eine Dunkelziffer von 60 % mehr arbeitslosen Jugendlichen als den offiziellen Angaben des Arbeitsamtes zufolge!

Diese beiden Beispiele lassen die reale Situation der Arbeiterjugend nur erahnen. Das Bild einer scheinbaren „Stabilität“ kann in der Öffentlichkeit durch Staat und Politiker nur mit Hilfe gefälschter Zahlen aufrecht erhalten werden.

Lehrlings-Kommission  
KB/Gruppe Hamburg

## Fleischer und Bäcker gesucht

Die Dankesbriefe der Regierungschefs und Minister an die Kapitalisten für ihre „Anstrengungen“ bei der Bewältigung des Lehrlingsbergs sind bereits abgeschickt. Nachdem sich nun herausgestellt hat, daß lediglich 56,8 % der Bewerber eine Lehrstelle gefunden haben, (s. Artikel in diesem AK), hält auch bzgl. der Qualität der „neugeschaffenen“ Stellen der Trend des Vorjahres an: Wiederum ist ein leichtes Ansteigen von Lehrstellen in den Berufen zu verzeichnen, bei denen gleichzeitig die Beschäftigungszahl überproportional zurückgeht. Die „Ausbildung“ zum Hilfsarbeiter oder zur Arbeitslosigkeit wird weiterhin favorisiert. In Zahlen, die wiederum einer vertraulichen Statistik aus Nürnberg zu entnehmen sind:

• Mit 4.637 noch offenen Ausbil-

dungsstellen der Lehrberufe des Maurers wird die Tabelle angeführt;

• nach der Nürnberger Statistik folgen dann die Berufe Fleischer (2.158 freie Plätze), Verkäuferin (1.873), Maler und Lackierer (1.777), Verkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk (1.739), Friseur (1.510) und Bäcker (1.352) (Angaben nach „FR“, 2.11.).

Wenn selbst nach den Zahlen aus Nürnberg 135.417 Jungen und Mädchen „in denen von ihnen vorrangig gewünschten Lehrberufen“ Ausbildungsstellen bekommen haben, 116.351 dagegen einen Lehrberuf „zweiter Wahl“, wird deutlich, wie extrem dieses Ausbildungssystem an den Bedürfnissen einer qualifizierten Berufsausbildung für alle Jugendlichen vorbeigeht.

## Prozeß gegen Berufsschüler wegen „Leitung einer illegalen Demonstration“

Vor dem Amtsgericht Hamburg wird dem Kollegen Uwe Zabel, ehemals Blocksprecher der Gewerkschule 10/16 der Prozeß gemacht. Vorgeworfen wird ihm: „Leitung einer illegalen Demonstration, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, gewaltsame Nötigung.“

Verhandelt wurde bis jetzt an zwei Prozeßtagen. Der erste Tag mußte dazu verwendet werden, die aktenweise eingegangenen Solidaritätsadressen zu verlesen (s.u.). Am zweiten Tag piff dann allerdings ein anderer Wind, dem Rechtsanwalt von Uwe und ihm selbst wurde das Wort entzogen, da sie angeblich nicht zur Sache gesprochen hätten. Als Uwe dagegen protestierte, wurde er zu einer Ordnungstrafe von 200 DM (ersatzweise einen Tag Haft) verurteilt!

Hintergrund der Anklage waren die Auseinandersetzungen an Hamburger Berufsschulen im Herbst vergangenen Jahres. Die Schulbehörde wollte an allen Berufsschulen ein sogenanntes „Kurssystem“ einführen, das zunächst einmal für sechs Unterrichtsstunden in der Woche eine Einteilung in Leistungsstufen, also „gute“ und „schlechte“ vorsieht. Mit der Parole: „Gegen Kurssystem, Stufenbildung und Kurzausbildungsgänge!“ entwickelte sich innerhalb kürzester Zeit an mehreren Berufsschulen gleichzeitig der Protest. Einbezogen in die Protestmaßnahmen waren insgesamt etwa 5.000 Berufsschüler. Zweimal kam es zu Demonstrationen der Schulbehörde, woran sich jeweils 1.000 Berufsschüler beteiligten. Bei einer Demonstration wurde aus Protest gegen die Schließung der Türen der Schulbehörde eine große Straßenkreuzung „besetzt“. Bei den Aktio-

nen handelte es sich um jeweils spontane Demonstrationen, die selbstverständlich nur sehr kurzfristig bei der Polizei angemeldet werden konnten. Anmelder für den Schülerrat war jeweils Uwe Zabel.

Der Erfolg der Protestaktionen war, daß die Schulbehörde die „schwerwiegenden Einwände“ der Berufsschüler „prüfen“ wollte und vorerst von der Einführung in der vorgesehenen Form Abstand nehmen wollte. Diesem Erfolg will der Senat offensichtlich einen ganz bitteren Beigeschmack zufügen: Die Höchststrafe für die Anklage beträgt drei Jahre Knast.

Es gibt allerdings in der Solidaritätsarbeit mit Uwe einige Erfolge zu verzeichnen, die von dem Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen so nicht zu erwarten gewesen waren. Die damaligen Proteste richteten sich nicht nur gegen die Schulbehörde, sondern auch zu einem Güteil gegen die Position der DGB-Führung, die das Kurssystem ebenfalls propagierte. Die ganzen Auseinandersetzungen, Berufsschülerkonferenzen usw. hatten von daher auch sehr wenig mit offizieller DGB-Jugendpolitik zu tun, sondern liefen notgedrungen neben dem DGB her. Das lief solange, bis der Kreisjugendausschuß sich gezwungen sah, Zugeständnisse zu machen und das „Kurssystem in der jetzigen Form“ abzulehnen, grundsätzlich „ein Kurssystem aber zu begrüßen“.

Trotz dieser in den Inhalten weiter bestehenden Differenzen gibt es im DGB eine sehr breite Solidarität:

• Die große Funktionärsversammlung der IGM Hamburg sieht in der Anklage einen Angriff auf die De-

monstrations- und Versammlungsfreiheit;

• ebenso die Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier Hamburg;

• die Kreisjugendkonferenz des DGB-Hamburg: „Wir verurteilen es auf das entschiedenste, wenn ein Kollege, der als Blocksprecher der G 16 und Mitglied der Demonstrationsleitung gewählter Vertreter war, jetzt als „Rädelsführer“ herausgegriffen werden soll und mit hohen Geld- und Gefängnisstrafen bedroht wird. Wir fordern daher die bedingungslose Einstellung des Berufsschüler-Prozesses gegen unseren Kollegen Uwe Zabel!“

Über diese Solidaritätsadressen hinaus wurden vom DGB zwei Flugblätter in zehntausender Auflage gedruckt, die organisatorisch und politisch von einigen Jugendgruppen getragen werden, was bekanntlich gerade in Prozeßfällen nicht selbstverständlich ist.

Die Prozeßtage liefen, was die Beteiligung angeht, recht gut an. Am ersten Prozeßtag waren ca. 100 Kolleginnen und Kollegen erschienen, am zweiten waren es ca. 160. Trotzdem möchten wir alle Freunde und Genossen bitten, insbesondere natürlich diejenigen, die im letzten Jahr dabei waren, sich solidarisch mit Uwe zu erklären und ihn in seinem Prozeß zu unterstützen. Über diese Solidaritätsarbeit können sich natürlich auch die Möglichkeiten für eine weitere Auseinandersetzung um die Position gegen das Kurssystem auch im DGB verbessern, das sollte nicht aus dem Auge verloren werden! Wir werden weiter berichten.

Lehrlingskommission

## Lehrlinge Kurzmeldungen

Hessen:  
Landesschülerrat plant Klage gegen Unterrichtsausfall an Berufsschulen

Hintergrund für diese Aktion ist die

und kündigte, weil er den Druck nicht mehr aushält. Dieser erkannte seine nervliche Verfassung und riet ihm, die Sache noch mal zu überschlafen und dann gegebenenfalls am nächsten Tag schriftlich zu kündigen. Kurz darauf

Rotbuch  
zum Rotwerden...

## Lehrlinge Kurzmeldungen

Hessen:  
Landesschülerrat plant Klage gegen Unterrichtsausfall an Berufsschulen

Hintergrund für diese Aktion ist die katastrophale Situation an den hessischen Berufsschulen. Schon in ihrem gemeinsamen Aufruf zu den SV-Wahlen hatten der Landesschülerrat und der DGB Hessen auf diese Situation hingewiesen und zwölf Wochenstunden an zwei Tagen mit je sechs Stunden gefordert („UZ“, 18.9.79).

Nach Untersuchungen des Kasseler Stadtschülerrats fielen zwischen 50 % des Unterrichts bei den Textil- und Bekleidungsklassen und 10 % bei den Bauklassen aus („UZ“, 7.8.79). Der Landesschülerrat gibt für Hessen an, daß im Schnitt nur neun statt der gesetzlich vorgeschriebenen zwölf Wochenstunden gegeben werden („FR“, 2.11.79). Und dies, obwohl voll ausgebildete Berufsschullehrer arbeitslos sind. So schrieben einige Lehrer/innen an die „TAZ“:

„Es gibt fast keine kaufmännische Berufsschule, die nicht über akuten Lehrermangel klagt. Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit: Auf Kosten der Schüler werden wir trotz Bedarf an hauspolitischen Gründen eingespart. Und wofür wird nicht alles Geld herausgeschmissen! Sollte der Haushaltsplan 1980 in der vorliegenden Form beschlossen werden, dann haben wir auch 1980 keine Chance, eingestellt zu werden“ („TAZ“, 25.10.79).

Als eine Maßnahme gegen diese Situation liegt für die kommende Landesschülerrats-Sitzung Mitte des Monats ein Antrag vor, die zwölf Wochenstunden gerichtlich einzuklagen.

Bochum:  
KHD-Jugendvertreter müde gemacht

Rainer Sauer, seit 1973 Jugendvertreter der Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD), wurde für die Kapitalisten in den letzten Jahren zunehmend ungemut. So beteiligte er sich zusammen mit anderen Jugendlichen während der Arbeitszeit an einer Protestaktion gegen die Aussperrung.

Die Betriebsleitung, für die Rainer Rädelsführer bei dieser Aktion war, versuchte, ihn systematisch fertigzumachen.

„Von da war ich dauernd Nadelstichen ausgesetzt“, erinnert sich Rainer S. „Die Vorwürfe wegen des Häufens meiner Jugendvertreterarbeit häufigen sich und der Druck wurde immer stärker“ („Welt der Arbeit“, 30.8.79). Am 19.8. verlor Rainer die Nerven. Er ging zum Personalchef

und kündigte, weil er den Druck nicht mehr aushält. Dieser erkannte seine nervliche Verfassung und riet ihm, die Sache noch mal zu überschlafen und dann gegebenenfalls am nächsten Tag schriftlich zu kündigen. Kurz darauf traf Rainer seinen Meister und teilte ihm die Kündigung mit. Am nächsten Tag, nachdem er sich die Sache noch mal überlegt hatte, teilte Rainer dem Personalchef mit, daß er nicht kündigen wollte.

Umso mehr wunderte sich Rainer, als ihm vier Tage später eine „Bestätigung seiner Kündigung“ auf den Tisch flatterte. Sein Meister hatte nämlich nichts Besseres zu tun gehabt, als die „freudige“ Nachricht von der Kündigung schnell an den Betriebsleiter weiterzugeben, der diese Gelegenheit, Rainer problemlos loszuwerden, natürlich aufgriff.

Mit Unterstützung der IGM zog Rainer vor Gericht. Aber das Arbeitsgericht zeigte am 17.10. deutlich, wessen Interessen es vertritt, und wies Rainers Klage auf Wiedereinstellung ab. Auch zahlreiche Solidaritätserklärungen mehrerer Bochumer Jugendvertretungen und gewerkschaftlicher Gremien halfen da nicht (nach „WdA“, 30.8.79; „Solidarität“, 9/79; „UZ“, 18.10.79).

Stuttgart:  
Entlassener Jugendvertreter wieder eingestellt

Hans-Dieter H., Jugendvertreter bei der Stuttgarter Autohandlung Hahn & Spar, hatte für eine Jugendvertreterkonferenz einen Tag frei bekommen. Die Firma meldete dies nicht der Berufsschule. Dieses „Mißverständnis“ nutzte die Firma für eine fristlose Kündigung, der der Gesamtbetriebsrat zustimmte. Ihm war der aktive Jugendvertreter schon länger ein Dorn im Auge.

Hans-Dieter hatte sich gegen Überstunden für Lehrlinge gewandt (wodurch er nach Meinung des Betriebsrats seine Kompetenzen überschritten hatte). Außerdem wehrte er sich gegen unzureichende Umkleieräume und gegen die Ausbeutung der Lehrlinge ab dem 2. Lehrjahr als volle Arbeitskräfte.

Sehr schnell bekam die Firmenleitung mit, daß ihre Position nicht haltbar war. Sie bot Hans-Dieter an, ihn wieder einzustellen, wenn er seine Jugendvertreterarbeit aufgab. Auf diesen Vorschlag ging Hans-Dieter nicht ein. Noch vor dem Arbeitsgerichtsprozeß (die IGM hatte inzwischen die Rechtsvertretung übernommen) gab Hahn & Spar auf. Hans-Dieter ist inzwischen wieder als Lehrling und Jugendvertreter tätig.

(nach „TAZ“, 30.10.79).

Rotbuch  
zum Rotwerden...

Rotbuch  
zu den  
Gewerkschaftsausschlüssen

Über 100 Fälle  
dokumentiert  
mit mehr als  
350 Original-  
Dokumenten

mit Gutachten zum Russel-Tribunal

Die Zeitschrift

„DASDA“ zu diesem Buch:

„...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...“

1973 wurden in den DGB-Gewerkschaften die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt, nach denen niemand, der einer kommunistischen Organisation angehört oder deren Politik irgendwie unterstützt, gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied sein kann. Auf dieser Grundlage wurde in den folgenden Jahren ein rigoroser „Ausschlußterror“ praktiziert. Die Zahl der Ausgeschlossenen geht heute bereits in die Tausende — und es sind keineswegs nur Kommunisten, die dieser Vorstandswillkür zum Opfer fallen. Es hat sich erwiesen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einem Instrument geworden sind, mit dessen Hilfe die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle (d.h. der Politik der Klassenversöhnung entgegenstehende) Aktivität zu liquidieren versucht. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind dabei auch Bestandteil anderer in den letzten Jahren vollzogener Maßnahmen, die den Spielraum der innergewerkschaftlichen Demokratie zunehmend eingeschränkt haben und den Charakter der DGB-Gewerkschaften als sozialdemokratische Richtungs-gewerkschaft (und das heißt heute auch: Regierungsgewerkschaften) absichern helfen.

Dieses Buch gibt darüber eine ausführliche Analyse. Im Hauptteil werden über 100 ausgewählte „Fälle“ aus dem Bereich der IGM, ÖTV, IG Chemie/IG Druck, HBV und GEW (darunter mehrere Massen ausschüsse) umfassend beschrieben und dokumentiert.

ISBN 3-88305-011-3  
650 Seiten DM 22...

ARBEITERKAMPF Verlag J. Raents  
Lerchenstr.75, 2000 Hamburg 50



## IG-Metallerinnen sind wachsam

fanden wir, als wir nebenstehendes Titelfoto in der „Metall“ 17/79 sahen und den Kommentar der Redaktion dieser Gewerkschaftszeitung in der späteren Ausgabe Nr. 19 lasen. Zum Titelblatt schreibt der Frauenausschuß der IG Metall an die Redaktion:

„Das Titelbild der Ausgabe ... hat, insbesondere bei den Frauen, allgemeinen Protest hervorgerufen. Es zeigt eine Frau ohne Gehirn und erweckt den Eindruck, daß Frauen hirnlos in die Zukunft gehen und durch die neuen Medien besonders 'gefährdet' sind. Gegen eine solche Darstellung wehren wir uns, weil dadurch Frauen diskriminiert und die Probleme nicht ernst genug angesehen werden. Der Frauenausschuß weist darauf hin, daß dieses Titelbild Vorurteile („Frauen sind kopflös“) verstärkt und METALL Methoden der Boulevard-Presse übernimmt, in dem Frauen als dumm oder als „Lustobjekt“ dargestellt werden. Unsere METALL-Zeitung sollte sich diesen diskriminierenden Stil nicht zu eigen machen. Der Frauenausschuß erwartet von der Redaktion einen klärenden Kommentar in der nächsten Ausgabe“. Weitere abgedruckte Leserbriefe verfolgen eine ähnliche frauenfreundliche Stoßrichtung.

Diese Wachsamkeit paßte den „Herren Redakteuren“ allerdings nicht, wiesen sie doch sogleich darauf hin, daß d a n n auch „der Mann“ auf dem Titelbild nicht diskriminiert werden dürfte, z.B. müßte zu einem Alkoholiker so gleich eine Alkoholikerin gesellt werden. Richtig beleidigt (und beleidigend!) scheinen die Herren Redakteure zu sein, wenn sie es nötig haben, den Kritikerinnen vorzuhalten, daß diese die Herren Redakteure nicht vor Befürwortern der Demonstrationen (der katholischen Kirche) gegen den § 218 verteidigt haben in früheren „Metall“-Ausgaben.

Deshalb müssen wir die von den Herren Redakteuren an die Frauen zum Schluß gestellte Frage hiermit an sie zurückgeben: „Wie groß ist eigentlich die politische Emanzipation in diesem Lande?“

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

## Frauentag der IG Bergbau und Energie

Vom 11. bis 13. Oktober fand in Gelsenkirchen der 4. Frauentag der IG Bergbau und Energie (IGBE) statt. 50 Delegierte, die rund 10.000 IGBE-Frauen vertraten, trafen sich unter dem Motto „30 Jahre Grundgesetz – 30 Jahre Gleichberechtigung“ und hatten 67 vorliegende Anträge zu behandeln und zu beschließen. Auf dem Frauentag wird auch der Frauenhauptausschuß gewählt, in dem jeder IGBE-Bezirk durch zwei ehrenamtliche Mitglieder vertreten sein muß.

Karl Krämer, Vorstandsmitglied der IGBE und Mann, hielt den diesmaligen Rechenschaftsbericht, weil gerade ein Wechsel der Frauensekretärin erfolgt war und der neuen Sekretärin ein vierjähriger Arbeitsbericht nicht zuzumuten sei.

Krämer fing mit seinem Rechenschaftsbericht dann 1953 an, wo bereits die Frauenarbeit in den gewerkschaftlichen Verwaltungsstellen festgelegt wurde. So gebe es nach vielen Schwierigkeiten heute in allen Bezirken Frauenausschüsse. Als weiteren zentralen Punkt nannte Krämer die Tarifpolitik. Es gebe seit 1963 im Steinkohlenbergbau keine Frauenlohngruppen mehr, und auch im Braunkohlenbergbau sei die Frage des Frauenlohnes seit 1956 im Sinne des Gleichberechtigungsgesetzes geregelt worden – und zwar durch die Einführung der analytischen Arbeitsbewertung. Daß allein schon die Arbeitsbewertung oft diskriminierend ist, scheint diesem Vorstandsmitglied noch nicht in den Sinn gekommen zu sein. Von der völligen Gleichstellung der Frauen schien aber auch Krämer nicht überzeugt zu sein, denn er forderte alle Frauen auf, ihre richtige Eingruppierung selbst zu überprüfen und notfalls vor dem Arbeitsgericht einzuklagen.

Krämer ging dann auf die Frauen innerhalb der Organisation ein. Insgesamt gäbe es bei den Frauen eine wachsende Organisierungsbereitschaft. Heute seien 61 % der Arbeiterinnen und Angestellten in der IGBE organisiert, vor vier Jahren nur 55 %. Auch seien die Frauen in gewerkschaftlichen und betrieblichen Funktionen gut vertreten.

Letzteres dürfte wohl kaum stimmen, denn sonst hätte es sicherlich keine Diskussion über und schließlich einstimmige Beschlussfassung für zwei Anträge gegeben, die gerade mehr Frauen in gewerkschaftlichen Gremien fordern. So lautet der Antrag 66: „Der Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie möge sich dafür einsetzen, daß eine Vertretung von weiblichen Mitgliedern in allen gewerkschaftlichen Entscheidungs- und Beratungsgremien vorhanden ist“ (zit. nach „Einheit“, 21/79). Ein weiterer Antrag „bittet“ ebenfalls den Hauptvorstand, sich für mehr „Frauenmandate“ auf allen gewerkschaftlichen Ebenen einzusetzen. An diesen Anträgen wird wieder

einmal das Dilemma der gewerkschaftlichen Frauentage deutlich: Die Frauen können nicht einmal selbst direkt für ihre Interessen eintreten, was auch satzungsmäßig verankert sein müßte, sondern müssen erst den Weg über den Hauptvorstand nehmen, der die Anträge bearbeiten kann oder auch nicht.

Eine weitere Forderung in diesem Zusammenhang kam von der Leiterin der Abteilung Frauen im DGB-Bundesausschuß, Irmgard Blättel. Sie trat dafür ein, daß Betriebs- und Personalräte Gleichberechtigungsausschüsse einrichten und regelmäßig über eine „Gleichberechtigungsbilanz“ auf Betriebsversammlungen berichten. Irmgard Blättel hielt auch das Hauptreferat zum Motto des Frauentages. Hierin ging sie ausführlich auf die Entstehung des Gleichheitsparagrafen im Grundgesetz ein, wobei sie schließlich zur Feststellung kam, daß heute die meisten Gesetze im Sinne der Gleichberechtigung von Mann und Frau geändert worden seien. „Noch gibt es aber viele Diskriminierungen oder Erschwerisse in der Arbeitswelt für Frauen, weil sie Frauen sind. Das muß geändert werden“ („Einheit“, s.o.). Wie das geändert werden soll, erfahren wir von Frau Blättel leider nicht.

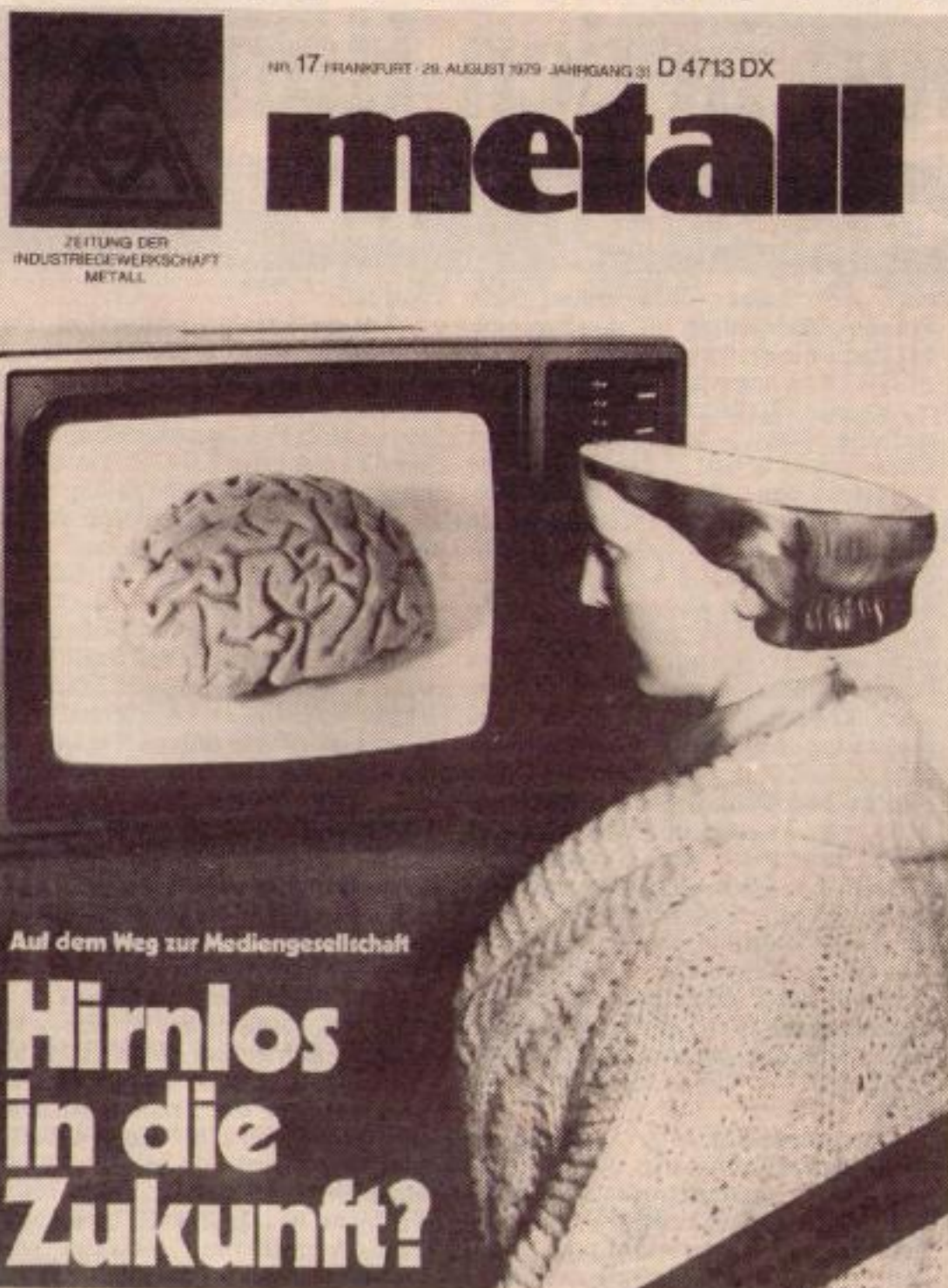
### Die Anträge

### Die Anträge

Neben den schon oben genannten Anträgen gab es Anträge zu Tariffragen, Arbeitsplatzgestaltung bei Bildschirmarbeit, zu Mutterschaftsgeld und Mutterschaftsurlaub und Anträge zu einer Reihe von sozialpolitischen Problemen. Gefordert wurden mehr Ausbildungsplätze für Mädchen und mehr Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen.

Liest frau das Zentralorgan der IGBE, so scheint allerdings das Hauptproblem der Gewerkschafterinnen die Energieversorgung zu sein. Unter der fetten Überschrift „IGBE-Frauen – Für Energie“ schreibt die „Einheit“ (1.10.79): „Der Frauenausschuß hat in einem Antrag zur Energiepolitik deutlich gemacht, daß auch die weiblichen IGBE-Mitglieder von der Auffassung ausgehen, daß der europäischen Energiepolitik Priorität gegeben werden muß. Denn: Die Versorgungslage mit Energie ist ernsthaft gefährdet.“ Traurig nur, daß sich auch die IGBE-Frauen für den Verdummungskurs ihrer Gewerkschaftsführung einspannen lassen, die ja bekanntermaßen die Energieknappheitslüge vertritt, um damit u.a. den Bau von AKWs zu rechtfertigen. Fortschrittliche politische Anträge – wie z.B. gegen Berufsverbote auf dem Frauenkongreß der IG Metall – scheint es auf diesem Kongreß nicht gegeben zu haben.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft



## Bezirks-Frauenkonferenz IG Chemie Nordmark

Am 27.10. tagte in der Hamburger Nobelherberge CCH (Congreß-Centrum Hamburg) die Personengruppenkonferenz (Frauen, Jugend, Angestellte) der IG-Chemie Nordmark. Nachdem sich auf der gemeinsamen Sitzung aller drei Gruppen am Vormittag viele kritische Beiträge am Vortrag des Mitglieds des Geschäftsführenden Hauptvorstands, Egon Schäfer, entzündet hatten, tagten die Gruppen am Nachmittag getrennt. Aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Berlin waren etwa 45 Frauen delegiert.

Etwas lebhafter wurde die Debatte unter den Frauen erst, als es um die Abstimmung der Anträge ging.

Während von dem Hamburger Frauenausschuß kein einziger Antrag vorlag, kamen aus Lübeck zwei, die sich allerdings nicht auf spezifische Frauenfragen bezogen (Steuerfreiheit für Weihnachts- und Urlaubsgeld und Änderung einer Regelung des Treuegeldanspruchs im Todesfall).

Vom Frauenausschuß der Verwaltungsstelle Berlin kamen dafür eine ganze Reihe von Anträgen, deren wichtigste folgende waren:

– Der Anspruch auf Gewährung von ganze Reihe von Anträgen, deren wichtigste folgende waren:

– Der Anspruch auf Gewährung von Krankengeld für alleinstehende Eltern zur Pflege eines erkrankten Kindes soll von 5 auf 10 Tage erhöht werden und statt bis zum 8. Lebensjahr wie bisher bis zum 14. Lebensjahr des Kindes ausgedehnt werden. Ähnliche Anträge wurden schon auf früheren Frauenkonferenzen verabschiedet, ohne allerdings bisher Eingang in den zentralen Forderungskatalog der IG-Chemie gefunden zu haben.

– Im Rahmen des neuen Mutterschutzgesetzes wurde in einem weiteren Antrag die Erhöhung des Mutterschaftsgeldes für alleinstehende Mütter auf bis zu 1.500 Mark gefordert, da alleinstehende Mütter sonst in der Regel den zusätzlichen viermonatigen Mutterschaftsurlaub aus finanziellen Gründen gar nicht in Anspruch nehmen können. Bei der Abstimmung über diesen Antrag gab es jedoch eine knappe Mehrheit, die sich (entsprechend dem Vorschlag der Antragskommission) für Streichung des Festbetrages von 1.500 Mark entschied und stattdessen eine allgemeinere Formulierung dafür einsetzte.

– Dann kam von den Berliner Frauen ein Antrag zur „Einhaltung bestimmter Voraussetzungen bei Schwangerschaftsabbruch mit Prostaglandinen“. Da nach der Zulassung der Prostaglandine durch das Bundesgesundheitsministerium eine Informationspflicht gegenüber den Patientinnen nicht mehr besteht, Prostaglandine jedoch in vielen Fällen sehr

schädliche Nebenwirkungen haben und sich tatsächlich im Stadium eines medizinischen Großversuchs befinden, forderten die Westberliner Frauen in jedem Fall „umfassende Aufklärung“ der Patientin, deren schriftliche Einverständniserklärung bzw. freie Entscheidung für eine konventionelle Antreibungsmethode (z.B. Abaugmethode). Dieser Antrag wurde bei wenigen Enthaltungen verabschiedet.

– Zu Auseinandersetzungen führte der Westberliner Antrag auf „Schaffung qualifizierter Teilzeitarbeitsplätze, insbesondere für Eltern und Alleinstehende mit Kleinkindern“. Die Westberliner Frauen argumentierten, daß sie sich der Problematik dieses Antrags bewußt seien (Teilzeitarbeitsplätze dienen den Arbeitgebern zur Ausbeutung, d.h. ein Vollzeitarbeitsplatz wird zum Teilzeitarbeitsplatz erklärt, stattdessen sollen mehr Kindergartenplätze für berufstätige Mütter gefordert werden, usw.; diese Argumentation ist bisher auch die Position vieler gewerkschaftlicher Gremien, also im Ergebnis eine Ablehnung von Teilzeitarbeitsplätzen). Die Westberliner Frauen meinten jedoch, daß die Wahl, vor die viele Mütter gestellt werden, so aussieht, entweder ihr Kind irgendwo unterzubringen oder ganz aufzuhören zu arbeiten, daß insofern qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze – und zwar für Frauen und Männer – als „Soforthilfe“ notwendig sind.

Der Antrag wurde wegen Stimmengleichheit (bei mehreren Enthaltungen) abgelehnt. Einstimmig wurde ein Initiativantrag verabschiedet, der sich mit den 11 in Bilbao/Spanien wegen Abtreibung angeklagten Frauen solidarisch erklärte und das Recht auf freie Mutterschaft auch in Spanien forderte.

Im übrigen werden die Frauen in der IG-Chemie sich in Zukunft wohl genauer mit den Fragen des Entgelttarifvertrags beschäftigen müssen. Wie auf der Frauenkonferenz bekannt wurde, fordern die Arbeitgeber insgesamt 15 Lohn- und Gehaltsgruppen, bei Öffnung der ersten Gruppe nach unten (!) und die IG-Chemie geht von 13 Lohn- und Gehaltsgruppen aus. Es ist jetzt schon klar, daß den Frauen wieder die untersten Gruppen des Entgelttarifs „gesichert“ werden sollen. Es wurde auf der Frauenkonferenz einhellig unterstützt, auch in der IG-Chemie einen Kampf darum zu führen, daß die Frauen nicht wieder ganz unten landen.

Eine Genossin aus dem Chemie-Bereich

## Datentypistinnen streiken

Acht Datentypistinnen des Rechenzentrums der Schiffswerft Bremer Vulkan in Bremen-Vegesack streikten ab 11. Oktober mehrere Tage für ihre Forderungen. Sie verlangten etwa 250 DM mehr Gehalt im Monat, die ihnen nach ihrer Auffassung laut Tarif zustehen. Die Betriebsleitung wollte den Forderungen der Streikenden nicht entsprechen mit der Begründung, daß sie sonst auch mit Forderungen anderer Gruppen aus dem Betrieb rechnen müsse. Leider ist uns nicht bekannt, was aus dem Streik geworden ist. (Informationen aus „Neue“ vom 16. 10.79).

## Lohnklagen made in USA

Gegen die US-Firma Uniroyal, eine internationale Gummifirma, klagten vor sieben (!) Jahren 521 Arbeitnehmerinnen dieser Fabrik. Jetzt hat sich die Firma bereiterklärt, mehreren hundert Arbeitnehmerinnen insgesamt 5,2 Millionen Dollar (rd. 9 Millionen Mark) zu zahlen. Die Klage endete mit einem Vergleich und die Firma brauchte die Benachteiligung der Frauen nicht ausdrücklich zugeben. Die Frauen hatten damals geklagt, weil die Uniroyal-Fabrik u.a. getrennte Beförderungslisten für Frauen und Männer angelegt hatte und bei der Schließung einer Schuhabteilung Frauen entlassen, Männer aber trotz geringeren Dienstalters weiterbeschäftigt hatte.

„Der Vergleich erfaßt mehr als 750 Frauen. Er enthält nicht nur Lohnnachzahlungen, sondern für 350 Frauen, die zwischen 1968 und 1970 entlassen wurden, auch die Nachzahlung von Beiträgen zur Rentenversicherung. Den Entlassenen sollen außerdem bei Wiedereinstellung die in zwischen vergangenen Jahre auf ihre Firmenzugehörigkeit angerechnet werden“ („FR“, 3.11.79).

Kommission Betrieb und Gewerkschaft







# Frauenarbeit in den Hamburger Gewerkschaften

## Gewerkschaft HBV

Laut Satzung soll es in der HBV örtliche Frauenausschüsse geben. Ein Antrag der Satzungs-Kommission hatte zwar auf dem letzten HBV-Gewerkschaftstag 1977 in Saarbrücken gefordert, diese Ausschüsse zu streichen, konnte sich allerdings damit nicht durchsetzen. U.a. hatte sich der „Hauptfrauenausschuß“ (Ausschuß beim Hauptvorstand) in Düsseldorf gegen diese Streichung zur Wehr gesetzt.

Inwieweit dieses Recht der Frauen in den verschiedenen Orten durchgesetzt ist, vermögen wir - mangels Überblick - nicht zu sagen. Im Ruhrgebiet wie auch in Hannover ist im Bereich „Einzelhandel“ in den letzten Jahren einiges an gewerkschaftlichen Frauenaktivitäten spürbar gewesen. So z.B. äußerten sich HBV-Betriebsrätinnen aus diesem Bereich organisiert gegen die von der „EMMA“ angezeigte Kampagne zur Verlängerung der Ladenschließzeiten, sammelten Unterschriften u.ä. Ferner beteiligten sich Frauen massiv an der kämpferisch verlaufenden letzten Tarifrunde im Bereich Einzelhandel - mit Warnstreiks, Demonstrationen, Resolutionen etc.

In der Hamburger Ortsgruppe der HBV gibt es - trotz Satzung - seit Jahren keinen HBV-Frauenausschuß. Dies, obwohl die HBV eine Gewerkschaft ist, die in ihrer Mehrheit (also über 50 %) aus Frauen besteht, die in einem Bereich ansässig ist, in dem die „typischen“ Frauenberufe zu finden sind: Verkäuferinnen, Schreibkräfte, kurz: die Masse der „Büroarbeiterinnen“.

Insbesondere im Jahre 1975 (im Jahr der Frau), als im Zuge der § 218-Kampagne insgesamt die Situation der Frauen stärkere Aufmerksamkeit erfuhr, mußten Frauen in der HBV-Hamburg feststellen, wie die Hamburger HBV-Führung über „Sonderrechte“ der Frauen dachte. Eine Reihe aktiver HBVlerinnen, die sich zu einer Frauengruppe zusammengeschlossen hatten, richteten an die HBV-Ortsverwaltung die Forderung, eine Frauenveranstaltung vor dem 1. Mai 1976 durchzuführen. Unterschriften wurden gesammelt, auf verschiedenen gewerkschaftlichen Terminen wurde das Thema Frauenarbeit hineingetragen - insgesamt durchaus mit einiger Resonanz.

Die HBV-Ortsverwaltung lehnte dennoch eine Durchführung solcher einer Veranstaltung zum 1. Mai als „späterlich“ ab. Frauenarbeit müsse „integriert“ in den jeweiligen Fachbereichen geleistet werden. Allerdings vertrösteten sie die Frauen da-

rauf, ein halbes Jahr später eine Frauenveranstaltung zu machen (die hat dann nie stattgefunden).

Die Frauengruppe führte sodann in eigener Regie eine Frauenveranstaltung durch - veröffentlichte ein Einladungsflugblatt, das von einer seinerzeit im Bereich der HBV-Gruppierung (Kreis Konsequenter Gewerkschafter - KKG) unterzeichnet wurde. (Dieser KKG hat sich damals als Antwort auf eine Ausschlußpolitik in der HBV gebildet, die sich auch solcher Mittel wie dem eines Polizeieinsatzes gegen einen unbequemen Kollegen, der aus einer Versammlung „entfernt“ wurde, bediente).

Das Einladungsflugblatt wurde sodann von Frauen und Männern des KKG innerhalb der Gewerkschaft verteilt. Ca. 50 Kolleginnen und Kollegen besuchten seinerzeit die „illegale“ Veranstaltung. Der Kollege A.S. war damals Mitglied im Fachgruppenvorstand der Fachgruppe „Groß- und Einzelhandel“ der HBV. Auf Anfrage einer Kollegin im Fachgruppenvorstand gab er dieser besagtes Flugblatt.

Die Konsequenz: er kassierte ein Ausschlußverfahren aus der HBV wegen gewerkschaftsfeindlicher Aktivitäten. Die Ausschlußbegründung zog sich an der Unterzeichnung durch den „gewerkschaftsfeindlichen“ KKG hoch - später wurde vom gewerkschaftsführenden Sekretär behauptet, die Frauenveranstaltung selbst sei gewerkschaftsfeindlich, da es sich um eine Veranstaltung des Kommunistischen Bundes gehandelt habe. Weitere Ausschüsse im Zuge der Frauenarbeit konnten verhindert werden. Dies ist insbesondere der Tatsache zuzuschreiben, daß die Frauen der Frauengruppe eine intensive Solidaritätskampagne mit dem Kollegen A.S. starteten, den Ausschluß entschieden zurückwiesen. Über 150 Unterschriften wurden innerhalb kurzer Zeit in Hamburg gesammelt, zahlreiche Frauengruppen aus dem ganzen Bundesgebiet protestierten in Resolutionen und Briefen gegen den Ausschlußantrag.

Den Höhepunkt dieser Solidaritätskampagne bildete eine von 140 Kolleginnen und Kollegen besuchte Solidaritätsveranstaltung, auf der die Frauengruppe die Geschichte ihrer Frauengruppe und des Ausschlußantrages gegen den Kollegen A.S. mit einem selbstgeschriebenen Theaterstück darstellten. Das Theaterstück fand so großen Anklang, daß es auf zwei weiteren Frauenveranstaltungen in Hamburg und Kiel aufgeführt

wurde.

Diesen Erfolg umzusetzen, stellte allerdings eine große Schwierigkeit für die Frauengruppe dar. Zwar wurde kein weiterer Ausschluß in Sachen Frauenarbeit ausgesprochen, ein Einbruch in die HBV hinein in Sachen Frauenarbeit gelang nicht - war auch zu wenig im Blick. Auf dem Boden dieser erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit gelang es Ende des Jahres 1976 einer Reihe aktiver Kolleginnen auf einer Vollversammlung des Fachbereiches Banken noch einmal, einen Antrag auf Einrichtung eines „Frauenarbeitskreises“ gegen Spaltvorfälle seitens Vertretern im Fachgruppenvorstand durchzubringen. Der Fachgruppenvorstand ließ die Frauen in der Durchführung dieses Beschlusses jedoch am langen Arm verhungern. Ca. ein Viertel Jahr später berief er ein Treffen ein, auf dem erörtert wurde, was denn Themen und Aufgabenstellung eines solchen „Frauenarbeitskreises“ sein könnten, dann hüllte er sich wie immer in Schweigen. Man muß leider feststellen, daß im Zuge einer allgemeinen Krise der Frauenpolitik auch im Bereich der HBV diese Arbeit ein-schloß - zumal von seiten der offiziellen Gewerkschaftsgremien bis zum Frühjahr des Jahres 1979 in Sachen Frauenpolitik nur geblockt wurde.

Seit Frühjahr dieses Jahres gibt es - ohne Zutun einer Frauengruppe - nun in der HBV-Hamburg einen „Frauenarbeitskreis“, der allen in der HBV organisierten Frauen des Ortsbereiches Hamburg offensteht.

Die Arbeit dieses Arbeitskreises bestand bislang im wesentlichen in der Diskussion um Themen wie „Mutterschaftsurlaub“ - zu dem die HBV auch eine Veranstaltung organisierte, und dem Thema Frauenarbeitslosigkeit, Teilzeitarbeit, Ladenschließgesetz.

Für die Zukunft hat sich dieser Kreis vorgenommen, sich an der Vorbereitung einer Veranstaltung der HBV zur Gesamtschule zu beteiligen, und sich um besonders „typische“ Frauenberufe zu kümmern - und „Betroffene“ - z.B. Sekretärinnen - gesondert anzusprechen.

Ob dieser Arbeitskreis sich zum Frauenausschuß mausern soll, oder ob es sich hier um einen Test des Ortsvorstandes handelt, hängt sicherlich auch von der aktiven Gestaltung dieses Kreises durch die Kolleginnen selbst mit ab.

Eine Genossin aus dem HBV-Bereich

## Frauenpolitik am Beispiel des Hamburger IG Metall-Frauenausschusses

Seit einigen Jahren tut sich der Hamburger IG Metall-Frauenausschuß durch seine fortschrittlichen Aktivitäten hervor. Seit ungefähr 1975 wurde von einigen Kolleginnen mehr und mehr versucht, spezifisch betriebliche und gewerkschaftliche Frauenpolitik in den Frauenausschuß einzubringen. So wurde über eine längere Zeit zu den Hamburger Frauenschwerpunktbetrieben Kontakt aufgenommen, indem der Frauenausschuß Delegierte in die dortigen Vertrauensleutkörper schickte. Gemeinsam mit interessierten Vertrauensfrauen und Kolleginnen wurden zu den jeweiligen betrieblichen Frauenproblemen Flugblätter vor dem Betrieb verteilt.

Von Sozialdemokratinnen, DKP-Kolleginnen und anderen linken Frauen ist alles im Frauenausschuß vertreten, und oftmals stritten die Kolleginnen gemeinsam gegen die IGM-Ortsverwaltung, um Aktivitäten, wie die oben beschriebenen, „genehmigt“ zu bekommen.

Differenzen im Frauenausschuß traten jedesmal dann auf, wenn einzelne Frauenausschußmitglieder berechnete Kritik an der Ortsverwaltung öffentlich z.B. auf Vertreterversammlungen (Vertreter sind auf Vertrauensleutesitzungen gewählte betriebliche Vertrauensleute) vortrugen. Diese Kritik wurde vom Vorstand des Frauenausschusses zurückgewiesen, auch wenn sie vorher auf der Frauenausschußsitzung von allen geteilt wurde.

So reichte damals der Initiativantrag zur Abschaffung der Leihlohngruppen und für die Aufstellung einer linearen Forderung auf einer IGM-Frauenveranstaltung schon aus, um mit dem Vorwand, dies sei im Frauenausschuß nicht abgesprochen worden und verstoße daher gegen die innergewerkschaftlichen Spielregeln, eine Hetzkampagne von seiten der Ortsverwaltung Hand in Hand mit dem Vorstand des Frauenausschusses gegen die Antragstellerin zu initiieren. Später setzte sich der gesamte Frauenausschuß dann für die Inhalte des Antrages ein. Trotzdem mußten sich linke Frauenausschußmitglieder immer wieder gegen den Vorwurf wehren, sie würden „die Arbeiterbewegung spalten“, und sie seien „Feministinnen“. Letzterer Vorwurf kam vor allem von DKP-Frauen.

### Frauenseminare und Frauenstammtische

Der Frauenausschuß blieb weiter aktiv. Besonders erfolgreich waren die von ihm durchgeführten Frauen-Sem-

nare, wo auch Kinder mitgebracht werden konnten. Diese Wochen-seminare beinhalteten die doppelte Unterdrückung der Frau sowohl in der Familie als auch im Betrieb. Über 100 Frauen nahmen insgesamt hieran teil. Gerade der Initiative linker Sozialdemokratinnen ist es zu verdanken, daß diese Seminare durchgesetzt wurden. Die hier beteiligten Frauen trafen sich später regelmäßig beim sogenannten „Frauen-Stammtisch“ wieder. Hier werden schon langfristig die Themen festgelegt. Zuletzt wurde über die Ausbildung von Mädchen in Männerberufen und über „Frauen im Faschismus“ diskutiert. Es kommen meist über 20 Frauen.

Vom Frauenausschuß organisiert gab es Veranstaltungen z.B. zur Frauenarbeitslosigkeit, gegen die Sackgasse der Teilzeitarbeit, Filme wie „Frauen - Schlüssel der Gewerkschaften“, ein Stammtisch zum Frauentag am 8. März und noch eine Reihe weiterer Veranstaltungen.

Heute sind viele früher schwer erkämpfte Positionen der linken Frauen für die Frauen im IGM-Frauenausschuß zur Selbstverständlichkeit geworden. Auch die DKP-Frauen reden mehr als früher von frauenspezifischen Problemen. Vom Hamburger Frauenausschuß kamen für den letzten IGM-Frauenkongreß die fortschrittlichen Anträge gegen Teilzeitarbeit und Berufsverbote.

Leider sind eine Reihe der früher aktiven linken Frauen heute nicht mehr im Frauenausschuß tätig. Gründe sind zum einen: Geschickte taktische Manöver der Ortsverwaltung gemeinsam mit dem Ausschuß-Vorstand bei der Neuwahl gegen diese Frauen; zum anderen hatten nur die SPDlerinnen gut zu dieser Wahl mobilisiert. Hinzu kam allerdings auch in der Frauenarbeit des Metallbereiches des KB ein allgemeiner Rückzug. Zum Teil lehnten Genossinnen z.B. in sektiererischer Weise die Teilnahme an Frauenseminaren der IGM ab. Sie mußten erst mühsam agitiert werden, denn sie sahen die Seminare nur als sinnvoll für die Kolleginnen an, unter dem Motto „Ich als Genossin hab' die Frauenfrage schon geschmalt“. Erst seit Wiederbelebung der Frauenschulung und agitiert durch Vollversammlungen wurde zunehmend erkannt, welche positiven Bündnismöglichkeiten über Seminare, Stammtische und Frauen-Ausschüsse gegeben sind.

Eine Genossin aus dem Metall-Bereich

## DKP-Frauen gegen die Entwicklung einer Frauenpolitik in der GEW Hamburg

Seit Anfang des Jahres hat die Diskussion um die Benachteiligung der Frauen als Lehrerinnen auch in der GEW in der Lehrerzeitung und auf Versammlungen begonnen. So setzten die Frauen in der Schulkreisprecherkonferenz (ein Gremium der mittleren Funktionsebene) Sitzungen ohne die männlichen Kollegen durch, auf denen sie ihre täglichen Erfahrungen mit männlichen Kollegen (Kaffee kochen), mit Schülern (größere Disziplinierungsschwierigkeiten), Eltern („härter“ durchgreifen), Mutterschaftsurlaub und Teilzeitbeschäftigung zusammentrugen. Frauentreffen auf Schulkreisebene und Betriebsgruppen entstanden. In der „Hamburger Lehrerzeitung“ erschienen zwei ausführliche Artikel über die „Lehrerinnenwirklichkeit“, in denen unter den Überschriften „Frauen als Arbeitnehmerinnen, Kolleginnen in der Schule“, „Frauen als Lehrerinnen im Unterricht“ und „Frauen als Mitglieder der GEW“ („HLZ“ 11 und „HLZ“ 13/79) die bisherigen Diskussionsergebnisse und Fragen der Lehrerinnen zusammengefaßt wurden.

Anfang Oktober fand dann die erste Frauenversammlung statt, die mit 60 Frauen ein voller Erfolg war. „Die Kolleginnen waren sich einig, daß die Diskussion über die Situation in Schule und Gewerkschaft unbedingt weitergeführt werden müsse... Die Diskussion verlief engagiert und in sehr solidarischer Atmosphäre. Einige Kolleginnen: Dieser Abend macht Mut, wieder mehr in der GEW zu tun.“ („HLZ“ 13/79). Die nächste Frauenversammlung findet Mitte November statt.

Die DKP versuchte, sich von Anfang an in die Diskussion um eine Frauenpolitik in der GEW einzuschal-

ten, um sie zu verhindern, was ihr aber nicht gelang. In „9 Thesen zur Diskussion“ („HLZ“ 8/9, 79), die durch einen zweiten Artikel „Mißverständnisse und tatsächliche Kontroversen“ („HLZ“ 12/79) noch bekräftigt wurden, wird den Lehrerinnen einzureden versucht, daß sie selbst ihre Lage nur verschlechtern, wenn sie sie benennen: „These 1: Wer ständig von der 'Frauenfrage' redet, verfestigt tradierte Rollenvorstellungen.“

Die Doppelbelastung der Frauen durch Haushalt, Kinder und Beruf wird zwar konstatiert; die Frauen werden jedoch von der Artikelschreiberin für ihre Lage selbst verantwortlich gemacht. „Es ist mir jedoch unverständlich, warum Frauen Probleme zu ihren machen, die eben nicht nur ihre sind. Wird damit nicht indirekt das Recht der Frauen (zumindest der Frauen mit Kindern) auf Arbeit bestritten? Warum gehen nicht die Frauen alle davon aus, daß Eltern, die arbeiten, sich um die Unterbringung der Kinder zu kümmern haben? Dies kann doch nur zu einem 'Frauenproblem' werden, wenn Frauen dies zu ihrem Problem machen.“ Frauen, die Kritik an der These geübt hatten, daß Männer „freiwillig“ Aufgaben der Kindererziehung übernehmen, wird Kinderfeindlichkeit vorgeworfen: „Ist denn Kindererziehung nur als Belastung zu sehen, die den Männern aufgezwungen werden muß? Warum bekommen wir denn immer noch Kinder? Als Rentenversicherung?“ Die Konsequenz aus dieser gegen die Frauen gerichteten Argumentation ist These 8: „Es gibt keine frauenspezifischen Interessen und Probleme.“

Interessant ist, daß im zweiten Ar-

tikel diese unhaltbare These scheinbar zurückgenommen wird. „Diese These ist zugegebenermaßen mißverständlich formuliert... Natürlich sollte damit nicht ausgesagt werden, daß Frauen in unserer Gesellschaft den Männern gleichgestellt sind und es keine Diskriminierungen von Frauen gibt. Nur: Diese Situation kann nicht als 'Frauenproblem', sondern muß als gesellschaftliches Problem betrachtet werden. Die Ursachen der Ungleichbehandlung von Frauen und Männern liegen nicht im 'Machtstreben' der Männer o.ä., sondern in unserer Gesellschaftsstruktur.“ Der letzte Satz ist sicher richtig, in diesem Zusammenhang führt er jedoch nur dazu, die gegen die Frauen gerichteten Aussagen der Verfasserin zu verschleiern.

Über den Anspruch der GEW-Frauenversammlung, Fragen zu diskutieren, die Frauen betreffen, schreibt die Verfasserin: „Dies würde fatal an die Seite 'Für die Frau' in vielen Zeitschriften erinnern, wo Fragen des Haushalts und der Kindererziehung als 'Frauenthemen' auch räumlich getrennt werden, während die 'hohe Politik' für Frauen uninteressant bleiben soll.“ Demgegenüber will die Verfasserin, daß in dem Frauenausschuß die Frauen ihre „besonderen Diskriminierungen“ lediglich „zusammentragen“, um dann „gemeinsam mit den männlichen Kollegen für die Realisierung der Forderungen zu kämpfen.“ Alles andere hält die Verfasserin für „Feminismus“. Es spricht für die Frauen in der GEW, daß sie sich durch Artikel und Leserbriefe in der Lehrerzeitung gegen diese frauenfeindlichen Thesen öffentlich verwahrt haben.

Eine Genossin aus dem Lehrer-Bereich

## Frauenausschuß IG Druck und Papier: Wir fangen erst richtig an ...

Im Mai dieses Jahres haben wir einen neuen Frauenausschuß gegründet, weil der alte zurückgetreten ist. Der Hintergrund sind Differenzen über die Aufgaben gewerkschaftlicher Frauenarbeit. Der alte Frauenausschuß bestand wesentlich aus älteren Kolleginnen, die sich nicht von der alten Tradition lossagen wollten, Frauen nur für allgemeine Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen und dafür zu schulen. Wir sind seit 1977 vor allem dafür eingetreten, daß Frauenarbeit spezifisch an den Problemen der erwerbstätigen Frauen entwickelt werden muß. Darüberhinaus wollen wir Forderungen für alle Bereiche der Frauen aufstellen, wo die Gleichberechtigung der Frauen noch nicht erfüllt ist. Das sind sehr viele Fragen und Probleme wie Löhne/Gehälter, Arbeitsbedingungen, Rationalisierung etc. und nicht zu vergessen Familien- und Kinderprobleme. Außerdem wollen wir auch eine Öffentlichkeitsarbeit für Frauen machen. Immer deutlicher wurde, daß der Unterschied zwischen den älteren und jüngeren Kolleginnen im Frauenausschuß grundlegende Differenzen zur Frauenarbeit waren, so daß das Mißtrauen bei den älteren Kolleginnen zu einem Generationsproblem gemacht wurde. Die Kolleginnen haben dann den Rücktritt gewählt, was sicher nicht in unserem Sinne ist. Vielmehr hätten wir eine Zusammenarbeit gewünscht.

Der neue Frauenausschuß besteht aus ca. 20 Kolleginnen, die überwiegend aus dem Angestelltenbereich verschiedener Verlage kommen.

Im neuen Frauenausschuß haben wir jetzt angefangen zu arbeiten und zu diskutieren:

- Betriebskindergarten ja oder nein?
- Mutterschaftsurlaub: Hierzu haben wir Kontakt mit der Leitstelle für die Gleichberechtigung der Frau beim Hamburger Senat aufgenommen. Ein Antrag auf die Delegiertenversammlung soll gestellt werden, daß auch Väter den verlängerten Urlaub beanspruchen können.

- Schwierigkeiten in der Frauenarbeit: Wir wollen mehr Frauen vor allem aus den Betrieben gewinnen; um aus Erfahrungen zu lernen, haben wir den Film „Frauen, Schlüssel der Gewerkschaften“ angesehen, und diskutiert.

- „Frauen zum Bund? Nein danke!“ ist das Ergebnis einer Diskussion anlässlich der Veranstaltung in der Markthalle.

- Wir haben uns an den Hamburger Filmtagen beteiligt. Den Film „Sing Iris sing“ über Umschulungsmaßnahmen haben wir unter Frauen in der IG-Druck bekannt gemacht.

Unsere weitere Perspektive ist, in die Betriebe hineinzuwirken und über Fragebogen die „Eingruppierungsaktion“ durchzuführen. Sicher werden wir dann mehr wissen über die Lage der arbeitenden Frauen im Hamburger Druckbereich. Wichtig finden wir auch eine Schulung für die Mitglieder des Frauenausschusses z.B. zur proletarischen Frauenbewegung.

Eine Genossin aus dem Druck-Bereich





# ab

## arbeiterbuch

### Politische Buchhandlung

Grindelhof 45  
2 Hamburg 13  
Tel. 45 38 01

#### Literatur zur Geschichte der Frauenemanzipation

Karin Bauer  
„Clara Zetkin“ und die proletarische Frauenbewegung  
Verlag Oberbaum DM 19,80

Ein sehr wichtiges und materialreiches Buch zur Entstehungsgeschichte der proletarischen Frauenbewegung bis zum 1. Weltkrieg und der Gründung der III. Internationale.

Marieluise Janssen-Jurreit  
„Sexismus“  
Fischer Nr. 3704 DM 12,80

Bereits 1976 erschienener feministischer „Kontrapunkt“ zu K. Bauers oben genannten Buch. Über den geschichtlichen Rahmen hinausgehende feministische Analyse der vielfältigen Ebenen der Frauenunterdrückung. Versuch, die verschiedenen Strömungen der bürgerlichen Frauenbewegung differenziert darzustellen und Defizite der frühen sozialdemokratischen Frauenbewegung hinsichtlich der Berücksichtigung der doppelten Unterdrückung der Frau in Haushalt und Familie zu kritisieren.

Jutta Menschik  
„Feminismus – Geschichte, Theorie, Praxis“  
Pahl-Rugenstein DM 12,80

Geschichte des Feminismus aus DKP-naher Sicht, wobei viel Platz der Kritik feministischer Positionen eingeräumt wird.

J. Menschik (Hrsg.)  
„Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau“  
Pahl-Rugenstein DM 12,80

27 Texte aus der Geschichte der Frauenbewegung, von Luise Otto bis Kate Millet.

Stefan Bajohr  
„Die Hälfte der Fabrik“  
VAG DM 32,-

Geschichte der Frauenarbeit in Deutschland 1914 bis 1945

Fesser u.a.  
„Weib und Macht“  
Fischer

Vier Wissenschaftler aus verschiedenen Bereichen versuchen nachzuweisen, daß es vor 3000 Jahren der Männerherrschaft eine fünf Millionen Jahre lang Dominanz der Frau gegeben hat.

Bölke, Gundula  
„Die Wandlungen der Frauenemanzipationsbewegung – von Marx bis zur Rätebewegung“  
Association DM 5,-

Heymann/Augsburg  
„Erflehtes – Erschautes: Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850 bis 1940“  
Verlag Anton Hain DM 19,80

Die vorliegenden Memoiren sind ein „Glücksfall“, denn es gibt so gut wie keine Darstellungen aus dem Bereich des linken radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung, sehr spannend und lesenswert.

Herve, Florence  
„Brot und Rosen“  
VMS DM 14,80

Geschichte und Perspektiven der demokratischen Frauenbewegung aus DKP-Sicht

Renate Wiggerhaus  
„Geschichte der Frauen und der Frauenbewegung“  
Hammer Verlag DM 24,-

Ein ganz neues und materialreiches Buch über Frauen und Frauenbewegung nach 1945 in beiden Teilen „Deutschlands“.

G. Dietze  
„Die Überwindung der Sprachlosigkeit“ – Texte aus der neuen Frauenbewegung  
Luchterhand DM 12,80

## Trotz massiver Einschüchterung:

# GEW

## Lehrer streiken!

Am 13.11. werden die in der GEW organisierten Lehrer in Hamburg, Hessen und Niedersachsen für zwei Stunden die Arbeit niederlegen, um damit ihrer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung Nachdruck zu verleihen. Dies ist das Ergebnis von in den Landesverbänden durchgeführten Mitgliederbefragungen. Besonders ragt hier das Ergebnis der in Hamburg durchgeführten Befragung hervor: In einer Urabstimmung entschieden sich 81,2% der ca. 10.000 GEW-Lehrer für den zweistündigen Streik! Die Vorbereitungen für diese Arbeitsniederlegung wurde von einer massiven Einschüchterungskampagne der Arbeitgeber begleitet, wobei sich besonders die niedersächsische Regierung hervortat.

### HAMBURG: 81,2% für Streik

Die Durchführung der Urabstimmung wurde auf einer Vertrauensleuterversammlung am 1.11. bei nur zwei Gegenstimmen beschlossen. Auf der Versammlung erklärte der Landesvorsitzende Lemke unter dem Beifall der Kollegen: „Wir können keinen gewerkschaftlichen Kampf eingehen, ohne ein Risiko in Kauf zu nehmen.“ Lemke wandte sich gegen die vom Juristen Zwirner in die Diskussion eingebrachte Unterscheidung zwischen einem Demonstrations- und Erzwingungsstreik, die von der Führung der GEW-Bund propagiert wird (vgl. AK 165): Das Zwirner-Gutachten könne dazu verleiten zu sagen, man streike ja gar nicht richtig. Die Arbeitsniederlegung habe nicht „nur“ die Qualität eines Protestes sondern sei eine echte Kampfmaßnahme, die einen Auftakt für härtere Auseinandersetzungen im Frühjahr darstelle. Lemke erklärte, er sei nicht bereit, auch nur den geringsten Abstrich vom Streikrecht hinzunehmen. Aussagen, die sich wohlwollend von Tönen aus anderen Landesverbänden unterscheiden.

Die Urabstimmung wurde dann an drei Tagen durchgeführt, an ihr waren – wie auch beim Streik – Referendare, angestellte Lehrer und ABM-Beschäftigte mit beteiligt.

Vor der Durchführung des Streiks hatte Senator Grolle schon in einem Schreiben vom Oktober alle Lehrer gewarnt. Allerdings verzichtete er völlig auf die Androhung von Disziplinarverfahren. Einzige Drohung: Die Behörde wäre gezwungen, „die durch ein ungenehmigtes schuldhaftes Fernbleiben vom Dienst verursachten Bezüge einzubehalten.“ Auf den ersten GEW-Aufruf zur Urabstimmung reagierte die Behörde mit einem Schreiben, in dem sie das Aufhängen

ersten GEW-Aufruf zur Urabstimmung reagierte die Behörde mit einem Schreiben, in dem sie das Aufhängen des Aufrufs im Lehrerzimmer verbot. Verschiedene Schulleiter haben daraufhin diese GEW-Information aus dem Lehrerzimmer entfernt. Die GEW rief dazu auf, sich hierauf nicht einzulassen und die Aufrufe weiterhin auszuhängen. Am 8.11. schob dann die Behörde eine weitere Einschüchterung nach. In einem Schreiben des Staatsrats Liebrecht wurden die Schulleiter aufgefordert, die Namen der Streikenden der Behörde mitzuteilen. Weiter heißt es dort: „Abschließend muß ich darauf hinweisen, daß Lehrer, die sich an den rechtswidrigen Streikmaßnahmen beteiligen, aus ihrer persönlichen Verantwortung und ihrer Aufsichtspflicht gegenüber den Schülern nicht entlassen sind.“ Mit derartigen Aussagen wird versucht, Verunsicherung und Verwirrung in die Kollegen zu tragen. Die GEW hat darauf bis jetzt immer recht schnell reagiert.

Während der Arbeitsniederlegung, die um 11 Uhr – also meist mitten während des Unterrichts beginnt, werden sich die Lehrer zu einer Kundgebung im Audi-Max versammeln.

### NIEDERSACHSEN: Dienstenthebung angedroht

Hier hatte sich der Landesverband ein Limit von 5.000 Unterschriften für die Arbeitsniederlegung gesetzt. 5.000 Unterschriften kamen zusammen und so hat der Landesvorstand am 7.11. die Durchführung der Aktion beschlossen. Am Streiktag werden in den einzelnen Kreisen Versammlungen stattfinden, vereinzelt sind sogar Demonstrationen während der Arbeitsniederlegung geplant (z.B. in Achim). Insgesamt ist die Mobilisierung der Kollegen hier erheblich

geringer als etwa in Hamburg, was zum einen an der passiven Haltung diverser Kreisvorstände und zum anderen an der ländlichen Struktur vieler niedersächsischer Bezirke liegen mag, was die Kommunikation erschweren. Vielmehr als in Hamburg ist hier das Gelingen der Aktion vom Eingreifen von aktiven Kräften an den einzelnen Schulen abhängig.

Kultusminister Remmers hatte schon zu Beginn des Schuljahres zwar „Verständnis“ für die Forderungen der Lehrer bekundet, aber vor der Durchführung von Kampfmaßnahmen „gewarnt“. „Deshalb wäre ich bei einem Streik während der Unterrichtszeit, bei der Weigerung, Zeugnisse zu schreiben und schriftliche Arbeiten zu korrigieren oder bei der Verletzung sonstiger Dienstpflichten zur Einleitung von Disziplinarverfahren unausweichlich gezwungen“, hieß es dort. Inzwischen haben die Behörden bei der Einschüchterung der Lehrer noch einiges zugelegt. Am 31.10. verschickten die Bezirksregierungen gleichlautende Schreiben an den Schulleiter, in denen angeordnet wird, daß gegen alle am Streik Beteiligten „Vorermittlungen“ einzuleiten seien. Gegen „Rädelführer“ soll noch strenger vorgegangen werden: „Bei Beamten, die die pflichtwidrigen Kampfmaßnahmen aktiv fördern oder dazu aufrufen, sind die Vorermittlungen so schnell wie möglich abzuschließen und in der Regel förmliche Disziplinarverfahren einzuleiten. Dabei ist darauf zu achten, daß im dienstlichen Interesse (...) nach Lage des Einzelfalles das Verbot der Amtsführung auszusprechen oder die vorläufige Dienstenthebung anzuordnen ist.“ Außerdem werden in dem Schreiben die Schulleiter angewiesen, die Lehrer darauf aufmerksam zu machen, „daß die an den Kampfmaßnahmen Beteiligten außer mit disziplinarrechtlichen Folgen auch damit rechnen müssen, daß sie bei grob fahrlässiger Verletzung ihrer Aufsichtspflicht haftungsrechtlich und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.“ Es bleibt zu hoffen, daß diese massiven Drohungen nicht noch zu Einschüchterungen führen. Der Landesvorstand hatte die Mobilisierung sehr stark entlang der Argumentation „Arbeitsniederlegung ist nicht rechtswidrig“ betrieben, der Vorsitzende Galas hatte sogar abgestritten, daß es sich bei der Arbeitsniederlegung um einen Beamtenstreik handele (E&W-Niedersachsen 10/79), so ist zu befürchten, daß viele Kollegen für die vom Arbeitgeber vorgetragene rechtliche Argumentation empfänglich sind.

vom Arbeitgeber vorgetragene rechtliche Argumentation empfänglich sind.

### HESSEN: Provokation des Landesrechnungshofs

Auch in Hessen kamen 5.500 Unterschriften für die Arbeitsniederlegung zusammen, die jetzt doch – entgegen früheren Absichten – landesweit durchgeführt wird. Während der Arbeitsniederlegung werden in Wiesbaden, Frankfurt, Darmstadt und Kassel Kundgebungen durchgeführt. Schon Anfang August hatte Kultusminister Krollmann hier alle Lehrer vor der Beteiligung am Arbeitskampf „gewarnt“. Darin hieß es: „Wer als Beamter seinen Dienst verweigert und streikt, bleibt schuldhaft dem Dienst fern. Er verliert seine Bezüge für die Zeit des Fernbleibens. Darüber hinaus verletzt er vorsätzlich die ihm obliegende Dienstleistungspflicht und begeht damit ein Dienstvergehen. Dies gilt auch für streikähnliches Verhalten in Form teilweiser Nichterfüllung dienstlicher Pflichten, etwa für die Weigerung, Noten zu geben, Arbeiten zu korrigieren oder ähnliches. In allen diesen Fällen setzt sich der Beamte durch derartiges Verhalten der disziplinarischen Verfolgung aus.“

Insgesamt zeigt die laufende Auseinandersetzung, daß die Lehrer mit ihrer zweistündigen Arbeitsniederlegung nicht nur einen Schritt machen, kämpferisch für berechnete Forderungen einzutreten, sondern daß hier auch ein erster Schritt gegen die staatliche Auffassung vom Dienstverhältnis der Beamten unternommen wird.

### Weitere Aktionen zur Arbeitszeitverkürzung

Die GEW-Landesverbände Bremen, Niedersachsen und Hamburg führen

am 15.11. um 15.30 Uhr in Celle anlässlich der dortigen Tagung der Ministerpräsidenten eine Demonstration durch.

Bayern: Am 17.11. wird in München (11.30 Uhr, Marienplatz) eine landesweite Demonstration durchgeführt. Im Aufruf des Landesvorstands heißt es: „Die Kluft zwischen der amtlichen Selbstzufriedenheit über den Zustand unseres Bildungswesens und der realen tagtäglichen Misere in seinen Einrichtungen ist unerträglich geworden (...) Ob die für das Bildungswesen in Bayern Verantwortlichen schlafen oder sich schlafend stellen: Wir wecken sie auf!“

Bremen: Hier wurde eine Unterschriftensammlung zur Solidarität mit den anlässlich der Arbeitsniederlegung im Juli disziplinierten Kollegen gestartet. Im Text heißt es: „Wir protestieren entschieden gegen die Disziplinierungen der Kollegen

und fordern den Senator auf, die Mißbilligungen bzw. Abmahnungen zurückzunehmen. Wir erklären uns solidarisch mit den disziplinierten Kollegen und fordern: Arbeitszeitverkürzung, 40-Stunden-Woche auch für Lehrer.“

Nordrhein-Westfalen: Auf Beschluß der Landesvertreterversammlung findet am 13.11. abends in Herne eine landesweite Kundgebung statt.

Schleswig-Holstein: Am 13.11. wird um 16 Uhr in Neumünster eine Protestkundgebung durchgeführt.

Westberlin: Hier wird eine Aktion „Jetzt soll der Senator selbst korrigieren“ durchgeführt. Am 13.11. werden dem Schulsenator Rasch unkorrigierte Klassenarbeiten, Tests, Schulaufgaben etc. – gebündelt zu Paketen – mit der Bitte um Korrektur überreicht.

Ein Lehrergew., KB/Gruppe Hamburg

## Von der Konfrontation zur Integration

Vom 21. bis 24.10.79 fand in Münster die LVV der GEW Nordrhein-Westfalen statt. Neben Rechenschaftsbericht, Wahlen u.ä. waren Anträge zur Arbeitszeitverkürzung, Unvereinbarkeitsbeschlüssen, Atomkraftwerken, Berufsverböten, Bildungspolitik usw. auf der Tagesordnung. Vor ca. zweieinhalb Jahren fand die letzte LVV statt – in der Zwischenzeit konnte der Landesvorstand relativ unbehelligt von der Basis schalten und walten.

Wir berichteten regelmäßig über dessen hektische Tätigkeit, die vor allem darin bestand, 18 Mitglieder des Ortsverbandes Bochum aus der GEW auszuschließen. Wie der Leser dieser Zeitung weiß, war diese Tätigkeit nicht von Erfolg gekrönt – in einem gerichtlichen Vergleich sind jetzt auch die letzten fünf Betroffenen wieder aufgenommen. Die Bochumer Ausschüsse haben auch die Basis während einesinhalb Jahren beschäftigt und zu erheblichem Unmut gegenüber dem derzeitigen Landesvorstand geführt.

Wer nun hoffte, daß die Führung der GEW Nordrhein-Westfalens auf dieser LVV wegen ihrer undemokratischen Politik zur Rechenschaft gezogen würde, sah sich getäuscht.

Der alerte, dynamische, 26 Jahre junge Geschäftsführer Hombach, der bis kurz vor der LVV gegen alles hetzte, was sich mit den Ausschüssen in irgendeiner Weise solidarisierte, führte das Lehrstück an spezialdemokratischer Taktik vor:

Nicht Auseinandersetzung und Kampf gegen Links war die Parole, sondern groß angelegte Integration

war angesagt. Die Anwendung der UVBs im Fall Bochum sei ein Fehler gewesen und so etwas käme nicht wieder vor.

Anträge der Linken, z.B. erst nach inhaltlicher Diskussion und nicht vorher zu wählen, wurden anstandslos vom Vorstand angenommen; ebenso der Antrag, am 13. November (Arbeitsniederlegung in Hamburg, eventuell auch in Niedersachsen und Hessen) eine zentrale Kundgebung im Ruhrgebiet zu veranstalten.

Dieses Integrationsmanöver war so erfolgreich, daß es bei der Entlastung des Vorstandes lediglich sieben (!) Gegenstimmen gab – d.h. nicht einmal alle Bochumer Delegierten sahen sich in der Lage, die Politik des Vorstandes zu verurteilen.

Bei den Wahlen boten die Linken ein besonders schwaches Bild: Die meisten Kandidaten des Vorstandes kamen mit guten Mehrheiten durch, auch wenn es Gegenkandidaten gab. Die Vorsitzende Ilse Brusis, die für die Bochumer Ausschüsse verantwortlich zeichnete, wurde mit nur 38 Gegenstimmen und 30 Enthaltungen wieder gewählt!

Die zentrale Auseinandersetzung um die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fand nicht statt, weil die Mehrheit der Delegierten für Nichtbefassung dieses Punktes plädierten und damit der Argumentation des Vorstandes folgte, daß endlich mal „konstruktiv“ gearbeitet werden solle und außerdem die UVBs in NRW sowieso keine Rolle spielten.

Das wäre zu schön um wahr zu sein.

Eine Hamburger Lehrergewossin

## Stamokap und GEW

Wie die „FAZ“ vom 22.10.79 meldet, soll die Landesvorsitzende der GEW, Ilse Brusis, enorme Schwierigkeiten mit dem „ultralinken Flügel der Jusos“ haben. Laut einer „vertraulichen Schilderung“, die in einer Konferenz des DGB-Landesbezirksvorstandes von NRW abgegeben wurde, „ergeben sich die größten Schwierigkeiten mit Kommunisten aus deren Streben, unidentifizierbar zu bleiben. Eine Sondergruppe seien in diesem Zusammenhang die Stamokaps ...“, deren politische Heimat die DKP sei, die aber aus persönlichen und taktischen Gründen das Parteibuch einer großen Partei hätten. Die Stamokaps wären bemüht, möglichst viele Positionen im Gewerkschaftsapparat zu besetzen. Sie würden mit aller Macht auf eine Ablösung der Landesvorsitzenden der GEW, Brusis, hinarbeiten.

Soweit die „Meldung“ der „FAZ“, die weder von anderen Tageszeitungen oder der regionalen Presse wiederholt, bestätigt oder kommentiert wurde.

Gut, daß an diesem Montag die Landesvertreterversammlung der GEW in NRW tagte und der Artikel Ilse Brusis mit Bitte um ihre Stellungnahme überreicht wurde. Prompt unterbrach sie die LVV und wandte sich empört gegen diese „Meldung“, sie hätte nie so etwas behauptet, ja sie wisse nichts von solch einer „vertraulichen Schilderung“ und wolle gegenüber der „FAZ“ eine Gegendarstellung erwirken. Deutlich wurde auch, daß I. Brusis hier keine Show abzog, sondern daß die „FAZ“ in diesem Artikel offensichtlich Falschmeldungen verbreitete. So bleibt nur übrig, daß es gewisse (rechte) Kreise innerhalb des DGB auf die eigenen Parteimitglieder des „ultralinken Flügels“ abgesehen haben und sie ihrer Kollegin in der GEW einen Wink mit dem Zaunpfahl geben wollten, wie man die Stamokaps einzuschätzen und zu bekämpfen hat.

Eine Hamburger Lehrergewossin





## Nachrichten aus Schule und Hochschule



### Neuer VS-Skandal gegen Studenten!

3000 Studenten der Hamburger Universität beschlossen am 7. November auf einer Vollversammlung, das Hauptgebäude der Uni zu besetzen. Anlaß: dem AstA war ein „vertraulicher Vermerk“ aus der Uni-Verwaltung, datiert vom 24.10.78, in die Hände gefallen, der den Beweis für eine Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Verwaltung schwarz auf weiß liefert.

Es handelt sich bei diesem Schreiben um einen Bericht eines Herrn Busse, Referent der Hochschule, über ein Gespräch mit einem gewissen Herrn Heesch vom Landesamt für Verfassungsschutz. Ausgangspunkt dieser Unterredung ist die Beschwerde des Herrn Heesch, „daß es seinem Amt zunehmend außerordentliche Schwierigkeiten bereite, die zur Identifizierung einzelner Studenten benötigten Personalangaben über das Studentensekretariat zu erhalten, weil dieses Referat sich weigert, solche Daten herauszugeben“ (aus dem vertraulichen Schreiben).

Nach Aussagen des Verfassungshüters existiert eine „schriftliche Vereinbarung“, nach deren Inhalt Auskünfte über Studenten schriftlich angefordert und schriftlich beantwortet werden sollen. Da dieses Verfahren offensichtlich nicht so reibungslos klappt, wie es sich der VS vorstellt, strebt das Verfassungsschutzamt „ein mündliches Verfahren an, bei dem zur Arbeitserleichterung für beide Seiten nur wenige Beamte beauftragt sein sollen, Anfragen zu stellen“. Darüberhinaus wäre dem Amt auch damit gedient, wenn ihm von der Universität nicht mehr benötigte Listen mit Personalangaben vollständig überlassen würden. Referent Busse hat dieses Ansinnen keineswegs rundheraus abgelehnt, er mußte allerdings erklären: „Wegen der politischen Innenwirkung könne in dieser Angelegenheit nur mit besonderer Vorsicht und mit Fingerspitzengefühl vorgegangen werden... im übrigen falle der Zeitpunkt seines (Heesch's) Auftritts in der Universität in die heißen Diskussionen um die Lockerung des Extremistenerlasses...“ Busse mochte dem Herrn vom Verfassungsschutz zwar keine großen Hoffnungen machen, sagte ihm allerdings zu, diese delikate Angelegenheit im Januar 79 erneut zu erörtern.

#### Die langen Finger des VS in allen Hochschulen?

##### Die langen Finger des VS in allen Hochschulen?

Aus dem vertraulichen Schreiben geht hervor, daß an allen Hochschulen Hamburgs eine Zusammenarbeit zwischen VS und Verwaltung besteht. Während Herr Heesch beklagt, daß es „in der Fachhochschule ebenso schlechte Liefen wie in der Universität“, hat er in den kleineren Hochschulen „nichts zu beanstanden“.

Hamburg ist nicht das erste Land, in dem eine Zusammenarbeit zwischen Hochschulbürokratie und Verfassungsschutz aufgedeckt wurde. Im Mai dieses Jahres wurde bekannt, daß sechs baden-württembergische Hochschulen Listen mit Personalangaben über Studenten weitergegeben hatten. Kurz darauf stellte sich durch eine Anfrage heraus, daß vom Wahlamt der Technischen Universität Westberlin Wandzeitungen und Ergebnisse von Wahlen an den Senator für Inneres weitergegeben worden waren.

Alles deutet heute darauf hin, daß es sich nicht nur um Einzelfälle handelt, sondern daß an allen Hochschulen Vereinbarungen und Regelungen bestehen, die die Verwaltungen zur Unterstützung der schmutzigen Verfassungsschutzgeschäfte verpflichten.

#### Ganz legale Amtshilfe

In einer Presseerklärung gibt der Universitätspräsident Fischer-Appelt offen zu, Daten an das Landesamt für Verfassungsschutz geliefert zu haben. Er rechtfertigt dies sogar mit der Begründung, die Hochschule sei „zur Amtshilfe gegenüber den hamburgischen Behörden verpflichtet“. Während Fischer-Appelt dieser Verpflichtung zur Bespitzelung der Studenten bereitwillig nachkommt, zeigt der Rektor der Hochschule für Wirtschaft und Politik, daß es möglich ist, diese sog. Amtshilfe zu verweigern, indem er erklärt: „Auch in Zukunft bin ich nicht bereit, die Ausforschung von Studenten zu unterstützen oder ihr Vorschub zu leisten“.

Uni-Präsident Fischer-Appelt dagegen leugnet zwar die Existenz einer Vereinbarung zwischen Verfassungsschutz und Universität, spricht allerdings von „universitätsinternen Verfahrensregelungen“, die Informationen über „namentlich genannte Einzelfälle“ zulassen. Es handle sich dabei allerdings „nur“ um Angabe des Geburtsdatums, der Matrikelnummer, der Adresse und des ersten Hauptfaches. Nicht nur die Erfahrungen aus Westberlin (s.o.) deuten darauf hin, daß es bei diesen Daten wohl nicht geblieben ist. Bekannt ist ebenfalls ein Schreiben der Fachhochschule Hamburg an das Landesamt für Verfassungsschutz aus dem Frühjahr 73, dem vollständige Namenslisten aller zum Konzil und den Fachbereichsräten gewählten Kandidaten, sowie diverse Schriftwechsel des Wahlleiters mit Kandidaten beigelegt sind. Sollten wir da tatsächlich annehmen, daß das Präsidium der Universität derartige Unterlagen nicht weitergereicht hat?

In zahlreichen Berufsverböten wurden Angaben über die Betroffenen aus ihrer Studienzeit verwertet, und zwar nicht nur ihre Matrikelnummer, sondern genaue Aufstellungen ihrer Mitarbeit in Organen der verfaßten Studentenschaft und anderer politischer Aktivitäten an der Uni.

1978 standen fünf Studenten der Hamburger Uni vor Gericht wegen

1978 standen fünf Studenten der Hamburger Uni vor Gericht wegen angeblicher Nötigung und Freiheitsberaubung. Ihre Identifizierung sollte anhand von Listen zum Wahl des Studentenparlaments sowie einiger Fotos, die vorher auf Wandzeitungen ausgehängen hatten, erfolgen. Es konnte dank des Fingerspitzengefühls der Universitätsbeamten nie ganz geklärt werden, wie die Listen zur Polizei gelangt waren. Ein Zeuge erinnerte sich allerdings, sie schon vorher in der Uni-Verwaltung gesehen zu haben.

Beispiele, die eindeutig dagegen sprechen, daß der Verfassungsschutz „nur“ Personaldaten erhalten hat.

Unglaublich werden die Ausflüchte des Universitätspräsidenten noch durch folgende Tatsache: Während der Präsident des Hamburger Verfassungsschutzes, Horchem, von jährlich zehn Anfragen sprach, erinnert sich ein Referent der Uni-Verwaltung zumindest an zwei bis drei Listen mit 50 bis 60 Namen.

#### Die Studenten fordern die vollständige Wahrheit

Die Enthüllungen des AstA stießen innerhalb der Studentenschaft auf massive Empörung. Bezeichnend für das gegenwärtige Klima ist, daß nicht einmal die Rechtsaußen innerhalb der Studentenschaft, der RCDS, wagen, diese Praktiken offen zu verteidigen.

Diese Stimmung kam auch auf der Uni-VV am 7.11. zum Ausdruck. Der Vorschlag, eine Besetzung des Hauptgebäudes der Universität (Sitz der Verwaltung) durchzuführen, wurde ohne weitere Diskussion einstimmig angenommen. Über 1000 Studenten beteiligten sich daraufhin aktiv an der Besetzung. Diese Aktion sollte ein Druckmittel sein, um die Uni-Verwaltung zur Aufdeckung der ganzen Wahrheit zu zwingen.

Innerhalb dieser Besetzungsaktion zeigten sich jedoch die grundsätzlich unterschiedlichen Positionen zwischen AstA (getragen von Jusos, MSB und SHB) einerseits und den radikalen Linken andererseits.

Die „Linke Liste“ (eine linke Studentenparlamentsfraktion) und der SSB hatten dem AstA schon frühzeitig den Vorschlag für eine gemeinsame Besetzungsaktion unterbreitet. Der AstA lehnte dies ab. Obwohl er wortradikal den Rücktritt von Fischer-Appelt, Sinn (Wissenschaftssenator) und Staack (Innenminister) forderte, ging es in erster Linie um eine verbal-propagandistische Kampagne. Als sich jedoch im Laufe der Woche herausstellte, daß die Stimmung innerhalb der Studentenschaft auf „Sturm“ stand, übernahm er auf der Uni-VV kurzerhand den Vorschlag einer Besetzung als eigene Idee. Allerdings, wie sich zeigen sollte, nur, um einer weiteren Radikalisierung dieser Aktion vorzubeugen. Innerhalb des Gebäudes übernahm es vor allem der MSB, die Türen der Büros der leitenden Verwaltungsbeamten zu bewachen - es hätte ja sonst sein können, daß dort Akten sichergestellt worden wären!

Mit einem Trick versuchte Fischer-Appelt, der Aktion die Spitze abzubrechen: Er überließ dem AstA die Verfügungsgewalt über die Flure des Gebäudes bis zum nächsten Morgen 8 Uhr. Unter den Besetzern wurde daraufhin diskutiert, sich nicht an diesen gesetzten Zeitpunkt zu halten, sondern das Gebäude am Vormittag dichtzumachen. D. i. e. s. wollte der

diesen gesetzten Zeitpunkt zu halten, sondern das Gebäude am Vormittag dichtzumachen. Dies wollte der AstA auf keinen Fall. Daß in diesem Fall die „Besetzung“ zu einer Farce würde (eine Nacht kann sicherlich den Verwaltungsbetrieb nicht stören), ließ sie kalt. Auf der Besetzerversammlung wurde der Beschluß gefaßt, das Gebäude zumindest bis 11.00 Uhr des nächsten Tages besetzt zu halten. Am Morgen des 8.11. organisierten die AstA-Vertreter jedoch schon vor Eintreffen der Verwaltungsbeamten stillschweigend den Abzug, ohne konkrete Reaktionen der Univerwaltung abzuwarten!

Dieses Verhalten des AstA verdeutlicht, daß es ihm gar nicht um die Organisation eines konkreten Drucks auf die Verwaltung geht, sondern daß er sich in der zugespitzten Situation als „Hilfsheriff“ gegen die Forderungen der Studenten einsetzt! Er versteht sich offensichtlich vor allem als „Schlichter“ zur Dämpfung einer möglichen „Eskalation“! Die Linken an der Uni haben es dem AstA bei diesem Spiel bisher jedoch auch ziemlich leicht gemacht. Nur wenige Kräfte haben sich an der Besetzung aktiv beteiligt, bzw. haben diese frühzeitig verlassen. Erst nach der Abwiegung durch den AstA sind jetzt die Proteste gegen dieses Vorgehen aufgebrochen. So hat der Koordinationsrat der streikenden Psychologiestudenten ein Flugblatt herausgegeben, wo er die Praktiken des AstA angreift.

Die Aufgabe der Linken besteht jetzt darin, mit der Stimmung der Studenten das „friedliche“ Konzept des AstA zu durchbrechen, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die ganze Wahrheit zu erzwingen.

SSB, Hamburg



Der Unmut der Studenten über die mangelnde Wohnraumversorgung in Frankfurt verschafft sich plakativ Luft.

### Wohnungsnot von Studenten

Nicht ohne Grund häufen sich in letzter Zeit Überschriften in der Presse wie „Studenten in Behelfsunterkünften“ („FR“, 2.10.79), „Kaum noch eine Bude frei ... und bei der studentischen Vermittlung herrscht Ebbe“ („HA“, 1.9.79), „Viele Studienanfänger suchen verzweifelt ein Zimmer“ („FR“, 26.9.79), „Obdachlose Studenten wohnen im Zelt“ („FR“, 13.10.79); denn einem jährlich größer werdenden Bedarf steht eine stagnierende Zahl von Wohnheimplätzen, die Wegganierung von Altbauwohnungen und der seit Jahren rückläufige Bau von Sozialwohnungen gegenüber. Er sackte im Zeitraum 1973 bis 1978 von 169.000 auf 135.000 fertiggestellte Wohnungen ab und wird in diesem Jahr voraussichtlich noch einmal um 11% auf 120.000 Fertigstellungen im gesamten Bundesgebiet und Westberlin absinken.

Das bedeutet heute einen Fehlbestand von 10 Millionen Sozialwohnungen (vgl. AK 160)! Aber auch auf dem verbleibenden „Freien“ Markt ist für Studenten kaum ein Blumentopf zu ernten; insbesondere ausländische Kommilitonen gehören neben Gastarbeitern zu den unbeliebtesten Mietern.

Hier ein Überblick der katastrophalen Lage:

- in Esslingen bei Stuttgart „wohnen“ etwa zwei Dutzend Studenten in einer kleinen „Zeltstadt“ („FR“, 13.10.79)
- in Frankfurt stehen 300 Bewerber in einer Warteliste für einen Wohnheimplatz (Wartezeit bis drei Monate) („FR“, 26.9.79)
- in Kassel werden Studienanfänger wie schon in den letzten Jahren z.B. in Turnhallen untergebracht („FR“, 2.10.79)
- in Gießen konnte die dramatische Zuspitzung „aufgefangen“ werden, indem Wohnheimgemeinschaften und die ESG provisorische Unterkünfte bereitstellten, andere in Hotels oder bei Verwandten mit täglichen Anfahrtswegen bis zu 60km unterkamen. Viele Studienanfänger konnten ihr Studium gar nicht erst aufnehmen! („FR“, 11.10.79). Dort sind von 2.380 Studienanfängern 500 ohne Zimmer

- in Heidelberg müssen wegen der Sanierung 800 Studenten die Altstadt verlassen. Für neue Wohnheime gibt es schon seit 1976 keine Haushaltsmittel mehr („FAZ“, 20.10.79).
- in Kiel nutzen einige Firmen durch Aufteilung von Altbauwohnungen in teure Appartements die Lage aus („MoPo“, 9.10.)
- Münster: 5.000 Studienanfänger, davon 10 - 15% ohne Zimmer.
- Tübingen: Für 20.000 Studenten stehen höchstens 16.000 Zimmer zur Verfügung, etwa 3.000 Erstsemester stehen auf der Straße.
- In Hamburg stehen für 4.000 Erstsemester ganze 24 Zimmer zur Verfügung („HA“, 1.9.79). Auch die Wohnraumzentrale kann da kaum weiterhelfen. Auf eine Inseratskampagne (Kosten DM 4.000) „meldeten sich ganze 8 Personen, die bereit sind, an Studenten zu vermieten.“

Gegen diese Misere sind in den letzten Wochen an vielen Universitäten Protestaktionen durchgeführt worden. Der VDS-Vorstand hat die folgenden Forderungen zur Beseitigung der Notsituation erhoben:

1. Ungenutzter Wohnraum und leerstehende Altbauwohnungen sollen nicht abgerissen, sondern den Studenten durch Kommunen zur Verfügung gestellt werden.
2. Die Mittel zur Subventionierung und Förderung der Anmietung zusätzlichen Studentenwohnraums, die nach den Richtlinien des Bundes und der Länder für Studentenwohnraumförderung vorgesehen sind, sollen unbürokratisch bereitgestellt werden.
3. Alle im Bau befindlichen Studentenwohnheime sollen zügig fertiggestellt werden.
4. Der Wohngeldzuschuß nach dem BAFöG soll auf 90 DM verdoppelt werden, die Studenten in die Förderung nach dem Wohngeldgesetz aufgenommen werden.
5. Der vom Bundestag beschlossene Heizkostenzuschlag soll sofort bereitgestellt werden.
6. Bei der Zuschlagzahlung sollen auch Studenten berücksichtigt werden, die in Wohngemeinschaften oder in Untermiete wohnen.
7. Der Zuschlag soll nicht nur für Ölheizungen, sondern auch an jene bezahlt werden, die andere im Preis gestiegene Heizmittel verwenden. Da bisher kaum eine Änderung der Situation in Sicht ist, werden die Studenten in Zukunft wohl in Eigeninitiative für ausreichenden und preiswerten Wohnraum sorgen müssen. ... Hier bieten sich auch gute Möglichkeiten, eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Mieter- und Stadtteilgruppen zu beginnen.

Zusammengestellt aus Artikeln einer Genossin des SSB/HH und der Wohnungskommission, KB/Gruppe Hamburg

### Besetzung auch in Bremen

Bremer Studienanfänger haben sich aufgrund der Wohnungsnot zu einer „Initiative wohnungssuchender Studenten“ zusammengeschlossen. Als erste Maßnahme zur kurzfristigen Abhilfe wurden am 19. Oktober eine nicht genutzte Cafeteria im Uni-Gelände besetzt und mit Feldbetten für ca. 30 Leute ausgestattet. Gleichzeitig wurde eine Unterschriftensammlung gestartet, die mit einer Untersuchung der Wohnraumsituation von Bremer Studenten gekoppelt war.

Ende Oktober wurde erneut zur Tat geschritten: Ein leerstehendes Haus in der Innenstadt wurde besetzt. Verhandlungen mit dem Liegenschaftsamt, das dieses Haus verwaltet, waren erfolgreich: die neuen Bewohner erhielten einen Mietvertrag, Monatsmiete 160 DM! Da dort nur fünf Leute wohnen können, bleibt das Uni-Café weiterhin besetzt.

Der sozialdemokratische Senat wagte es nicht, diese Besetzung auch nur zu kritisieren. Der zuständige Senator erklärte sogar, er habe für diese Aktion „Verständnis“. — Das kostet allerdings nichts, und man/frau sollte nicht vergessen, daß diese Herrschaften nichts tun, um unsere miese Wohnsituation wirklich zu verbessern.

Studentengenosse aus Bremen



Demonstranten vor dem Wissenschaftsministerium an der Prinzenstraße



## Göttingen: 2.500 demonstrierten gegen Wohnungsnot

Anlässlich einer Sitzung des Senats der Universität, auf der über die Freigabe des Alten Klinikums zu Wohnzwecken entschieden werden sollte, fand am 24.10.79 eine Demonstration mit rund 2.500 Teilnehmern statt. Die sehr kämpferische und überraschend große Demonstration begann vor der seit sechs Tagen besetzten ehemaligen Augenklinik und endete vor der verschlossenen Tür der Universitätsaula, hinter der die Herren Senatoren tagten.

Unterstützt wurde diese Demonstration von einem außergewöhnlich breiten Spektrum. So riefen neben der Mieterinitiative Kreuzberg und dem ASIA (JUSOS, KHB und SB) auf und beteiligten sich: der SLH (rechtsliberaler Verband, oft Bündnispartner des RCDS), der LHV, die DKP, der MSB, der KBW sowie der Stadtschülerrat. Der SPD Unterbezirk stellte einen Bulli, auf dem dann die Lautsprecheranlage der DKP montiert wurde. Schöne „Volksfront“.

Auf der Kundgebung unterstrichen sämtliche Redner, ein Erstsemester, ein ASIA-Vertreter, ein Sprecher des GEW-Kreisverbandes sowie ein Berufsschüler die Forderungen nach Freigabe des gesamten Alt-Klinikums zu Wohnzwecken.

Wie kaum anders zu erwarten, ließen sich die Herren Senatoren von der Breite des Protests nicht beeindrucken. Erschreckend ist aber die Deutlichkeit, mit der dann ein entsprechender Beschluß gefaßt wurde. Gegen den einen JUSO-Studenten im Senat stimmten sämtliche zwölf anderen Senatsmitglieder, u.a. der RCDS-Vertreter einem Beschluß zu, in dem verkündet wird, man wolle „an der seit Jahren erarbeiteten Planung festhalten“ (aus dem Beschluß). Konkret heißt das, Umbau (innerhalb der nächsten Jahre) des alten Klinikums zu Institutsgebäuden, sowie Leerstellen der Häuser bis dahin. Dieser Beschluß wird noch bekräftigt, indem der Senat erklärt, er wolle auf eine „rasche Realisierung der Pläne drängen“ (ebd.).

Als Zucker für die Öffentlichkeit ist es wohl gedacht, wenn der Senat erklärt, er wolle sich dafür einsetzen, daß die Landesregierung innerhalb von zwei Jahren ein neues Wohnheim mit bis zu 500 Plätzen baut. Dies ist erstens viel zu wenig, in Göttingen fehlen 3.000 Wohnungen (!), darüber hinaus ist es völlig unklar, ob die Landesregierung das überhaupt machen will.

Nur wenn eine verbindliche Zusage der Landesregierung vorliegt, will der Senat „möglicherweise bestimmte Teilbereiche für eine Übergangszeit zur vorübergehenden und befristeten Nutzung als Wohnraum zur Verfügung zu stellen.“

Der Senat verweigerte auch ausdrücklich eine „Legalisierung“ der Besetzung der Augenklinik. Vor diesem Hintergrund ist der in liberalem Ton gehaltene Beschluß im Prinzip nichts anderes als die öffentliche Ankündigung einer Räumung der Augenklinik durch die Polizei.

Im „Göttinger Tageblatt“ hatte Präsident Kamp noch am 24.10. gemeint, er hoffe „auf die Einsicht der Besetzer“, als man ihn auf die Möglichkeit einer Räumung ansprach. Mit dem Senatsbeschluß im Rücken dürfte es ihm leichter fallen, dieser Einsicht mit Hilfe der Staatsgewalt auf die Sprünge zu helfen, wenn sie nicht rechtzeitig von den Bewohnern und Besetzern des Hauses gezeigt wird.

KHB Göttingen



## Mit dem Holzhammer gegen Gesamtschulen

Die in der CDU/CSU maßgeblichen Politiker haben in den letzten Wochen - z.T. auch gegen Widerstände aus ihren eigenen Reihen - die Auseinandersetzung um die Gesamtschule unerhört verschärft und sind - unter Bruch getroffener Vereinbarungen - dazu übergegangen, die SPD-Länder offen zu erpressen. Wie bei kriminellen Erpressern üblich, werden dabei die Forderungen ständig in die Höhe geschraubt. Geiseln bei dieser Erpressung sind die 360.000 Schüler, die heute eine Gesamtschule besuchen.

Die Hamburger SPD, die kürzlich die Hamburger Gesamtschulen in das Regelschulwesen einbezog, wird von der CDU/CSU und der Springer-Presse für diese Eskalation des Konflikts verantwortlich gemacht. Die Tatsachen sprechen hier eine andere Sprache. Im Februar dieses Jahres als die Werbekampagne für die Hamburger Gesamtschulen gerade auf Hochtouren lief, erklärte der bildungspolitische Sprecher der Hamburger CDU, Volker Rühle: „Ein Schulabschluß auf einer der neuen Hamburger Gesamtschulen wird billiger, als ein Schulabschluß auf einer der alten Hamburger Regelschulen.“ (Welt, 14.2.79).

Diese damalige Aussage Rühes, mit der er Eltern bei ihrer Entscheidung für die Gesamtschule versichern wollte, war eine glatte Lüge, war die Anerkennung der Hamburger Abschlüsse doch durch entsprechende Vereinbarungen gesichert. Dies wußte auch Rühle und so bemühte er sich nachträglich, entsprechende Tatsachen zu schaffen. Vor der Hamburger CDU-Landesvertretung in Bonn erklärte er am 6. März: „Er werde sich bei den CDU-Ländern, soweit ihm das möglich sei, dafür einsetzen, daß die Hamburger Gesamtschulabschlüsse dort nicht anerkannt werden“ (FR, 20.10.79). Das Ziel, die Gesamtschule durch die Nichtanerkennung der Abschlüsse kaputtzumachen, stand also schon längst fest und so entlarvt sich das Geschrei über den Hamburger SPD-Beschluß als billiger Vorwand für diese gegen die Schüler gerichtete

Politik. Hinzu kommt, daß die Einführung der Gesamtschule als Regelschule in Hamburg ja von der CDU nahestehenden Kräften, die gegen die Einrichtung neuer Gesamtschulen geklagt hatten, erzwungen wurde, und zwar gegen die eigentlichen Absichten der SPD. Diese konnte zu diesem Zeitpunkt gar nicht mehr anders, wollte sie sich nicht vor den Befürwortern der Gesamtschule unmöglich machen.

### Forderungen ständig höher geschraubt

Am 18. Juni einigten sich die Kultusminister auf einen Kompromiß, der im wesentlichen den Vorstellungen der CDU entsprach. Es wurde vereinbart, daß zur Anerkennung der Abschlüsse im Sekundarbereich I eine „Gleichwertigkeit der Bildungsgänge“ notwendig sei. Es solle eine „Abstimmung der Zielsetzungen für die Fächer und Lernbereiche“ vorgenommen werden.

Die CDU/CSU ließ festschreiben, daß sie am dreigliedrigen Schulwesen festhalte, während die SPD-Länder bekundeten, daß sie die Gesamtschule als eine Regelschule parallel zum dreigliedrigen Schulwesen einführen gedenken. Die Anerkennung der Hamburger Gesamtschulen als Regelschule entsprach also voll und ganz diesen Vereinbarungen. Trotzdem erhoben die CDU/CSU-Bildungspolitiker auf der Kultusministerkonferenz am Tage nach dem Hamburger Beschluß am 5. Oktober ein großes Geschrei: „Unsere Bemühungen, die Einheitlichkeit des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten und damit die Möglichkeit, weiterhin die Schulabschlüsse problemlos gegenseitig anzuerkennen, werden durch das Hamburger Vorgehen in Frage gestellt.“ (Welt, 5.10.79).

Auf dieser Sitzung wurde dann von den CDU-Politikern plötzlich gefordert, daß die Stundentafeln der Gesamtschulen denen des dreigliedrigen Schulwesens angeglichen werden müßten, eine Forderung, die im Juni-Kongreß nicht enthalten ist. Bayern erklärte dazu: „Wir lassen unser System nicht unterlaufen, in dem wir billige Maßstäbe zulassen.“ (FR, 6.10.79). Mit dieser Unterstellung, daß die Gesamtschulabschlüsse „billig“ seien, während die Abschlüsse des dreigliedrigen Schulwesens - besonders in Bayern - höherwertig seien, war eine neue Stufe der Konfrontation vorgezeichnet. Am 14./15. 10. trafen sich dann in Deidesheim die CDU/CSU-Bildungspolitiker, wo der nächste Coup beschlossen wurde: Die Gesamtschule solle ausschließlich an den Maßstäben des dreigliedrigen Schulwesens gemessen werden. Einen Tag später trat der niedersächsische Kultusminister Remmers als stellvertretender Vorsitzender der Länder-Bund-Kommission zurück, da er diesen Kurs nicht länger tragen wollte. In einem Brief an seine Parlamentskollegen begründete er diesen Schritt. Darin heißt es: „Da es nun einmal in dem einen Land mehr, in dem anderen Land weniger Gesamtschu-

len gibt, kann man nicht auf dem Rücken der Kinder und zu Lasten der Eltern die Abschlüsse nach 1981 nicht mehr anerkennen.“ (FR, 29.10.79). Bezeichnend, daß eine derartige Position in der CDU/CSU nicht mehr mehrheitsfähig ist.

Ihren vorerst letzten Coup leistete sich die CDU, als ihr Generalsekretär Geißler die SPD zur „Kompromißbereitschaft“ aufrief. Folgende Bedingungen für einen Kompromiß wurden dabei von ihm genannt: - Absolventen von Gesamtschulen müßten die gleichen Leistungen „überprüfbar“ erbringen (hierbei ist wohl an die in Bayern üblichen gemeinsamen Abschlußprüfungen von Gesamtschülern und Haupt-/Realschülern gedacht) - Es sei „ungerecht, daß die integrierten Gesamtschulen in erheblichem Umfang besser ausgestattet seien als die anderen Schulen.“ (FR, 3.11.79). Also: Weniger Geld für Gesamtschulen, damit die Abschlüsse anerkannt werden!

### SPD: Starke Worte ...

### SPD: Starke Worte ...

Auf die Erpressungsmanöver der CDU/CSU reagierten verschiedene SPD-Politiker recht scharf. So sprach Westberlins Schulsenator Rasch von einem „Bildungsimperialismus“ (FR, 5.11.79) Bayerns, da über die Anerkennung der Abschlüsse versucht werde, auf die Schulpolitik in den anderen Bundesländern Einfluß zu nehmen. Hessens Kultusminister Krollmann stellte fest, daß „Hessen seine Lehrpläne (nicht) in Bayern zur „Zensur“ vorlege“ (FR, 5.11.79). Genscher warnte vor einem „bildungspolitischen Sonthofen“ (FR, 29.10.79) und Bildungsminister Schmu-de fürchtete, daß Bildungspolitik zu einem Kampf verkomme, „in dem Kinder und Jugendliche als Geiseln genommen werden, um den Gegner zum Aufgeben zu erpressen“ (Welt, 30.10.79). Auch die CDU-Politikerin und DGB-Vorstandsvertreterin Maria Weber fand auf dem bildungspolitischen Kongreß des DGB, der ganz im Zeichen des Gesamtschulstreits stand, kritische Worte zum Vorgehen ihrer Parteifreunde: Sie warnte vor „verantwortungslosen oder oft auch ahnungslosen Wahlkämpfen und machthungrigen politischen Strategien“ (FR, 31.10.79) und forderte, daß überall, wo der Elternwille es erfordere, eine Gesamtschule in erreichbarer Nähe sein müsse.

### ... und keine Taten

Anfang November veröffentlichte eine Wissenschaftlerkommission einen Untersuchungsbericht über die 30 Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen. Die Gesamtschulen, so heißt es in dem Bericht, schaffen „mehr Chancengleichheit, mehr qualifizierte Abschlüsse weniger Schulabgänger ohne Abschluß sowie eine größere Offenheit der Bildungswege, verbunden mit einem günstigeren erzieherischen Klima, geringerer Schulangst und Schulverdrossenheit sowie besserer Motivation der Schüler“ (FAZ, 3.11.79). Ferner wird in dem Bericht nachgewiesen, daß leistungsschwächere Schüler in den Gesamtschulen besser gefördert werden, während

überdurchschnittlich begabte Schüler schlechtere Leistungen erbrächten, als an den dreigliedrigen Schulen. Die Wissenschaftler kommen zu der Empfehlung, die Gesamtschule als „eine weitere Regelschule“ einzuführen. Die Einführung der Gesamtschule als alleinige Regelschule lehnen die Wissenschaftler „derzeit aus prinzipiellen Gründen“ (FAZ, 3.11.79) ab, ist also nicht Ergebnis ihrer Untersuchung.

Immerhin handelt es sich bei diesem Untersuchungsbericht um die abschließende Untersuchung der als Versuchsschule geführten Gesamtschulen.

Trotzdem machte sich die SPD/FDP-regierte Landesregierung diese Untersuchungsergebnisse nicht zu eigen. In einem „äußerst vorsichtig formulierten Kabinettsbeschuß“ (FAZ, 3.11.79) wurde von einer Einführung der Gesamtschule als Regelschule abgesehen. Man wolle erst „die fachliche und öffentliche Diskussion mit dem Bürger auch über die Gewichtung der vielfältigen möglichen Beurteilungskriterien abwarten und deren Ergebnisse in die Meinungsbildung einbeziehen“ (ebd.). Doch damit nicht genug. Kultusminister Girsensohn kündigte bereits an, „daß künftig nicht mehr alle Gesamtschulen Ganztagsbetrieb haben werden“ (Welt, 3.11.79) und setzte sich damit über eine Empfehlung seiner Schulaufsicht hinweg, die in einem Bericht festgestellt hatte: „Nach übereinstimmenden Berichten aller Schulen reicht die Lehrerausstattung der Gesamtschulen ohne Versuchs- und Ganztagszuschlag nicht aus, um alle pädagogisch notwendigen Förder- und Differenzierungsmaßnahmen der Gesamtschule sachgerecht durchführen zu können“ (ebd.).

Hier zeigt sich, daß die sozialliberalen Politiker noch nicht mal eine Gleichstellung der Gesamtschulen mit dem dreigliedrigen Schulwesen wollen, sondern daß sie mit dem Argument der „Vergleichbarkeit“ auch von sich aus daran gehen, Errungenschaften der Gesamtschulen abzubauen. Ein Schutz vor den Demagogen der CDU bedeutet diese Politik nicht, schlachtet diese doch die Halbherzigkeit der Landesregierung weidlich aus: „Die Regierung wolle den neuen Schultyp nach der Wahl (Landtagswahl im Mai 1980, Anm. AK) als Regelschule einführen, wage aber nicht, dies den Bürgern noch vor der Wahl mitzuteilen. Darin liegt nach Ansicht der CDU ein großes Täuschungsmanöver gegenüber der Bevölkerung“ (FAZ, 3.11.79).

Während sich die SPD/FDP-Politiker also mit großen Worten gegen die Erpressungen der CDU/CSU wenden, machen sie in den von ihnen regierten Ländern eine Politik, die den Reaktionen immer neue Munition liefert. Nur mit einem klaren und unzweideutigen Eintreten für die Gesamtschulen und den damit verbundenen pädagogischen und sozialen Vorstellungen ist der Kampagne von rechts zu begegnen.

AG Gesamtschule  
Lehrerbereich KB/Gruppe Hamburg





Eine kleine Sensation ist geschehen: „Nur“ 4 Jahre nach Erscheinen der Enquete zur Lage der Psychiatrie in der BRD bequemen sich unsere „Volksvertreter“ endlich, diese Untersuchung im Bundestag zu diskutieren. Fazit, das die Abgeordneten zogen: die Lage der Psychiatrie ist der soziale Notstand Nr. 1!

Am 5. März 1970 stellte die CDU/CSU im Bundestag den Antrag, die psychiatrische Versorgung der Bevölkerung in der BRD zu untersuchen. Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit erteilte daraufhin an rund 2.000 Wissenschaftler und Praktiker den Auftrag, einen Bericht (kurz Psychiatrie-Enquete genannt) zu erstellen. Dem 1973 vorgelegten Zwischenbericht folgte 2 Jahre später die endgültige Fassung. Das Werk, 1.800 Seiten lang und 3 kg schwer, ist unübersichtlich und für den Laien unbrauchbar. Doch einige Fakten bestätigen das im Zwischenbericht gezogene Fazit: „Die Lage der psychisch Kranken ist teilweise noch menschenunwürdig und unmenschlich“ (Materialsammlung III zur Enquete).

### Die psychiatrische Versorgung in der BRD

Es wird heute davon ausgegangen, daß jeder dritte Bundesbürger psychisch krank ist. Jährlich begeben sich 600.000 Menschen erstmals in psychiatrische Behandlung. Hinzu kommt der Teil der Bevölkerung (4-8 Mio.), der einen Hausarzt beansprucht, obwohl sein Leiden psychisch bedingt ist.

Die Psychiatrie-Enquete spricht von 130 Fachkrankenhäusern mit nicht ganz 100.000 Betten. Sie nahmen 1972 158.034 Patienten auf, von denen zwei Drittel in Mammutkassen mit über 1.000 Betten kamen. Die meisten Gebäude sind hoffnungslos veraltet, 63% wurden vor 1925 errichtet. Die Enquete kommt zu dem Schluß: je größer die Anstalten, desto schlimmer wird die Situation für die Patienten. Schlafräume mit über 20 Betten sind keine Seltenheit. Der Anteil der offenen Stationen sinkt in den Großkliniken gegenüber den kleineren Kliniken um mehr als die Hälfte. Wer einmal in eine solche Anstalt eingewiesen wird, läuft Gefahr, für immer darin zu bleiben: 67% der Patienten werden länger als ein Jahr interniert, 31% sogar länger als ein Jahrzehnt! Der Patient ist damit zusätzlich zu seiner Krankheit hospitalisiert, d.h. durch den langen Krankenhausaufenthalt passiv und lebensuntüchtig geworden. Bezeichnend auch hier: mit abnehmender Bettenzahl sinkt die Verweildauer rapide.

Eine exemplarische Untersuchung im Rheinland ergab: durchschnittlich teilen sich 6 Patienten ein Waschbecken, 53% der Patienten muß sich mit mehr als zehn anderen eine Toilette teilen. In den 6 großen psychiatrischen Krankenhäusern fehlen 42% der benötigten Nachttische, 2.500 Spinde wären zu beschaffen, 11.789 Betten sind gar nicht belegbar.

Die ärztliche Versorgung ist katastrophal. Auf einen Nervenarzt kommen 68.499 Einwohner, allgemein wird die Untergrenze für eine ausreichende Versorgung mit 1:50.000 angesehen. Hinzu kommt die Konzentrierung der Ärzte in den Großstädten, so daß sich die Unterversorgung auf dem Land noch krasser auswirkt. Nicht besser sieht es in den Krankenhäusern aus. Von den 1.651 Ärzten sind nur etwas mehr als die Hälfte Fachärzte für Psychiatrie, rein rech-



## Psychiatrie — Sozialer Notstand Nr. 1

nerisch ist ein Arzt für 60 Betten zuständig. Noch schlimmer ist es bei den Psychologen, von denen es sowieso nur 195 in der Psychiatrie gibt. Ein Psychologe ist für 506 Patienten zuständig. Mehr als die Hälfte des Pflegepersonals (meist Frauen) ist ohne Ausbildung, die übrigen haben nur in geringem Umfang eine psychiatrische Zusatzausbildung. Sozialarbeiter scheinen ebenfalls als überflüssig zu gelten. Ein einzelner Sozialarbeiter ist für 540 Patienten mit ihren individuellen Bedürfnissen und Problemen verantwortlich. Ein Beschäftigungstherapeut sieht sich gar 1.696 Patienten gegenüber! Bei diesen Zahlen wird deutlich, daß eine einigermaßen sinnvolle Therapie nicht möglich ist, stattdessen werden Unmengen von Medikamenten, hauptsächlich Psychopharmaka und „Beruhigungsmitteln“, verabreicht.

Noch trüber sieht es im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie aus. In 17 Einrichtungen stehen 3.700 Betten. Die Enquete gibt die Zahl der der Psychologen mit 286 an; statt der notwendigen 1.700 Fachärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt es nur 185.

31 Fachkliniken mit 3.000 Betten und 46 Suchstationen an psychiatrischen Krankenhäusern mit 3.200 Betten können die wachsende Zahl der Suchtkranken nicht versorgen. Halbstationäre Dienste zur Stabilisierung nach der klinischen Behandlung fehlen fast gänzlich. Dabei steigt die Zahl der Alkoholkranken und Drogenabhängigen ständig, seit 1950 um 70%!

### Die Forderungen der Sachverständigenkommission

1970 um 107%

### Die Forderungen der Sachverständigenkommission

Ausgehend von der statistisch belegten skandalösen Lage der psychisch Kranken in der BRD, legte die Kommission einen umfangreichen Katalog von Sofortmaßnahmen, sowie langfristige Forderungen zur Beseitigung der „brutalen Realität“ vor. Bereits im Zwischenbericht wurden als Sofortmaßnahmen nachdrücklich gefordert: Zur Befriedigung humaner Grundbedürfnisse muß

1. Ersatz für unzumutbar baufällige Einrichtungen geschaffen werden (dies darf keineswegs zur Erweiterung der Kapazität der Großkrankenhäuser führen).

2. sollen Sondermittel für dringende Renovierungsarbeiten bereitgestellt werden.

3. gehören zur Gewährleistung allgemeiner Lebensbedingungen ausreichend sanitäre Ausstattungen, wohn-

liche Möblierung (eigener Nachttisch, abschließbarer Schrank für Geld und persönliches Eigentum des Patienten). „Wirtschaftlichkeit“ und Organisation darf nicht zu Lasten des Patienten gehen (Einheitskleidung, frühes Wecken, festgelegte Schlafenszeit). Disziplinarische Absonderungen sind zu verbieten, Postkontrolle zu unterlassen. Zur Schaffung eines natürlichen Milieus sollen die Stationen überwiegend geöffnet und gemischt belegt sein.

4. soll die von den Patienten in der Anstalt geleistete Arbeit gerecht entlohnt werden.

Die Enquete stellt den Forderungen zur Neuordnung der Versorgung psychisch Kranker und Behinderter einige Grundsätze voraus. So soll den Entstehungsbedingungen und Umständen psychischer Krankheit in der Erziehung, bei Arbeit und Wohnen nachgegangen werden und die Ergebnisse verwertet werden. Durch vorbeugende Hilfen im pädagogischen, sozialtherapeutischen und beratenden Dienst ist die Vorsorge der psychischen Gesundheit zu verbessern.

Der Hilfesuchende muß die Hilfe in nächster Umgebung finden können. Eine Trennung des Kranken von seiner Umgebung ist nur in Ausnahmefällen gerechtfertigt. D.h. weg von den großen, abgelegenen Anstalten zu gemeindenahen Diensten. Alle bestehenden Unterschiede hinsichtlich rechtlicher, kostenmäßiger und sozialer Regelung zwischen körperlich und psychisch Kranken müssen beseitigt werden.

### „Die Behandlung der psychisch Kranken ist eine Schande“

### „Die Behandlung der psychisch Kranken ist eine Schande“

Dieses Fazit zog „Die Zeit“ (v. 12. 12.75) nach Erscheinen der Enquete zur Lage der Psychiatrie, die im Grunde genommen nichts anderes in nackte Daten und Statistiken preßte, was nicht ohnehin schon über die katastrophale psychosoziale Versorgung der Bundesbürger bekannt gewesen ist. Was „Die Zeit“ als den „bisher größten Skandal im sozialen Bereich“ bezeichnet, den die Enquete enthüllt, war der Bundesregierung erst vier Jahre nach ihrem Erscheinen eine Debatte wert. 1970, als im Bundestag diese Untersuchung beschlossen wurde, hatte sich noch der SPD-Abgeordnete Koenig gebrüht: „Die Zeit der Schlangengruben ist vorbei.“

Art. 2 Abs. 1 des Grundgesetzes garantiert das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und Abs. 2 das Recht auf Leben und körperliche Un-

versehrtheit“ (nach Klee, Psychiatrie-Report.) Dazuschreibt Klee: „Die Heuchelei der politisch Verantwortlichen ist in der Tat grenzenlos. Während sich die Verantwortlichen ihre Diäten bedenkenlos erhöhen, lassen sie die Verwahrung von „Geisteskranken“ zu, die nicht einmal einen minimalen menschlichen Standard gewährleistet. Die Euthanasie geht weiter. Nur vergast man nicht mehr, sondern läßt Menschen einfach verkommen.“

Bis heute, d.h. 4 Jahre nach Erscheinen dieser Untersuchung, sind noch nicht einmal die krassensten und unumsehlichsten Mißstände in der Psychiatrie in Ansätzen abgebaut worden.

So meldete die „WELT“ vom 3. 10. 78, daß die Deutsche Akademie für Psychoanalyse (DAP) schwere Vorwürfe gegen die berühmte West-Berliner Karl-Bonhöffer-Nervenklinik erhebt. Die Klinikleitung wird beschuldigt, eine „schlimme Verwahrpsychiatrie“ zu betreiben und alle Versuche, einer „dynamischen, therapeutischen Behandlung“ der Patienten mit teilweise repressiven Methoden abzublocken, gleichzeitig wird auf eine Reihe von Todesfällen hingewiesen: so sei im vergangenen Jahr im Wachsall der Klinik ein an Armen

und Beinen gefesselter Patient in seinem Bett verbrannt; ein Patient erhängte sich, ein anderer, der in einer Einzelzelle eingesperrt war, beging mit Rasierklingen Selbstmord. Die DAP wirft den zuständigen Stellen vor, genau informiert gewesen zu sein und nichts unternommen zu haben, daher werfe sich die sterben müssen, wie viele Menschen bis an ihr Lebensende in chronischen Stationen verschwinden müssen“.

Die „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V.“ legte einen Bericht vor, in dem scharfe Kritik am Nervenkrankenhaus München-Haar geübt wird. Anhand von Beispielen wird aufgezeigt, daß in Haar „eklatante Einschränkungen der Menschenrechte der psychisch kranken Insassen“ vorgenommen werden. Auf Fotos werden Menschen gezeigt, die durch Hand- und Fußriemen an Stahlrohrbetten gefesselt sind („FR“, 2.6.77).

Diese willkürlich herausgegriffenen Beispiele ließen sich für fast jedes andere psychiatrische Krankenhaus beliebig fortsetzen. Selbst der faschistische „Halbierungserlaß“ des Reichsinnenministers, von 1942 (!) hat heute noch Gültigkeit. Dieser diskriminierende Erlaß schreibt die Teilung der Kosten für die Unterbringung psychisch Kranker zwischen den Krankenkassen und der Sozialhilfe vor – im Gegensatz zu den „normalen“ Kranken, bei denen die Krankenkassen die gesamten Kosten tragen.

Seit dem Erscheinen der Enquete ist NICHTS geschehen, was die Lage der psychisch Kranken verbessert hat – abgesehen von der Renovierung einiger Uralt-Krankenhäuser, die kurz vor dem Verfall standen. Und wenn man sich ansieht, wie von der Bundesregierung mit ihrer eigenen Untersuchung zur Lage der Psychiatrie umgegangen wurde, läßt sich absehen, daß sich ohne massiven öffentlichen Druck in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nichts zum Positiven ändern wird.

Im Gegenteil...

Gesundheitskommission (jetzt incl. Behindertenkommission)

## Rheinisches Landeskrankenhaus Bonn: Fünf Todesfälle in fünf Monaten

Die Kette der Skandale in den Landeskrankenhäusern, die unter der Verantwortung des Landschaftsverbandes Rheinland stehen, reißt nicht ab. Diesmal ist es das Rheinische Landeskrankenhaus Bonn, in dem allein in den vergangenen fünf Monaten fünf Menschen wegen der unhaltbaren Zustände und nicht etwa an Altersschwäche oder an ihren Krankheiten sterben mußten. So starb zuletzt am 16. Oktober eine Frau, die sich beim Essen verschluckt hatte, weil kein Absauggerät da war, um die Lufttröhre wieder freizubekommen. Die Zustände hatten sich in diesem Psychiatrie-Krasi nach Bezug eines Neubaus Ende Mai noch weiter verschärft. Das hatten zwei Ärztinnen dem Gesundheitsdezernenten des Landschaftsverbandes schon in einem Brief im Juni mitgeteilt und dringend Personal angefordert. Nichts geschah. In einem weiteren Schreiben vom 8.10. zogen sie gewissermaßen Bilanz: „Bei der Mehrzahl der Patienten ist es zum Teil zu erheblichen Gewichtsverlusten gekommen“ („UZ“, 26.10.). Seit Inbetriebnahme des Neubaus und „der dadurch bedingten personellen Unterbesetzung (sind) die

Verletzungen der Patienten sprunghaft in die Höhe geschossen“ (ebd.). Beigefügt war eine Liste mit 95 Unfällen. „Danach sind nahezu täglich Patienten gestürzt, von Stühlen oder aus Betten gefallen und mit Rollstühlen umgekippt, Platzwunden, schwere Blutergüsse, Schädelverletzungen, Knochenbrüche waren die Folgen. In vier Fällen starben die alten Menschen nach den Knochenbrüchen“ (ebd.). Ein Sprecher des Landschaftsverbandes gab unumwunden zu, daß die Verantwortlichen von diesen skandalösen Verhältnissen wußten, indem er erklärte, auch vor dem Umzug in den Neubau hätten sich „derartige Unfälle“ ereignet.

Die Ärztinnen weisen in ihrem Brief weiter darauf hin, daß aufgrund des Personalmangels „unruhige Patienten“ mit Bettbüchern an Stühle gefesselt und mit Psychopharmaka vollgestopft den ganzen Tag sich selbst überlassen wurden.

Inzwischen haben 20 Mitglieder der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK) die Abteilung Alterspsychiatrie besetzt.

## Italienische Anti-Psychiater in der BRD

München. 50 italienische Ärzte, Schwestern, Pfleger und Sozialarbeiter nahmen am 13./14.10. an einer Arbeitstagung „Die neue Psychiatrie in Italien“ der „Bayerischen Gesellschaft für soziale Psychiatrie“ teil. In Arbeitsgruppen („Auflösung der Anstalten“, „Frauen in der Psychiatrie“, „Warum kostet die neue Psychiatrie weniger“ u.a.) haben die insgesamt ca. 600 Teilnehmer den Weg der italienischen „Anti-Psychiatrie“ diskutiert und nachzuvollziehen versucht. Anti-Psychiatrie, das heißt die Auflösung der Anstalten, gesellschaftliche Integration der Insassen (sie gründeten Wohngemeinschaften und Genossenschaften), was verbunden war (ist) mit einer breiten Auseinandersetzung über dieses Thema. Ganz Italien diskutierte vor einigen Jahren (als die Reform-Bewegung ihren Siegeszug durch dieses Land antrat) die Auflösung der „Irrenanstalten“ in Triest und Görz. „Es gibt zwei Alternativen: Die Zerstörung der Anstalt oder die Zerstörung

des Patienten“, faßte ein italienischer Kollege seine Erfahrungen zusammen.

Als Ergebnis der Tagung könnte der Satz des Italieners Rezzo stehen: „Wir müssen dazu kommen unser Handeln und unsere Arbeit in psychiatrischen Institutionen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt zu bewerten, ob es zur Auflösung der Anstalten beiträgt oder zur weiteren endgültigen Psychiatriesierung der Personen.“

Eine gemeinsame Fahrt zum ehemaligen KZ-Dachau - in Gedenken an die von den Nazis im Rahmen des „Euthanasieprogramms“ ermordeten geistig Behinderten und psychisch Kranken - beendete die Arbeitstagung.

Gesundheitskommission

Kontaktadresse für Interessenten:  
Dr. Uwe Hilt  
8000 München 45  
Caracciolastr. 76  
Tel.: 089/65 34 32

## Buchtip:

## Behinderten Kalender 1980

Rechte • Tips • Nachrichten  
Herausgegeben von Ernst Klee



„Leben heißt Gesundheit und Zufriedenheit“ (Ratgeber für Querschnittsgelähmte) - das ist nur e in Spruch von vielen, die unter der Rubrik „Dummheit der Woche“ im Kalenderteil zu finden sind. Gemeldet sind hier von christlich verbrämter Dummheit bis hin zu menschenverachtenden „Unwertes-Leben“-Theorien strotzende Zitate aus Fachzeitschriften, Rehabilitationsstellen, von bekannten und unbekannten Personen. Hier ist noch eine kleine Leseprobe: „Denn Sorgenkinder sind keine zufällige Entartung der Natur, sondern eine bewußte Schöpfung, welche die Menschen als eine solche gläubig anerkennen und hinnehmen müssen“. (Zeitschrift für Sozialhilfe Nr. 5/73).

Die andere Überschrift „Wort zum Sonntag“ ist nicht immer so eindeutig zu verstehen. Es mischen sich sehr duftige Aussagen, wie: „Wir sind zu dem Entschluß gekommen, daß es nicht unbedingt erstrebenswert ist, uns in die zur Zeit bestehende Gesellschaft integrieren zu lassen, sondern zusammen mit Nichtbehinderten eine humanere Gesellschaft aufzubauen.“, mit Auszügen aus der Uno-Deklaration über Rechte behinderter Menschen, Schwerbehindertengesetze etc.,

deren Feststellungen von Behindertenrechten makaber anmuten angesichts dieses behindertenfeindlichen Systems. Zwischendurch gibt es viele mutmachende, auch sehr witzige Sprüche und Informationen im Kalenderteil, der ungefähr die Hälfte des Buches ausmacht.

Die restlichen 110 Seiten enthalten eine Fülle von Informationen, Arbeitsmaterialien, Adressen, Satire und Erfahrungsberichte. Dann noch seitenlang Adressen offizieller Behindertenstellen, Initiativgruppen etc., Ferienführer im In- und Ausland, Buch- und Zeitschriftentips u.v.m.

Insgesamt ist es ein sehr empfehlenswertes Buch für Behinderte und ihre Freunde. Es berichtet ohne Schmus und Tränendrüsen über die mannigfaltigen Benachteiligungen, Schikanen und Vorurteile und die Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren.

Übrigens: Es werden noch Leute gesucht, die zum „Jahr des Behinderten 1981“ produktiv tätig werden wollen, unter anderem für den Behindertenkalender 1981 und/oder andere Aktionen (Adresse im Kalender).

Eine behinderte und eine nicht-behinderte KB-Sympathisantin





## Gibt es eine neue §218-Bewegung?

In den letzten Jahren war die Auseinandersetzung um den § 218 und die Abtreibungspraxis in der Öffentlichkeit und auch innerhalb der Frauenbewegung recht gering. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Fristenregelung als verfassungsfeindlich erklärt hatte, bröckelte die damals sehr starke Bewegung gegen den § 218 immer mehr ab. Die autonomen Frauen zogen sich zum großen Teil in Beratungsgruppen zurück, z.T. in der Hoffnung, von dort aus den Kampf gegen den § 218 weiterführen zu können.

Die SPD, die sich noch vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für die Fristenregelung eingesetzt hatte, beruhigte die Frauen danach mit dem Spruch: Wir lassen die Frauen nicht im Stich. Die letztendliche sogenannte „Reform“ zeigte allerdings sehr bald, daß sie keine wirkliche Lösung des Problems war. Weiterhin waren die Frauen gezwungen, da, wo sie keine Indikation bekamen oder wo Krankenhäuser und Ärzte den Eingriff verweigerten oder von den Länderregierungen dazu verpflichtet wurden (wie z.B. in Bayern oder Baden-Württemberg), illegal abzutreiben oder das Kind gegen ihren Willen auszutragen.

In den letzten Monaten allerdings nimmt die Diskussion um den § 218 erneut einen Aufschwung, ausgelöst durch die sich häufenden Angriffe von Klerus und Reaktionen auf die derzeitige Indikationsregelung. Wir wollen in diesem Artikel einen Überblick über die Entwicklung dieser „neuen“ Bewegung gegen den § 218 geben.

In den letzten Monaten häuften sich die Angriffe auf die „Reform“ des § 218: Kirche, klerikale Verbände, Ärztevorbände, CDU und CSU sowie eine Reihe von Ärzten beschimpften abtreibende Frauen als Mörderinnen und fordern eine verfassungsrechtliche „Überprüfung“ des jetzigen § 218, vor allem der sozialen Indikation. Verschiedentlich wurden von den reaktionären Kreisen Demonstrationen „für das Recht auf Leben“ organisiert, die durchaus nicht nur im kleinen Kreis verliefen (in Essen waren es vor einiger Zeit z.B. über 4000 Demonstranten). Den Höhepunkt dieser reaktionären Mobilisierung in jüngster Zeit stellen mehrere Äußerungen des Vorsitzenden des gesundheitlichen Arbeitskreises der CSU, Dr. Holzgartner, dar, der Abtreibungen mit dem Massenmord an Juden unter dem Naziterror verglich. Daneben mehren sich die Angriffe auf die nichtstaatlichen und nichtkonfessionellen Beratungszentren der AWO (Arbeiterwohlfahrt) und der pro

familia. Der Präsident der Bundesärztekammer Karsten Vilmar verunglimpfte die pro familia Bremen, sie würde „die Tötung menschlichen Lebens der Lösung sozialer Probleme“ vorziehen. In Essen, wo es eine Initiative für ein Schwangerschaftskonfliktzentrum ähnlich dem Bremer Modell gibt, wird diese in übelster Weise diffamiert (s.AK 162). In Baden-Württemberg läßt man die Beratungsstellen der AWO, die eng mit der pro familia zusammenarbeiten, einfach finanziell auszuhungern. Dem Geldentzug für die Beratungsstellen setzte die CDU die Gründung einer Stiftung „Familie in Not“ entgegen, die mit 10 Millionen Mark ins Leben gerufen wurde („TAZ“, 26.7.).

Diese Angriffe lösten in der demokratischen Öffentlichkeit starke Empörung aus. pro familia und AWO-Berater/innen, fortschrittliche Ärzte, Judos, Frauen aus der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen), die DFI (demokratische Fraueninitiative) und Frauen aus Frauenzentren und Frauengruppen fangen an, sich zu wehren.

### pro familia wendet sich an die Öffentlichkeit

Der Gesamtverband der pro familia veröffentlichte als „Antwort“ auf die laufenden Angriffe der Reaktion am 1.10.79 in der „Frankfurter Rundschau“ eine ganzseitige Stellungnahme zu den derzeitigen „Bestrebungen, den Schwangerschaftsabbruch wieder zu erschweren“ und einen Vorschlag für ein neues Modellprogramm. „Die Anregungen stehen in einem direkten Zusammenhang mit der derzeitigen § 218-Kampagne“, wurde dazu von pro familia erklärt. In ihrem Modellvorschlag gehen sie u.a. auf die Frage der Empfängnisverhütung ein und fordern eine Verbesserung des Angebots vorbeugender Beratung, wodurch viele Schwangerschaftsabbrüche vermieden werden könnten.

„pro familia hat schon immer mit dem Elend ungewollter Schwangerschaft umgehen müssen, in besonderer Weise aber nach der Gesetzänderung von 1976, nach der viele Frauen den Weg aus der Illegalität zu den Beratungsstellen gefunden haben. Hieraus leiten wir das Recht und die Verpflichtung ab zu fordern, mit uns gemeinsam die vorbeugenden Maßnahmen auszubauen und zu verbessern. Ein geeigneter Schritt hierzu erscheint uns ein umfangreiches Modellprogramm zu sein, das auf etwa fünf Jahre angelegt sein sollte und dessen positive Ergebnisse dann in ein Beratungsprogramm für alle Zielgruppen [Frauen, Jugendliche, Ausländer — die Red.]

auf breiter Basis umgesetzt werden müsse.“

Die pro familia Bremen, die vielfach im Schußfeld der Reaktionäre stand hat in einem offenen Brief gegen den Präsidenten des Deutschen Ärztetages, Dr. Karsten Vilmar, schon früher offensiv Stellung genommen. Vilmar hatte in einem Rundfunkinterview die Arbeit der pro familia in die Nähe faschistischer Denkwesen gerückt.

pro familia wendet sich gegen die Angriffe auf die Indikationsregelung, z.B. die soziale Notlage „allein auf zu geringes Einkommen zu reduzieren ... Als soziale Notlage muß alles gelten, was gegen die Bedürfnisse und Lebensperspektiven der Frauen gerichtet ist und sie gefährdet ... was einer gesicherten Zukunft und emotional schützenden Erziehung von Kindern entgegensteht.“ Sie wendet sich gegen das „kleinunternehmerische Problembewußtsein der Ärzte, wie vor allem auch ihr bislang vorherrschendes naturwissenschaftlich-medikamentöses Krankheitsverständnis ihnen das Recht nimmt, über Austragung oder Abbruch einer Schwangerschaft zu entscheiden ... Wer den Schutz des werdenden Lebens ohne die Zukunft des geborenen Lebens propagiert, setzt sich dem historisch begründeten Verdacht aus, nicht am Leben des Einzelnen interessiert zu sein, sondern allein am Wachstum der Bevölkerungszahlen. Diese Moral ohne soziale Verbindlichkeit ging in der Vergangenheit auch immer zu Lasten der Arbeiterklasse und sozialer Randgruppen.“

Die Anwendung von Prostaglandinen bei Abtreibungen lehnen sie als inhuman und unverantwortlich ab und vertreten stattdessen, daß die Konkurrenz der Pharmaindustrie um den „Schwangerschaftsabbruchmarkt“ im Interesse der Frauen durch eine noch zu schaffende ärztliche Befähigung zum kompetenten Anwendung der Absaugmethode ausgeschaltet werden muß. Die Diskriminierung humaner Medizinern wertet pro familia als einen Versuch, „die bewährte gemeinsame Arbeit verschiedener Berufe in den Beratungsstellen aufzubrechen“ und als „Einleitung einer Kampagne, mit der die Beschlüsse der Bundesarbeitsstagung der pro familia zu den Perspektiven des Verbandes hintertrieben werden sollen“ (damals wurde fast einstimmig das „Bremer Modell“ angenommen, das ausdrücklich Schwangerschaftsabbruch als Bestandteil der Beratungskonzeption versteht. Alle Landesverbände waren aufgefordert zu prüfen, ob dieses Konzept bundesweit zu verwirklichen ist). Da in vielen Lan-

desteilen für die pro familia Beratungsstellen durch die finanzielle Misere entweder die Gefahr einer völligen Auflösung besteht oder ihre Arbeit doch erheblich eingeschränkt werden muß, entstehen Aktivitäten zur Erhaltung und Förderung der Beratungsstellen.

### Die Linke reagiert

Auch in Teilen der Linken findet das Thema § 218 wieder Beachtung: Die GIM bringt in ihrer „was tun“ vom 6.9.79 einen Artikel, in dem sie dazu aufruft, alle Kräfte zu vereinigen, um die Reaktion in ihre Schranken zu verweisen: „Es ist wichtig, daß wir der Reaktion durch eine starke Beteiligung an dieser Demonstration (Essen) zeigen, daß wir uns ihre Angriffe auf das Selbstbestimmungsrecht der Frau nicht länger gefallen lassen und sie in weiteren Aktionen und Demonstrationen, die noch folgen müssen, zurückdrängen“. Ein Potential für solche Aktionen sei vorhanden: „Das hat die ursprüngliche Bewegung gegen den § 218 gezeigt, und das zeigen heute die Diskussionen in den Gewerkschaften“. Hier scheint allerdings ein etwas zu großes Vertrauen in die Gewerkschaften vorzuliegen, denn bisher war die Beteiligung von Frauenausschüssen und Gewerkschaftsmitgliedern bis auf Baden-Württemberg noch recht vereinzelt.

Die „TAZ“ kündigt an, sich in Zukunft mehr mit dem Problem des § 218 zu befassen. In ihrer Ausgabe vom 14.9.79 erschien ein Aufruf der Frauenredaktion der „TAZ“, in dem gegen die derzeitigen Angriffe Stellung genommen wird und die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 erhoben wird.

Neu ist, daß sich die DFI (Demokratische Fraueninitiative), die der DKP nahesteht, an Aktionseinheiten mit anderen Frauen und Frauengruppen, vor allem der autonomen Frauenbewegung, zum § 218 beteiligt. In Nordrhein Westfalen nahm sie an den § 218 Demonstration der NRW Frauengruppen teil. In Hannover beteiligten sich Frauen der DFI an gemeinsamen Diskussionen mit anderen Frauen und Frauengruppen über die Situation des § 218 in Niedersachsen. In Bremen gab die DFI ein Flugblatt zu den Angriffen gegen die pro familia Bremen heraus, mit den für die DKP unüblichen Parolen: „Weg mit dem § 218“ und „Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine“ — für das Selbstbestimmungsrecht der Frau.“

Es bleibt allerdings abzuwarten, inwieweit sich die DFI wirklich gleichberechtigt in den Kampf mit einord-

net. So bestand sie z.B. auf der Abschlußkundgebung in Essen im Gegensatz zu allen anderen Initiativen, auf einen eigenen Beitrag.

### SPD — auf Rechtskurs

Die SPD reagierte auf die Angriffe und Hetze der Reaktion auf die bestehende Gesetzgebung und Regelung des § 218 recht zaghaft und zurückweichend und versuchte, von den höheren Parteispitzen aus zu beschwichtigen. In einem Brief von Justizminister Hans-Jochen Vogel an Kardinal Höpfner, zu dessen Behauptung, Abtreibung sei Mord, erklärte er: „Warum wird immer wieder bis hin zu dem empörenden Vorwurf des Massenmordes so getan, als ob die Sozialdemokraten das werdende Leben des Schutzes berauben und zur beliebigen Disposition stellen wollten? Denen, die ernsthaft prüfen, kann doch nicht verborgen sein, daß diese Unterstellungen schon für die Vergangenheit falsch sind. So schrieb Gustav Radbruch — der führende sozialdemokratische Rechtspolitiker der Weimarer Zeit — bereits 1921 in einem veröffentlichten Gutachten: „Wir wollen nicht ein Recht verleihen, sondern nur eine Strafe aufheben. Völlig fern liegt uns die individualistische Begründung bürgerlicher Frauenrechtlerinnen für die Aufhebung der Abtreibungsstrafe: daß jeder Mann (?) unbedingt freier Herr (?) seines Körpers sei.“ ... Demgemäß ist auch der Feststellung des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil vom 25. Februar 1975, das sich im Mutterleib entwickelnde Leben stehe als selbständiges Rechtsgut unter dem Schutz der Verfassung, von Seiten der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zu keiner Zeit widersprochen worden.“ („FR“, 11.9.79)

Auf einer Sitzung des Parteipräsidiums der SPD unter der Leitung von Willy Brandt wurde der Wunsch nach einem sachlichen Dialog (?) mit der katholischen Amtskirche betont. SPD-Fraktionsvorsitzender Herbert Wehner forderte dazu auf, sich durch die in Gang gekommene Diskussion „nicht provozieren“ zu lassen („FAZ“, 17.8.79). Im Oktober erhielten sämtliche SPD-Abgeordnete als internen Rundbrief eine „Argumentationshilfe“ zum § 218. Darin wird noch einmal dazu aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß Schwangerschaftsabbrüche möglichst unterbleiben. Es soll dagegen eher mehr Aufklärungsaktionen, Familienberatungszentren, Informationen für Ärzte geben. Wichtig seien familien-

Fortsetzung nächste Seite



## Fortsetzung von Seite 25

gerechter Wohnungsbau und der Familienlastenausgleich. „Ziel der Reform des § 218 war und ist der Schutz des Lebens durch sachkundige Information und Beratung... Es ist falsch, wenn jetzt wieder behauptet wird, Sozialdemokraten postulierten ein „Recht auf Abtreibung“, Sozialdemokraten beteiligen sich an den unseligen „Mein Bauch gehört mir“-Kampagnen“.

Zu den derzeitigen Angriffen von Seiten der Reaktion bemerkt die SPD lediglich, das „Prinzip des Schutzes des Lebens“ eigne sich nicht zu polemischen Auseinandersetzungen („FAZ“, 6.10.79).

Von Seiten der SPD-Spitzen-Frauen gab es zu den Angriffen Stellungnahmen, die sich von denen der Parteispitze darin unterscheiden, daß sie sich insgesamt entschiedener gegen die Verleumdung des angeblichen Massenmordes wehren. Allerdings bewegen sich auch ihre Aussagen immer im Rahmen der „legalen Mittel gegen die z.Z. laufende Kampagne“ (AsF Südhessen) und weisen ebenfalls darauf hin, daß ein Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich strafbar sei (SPD-Abgeordnete Renate Lepsius) und daß „ein Abbruch nur unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und künftigen Lebensverhältnisse nach ärztlicher Beratung und Stellung bestimmter vorgeschriebener Indikationen gerechtfertigt sei“ („FR“, 8.8.79).

An der Basis der SPD tut sich jedoch einiges, was die SPD-Führungsspitzen in einige Schwierigkeiten brachte. Als zwischen dem Vorbereitungstreffen der Frauengruppen in Nordrhein Westfalen und dem Jusobundesvorstand und der AsF/Niederrhein Verhandlungen zu einer gemeinsamen Demonstration gegen die derzeitigen Angriffe und für das Schwangerschaftskonfliktzentrum Essen liefen, sprach der Vorstand der SPD Niederrhein für alle SPD-Arbeitsgemeinschaften ein Verbot aus, sich offiziell an einer Demonstration zu beteiligen. Den Jusos in Essen wurden 2000 Flugblätter nicht ausgehändigt. Horst Radtke (Geschäftsführer der AWO Essen und Inhaber diverser Posten in der SPD) versuchte die Frauenvorbereitungsguppe zu bewegen, die Aktionen bis nach den Wahlen zu verschieben und drohte damit, daß kein Mitglied der SPD zu den Aktionen kommen würde. Trotz dieser massiven Sabotage- und Einschüchterungsversuche, beteiligten sich die Jusos bis zum Schluß an den Aktionen. Von der AsF nahmen ca. 50 Frauen an der Demonstration teil; einzelne AsF-Frauen unterschrieben namentlich den Aufruf (siehe hierzu auch Artikel der FG NRW im AK 162). In mehreren Bundesländern werden diese Widersprüche zwischen Parteiführung und -basis vor allem bei der Forderung nach Modellberatungszentren gemäß dem Bremer Modell deutlich. Von den Jusos und der AsF Baden-Württembergs sowie vom Frauenausschuß des DGB-Landesbezirks wird diese Forderung bislang unterstützt.

Der SPD-Abgeordnete Roland Hahn stellte die Forderung auf, daß der Landeshaushalt 40% aller Kosten aller anerkannten Schwangerschaftsberatungszentren decken müsse (Ende des Jahres laufen die Bundeszuschüsse für die 4 (!) pro familia Beratungs-zentren aus).

Erhard Eppler, der Chef der Baden Württembergischen SPD, allerdings unterstützte die Forderungen der DGB und SPD Frauen nicht und gab ihnen gleich eine Dämpfer: eine Forderung der Gesamtpartei könne dies gegenwärtig nicht sein. Die Zahlen machten Modellzentren angeblich nicht notwendig.

In Niedersachsen gibt es in Hannover-Land Ansätze einer Zusammenarbeit zwischen Jusos, AsF-Frauen, autonomen Frauen und Frauengruppen, die die Abtreibungssituation, Stand der Beratung und soziale Indikation in Hannover untersuchen wollen. So bekommt eine der Beratungsstellen von der Stadt Hannover mit großer Wahrscheinlichkeit nur 70000 DM statt der erforderlichen 114000 DM. Nach der Demonstration in Essen für ein Schwangerschaftskonfliktzentrum hat auf der Bezirkskonferenz Hannover-Land der Frauenausschuß der Jusos folgende Forderungen verabschiedet: Förderung der pro familia in voller Höhe, restlose Streichung des § 218 und ein Schwangerschaftskonfliktzentrum auch in Niedersachsen!

### Die Frauenbewegung: Alte Zeiten noch nicht ganz vergessen...

Die bisher größte Aktion und den bisher größten Zusammenschluß von verschiedenen Initiativen gab es bislang in Essen. Dort rief das regionale Vorbereitungstreffen von Frauengruppen

und Frauenzentren aus Nordrhein Westfalen zu einer Demonstration für ein Schwangerschaftskonfliktzentrum der AWO und gegen die Angriffe der Reaktion auf (Im AWO-Institut soll die Möglichkeit gegeben werden, Indikation, soziale Beratung und Eingriff [ambulant und per Absaugmethode] unter einem Dach zu verwirklichen). Diese Initiative wurde u.a. unterstützt vom Frauenausschuß der IG Druck und Papier, der DFI, den Jusos, der AsF, Frauen der Bunte Liste, dem KB und vielen anderen Gruppen und Einzelpersonen. An der Demonstration beteiligten sich ungefähr 2000 Menschen (s. AK 162 und 163). Neben dieser relativ erfolgreichen Aktion in Essen werden auch aus anderen Teilen der autonomen Frauenbewegung Stimmen laut.

Die Frauenzentren Frankfurt und Neu-Isenburg gaben eine Presseerklärung heraus, in der sie ihre Empörung „über die sich häufenden öffentlichen Äußerungen konservativer Ärzte und Politiker zum Schwangerschaftsabbruch“ aussprechen. Mitglieder des Frauenzentrums weisen wegen ihrer langjährigen Erfahrung mit dem § 218 darauf hin, daß keine Frau sich leichtfertig für eine Schwangerschaftsunterbrechung entscheidet: „Nur mit einer durch Macht und Finanzinteresse gefärbten Brille kann die tatsächliche Notlage vieler Frauen so ignoriert werden. Wir weisen daher auf das Entscheidende des Vorwurfs eines leichtfertigen Handelns von Ärzten, Beratern und Frauen, der uns in die Nähe von brutalem Völkermord während des Faschismus rückt, als unverschämte Zurück.“

Im Darmstädter „Regionalblatt“ geben die Darmstädter Öffentlichkeitsgruppe im Frauenzentrum und die pro familia eine Erklärung ab und fordern, daß die pro familia Stelle Hessen weiter finanziert werden muß: „Wir fordern die Bundes-Landesregierung auf, die nötigen finanziellen Mittel für Beratung und ärztliche Versorgung für Schwangerschaftsabbrüche zur Verfügung zu stellen. Wir wollen keine Diskriminierung und Illegalisierung, sondern wir wollen selber entscheiden, wann und ob wir ein Kind haben wollen!“

In der „TAZ“ vom 21.9.79 fordert die Saarbrückener Beratungsgruppe eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Problem § 218: „Für uns ist ein Ausdruck der Gesamtsituation der Frauenbewegung: Resignation hat sich breit gemacht, Aktionen in der Öffentlichkeit laufen kaum noch, jede Gruppe wurschtelt vor sich hin, Zusammenarbeit mit anderen Gruppen gibt es kaum. Der § 218 war vor einigen Jahren ein wichtiger Ausgangspunkt für das Erstarken der neuen Frauenbewegung. In den folgenden Jahren hat die Frauenbewegung sehr wenig erreicht, um die Situation von Frauen, die abtreiben wollen zu verbessern — wir haben keine Lorbeeren gewonnen, auf denen wir uns ausruhen können!“

Die Frauenzeitung „Courage“ widmet der Auseinandersetzung um den § 218 erstmals wieder in ihrer Oktoberausgabe mehrere Seiten, wo sie u.a. selbstkritisch für die Frauen, die pro familia eine Erklärung ab und fordern, daß die pro familia Stelle Hessen weiter finanziert werden muß: „Wir fordern die Bundes-Landesregierung auf, die nötigen finanziellen Mittel für Beratung und ärztliche Versorgung für Schwangerschaftsabbrüche zur Verfügung zu stellen. Wir wollen keine Diskriminierung und Illegalisierung, sondern wir wollen selber entscheiden, wann und ob wir ein Kind haben wollen!“

In der „TAZ“ vom 21.9.79 fordert die Saarbrückener Beratungsgruppe eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Problem § 218: „Für uns ist ein Ausdruck der Gesamtsituation der Frauenbewegung: Resignation hat sich breit gemacht, Aktionen in der Öffentlichkeit laufen kaum noch, jede Gruppe wurschtelt vor sich hin, Zusammenarbeit mit anderen Gruppen gibt es kaum. Der § 218 war vor einigen Jahren ein wichtiger Ausgangspunkt für das Erstarken der neuen Frauenbewegung. In den folgenden Jahren hat die Frauenbewegung sehr wenig erreicht, um die Situation von Frauen, die abtreiben wollen zu verbessern — wir haben keine Lorbeeren gewonnen, auf denen wir uns ausruhen können!“

Die Frauenzeitung „Courage“ widmet der Auseinandersetzung um den § 218 erstmals wieder in ihrer Oktoberausgabe mehrere Seiten, wo sie u.a. selbstkritisch für die Frauenbewegung Stellung nimmt. Eine Ursache für die lange Stagnation sieht sie darin, daß das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Fristenregelung für verfassungsfreundlich erklärte, „die richterlich gesprochene Niederlage der Frauenbewegung war.“ — „So konnte es geschehen, daß von den Frauenzentren kein Anspruch auf die staatlichen Modellberatungsstellen erhoben wurde, daß die Beratung von den Zentren nur als Zwangsberatung kritisiert wurde und anderen Institutionen überlassen wurde“. Allerdings gibt es nach Meinung der „Courage“ keine andere Stelle, die so einen umfassenden Überblick über die traurige Praxis des reformierten § 218 hat, wie die Frauenzentren, weil diese die Frauen in ihrem Gang zu Beratungsstellen, Ärzten und Krankenhäusern unterstützen.

Sie ruft dazu auf, die progressiven Beratungsstellen zu verteidigen, da ihre Finanzierung durch den Bund bis Ende 1979 auslaufen werden: „Weil es den § 218 immer noch gibt, sind wir gezwungen, um jede Beratungsstelle zu kämpfen, die Indikationen gibt, um jedes Krankenhaus, das Betten für Abtreibung bereitstellt und neuerdings um jede Krankenkasse, die Abtreibungen zahlt. Wir müssen verhindern, daß Abtreibungen wieder illegalisiert werden“. Sie begrüßt die Zusammenarbeit mit Frauen der AsF und des Arbeitskreises Emanzipation und vieler Frauenausschüsse der Gewerkschaften und fordert dazu auf, von den Parteifrauen (anders als vor fünf Jahren) Garantien zu verlangen, für die Anerkennung der Beratungsstellen, Einführung ambulanter Abtreibungen an allen Kliniken, daß damit aufgehört wird, Prostaglandine zu verwenden und daß auch juristisch geprüft werden müssen, welche Möglichkeiten es gibt, den § 218 völlig abzuschaffen.

In der „TAZ“ schreibt eine Gruppe von Frauen, die im Berliner Frauenzentrum regelmäßig Abtreibungs- und Verhütungsberatung durchführen, u.a.: „Mit der ‚Reform‘ des § 218 war für uns das Problem der Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper nicht gelöst. Seit dieser Zeit versuchen wir immer wieder durch verschiedene Aktionen darauf aufmerksam zu machen und den Kampf um die ersatzlose Streichung des § 218 weiterzuführen. Dabei mußten wir die Erfahrung machen, daß die Zusammenarbeit mit anderen Frauengruppen auf internationaler Ebene eher möglich war, als auf nationaler Ebene. Vor allem im Frauenzentrum selbst war das Interesse an einer Weiterführung des Kampfes gegen den § 218 gering.“

Diese Äußerungen machen deut-

lich, daß in Teilen der autonomen Frauenbewegung Unmut entsteht über die bisherige eigene Praxis und Inaktivität zum § 218.

Die Beratungsgruppen vermittelten den Frauen Abtreibungsmöglichkeiten, werteten die Erfahrungen aus und richteten Beratungen zu Schwangerschaftsverhütung ein. Auf eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit wurde jedoch weitgehend verzichtet. Dies hing zum großen Teil sicher mit einer Resignation darüber zusammen, daß die Forderungen der damaligen § 218 Bewegung einfach vom Tisch gewischt wurden. Andererseits gab es aber auch Illusionen über den „reformierten“ § 218 im Juni 1976, der erstmalig bessere Möglichkeiten versprach (so stellte das Frankfurter Beratungszentrum damals seine Fahrten nach Holland ein). Eine andere Illusion

bestand darin, über die Schwangerschaftsberatung den Kampf gegen den § 218 erweitern zu können. Viele oder die meisten Frauen aber, die ins Frauenzentrum kamen, um sich Hilfe für einen Schwangerschaftsabbruch zu holen, kamen danach nicht wieder.

Heute arbeiten viele, der damals in der § 218 Bewegung aktiven Frauen aus den Frauenzentren in anderen Projekten mit. Die jetzt angefangene Diskussion mit dem Treffen der Beratungsgruppen vom 9.-11. November in Frankfurt bieten Chancen zur Wiederbelebung eines stärkeren Kampfs gegen frauenfeindliche Abtreibungspraxis und den § 218. Nutzen wir sie!

AG Frauen Hamburg  
in Zusammenarbeit mit Genossinnen aus NRW, Hannover und Hamburg



## Pro familia Bremen Massenmord am laufenden Band?

Der Bundestagswahlkampf 1980 hat schon begonnen. Mit Sicherheit wird in diesem Wahlkampf auf den Rechten von uns Frauen rumgetrampelt werden. Einen leichten Vorgeschmack konnte frau schon durch die Fernseh-sendung „Report München“ am Dienstag, dem 30.10., bekommen. Neben so brisanten Themen wie Bildungspolitik/Gesamtschule und Innere Sicherheit gab es einen Beitrag zur § 218-„Diskussion“, nämlich Interviews und Film, „Berichterstattungen“ von pro familia Bremen (pro fa), der bisher einzigen Beratungsstelle der BRD, in der auch ambulant Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden (Informationen über pro fa Bremen siehe AK 148, S. 30).

Mir war zwar klar, daß in einer Reportage aus München pro fa Bremen nicht in den leuchtendsten Farben geschildert werden würde, allerdings hat das Ergebnis dann doch meine Erwartungen überstiegen.

Die Sendung hinterließ den Eindruck, als sei die pro fa die reinste

zeigt wurde und vor allem dadurch, daß ohne entsprechende Beleuchtung gefilmt wurde. Das verlieh dem Ganzen die Atmosphäre vom Engelmacher auf dem Hinterhof.

Kein Wort zu den sonstigen Aufgaben der pro fa, wie z. B. Eheberatung, Schwangerschaftsberatung, Sexualaufklärung, usw. u.s.f., was schon rein zeitlich gesehen einen viel größeren Raum einnimmt als die Abbrüche.

Keine Auseinandersetzung mit der psychosozialen Situation der Frauen, die sich bei der pro fa behandeln lassen. Wozu auch, die haben ja durch die Kampagne der Reaktionen und Pfaffen ihren Ruf in der Öffentlichkeit weg: verantwortungslos, leichtfertige und egoistische Monster!

Den „Erfolg“ der Sendung bekamen die pro-fa-Mitarbeiter(innen) gleich am nächsten Tag zu spüren: Frauen, die am Mittwoch einen Termin für einen Abbruch hatten, waren verängstigt und verunsichert und überlegten, ob sie nicht lieber von dem Feind zurücktreten sollten. Wie

## Pro familia Bremen Massenmord am laufenden Band?

Der Bundestagswahlkampf 1980 hat schon begonnen. Mit Sicherheit wird in diesem Wahlkampf auf den Rechten von uns Frauen rumgetrampelt werden. Einen leichten Vorgeschmack konnte frau schon durch die Fernseh-sendung „Report München“ am Dienstag, dem 30.10., bekommen. Neben so brisanten Themen wie Bildungspolitik/Gesamtschule und Innere Sicherheit gab es einen Beitrag zur § 218-„Diskussion“, nämlich Interviews und Film, „Berichterstattungen“ von pro familia Bremen (pro fa), der bisher einzigen Beratungsstelle der BRD, in der auch ambulant Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden (Informationen über pro fa Bremen siehe AK 148, S. 30).

Mir war zwar klar, daß in einer Reportage aus München pro fa Bremen nicht in den leuchtendsten Farben geschildert werden würde, allerdings hat das Ergebnis dann doch meine Erwartungen überstiegen.

Die Sendung hinterließ den Eindruck, als sei die pro fa die reinste Menschenschlachtere, in der nur verantwortungslos, gefühllose Menschen am Werke sind. Dem Bericht zufolge werden dort Abtreibungen „am laufenden Band“ gemacht; die Frauen werden über mögliche Komplikatio-

zeigt wurde und vor allem dadurch, daß ohne entsprechende Beleuchtung gefilmt wurde. Das verlieh dem Ganzen die Atmosphäre vom Engelmacher auf dem Hinterhof.

Kein Wort zu den sonstigen Aufgaben der pro fa, wie z. B. Eheberatung, Schwangerschaftsberatung, Sexualaufklärung, usw. u.s.f., was schon rein zeitlich gesehen einen viel größeren Raum einnimmt als die Abbrüche.

Keine Auseinandersetzung mit der psychosozialen Situation der Frauen, die sich bei der pro fa behandeln lassen. Wozu auch, die haben ja durch die Kampagne der Reaktionen und Pfaffen ihren Ruf in der Öffentlichkeit weg: verantwortungslos, leichtfertige und egoistische Monster!

Den „Erfolg“ der Sendung bekamen die pro-fa-Mitarbeiter(innen) gleich am nächsten Tag zu spüren: Frauen, die am Mittwoch einen Termin für einen Abbruch hatten, waren verängstigt und verunsichert und überlegten, ob sie nicht lieber von dem Feind zurücktreten sollten. Wie vielen Frauen sind wohl durch diese Sendung Schuldgefühle eingepfropft worden, weil sie solch einen Eingriff schon hinter sich haben?

Briefe, in denen Meinungen und Beschimpfungen a la Holzgartner und Höffner vertreten werden, treffen nach dieser Sendung auch bei pro fa ein.

Arbeitskolleginnen von mir, die zuvor der pro fa Bremen nicht ablehnend gegenüberstanden, hatten nach dieser Sendung ihre Meinung geändert: Sie waren empört über die verantwortungslosen Mitarbeiter und die ebenso verantwortungslosen Frauen, die einfach mal eben ihr Kind töten lassen. Die Sendung hat also verfangen!

Jedoch: Es gibt auch Gegenwehr und Solidarität! So planen Journalistinnen und Journalisten aus den verschiedenen Rundfunk- und Fernseh-anstalten eine Protestsendung und sammeln Unterschriften gegen diese Kolportage aus München. In Bremens Frauengruppen wird auch Protest gegen diese Sendung organisiert.

Kürzlich bekundete auch der IG Metall-Frauenausschuß Bremen durch einen Besuch bei pro fa Solidarität: „Die Vorsitzende dieses Frauenausschusses, Frau Inge Lilienthal, distanzierte sich ... von den Angriffen, die der Präsident der Bundesärzteschaft, Dr. Vilmar, gegen das Bremer Modell geführt hat“. Besonders positiv finden die IG Metall-Frauen, „daß der Schwangerschaftsabbruch in der Bremer ‚pro familia‘ für die Frauen den körperlich und seelisch schonendsten Eingriff dieser Art“ darstelle und „von umfassender psychischer Beratung begleitet“ werde („Bremer Nachrichten“, 6.11.79).

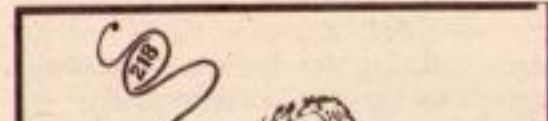
Eine Genossin der  
AG Frauen Bremen

### Lübeck: Frauen, die abgetrieben haben, in Datenbank erfaßt!

Seit Anfang 1978 wurden Frauen, die sich in Lübeck bei den städtischen Beratungsstellen einer Schwangerschaftskonfliktberatung aussetzten, in einer Kartei festgehalten. Nach Auskunft des Lübecker Sozialamtsleiters Prugel sei auf Empfehlung des schleswig-holsteinischen Sozialministers ein „Erfassungsbogen“ mit den Personalien der ratsuchenden Frauen in seinen Ämtern angelegt worden. Nachdem der Landesbeauftragte für Datenschutz, Becker, sich mit einer Anfrage zu den ominösen „Erfassungsbögen“ eingeschaltet hatte, wurden die Unterlagen angeblich Anfang August vernichtet. Die Anfrage Beckers bezog sich darauf, ob die Speicherung dieser Daten rechtmäßig sei, da die Behörden nur diejenigen Daten sammeln dürfen, die sie zu ihrer Aufgabenstellung brauchen. Wozu aber braucht das Sozialamt die Daten von Frauen mit einer ungewollten Schwangerschaft? Anlässlich dieser Praxis der städtischen Stellen protestierten die Arbeiterwohlfahrt, die Humanistische Union, sowie ein „Arbeitskreis §218“ (in dem auch die SPD mitarbeitete). Alle drei betonten, daß Frauen sich in jedem Fall anonym beraten lassen können. Sonst würde das Ziel der Beratung, die Frauen vom Zwang der Illegalität zu befreien, nicht erreicht.

Inzwischen soll in Lübeck's Sozialämtern ohne „Erfassung“ beraten werden. Es wäre sicherlich interessant, ob auch andere Sozialberatungsstellen in Schleswig-Holstein so willfährig der „Empfehlung“ des Herrn Sozialministers gefolgt sind. Warum sollte eigentlich in Kiel unmöglich sein, was in Lübeck schon lange möglich war? (Informationen nach „Neue“, 7.8.79)

Frauenkommission KB/NRW



Die Anfrage Beckers bezog sich darauf, ob die Speicherung dieser Daten rechtmäßig sei, da die Behörden nur diejenigen Daten sammeln dürfen, die sie zu ihrer Aufgabenstellung brauchen. Wozu aber braucht das Sozialamt die Daten von Frauen mit einer ungewollten Schwangerschaft? Anlässlich dieser Praxis der städtischen Stellen protestierten die Arbeiterwohlfahrt, die Humanistische Union, sowie ein „Arbeitskreis §218“ (in dem auch die SPD mitarbeitete). Alle drei betonten, daß Frauen sich in jedem Fall anonym beraten lassen können. Sonst würde das Ziel der Beratung, die Frauen vom Zwang der Illegalität zu befreien, nicht erreicht.

Inzwischen soll in Lübeck's Sozialämtern ohne „Erfassung“ beraten werden. Es wäre sicherlich interessant, ob auch andere Sozialberatungsstellen in Schleswig-Holstein so willfährig der „Empfehlung“ des Herrn Sozialministers gefolgt sind. Warum sollte eigentlich in Kiel unmöglich sein, was in Lübeck schon lange möglich war? (Informationen nach „Neue“, 7.8.79)

Frauenkommission KB/NRW



### Jüdische Organisationen kritisieren CSU-Holzgartner!

Die größte deutschsprachige Zeitschrift jüdischer Emigranten in den USA, der „Aufbau“, schrieb zu CSU-Holzgartners Vergleich der Abtreibung mit den Massenmorden der Nationalsozialisten: „Geschwiegen haben bis jetzt, gut drei Wochen seit der Entgleisung des CSU-Doktors, jene jüdischen Instanzen, die sonst höchst redselig und publicityhungrig sind, zunächst der Landesverband der jüdischen Gemeinden in Bayern, dessen Vorsitzender selber Arzt ist. Auch der Zentralrat der Juden schweigt. (...) Die jüdischen Sprecher, die Schweiger geworden sind, haben der Sache des jüdischen Volkes keinen guten Dienst erwiesen“.

Inzwischen hat aber sogar der rechtsorientierte Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Westberlin, Galinski, in der „Allgemeinen jüdischen Wochenzeitung“ den widerwärtigen Vergleich Holzgartners kritisiert: „Wer das tut, (solche Vergleiche zieht, Anm. Red.) bagatelisiert nationalsozialistischen Massenmord“.

(Nach „Neue“, 23.8.79)

Frauenkommission KB/NRW





## 1. Konferenz der SJD-Die Falken zur sozialistischen Mädchenarbeit in Mülheim

Die Konferenz fand vom 1. bis 4.11.79 auf Beschluß der diesjährigen Bundestagung der „Falken“ statt. Schon im Vorfeld der Tagung hatte es Auseinandersetzungen über Struktur und Ausrichtung gegeben. Hauptkritikpunkte waren:

- daß der Kongreß nur für Delegierte war und andere interessierte „Falken“-Frauen nur als Gast ohne Stimmrecht und auf eigene Kosten teilnehmen durften;
- daß der männliche Bundesvorsitzende das einleitende Referat zur Notwendigkeit sozialistischer Mädchenarbeit halten sollte;
- die (wenn auch schweigende) Teilnahme von Männern an der Konferenz;
- zu starker Seminarcharakter der Themen und der Arbeitsgruppen, Frau sah zu wenig Möglichkeiten, einander kennenzulernen.

Einige Vertreterinnen dieser Kritik hatten sich sogar zeitweise überlegt, die Konferenz zu boykottieren. Einige Frauen befürchteten auch, daß sie mit einem riesigen aufgeblähten Brocken beruhigt werden sollten.

Dieser Konflikt zog sich durch die gesamte Tagung. Die ersten zwei Tage des Treffens war die sogenannte Vorkonferenz, wo in Arbeitsgruppen gearbeitet wurde. Dort beschlossen die Frauen dann auch, einiges anders zu machen. So war es ihnen gelungen, den Bundesvorsitzenden Karl-Heinz Lenz von einem Referat zur sozialistischen Mädchenarbeit auf eine Begrüßungsrede „runterzuhandeln“. Die Position, daß er als Mann gar nicht reden soll, konnte sich nicht durchsetzen. Viele Frauen hatten aber auch prinzipielle Kritik an den „patriarchalischen Strukturen“ im Falkenverband; da war die Rede von abgehobenen Funktionären und Bevormundung. Besonders scharf kritisiert wurde, daß die erste Frauenkonferenz — wie sonst alle anderen Konferenzen auch — ausgerechnet von männlichen Sekretären vorbereitet wurde, obwohl

nisse zugunsten von Lenz verschoben. In Beiträgen wurden die Genossinnen beschworen, mit der „neuen Feministinnenwelle“ nicht gleich die Männer auszugrenzen. Schließlich seien die „Falken“ eine sozialistische Arbeiterjugendorganisation und nicht die autonome gleich kleinbürgerliche Frauenbewegung. Mit ca. 20 Stimmen Mehrheit setzten sich die Befürworterinnen von K.H. Lenz durch. Seine Rede enthielt dann, was ein großer Teil der Frauen sich von ihr „versprochen“ hatte — nämlich wenig Aufschlußreiches, Neues.

Nach diesem „Auftakt“ wurde dann damit begonnen, die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu diskutieren und Anträge zu beraten. Schon dort zeigte sich der „rote Faden“ der gesamten Beratung: Viele Frauen grenzten sich ständig davor ab, Männerfeindinnen oder Feministinnen zu sein usw. Nicht nur die Mädchen und Frauen würden unter starren Strukturen leiden, sondern die Männer auch ... Zum Abschluß dieses Tages gab es ein gewaltiges kaltes Buffet und ein intimes Konzert unter Schwestern von „Schneewittchen“ nur für uns knapp 150 Frauen. Na ja, und dann wurde noch ausgiebig getwist.

Trotzdem ging es am nächsten Morgen pünktlich und diszipliniert um 9.00 Uhr weiter. Dorothee Vorbeck (SPD) hielt einen zweistündigen Vortrag über „August Bebel und die Folgen — die Frauenfrage in der deutschen Arbeiterbewegung“. Frau Vorbeck betonte die Notwendigkeit eines Frauenzusammenschlusses in den „Organisationen der Arbeiterklasse“, wie der SPD, den „Falken“ usw. Sie ließ auch ihre eigenen schlechten Erfahrungen bei Auseinandersetzungen innerhalb der SPD nicht aus. Letztendlich versuchte sie aber doch wieder, die SPD rauszuputzen, was von ihrer Position her völlig klar ist (siehe dazu auch AK 165 Diskussion auf der Sommeruni in Westberlin über die „Frauenpartei“).

enttreffen auf Bezirks- und Bundesebene;

— Erstellung einer regelmäßigen Beilage zur „Arbeiterjugend“ (Zeitung des Verbandes) zur Frauen- und Mädchenproblematik.

Zu einem Antrag möchten wir hier etwas ausführlicher berichten. Es ging dabei um einen „Falken“-Funktionär aus Bayern, der Hoffnungen und Wünsche sehr junger Frauen (14 Jahre) auf eine Zweierbeziehung dazu benutzte, sie auf Zeltlagern in sein Bett zu lotsen. Die Frauen waren dann natürlich entsprechend unglücklich, wenn der Typ sie am nächsten Tag nicht mehr angeguckt hat. Von anderen „Falken“-Frauen auf sein Verhalten angesprochen, verwies dieser „Sozialist“ auf die progressive Sozialerziehung als eines der Hauptanliegen der „Falken“. Leider wurde ein vorliegender Ausschlußantrag zugunsten weiterer Diskussionen mit diesem „Sexualpädagogen“ zurückgezogen. Begründung: Da eines der Grundprinzipien der „Falken“ die Solidarität sei, müßten Probleme gemeinsam durch Diskussion im Verband gelöst werden und nicht durch Ausschluß. Zusätzlich wurde aber eine Passage beschlossen, daß das konkrete Verhalten des Funktionärs nichts mit den Verbandsinhalten zu tun habe.

Wir selber haben mit großer Spannung die Auseinandersetzung unter den Genossinnen verfolgt. Viele Genossinnen engagieren sich unglaublich, um die Frauenpolitik auch bei den „Falken“ durchzusetzen, denn allzu vieles ist offensichtlich bisher an Widerständen im Verband gescheitert.

Andere Genossinnen argumentieren sehr „orthodox“: „Kapitalismus produziert Unterdrückung, auch Frauenunterdrückung; da die „Falken“ ein Verband in kapitalistischen Verhältnissen sind, können sie auch nur ein Spiegelbild der Gesellschaft sein; der Sozialismus schafft erst die Voraussetzung für die Emanzipation, deswegen muß er als allererstes erkämpft werden, und dem muß sich alles unterordnen“. Dies wurde konkret Genossinnen entgegengehalten, die mehr Rechte für Genossinnen innerhalb der „Falken“ forderten. Einige Vertreterinnen der „orthodoxen Fraktion“ witterten sogar den Geruch nach Aufhebung der Koedukation, wenn feste Frauen- und Mädchengruppen eingerichtet würden. Dabei sei die Koedukation eine Errungenschaft, die die „Falken“ selbst „in finsternen Zeiten“ gegen die Reaktion verteidigt hätten. Sie würden Mädchengruppen nur aus aktuellem Anlaß akzeptieren, zur kurzfristigen Bewußtwerdung der Mädchen für ihre eigenen Probleme. Ansonsten müßte die Arbeit im normalen Verbandsleben laufen.

Diese Positionen zeigen, daß noch viel an innerverbandlicher Diskussion auf die „Falken“-Genossinnen zukommt. Aber die oben aufgezählten Beschlüsse beweisen, daß die Genossinnen schon ein Stück den Weg zur Frauenbewegung gefunden haben.

Uns hat es großen Spaß gemacht, mit zum Teil noch sehr jungen Genossinnen Erfahrungen auszutauschen. Besonders beeindruckt hat uns auch die Ernsthaftigkeit „beider Seiten“, sich mit der Frauenfrage vom sozialistischen Standpunkt her zu befassen.

Wir wünschen den Genossinnen bei den „Falken“ viel Erfolg beim Durchsetzen ihrer Rechte und bei der Entwicklung einer sozialistischen Mädchenarbeit.

Frauenkommission KB/NRW

## Kiel: „Frauen zum Bund? Niemals!“

Am 3. November fand in Kiel eine schleswig-holstein-weite Podiumsveranstaltung zum Thema „Frauen zur Bundeswehr“ statt. Frauen mit unterschiedlichsten politischen Auffassungen waren zusammengekommen, um zu diskutieren, was die drohende Einziehung zur Bundeswehr für uns Frauen bedeutet und wie unsere Antwort darauf sein sollte.

Neben Frauen des Evang. Frauenwerks, der Husumer Frauengruppe und des Kieler Jugendrings waren die ASF (SPD Frauen) mit zwei Vertreterinnen, die Frauenpartei, die VVN, die DFI, die DFG-VK, die LDU (alternative Wahlliste) und die „Courage“ auf dem Podium vertreten. (Auch die „Emma“ war eingeladen worden, konnte aber wegen zeitlicher Schwierigkeiten nicht erscheinen). Darüberhinaus waren es 14 Frauengruppen aus 11 Städten Schleswig-Holsteins, die zu dieser Veranstaltung aufrufen und an ihren Orten dafür geworben hatten. Ungefähr 400 Interessierte, überwiegend Frauen, waren gekommen.

Eingangs redete die Vertreterin der VVN, die anschaulich aufzeigte, daß das, was heute in puncto Einziehung von Frauen diskutiert wird, bzw. teilweise schon Realität ist, seine Parallele in der Zeit des Hitlerfaschismus, vor und während des 2. Weltkrieges hat. Die andere Seite dieser Medaille war damals eine Stärkung der Weiblichkeits- und Mutterschaftsideologie nach dem Motto: „Ein Kind für den Führer“. Daß auch heute die uns als Schritt in Richtung Emanzipation verkaufte Militarisierung von Frauen einhergeht mit der Wiederbelebung eines reaktionären Frauenbildes und z.B. auch Bestrebungen, den § 218 wieder zu verschärfen, wurde von mehreren Frauen betont. Die Frau des Evang. Frauenwerks, die es bedauerte, nicht für die Kirche als Ganzes sprechen zu können, wies auf den Widerspruch hin, daß einerseits der unverschämte Vergleich zwischen Abtreibung und den Massenmorden in Auschwitz angestellt wird, andererseits aber, wenn es darum geht, die Frauen zum Töten heranzuziehen, die Kirche nicht dagegen aufsteht.

In der Ansicht, daß der Dienst bei der Bundeswehr nichts mit Emanzipation zu tun habe, und der Ablehnung dieser Institution überhaupt, weil sie dem Krieg und nicht der Friedenssicherung diene, waren sich alle Rednerinnen einig. Besonders die Vertreterinnen der DFG-VK und der Frauenpartei warnten vor Aufrüstung, Kriegsvorbereitungen und einem drohenden Atomkrieg und

klagten die Bundesregierung an, die sich schon heute durch Waffenproduktion und -geschäfts mitschuldige mache an Kriegen in der 3. Welt.

Trotz der einheitlichen Ablehnung der Militarisierung gab es Differenzen in der Frage, wie Frau sich nun zu den Plänen von Bundesregierung und Bundeswehrverband verhalten sollte.

Während die Vertreterin der „Courage“ die Frauen aufrief, sich total zu verweigern — „Nicht Frauen rein, sondern Männer raus!“; sollte die Devisen lauten — und auch die eine der beiden ASF-Frauen meinte, es sei die Aufgabe der Frauen, die Männer zur Verweigerung und Abschaffung der Bundeswehr zu bewegen, stellte ihre Parteigenossin (Gisela Böhrk, MdL) die Frage, ob Frau die Bundeswehr den Militaristen „überlassen“ dürfe oder nicht vielmehr Einfluß auf dieses Machtzentrum nehmen solle — eine Frage, die selbst für sie nicht geklärt sei. Klar war für sie allerdings, daß kleine Schritte in diese Richtung nur in und mit der SPD möglich seien.

Dieser Standpunkt stieß auf weitverbreiteten Unmut im Publikum. Von vielen Seiten kam heftiger Widerspruch mit dem Tenor, daß wir den Versprechen der Parteien lange genug Glauben geschenkt hätten und besonders in Sachen Abrüstung die SPD kläglich versagt habe.

Es wurde entgegeng gehalten, daß es auf die Entwicklung der eigenen Kräfte, nämlich auf die Stärkung der Frauenbewegung ankomme, und wir im übrigen auch heute schon ein Machtfaktor seien (s. Kongreß der Frauenbewegung gegen Atom und Militär in Köln. Anlaß des SPD-Parteitag in Dezember in Berlin. schlug die „Courage“ eine Frauendemonstration vor).

An diesem Punkt hatten die SPD-Frauen einen ziemlich schweren Stand.

Nach dieser Diskussion informierte Tamara aus Flensburg über den Stand ihres Einbürgerungsverfahrens (vgl. AK 165). Eine Resolution, die Schluß mit Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei und die sofortige Einbürgerung von Tamara fordert, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Es wurden zahlreiche Unterschriften und Spendengelder gesammelt.

Am 18.11 findet um 15 h im Kieler Frauenzentrum (Gneisenaustr. 18) ein Treffen aller Frauen aus Schleswig-Holstein statt, die an einer weiteren Arbeit zu diesem Thema interessiert sind.

Eine Genossin aus Kiel

## Bochum: 5. Frauenhaus-Bundeskongreß fordert Finanzierung der Arbeit in Frauenhäusern durch die Städte!

Vom 26. bis 28. Oktober trafen sich 130 Vertreterinnen von Frauenhäusern aus der BRD in Bochum. Hauptdiskussionspunkte des Kongresses waren die Probleme der Frauen, die Zuflucht in Frauenhäusern gefunden haben, und die Bezahlung der Mitarbeiterinnen.

Viele Frauen, die nach dem Aufenthalt im Frauenhaus gerne mit anderen Frauen zusammenziehen wollen, haben ungeheure Schwierigkeiten, entsprechende Wohnungen zu bekommen. Hausbesitzer treten den Frauen mißtraulich und voller Vorurteile gegenüber, speziell wenn auch noch einige Kinder vorhanden sind. Dieses Mißtrauen wird sicherlich noch dadurch verstärkt, daß die Frauen oft gezwungen sind, sich erstmal von der Sozialhilfe über Wasser zu halten. Auch Sozialwohnungen sind keine Alternative, da deren Vorteile Verheirateten und „normalen“ Familien zugute kommen. Dieser Zustand führt dazu, daß einzelne Frauen bis zu einem Jahr im Frauenhaus auf ihren Auszug warten (drei Monate Wartezeit sind die Regel). Diese lange Wartezeit schafft natürlich wieder neue Probleme, da dadurch Plätze in den ständig überfüllten Frauenhäusern blockiert werden. Konsequenterweise forderte der Bundeskongreß dann auch die Einrichtung von mehr Frauenhäusern. Bisher gibt es erst 30 Häuser in der gesamten BRD (davon zehn in NRW).

Auch die Finanzierung der Frauenhäuser und die Bezahlung der Mitarbeiterinnen soll geändert werden, forderte der Kongreß. Viele Frauenhäuser können sich nur dadurch über Wasser halten, weil viele Frauen aus Solidarität mit den geschlagenen Frauen rund um die Uhr umsonst arbeiten. Deshalb fordern die Frauen: „Jede Arbeit im Frauenhaus soll bezahlt werden, ob sie nun von einer Diplompsychologin oder von einer Hausfrau geleistet wird, und zwar nach dem Wert, den sie als gesellschaftlich wichtige Arbeit tatsächlich hat“ („WAZ“, 29.10.79).

Außerdem fordern die Frauen eine festgelegte Beteiligung von Bund und Ländern an der Finanzierung der Frauenhäuser und die Einrichtung fester Haushaltstitel bei den Kommunen, um eine Pauschalfinanzierung zu ermöglichen. Bisher müssen die Frauen praktisch jedem Pfennig hinterherlaufen, um zumindest den Betrieb in den Frauenhäusern aufrecht erhalten zu können, meist in der Form von Mietzuschüssen vom Sozialamt.

Besonders empört sind die Frauen darüber, daß inzwischen von Polizei und Sozialamt von der obdachlosen Frau bis zur Stadtreicherin jede „Problemfrau“ in die Frauenhäuser geschickt wird, ungeachtet aller damit verbundenen zusätzlichen Arbeit und Sorgen.

Frauenkommission KB/NRW

## Endlich mal wieder ein Frauenfest!



Im Sommer dieses Jahres sollte von der Volkshochschule Köln zusammen mit der Frauenbewegung Köln ein großes Frauenfest in den Räumen der VHS steigen. Nachdem die Vorbereitungen schon auf Hochtouren liefen, mißfiel einzelnen Herren der Verwaltung der Stadt Köln, daß dies ein „Frauenfest nur für Frauen“ sein sollte. Kurzerhand strichen diese Herren Geld und Räume, denn „Öffentliche Veranstaltungen dürfen keinen ausschließen.“

Die Frauen lassen sich aber nicht so schnell entmutigen. Jetzt steigt das Fest am 24.11. in der Gesamtschule Zollstockstraße in Köln in eigener Regie. Das Programm ist vielversprechend: Musik, Kabarett, Informationen, Essen und Trinken. Für Kinderbetreuung ist selbstverständlich gesorgt.

Also, Frauen, nichts wie hin!!!!

Frauenkommission KB/NRW

es genügend Sekretärinnen für diese Aufgabe gegeben hätte. Eine Minderheit der bis dahin schon anwesenden Frauen (viele Delegierte wurden erst zum Beginn der Hauptkonferenz am 3.11. erwartet, insgesamt beteiligten sich dann 150 Frauen), setzte sich massiv dafür ein, alles beim Alten zu belassen. Insbesondere K.H. Lenz sollte reden können, da er schließlich der Bundesvorsitzende aller Falken sei.

Die Hauptkonferenz begann dann wieder mit dieser Auseinandersetzung. Nur hatten sich die Mehrheitsverhält-

Dann mußten wegen Zeitdruck die verschiedenen Anträge Schlag auf Schlag behandelt werden. Die Frauen beschlossen u. a.:

- Durchführung eines Zeltlagers nur für Frauen für 1980;
- das Thema der Pfingstcamps 1980 soll „Rollenverhalten und emanzipatorische Mädchenerziehung“ sein, dazu soll mit Jungen gemeinsam in Arbeitsgruppen gearbeitet werden;
- Frauen zum Bund? Nein Danke!
- Weiterführung der Auseinandersetzung um sozialistische Mädchenarbeit in Form von Mädchen- und Frau-



# Ein Chauvi packt aus

„Ich bin ein Chauvi“, „Alle Männer sind Chauvi's, alle ohne Ausnahme, auch ich“. So Henryk M. Broder, bekannter fortschrittlicher Journalist der „Frankfurter Rundschau“ und bekannter Antifaschist in der „Konkret“ (10/79). Fast zwei Seiten füllt H. Broder mit den „neuen Prototypen“ der männlichen Chauvi's. Die Art und Weise, wie er schreibt, erscheint offen, teilweise witzig, doch der Schein trügt: Ein bewußter Chauvi packt aus, nicht um Selbstkritik zu leisten, sondern um zynisch den Frauen die Verantwortung für den männlichen Chauvinismus unterzuschieben, nach dem Motto, hier bin ich Chauvi, beißt euch die Zähne an mir aus oder zieht euch zurück in eine Frauenwelt.

Zwei Standardtypen von Chauvi's beschreibt H. Broder: „Die meisten winken gelangweilt ab, sie fühlen sich nicht betroffen. Vorgestern haben sie den Abfalleimer heruntergebracht, gestern beim Abwasch geholfen, heute ihr Bier eigenhändig aus dem Eisschrank geholt, morgen werden sie darauf bestehen, unten zu liegen. „Emanzenkram“ sagen sie, und was sie denken, bewegt sich noch unterhalb des Niveaus von Witzen auf sogenannten Herrensitzen im Karneval.“ Der zweite Chauvi-Typ gehört der „klügeren und sensibleren“ Art an, „da ist schon was dran, aber ... und dann erklären sie, warum sie, ausgerechnet sie im Gegensatz zu allen anderen Männern keine Chauvi's

sind. Das sind die schlimmsten. Sie durchschauen ihr eigenes Verhalten, hinterfragen es kritisch und stellen sich selbst die subtilsten Fouls, unterdrücken ihre Frauen/Freundinnen auf die raffinierteste Art und haben bei alledem das beste Gewissen.“ Zu dem letzteren Chauvi-Typ zählt H. Broder auch die Linken, „sie beuten ihre Frauen emotional, sexuell und oft auch finanziell“ am meisten aus. „Gemein“ findet Broder die Rolle des linken Mannes, der „all das mit dem Gestus von Entwicklungshelfern tut“. Es folgt dann eine Geschichte von einem Freund, der seine Freundinnen immer ausreicht, und es versteht sich von selbst, daß die Freundinnen sich dies auch immer gefallen lassen, sich plötzlich anders kleiden, die Schminke ablegen oder ihr Studium plötzlich doof finden und natürlich redeten sie nur noch in seinem „Jargon, lasen den Berliner Extradienst, die UZ und die FAZ“ – „wegen des kapitalistischen Wirtschaftsteils.“ Makaber treibt Broder dies auf die Spitze, abends an der Theke unter Freunden und Genossen erzählt man(n) sich Bettgeschichten, „nachdem man Fragen des Klassenkampfes in der BRD und der revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt“ diskutiert hatte. Sicher, es wird auch solche Chauvi's geben, ob Frau diese noch als Linke bezeichnen kann, sei dahingestellt. Pervers wird Broder allerdings, wenn er die Frauen immer als die Dummen und Blöden

Nicht die Chauvi's müssen ihre Einstellung zu den Frauen ändern, sondern die Frauen ihre Einstellung zu den Chauvi's...



hinstellt, die sich eben immer unterwerfen, ihre Rechte nicht wahrnehmen. Broder suhlt sich förmlich darin, daß ein Typ im Wohnzimmer mit seiner Freundin schmust und seine Frau in der Küche steht und den Abwasch und die Wäsche besorgt. Daß ein anderer Typ den ganzen Tag nachdenkt und seine Freundin für ihn jobt, den Haushalt und Kindererziehung macht und dabei noch zufrieden ist, auf die andere Freundin selbstverständlich nicht eifersüchtig

ist, weil er ihr alles erzählt. Oder eine Frau, die drei Wochen lang abhaut, weil sie es mit ihrem Mann nicht mehr aushält und der Typ sich nur darüber Gedanken macht, wie er seine Oberhemden gebügelt bekommt. Nein, für Broder sind dies keine „Brutalos im herkömmlichen Sinne“. „Sie verabscheuen Gewalt und haben einen weiten kulturellen Horizont“. „Es sind junge Männer, die sich von der Moral ihrer Väter so weit entfernt glauben, wie es eine Boeing 747 von dem Heißluftballon der Gebrüder Montgolfiere ist.“ Broder selbst zählt sich zu den wenigen harmlosen Exemplaren von Chauvi's, die eine „bürgerliche Doppelmoral“ pflegen, für sich selber alle Rechte in Anspruch nehmen, der Freundin diese aber absprechen. Lustvoll beschreibt er: „Bei großbusigen Frauen reduziere ich ganz automatisch meine Kopf-Ansprüche und geb mich auch mit einem geringen rhetorischen Unterhaltungswert zufrieden.“ Er kann nicht anders als die Frau als ein Lustobjekt zu sehen, mehr „strapaziert“ seine „Selbstbeherrschung“. „Mich interessieren nur jene Merkmale, die ein Chauvi automatisch assoziiert, wenn er das Wort ‚Frau‘ denkt, hört oder sagt.“

Seine Selbsteinschätzung ist verblüffend zynisch: „Ich könnte jetzt natürlich so tun, als fände ich das alles ganz schlimm und würde furchtbar unter meinem Chauvi-Sein leiden. Beides ist nicht der Fall. Ich könnte auch nach der zutreffenden Diagnose zur Therapie schreiten, zumindest auch so tun, als ob, und Selbstbeschränkungspläne entwerfen, etwa nach der Art: Es müßte mir doch, bei meinem fortgeschrittenen Bewußtsein, möglich sein, meine Haltung zu den

Frauen zu ändern. Auch das wäre ein schrecklicher Humbug. Ich kann mich nicht ändern und: Ich will es auch gar nicht.“ Leider hat er sich in die falsche Gruppe von Chauvi's eingeordnet – nämlich die harmlosen. Um mit seinen Worten zu sprechen gehört er zu den „schlimmsten linken“ Chauvi's, die sich auch noch damit brüsten, die Lage zu durchschauen, und den dicksten ekelregendsten Chauvikram an den Mann bringen. Die Wendung ist für Broder auch nur noch logisch (leider auch für einige Genossinnen im AK 164): nicht der Mann muß sein Chauvi-Dasein verändern, sondern die Frauen. „Was bleibt als Einsicht, Konsequenz, Perspektive? Nicht die Chauvi's müssen ihre Einstellung zu den Frauen ändern, sondern die Frauen ihre Einstellung zu den Chauvi's d.h. zu den Männern schlechthin, die alle genuine Chauvi's sind. So wie man einem Fisch das Schwimmen nicht abgewöhnen kann, kann man einem Mann sein Chauvi-Sein nicht austreiben. Das bedeutet, daß die Frauen jeden, jeden persönlichen Umgang mit Männern unterlassen müssen, wenn sie deren Chauvinismus nicht durch ihr Entgegenkommen Vorschub leisten wollen.“ Dieser Sorte kleinbürgerlicher Chauvinisten ist mit Umerziehung nicht mehr beizukommen. Das Schlimme ist, daß eine fortschrittliche Zeitung mit dem Anspruch, links zu sein, wie die „Konkret“, derartigen Schweinkram auch noch veröffentlicht. Ein Schlag ins Gesicht der Frauen von sogenannten Linken kann nur mit dem Kampf „bis aufs Messer“ beantwortet werden!

Ul. KB-Hamburg

## Die „Zentrumsleitungs-Frauen“ nicht auf der Höhe der Auseinandersetzung??

### Zur Auseinandersetzung mit der AG Frauen

Die Arbeitsgruppe Frauen des KB (AGF) setzte sich im AK 165 „mit einigen Aspekten der Vorgehensweise und der Vorstellungen der Zentrums-Leitungs-Frauen“ auseinander. (Die Zentrums-Leitungs-Frauen sind die Frauen, die sich in der laufenden Auseinandersetzung im KB lt. AGF „um die sogenannte ‚Zentrums-Leitung‘ geschart haben“).

Ich will nun zu folgenden Fragen antworten:

- Vorwürfe gegen die ZL-Frauen im Vorwort;
- Einschätzung vom Auf- und Abschwung der Frauenbewegung im KB;
- Auseinandersetzung mit dem Feminismus gleich Nachtrag längst vergangener Zeiten?
- Zur Bündnispolitik.

#### Zentrums-Leitungs-Frauen inkompetent?

Im Vorwort der AGF heißt es, daß „kennzeichnend für die ZL-Strömung unter unseren Genossinnen ist“, daß sich „abgehoben“ mit der Frauenpolitik auseinandergesetzt wird. Die AGF führt dies darauf zurück, „daß dieses Genossinnen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit unserer Frauenpolitik bisher gar nichts oder nur wenig zu tun hatten“.

Dieser Vorwurf ist ja nicht neu. So schrieb die AGF schon in AK 161 in ihrer Antwort auf die Artikel der ZL („Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“): „Keiner von ihr (ZL), auch die Genossin nicht, hat etwas mit Frauenpolitik zu tun ...“. Das Interesse der ZL am Thema Frauenpolitik wird als „seltsam“ gekennzeichnet. Damals wie heute benutzt die AGF solche Aussagen dazu, eine vermeintliche Inkompetenz der Artikelschreiber(innen) herauszustellen. Ob jemand sich in eine Materie (manchmal auch neu) reingearbeitet hat, ob er etwas untersucht hat, spielt natürlich gegenüber einer „Inkompetenz“ eine untergeordnete Rolle.

Es fragt sich nur, wie die AGF mit dieser ihr so beliebten Charakterisierung von Genoss(innen), die zugegebenermaßen nicht hauptsächlich Frauenarbeit machen und sich trotzdem in der Krisen- und Reformdebatte zum Punkt Frauenpolitik zu Wort melden, mit ihrer eigenen Einschätzung von der Wichtigkeit der Debatte um die Frauenfrage in der Krise zurechtkommt und wie sie sie in ihrem „Referat zur Frauenarbeit“ auf dem Vorkongress des KB im Dezember 78 folgendermaßen kennzeichnet: „Bei der Beantwortung der Frage, wie geht's weiter im KB? ... spielt die Frauenfrage eine wesentliche Rolle. Kaum eine andere politische Frage hat in den letzten Jahren, bei den innerorganisatorischen Debatten so viel Wirbel gemacht, so viel weitestgehende politische Widersprüche ans Licht gebracht“ (AK 25 – Hervorh. von mir). „Seltsames Interesse“ an der Frauenfrage?? Zu einem weiteren Vorwurf der AGF, daß „kein einziger Artikel ... sich mit den wirklichen, aktuellen Problemen unserer Frauenarbeit“ befaßt, ist zu sagen, daß es natürlich auch eine Frage der Sichtweise ist, was die „wirklichen, aktuellen Probleme“ sind.

Allerdings haben wir tatsächlich bisher noch keine aktuelle Berichterstattung und Auseinandersetzung mit

der ganzen Palette unserer Frauenpolitik begonnen. Da ist die AGF uns natürlich auch weit überlegen, man bedenke nur das Archiv und die Materialien, die sich bei der AGF konzentrieren. Deshalb betrachte ich diese Kritik an uns auch als eine Aufforderung, das in unseren Kräften Stehende zu anderen aktuellen Problemen an Berichterstattung und Debatte beizutragen.

#### Was sind die Ursachen für Auf- und Abschwung der KB-Frauenpolitik?

Im „kleinen Rückblick auf die Entwicklung der KB-Frauenpolitik“ heißt es unter der Überschrift „Schon immer Steine im Weg“, daß während der starken § 218 Bewegung mit Aufbau der AGF und weiterer Frauengruppen im KB und der Debatte um die allseitige Untersuchung der doppelten Unterdrückung der Frau in allen Lebensbereichen „die Genossinnen unserer Organisation in dieser Anfangsphase (1975) viel Mut und Kraft (gewannen), sich zur Wehr zu setzen und eine Arbeit in Frauenzentren, Betrieben, Schulen und Universitäten aufzunehmen“.

Die Phase des Abschwungs wird dann folgendermaßen gekennzeichnet: „Die ständigen Angriffe auf unsere Frauenpolitik (daß eine Kommunistin ja wohl etwas „höhere“ Ansprüche hätte als „nur“ Frauenarbeit zu machen, nämlich eine „allseitige“ Politik), führten langfristig aber doch dazu, daß unter diesem Druck beim Abflauen der Bewegung gegen den § 218 Teile der Frauenarbeit wieder zusammenbrachen, Genossinnen resignierten, Frauengruppen sich auflösten, Genossinnen aus den Frauenzentren rausgingen“.

Soweit aus dem Artikel im letzten AK. Bisher hatte die AGF allerdings eine andere Einschätzung der Auf- und Abschwünge. Im AK 137 (Sept. 78) heißt es in einem zentralen Artikel: „Mitte 1976 („... nach dem Erlahmen der autonomen Frauenbewegung im Rahmen der ‚Reform‘ des § 218...“) trat in der Behandlung der Frauenfrage im KB eine Wende ein“. Nachdem erkannt wurde, daß die doppelte Belastung und Organisation (KB-Frauengruppen und Grundeinheiten) vieler Genossinnen, langfristig eine Überforderung darstellen würde, wurde die Parole ausgegeben: Macht die Frauenarbeit zur Aufgabe der gesamten Organisation; als Thema schien sie bereits breit durchgesetzt. Die Folge war allerdings, „daß ein Großteil der bestehenden KB-Frauengruppen sich auflöste ... nach und nach fiel die Frauenpolitik in den Diskussionen völlig hinterher. Der Stellenwert ... sank auf Null“. Frauenpolitik wurde als Nebensache begriffen, Genossinnen wanderten vielfach aus den Frauengruppen ab und wandten sich z.B. der AKW-Bewegung zu (Der Schritt, obige Parole ausgegeben zu haben, wird im Artikel kritisiert: „... Die Organisation war für eine solche Anforderung noch nicht stark genug“).

Im AK 155 (Juni 79) heißt es im Artikel zur ersten Frauenvollversammlung im KB in einer Passage, in der die Kritik an einem KB-Artikel zum „Kleinen Unterschied“ von A. Schwarzer beschrieben wird, zur Situation 1976: daß die Mehrheit der Genossinnen (auch die AG Frauen)

den damaligen Artikel gegen A. Schwarzer verteidigten, weil das Buch die Frauenbewegung in einer gesellschaftlichen Situation erwischte hat, in der Resignation (nach dem § 218 Urteil) und Ratlosigkeit geherrscht hat und „Selbsterfahrung als wichtigster Teil der Arbeit in der Frauenbewegung angesagt gewesen“ sei. „Auch in Teilen der Organisation habe es eine Konzentration der Diskussion über Sexualität und Beziehungsfragen gegeben“.

Die Diskrepanz im Rückblick im letzten AK zu älteren Einschätzungen ergibt sich m.E. ganz simpel aus einer heute anderen Diskussionsweise der AGF, es ist sozusagen eine „angepasste Einschätzung“.

Erstens soll damit eine These belegt werden, die besagt, daß der innerorganisatorische Druck (der Chauvinismus) Hauptverantwortlicher in Sachen Niedergang der Frauenarbeit im KB ist und gegen ihn der „Hauptkampf“ geführt werden muß – ohne zu hinterfragen, welches die tauglichsten Mittel sind und zu untersuchen, wieweit der Zerfall der (sogenannten) autonomen Frauenbewegung und die damalige Hinkerbung zur „neuen Innerlichkeit“ ihre Spuren auch in unserer Organisation hinterlassen hat. (Ich stimme den Genossinnen zu, daß natürlich auch ein innerorganisatorischer Druck auf die Frauen im KB dazu führen kann, daß eine Frauenarbeit zurückgedrängt wird. Insbesondere die immer noch vorhandene Meinung von der Geringschätzung der „Nur“-Frauenarbeit kann dazu beitragen, Genossinnen politisch zu verunsichern. Dagegen muß von uns angegangen werden.)

Zweitens wird die heutige Situation der Frauenarbeit als dermaßen schwach beschrieben – eine Situation in der der ZL auch noch schwach eingreift. („Von unseren Genossinnen machen ohnehin noch viel zu wenig eine spezielle Frauenpolitik, so daß wir den großen Aufgaben in der Frauenbewegung nur unzulänglich gewachsen sind. Nun werden diese allzuwenigen Kräfte auch noch durch eine unsinnige Debatte um die Sophistereien der ZL-Fraktion geschwächt, die zur Bewältigung unserer konkreten Aufgaben absolut nicht beitragen“) [AGF-Artikel AK 165]

#### „ZL-Frauen“ fehlt der Blick nach vorn?

Die AGF bescheinigt den „ZL-Frauen“, daß diese „in ihrem ersten Versuch, eine Kritik an unserer Frauenpolitik zu führen, ganz gehörig danebengegriffen haben und sich ausschließlich und mit Volldampf auf eine in Bedeutung und Verbreitung heute relativ unwesentliche Erscheinung in der Praxis der Frauenbewegung gestürzt haben: den Feminismus ... Artikel wie der von Janssen-Jurreit im AK 164 liegen daher völlig abseits von unseren Aufgaben, binden allenfalls Kräfte an ganz falschen Stellen und schwächen uns so in der Auseinandersetzung mit den reformistischen und revisionistischen Strömungen in der Frauenbewegung“.

Es mag ja sein, daß es der AGF nicht paßt, daß der Feminismus („Tendenzen“, „Grazuonen“) inner- und außerhalb unserer Organisation durch die ZL-Artikel massiv in die Auseinandersetzung gebracht worden ist, jedoch wieso der Feminismus auf

einmal eine „unwesentliche Erscheinung“ ist, wieso die Auseinandersetzung darum uns „schwächt“, „von unseren Aufgaben ablenkt“, ist ein weiteres Rätsel, das uns die AGF aufgibt.

#### Exkurs

Bis vor wenigen AKs hatte die AGF und meßgebliche Mehrheitsvertreter(innen) selber eine ganz andere Einschätzung, was Verbreitung und Stärke des Feminismus außer- und innerhalb des KB betrifft.

„Tatsächlich gibt es unter KB-Genossinnen feministische Strömungen in verschiedenster Ausprägung, worunter auch das Infragestellen einer kommunistischen Organisation fällt“ (He., AK 157, Antwort auf die Göttinger Leserbriefe aus AK 156).

„Ein heiterer Einfall von Ha. (Göttinger Leserbrieffschreiber) am Rande ist sein Hinweis auf ‚feministische Tendenzen‘ im KB. Solche Tendenzen gibt es erklärmaßen, aber keineswegs in dem Zusammenhang, in dem Ha. und Kl. sie rücken wollen, d.h. in den von ihnen angegriffenen Artikeln“ (Antwort der AGF auf die Göttinger Leserbriefe, AK 159, Aug. 79).

„Auch für den KB und unsere Presse gilt, daß gegenwärtig noch viel zu wenig ‚blüht‘. Wir haben beispielsweise mancherorts tatsächlich massive feministische Tendenzen im KB – ohne daß sich davon etwas in unserer Presse widerspiegelt“ (Kt. in AK 160 in seiner Antwort auf die ZL-Artikel).

„Daß es im KB eine ‚Grazuone des Feminismus‘ gibt, ist weder eine Entdeckung von Ha./Kl. noch von den Genoss(innen) der ‚Zentrums-Leitung ... Die Methode von Ha./Kl. und ‚Zentrums-Leitung‘ liegt darin, sich selbst sensationsmacherisch als Entdecker dieser ‚Grazuonen‘ aufzuspielen ...“ (Rundbrief der LG-Mehrheit nach Erscheinen des AK 160 mit den Artikeln der ZL).

In AK 161 (Sept.) wehrt sich die AGF gegen den Vorwurf der ZL eines Waffenstillstandes von marxistischen und feministischen Vorstellungen: „Daß gerade das Gegenteil der Fall ist, daß hierüber intensive Auseinandersetzungen stattfinden, zeigt doch allein schon die Tatsache, daß es zahlreiche Protokolle und Berichte über die innerorganisatorische Diskussion hierüber gibt ...“

(Diese zahlreichen Genossinnen scheinen reichlich viele „schwächende“ [„intensiv schwächende“?] Auseinandersetzungen zu führen, wenn man die heutigen Aussagen der AGF nimmt!)

Weiter schrieb die AGF: „Wir haben uns ... noch einmal von AK 136 bis 159 (August 78 bis August 79) unsere Frauenarbeit angesehen und sind zu folgenden Ergebnissen gekommen. In 21 weiteren Artikeln [über die 4 von der ZL entdeckten hinaus] befassen wir und andere Genossinnen uns durchaus mit diesen Abgrenzungen von feministischen und Modeströmungen“. Die AGF schreibt dann, daß sie im Vergleich dazu AK 110 (8.8.77) bis AK 134 (24.7.78) sich angesehen hat und mit 30 Artikeln zahlenmäßig leicht über dem 78/79-Ergebnis gelegen hat.

Abgesehen jetzt von der falschen Klassifizierung von Artikeln zur Auseinandersetzung mit dem Feminismus wie sie die AGF gebraucht hat und

was bereits in einem Artikel der ZL nachgewiesen wurde, fragt man sich natürlich, wieso die AGF im September 79 den Nachweis der vehementen Auseinandersetzung mit einer Strömung erbringen wollte, die sie heute als „relativ unwesentliche Erscheinung“ darstellt.

Der ZL wurde bisher immer ihre Inkompetenz in Sachen Frauenfrage angekreidet, ihr „grob-schlächthiges Vorgehen“, ihre angebliche „Zitatens-fälscherei“, und es wurden Gefahren für unsere Bündnispolitik heraufbeschworen. Nicht der Feminismus, die „Grazuonen“ wurden abgestritten, sondern es wurde angegriffen, wie sie sich damit auseinandergesetzt wird.

Jetzt, nachdem die „Zentrums-Frauen“ (wohl auch nach Meinung der AGF nicht) sich nicht „grob-schlächthig“, sondern sehr detailliert mit Positionen zum Feminismus auseinandergesetzt, ist die Argumentation der AGF auf einmal: „heute relativ unwesentlich“, „lenkt von unseren Aufgaben ab“ usw. ...

Das ist nun wirklich nicht anders zu erklären, als damit, daß die Debatte um dieses Thema verhindert werden soll. Die Überschrift des AGF-Artikels: „Die ‚Grazuonen‘-Debatte lenkt ab von unseren Aufgaben!“ ist darüber hinaus nichts anderes, als sich dem „Modetrend“ im KB anzuschließen, die ZL massiv als Boykotteure der KB-Politik, der „eigenlichen Aufgaben“, anzugreifen. In AK 163 hieß es im Artikel zum Stand der Kongreßvorbereitung schon: „Ein besonders schwerwiegendes aktuelles Hemmnis für ein Aufheben des Rückstands in der Kongreßvorbereitung stellt die Fraktionsmacherei der ‚Zentrumsleitung‘ und die von ihr entfachte Auseinandersetzung dar ...“

#### Schillernd und skurril

Die Verfasserinnen des „Janssen-Jurreit“-Artikels im AK 164, die jetzt von der AGF so maßlos überheblich kritisiert werden („völlig abseits von unseren Aufgaben“, „binden Kräfte“, „schwächen uns“), stellten ihrem Artikel voran, daß sie mit diesem Artikel voran, daß sie mit diesem Artikel eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Strömungen des Feminismus beginnen wollen, weil im KB große Unklarheiten über feministische Theorie und Praxis bestehen.

Im AK 155 heißt es z. B. im Artikel zur Frauen-VV, daß sich viele Genossinnen fragten, was Feminismus ist; der Begriff sei „schillernd“; „einige Genossinnen würden sich auch selber gerne als Feministinnen bezeichnen“.

Die AGF hat im letzten AK absolut nichts dazu beigetragen, diesem „schillernden“ Begriff etwas von seiner Unfaßbarkeit für viele Genossinnen zu nehmen, sondern ihn im Gegenteil reduziert auf eine äußerst skurrile Beschreibung („... exotische Themen über kräuterkochende Medizin-frauen ... (sind) sehr in den Hintergrund getreten ...“).

Diese Begriffsverwirrung wird immerhin bemüht, um die Bedeutungslosigkeit eines Artikels zur Auseinandersetzung mit dem Feminismus aufzuzeigen.

und gar nicht überflüssig.

Diese dann auch noch gegen den „Janssen-Jurreit“-Artikel zu wenden, ist noch eine besondere Desorientierung. J.J.'s „Sexismus“ gilt sozusagen als „Klassiker“ mit hoher Auflage in Teilen der Frauenbewegung. Sie ist, wie der Artikel der Genossinnen in AK 164 aufzeigt, absolut keine „kräuterkochende Medizin-frau“, sondern der Nachweis, den sie in der Frauenfrage gegen die Marxisten zu erbringen versucht, ist der Ansatz vieler Feministinnen. Es bleibt auch noch die Frage offen, wie die AGF bei soviel Skurrilität des Feminismus, wie sie ihn kennzeichnet, den Ruf von der Organisation nach eben einem „mehr“ von diesem gerecht werden will.

#### Schlußbemerkung

Die AGF schreibt, daß „in der heutigen Frauenbewegung eine Entwicklung statt(findet), sich zunehmend mit den realen Problemen der Masse der Frauen auseinanderzusetzen ...“, und führt dann mehrere Beispiele an.

Klar ist mir zwar nicht, wie die AGF am Beispiel eines Kongresses, zu dem unter der Parole „Entwicklung einer feministischen Theorie und Praxis in sozialen und pädagogischen Berufsfeldern“ eingeladen wurde, zu der Einschätzung kommt, daß mit den 1.000 Frauen, die diesen Kongreß besucht haben, „die Frauen aus der Praxis, vor allem aus beruflichen Interessen, weniger aus Interesse an speziellen frauenspezifischen oder feministischen Fragestellungen“ gekommen sind, aber sei's drum, nehmen wir obige Charakterisierung der Frauenbewegung erstmal als richtig an.

Wir – ich glaube, ich kann da für alle „Zentrums-Frauen“ sprechen – sind ebenfalls wie die AGF der Meinung, daß die Auseinandersetzung mit sozialdemokratischem und revisionistischem Gedankengut zur Frauenfrage einen großen Stellenwert hat, insbesondere deshalb, weil eine Frauenarbeit auf diesem Sektor und mit diesen Frauen bündnispolitisch interessanter für uns ist; sie behandelt Themen der Massenarbeit und diese auch innerhalb der beruflichen Frauen; und diese Themen liegen uns als Kommunistinnen ja wirklich eigentlich näher.

Ich bin auch der Meinung, daß die „Zentrums-Frauen“ sich so stark, wie es in ihren Kräften steht, an diesen Themen und Aufgaben beteiligen sollten.

Wir möchten jedoch nicht nur zu diesen Themen „willkommen“ sein.

Die „Grazuonen“-Debatte lenkt da nicht „von unseren Aufgaben ab“, sondern diese „grauen Zonen“ auch in unserer Organisation zu bekämpfen, heißt, damit auch gegen Tendenzen gegenanzugehen, die sich bei der Bewältigung unserer Aufgaben als Kommunistinnen, wie sie von der AGF als unsere „eigentlichen“ gekennzeichnet werden, als Hemmschuh erweisen würden.

M./Anleitung Chemiebereich KB/Gruppe Hamburg

Bemerkung: Die in diesem Artikel angekündigte Antwort zum Kapitel „Bündnispolitik“ im AGF-Artikel muß verschoben werden, da die Genossin es aus zeitlichen Gründen nicht geschafft hat, diesen Artikel zu schreiben.





# Lesben • Schwule



## GEGEN PHILISTERTUM UND STÜMPEREI

Ausgehend von der Feststellung, daß „die kommunistische Bewegung traditionell auf dem Gebiet des Persönlichen teilweise ziemliche Sünden, zumindest aber schwere Unterlassungen begangen hat“ (Artikel: „Zurück zur Scham?“, AK 157, S. 51), haben wir in „Die Schwulenbewegung und die Linke“ (AK 165, S. 31 f.) aufzuzeigen versucht, worin diese „traditionellen Sünden“ und „schweren Unterlassungen“ z.T. begründet liegen: In einem traditionellen Philistertum in der Arbeiterbewegung einerseits und in einem unmateriellen Herumstümpern an der sexuellen Frage andererseits. Wir haben aufgezeigt, daß diese Fehler der Linken auf Seiten der Schwulenbewegung die Resignation und Abwendung vom Marxismus verstärkt haben und sie spontanen Ideologien ausgeliefert haben. Wie in AK 165 angekündigt, wollen wir in diesem Beitrag vor dem Hintergrund der in unserer Zeitung geführten S/M-Debatte untersuchen, inwieweit sich jene o.a. Tendenzen auch im KB und seinem Umfeld bemerkbar gemacht haben.

Die S/M-Debatte zieht sich seit AK 141 durch diverse Ausgaben (AK 141, 143, 148 bis 152) und ist Gegenstand verschiedener Polemiken im Rahmen der zur Zeit laufenden Krisen-debatte: In AK 156 nannten Ha./Kt. diese Diskussion „idiotisch“ („Leichengeruch“), sie entschuldigten sich dafür in AK 158, Kt. in AK 157: „Tatsächlich ist dieses Thema weder überflüssig noch idiotisch, sondern höchst politisch.“ In derselben Ausgabe zwei Genossinnen: „... die S/M-Debatte war auch nicht immer frauenfreundlich, wie es Frau ansonsten eigentlich von schwulen Genossen gewöhnt ist.“ („Oh, tut mir der Busen weh...“, S. 48). Eine lesbische Genossin prophezeite bereits in AK 152: „Die Diskussion über S/M ist noch lange nicht abgeschlossen.“ Die Genossin hatte Recht: Die Diskussion wurde Gegenstand der Krisen-debatte und behielt ihre Aktualität.

In dem nachfolgenden Artikel wollen wir uns mit bestimmten Aspekten der S/M-Diskussion auseinandersetzen, in denen sich jene „traditionellen Sünden“ und „schweren Unterlassungen“ unserer Meinung nach fortsetzen. Der Artikel ist als Diskussionsvorschlag zu verstehen.

### Zum Hergang der S/M-Diskussion

In AK 141 veröffentlichte die Redaktion den uns bis dahin unbekannten Bericht eines schwulen Genossen aus Münster über ein regionales Schwulentreffen. Der Genosse berichtete, daß sich auf diesem Treffen auch eine Arbeitsgruppe mit Lederschwulen und S/M befand hatte. Von den 135 Zeilen jenes Artikels enthielten ganze 22 Mitteilungen zu jener Problematik. Aus diesen Zeilen war zu entnehmen, daß sich Teile dieser speziellen Szene innerhalb der Gruppe der Homosexuellen zu politisieren beginnen und zur Schwulenbewegung stoßen, was der

daß sich Teile dieser speziellen Szene innerhalb der Gruppe der Homosexuellen zu politisieren beginnen und zur Schwulenbewegung stoßen, was der Genosse (und die AG Schwule) sehr erfreulich finden. Wie sich diese Szene politisiert, zeigt sich auch daran, daß Teile unserer im AK geschriebenen Artikel im „Zentral-Organ“ der S/M'ler, „Der Stiefel“, nachgedruckt wurden. Der Artikel aus Münster wurde mit einer „Anmerkung des bearbeitenden AK-Redakteurs“ (Kt.) versehen, in der allerhand Spekulationen über S/M und Lederschwule angestellt wurden. Gegen Ende des Artikels wird gesagt: „Insofern sehe ich in der Tabuisierung von Lederschwulen und S/M-Praktiken innerhalb der Schwulenbewegung auch nichts Schlimmes“. Gleichzeitig forderte er „einige schwule Genossen“ auf, „im AK zu diesem Thema Stellung zu nehmen.“ Dies geschah, nachdem wir „entsprechende Recherchen in der betreffenden Szene durchführten und fortschrittliche Literatur zu diesem Thema durchgegangen sind“ (AK 148). Das Ergebnis unserer Untersuchungen veröffentlichten wir in AK 148 und 149. In AK 150 wurden vier, z.T. umfangreiche „Kontra“-Briefe abgedruckt, die sich mit unseren Veröffentlichungen äußerst „kritisch“ auseinandersetzten. (Wir nehmen im folgenden hauptsächlich zu dem Inhalt dieser Briefe Stellung).

Nach Erscheinen dieser Briefe, darunter einer mit der „programmatischen“ Überschrift „Der Knittel im Hause erspart den Pflasterstrand“ (von Kt.), schätzten wir die „Lage“ so ein, daß eine Fortführung der Diskussion schwierig sein würde. Wir entschlossen uns daher sehr rasch einen AK-Sonderdruck mit unseren Artikeln und jenen Briefen an die Schwulenbewegung und die S/M-Szene zu verschicken (Auflage: 500). Bereits für AK 151 lagen acht Stellungnahmen aus der SB vor. Keine von ihnen wurde zunächst abgedruckt, stattdessen erschien ein Kasten in AK 151 mit der Überschrift „S/M-Diskussion: Das Publikum murrt“ mit

der Aufforderung an eine „schweigende Mehrheit“ (angesichts einer redenden Minderheit), sich zum Thema zu äußern. (Vgl. auch Artikel: „Zurück zur Scham?“ AK 157, S. 52).

Erst in AK 152 gelang es dann, einen Teil der vielen mittlerweile eingegangenen Leserbriefe zu „plazieren“. Soweit der Hergang der S/M-Diskussion aus unserer Sicht. (Unabhängig davon wurde ab AK 152 ein Wechsel des „bearbeitenden AK-Redakteurs“ vorgenommen. Er gehört der ZL an.)

### Gegen Tabus in der Sexualität

Ein Genosse aus den USA (übrigens:

### Gegen Tabus in der Sexualität

Ein Genosse aus den USA (übrigens: er ist bi-sexuell und Jude) lieferte der AG Schwule einen Artikel zum Thema S/M unter der Überschrift „Sadomasochismus — das letzte Tabu“. Dort schrieb er: „Es ist offenbar, daß eine objektive wissenschaftliche Analyse sexueller Fragen gerade erst begonnen hat. Am wichtigsten an dieser Analyse ist die Bereitschaft, jede Frage offen zu untersuchen, Informationen zu sammeln und sich mit einem Urteil zurückzuhalten, bis die Fakten studiert sind. Ist dies hinsichtlich S/M geschehen?“ (AK 148). Die Frage bezieht sich auf die entsprechenden „Anmerkungen des bearbeitenden AK-Redakteurs“ zum Münsteraner Artikel in AK 141.

Die AG Schwule definierte Tabu als Denkhemmung und schrieb in AK 143: „Wir sind gegen jede Form von sexuellen Tabus, weil wir als Schwule permanent Opfer dieser Tabus sind“. Wohin Tabus, d.h. Denkhemmungen führen, geht anschaulich aus dem Leserbrief „Der Knittel im Haus erspart den Pflasterstrand“ hervor (AK 150). — Kt. äußerte dort zur Verwendung von „Begriffen und Symbolen“ bei S/M'lern: „Begriffe wie Sklave, Dressur, abrichten, Gegenstände wie Peitsche, Fesseln, lederne Gesichtsmasken, Folterbänke...“, Begriffe und Geräte also, die absolut nichts mit Sexualität im allerweitesten Sinne zu tun haben...“ Man/frau stelle sich einmal vor: Da hat ein Kommunist den Sexkatalog einer S/M-Boutique in der Hand, betrachtet alle Sex-Angebote (eben jene „Gegenstände“) ausgiebig, verlangt sogar, daß sie dem AK-Leser vorgeführt werden und behauptet dann, daß alles habe „absolut nichts“ mit Sexualität zu tun, wo doch genau das Gegenteil seine reale Wahrnehmung ist. Exakt so wirken Tabus! Diese Gegenstände haben etwas mit Sexualität zu tun, ob der Verfasser das nun subjektiv einsieht oder nicht. Es mag

sein, daß diese Gegenstände nichts mit seiner Sexualität zu tun haben, nichtsdestotrotz haben sie etwas mit der Sexualität jener Menschen zu tun, die Kunden in dieser S/M-Porno-Branche sind. So etwas kann man nicht „tabuisieren“, das würde jedem Materialismus in der Sexualforschung zuwiderlaufen und ein idealistisches Verhältnis zur Wirklichkeit begründen.

Die politischen Auswirkungen dieser Denkhemmungen sind verheerend. Da werden von Kt., um S/M ins „rechte“ Licht zu setzen, „aus dem Katalog einer Frankfurter S/M-Boutique“ gegen den erklärten Willen der AG Schwule Photos zum Abdruck gebracht, die den Zusammenhang von Faschismus und S/M suggerieren sollen. („Holocaust? Nein, sondern Originalphoto aus dem Katalog einer Frankfurter S/M-Boutique“) Begründet wird dies von Kt. (AK 150) mit einem „gewissen Protest“ dagegen, daß die AG Schwule angeblich von der „S/M-Szene abstrahiert“ und „Problematiken des real existierenden S/M schlicht verdrängt“ hätte. Was heißt denn das? Also ist nun die „S/M-Szene“ oder der „real existierende S/M“ faschistisch oder wer oder was? Oder beides?

Die Methode, nämlich von der Diktatur der Normalität sexuell abweichende Menschen mit dem Klassengegner gleichzusetzen oder sie zumindest in den Geruch des Faschismus zu bringen, hat allerdings in der „Linken“ eine schlimme Tradition: Zu Stalins Zeiten galten alle Schwulen als potentielle Faschisten (Vgl. Gorki-Zitat in: Die Schwulenbewegung und die Linke, in: AK 165). Wir Schwulen sind also „traditionell“ gegenüber Faschismusvorwürfen (wie verpackt sie auch immer seien) äußerst hellhörig.

Kt. als Verfasser des Knittel-Briefes benutzt ein falsches methodisches Herangehen an den „S/M-Komplex“ und kommt daher auch zu falschen

Kt. als Verfasser des Knittel-Briefes benutzt ein falsches methodisches Herangehen an den „S/M-Komplex“ und kommt daher auch zu falschen Ergebnissen. Es ist methodisch nur als grotesk zu bezeichnen, aus dem Angebotskatalog eines Warenhauses den „real existierenden S/M“ bestimmen zu wollen. Am Ende unseres Artikels „Sexualisierung von Herrschaftsverhältnissen“ (AK 149) haben wir, da wir bereits Böses ahnten, extra darauf hingewiesen, daß es unstatthaft ist, von der Vermarktung der Sexualität auf ihr Wesen zu schließen.

Wie grotesk dieses methodische Vorgehen ist, wird deutlich, wenn man/frau sich mal einen x-beliebigen „normalen“ Hetero-Porno zur Hand

wegen, weil sie „heil“ und „gesund“ ist, sondern weil sie in einem langjährigen und für das Individuum sehr schmerzvollen Prozeß der Indoktrination („Erziehung“) kaputtgemacht worden ist. Sadomasochistische Pornographie etc. ist hiervon nur der augenfälligste Ausdruck, keineswegs ein Spezialfall, den man/frau „isoliert“ betrachten kann. Die Vermarktung unserer „kargen“ Sexualität hat mit der Realität, in der wir leben, wenig gemein.

### Gegen sexuelle Unvereinbarkeitsbeschlüsse!

Der Verfasser des Knittel-Briefes tritt zwar nicht explizit für eine Ausgrenzung von Lederschwulen und S/M'lern aus dem KB und der Schwulenbewegung ein, seine Ausführungen haben in der Praxis jedoch die Folge, daß sexuelle UVB's im KB durchgeführt werden könnten.

In der Ortsgruppe Münster des KB wurde bereits die Forderung: „Kein S/M im KB und auch nicht anderswo“ gestellt und „spielerisch“ (?) ein entsprechender Plakettenentwurf entworfen. (Siehe Faksimile-Abdruck). Das finden wir widerlich und geschmacklos!

### Wehren wir den Anfängen!

So schreibt der Knittel-Brief Verfasser: „Im AK 149 wird unter dem Motto 'Sexualisierung von Herrschaftsverhältnissen' von der AG Schwule richtig der gesellschaftliche Hintergrund des Masochismus analysiert, nämlich die Verinnerlichung von Herrschaftsverhältnissen. Wenn jemand Herrschaftsverhältnisse verinnerlicht hat, zudem noch jemand aus unseren Reihen, ist das allerdings etwas, gegen das wir ankämpfen“



In der Ortsgruppe Münster des KB wurde bereits die Forderung: „Kein S/M im KB und auch nicht anderswo“ gestellt und „spielerisch“ (?) ein entsprechender Plakettenentwurf entworfen. Das finden wir widerlich und geschmacklos!

### Wehren wir den Anfängen!

Widerlich und geschmacklos!  
Wehren wir den Anfängen!

sollten, anstatt es liberalistisch in den Bereich des persönlichen Geschmacks und der sexuellen Toleranz zu verweisen“ (AK 150).

Recht forsch und ohne Sachkenntnis rupft der Verfasser auseinander, was nicht zu trennen ist. Während im ersten Teil des Zitats noch richtig von „Sexualisierung von Herrschaftsverhältnissen“ als Ausdruck von Verinnerlichung von Herrschaftsverhältnissen gesprochen wird, wird im zweiten Teil der Fakt „Sexualisierung“ entgegen der gesamten Aussage unseres Artikels einfach fortgelassen, um

uns nicht funktionalisieren! Basta!

Warum wir auf die Parole „ankämpfen“ derartig scharf reagieren, wollen wir gerne erläutern: Sie ist ein frontaler Angriff auf die Schwulenbewegung und jeden einzelnen Schwulen! (Daher auch die vielen Leserbriefe von Schwulen und nicht, weil wir sie — was gemunkelt wurde — „bestellt“ hätten!) ALLE SCHWULEN werden in dieser Gesellschaft als „krank, abartig und pervers“ angesehen; die Reaktion macht keinen Unterschied zwischen „gesunden“ Schwulen und „kranken“ S/M'lern. Für alle Schwulen werden Psychiatrie, Krankenhaus etc. bereitgehalten. Es gibt keine Sonderbehandlung für schwule S/M'ler, die gibt es offenbar lediglich in den Köpfen einiger Genoss/inn/en auch im KB. Da die Toleranz der Genoss/inn/en keine Garantie dafür bietet, bei einem Sieg der Reaktion, nicht auch mit einem S/M'ler im KZ oder sonstwo zu sitzen, bringt es auch nichts, sich von S/M'lern abzugrenzen oder sie zu „Tabuisieren“.

Eine Garantie für unser aller Befreiung bietet lediglich das korrekte Eingehen an die sexuelle Frage, eine entsprechende Massenarbeit usw. S/M ist, genau wie Homosexualität und die herrschende Form der Heterosexualität, Teil der sexuellen Frage. Es ist unwissenschaftlich, eines vom anderen zu trennen. Gründe für solche Trennungen findet der Philister immer: Beim S/M'ler muß dann die „Gewaltfrage“ dazu herhalten. (Wir kommen unten darauf zurück).

Wir haben allerdings aufgrund von Diskussionen mit Heterogenoss/inn/en erfahren, daß man/frau beim

## Betr.: Vollversammlung

Die AG Schwule ruft für den 7.12. bis 9.12.79 in Hamburg zu einer Vollversammlung aller schwulen KBler und schwulen KB-Sympathisanten auf. Ein besonderes Einladungsschreiben, aus dem alles weitere zu entnehmen ist, erfolgt mit der Auslieferung des AK 166. Bitte fragt in Euren Ortsgruppen nach diesem Papier.

Love and Struggle!  
AG Schwule im KB

nimmt und sich dort die Bilder anschaut: Ein Mensch von einem anderen Stern würde zu dem Ergebnis kommen, ein Mann brauche mindestens drei Frauen, um sexuelle Befriedigung zu finden, die meisten Frauen wären lesbisch, zudem wäre der „Gruppensex“ die vorherrschende Form der Sexualität. Ist das das Wesen der Heterosexualität? Wohl kaum, sondern lediglich das Wesen von allerhand Sexualphantasien in einer hetero-männlich dominierten Klassengesellschaft.

Zu fragen wäre doch eher, was denn diesen Pornomarkt überhaupt möglich macht, mit dem die Kapitalisten recht große Gewinne scheffeln. Die Kapitalisten vermarkten unsere alle Sexualität und zwar nicht des-

dann nur noch mit dem Begriff „Verinnerlichung“ zu argumentieren. (Noch direkter geht „E. Kulturzel“, in ihrem Leserbrief vor!) Jetzt ist dann auch der Boden für die Forderung an die schwulen Genossen bereit, gegen S/M in „unseren Reihen“ „anzukämpfen“! Dieser Stümperei wird dann noch gleich ein Etikett hintergeschoben: „Liberalistisch wäre es, S/M in den Bereich des persönlichen Geschmacks und der sexuellen Toleranz zu verweisen“. Wohin, konkret bitte, sollen wir denn die S/M'ler/innen weisen? In die Psychiatrie? Ins Krankenhaus? In die Psychochirurgie? Das darf doch wohl nicht wahr sein! Das, lieber Genosse, wäre das Ende der AG Schwule im KB. Für diese Dreckarbeit lassen wir

„Ankämpfen“ sich da strikt an „Überzeugungsarbeit“ halten wollen. Wie beruhigend — für's erste! Versucht's doch mal, liebe Genoss/inn/en, was ihr mit Überzeugungsarbeit erreichen könnt. Vielleicht seid ihr ja erfolgreicher als das internationale Heer der Psychologen, Psychoanalytiker und sonstige Fachleute!

Wir bitten allerdings den Verfasser des „Knittel-Briefes“ u.a., die diese Meinung teilen, uns ihre Vorstellungen vom „Ankämpfen“ darzulegen. Wie soll „angekämpft“ werden? Und weiter: Dürfen eurer Meinung nach S/M-ler/innen nicht Mitglieder im KB sein? Wie steht ihr zur Bündnispolitik?

### Gegen das Leistungsprinzip in der Sexualität!

Um die fließenden Übergänge zwischen vorgegebener „Normalität“ und S/M zu verdeutlichen, haben wir in unserem Artikel „Sexualisierte Herrschaftsverhältnisse“ das Beispiel „Vergewaltigungsspiele“ zwischen Heteroparen herangezogen. (Wir hätten ebenso gut schwule/lesbische Paare angeben können, unterließen dies jedoch, weil hier die Gefahr besteht, daß der/die sich als „normal“ empfindende Leser/in dies in die Kiste packen würde: „Da sieht man/frau es mal wieder, die Perversen! Wie gut, daß wir normal sind!“)

Wir schrieben, daß jene Vergewaltigungsspiele „eben nicht s mit Gewalt zu tun haben, sondern vor dem Hintergrund besonderen gegenseitigen Vertrauens, Liebe und eben des Bewußtseins der Geborgenheit beim Partner stattfinden.“ (AK 148). Wir haben dieses „Phänomen“ dadurch erklärt, daß sich in diesen Spielen der Wunsch nach der Objekttrolle, der Wunsch des Sich-Hingebens, der lustvollen Unterwerfung des bzw. durch

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 29

den/die Partner/in ausdrückt. Dies trifft auf Männer wie Frauen zu.

Erschreckend dogmatisch und sexophob (Sexophobie = Angst vor Sexualität) erscheinen uns die sich hierauf beziehenden Äußerungen von Kt. und E. in AK 150. Während uns E. unterstellt: „Ihr versucht, die Umsetzung der bestehenden Unmenschlichkeit in die Sexualität auch noch als fortschrittlich und frei (?) zu verkaufen.“ (Teufel auch, was müssen wir pervers sein!), empört sich Kt. — wieder spekulativ: „Die Genossen der AG Schwule halten sich wahrscheinlich für human, verständnisvoll und frauenfreundlich, wenn sie dafür plädieren, daß Frauen das ‚Recht‘ haben sollen (die Einführung des Wortes ‚Recht‘ stammt nicht von uns — Anm. AGS), ihre Objektrolle ‚lustvoll zu verarbeiten‘, indem sie z.B. mit ihrem Freund Vergewaltigung ‚spielen‘. Gewiß hat jede Frau sogar das ‚Recht‘, sich in der Sexualität total auf ihre Objektrolle zu reduzieren (?), wenn ihr das ‚Spaß‘ (!!) macht. Aber was bringt ihr dieses ‚Recht‘?“

Da wird doch, ausgerechnet von schwulen Genossen, die sonst aktiv gegen Frauenunterdrückung angehen (wir freuen uns, daß das mal festgestellt wird — Anm. AG Schwule), die Frau als Sexobjekt durch die Hintertür wieder eingeschmuggelt. So nach der Devise: „Erlaubt ist, was gefällt.“

Zunächst: Wir schmuggeln nichts durch „die Hintertür“ (!?), sondern was wir offen betreiben, ist der Kampf gegen das Philistertum und das Herumstümpfen an der sexuellen Frage. Es geht überhaupt nicht darum, daß jede Frau „sogar“ das „Recht“, sich in der Sexualität „total“ auf ihre „Objektrolle zu reduzieren“, sondern es geht um die zeitweilige, lustvolle Unterwerfung des einen Partners unter den anderen. Der Begriff „Vergewaltigungsspiele“ bringt dies nur auf den Punkt! Wir schreiben niemandem vor, wie er/sie ihre/seine Lust im Bett erlebt, oder zu erleben hat, solange keine Gewalt angewendet wird.

Wir wollen nochmal erklären, was wir darunter verstehen. Die Frauenärztin Marie N. Robinson beschreibt in ihrem Buch „The Power of Sexual Surrender“ (1959) ein angeblich typisch weibliches Verhalten in der Sexualität so: „Beim Orgasmus der Frau entsteht (!) die Erregung durch den Akt der Unterwerfung. Eine ungeheuer erhebende, physische Extase liegt im Akt der Preisgabe, in dem Gefühl, das passive Instrument eines anderen Menschen zu sein, rücklings unter ihm ausgestreckt zu liegen, von seiner Leidenschaft willenlos emporgetragen zu werden wie Blätter vom Wind. Es versteht sich von selbst, daß es bei dieser Hingabe, diesem Ergebnis, keine Vorbehalte, keine Zurückhaltung geben darf.“ Sexuelle „Erregung durch den Akt der Unterwerfung“ als typisch weibliche Empfindung? („entsteht“!) Ein biologisch determinierter (d.h. vorgegebener) sexueller Masochismus der Frau? Das ist selbstverständlich blühender Blödsinn, eine bürgerlich patriarchalische Zweckbehauptung zur Unterdrückung der Frauen (hier: Sexismus)! Was

ist, eine bürgerlich patriarchalische Zweckbehauptung zur Unterdrückung der Frauen (hier: Sexismus)! Was Frau Robinson hier beschrieben hat, ist ein Teil und auch nur ein Teil von dem, was sowohl Männer wie Frauen beim Orgasmus empfinden bzw. erleben können. Ein „Teil“ deswegen, weil hier lediglich die passive, masochistische Komponente des heterosexuellen Liebesaktes dargestellt wird. Indem Frau Robinson dieses Verhalten generell („entsteht“) als typisch weiblich charakterisiert, wird sie zu einer Sexistin und trägt dazu bei, die reaktionären Geschlechterrollen (Mann = biologisch aktiv, Frau = biologisch passiv) zu stabilisieren. In einer emanzipierten und für beide befriedigenden Sexualität spielt der Rollenwechsel eine entscheidende Rolle:

„Einmal ist der Mann aktiv, das nächste Mal die Frau; die Frau passiv während der ersten Klimax (Gipfel des Orgasmus — Anm. AGS), der Mann passiv während der zweiten. Und da diese Rollen des Aktiven und des Passiven, des Angriffs und der Hingabe, das Oben und Unten weitgehend der sadomasochistischen Dialektik entsprechen, versteht sich von selbst, daß das Verlangen, sich zu ergeben, unter dem anderen ‚rücklings ausgestreckt zu liegen‘, die Erfüllung des ‚willenlos Emporgetragenwerdens‘ durch die Leidenschaft des anderen (wie Blätter vom Wind) bei einem normalen Mann ebenso häufig vorkommt wie bei einer normalen Frau und daß die öfter praktizierte Abwechslung zwischen der aktiven und der passiven Rolle, zwischen der sadistischen und der masochistischen Komponente im Menschen tatsächlich das Hauptelement der Abwechslung in der sexuellen Aktivität eines durchaus normalen Paares ist.“ (Beide Zitate: E. Bornemann, Lexikon der Liebe, Bd. 2, S.

## The family that LAYS together STAYS together!



Real existierende Heterosexualität?

ZEICHNUNG: ROBERT CRUMB (Zweiteilungsdeins)

577f).

Um auch hier nicht „mißverstanden“ zu werden: Wir propagieren kein Leistungsprinzip im Bett (Motto: 1x er unten, 1x sie), wie es Kt. anscheinend tut, wenn er für das „Recht“ von Frauen eintritt, sich „total“ auf ihre „Objektrolle zu reduzieren“ und er gleichzeitig fragt: „Aber was bringt ihr dieses Recht?!“ Wir fragen dagegen: Was kann das für ein „Recht“ sein, sich zu „reduzieren“? Wir meinen, daß es ein solches „Recht“ nicht geben kann. Was verbirgt sich also hinter dem „Recht“ in Tütelchen? Nichts anderes als die Einführung eines Leistungsprinzips von „links“: Sexualität muß fortschrittlich sein, muß „politisch“ was „bringen“. Läßt sich eine Frau auf die Objektrolle ein, läßt sie sich „gehen“ (wie es z.B. Frau Robinson plastisch beschreibt), dann gilt sie als reaktionär und womöglich wird ihr dann, wenn sie es auch noch wagt, ihr „Privates“ öffentlich zu machen, von den Hütern des vermeintlichen Fortschritts an der Sexfront auch noch das Etikett „Uncle Tom Bewußtsein“ an den Busen gehängt, wie uns mal eben so der Knittel-Orden verliehen wurde. Nicht die Lust, der Spaß an der Bettfront wird dann zum „Kriterium“, sondern das stramm revolutionäre Bewußtsein — jetzt auch im Bett und nicht nur anderswo. Das Ergebnis: Lauter verklemmte Leute!

Wir haben da allerdings ein anderes „Denkmodell“, das wir hier zur Diskussion stellen: Daß, was auf der gesellschaftlichen Ebene massenhaft auftritt (gerade die Frau als Sexobjekt eines entsprechend bourgeois dressierten Mannes), braucht nicht notwendig

und in jedem Fall auf der individuellen Ebene zu reproduzieren. Es geht uns hier an dieser Stelle um die subjektive Ebene: Können wir da wirklich sicher sein, daß diejenigen Frauen, die ihre Sexualität, ihr „Privates“ sehr mutig öffentlich machen, (wir wollen dies keineswegs den Frauen vorschreiben), nicht von den Moralaposteln mit erhobenem Zeigefinger zensiert werden? So z.B. eine Peggy Parnass, die in „Konkret-Sexualität“ unter der Überschrift „Ich bin Peggy Parnass“ erfrischend offen über ihre Sexualität schreibt: „Es ist das Ausgelöscht werden wollen und der Wunsch, den anderen auszulöschen. Nicht vernichten! Aber das ineinander Auflösen. So, daß es mich wahnsinnig macht, daß man Haut hat, daß beim Durchdringen Grenzen gesetzt sind. Daß ein Schwanz nur so viele Zentimeter, wie er hat, eindringen kann. Daß man sich nicht gegenseitig völlig durchbohren kann. Ich hätte also auch gern einen Schwanz — das ist nicht dieser uralte Penisneid —, um damit in dem anderen drin zu sein, reinzukönnen. Am liebsten in tausend Öffnungen“ (S. 94). Kann diese Frau sicher sein, daß ihr nicht irgendwelche Philister (z.B. die Verfasser der DKP-Broschüre: „Kommunist sein — was heißt das?“, aus deren spießigen Moralvorstellungen wir in AK 165 zitierten), wie folgt in die Parade fahren: „Du als Jüdin schreibst von ‚Ausgelöschtwerden‘, von ‚auflösen‘, von ‚Durchdringen‘ und ‚Durchbohren‘, das ist ja wohl pervers. Und auf ‚Schwanzficken‘ stehst du auch noch und selbst willst Du auch noch einen haben! Unmöglich, wohl noch nichts von weiblicher Sexualität gehört, was?“

haben! Unmöglich, wohl noch nichts von weiblicher Sexualität gehört, was?“



EINE ZEITUNG DER SCHWULEN BEWEGUNG

ROSA ERSCHEINT 4 BIS 6 MAL JÄHRLICH. DAS ABO KOSTET 15.-DM FÜR 6 AUSGABEN. EINZAHLUNGEN AUF PSCHKONTO 406 118-203 PSCHAMT HAMBURG (TELGE SONDERKONTO) BESTELLUNGEN UND ZUSCHRIFTEN AN: ROSA, HEEPER STR. 84, 4800 BIELEFELD 1

Achtung Achtung Achtung Achtung Achtung

Kongreß der Grünen, Bunten und Alternativen Listen in Offenbach hat eine Resolution verabschiedet, die eine Beteiligung von Schwulen und Lesben an einer gemeinsamen Partei zu den Bundestagswahlen fordert — stop — Horst Kirchmeier, gekündigter schwuler Diakon aus Bargeheide, ist mit überwältigender Mehrheit vom Kirchenvorstand der Nachbargemeinde Hoisbüttel für die dortige Jugendarbeit engagiert worden — stop — ausführliche Berichte dazu im nächsten ARBEITERKAMPF — stop —

Jeder Mensch hat seine eigene Sexualität! Solange das nicht respektiert wird, gibt es keine Grundlage für eine fortschrittliche Sexualpolitik.

Eine mechanische Polemik gegen die „Objektrolle“ der Frau in der Sexualität (wie es Kt. tut), verkommt zu einem antisexuellen Dogma und schlägt das Individuum mit der Gesellschaft tot, schafft neue Normen, ehe die alten kritisch hinterfragt sind. Der heterosexuelle Genosse mag sich „für human, verständnisvoll und schwulenfreundlich“ halten, aber die Dinge liegen komplizierter, als er sie darstellt. Mit Mechanik ist uns gerade bei einer derart „verborgenen“ Sache wie der menschlichen Sexualität nicht geholfen. Jeder Mensch hat seine eigene Sexualität und muß sie entdecken, lernen, mit ihr verantwortungsvoll und solidarisch umzugehen. Neben handfester sexualwissenschaftlicher Aufklärung gehört hierzu auch, daß wir uns „gewöhnen, von Dingen, die wir täglich oder nächtlich selbst treiben, von natürlichen, unentbehrlichen und äußerst vernünftigen Dingen unbefangen zu sprechen“ (nach Engels, vgl. Artikel: Die Schwulenbewegung und die Linke, AK 165).

Die Verwirklichung dieser fast 100 Jahre alten Forderung Engels fällt uns deswegen so schwer, weil wir in einer Klassengesellschaft leben, die durch ein extremes Maß an Sexualfeindlichkeit und sexueller Repression gekennzeichnet ist. Gerade deswegen ist es notwendig, durch eine Nicht-Zensur von links für ein Klima zu sorgen, in welchem dieses „unbefangene Sprechen“ möglich ist.

Der Kampf gegen alle Formen der Sexualunterdrückung, des Sexismus und Chauvinismus und der antisexuel-

Der Kampf gegen alle Formen der Sexualunterdrückung, des Sexismus und Chauvinismus und der antisexuellen Verhetzung der Menschen durch Staat, Kirche und Massenmedien sehen wir dabei als Hauptseite unserer Arbeit an. Und hier gibt es unserer Meinung nach ein weites Feld der Zusammenarbeit zwischen Frauen- und Schwulen/Lesben-Bewegung, denn „die Unterdrückung der Schwulen ist eine Konsequenz des ungleichen Verhältnisses der Geschlechter zueinander, des Gewaltverhältnisses zwischen Mann und Frau. Solange die Frauenbefreiung nicht vollzogen ist, kann es auch keine Befreiung der Schwulen geben. Daher muß der Kampf der Schwulen auch ein Kampf gegen die Unterdrückung der Frau sein.“ (Artikel: Schluß mit der repressiven Toleranz, AK 141). Die Unterstützung der Frauen liegt also im eigenen Interesse der Schwulen. Es ist daher notwendig, die gemeinsamen Interessen herauszufinden und eine gemeinsame Kampffront aufzubauen.

S/M — Faschismus — Gewalt

S/M wird von der Mehrheit unserer Leser als Gewalt empfunden. Das ist verständlich, denn die ganz überwiegende Mehrheit aller Menschen sind keine sexuellen Sadomasochist/innen. S/M-ler/innen empfinden die Demütigungen, Unterwerfungen, Schläge, Fesselungen usw. nicht als Gewalt, sondern als ihre bzw. Teil ihrer Sexualität. Dieser Unterschied darf nicht verwischt werden.

Sexualität ist etwas ungeheuer vielfältiges. S/M-ler/innen haben Herrschaftsverhältnisse sexualisiert, andere Menschen sexualisieren Gerüche (z.B. Parfüm oder Pferdemist), bestimmte Umgebungen („Ein Bett im Kornfeld“), Stoffe, Pelze, Schuhe, Leser usw.

Zweifelloso haben die Sexualisierungen von Herrschaftsverhältnissen eine besondere gesellschaftliche Relevanz und gerade nicht so sehr in ihrer sozial gebundenen, partnerbezogenen und sexuell ausgelebten Erscheinungsform. Prof. E. Schorsch, Leiter der Abteilung für Sex-Forschung des Uni-Krankenhauses Hamburg-Eppendorf (Sexualmediziner) schreibt: „Das fiktive Spiel des Sadomasochisten in seiner Subkultur ... ist aus dem sozialen Handeln herausgenommen, es ist eine Maskerade, eine Dramaturgie mit festen Regeln — etwas grotesk und bizarr für den Außenstehenden, aber durchaus harmlos. Das perverse Spiel ist Abwehr, Kanalisierung und Ritualisierung neurotischer Mechanismen mit dem Resultat, daß soziales Handeln von diesen Impulsen befreit bleibt.“ („Konkret Sexualität“ S. 31; Hervorhebungen durch AGS; Wir weisen hier darauf hin, daß wir die Perversionstheorie des Sexualmediziners Schorsch nicht teilen!)

Der marxistische Sexualforscher E. Bornemann: „Denn beim Sadomasochismus, wie bei allen sexuellen Neigungen, ist es ja das Kennzeichen der Kompensation (Ausgleich — Anm. AGS), daß sie uns erlaubt, unsere Wünsche mit Hilfe eines sexuellen Partners, der das gleiche will, in verhältnismäßig harmloser Weise auszuleben und so die Umwelt vor den sozialgefährlichen Aspekten unserer Wünsche zu bewahren“ (Das Patriarchat, S. Fischer 1975, S. 249). Zur Abgrenzung gegen diesen sexuellen S/M benutzt Bornemann die Begriffe „nichtsexueller oder psychischer Sadismus bzw. Masochismus“ (vgl. Lexikon der Liebe, Bd. 3 und 4). Wenn also der sexuell gebundene S/M „die Umwelt von den sozialgefährlichen Aspekten“ des Sadomasochismus bewahrt, was ist dann mit dem nichtsexuellen oder psychischen S/M? Ist er sozial gefährlich?

Hier stehen wir noch am Anfang einer entsprechenden Untersuchungsarbeit. Die bisherige S/M-Debatte hatte lediglich den Zweck, die stüm-

### Nur Mut, Genoss/inn/en!

Seit Erscheinen des Artikels „Die Schwulenbewegung und die Linke“ (AK 165) ist gelegentlich dort, wo Genoss/inn/en bei einem Täßchen Bier oder einer guten Tasse Bohnenkaffee in kringelgeschüttelter Runde zusammensitzen, das Gerücht zu vernehmen: „Die Schwulen geben jetzt (!) die Klassiker als große Schwulenfreunde aus!“ Und dabei wären „die Klassiker“ doch gar nicht so gewesen! (Vgl. Artikel „Schluß mit der repressiven Toleranz“, AK 141).

Nur Mut, Genoss/inn/en: Falls Ihr Widersprüche zu dem Artikel „Die Schwulenbewegung und die Linke“ habt — nur heraus damit in den AK!

AG Schwule im KB

perhaften Angriffe auf die Schwulenbewegung und die Bündnispolitik der

perhaften Angriffe auf die Schwulenbewegung und die Bündnispolitik der AGS abzuwehren. (Eine Kritik von Prof. E. Schorsch an unseren S/M-Artikeln, er unterstellt uns „apologetische Verharmlosung“, bleibt uns daher auch rätselhaft, kommt er doch, was die „Gefährlichkeit“ des real-existierenden S/M betrifft, zu den gleichen Ergebnissen wie wir: „Durchaus harmlos!“ vgl. „Konkret Sexualität“, S. 30f.).

Zur möglichen Verbindung zwischen Faschismus und S/M schreibt eine Frankfurter Genossin: „Über-spitzt und nicht weniger zutreffend gesagt, haben auch die Nazis zum Teil ihren Spaß daran gehabt, Menschen zu foltern“ (AK 150). Du magst sehr recht haben, Genossin, aber war dieser „Spaß“ ein sexueller? War es ein „sexueller Spaß“, als die Faschisten im Stadion von Santiago de Chile dem Gitarrenspieler Victor Jara die Hände abhackten? Waren das sexuelle Exzesse oder haben diese Henkersknechte ihre innere Legitimation für ihre Brutalitäten nicht vielmehr aus dem Terrorssystem des Faschismus bezogen oder greift eins ins andere? Tatsache ist, daß im deutschen Faschismus die Henkersknechte sofort von ihren Posten abgelöst wurden, wenn der Zusammenhang von Sexualität und Folter/Brutalität offenkundig wurde (vgl. H. Heger „Die Männer mit dem Rosa Winkel“).

Die Frage nach dem Zusammenhang von psychischem, d.h. nichtsexuellem S/M und Gewalt ist die Frage nach den sozialen Folgen einer verdrängten, kaputten Sexualität in der bürgerlichen Klassengesellschaft. Die herrschende Diktatur der Normalität, deren Ausdruck eine verfassungsrechtlich geschützte und staatlich

Fortsetzung nächste Seite



## Fortsetzung von Seite 30

geförderte eheliche Fortpflanzungssexualität einerseits und die mehr oder minder starke Diskriminierung aller anderen Formen und Zusammenhänge von Sexualität andererseits ist, hat eine spezifische Sexualrepression hervorgebracht, von der einige Sexualforscher (z.B. Ussell, Ford, Beach) annehmen, daß sie alle historisch vorangegangenen Gesellschaften übersteigt.

Im Hinblick auf die vom „Kommerz gesteuerte“ Vermarktung der Sexualität (Pornographie) schreibt Prof. Schorsch: „Wenn etwas so einschlägt wie der Sadomasochismus, dann bedeutet dies, da eine ‚Verführung zur Perversion‘ (also eine Verführung zum manifesten sexuellen S/M — Anm. AGS) eine sinnlose Annahme ist, daß eine zumindest in Ansätzen („latent“) massenhaft vorhandene Deformation angesprochen wird“ („Konkret Sexualität“, S. 30).

Die Frage nach den gesellschaftlichen Ursprüngen und — vor allem — nach den gesellschaftlichen Konsequenzen dieser „Deformationen“ ist eine politische Frage, auch und gerade für Kommunisten. (Hier geben wir auch Kt. Recht, wenn er in seinem Artikel „Zurück zur Scham?“ schreibt, um die platten und liquidatorischen Angriffe von Ha./Kl. zurückzuweisen: „Tatsächlich ist dieses Thema weder überflüssig noch ‚idiosyncratisch‘, sondern höchst politisch“ (AK 157, S. 52).

## Gegen Subjektivismus

Das Thema S/M hat im AK starke Emotionen ausgelöst. Kurz gesagt: Betroffenheit.

E., Kulturzeile fragt: „Wahrscheinlich wird es mich (!) auch noch befreien, mit meinem widerlichen Chef ins Bett zu gehen.“ Eine Frankfurter Genossin: „Mensch, das eröffnet ja ganz neue Perspektiven von Widerstandsformen: bekämpft nicht die Bullen auf der Straße, spielt selber Bulle in euren Zimmern und Kammern.“

Beide Interpretationen unserer Artikel drücken die Betroffenheit besonders kraß aus. Wo, Genossin E., haben wir etwas geschrieben, aus dem auch nur andeutungsweise hervorgeht, daß du dich mit deinem „widerlichen“ Chef paaren sollst? Wo haben wir die „Perspektive“ eröffnet bzw. die „Forderung“ ausgegeben: „Spielt Bulle in euren Zimmern“? Unsere Aufgabe war es, die Sexualität von Sadomasochisten darzustellen.

Es ist das Ende jeglicher wissenschaftlicher Untersuchung von Sex-Fragen, wenn der/die einzelne Leser/in nach dem Motto: „Für mich ist S/M aber Gewalt“ die Sexualität einer Minderheit beurteilt. Statt mal den real Betroffenen zuzuhören, statt sich mal die Mühe zu machen, sich in der einschlägigen Fachliteratur Informationen zu besorgen, um sie dann zu verwerten, kann nicht der eigene Bauch zum Maßstab der Beurteilung gemacht werden! Gerade das wissenschaftliche Herangehen, die Untersuchungsarbeit unterscheidet uns doch von bestimmten Sponti-Strömungen.

Dieser Subjektivismus ist denn auch die Grundlage, auf der Knittel-Orden bestimmten Sponti-Strömungen.

Dieser Subjektivismus ist denn auch die Grundlage, auf der Knittel-Orden verliehen werden, wie es Kt.

gemacht hat, um die AG Schwule in einen Topf mit einem brutalen Schlägertypen zu werfen. (Leserbrief: „Der Knittel im Haus erspart den Pflasterstrand“). Das Resultat: Die AG Schwule rechtfertigt das Verhalten eines Hetero-Mackers, der seiner schwangeren Freundin unter dem Deckmäntelchen der „eigenen Emanzipation“ mit dem Fuß und aller Kraft in den Bauch tritt. Dieser Vergleich machte uns betroffen. Wir bitten den Genossen Kt. diese üble Unterstellung, diese „böswartige Schweinerei“ (Nick, in AK 152), zu überdenken.

## Sind wir „Chauvis“?

Im Artikel „Oh, tut mir der Busen weh, wenn ich diese Chauvis sehe!“ (AK 157, S. 48) wird die AG Schwule im Zuge eines „Chauvi-Trends“ genannt. Eine Genossin der AG Frauen Hamburg, in Zusammenarbeit mit einer anderen Genossin, schreibt dort: „Obwohl, wenn ich ehrlich bin, haben mich manchmal schon leise Ängste beschlichen, daß auch im AK der Chauvi-Trend zum Zuge kommt. Da las frau im AK 154 über den ‚Knittel‘ in einem Hamburger Bezirk, und die S/M-Debatte war auch nicht immer frauenfreundlich, wie es frau ansonsten eigentlich von schwulen Genossen gewöhnt ist.“ Wir würden es daher sehr begrüßen, wenn die Genossinnen diesen Vorwurf erläutern könnten. Warum sind wir Chauvis?

Wir meinen, daß sich die „traditionellen Sünden“, und die „schweren Unterlassungen“ auf dem Gebiet des sogenannten Persönlichen auch im KB fortsetzen. Ein im Zuge der „Krisen-Debatte“ häufig verwendetes Mao-Zitat lautet: „Wer eine Sache nicht studiert hat, hat kein Recht mitzureden. Hast du in irgendeiner Frage keine Untersuchung vorgenommen, dann verlierst du das Recht, darüber mitzureden. Ist das nicht zu barbarisch? Nein, keineswegs! Hast du nämlich den augenblicklichen Stand der Frage und ihre Geschichte nicht geprüft, dann weißt du nicht, worum es sich handelt, wirst du folglich, wenn du dich zu dieser Frage äußerst, unvermeidlich in den Tag hineinschwatzen. Bekanntlich löst man mit bloßer Fäselei keine Fragen. Warum sollte es denn ungerecht sein, wenn dir in diesem Fall das Mitspracherecht entzogen wird?“ Das ist eine deutliche Sprache und eine konkrete Aufforderung auch an jene Genoss/innen, die sich, ohne Sachverstand, in der S/M-Diskussion geäußert haben.

## AG Schwule im KB

## Ein paar Anmerkungen

Da ich in dem Artikel unserer schwulen Genossen zu „Philistertum und Stümperei“ mehrfach in nicht ganz korrekter Weise erwähnt werde, halte ich ein paar Anmerkungen für nötig. Ich war bis zum AK 151 bearbeitender Redakteur für die schwulen Seiten. Die Genossen der AG Schwule schreiben, ab AK 152 sei „ein Wechsel des ‚Bearbeitenden AK-Redakteurs‘ vorgenommen“ worden. Diese Formulierung läßt eine bestimmte

Interpretation zu. Tatsächlich

habe ich (ohne daß eine entsprechende Bitte der schwulen Genossen vorlag) damals von mir aus diesen Wechsel vorgeschlagen und darum gebeten, daß der Genosse A. (ZL), der ohnehin die AG Schwule anleitet, die Aufgaben des „bearbeitenden Redakteurs“ übernehmen möge.

Eine Diskussion über die mit der SM- und Leder-Szene verbundene Problematik in Gang zu bringen (nicht: sie „totzukommentieren“!), gehört meiner Meinung nach durchaus zu den Aufgaben eines bearbeitenden Redakteurs. Hierzu diente die Anmerkung in AK 141.

Die schwulen Genossen schreiben (anscheinend in anklagendem Ton?), daß im AK 151 keiner der damals vorliegenden 8 Leserbriefe abgedruckt worden sei. Dazu ist zu sagen, daß damals von verschiedener Seite — jedoch nur mündlich vorgetragen — Kritik am Umfang der SM-Debatte im AK oder an der Debatte überhaupt kam. Darauf wurde redaktionell beschlossen, im AK 151 die Debatte zu unterbrechen und nur einen kurzen Aufruf zu veröffentlichen, sich zum Fortgang der Debatte zu äußern. Es kam damals keine einzige Stellungnahme dazu.

Die schwulen Genossen schreiben weiter, daß es „erst“ im AK 152 „gelungen“ sei, einen Teil der Leserbriefe zu „plazieren“. Auch diese Formulierung könnte zu Mißdeutungen Anlaß geben. Tatsächlich habe ich bereits vor Erscheinen des AK 151 oder kurz danach von mir aus einen präzisen Vorschlag an meinen „Nachfolger“ gemacht, der den Abdruck von vier Briefen vorsah. Zusätzlich hatte ich vorgeschlagen, alle Briefe als Broschüre herauszubringen.

Zum Inhalt des Streits nur soviel: Es ging mir nicht um ein Hineinschnüffeln oder Hineinstümpfern in irgendjemandes Sexualität, sondern es ging mir — das war der Ausgangspunkt des Streits — um politische und ideologische Implikationen von Sexualität. So sehe ich nach wie vor, daß aus der „SM-Szene“ heraus zumindest z.T. ein chauvinistisches Männerbild in die Öffentlichkeit getragen wird, das ich zwar „verstehen“, aber nicht akzeptieren kann. Ich verstehe nach wie vor nicht, daß im Bereich der Sexualität plötzlich Dinge außerhalb einer kritischen Diskussion stehen sollen, die wir in jedem anderen Zusammenhang schärfstens ablehnen würden, beispielsweise das Aufgeilen mit Hilfe von Folterwerkzeugen. Freilich habe ich nicht, wie die schwulen Genossen jetzt meinen, den „realen SM“ auf solche extremen Erscheinungsformen reduzieren oder damit insgesamt „erschlagen“ wollen. Wenn ich dabei mißverständlich gewesen sein sollte, tut es mir leid.

Gut fände ich es übrigens, wenn die Genossen der AG Schwule, die ja geschlossen zur ZL stehen, dem ZL-Motto folgend mal die Auseinandersetzung mit den „kleinbürgerlichen Fehlströmungen“ in der Schwulbewegung aufnehmen würden. Die scheint mir auch in der SM-Debatte bisher zu kurz gekommen zu sein.

## Kt., AK-Redaktion

scheint mir auch in der SM-Debatte bisher zu kurz gekommen zu sein.

## Kt., AK-Redaktion

## 5. regionales Lesbentreffen in NRW

Am 27./28.10. fand das 5. regionale Lesbentreffen in Bochum statt. Es waren Lesben aus Bochum, Bonn, Köln, Dortmund, Duisburg und Münster da.

Die Bochumer Lesben wollten ein ruhiges, mystisches Wochenende machen und schlugen daher von sich aus folgende Gruppen vor: Landeslesben, Christentum contra Frauenreligion, „Wie wird frau lesbisch?“, Lesbenkunst, Sexualität und Kommunikationsschwierigkeiten. Ein paar Lesben meinten, daß es doch sinnvoll wäre, die auf dem vorigen Treffen angefangene Diskussion um ein regionales oder bundesweites Lesbeninfo und eine effektive Form der Organisation (z.B. Dachverband ähnlich wie COC in Holland) fortzusetzen und setzten sich in einer Gruppe zusammen, der Infogruppe, über die wir hier zuerst berichten wollen.

Wir waren uns einig, daß es überall an Information zu Lesben fehlt. Die Gruppen arbeiten isoliert in ihren jeweiligen Städten. Das Bedürfnis nach Information ist wohl in (fast) allen Gruppen vorhanden. Trotzdem sind für das schon in Aachen im März vorgeschlagene Info nur drei Artikel eingegangen. Die Infogruppe hat deshalb nochmal einen Aufruf an 130 Lesbengruppen, Frauenzentren etc. verschickt. Außerdem ist die Lesbenzeitung „Unsere kleine Zeitung“ (ukz) angeschrieben worden, weil es ja eigentlich günstiger wäre, die dort

schon aufgebauten Möglichkeiten wie Druck und Vertriebssystem (die „ukz“ erscheint regelmäßig seit 74) zu nutzen und zu unterstützen, statt ein Konkurrenzinfo aufzubauen. Die „ukz“ hat sich dazu bisher allerdings nicht geäußert.

Inhaltlich soll das Info ein Spiegel der Lesbenbewegung sein, d.h. zum Beispiel auch, daß nicht zensiert wird. Die bisherige Arbeit soll reflektiert werden und Perspektiven in Bezug auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge entwickelt werden. Die meisten Frauen aus der Gruppe



erklärten sich bereit, an dem geplanten Info intensiv mitzuarbeiten. Zum Punkt Dachverband sagten wir, daß es sinnlos ist, eine solche Organisation aus dem Boden zu stampfen, ohne daß das vorher in der ganzen Lesbenbewegung diskutiert worden ist. Ohne die entsprechende Basis entstehen lediglich lesbische Funktionärinnen und da können wir nur sagen: Nein Danke!

Prinzipiell hielt die Gruppe einen Dachverband o.ä. aber für sinnvoll. Die Gruppen zu Lesbenkunst, „Wie wird frau lesbisch?“, Sexualität und Kommunikationsschwierigkeiten waren Selbsterfahrungsgruppen und sonst nicht öffentlich. Die anderen vorgeschlagenen Gruppen sind nicht zustande gekommen.

Auf dem Plenum berichteten die einzelnen Gruppen. Es kam zum Konflikt über den Zweck des Infos (einige Frauen meinten, sie bräuchten nicht mehr Information/Diskussion, sie wären zufrieden in ihren jetzigen Lebenszusammenhängen) und über die Art des Vertriebs (nur über Frauen — oder auch über linke Buchläden, um mehr Frauen/Lesben zu erreichen).

Es wäre schön, wenn das Treffen dazu beigetragen hat, daß endlich doch noch ein brauchbares Lesbeninfo auf die Beine kommt. Die Lesben, die die Lesbenbewegung für zu versumpft und/oder unpolitisch halten und daher lieber in der Frauenbewegung oder der Linken arbeiten, sollten sich mal überlegen, ob sie nicht auch was daran tun wollen. Das nächste Treffen soll im Februar in Dortmund stattfinden.

Kontaktadresse:  
Frauen Aktion Dortmund  
Malingkrodtstr. 31  
4600 Dortmund

Jo aus der Bonner Lesbengruppe

## Kontaktadressen des KB

## Redaktion und Verlag

Gerchenstraße 75  
2000 Hamburg 50  
Telefon Verlag: 43 53 06  
Telefon Redaktion: 439 59 02

## Rheinland-Pfalz

Südpfalz  
G. Wißmeier  
Postfach 22  
6748 Bad Bergzabern

## Nordrhein-Westfalen

Bielefeld  
J. Reents Vertriebsbüro  
Buddestraße 9  
48 Bielefeld  
Mittwoch von 18 - 20 Uhr

## Bochum

Postlagerkarte A 056011  
463 Bochum  
Jeden Sonnabend von 10 - 13 Uhr  
Kortumstraße/Innenstadt  
Jeden Di/Mi/Do von 12 - 14 Uhr  
Uni/Mensa

## Duisburg

Postlagerkarte 080 190 A  
41 Duisburg

## Essen

Jeden Sa. 11 - 13 Uhr Kettwiger Str.  
Nähe Kurienplatz.  
Den AK gibt's außerdem im Buchh.  
H. Heine, Viehofer Pl. 8 und  
Buchladen Bundschuh, Tiegelstraße 39

## Kamen

Jeden Samstag von 10 - 13 Uhr  
und Mittw. von 16.30 - 18 Uhr  
in der Einkaufsstraße

## Mönchengladbach 2

Postlagerkarte A 006 745  
4050 Mönchengladbach  
Verkauf jeden Sonnabend  
von 11 - 13 Uhr im Rheydt  
(Fußgängerzone)

## Köln

Dienstag:  
Büchertisch-Fachhochschule für  
Sozialarbeit  
Mittwoch: Büchertisch Uni

## Hessen

Darmstadt  
Edwin Herrmann  
Am Eichbaumeck 52  
61 Darmstadt

## Frankfurt

J. Reents Vertriebsbüro  
S. Lissner  
Rödelheimer Str. 13  
6 Frankfurt 90

## Kassel

Florian Rohs  
Kirchweg 77  
3500 Kassel

## Baden-Württemberg

Freiburg  
schriftlich über Buchladen Jos Fritz  
c/o Kommunistischer Bund  
Wilhelmstraße 15

## Heidelberg

c/o Kommunistischer Bund  
Wilhelmstraße 15

## Heidelberg

AK-Lesekreis jeden Montag und  
Büchertisch jeden Mittwoch  
(Altstadt/Mensa) Kontakt über  
Postlagerkarte 080 845 B  
AK-Verkauf dienstags 12 - 14 Uhr  
Mensa Triplex

## Karlsruhe

Heidi Zorn  
Humboldtstraße 13  
75 Karlsruhe

## Stuttgart

Postlagerkarte 924 B  
7000 Stuttgart 1

## Mannheim

„Der Andere Buchladen“  
c/o KB-Sympathisanten  
M 2,6  
6800 Mannheim 1

## Bayern

## Bamberg

Verkauf jeden Dienstag  
Büchertisch 11 - 13 Uhr  
Gesamthochschule

## Landshut

A. Fierbeck  
Postfach 2413  
83 Landshut  
Verkauf jeden Sa. 10 - 12 Uhr  
Altstadt vorm Oberpaur

## Nürnberg

P. Tröstler  
Postfach 150 472  
85 Nürnberg

## Würzburg

Postlagerkarte 079303 A  
8700 Würzburg  
Verkauf mittwochs nach  
AK-Erscheinen, Alte Mensa

## Niedersachsen

## Niedersachsen

Braunschweig  
Postlagerkarte 081 378  
33 Braunschweig  
Verkauf jeden Sonnabend  
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

## Cuxhaven

Verkauf jeden Sonnabend  
10 - 12 Uhr vor Karstadt  
Nordersteinststraße

## Emden

Postlagerkarte 0674 58 A  
297 Emden

## Göttingen

Buchladen Rote Straße  
Rote Straße 10 z.Hd. KB  
34 Göttingen

## Hannover

V. Campen  
Postfach 1262  
3 Hannover 1

## Hildesheim

Postlagerkarte A 019 084  
32 Hildesheim  
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr  
Fußgängerzone / Hoher Weg

## Lüneburg

Postlagerkarte A 017 890  
314 Lüneburg  
Sonnabend Bücherstraße 11 - 13 Uhr

## Stade

Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr  
am Pferdemarkt

## Waser-Ems-Gebiet

Postlagerkarte 070 178 A  
29 Oldenburg

## Wolfsburg

Verkauf jeden Sonnabend  
11 - 13 Uhr, Kaufhofpassage



Die Schwierigkeiten, die S. im AK 165 berichtet, Mutter eines Kindes und gleichzeitig aktive und engagierte Genossin zu sein, sind im KB nicht unbekannt. Schon im Sommer 1978 wurde der Erfahrungsbericht einer Genossin aus Nürnberg veröffentlicht. Überschrift: Kinder im KB — die ungeliebten Wesen? (AK 131). Seitdem ist der Widerspruch zwischen Eltern-, insbesondere Muttersein und politischer Arbeit immer wieder im Kreis betroffener Genoss(inn)en diskutiert worden. Die Bestandsaufnahme ist dabei 1979, im „Jahr des Kindes“, genauso oder fast so trostlos wie vor eineinhalb Jahren.

Die Debatte im AK ist seiner Zeit sehr schnell auf das Thema kollektiver Kindererziehung in alternativen Projekten, Erleichterung der Kinderbetreuung durch Ersatzeltern u.ä. gekommen. Dem ist sicherlich zuzuschreiben, daß seitdem Eltern-genossinnen und -genossen verstärkt an Aufbau und Arbeit solcher alternativen Projekte mitarbeiten. Unter den Tisch gefallen sind allerdings bei dieser Diskussion einer „Teillösung“ des Kinderproblems die ganz alltäglichen Probleme, Unsicherheiten, Vorwürfe, mit denen sich Eltern-genoss(inn)en herumschlagen. S.s Beitrag im AK 165 ist nur ein Beispiel, für AK 167 liegt schon ein ähnlich anschaulicher Erfahrungsbericht aus Bremen vor.

Es scheint uns überfällig, diese Fragen noch einmal und gründlich im AK zu behandeln. Dafür spricht auch der Umstand der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit der ZL-Fraktion. Zu S.s Erfahrungsbericht ist von dort (inoffiziell) zu vernehmen, daß dieser Bericht doch eine rein subjektivistische Schilderung ohne politische Analyse darstelle. Eine neue „Grauzone“ entdeckt?...

**Kinder und Eltern im KB haben's schwer — ein subjektives Empfinden?**

Es soll den betroffenen Eltern überlassen bleiben darzustellen, welcher Widerspruch für Sie zwischen der Anforderung, ein Kind zu erziehen und den Anforderungen der politischen Arbeit besteht.

Wir wollen uns hier lediglich beschäftigen mit der Geschichte der „Kinderfrage im KB“ und einigen abschlußreichen Ergebnissen organisationsinterner Statistik.

Im KB gibt es zwei „Kindergenerationen“: Zum einen Kinder, die geboren wurden vor Gründung des KB bzw. vor Eintritt eines oder beider Elternteile in den KB, der größte Teil zwischen 1965 und 1970. Diese Kinder sind, zum größten Teil, „geplant“, im Rahmen einer Kleinfamilie auf die Welt gekommen. In den ersten Jahren des KB (1970 bis 1974 etwa) herrschte „Geburtenpause“. Kinderkriegen galt als unverantwortlich, weil Kindererziehung und politische Arbeit nicht zu verbinden bzw. zu vereinbaren seien. Kinder, die schon auf der Welt waren, wurden vielfach entsprechend behandelt, d.h. vernachlässigt. Ideologischer Hintergrund war der Irrglaube, binnen kurzer Zeit Revolution machen zu können, d.h. die Kinder auf absehbare „bessere Zeiten“ vertrösten zu können bzw. den Wunsch nach einem Kind um einige Jahre zu verschieben. Etwas weniger kinderfeindlich, dafür umso frauenfeindlicher war der „Kompromiß“, der in einigen Familien damals getroffen wurde: Der Mann ging in den KB „politisch arbeiten“, die Frau übernahm allein die Kindererziehung. Erste „Aufweichungstendenzen“

## Auch in der Kinderfrage mehr „Keimform“ bitte!



zeigten sich 1974; unsere Statistik verzeichnet in diesem Jahr wieder Geburten gegenüber keiner in 1973. Ihren Durchbruch erreichte die zweite „Kindergeneration“ aber erst mit dem Durchbruch der Frauenfrage im KB. Genossinnen, die den Kampf gegen den § 218 so entschieden führten, aber auch den Kampf gegen die Unterdrückung der Frau in der Organisation aufnahmen, ließen sich nicht mehr mit dem erhobenen Zeigefinger der politischen Unverantwortlichkeit in ihren Bauch hineinreden. Insgesamt bewirkte die Entwicklung unserer Frauenpolitik, daß „Persönliches“ — und als das galt Kinderkriegen — endlich diskutierbar und machbar wurde. Mittlerweile ist die Zahl der Kinder im KB ganz ansehnlich. Zwei Drittel von ihnen leben in Hamburg, ein Drittel in anderen Städten.

Das Leben dieser Kinder und ihrer Eltern unterscheidet sich wesentlich vom Durchschnitt in der BRD. Dieser Durchschnitt verzeichnet höchstens 30 % Kinder mit alleinestehendem Elternteil (ledige Mütter, Kinder aus Scheidungsehen), über 65 % Kinder aus äußerlich „intakten Familien“ und höchstens 5 % Kinder, die in Pflegefamilien oder Heimen untergebracht sind.

Verlässliches über die Situation der Kinder im KB können wir nur in Bezug auf Hamburg sagen. Wir setzen der Einfachheit halber die Zahl der Kinder, bei denen ein oder beide Elternteile im KB organisiert waren oder

sind gleich 100. Dann würden bei 32 die Eltern noch zusammenleben; 61 Kinder hätten eine oder mehrere Trennungen von Eltern/Ersatzeltern hinter sich; 7 Kinder hätten ihre Eltern gewechselt, teilweise mehrmals.

Dieses Bild differenziert sich weiter, wenn man unterteilt in Eltern, die noch im KB sind und in Ausgetretene. Ausgetreten sind etwas mehr als ein Drittel, im KB geblieben entsprechend etwas weniger als zwei Drittel der Eltern-genoss(inn)en. Damit ist Hamburg noch nicht Schlußlicht der internen Statistik. Eine wesentlich kleinere Ortsgruppe brachte es in eineinhalb Jahren auf 10 Austritte von Genoss(inn)en mit Kind.

Bei den in Hamburg Ausgetretenen hält sich der Anteil der Kinder, deren Eltern sich getrennt haben (49 %), ungefähr die Waage mit dem Anteil der Kinder, deren Eltern noch zusammenleben (46 %); 5 % haben die Eltern gewechselt. Die Ausgetretenen liegen also erheblich näher am BRD-Durchschnitt als die im KB Verbliebenen. Betrachtet man die beiden „Kindergenerationen“ getrennt, fallen einige Unterschiede auf:

— Von (immer auf 100 berechnet) 27 Kindern der „ersten Generation“, deren Eltern noch im KB sind, haben 20 mindestens eine Trennung der Elternteile hinter sich, 3 haben die Eltern gewechselt, lediglich 4 leben noch mit ihren leiblichen Eltern zusammen. Die Situation bei den Ausgetretenen sieht etwas „familienfreundlicher“ aus. Dort leben noch 5 von 18 Kindern mit den Eltern zusammen, 3 davon als Einzelkinder.

— Bei den Kindern der „zweiten Generation“ haben 60 % eine Trennung der Eltern hinter sich; immerhin ein Drittel lebt noch mit beiden Elternteilen zusammen, davon mehr als die Hälfte als Geschwisterkinder. Bei den Ausgetretenen scheint der Austritt zu einer Stabilisierung der „Familienverhältnisse“ geführt zu haben: über 60 % der Eltern leben noch zusammen.

— Augenfällig werden die Unterschiede der beiden „Kindergenerationen“, wenn man betrachtet, bei wem die Kinder nach der Trennung bleiben. Bei den im KB verbliebenen Eltern der „ersten Generation“ wurde in drei von vier Fällen die Mutter „alleinerziehende“, nur jedes zwanzigste Kind wurde auch nach der Trennung von Vater und Mutter betreut. In der „zweiten Generation“ werden nur noch knapp 40 % der Kinder von den Müttern betreut, über 45 % gemeinsam erzogen. Hier ist der Einfluß der Aufnahme des Kampfes gegen die doppelte Unterdrückung der Frau (am Beginn der „zweiten Kindergeneration“) also sehr deutlich ablesbar.

Zusammenfassend ist also festzustellen, daß der überwiegende Teil der Kinder im KB nicht mehr mit seinen leiblichen Eltern zusammenlebt, sondern eine oder mehrere Trennungen

von Bezugspersonen hinter sich hat. „Überlebenschancen“ haben offenbar weit eher Beziehungen, zu denen zwei Kinder gehören. Unter der ersten „Kindergeneration“ gibt es mehr „Scheidungskinder“ und Familien sind nur noch mit zwei Kindern bestehen geblieben. Generell sind Genoss(inn)en, die ausgetreten sind, der Auflösung ihrer Beziehungen und „Familien“ weit stärker entgangen.

Trennung von Eltern, der damit verbundene Clinch und die Folgen für die Kinder sind also Alltag im KB, kein subjektivistisches Empfinden von Eltern, die gerade den „Trennungsschock“ verarbeiten. Und: diese ganze Situation ist unzweifelhaft nur zu erklären daraus, daß die Eltern im KB politisch arbeiten, und daß es verdammt schwer war und ist, das mit der Erziehung eines Kindes zu vereinbaren.

Die Kinder der „ersten Generation“ hören in absehbarer Zeit auf, Kinder zu sein.

Die Kinder der „ersten Generation“ hören in absehbarer Zeit auf, Kinder zu sein. Ihre Probleme und die Probleme der Eltern kommen selten zur Sprache bzw. werden selten zur Sprache gebracht im Vergleich mit denen der „zweiten Generation“. Woran das liegt, darüber wollen wir nicht spekulieren, sondern die betroffenen Eltern auffordern, selbst Beiträge zu schreiben. (Erwähnt sei hier, daß es insbesondere außerhalb Hamburgs eine Reihe von Genossinnen mit mehreren Kindern gibt, die auch schon älter sind. Diese Genossinnen sind allerdings noch nicht allzu lange im KB und problematisieren vielleicht gerade deswegen häufiger ihre Schwierigkeiten, „große Kinder“ und Politik zu vereinbaren.)

Wir wollen uns im Folgenden mit den Kindern der „zweiten Generation“ und ihren Eltern befassen, weil wir über die Diskussion und Verhältnisse dort besser informiert sind, weil diese Kinder noch relativ klein sind und damit besonders stark unter der „praktischen Unvereinbarkeit“ von Kind und Politik leiden, weil dort am dringlichsten etwas geändert werden muß und kann, weil abzusehen ist, daß diese Generation, wenn sich nichts ändert, sich ähnlich entwickelt wie die „erste Kindergeneration“, und nicht zuletzt, weil diese Generation Monat für Monat zunimmt.

### Kinder und Politik — unvereinbar?

S. analysiert und bewertet in ihrem Leserbrief in AK 165 die Situation von Kindern und Eltern im KB u.a. folgendermaßen: „Tatsächlich schlägt sich die Krise der bürgerlichen Familie in unseren Kreisen so nieder, daß Eltern, die gemeinsam leben, eher eine Ausnahme sind. Gerade auch in der Generation der kleinen, sehr bewußt in die Welt gesetzten Wunsch Kinder trennen sich die Eltern sehr oft, wenn die Kinder noch klein sind. Nicht das ist schlimm, sondern die Tatsache, daß

die Kinder, die ja als gemeinsame geplant waren, dabei oft die Hauptleidtragenden sind“.

Der Hinweis auf die Krise der bürgerlichen Familie ist sicherlich berechtigt, allerdings schlägt sie sich im KB in besonderer Weise nieder. Aus Gesprächen mit einer Reihe der Eltern gerade der „zweiten Kindergeneration“ wissen wir, daß diese von vornherein nicht davon ausgegangen sind, eine Familie im engeren Sinne zu bilden. Meistens lebten diese Eltern schon in Wohngemeinschaften bzw. suchten sich während der Schwangerschaft Genossen, mit denen sie zusammenziehen wollten und zusammenzogen. Sie wollten weder Schwangerschaft noch Kindererziehung zu zweit bewältigen, sondern kollektiv. In vielen Fällen ging das daneben, weil die Ansprüche an die Genossen in der WG zu hoch gestellt waren oder die Genossen und Genossinnen hohe Ansprüche nicht erfüllen wollten. „Besser geschafft“ haben es demgegenüber Eltern-genossen, die auf die „Illusion“ der Verteilung der Last auf mehrere WG-Schultern verzichtet haben und sich als Kleinfamilie eingerichtet haben. Andererseits war in vielen Fällen dieser Verzicht gekoppelt mit dem mehr oder minder schnell folgenden Verzicht auf eine organisierte politische Arbeit im KB.

Die Tatsache, „daß Eltern, die gemeinsam leben, eher eine Ausnahme sind“ im KB, resultiert allerdings unserer Meinung nach nicht allein aus der Krise der (bürgerlichen) Familie. Bei den meisten Genoss(inn)en, die Kinder in die Welt setzen, ist die Angst, dies tatsächlich nicht mit der politischen Arbeit verbinden zu können, ungeheuer groß. Da wirkt die Geschichte der Kinderfrage im KB hinein. Da hat man die Beispiele von Genossinnen und Genossen vor Augen, die „es“ nicht „geschafft“ haben, d.h. die aus der politischen Arbeit ausgestiegen sind. Da sind die Warnungen anderer Genossen und die „realistischen Einschätzungen“ („Für ein paar Jahre mußt Du schon ganz schön kürzer treten“). Entsprechend nimmt man/frau sich vor, alles anders und besser zu machen, stellt aneinander unheimlich hohe Ansprüche. Der kleinste Rückschlag — verbunden mit den Beschwerden, mit denen Kinderkriegen verbunden ist — kann dazu führen, zu resignieren. Wenn das Kind auf der Welt ist, steht man tatsächlich vor den prophezeiten Schwierigkeiten: hier Termin, dort Kind, da noch der Partner und, und, und. Ein Streiklima, in dem Beziehungen schon sehr gefestigt und der Umgang mit dem Widerspruch Kind gegen Politik schon sehr erfolgreich sein muß, wenn es nicht zur Trennung kommen soll.

Genau deshalb können wir S. nicht zustimmen, wenn sie meint, die Tatsache, daß sich Eltern von Wunschkindern oft sehr schnell trennen, sei an sich „nicht schlimm“. Schlimm ist, daß es offenbar im KB noch nicht möglich bzw. zumindest schwer ist, die Hilfe zu bekommen, die man von anderen Genossen braucht, um Kind möglich bzw. zumindest schwer ist, die Hilfe zu bekommen, die man von anderen Genossen braucht, um Kind und politische Arbeit zu verbinden. Schlimm ist, daß die Genoss(inn)en in der Organisation noch nicht rechtzeitig eingreifen, wenn sie sehen, wie sich Eltern-genossen in dem Widerspruch zwischen Kind und Politik vergraben, obwohl sie's doch gerade anders schaffen wollten. Schlimm ist, daß Beziehungen mit Kindern die besten Überlebenschancen haben, wenn sie sich in der Form der herkömmlichen Familie angleichen. Schlimm ist, daß mit der sektiererischen Haltung aus den Gründerzeiten zum Kinderkriegen noch nicht so gründlich abgerechnet ist, daß die damals geschaffene Angst vorm Kinderkriegen den Genoss(inn)en immer noch in den Knochen steckt. Wenn wir all das als schlimm angehen, dann nicht als Aufruf zum Kinderkriegen oder Kitten von Beziehungen, sondern als Forderung, eine Organisation zu werden, in der Kinder und Politik vereinbar werden, ohne daß Eltern bzw. Kinder dabei auf der Strecke bleiben.

Was die Kinder — als Hauptleidtragende (da stimmen wir S. zu) — angeht, sind wir sicherlich besser dran als in den guten alten Zeiten, in denen nach Ansicht einer Minderheit noch „revolutionäre Moral“ herrschte. Nun, den Kindern gegenüber war diese Moral sehr unmoralisch.

Trotzdem gibt es — unserer Ansicht nach wieder zunehmend — drastische Beispiele, wie der Widerspruch zwischen Kindern und politischer Arbeit zu Lasten der Kinder gelöst wird (von subtilen Sachen wollen wir hier nicht schreiben):

— Eltern-genossen fangen an, Prügel und andere Gewaltmaßnahmen zu verharmlosen (weil eben die „gesellschaftlichen Verhältnisse“ schuld sind, wenn „die Hand ausrutscht“).

— Kinder wissen abends (die meisten KB-Kinder sind tagsüber in Kinderinitiativen untergebracht) nicht, wer sie abholt, wo sie schlafen, wer sie ins

Fortsetzung nächste Seite

Kindergenerationen im KB  
(Zahlen beziehen sich auf 100 Kinder)

	1.Kinder- generation	2.Kinder- generation	insgesamt
I. Kinder mit noch im KB verbliebenen Eltern (teilen)	27	38	65
davon:			
Kinder mit getrennt lebenden Eltern	20	24	44
davon:			
bei der Mutter	15	10	25
beim Vater	4	3	7
getrennt lebend/gemeinsam erziehend Vater und Mutter	1	11	12
Kinder mit Eltern, die noch zusammenleben	4	12	16
davon: Einzelkinder	0	5	5
Pflegekinder/Kinder, die die Eltern gewechselt haben	3	2	5
II. Kinder, deren Eltern (teile) aus dem KB ausgetreten sind	18	17	35
davon:			
Kinder mit getrennt lebenden Eltern	11	6	17
Kinder mit Eltern, die noch zusammenleben	5	11	16
davon: Einzelkinder	3	9	12
Pflegekinder	2	—	2
III. Insgesamt	45	55	100



## ... mehr „Keimform“ bitte!

Bett bringt, weil die Eltern mit ihren politischen Terminen ins Gedränge kommen oder gebracht werden.

– Kindern wird Kinderzimmer und Bett streitig gemacht, indem erwachsener Besuch dort mit „einquartiert“ wird.

– Kinder wissen nicht, daß oder ob sich ihre Eltern getrennt haben, weil man/frau nicht so recht weiß: wie sage ich's meinem Kind. Und sich nicht die Mühe macht, darüber nachzudenken und mit anderen zu diskutieren. (Das kostet ja Zeit).

– Kinder werden mit zu Demos und Veranstaltungen geschleppt, ohne daß sie wissen, um was es geht. Ohne daß für sie irgendeine Betreuung gewährleistet ist.

– Kinder werden aus Initiativen, Freundeskreisen herausgerissen, weil die Initiative nicht die Politik macht, die die Eltern sich vorstellen.

– ... Die Aufstellung ist unvollständig. Für Ergänzung und Konkretisierung sollte gesorgt werden.

### 1980 – „Jahr des Kindes“ im KB?

S. greift in ihrem Leserbrief auch die für die „tollen Tage“ im KB verantwortliche ZL an. Da versucht Frau für die „tollen Tage“ im KB verantwortliche ZL an. Da versucht Frau wirklich mühevoll, als KB-Genossin ein Kind großzuziehen, zu beweisen, daß das überhaupt möglich ist (das glauben nämlich gerade jetzt viele fortschrittlich gesonnene Menschen nicht, das muß man ihnen beweisen!). Und da fängt die ZL an, Geschirr zu zerdeppern, die Organisation in ein „Tollhaus“ zu verwandeln. Für Genoss(innen), die ihre politische Zukunft nicht nur sich selbst, sondern mindestens einem/einer mehr gegenüber zu verantworten haben, ist das ein besonders schwerwiegender Angriff.

Schwerwiegend ist auch, wenn man sich vor Augen führt, daß man/frau den Widerspruch zwischen dem Elterndasein und der politischen Arbeit nur lösen wird, wenn neue Forderungen gestellt werden, ein neues (wenn auch nicht unbedingt „modernes“) Thema in die Diskussion gebracht wird, aus dessen Diskussion kaum „olle Kamellen“, sondern eher neue Theorien und vor allen Dingen eine neue Praxis folgen muß – daß sich da Einiges ergeben müßte, was die ZL mit einiger Vergewaltigung in ihr zurechtgezimmertes Weltbild vom um sich wuchernden Utopismus einbauen kann. Utopismus? Der Widerspruch zwischen Elterndasein und politischer Arbeit ist unserer Ansicht nach ein durchaus klassisches Beispiel dafür, daß wir in der Organisation weder dem Anspruch, „Keimform einer neuen Gesellschaft“ zu sein noch dem Anspruch, Zweckbündnis zu sein, gerecht werden.

„Keimform“, d.h. zu beweisen, daß auch ohne die bürgerliche Familie Kinder groß werden können, daß Kinder nicht untergehen im Anspruch der Eltern, politische Arbeit zu leisten. „Keimform“, d.h. auch, erfolgreich eine linke Erziehung zu betreiben, die den Kindern nicht das Rückgrat bricht und ihnen nicht die „Werte“ und „Normen“ und die Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft beibringt. Dieser Anspruch ist noch nicht eingelöst.

Zweckbündnis? Es nützt uns doch überhaupt nichts, wenn Eltern-genoss(innen) vor dem Alltag mit Kindern in einer kommunistischen Organisation resignieren, sich aus der Arbeit zurückziehen, sich gegenseitig kaputt nerven und am Ende gar der Organisation den Rücken kehren. Dieser Zustand ist nicht „naturgegeben“, er kann geändert werden, wenn die kinderlosen Genossen die Schwierigkeiten, Politik und Kind zu vereinbaren, endlich begreifen und aktives Eingreifen als Selbstverständlichkeit betrachten lernen.

Es nützt uns genauso wenig, wenn die Kinder, die mit KB-Genossen als Eltern groß geworden sind, mit 15 oder etwas später ein völlig verqueres Bild davon im Kopf haben, was politische Arbeit bedeutet (für sie nämlich: an den Rand gedrängt zu sein).

Es muß in unserer Organisation genauso „normal“ werden, ein Kind zu haben, wie es „normal“ ist, daß eine Genossin keins haben will. Darüber, wie wir das schaffen, sollte gründlich diskutiert werden.

Kinderkommission  
KB Hamburg

Leserbrief zu dem Artikel

## „Kinderfrage – schwierige Frage“

Nach der in Braunschweig relativ fetzig begonnenen Diskussion um die „Kinderfrage“ haben wir uns die Frage gestellt: wie führen wir die Diskussion weiter, um der Forderung nach einer tatkräftigen Unterstützung von Eltern und Kindern im KB näherzukommen? Damals haben wir den Fehler gemacht, ungeduldig auf eine sofortige Umsetzung dieser weitgehenden Forderung insbesondere bei den Genossinnen zu drängen und waren dementsprechend frustriert, als sich keine Erfolge abzeichneten. Wir haben darüber hinaus den Fehler gemacht, die Frage der Unterstützung auf die Frage der gemeinsamen Kinderbetreuung zu reduzieren und in diesem Zusammenhang ungeheuer moralisierend argumentiert; nach dem Motto: wer kann was, wo, wann wie machen – und wenn nicht, warum nicht!

Da im Mittelpunkt hauptsächlich die Entlastung der betroffenen Eltern gestanden hat, wurde logischerweise die Antwort auf der Ebene des persönlichen Abkönnens bzw. Nicht-Abkönnens gesucht, festgemacht teilweise an den Vätern der Kinder, zu denen über die Differenzen zur Mutter hinaus noch andere bestanden/bestehen. Natürlich ist auf solcher Basis eine gemeinsame Kinderbetreuung kaum möglich, zumal ein Kind unter heutigen Verhältnissen noch sehr stark als Teil der Eltern definiert wird.

K. schlägt nun aufgrund der in Braunschweig gelaufenen Diskussion

folgendes Vorgehen vor: in der Organisation und bei Freunden wird nachgefragt, wer ein Interesse bzw. Lust zur Unterstützung hat, um gemeinsam über beiderseitige Schwierigkeiten und Probleme in der Kindererziehung zu diskutieren. Dieser Schritt kann im einzelnen positive Ansätze für Eltern/Kinder bedeuten; ich meine jedoch nicht, daß er ausreicht, so die entstandenen Fragen anzupacken. Das Denkschema: mit den Eltern kann ich nicht so gut, also unterstütze ich sie nicht, oder: ich wollte selbst keine Kinder, also tu ich nichts für sie, wird damit erst einmal grundsätzlich nicht angekratzt.

Tatsache ist doch, daß insbesondere bei Eltern-genossen der Widerspruch entsteht, auf der einen Seite ein Kind zu betreuen und zu erziehen, auf der anderen Seite organisiert politisch zu arbeiten. Ein Nicht-Betroffener kann sich kaum vorstellen, mit welchem Kräfte- und Zeitaufwand die Erziehung eines Kindes verbunden ist: da sind die zahlreichen undurchschlafenen Nächte, mindestens doppelt so viel Hausarbeit, ein ständiges Unterordnen der eigenen Bedürfnisse zugunsten der des Kindes, der Aufbau einer Kinderinitiative und alles, was damit zusammenhängt. Dieses bedeutet insbesondere für die Eltern einen ziemlich großen Verschleiß an physischen und psychischen Kräften. Daß aus dieser Situation heraus Abstriche an der politischen Arbeit gemacht werden müs-

sen, ist doch verständlich. Der Vorwurf, die Eltern ziehen sich ins Privatleben zurück, zeugt doch nur von einem völligen Unverständnis. Dahinter verbirgt sich zusätzlich die Geringschätzung einer Kinderinitiativen-Arbeit, was zur Folge hat, daß auch die Eltern sich schwertun, diesen Bereich als politische Arbeit innerhalb des KB akzeptieren zu lernen. Gegen eine solche Haltung muß angegangen werden, weil

1. die Gefahr besteht, daß diejenigen, die sich hauptsächlich der Initiativarbeit im Kinderbereich widmen, die Bedeutung der organisierten Arbeit im KB anzweifeln, sich evtl. aus ihr zurückziehen, um sich allein der Kinderarbeit zuzuwenden.
  2. Der Blick davor versperrt wird, daß Kinder im KB auch Kinder dieser Gesellschaft sind und deren Interesse „bzw. deren Unterdrückung und Mißachtung in der BRD als Ausdruck der Klassenrealität und des Klassenkampfes in der BRD“ (UW 25, S. 34) betrachtet werden müssen.
- Die zunehmenden Differenzen der Genoss(innen) im KB als Ausdruck der Krisenerscheinung machen es besonders den Eltern schwer, das Kinderproblem kollektiv mit der Gesamtorganisation zu lösen; das fördert die Tendenz, die Fragen erst einmal schwerpunktmäßig auf Interessierte zu beschränken. Gehen wir jedoch davon aus, daß die Frage der solidarischen Unterstützung auch eine

Frage des Bewußtseins ist, dann müssen wir beginnen, auf diesem Feld zu arbeiten, und zwar nicht nur mit Interessierten, sondern mit allen Genossen, die den Anspruch haben, gemeinsam im und mit dem KB die politischen Verhältnisse zu verändern und auch bereits heute „Keimformen der sozialistischen Gesellschaft“ in Angriff zu nehmen. Die bisherige Diskussion in Braunschweig mit einer Überbetonung auf der persönlichen Ebene hat zwar bestimmte Impulse gesetzt; es wurde jedoch denjenigen zu leicht gemacht, die die Position vertreten, daß für sie eine Unterstützung nur schwer denkbar ist, weil Differenzen insbesondere zu dem einen oder anderen „Macker“ bestehen oder weil sie mit Kindern z.Zt. nicht so viel zu tun haben wollen.

Wir Betroffenen sollten versuchen, noch viel offensiver als bislang unsere Lage und die der Kinder darzulegen, über den Stand der Initiativen-Arbeit zu berichten, Untersuchungsergebnisse etc. offenzulegen, um im Konkreten dann auch Forderungen an die Genossen/innen stellen zu können. Die Voraussetzung für die Forderung nach tatkräftiger Unterstützung der Betroffenen ist dann nicht, wie K. schreibt, ob man sich für oder gegen ein Kind entschieden hat, sondern ob man es verstanden hat, mit dem Problem von Eltern/Kindern auch politisch umzugehen.

I./Braunschweig

## Kinder-Initiativen in Göttingen

Unter dem Motto „Haben Elterninitiativen noch eine Chance?“ veranstaltete die „Initiative repressionsfreie Erziehung“ (IRE) in Göttingen am 22.10. eine Diskussion mit dem Leiter des Sozialdezernats, Rössig, und dem Leiter des Jugendamtes, Kellermann. Zu der Diskussion waren ca. 40 Eltern und Bezugspersonen aus verschiedenen Göttinger Eltern-Kind-Initiativen und Kindergärten gekommen.

Einiges in Kürze zur Situation der Kinder-Inis und der Kinderkrippen in Göttingen:

1. In Göttingen gibt es seit Jahren drei Elterninitiativen, die sich zum Ziel gesetzt haben, Betreuungseinrichtungen für Kinder zu schaffen, die den Kindern in jeder Hinsicht optimale Entwicklungsmöglichkeiten bieten sollen.

In jüngster Zeit gibt es eine Reihe von begründeten Befürchtungen, daß die bisher gewährten öffentlichen Mittel mit dem Hinweis auf die sinkenden Kinderzahlen in städtischen und kirchlichen Einrichtungen gestrichen werden und damit auch das (finanzielle) Ende der Elterninitiativen besiegelt wäre.

So der Leiter des Jugendamtes Kellermann zur bevorstehenden Schließung eines Privatkindergartens: „Früher haben wir solche Initiativen unterstützt. ... Damals gab es aber auch kaum freie Plätze. Heute haben wir 34 Kindergärten in freier Trägerschaft und 9 in städtischer. Und in vielen sind Plätze frei“ („Blick“, 30.11.78).

## „Elterliches Sorgerecht“ gegen Jugendliche

Eltern haben das „Aufsichtsrecht“ über ihre minderjährigen Kinder, d.h. z.B., daß sie bestimmen können, mit wem ihre Kinder „Umgang“ haben dürfen und mit wem nicht.

Was das konkret für Jugendliche bedeuten kann, zeigt folgender Fall im Frankfurter Raum:

Ein 16jähriges Mädchen liebt einen Mann. Beide waren glücklich. Die Eltern erfuhren davon und forderten den Freund auf, die Beziehung zu lösen. Er kam dieser Aufforderung nicht nach, fragte aber vorsichtshalber beim Landgericht in Frankfurt an, ob Eltern das Recht haben, ein Beziehungsverbot auszusprechen. Er mußte sich belehren lassen: Sie haben es!

Auch das Oberlandesgericht, das er in seiner Verzweiflung anrief, bestätigte das Umgangsverbot. Aber Liebe kennt zum Glück keine Grenzen: Er traf sich weiterhin mit seiner Freundin.

Die Eltern jedoch ließen nicht locker: Sie beantragten und erhielten auch von demselben Gericht eine einstweilige Verfügung, worin dem Freund untersagt wurde, das Mädchen zu treffen, sie zu begleiten, ihr zu schreiben und „jedweden Umgang mit ihr zu pflegen“ („Hamburger Abendblatt“, HA, 26.10.79).

Oder lt. „GT“ vom 10.2.79 zu der von einer Elterninitiative befürworteten Schließung: „Stadtrat Herbert Rössig weist jedoch den hintergründigen Gedanken von sich: Schließlich sei es gewesen, der sich in den 70er Jahren für die Elterninitiativen stark gemacht habe. Nur sollte man heute – bei sinkenden Kinderzahlen – ‚leidenschaftlos‘ über den Kindergartenbestand und seine Erhaltung diskutieren können“.

2. Neben den erwähnten drei Einrichtungen, die bislang von der Stadt noch finanziell unterstützt wurden, gibt es in Göttingen mehrere Säuglings- und Krabbelkindergruppen (für Kinder bis 3 Jahre), die sich um öffentliche Förderung, Beschaffung geeigneter Räumlichkeiten etc. bemühen – immer mit negativem Ergebnis.

In einem Gespräch mit zwei Vorstandsmitgliedern der Kindergruppe Wühlmäuse e.V. im Frühjahr dieses Jahres erklärten Stadtrat Rössig und Oberstadtdirektor Busch sinngemäß: „Es gibt genügend öffentliche Einrichtungen für die Unterbringung von Kindern. Wenn Ihnen diese nicht gut genug sind oder Sie aufgrund Ihrer intellektuellen Fähigkeiten meinen, bessere Bedingungen schaffen zu können, so tun Sie dies auf privater Ebene, aber erwarten Sie keine Unterstützung von Seiten der Stadt. Unsere Aufgabe ist es, möglichst gleiche Bedingungen für alle Kinder zu schaffen, aber nicht Privilegien zu fördern“.

Gleich schlechte Bedingungen zu schaffen, darf man wohl ergänzen, denn Tatsache ist, daß es in Göttingen einen akuten Mangel an Krippenplätzen und Krabbelstuben gibt, bzw. in den Krippen skandalöse Zustände herrschen.

Ein Vater, der im Sommer dieses Jahres versuchte, für seine 1 1/2jährige Tochter einen Krippenplatz zu bekommen, mußte folgendes feststellen:

- Es gibt in Göttingen insgesamt nur 4 Kinderkrippen, die Kinder unter drei Jahren aufnehmen.
- Von diesen 4 Krippen sind 2 nur zugänglich für Studenten bzw. für Kinder, deren Mütter an der Uni beschäftigt sind. Beide Krippen haben Wartelisten von ca. 15 Kindern, wobei bei der einen der skandalöse Zustand herrscht, daß diese Einrichtung eine Kapazität von 40 Kindern hat, lt. GT vom 12.4. aber 98 (!) betreut.
- Die eine öffentlich zugängliche Krippe hat zur Zeit eine Warteliste von 10 Kindern, außerdem nur 2 Betreuer für eine Gruppe von 15 zweibis dreijährigen Kindern.
- Die zweite Krippe hat eine Warteliste von ca. 45 Kindern.

3. Im Laufe der Diskussion am 22.10. erklärte allerdings der Leiter des Sozialdezernats, Rössig, auf die Frage, ob die existierenden Elterninitiativen eine Kürzung oder Streichung der bisherigen Zuschüsse zu erwarten haben, daß von der Stadt „überhaupt nicht beabsichtigt“ sei, „die Arbeit der Elterninitiativen in irgendeiner Weise finanziell auszuhehlen oder trocken zu legen“.

Auf die Frage, welche Schritte zur Verbesserung der Krippensituation die Stadt zu tun gedenkt, entwickelte sich eine längere Auseinandersetzung über die Bedeutung der Kinderkrippen für das Kind im Alter bis zu 3 Jahren. Den Standpunkt der Stadt formulierte Herr Rössig folgendermaßen:

„Die Aufnahme und die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren (ist) eigentlich aus pädagogischen Gründen (und auch aus öffentlicher Sicht) nur dann gegeben, wenn zwingende soziale oder wirtschaftliche Gründe gegeben sind“. Ansonsten sei das Elternhaus für die Erziehung der Kleinstkinder der richtige Ort, und zwar „unmittelbar durch die Mutter“.

Entsprechend empört war die Reaktion der Eltern und Bezugspersonen auf diese Ansicht. Eine Reihe von Argumenten wurde gegen diese These Rössigs vorgebracht. Mit diesen Reaktionen konfrontiert, versicherte Herr Rössig mehrere Male, den Jugendwohlfahrtsausschuß über die Diskussion zu informieren, um festzustellen, „ob die pädagogische Notwendigkeit gesehen wird, daß wir unsere Förderung auch auf dieses Gebiet (Kleinstkindererziehung) in Zukunft ausdehnen, wo wir uns bisher nicht finanziell engagiert haben“.

Die Veranstaltung war ein erster Schritt, mit der Stadt in die öffentliche Diskussion über die Situation im Kindergarten- und Krippenbereich zu kommen. Wir werden die weitere Diskussion aufmerksam verfolgen.

Kinderkommission Göttingen

Anzeige

Zwei Kleinkindinitiativen stellen sich vor:

KINDERGARTEN ROMBERGSTRASSE e.V.  
NACH 3 1/2 JAHREN – KÜNDIGUNG  
WIR WOLLEN NICHT RAUS!



Preis DM 2,-  
20 Seiten  
zu beziehen über:  
Verein Kindergarten  
Rombergstr. e.V.  
Rombergstr. 7  
2000 Hamburg 19



Wer wir sind  
und was  
wir wollen

Preis DM 2,50  
28 Seiten  
zu beziehen über:  
Gert Kleinfeldt  
Moorkamp 26  
bei Dachsels  
2000 Hamburg 6

Kinderkommission Hamburg



# Kinder — Opfer politischer Verfolgung

35 namentlich genannte und Hunderte anonyme Kinder in 21 Ländern wurden aufgrund religiöser bzw. politischer Überzeugungen ihrer Eltern bzw. der Kinder selbst verhaftet, eingekerkert, seelisch und physisch mißhandelt und auf grausame Weise gefoltert oder umgebracht. „amnesty international“ berichtet davon, daß die Kinder in Anwesenheit ihrer Mütter bzw. die Mütter in Anwesenheit der Kinder, ebenso wie auch schwangere Frauen gefoltert wurden.

— Joel Filartiga Speratti, Sohn des Arztes Dr. Joel Holden Filartiga, der aktiv gegen die politische Unterdrückung und Diktatur in Paraguay kämpft, wurde in der Nacht zum 30. März 1976 aus seinem Elternhaus entführt und von der Polizei mit schweren Schlägen und Elektroschocks zu Tode gefoltert.

— 1979 wurden im „Zentralafrikanischen Kaiserreich“ hunderte von 8-16jährigen Schülern verhaftet und grausam mißhandelt und ermordet. Über hundert Kinder wurden am 18. April 1979 in das Zentralgefängnis in Ngaraba von Bangui gebracht und so zusammengepfercht, daß in einer einzigen Zelle zwischen 12 und 28 ersticken.

— In Südafrika wurden im Jahre 1978 252 Jugendliche unter 18 Jahren aufgrund des Terroristengesetzes verhaftet, darunter 25 Mädchen. Sechs Kinder sind auf der Gefangeneninsel Robben Island — einem Gefängnis höchster Sicherheits-

stufe — inhaftiert.

Nach den Unruhen von Soweto versammelten sich Jugendliche in Johannesburg, um die Freilassung ihrer Mitschüler zu verlangen. 400 Demonstranten wurden verhaftet, 150 gefoltert, mißhandelt.

— In Äthiopien wurden im April 1977 in Addis Abeba Jugendliche und Studenten von Militärs überfallen, weil sie angeblich eine Maidemonstration gegen das Militärregime vorbereiteten. In jener Nacht wurden lt. Schätzungen 500 junge Menschen umgebracht. Der Generalsekretär des schwedischen Kinderhilfsfonds berichtete, daß 1000 Kinder zwischen 11 und 13 Jahren umgebracht worden seien. Im Zuge der Aktion „Roter Terror“ des Regimes sind 5.000 junge Menschen im Alter von 12 bis 25 Jahren von November 1977 bis Juni 1978 ermordet worden.

Die in der Broschüre aufgeführten Fälle sind lt. „ai“ nur ein Bruchteil der bekannten Fälle.

Weiter wird berichtet, daß Kinder von ihren Eltern getrennt werden, um die Familie unter Druck zu setzen. Sie kommen offiziell in „Gewahrsam“ oder verschwinden. Verwaiste Kinder, deren Eltern ermordet oder entführt wurden, werden kaum wieder von ihren Verwandten gefunden. Manche Kinder werden unter erschreckenden Bedingungen bereits in den Gefängnissen geboren. Oft werden dann die Säuglinge nach der

Geburt den Müttern weggenommen und können nie wieder aufgefunden werden.

Kinder politisch Verfolgter bzw. Kinder, die selbst Opfer von Mißhandlungen und Folter wurden, leiden meist lebenslang darunter. Eine Ärztegruppe untersuchte 58 chilenische Kinder, die jetzt in Dänemark leben:

Die Kinder leiden teilweise unter schweren psychosomatischen Störungen, 21 Kinder sind äußerst nervös. Sie weinen, wenn sie Lärm, bremsende Autos oder lautes Sprechen hören. Ebensoviele Kinder haben Einschlafschwierigkeiten oder schrecken nach Alpträumen von Polizei, Soldaten, Mord und Tod regelmäßig aus dem Schlaf. Viele Kinder wurden Schlafwandler, Bettnässer, introvertiert und depressiv bzw. aggressiv und haben Schwierigkeiten, mit anderen Kindern Kontakt aufzunehmen.

Andere Kinder klagen über Kopfschmerzen, Ekel vor dem Essen, sowie Konzentrations- und Gedächtnisschwächen, leiden unter regelmäßigen Magenschmerzen und nervösen Verstopfungen.

Eine Broschüre hierzu ist erhältlich bei:  
amnesty international  
Sektion der Bundesrepublik  
Deutschland e.V.  
Heerstraße 178  
5300 Bonn

Kinderkommission Hamburg

## KINDER UND JUGENDLICHE —



## OPFER POLITISCHER VERFOLGUNG

ai  
amnesty international

## Das sollen Schüler nicht sehen: „Was heißt hier Liebe“



Seit etwas mehr als fünf Jahren führt das Westberliner Kindertheater „Rote Grütze“ Stücke zur „Sexualaufklärung“ (ein fürchterlicher Begriff) auf. Zunächst „Darüber spricht man nicht“ und seit Dezember 1976 „Was heißt hier Liebe“. Das letztgenannte Stück wurde 1978 auch vom Hamburger Klecks-Theater gespielt.

Diese Stücke sind von Anfang an Angriffsziel von Schul- und Kulturbürokraten (besser: -vandalen) gewesen. Den letzten „Treffer“ landete jetzt der saarländische Kultusminister, der für die Schulen des Landes ein Aufführungsverbot für „Was heißt hier Liebe“ erließ. Die Begründung ist zitierenswert: Das Stück trage in keiner Weise „den Belangen menschlicher und sozialer Partnerschaft Rechnung“. Es propagiere nämlich „das Recht auf Lust und Triebbefriedigung und favorisiere, ohne daß auch nur das Bemühen um Vermittlung von Wertmaßstäben sichtbar werde, sexuelles Konsumverhalten“. (Der Verfasser dieses Bescheides muß ja sexuell arg frustriert sein).

Besonders geschockt ist das Kul-

tusministerium darüber, daß in dem Stück „Abartiges“ als normal dargestellt wird. Die Lehrer im Saarland sollen vermeiden, „den Jugendlichen durch eine zu ausführliche Darstellung negativer Erscheinungsformen der menschlichen Sexualität zu verwirren“. Allerdings soll „auch nicht der Besprechung von Gefahren der Abartigkeit im geschlechtlichen Verhalten des Menschen“ ausgewichen werden. In „Was heißt hier Liebe“ sei jedoch „die Homosexualität in einer Weise dargestellt, daß den Schülern jegliche Problematik solch abweichender Formen der Sexualität vorenthalten wird“. (Alle Zitate nach „Frankfurter Rundschau“, 26.10.).

Das Saarland ist damit das zweite Bundesland, in dem der „Rote Grütze“ an Schulen generelle Beschränkungen auferlegt werden. Schon 1976 ging das Kultusministerium im SPD/FDP-regierten Nordrhein-Westfalen mit schlechtem Beispiel voran. In Bezug auf das Stück „Davon spricht man nicht“ wurde den Lehrern verboten, Schulklassen mit in das Stück zu nehmen, ohne

vorher den Eltern kostenlose „Sichtveranstaltungen“ geboten zu haben. Nach einer solchen Veranstaltung gibt es dann immer Eltern, die einen Empörungsturm entfachen oder gar zum Gericht laufen, um ihren Kindern das „Teufelswerk“ zu ersparen. Ein anschauliches Beispiel für solch reaktionäre Hetzkampagnen erlebte die „Rote Grütze“ bei ihrer Tournee 1977. In Kassel war ein zweitägiges Gastspiel geplant, die Finanzierung wollte die Stadtparkasse abwickeln. Fünf Tage vor dem Gastspiel wurde abgesagt. Begründung: „Ausgehängte Plakate seien abgerissen worden, bei der Staatsanwaltschaft laufe eine Anzeige wegen Pornographie, Kunden der Stadtparkasse hätten ihre Konten gekündigt, weitere drohten damit, wenn die Parkasse mit den Spargroschen der Kasseler Bürger die „Rote Grütze“ finanziere“. („Jahrbuch für Lehrer 1978“, S. 266).

Man merkt; „Was heißt hier Liebe“ ist ein sehr empfehlenswertes Stück!

Kinderkommission Hamburg

## Ein Haus für mißhandelte Frauen ist immer auch ein Haus für mißhandelte Kinder

Dies wurde auf einer Veranstaltung des Frankfurter Vereins „Frauen helfen Frauen e.V.“ den ca. 250 Besucher/innen erschreckend deutlich.

Mit Tonbandinterviews von Frauen und Kindern aus dem Frauenhaus und Beispielen aus ihrer einjährigen Arbeit zeigten die Kinderbetreuerinnen und Vereinsfrauen auf, welche hohen Stellenwert eine kontinuierliche Kinderarbeit für das Frauenhaus einnimmt — ja, daß die Arbeit des Vereins mit dieser Kinderbetreuung steht und fällt.

Kinder, die mit ihren Müttern ins Frauenhaus kommen, sind dem Konflikt ihrer Eltern völlig hilflos ausgeliefert. Meistens sind sie selbst Opfer der väterlichen Gewalt. Die Gewalt des Vaters und die Hilflosigkeit der Mutter verhindern oft die Entwicklung von befriedigenden Beziehungen zu den Eltern.

Die drei Pädagoginnen des Frankfurter Frauenhauses haben in einem Jahr zäher Arbeit Erfahrungen gewonnen und Ansätze entwickelt, um diesen Kindern, die anfangs z.T. völlig kontaktarm, aggressiv und ängstlich sind, die Verarbeitung dieser traumatischen Erlebnisse zu ermöglichen. So ist z.B. im Frankfurter Frauenhaus eine Wohnung speziell als „Kinderstock“ eingerichtet worden. Dadurch haben die Frauen und Kinder tagsüber Ruhe und den oft nöti-

gen Abstand voneinander. Gleichzeitig bietet dies den Vorteil (gegenüber auswärtigen Kinderhorden) einer auf die spezifischen Probleme dieser Kinder ausgerichteten pädagogischen Betreuung.

## Für eine kontinuierliche Kinderarbeit in Frauenhäusern: Übernahme der Betreuer/innen mit festen Arbeitsverträgen!

Aktueller Anlaß dieser Veranstaltung ist, daß die Arbeitsverträge (die z.Z. noch über einjährige „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ des Arbeitsamtes laufen) der drei Kinderbetreuerinnen Ende Oktober auslaufen. Die Forderung nach Übernahme in feste Arbeitsverhältnisse blieb bisher unerfüllt. Die Leidtragenden dieses alle Jahre sich wiederholenden Wechsels wären natürlich die Kinder. Das Land Hessen hat nach einigen Verhandlungen eingewilligt, überbrückungsweise die drei Erzieherinnen für drei Monate weiterzubezahlen.

Diese Zeit wollen wir nutzen. Wie wäre es z.B. mit Solidaritätserklärungen und/oder Protestschreiben an den Frankfurter Sozialdezernenten (Herrn Trageser)?

Eine Genossin der Frauengruppe im KB Frankfurt

## Provopoli-Spiel „jugendgefährdend“?

Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung hat an die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften“ den Antrag gestellt, das Spiel „Provopoli — Wem gehört die Stadt?“ in die Liste der jugendgefährdenden Schriften aufzunehmen.

„Provopoli“ — eine Art chaotisch-linkes Gegenstück zu „Monopoli“ — ist ein „Gesellschafts“-Spiel, das aufgrund vielerlei Spielanweisungen und konfliktträchtiger Rollenverteilung (in „Grünstadt“ bekämpfen sich „Rote“ und „Blaue“) wohl schon mehr als eine linke WG an den Rand der Spaltung getrieben hat. Anstatt sich über diesen — in ihrem Sinne doch durchaus begrüßenswerten — Effekt zu freuen, will die bayerische Regierung dieses Spiel nun unter die Ladentische verbannen. Begründung: „Die Spielanweisung läßt keinen Zweifel daran, daß revolutionäre, terroristische Verhaltensweisen favorisiert werden“. „...enthalten die

Spielanweisungen staatsfeindliche und terroristische Inhalte. So wird zu Geiselnahme, Bombenabwurf, Errichtung von Barrikaden, Besetzung von Häusern, Einbruch in Amtsräume als reguläre Spielhandlung angelegt“.

Insbesondere fürchtet man um den Ruf der staatstragenden Kräfte: „Daß die Blau-Partei die derzeitigen Verhältnisse mit ebensolchen ungesetzlichen Methoden verteidigt, verstärkt die demagogische Tendenz des Spiels“. (Zitate aus dem Antrag).

Angesichts des Riesenangebots an Kriegsspielen und -spielzeug (Beispiel aus dem aktuellen Angebot im Hamburger Metro-Großmarkt: mit einem Spielzeuggewehr wird mit einem Lichtstrahl auf einen stehenden Plastikcowboy geschossen, der, wenn er getroffen ist, also im „Erfolgsfall“, langsam zusammenbricht) ist dieser Antrag wirklich eine Provokation.

Antifa-Kommission Hamburg





## Gedenkfeier in Bergen-Belsen Zigeuner fordern Wiedergutmachung



Bergen-Belsen/Bonn: Rund 2.000 Menschen gedenken am 27.10. auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen der etwa 600.000 unter der Herrschaft des Hitler-Faschismus in Europa ermordeten Zigeuner. Eingeladen zu dieser bislang ersten und größten Zigeuner-Menschenrechtskundgebung in der BRD hatten zusammen mit der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ die „Roma-Welt-Union“ (Welt-Verband der Zigeuner) und der „Verband der Sinti Deutschlands“.

Die Gedenkfeier begann mit einem viertelstündigen Schweigemarsch zum Zentrum der Gedenkstätte, wo zunächst von Vertretern verschiedener Organisationen Kränze am Mahnmahl für die in Bergen-Belsen ermordeten Opfer des Faschismus niedergelegt wurden.

Mit einer sehr eindringlichen Rede eröffnete Dr. Jan Cibula, Präsident der Roma-Welt-Union, die nachfolgende Kundgebung. Dr. Cibula forderte u.a. die Neuaufrollung der Wiedergutmachungsverfahren, da sich die bisherige Praxis in der BRD auf ein Bundesgerichtshofurteil aus dem Jahre 1956 stützt, in dem Maßnahmen gegen Roma vor 1943 als „kriminalpräventiv“ eingestuft und gerechtfertigt werden. Weiter forderte er von der Bundesregierung eine Blockwiedergutmachung in Form eines Stiftungsfonds, dessen Gelder für die Ausbildung und für die Erhaltung der kulturellen Eigenständigkeit der nachfolgenden Roma-Generationen in der BRD verwendet werden.

Als Sprecher und Vorsitzender des Verbandes der Sinti Deutschlands wies Vinzenz Rose darauf hin, daß die Bundesregierung trotz aller bislang erfolgten Versprechungen die Wiedereinbürgerung derjenigen Zigeuner, denen während des Dritten Reiches oder nach dem Kriege die Staatsangehörigkeit entzogen wurde, immer noch verweigere. In diesem Zusammenhang ist es interessant zu erwähnen, daß zur Gedenk Kundgebung nicht, wie vom Bundesjustizministerium zugesagt, der für die juristische Abwicklung dieser Angelegenheit zuständige Staatssekretär erschienen ist, sondern stattdessen von der Bundesregierung der in Zigeunerfragen eigentlich völlig inkompetente Staatssekretär des Bundesforschungsministeriums Engholm (SPD) geschickt wurde. Prominenteste Red-

nerin war zweifellos Simone Veil, die Präsidentin des Europäischen Parlaments. Sie berichtete sehr eindrucksvoll über ihre Inhaftierung in Bergen-Belsen und den Tod ihrer Mutter in diesem KZ. Auf weniger große Zustimmung stieß allerdings bei den Zuhörern ihr Vergleich der faschistischen Morde an den Zigeunern mit dem angeblichen Massenmord (der Vietnamesen?) an den Kindern Kamboodschas.

Für die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ beschrieb deren Sprecher Tilmann Zühl einige Fälle des immer drastischer werden Polizeiterrors gegen die heute noch in der BRD lebenden Sinti. Er erwähnte einige Beispiele aus der letzten Zeit, wo ganze Zigeunerfamilien von mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten zu brutalen Identitätsfeststellungen wie Vieh zusammengetrieben worden waren.

Der einzige Kundgebungsteilnehmer, der sich an dieser Stelle ganz demonstrativ nicht empört zeigte, war Wilfried Hasselmann, Minister für Bundesangelegenheiten im Albrecht-Kabinett. Nachdem Hasselmann von der Teilnahme Simone Veils erfahren hatte, versuchte Albrechts Staatskanzlei ihn noch schnell auf die Kundgebungsrednerliste zu setzen, allerdings mit der Bedingung, daß man Hasselmann zuerst sprechen ließe. Die Veranstalter quittierten diesen Erpressungsversuch damit, daß sie

Hasselmann erst nach zweieinhalb Stunden Kundgebungsverlauf als vorletzten Redner zu Wort kommen ließen. Dies aber nur für etwa zwei Minuten, da er nach dem Satz, seine Parteifreunde hätten mit den faschistischen Greueln ganz und garnichts zu tun gehabt, unter massiven „Buh“- und „Stoppt-Strauß“-Rufen kurzerhand das Podium verließ.

Insgesamt werteten die Veranstalter die Kundgebung als ersten großen Öffentlichkeitsereignis ihrer Roma-Menschenrechtsarbeit in der BRD und hoben insbesondere die erfreulich große Teilnehmerzahl in- und ausländischer Roma hervor.

Am 2.11. überreichten Vertreter der Roma-Welt-Union und des Verbandes deutscher Sinti in Bonn zwei Vertretern des Bundeskanzleramtes ein umfassendes Memorandum, in dem gegenüber der Bundesregierung eine Reihe gezielter Forderungen erhoben wird (siehe auch AK 164, S. 26).

In der Antwort der Bundesregierung heißt es, „...man werde zu gegebener Zeit eine Antwort auf alle Punkte des Memorandums“ erteilen.

Die europäischen Roma und die Antifaschisten in der BRD dürften gespannt darauf sein, wie diese „Antwort“ ganz konkret praktisch aussehen wird.

Antifa-Kommission Göttingen

sehen wird.

Antifa-Kommission Göttingen



## Antifaschisten vor Gericht

Münster. Das von dem JN-NRW-Landesvorsitzenden und Aktivisten der „Harting-Bande“, Heinrich Gerlach, in Gang gesetzte Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Presseverantwortlichen des Antifaschistischen Arbeitskreises Münster ist eingestellt worden. Gerlach hatte Strafanzeige wegen übler Nachrede und Beleidigung gestellt, weil er in einem Flugblatt des Arbeitskreises als Neofaschist bezeichnet und das Kamener JN-„Landeszentrum“ „Gut Barenbräcker“ als „neofaschistisches Ausbildungslager“ charakterisiert worden war.

Nachdem der Anwalt des Arbeitskreises einen ausführlichen Schriftsatz an die Staatsanwaltschaft Münster gesandt hatte, mochte diese das Verfahren nicht mehr weiterverfol-

gen. Für Gerlach ist das wahrscheinlich auch besser so.

Ein Genosse aus Göttingen

\*\*\*

Stuttgart. Weil er mit einem Filzschreiber ein geschmiertes Hakenkreuz an einer Säule des Stuttgarter Königsbaues unkenntlich gemacht hatte, ist ein Antifaschist nunmehr schon in zwei Instanzen zur Zahlung einer Geldbuße in Höhe von DM 450,- wegen Sachbeschädigung verurteilt worden. Jetzt droht ihm Zwangsvollstreckung. Die Angelegenheit beschäftigt jetzt auf Initiative der VVN den Petitionsausschuß des Landtags. („Vorwärts“, 25.10.).

## Lesenswert!

Westberlin: Auf 28 Seiten haben die Westberliner Jungdemokraten zusammen-

gefasst. „demokratisch“ anerkannten CDU/CSU. Kann man die CDU/CSU und ihre

## Lesenswert!

Westberlin: Auf 28 Seiten haben die Westberliner Jungdemokraten zusammengestellt, was sie über die Neonaziszene der Stadt wissen, und das ist nicht wenig. Kurzcharakteristiken wichtiger Gruppen vom „Bund Heilmattreuer Jugend“ über „Graue Wölfe“ bis hin zur „Wiking-Jugend“ mit vielen Namen führender Mitglieder werden geliefert. Die Chronik umfaßt hauptsächlich die Jahre 1975-79.

Der Broschüre vorangestellt ist ein Vorwort von Justizsenator Meyer, in dem – unter gebührender Wahrung sozialistischer „Erfolge“ – auch die CDU in erfrischender Weise ihr Fett abbekommt.

Im Anhang findet der/die Leser/in noch zwei Beiträge zum Thema „Antifaschismus und Homosexuellen-Emanzipation“ sowie ein Nachwort der Judos, in dem es u.a. heißt: „Nach Meinung der deutschen Jungdemokraten besteht diese Gefahr für unseren Staat in der Form der als

„demokratisch“ anerkannten CDU/CSU. Kann man die CDU/CSU und ihre Hilfstruppen unter ZDF-Löwen- und Axel Springer noch als demokratisch, muß man sie nicht vielmehr als rechtsextrem, zumindest rechtsextrem beeinflusst bezeichnen?“

So weit, so gut – doch wahre Eierkuchen führen die Verfasser da auf, wo sie meinen, sich von der antifaschistischen Bewegung und deren Forderungen nach Verbot von Nazi-Organisationen distanzieren zu müssen. Verbote seien nicht angebracht, militantes antifaschistisches Vorgehen auch nicht; andererseits sollten die bestehenden Gesetze „voll angewandt“ werden.

Insgesamt trotzdem: Prädikat: „wertvoll“.

„Nazis in Berlin“ DM 1,50  
Deutsche Jungdemokraten  
Im Dol 2/6  
1000 Berlin 33

## 50 Jahre zentrale Zigeuner-Rassekartei



aus: „Göttinger Tageblatt“ vom 19.3.79 von links nach rechts: Romani Rose, Carmen Rose (beide vom „Verband Deutscher Sinti“), Theresia Seible (Sinti-Führerin aus Würzburg), Sonja Puxon (Roma aus Skopje), Grotan Puxon (Generalsekretär des Roma-Kongress), Klaus Geiger (GfV-Göttingen).

Von dem „Verband deutscher Sinti“ (Zigeuner) und der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ wurde bereits vor einiger Zeit der Skandal ans Licht gebracht, daß Himmlers „Zigeunerpolizeistelle“ bis heute ungebrochen ihre Tätigkeit als „Landfahrerzentrale“ fortgesetzt hat. In den sechziger Jahren sollen angeblich vernichtete, diffamierende und rassistische Akten bei Nachuntersuchungen von Wiedergutmachungsfällen 1979 wieder aufgetaucht sein. Die bis 1970 angelegten Akten sollen deshalb an das Bundesarchiv in Koblenz überführt werden, um so die Akten einer fortgesetzten unerlaubten Nutzung durch die Behörden zu entziehen. Der Datenschutzbeauftragte von Rheinland/Pfalz wurde aufgefordert, die Zigeu-

### Die „Landfahrerzentrale“

Die Arbeit in der Münchner „Landfahrerzentrale“ wurde im Geiste der Ideologie Himmlers mit dem erklärten Ziel getan, den Zustrom von Zigeunern nach Bayern zu verhindern und den Schutz und die Betreuung, die rasseverfolgte Zigeuner mit ihren Familien von den Landesämtern für Wiedergutmachung erhalten sollten, aufzuheben. Die Beamten dieser Unterabteilung des bayerischen Landeskriminalamtes (LKA) gebrauchten

in den fünfziger Jahren in ihren Veröffentlichungen in Polizeifachschriften Formulierungen, die den Hetzartikeln des „Stürmer“ in nichts nachstanden. Sie bedauerten, daß „während der Zeit des Nazi-Regimes erhebliche Vernachlässigungen begangen wurden“, daß sich Zigeuner trauen konnten, aus ihren Unterschlupfen wieder herauszukommen, und daß „alle Maßnahmen und Verfolgungen ... den Lebenswillen der Zigeuner nicht zu brechen vermocht“ haben.

Aufgabe der „Landfahrerzentrale“ im LKA war es, anhand der erkennungsdienstlichen Behandlungen ganzer Zigeunerfamilien durch Polizeistellen in Bayern und ab 1953 im gesamten Bundesgebiet, die Bewegungen der Zigeuner zu erfassen und Akten darüber anzulegen.

Damit wurde nicht nur Erwachsenen pauschal Kriminalität unterstellt, sondern auch Kleinkinder, deren Fingerabdrücke ab 1953 ebenfalls im ständig vorzeigbaren „Landfahrerbuch“ enthalten sein mußten. Die Nachkriegsnazis im Münchner LKA belieferten im Wege der Amtshilfe Landesämter für Wiedergutmachung, Universitätskliniken und weitere Behörden mit den rassistischen, diffamierenden Akten. Der Großteil der deutschen und NS-verfolgten Zigeuner wurde durch diese Akten, die „belegen“ sollten, daß die Antragsteller Wiedergutmachungsschwindler

seien, um die finanzielle Entschädigung betrogen, viele von ihnen sind inzwischen verstorben.

### Der Rassenideologe Prof. Arnold

Am 1.10.1938 wurde die „Zigeunerpolizeistelle München“ als „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens (Zigeunerzentrale)“ dem Reichspolizeiamt in Berlin angegliedert. Diese „Zigeunerzentrale“ arbeitete in Berlin eng mit dem „Rassenhygiene-Institut“ unter der Führung von Robert Ritter und Eva Justin zusammen und ermöglichte erst die Vernichtung der Zigeuner in großem Ausmaß. So ist z.B. auf die Empfehlung von Ritter zurückzuführen, daß sogar 18.000 sogenannte „Mischlinge“, die als „1/8-Zigeuner“ eingestuft waren, von den Nazis ermordet wurden. Die von Ritter und Justin nach „rassenbiologischen“ und „kriminalpolizeilichen“ Gesichtspunkten angelegte Zigeuner-Kartei hatte Prof. Hermann Arnold von Eva Justin, die noch in den fünfziger Jahren unbehelligt als Amtsärztin in Frankfurt weiterarbeitete, nach dem Krieg nach eigenen Angaben übernommen. Prof. Arnold, der in seinen Arbeiten ständig Robert Ritter als „wissenschaftliche“ Quelle angibt, entschuldigt sogar die grauenhaften Ergebnisse der Tätigkeit von Ritter und Justin, die beide ausdrücklich für die Sterilisation aller Zigeuner ein-

traten. Arnold, der bis heute nicht aufgehört hat, Rassenideologie zu publizieren, wird selbst in neueren Studien und Untersuchungen über Zigeuner immer noch als Quelle zitiert.

In seinen fragwürdigen Veröffentlichungen verwendet Arnold für Zigeuner Begriffe wie „Asoziale“, „Wildbeuter“ und „Bastarde“, in „bevölkerungsbiologischen Betrachtungen“ spricht er von „relativ eng gezüchteten Stammeszugehörigen“, vom „ur-tümlich primitiven Wesenszug“ bei Zigeunern usw. (Siehe dazu: rororo-aktuell: „In Auschwitz vergast - bis heute verfolgt. Zur Situation der Roma (Zigeuner)“).

1974 beschloß der Sachverständigenrat für Zigeuner des „Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit“, dem natürlich kein einziger Zigeuner angehörte, daß „unter Mitarbeit von Obermedizinalrat Prof. Dr. Arnold ein Dokumentationszentrum am Deutschen Caritas-Verband in Freiburg“ einzurichten sei, und noch im Mai 1974 empfahl der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ für Zigeunerfragen Arnold als den „bedeutendsten Kenner dieser Problematik“.

(Informationen aus: „Pogrom“, Zeitschrift für bedrohte Völker, Oktober 79)

Antifa-Kommission/KB Hamburg



# Presseerklärung

## Betr.: Herausgabe eines bundesweiten Antifa-Info

Zur Diskussion um die geplante Herausgabe eines regelmäßig erscheinenden „Antifa-Infos“ fand am 27. Oktober in Bochum ein 3. bundesweites Arbeitstreffen antifaschistischer Initiativen und Einzelpersonen statt. Während die Debatte auf den beiden vorangegangenen Treffen noch darum gegangen war, ob man sich überhaupt an ein derartiges Projekt heranmachen solle, ob nun eine Zeitung, ein Info oder nur ein interner Materialaustausch angestrebt werden solle, konnte diesmal in vielen Punkten Einigung erzielt werden. Beschlossen wurde, zunächst keine Zeitung, sondern ein etwa zweimonatlich erscheinendes „Antifa-Info“ herauszugeben, das folgende Aufgaben erfüllen soll:

- Hilfestellung für die eigene Arbeit (der Antifa-Initiativen)
- Unterstützung der Informationsarbeit und Bündnispolitik nach „außen“
- Auseinandersetzung um unterschiedliche Auffassungen in den praktisch anstehenden Aufgaben/Fragen des antifaschistischen Kampfes.

Außerdem diskutierten die Anwesenden darum, wie ein demokratisches Herausgeber-/Redaktionsmodell zu gewährleisten sei. Auch hier konnte man sich bereits in vielen Punkten einigen. Ebenfalls verständigte sich das Treffen darauf, daß die Mitarbeit und Mitbestimmung am Antifa-Info allen daran interessierten Kräften offenstehen solle; etwaige „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ unter Antifaschisten wolle man unter keinen Umständen tolerieren.

Die noch offenstehenden bzw. kontrovers diskutierten Fragen sollen auf einem als „Zwischentermin“ deklarierten Treffen am 15.12.79 in Bielefeld weiterbehandelt werden. Für den 19./20.1.80 ist dann ein „Gründungstreffen“ geplant, zu dem auf diesem Wege alle interessierten Antifaschist(inn)en nochmals herzlich eingeladen sind.

Das bislang vorliegende Arbeitsmaterial (Tagungsprotokolle, Positionspapiere) ist – gegen einen Unkostenbeitrag von 3,- DM – über die untenstehende Kontaktadresse zu beziehen. Außerdem wird dort demnächst eine Broschüre erhältlich sein, in der der bisherige Verlauf und der heutige Stand der Diskussion sowie alle weiteren zum Thema „Antifa-Info“ eingegangenen Arbeitspapiere und Meinungsäußerungen dokumentiert sein werden.

Bielefeld, den 1.11.1979  
Kontaktadresse:

Gerd Rübenstrunk  
Laarerstr. 168  
4900 Herford

### Zur Ergänzung der Presse-Erklärung

Aus den Protokollunterlagen des 3. Treffens möchten wir für unsere Leser/innen noch ein paar Punkte ergänzen:

**Erstens:** Der Teilnehmerkreis der bisherigen drei „Info“-Treffen ist relativ stabil geblieben: aktive Träger sind bisher Vertreter/innen von ca. 20 antifaschistischen Arbeitskreisen, dazu ausdrücklich als politische Organisationen bisher SAG, KB, Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH). Ein VVN-Mitglied und ein PDI-Mitarbeiter waren als interessierte Personen vertreten. Darüber hinaus hat die bisherige Pressearbeit des „Info“-Kreises ein erfreuliches Echo gefunden: rund 100 Abforderungen des Diskussionsmaterials liegen vor, davon im engeren Sinn 33 Antifa-Initiativen. Interessierte Personen sind darüber hinaus u.a.: K.H.Schneider (DGB-Ortskartell und Stadtverordneter in Rodgau), Peter v. Spall (Schriftsteller, Journalist), Norbert Cobabus (BR-Vorsitzender der „Deutschen Bibliothek“ Ffm), Gabriele Rollnick (z.Zt. in Haft). Von diesen Personen wurden z.T. detaillierte Vorschläge unterbreitet und Interesse an einer zukünftigen Mitarbeit bekundet.

Weiterhin haben sich Organisationen z.T. zunächst an Zusendung der Materialien interessiert gezeigt. Es sind: Fliegenpilz-Verlag, KPD/ML (Volksfront gegen Reaktion und Faschismus), UJZ Glocksee (Hannover), Antifa-Kom/KB, SAG, Th. Luczak („KPD“), die Allgemeine Homosexuelle Arbeitsgemeinschaft (Westberlin), Anti-Strauß-Komitee (München), Verband demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgter (Leonhardt Schwarz), Studien für Zeitfragen (Arno Klönne), Juso-Unterbezirk Aachen-Stadt, VVN (Dr. W.Beck), „edition“ Heidelberg (J.Karst), Alternativzeitung „scene“ (Konstanz), „PDI“ (K.Hirsch).

Für die VVN und den PDI sei ausdrücklich nachgetragen: dies sind zunächst nur Materialanforderungen gewesen. Insgesamt kann aber festgehalten werden, daß die Schaffung eines Antifa-Infos offenbar auf reges Interesse und ein starkes Bedürfnis nach Erfahrungsaustausch, Kommunikation usw. zwischen den Arbeitskreisen, Personen und Organisationen stößt. Die offene Pressearbeit des bisherigen Initiativkreises, der auf Einbeziehung möglichst vieler Kräfte in den Entstehungsprozeß des Infos abzielt, statt in Stellvertretermanier für die Arbeitskreise usw.

vollendete Tatsachen zu schaffen, scheint dieses Interesse gefördert zu haben.

**Zweitens:** Das „demokratische Herausgebermodell“, auf das sich in grober Linie geeinigt wurde (dessen Details noch ausgehandelt werden sollen), sieht vor:

- die Bildung eines „Trägerkreises Info“, als richtliniengebende, beschlussfassende und Kontrolle ausübende (Voll-)Versammlung aktiver Mitglieder (genauerer Schlüssel für die Bestimmung von Einzelmitgliedschaft, Gruppen- und Organisationsmitgliedschaften soll noch erarbeitet werden).
- Ein von diesem „Trägerkreis“ in Personenwahl bestimmter Herausgeberkreis, der für die regelmäßige und richtliniensprechende Herausgabe der Infos verantwortlich ist. Er soll dem „Trägerkreis“ rechenschaftspflichtig sein.
- Der „Trägerkreis“ bestimmt von Heft zu Heft wechselnde (Teil-)Redaktionen (einzelne AGs oder zusammengestellte Kollektive), die ein Thema gesamtverantwortlich machen sollen. Den Redaktionen gegenüber soll der Herausgeberkreis Beratungs-, aber kein Zensurrecht haben.
- Es wird ein Unterstützterkreis („Fördererkreis“) gebildet.

Ausschlaggebend für die Einigung auf diese Struktur war die Argumentation, daß so notwendige Kontinuität und organisatorische Stabilität des Infos mit einer größtmöglichen Demokratie für die Einzelmitglieder und -gruppen am besten zu verbinden sei.

**Drittens:** Es sind erste Überlegungen angestellt worden, was in den ersten Heften behandelt werden könnte. Geplant ist, die Null-Nr. der Vorbereitung des antifaschistischen Bundeskongresses (der Ende Januar/Anfang Februar 1980 stattfinden soll, zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus wurden Vorstellungen zu weiteren Schwerpunktthemen geäußert wie: Justiz gegen Antifaschisten - Hoffmann-Bande - Nazis bei den Grünen - Strauß.

Neben der weiteren Klärung der Struktur-Details wird die Frage um die inhaltliche und formale Gestaltung des (ersten) Infos auch Thema des Zwischentreffens sein.

Bestellt euch die Unterlagen! Macht den Diskussionsstand der Info-Initiative bekannt! Das ist die beste Unterstützung, die für das bevorstehende „Gründungstreffen“ geleistet werden kann.

## Kein NPD-Parteitag in Ketsch und auch nicht anderswo!

Am 8./9.12. will die NPD im Mannheimer Arbeiterort Ketsch ihren Bundesparteitag abhalten. Nach allen bisherigen Erfahrungen bei ähnlichen Anlässen ist damit zu rechnen, daß die NPD Richter finden wird, die ihr jedes Versammlungsverbot aufheben – es sei denn, die antifaschistische Bewegung sorgt für genügend Druck.

Zur Vorbereitung von Aktionen gegen den NPD-Parteitag trafen sich am 25.10. auf einem Landestreffen über 16 Antifa-Initiativen aus Baden-Württemberg, Vertreter aus der ÖTV; Betriebsgruppe Gammertingen, Dritte Welt Laden Mannheim, ein Mitglied des Dachverbands der Jugendzentren sowie Vertreter von GIM, SAG, KABD, KSG, Komitees für Demokratie und Sozialismus.

Die ebenfalls eingeladenen VVN und DKP waren offiziell nicht vertreten; anwesende Mitglieder dieser Organisationen konnten über eventuelle Bündnismöglichkeiten nichts aussagen.

In einzelnen Orten, insbesondere in Stuttgart, hatte die VVN keinen Zweifel daran gelassen, welchen Kurs sie auch dieses Mal fahren will. Mit

erpresserischen Bedingungen („Wie haltet ihr es mit dem Grundgesetz“), Ablehnung der Solidarität mit den in Tübingen im Hoffmann-Prozeß angeklagten Antifaschisten und Verleumdungen gegen die türkischen Genossen von ATÖF/ATIF wurde dort von der VVN jede gemeinsame Vorbereitung sabotiert. Das Vorgehen von VVN/DKP scheint festzustehen. Für den Samstag, 9.12., ist um 10 Uhr eine Demonstration angemeldet und die SDAJ plant ein Rock-Gegen-Rechts-Festival.

Die Teilnehmer des Landestreffens wollten trotz dieser harten Fakten noch alles tun, um ein möglichst einheitliches Vorgehen zu ermöglichen und boten der VVN an, sowohl die Demonstration als auch das Rock-Gegen-Rechts-Festival gemeinsam zu organisieren.

Inwieweit dies möglich ist, sollte auf einem erneuten Landestreffen, das erst am 11.11. nach Redaktionsschluß stattfand, beraten werden.

Nähere Informationen über:  
Antifaschistische Initiative  
c/o. der andere Buchladen  
68 Mannheim, M 2/6

## JN-Prügelei in Weinheim: Zeugen gesucht!

Ein „Greiftrupp“ der JN überfiel anlässlich des JN-Bundeskongresses am 22.9.79 in Weinheim/Bergstraße mehrere Antifaschisten. Unter dem Schutz der Polizei, die den Nazis den Weg durch die Menschenmenge bahnte, preschten diese Schläger vor und schlugen einen Antifaschisten so zusammen, daß er mit Verdacht auf Gehirnbildung zwei Wochen ins Krankenhaus mußte.

Erst am nächsten Tag „gelang“ es der Polizei auf Drängen von Antifaschisten, den mutmaßlichen Schläger festzustellen. Es handelt sich dabei um den besonders in Niedersachsen als JN-Aktivist sattem bekannten Hans-Joachim Sakowski; mit von der Partie war Thomas Berg aus Zeven, zumindest ehemals Presseverantwortlicher der JN Niedersachsen.

Wer weitere Angaben zu diesen beiden oder weiteren Nazis machen kann, gebe diese bitte an die Redaktion des Arbeiterkampf oder direkt an den „Häffelsucker“, Weinheims andere Zeitung, Grindelbachstr. 107, 6940 Weinheim. Dort kann auch eine Sondernummer zum JN-Kongreß sowie weiteres Material dazu bestellt werden (so u.a. die Rede von Günther Deckert im Original vom 22.9.79, in der dieser NPD-Lehrer den Schlägereinsatz voll verteidigt.)



Wer kennt sie? Links im hellen Grund: Thomas Berg.



Wer kennt sie? Links im hellen Grund: Thomas Berg.



Rechts im weißen Hemd: Thomas Berg.

In der hellen Jacke: Sakowski.

## Nazis im Schwarzwald aufgefliegen

In aller Stille und unter der üblichen Nachrichtensperre wurden schon im September/Oktobre 5 Neonazis da-

tengewehren und Schlagstöcken auch Aufzeichnungen über den organisatorischen Aufbau der „Wehrsportgruppe

## Nazis im Schwarzwald aufgefliegen

In aller Stille und unter der üblichen Nachrichtensperre wurden schon im September/Oktobre 5 Neonazis, darunter der „NSDAP-Gauleiter“ Baden-Württembergs, verhaftet. Das LKA teilte, ohne Namen zu nennen, mit, diese Gruppe hätte sich in den Untergrund absetzen wollen, um von dort aus Anschläge vorzunehmen. Geplant seien gewesen: Raubüberfälle, Sprengstoffanschläge auf KZ-Gedenkstätten und auf die Ludwigsburger „Zentralstelle der Verfolgung von NS-Verbrechen“. Außerdem habe eine „Persönlichkeit des öffentlichen Lebens“ als Geisel genommen werden sollen, um Rudolf Heß freizupressen.

„Ermittelt“ wird noch gegen 12 weitere Nazis. Bei Hausdurchsuchungen waren, neben Gaspirolen, Sei-

tengewehren und Schlagstöcken auch Aufzeichnungen über den organisatorischen Aufbau der „Wehrsportgruppe Hoffmann, Trupp Ortenau“ gefunden worden. Dieser Hinweis ist interessant. Erinnert sei dabei an den Lehrer Helmut Dieterle, zur Zeit gerade in Tübingen vor Gericht im Zusammenhang mit dem Berufungsverfahren gegen Hoffmann und Heinzmann. Dieterle ist „Stützpunktverantwortlicher“ der WSG Hoffmann in Vöhringen, Baden-Württemberg, zugleich auch Gauführer der Wikingjugend. Vielleicht sind diese Verhaftungen für die Justiz endlich mal ein Grund, die nachsichtige Haltung gegenüber Hoffmann aufzugeben? Oder ist etwa die Verbindung zu Hoffmann die Begründung für die Nachrichtensperre? (nach „FR“, 1.11., „taz“, 2.11.79).

## Prozeß gegen „Kampfgruppe Priem“

Westberlin.

Arnulf-Winfried Priem, ehemals Freiburg, stand seit dem 9.10. mit sechs seiner Kumpel vor Gericht. Neben der Verwendung von NS-Propagandamaterial wurde ihnen auch Körperverletzung vorgeworfen. Drei der Angeklagten sollen im Juli 77 einen Mann in der U-Bahn zusammengeschlagen haben, der ihre Kleber „NSDAP-trotz Verbot nicht tot“ abreißen wollte. Außerdem hatten Mitglieder der „Kampfgruppe“ im Oktober 77 eine riesige Hakenkreuzfahne auf der Siegessäule gehißt. Priem wurde zusätzlich angeklagt wegen des Besitzes von SS-Uniformen, Gasmasken, Stahlhelmen und Orden. Natürlich ist auch er nur „Sammeler“, wie er aussagte. Im Prozeß gegen Westberliner „NSDAP“-Neugründer hatte er übrigens von „guten Beziehungen“ zu

ihnen gesprochen. Inzwischen sind die Urteile ergangen. Freiheitsstrafen zwischen vier und vierzehn Monaten, zum Teil ohne Bewährung, wurden verhängt. Priem selbst allerdings kam mit einem Jahr auf Bewährung davon, da er „nur unerheblich vorbestraft“ sei. Ausserdem kündigte er neben weiterer Tätigkeit in der NPD an, er werde sich in Zukunft seiner neugegründeten Familie widmen. Na wenn das kein Grund ist... man hatte ja auch nur ein weitgehend intaktes Maschinengewehr bei ihm gefunden, wahrscheinlich Spielzeug seiner Kinder?

Auch eine Geldbuße blieb Arnulf-Winfried erspart. Die eingezogenen Waffen etc. hatten einen „erheblichen Sammlerwert“, das mußte ihn ja schon genug getroffen haben.

Antifa-Kommission Westberlin

## „Stille Fahndung“ nach Ekkehard Weil

Westberlin.

E. Weil wurde bekannt, als er 1970 einen sowjetischen Soldaten am Ehrenmal durch Schüsse schwer verletzte. 2 Jahre nach seiner vorzeitigen Haftentlassung beteiligte sich der ehemalige Krankenpfleger 1977 an einem menschengefährdenden Brandanschlag auf ein Büro der SEW. Bei der Urteilsverkündung schlug er im Sommer 78 im Gerichtssaal einen Journalisten nieder... ein typischer Fall von „Bewährung“, wie man sieht. Das mochte sich auch die Westberliner Justiz gedacht haben, als sie Weil bereits in diesem Jahr eine Woche Hafturlaub gewährte. Als sie es dann am 18. Oktober zum zweiten Mal machte, ergriff Weil die Gelegenheit und floh – was die Öffentlichkeit erst eine Woche später erfuhr. Stille Fahndung eben - E.W. saß ja auch „nur“ wegen Brandstiftung. In Wirklichkeit gehört er zu den verbrecherischen Nazis, die auch vor Mord nicht zurückschrecken.

Antifa-Kommission Westberlin



## „Besichtigung“ von Faschistenläden

Am 20. Oktober fand im Westberliner Stadtteil Kreuzberg eine Demonstration gegen den Terror türkischer Faschisten statt, an der sich mehr als 450 Antifaschisten beteiligten.

Die Demonstrationsroute verlief entlang der einschlägig bekannten Treffpunkte westdeutscher und türkischer Faschisten. Vom Laden der „Wiking-Jugend“ (Gitschiner Str. 91) ging es zur religiös-fanatischen „Islamischen Jugend“ (Skalitzer Str. 135), einem rechtsradikalen türkischen Verein (Oranienstr.) und abschließend zum „Berlin Türk Ocagi“ (Wiener Str. 19), einem Hauptquartier der türkischen Faschisten in Westberlin. Vor jedem Faschistentreff wurde angehalten und über Lautsprecher Informationen über die Läden gegeben. Bei der Abschlussskundgebung kam eine Horde vermummter „Grauer Wölfe“ aus dem „Berlin Türk Ocagi“ und paradierte provozierend vor ihrem Laden. Die Faschisten fotografierten und filmten die Antifaschisten und nahmen ihre Reden auf Tonband auf.

Haltgemacht wurde auch vor dem Kreuzberger Haus, wo die schwangere türkische Sozialdemokratin Zehra A. vom Faschisten Kamil Kuzu miß-

handelt wurde und daraufhin eine Fehlgeburt erlitt.

Die neue Art des Widerstands – Faschistentreffs und einzelne Faschisten zu denunzieren – fand im Fernsehen, dem Rundfunk und der Presse Beachtung. Berichte standen im „Tagesspiegel“, der „Neuen“ und der „Tageszeitung“. In den ZDF-Nachrichten wurde kurz berichtet, daß „500 Türken gegen den Terror von Rechtsextremisten demonstrierten“.

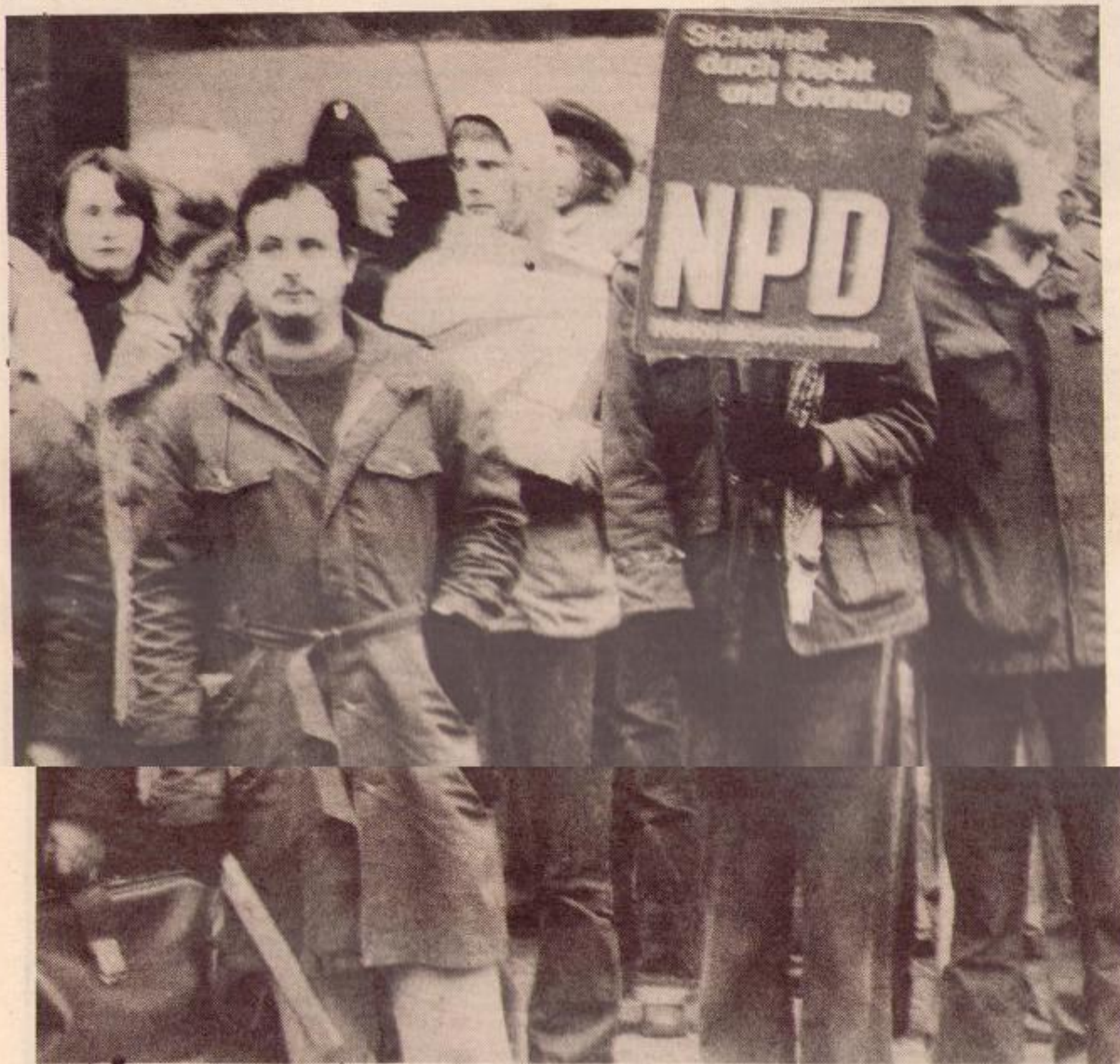
Der Rundfunksender RIAS hatte zwei Tage hintereinander zur Beteiligung an der Demonstration aufgerufen.

Hübsch war auch, daß noch am selben Abend der Schlupfwinkel der „Wiking-Jugend“ von der Polizei durchsucht wurde, nachdem es dort eine Schlägerei gegeben hatte. Die vorläufig festgenommenen Faschisten wurden wie üblich inzwischen wieder freigelassen. Ein Verfahren wegen des gefundenen NS-Hetzmateriels wurde gar nicht erst eröffnet. Bisher hat sich die Westberliner Polizei nicht einmal zu solchen Alibi-Razzien in türkischen Faschisten-Läden aufraffen können.

Antifa-Kommission Westberlin



Demonstration gegen türkische und westdeutsche Faschistenläden



„Fiedler in Aktion“ am 11.2.78 in Göttingen

## Zum 2. Mal: Nazis stoppen Dokumentation zur Grotefend-Affäre

Wie in AK 162 berichtet, hat die Dokumentation „Rechts um zum Abitur – oder wie braun dürfen Lehrer sein“ (Steidl-Verlag, 34 Göttingen, Düstere Str. 3, ISBN 3-88243-007-9) wegen einer Darstellung der neonazistischen Umtriebe in Hann.-Münden den Unwillen namhafter Rechtsradikaler erregt. Auf Grund der Aussagen eines ehemaligen Nazis, Gerald Wagener, sowie verschiedener Recherchen werden in der Dokumentation u. a. die Aktivitäten des Göttinger Nazi-Zentrums um den NPD-Funktionär Fiedler geschildert: „Die Münchener Gruppen operieren nicht isoliert, sondern unterhalten enge Verbindungen zu einer Göttinger Organisationszentrale um den Vielfalt-Funktionär Hans-Michael Fiedler ... Die Göttinger Koordinierungsstelle verfügt im Übrigen über eine umfangreiche Kartei mit Daten von Personen, darunter auch Kommunalpolitiker ... In der von Heck geführten Kartei sind sogar KFZ-Kennzeichen gespeichert“.

In einer einstweiligen Verfügung auf Antrag von Heck und Fiedler war dem Steidl-Verlag unter Androhung eines Ordnungsgeldes – u. a. wegen der zi-

tierten Passagen – verboten worden, das Buch weiter zu vertreiben.

Parallel dazu wurden mehrere Göttinger Buchhandlungen mit einem Verkaufsverbot belegt. Dem Steidl-Verlag war es gelungen, durch die Vorlage umfangreicher Beweismaterialien, Zeugnisaussagen etc., das Gericht von der Richtigkeit der getroffenen Aussagen zu überzeugen. Inzwischen hat Heck über eine erneute einstweilige Verfügung einen Verkaufsstop erreichen können. Grund diesmal: die angebliche Führung einer Kartei durch die Autoren.

Bei den Zeugnisaussagen (eidesstattlichen Erklärungen) handelt es sich um weitere Mitglieder aus USB, ODS und einem Mitglied der CDU! Sie sagen aus, daß Heck niemals im Besitz der o.g. Kartei gewesen sei oder ist, eine allerdings sehr fragwürdige Rückendeckung!

Fiedler und Heck haben die Funktion übernommen, die Dokumentation für längere Zeit aus dem Verkehr zu ziehen! Für wen holen sie eigentlich die Kastanien aus dem Feuer?

Antifa-Kommission Göttingen

## Demonstration gegen NS-Buchladen

1000 Antifaschisten (!) demonstrierten am Abend des 9.11. für die Schließung des Nazi-Ladens im Frankfurter Stadtteil Bornheim. Aufgerufen hatte eine der beiden in Bornheim gegen den Laden arbeitenden Bürgerinitiativen, die BI gegen Reaktion und Faschismus. Die Protestaktion war zuvor in Frankfurter Zeitungen angekündigt worden. Mitglieder fast aller linker Gruppen bis zu den Jusos, eine große Anzahl Bornheimer Bürger und Angehörige der jüdischen Gemeinde, die die Teilnahme empfohlen hatte, zogen bei Einbruch der Dunkelheit durch die noch belebten Bornheimer Straßen. Sogar Mitglieder des Frankfurter (Sponti-)AStA waren dabei, obwohl dieser noch wenige Wochen zuvor seine Unterschrift unter die Forderung nach Schließung des Ladens verweigert hatte.

Vor dem Nazi-Laden in der Hartmann-IBach Str. hatte sich die Polizei formiert: Vor das Schaufenster hatte sie einen Wasserwerfer gefahren und beide Straßenseiten mit

je einem Zug besetzt. Scheinwerfer tauchten die Szene in gleißendes Licht, sodaß niemandem entgangen sein kann, daß die in der Eingangstür stehenden und den Faschisten gruß zeigenden Nazis von der Polizei beschützt wurden. Der Zug hielt einige Minuten, und die Empörung über die hier gezeigte Interessengleichheit von Polizei und Nazis wäre beinahe in den Nazi-Laden übergeschwappt: „Nazis raus“, „Nie wieder Faschismus“, „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“, „Schönborn in den Knast!“ Die Abschlussskundgebung erneuerte die Forderung nach sofortiger Schließung des Ladens und verlangte Schönborns Inhaftierung.

Mal sehen, ob sich die Behörden jetzt endlich zu einer angemessenen Reaktion durchringen können. Sonst müssen der Demonstration alsbald weitere Schritte im Kampf gegen diese Frankfurter NSDAP-Abstiege folgen.

KB/Gruppe Frankfurt

## Nazi-Subventionierung per Gerichtsentscheid – Wieder 30.000 DM für Frey

Gerhard Frey, Chef der „Nationalvolksunion“ (DVU), hatte wieder einmal Grund zum Jubeln: „30.000 Mark Schadenersatz muß Darmstadt in diesen Tagen an die Deutsche Volksunion (DVU) zahlen“ („Deutsch. Anzg.“, 2.11.), weil Frey dort eine Veranstaltung nicht durchführen durfte.

Die Kasse des Neonazi-Chefs erhielt damit erneut ein erkleckliches Sümmchen an Steuergeldern zugesprochen, wie es bereits zuvor an anderem Ort geprobt wurde: Für eine DVU-Veranstaltung in Hamburg die aufgrund von antifaschistischen Aktionen und behördlicher Saalverweigerung nicht im Curiohaus stattfinden konnte, erhielt Frey ebenfalls 30.000 Mark „Schadenersatz“ gerichtlich zugesprochen.

Nicht ausgeschlossen ist, daß der Geldsegen lemnächst weiterfließt. Eine DVU-Zusammenrottung in Weilbronn, die gerichtlich als unzulässig erklärt worden war – weshalb DVU-Aktivist Weinrebe für die Durchführung einer Ersatzveranstaltung in der Nähe später verknastet wurde –, wurde mittlerweile doch als rechtmäßig erklärt, da die damaligen Verbotgründe nicht stichhaltig seien.

Die Heilbronner Erst-Entscheidung gegen Frey und die DVU hatte sich auf eine der seltenen Ge-

richtsentscheidungen gestützt, die das Treiben Freys beim Namen nennen. In München nämlich wurde eine DVU-Kundgebung mit Frey, dem Hamburger Neonazi und Rechtsanwalt Rieger und dem US-Nazi Butz verboten (dessen Buch „Jahrhundertbetrug“, in dem wieder einmal die Nazi-Mordaktionen gegen Juden bestritten und verharmlost werden, inzwischen auf dem Index steht). Begründung: Die Zusammensetzung der angekündigten Rednerliste lasse auf eindeutig Schlimmes schließen; Rieger beispielsweise sei wegen rassistischer, antisemitischer Propaganda hinlänglich bekannt ...

In der Regel nehmen Gerichte solche Zusammenhänge aber anscheinend nicht wahr. Wenn sich eine Stadtverwaltung dann einmal entschließt, Frey Räume zu vermieten – die zuvor aus Tölpatschigkeit oder Hoffnung auf antifaschistische Unaufmerksamkeit vermietet wurden –, kann Frey auf Gerichtshilfe rechnen. Was Frey mit solchem Finanztrost anfängt, ist auch bekannt. Nicht nur, daß er seine Neonazi-Blätter damit schmieren kann, schiebt er auch Nazi-Terroristen lässig mal ein paar Tausender zu: So bezahlte Frey den Nürnberger „Wehrsport“-Chef Hoffmann eine Geldstrafe – mehrere tausend Mark (für verbotenes Uniformtragen) –; dem Schleswig-Holsteiner

„Wehrsport“ – und „Wiking-Jugend“-Führer Uwe Rohwer (mittlerweile als Mitglied der „Hansa“-Bande verurteilt) sprach Frey sogar 10.000 Mark zu – als Träger eines Preises für „politische Verfolgung“. Es liest sich deshalb etwas wehmütig, wenn Bundesjustizminister Vogel erneut das Treiben Freys und seiner „Nationalzeitung“ beklagt und geradezu verzweifelt nach „weiteren Möglichkeiten“ sucht, dagegen „vorzugehen“ („FR“, 7.11.79). Dieser Ruf nach schärferen Gesetzen, härterem Vorgehen usw. hallt ja nun schon seit geraumer Zeit aus den Justiz-Stuben. Es ist schon absurd: Während in Österreich unlängst wenigstens eine Nummer der „National-Zeitung“ wegen klarer Nazi-Propaganda verboten wurde, zeigt Vogel sich weiterhin hilflos „empört“. Während Freys Verbindungen zur Nazi-Terrorzone (siehe Hoffmann, Rohwer) offenkundig sind, jammert Vogel, wie „raffiniert“ Frey agiere. Schließlich liegt es, laut Vogel, gar an mangelnden Anzeigen gegen Frey, weil sich halt niemand so gern mit ihm einlassen wolle (Vogel sagt: weil sich niemand mit dem Nazi „gemein machen“ wolle). Als wenn es nicht die verdammte Pflicht jedes Staatsanwalts wäre, gegen Nazi-Propaganda und Betätigung von sich aus vorzugehen ...

Antifa-Kommission Hamburg







## Mafia-Methoden in Bremen: Linke in ihrer Wohnung überfallen

Am 3. November überfiel eine schwer bewaffnete Schlägerbande von ca. 15 Leuten ihren bekannte Linke im Bremer Stadtteil Ostertor, schlug mehrere auf offener Straße zusammen und drang in eine Wohnung ein. Was sind die Hintergründe?

### Sanierungsskandal im Ostertor

Die skandalöse Sanierungspolitik des Senats brachte ständig neue Proteste der Ostertorbewohner hervor. Ein Flugblatt weist darauf hin, daß „durch Hochtreiben der Mietpreise und bewußter Zerstörung von billigem Mietraum in Form von Umwandlung in teure Appartements“ versucht wird, „sozialschwache Bewohner durch kaufkräftige Konsumenten zu ersetzen.“ Die Viertel Ostertor und Steintor sind traditionell „linke“ Viertel (höchster Wähleranteil von AL und BGL; Kette von Hausbesetzungen) und Ziel der Strukturumwandlung ist, das „Problemviertel“ zu säubern und „zu einem steuerträchtigen Einkaufsviertel umzuwandeln“. Notwendige Versorgungsläden können sich wegen der steigenden Ladenmieten nicht halten und die Besitzer von Boutiquen-Ketten erhalten weitere Möglichkeiten, sich im Ostertor einzunisten. Umfragen der Bewohner erbrachten, daß bisher nur ein kleiner Teil von Ostertorbewohnern in den Boutiquen einkauft, während die meisten Käufer von außerhalb kommen. Kein Wunder, bieten diese Boutiquen doch zu wahnwitzigen Preisen „Plastikklamotten“ an, die aus dem Ostertor kaum jemand bezahlen kann noch haben will. Für die auswärtige Schickleria müssen neue Parkplätze gebaut werden, neue Nobel-Cafes müssen ran und das Verkehrsaufkommen steigt enorm.

### Proteste der Bewohner

Von Beginn an waren die Bewohner gegen diese „Sanierungs“politik. Aber Flugblätter und Proteste beim Stadtteilbeirat nutzten nichts, so daß verärgerte Spontis, die von der „Plastik-Kultur“ besonders angeekelt waren, häufiger die Schaufensterscheiben der Boutiquen bemalten und einschmissen. Dabei wurden mehrere von ihnen von der Polizei vorübergehend festgenommen. Allerdings mußte auch Ortsamtsleiter Wulfekuhl zugeben: „Quer durch alle Schichten der Bevölkerung gebe es ... eine Verärgerung darüber, daß nach

gebaut werden, neue Nobel-Cafes müssen ran und das Verkehrsaufkommen steigt enorm.“

### Proteste der Bewohner

Von Beginn an waren die Bewohner gegen diese „Sanierungs“politik. Aber Flugblätter und Proteste beim Stadtteilbeirat nutzten nichts, so daß verärgerte Spontis, die von der „Plastik-Kultur“ besonders angeekelt waren, häufiger die Schaufensterscheiben der Boutiquen bemalten und einschmissen. Dabei wurden mehrere von ihnen von der Polizei vorübergehend festgenommen. Allerdings mußte auch Ortsamtsleiter Wulfekuhl zugeben: „Quer durch alle Schichten der Bevölkerung gebe es ... eine Verärgerung darüber, daß nach

und nach immer mehr Läden des täglichen Bedarfs im Wohnviertel geschlossen worden seien“ („Weser-Kurier“, 6.11.79). Als die Spontis ein weiteres Flugblatt herausgeben wollten, drohte ihnen einer der Boutiquen-Bosse an, eine Schlägerbande anzuheuern. Trotz dieser Drohung kam das Flugblatt heraus. In den folgenden Tagen gingen erneut mehrere Scheiben zu Bruch.

### Die Antwort: Organisierter Terror!

Darauf folgten am 3.11. die brutalen Überfälle auf Linke:  
– Tagsüber wurde zweimal ein Interview angegriffen, der Aufnahmen für eine Sendung bei Radio Bremen machte. Durch das Eingreifen von Passanten konnte Schlimmes verhindert werden;  
– Gegen Abend schlug die Schlägerbande mehrere Linke auf den Straßen mit Gummiknüppeln nieder!  
– Anschließend patrouillierten die Schläger mit offen getragenen Revolvern im Ostertor und überfielen eine Wohnung, die sie als Zentrum der Protestaktion ansahen. Die Bewohner mußten flüchten!

### Parteien und Presse spielen den Terror runter!

Am Abend des 5.11. fand eine Sitzung des Stadtteilbeirats statt, auf der die Terrorakte in skandalöser Manier verharmlost wurden. Auch Dinne, neuer Bürgerschaftsabgeordneter der BGL, distanzierte sich von den militanten Protestaktionen. Er pflichtete allerdings bei, daß die Ursachen in der verfehlten Sanierungspolitik zu suchen seien. Ein widerliches Beiwerk der Verleumdungen war der Beitrag eines DKP-Anwohners, der im Kern darauf hinauslief, daß die Spontis von den Boutique-Besitzern gekauft worden seien, um die „Verslumung“ des Ostertors voranzutreiben. Wegen der Protestaktionen sei mehr Polizei notwendig, da sich niemand mehr in Ruhe auf die Straße trauen könne. Der „Weser-Kurier“ versucht die Auseinandersetzungen als Krieg rivalisierender Banden hinzustellen, um den politischen Kern zu verhüllen. Die Dreistigkeit, mit der Kapitalisten hier Terror gegen Linke ausüben, läßt für die nächsten Wochen in Bremen das Schlimmste erwarten.

KB/Bremen

widerliches Beiwerk der Verleumdungen war der Beitrag eines DKP-Anwohners, der im Kern darauf hinauslief, daß die Spontis von den Boutique-Besitzern gekauft worden seien, um die „Verslumung“ des Ostertors voranzutreiben. Wegen der Protestaktionen sei mehr Polizei notwendig, da sich niemand mehr in Ruhe auf die Straße trauen könne. Der „Weser-Kurier“ versucht die Auseinandersetzungen als Krieg rivalisierender Banden hinzustellen, um den politischen Kern zu verhüllen. Die Dreistigkeit, mit der Kapitalisten hier Terror gegen Linke ausüben, läßt für die nächsten Wochen in Bremen das Schlimmste erwarten.

KB/Bremen

## Ein Verfassungsschützer wird enttarnt!

Hamburg: Auf eine Annonce im Hamburger Abendblatt meldete sich nicht jemand, der ehrliche Arbeit anbot, sondern der Hamburger Verfassungsschutz. So erging es dem Studenten Udo T., der bei einem Gespräch mit dem Verfassungsschützer Ramm dafür gewonnen werden sollte, bei einem monatlichen Anfangsgehalt von ca. 400 bis 500 DM, in die DKP einzutreten. Würde er eine hohe Position im Ortsverein der DKP erreichen, sei ihm ein „Zubrot“ von ca. 2000 bis 3000 DM sicher. Ein Deckname für

Udo war schnell gefunden: Schwan. Der Agentenwerber Ramm hatte allerdings die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Udo T. lehnte die Schnüffelei ab. Selbst die Übernahme seiner Bankschulden (dem VS ebenfalls bekannt) konnte ihn nicht umstimmen. Insbesondere weil ihm dieser Staatschützer schon aus dem Jahre 1978 bekannt war. Damals hielt sich Ramm an die „KPD“. Dieser Versuch des Verfassungsschutzes scheiterte, weil er an die Öffentlichkeit getragen wurde.

Antifa-Kommission KB/Gruppe HH



VS-Agent mit Balken vor dem Kopf

## Ex-MAD-Chef leitet paramilitärische Schule

Seit Jahresbeginn werden auf Schloß Alt-Fresenburg bei Bad Oldesloh Ex-Zeitsoldaten und Ex-BGSler für privatpolizeiliche Aufgaben des Werkschutzes und des bewaffneten Objekt- und Personenschutzes ausgebildet. Träger dieser Einrichtung ist der private Sicherheitsdienst DSW („Der Schutz- und Wachdienst“, Düsseldorf), einer der drei größten privaten Bewachungsunternehmen in der BRD. Die bei dieser Ausbildung notwendigen Unterweisungen erhalten die Aspiranten des DSW von einem Mann, dessen berufliche Erfahrungen für solche Zwecke zweifellos nützlich sind. Es ist nämlich kein anderer als Paul-Albert Scherer, Ex-General und MAD-Chef a.D., der das Training dieser Männer für ihre zukünftigen Aufgaben übernommen hat. War er es doch, der im Herbst 1978 auf dem sog. „3. Teco-Sicherheitsgespräch“ im Einklang mit Re-

gierungsvertretern Schleswig-Holsteins, Vertretern der Wirtschaft, der Geheimdienste, der Polizeibehörden und der Bundeswehr „Lücken im Sicherheitssystem“ erkannte und deshalb den weiteren Ausbau privater Sicherheitsdienste propagierte.

Die guten Verbindungen zum Staatsapparat und zur Bourgeoisie kommen ihm denn jetzt auch schon für sein Unternehmen zugute: So kann sich Scherer damit brüsten, daß seine Männer „mit der staatlichen Anerkennung des Landes Schleswig-Holstein und vier staatlich anerkannten von Industrie- und Handwerkskammern ausgefertigten Zertifikaten in der Tasche ... begehrte Kräfte“ für die Wirtschaft sind. Begehrt u.a. auch deswegen, weil der DSW viel Wert auf eine gute Schießausbildung seiner Leute legt. Methodisch wird dabei folgendermaßen vorgegangen: Alle 14 Tage erfolgt

ein intensives Schießtraining ohne irgendeine Begrenzung der Schußzahl. Wer viel und gut schießt, kann durch ein Prämiensystem sein Gehalt bei der DSW erheblich aufbessern.

„Man wirft uns vor, eine Privatarmee einrichten zu wollen und Geschäfte mit der Angst zu machen“, jammerte Scherer kürzlich. Er weiß aber genau, daß es auch solchen Leuten wie Innenminister Baum oder Schwarz (CDU) trotz ihrer Warnungen nicht darum geht, den derzeit stattfindenden Ausbau solcher Privatarmeen a la Scherers DSW-Truppe tatsächlich zu verhindern.

Es geht diesen „Warnern“ vielmehr um eine stärkere staatliche Kontrolle des Ausbaus privatpolizeilicher Organisationen in der BRD!

Antifa-Kommission KB/Gruppe HH.



„Paras“ auf dem Schießstand – hier: „schwarze Sheriffs“ von München (Foto: Stern-Archiv)

## „Krise“ auch bei der Polizei?

In der Oktober-Ausgabe des Polizei-Zentralorgans „Die Polizei“ macht sich der baden-württembergische Landespolizeipräsident Dr. A. Stümper Gedanken „Um die innere Einstellung der Polizei zu ihrem Beruf“. Die Gedanken widmet er der „menschlich-gesellschaftlichen Lage“ (zu verstehen als Meinungsbild der Öffentlichkeit gegenüber der Polizei), der die Polizisten ausgesetzt sind. Diese Lage schätzt Stümper derzeit „weder als gut, noch als schlecht, sondern als gefährdet“ ein. „Und ich verhehle nicht, daß die damit zusammenhängenden Probleme zunehmend Sorgen bereiten können, für uns und unsere Gesellschaft. Daher halte ich eine Abklärung dieser inneren Grundsituation und der ihr innewohnenden Tendenzen für genauso wichtig, wie die – ebenfalls und lange noch nicht befriedigend gelöste – Erstellung und Fortschreibung eines äußeren Großlagebildes der Inneren Sicherheit.“

Stümper beschreibt dann 'Krisen-erscheinungen':

maßen der geistigen, politischen, gesellschaftlichen und menschlichen

## „Krise“ auch bei der Polizei?

In der Oktober-Ausgabe des Polizei-Zentralorgans „Die Polizei“ macht sich der baden-württembergische Landespolizeipräsident Dr. A. Stümper Gedanken „Um die innere Einstellung der Polizei zu ihrem Beruf“. Die Gedanken widmet er der „menschlich-gesellschaftlichen Lage“ (zu verstehen als Meinungsbild der Öffentlichkeit gegenüber der Polizei), der die Polizisten ausgesetzt sind. Diese Lage schätzt Stümper derzeit „weder als gut, noch als schlecht, sondern als gefährdet“ ein. „Und ich verhehle nicht, daß die damit zusammenhängenden Probleme zunehmend Sorgen bereiten können, für uns und unsere Gesellschaft. Daher halte ich eine Abklärung dieser inneren Grundsituation und der ihr innewohnenden Tendenzen für genauso wichtig, wie die – ebenfalls und lange noch nicht befriedigend gelöste – Erstellung und Fortschreibung eines äußeren Großlagebildes der Inneren Sicherheit.“

Stümper beschreibt dann 'Krisen-erscheinungen':

Zwar nicht die überwältigende Mehrheit der 'einfachen Bevölkerung', jedoch die Publizistik und teilweise auch die Politiker stempeln die Polizei als 'law and order'-Leute ab, stellen sie als konservativ, repressiv und als kaschierte Gegner der Resozialisierung dar und sagten der Polizei gar Demonstrationsfeindlichkeit nach. Insgesamt sei daher ein Bild entstanden, das die Polizei als eher konservativ und manchmal sogar als politisch rechts angesiedelt kennzeichne. Und überhaupt sei in der „polemisch geschickt geführten“ Sicherheitsdiskussion der letzten Jahre „jedes Mehr an Sicherheit sofort als ein Weniger an individueller Freiheit“ dargestellt worden, „obgleich gerade Sicherheit und Freiheit weitgehend sich gegenseitig bedingen“ würden.

Diese ständige Verunsicherung der Polizei bringe nun „große Gefahren“ mit sich; denn wenn die Polizei immer einer 'law and order'-Position und einer antiliberalen Einstellung bezichtigt werde und sich dauernd rechtfertigen müsse, dann dürfe man sich nicht wundern, wenn die Polizei in Folge von Verbitterung innerlich auch so einseitig werde und/oder die innere Begeisterung für den Polizeiberuf zerstört werde.

Einfach ausgedrückt lassen sich Stümper Gedanken bis hierher etwa so zusammenfassen: Die Schuld für die überwiegend reaktionäre Ausrichtung der Polizei tragen deren Kritiker.

### Was tun gegen die „Krise“?

Gegenüber diesen Gefahren nun sieht Stümper „insgesamt das 'Heil' der Inneren Sicherheit (Hervorhebung – AK) in einer gesunden menschlichen Substanz einer Gesellschaft“ liegen, und die Polizei speziell müsse ein „richtiges Verhältnis“ zu ihrem Beruf entwickeln. Voraussetzung dafür sei ein „richtiges Verständnis der Zeit, der verschiedenen Strömungen und damit gewisser-

maßen der geistigen, politischen, gesellschaftlichen und menschlichen 'Großwetterlage'“.

Bei seiner Beschreibung dieser „Großwetterlage“ zeichnet Stümper ein Bild, mit dem sich – weit entfernt von jeglicher Realität – leichte Parallelen zur Ideologie der 'Volksgemeinschaft' aufdrängen:

Es sei falsch und historisch überholt, unsere „Geschichtsepoche“ so charakterisieren zu wollen, als sei sie geprägt durch eine Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, durch Verlust von Werten und Auflösungserscheinungen. Vielmehr lebten wir in einer „Zeit des Durchbruchs“ großartiger, positiver und menschlicher Werte wie Frieden, gegenseitige Hilfe über Nationalitäten hinweg, Ablehnung von Gewalt, echter Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und vieles mehr.

Diese Entwicklung jedoch werde gefährdet durch Kräfte, die die „Instabilitäten“ nützen wollen, um „Zersetzungspolitik“ zu betreiben und durch „Steigerung der inneren Spannungen“ und „permanente Anzettelung von Auseinandersetzungen“ Schaden anzurichten.

(Als konkretes Beispiel dafür nennt Stümper an anderer Stelle, daß 'Gegner unserer freiheitlichen Rechtsordnung' in letzter Zeit weniger repressive Maßnahmen der Polizei (Fahndung, Festnahmen, Verhöre), als vielmehr vorbeugende und kommunikative Maßnahmen der Polizei (Kontrollen, Spitzeln, Datenerfassung, Jugendpolizisten und Kontaktbereichsbeamte) kritisieren, um somit einen Keil zwischen Bevölkerung und Staat zu treiben versuchen.)

Bei der Identifizierung dieser Kräfte allerdings müsse man beachten, daß die Jugend oft über das Ziel hinausschieße und sich vergeife, was aber nicht alles immer gleich als staatsfeindlich abqualifiziert werden dürfe. Man müsse aufpassen, daß nicht „mit dem Unkraut zugleich auch gute Pflanzen“ herausgerissen werden. Die Polizei solle dabei einer „echten Vermenschlichung“ dienen,

indem sie den „positiven Entwicklungen genügend Freiraum gegenüber den unterschiedlichsten Gegnern“ verschaffe.

Diese Ausführungen Stümper sind aus zwei Gründen interessant:

1. Er versucht, wenn auch in sehr zaghaften Ansätzen, den von ihm erkannten Verunsicherungen der Polizei und dauernden Auseinandersetzungen in der Gesellschaft eine Ideologie der großartigen, positiven „Großwetterlage“ entgegenzusetzen, die es gegenüber den unterschiedlichsten Gegnern zu verteidigen gelte.

2. Ein paar Überlegungen offenbaren, wo Stümper die Kräfte ortet, die die Polizei zunehmend verunsichern und einen Keil zwischen Staat und die Bevölkerung treiben wollen:

Die derzeit gewichtigsten Exponenten, die vor Gefahren der Datenverarbeitung der Sicherheitsorgane warnen und Datenschutz auch für den Polizeibereich fordern, sind liberale Wissenschaftler wie Simitis und Steinmüller, deren Kritik Baum aufgegriffen hat (Zur Erinnerung: die CSU bezeichnete Baum als 'Sicherheitsrisiko').

Vor den Gefahren der Bespitzelung durch Jugendpolizisten und Kontaktbereichsbeamte warnen zahlreiche Initiativen vor allem in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen, in denen sich vor allem Jugendliche und Sozialarbeiter/innen zusammengetan haben. All diese Stimmen bringt Stümper in den Geruch der Gegnerschaft unserer „freiheitlichen Rechtsordnung“, weil sie vor den Gefahren einer Polizeistaatsentwicklung warnen.

Manche Politiker und die Publizistik hätten dabei gewissermaßen die Funktion eines nützlichen Idioten dieser Rechtsstaatsgegner, indem sie unwissend dabei Hilfestellung leisteten, die Polizei in den „rechtsfaschistischen Bereich“ abzuordnen.

Diese Agitation Stümper im Namen des „Heils der Inneren Sicherheit“ ist exemplarisch für die Ambitionen führender 'Sicherheitsstrategen heute in der BRD, die auf eine schärfere ideologische Ausrichtung und Vereinheitlichung der 'Sicherheitskräfte im Sinne eines polizeistaatlichen Sendungsbewußtseins drängen. Sie sehen ihren Traum von der Polizei als 'gesellschaftsanitäre Einrichtung' (H. Herold, BKA-Präsident) nicht schnell genug erfüllt. – Ist die Erhaltung der 'Volkshygiene' nach SS- und SD-Vorbild ihr Ziel?

Antifa-Kommission KB/Gruppe HH



## Klassenjustiz



### Marion Folkerts zu zwei Jahren und drei Monaten verurteilt

Am 17.10. verurteilte der 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart-Stammheim Marion Folkerts — nach vier Verhandlungstagen — zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und drei Monaten ohne Bewährung wegen Paßvergehens.

Marion F. war am 25.5.78 mit einer Linienmaschine aus Beirut auf dem Flughafen Paris-Orly angekommen und dort von französischen Beamten festgehalten worden, weil ein gefälschter Paß bei ihr gefunden wurde. Was sich dann abspielte, widerspricht allen völkerrechtlichen Grundsätzen und zeigt, wie weit das „Modell Deutschland“ innerhalb Europas schon vorgedrungen ist:

„Marion, die ohnehin nicht in die BRD weiterreisen wollte, war bereit, auf eine Einreise nach Frankreich zu verzichten, und das Land freiwillig zu verlassen. Die französischen Beamten gingen darauf zunächst ein. Sie sahen vor, Marion F. den Weiterflug nach Tripolis ... zu ermöglichen und besorgten ihr ein „OK“ für den Weiterflug am 26.5.78. Gleichzeitig stellten die französischen Beamten anhand schriftlicher Aufzeichnungen fest, daß es sich bei der Festgenommenen um eine Deutsche handeln muß. Deshalb telegrafierte die französische Beamten (police d'air, aeroport d'orly) über Interpol Paris — die lt. Vertrag bei politischen Taten nicht einschreiten darf — an die deutschen Behörden wie BKA und Bundesanwaltschaft, daß eine deutsche Frau mit gefälschtem Paß von ihnen festgehalten wird. Kurz darauf identifizierte ein BKA-Beamter, der entweder in Orly stationiert ist oder kurzfristig dort eingetroffen ist, Marion. Obwohl zu diesem Zeitpunkt ein Haftbefehl des BGH nicht vorlag und die französischen Behörden auf eine Strafverfolgung wegen Paßvergehens verzichteten, erging noch am 25.5.78 (um 23.41) im Auftrag des BKA (Bundeskriminalamt) ein Telex an Interpol Paris sowie an die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, in dem es u.a. heißt: „Der BAW wurden Festnahme und die angeführten Umstände mitgeteilt. Sie wird gegen die Genannte unverzüglich Haftbefehl wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Urkundenfälschung in mehreren Fällen beantragen. Die BAW ist in hohem Maße daran interessiert, Marion Folkerts in die BRD in Untersuchungshaft zu nehmen. Die französischen Behörden werden gebeten, die Festnahme der Marion Folkerts mit dem Ziel der Überstellung an die zuständigen deutschen Dienststellen aufrecht zu erhalten.“ (Aus einer Erklärung einer Karlsruher Solidaritätsgruppe)

D.h., den französischen Behörden wurde mitgeteilt, daß ein Haftbefehl gegen Marion in der BRD erst noch erstellt werden muß. Ein Ersuchen wegen Auslieferung wurde gleich gar nicht gestellt. Stattdessen trafen am Tag darauf drei BKA-Beamte und eine Beamtin per Flugzeug in Paris-Orly ein und ließen die Handschellen, die französische Beamte Marion angelegt hatten, durch die der deutschen Polizei ersetzen. Die Festnahme erfolgte also durch westdeutsche Beamte (BKA-Abteilung „T“) auf französischem Hoheitsgebiet, aufgrund eines nachträglich

konstruierten Haftbefehls! Damit wurde das formelle Auslieferungsverfahren umgangen, das im Fall von Klaus Croissant immerhin eine Mobilisierung der Öffentlichkeit ermöglicht hatte.

Marion selbst erklärte in ihrem Prozeß, daß sie die BRD verlassen habe, um sich dem palästinensischen Widerstand anzuschließen, und um sich außerhalb der BRD Bedingungen für ein Leben zu schaffen, nachdem sie sich in der BRD nicht mehr frei bewegen konnte:

„Vor, durch und nach der Verhaftung von Uwe und anderen Personen, die in Karlsruhe legal lebten, habe ich selbst am eigenen Leibe erfahren, mit welchen Mitteln und Methoden in diesem Staat gegen Personen vorgegangen wird, die sich für die Haftbedingungen der politischen Gefangenen einsetzen. Ich habe die Versuche der totalen Kontrolle über mich, die zahlreichen Einschüchterungsversuche erfahren, monatelange, offene und plumpe Observierungen, zahlreiche Hausdurchsuchungen in dieser Zeit, Nachfragen bei Arbeitgeber und Vermieter, der Versuch einer erkenntnisdienlichen Behandlung und schließlich die Mitteilung, daß auch gegen mich ein Ermittlungsverfahren nach § 129a läuft. Dies alles bedeutet, daß ich selbst jederzeit damit rechnen mußte, inhaftiert zu werden und daß es dabei diesem Staat nicht an Konstruktionen und Vorwürfen mangelt, konnte ich bei den vorangegangenen Verhaftungen sehen.“

Wenn man bedenkt, daß Marion Folkerts die BRD im Herbst '77 verlassen hat — das ist ja auch kein Wunder angesichts der „Anti-Terror“-Hysterie in dieser Zeit, der Krisenstabs-Notstandsregierung und ganz konkret der Verhaftung ihres Mannes —, seither die BRD nie wieder betreten hat, sondern nur hierher zwangsverschleppt wurde, stellt sich die Frage, woher ein Gericht der BRD seine Zuständigkeit für ein Strafverfahren nimmt: Der Vorwurf der Mitgliedschaft in der RAF war sowieso fallengelassen worden, und bei dem gefälschten Paß handelt es sich weder um einen deutschen Paß, noch wurde er auf deutschem Boden gefälscht, noch wurde mit ihm die BRD betreten.

„Erstmals allerdings hat sich darüber hinaus ein Gericht der BRD die Kompetenz zugemessen, einer Person die Beteiligung an einer ausländischen — hier der palästinensischen — Widerstandsbewegung als straferschwerendes Moment anzulasten.“

Das Gericht führte zur Begründung des für ein Paßvergehen außerordentlich hohen Strafmaßes, bei dem auch eine Aussetzung zur Bewährung nicht mehr möglich ist, aus, Frau Folkerts habe sich dem Kampf gewidmet, und zwar dem bewaffneten Kampf; die Urkundenfälschung sei deshalb besonders verwerflich, weil sie in Zusammenhang mit diesem Kampf begangen worden sei.“

(aus einer Erklärung von Rechtsanwaltin Gerlinde Oberländer-Pohl, der Verteidigerin von Marion). Die Verteidigung hat gegen das Urteil Revision eingelegt.

Eine Genossin aus Karlsruhe

## Hungerstreik gegen Hochsicherheitstrakte und skandalöse Haftbedingungen

Vom 27. bis 29.9.79 hatten bereits 68 Frauen im Frauenknast Lehrter Straße einen Hungerstreik durchgeführt, um eine bessere medizinische Versorgung zu erreichen. „Die Frauen betonten ausdrücklich, daß sie den Hungerstreik wieder aufnehmen, falls sich in Kürze nichts ändert.“ (Bericht einer Besucherin; Radikal Nr. 68).

Ebenfalls im Hungerstreik befanden sich mit eigenen Forderungen die Gefangenen A. Vogel, T. Meyer, G. Stürmer, G. Rollnik, A. Goder und M. Berberich. Sie fordern die Aufhebung einer Anordnung von Justizsenator Meyer, Monika Berberich und Ilse Schwipper (Jandt) nach Lübeck zu verlegen (inzwischen durch eine einstweilige Verfügung vorläufig auf Eis gelegt), und die Nichtbelegung des Hochsicherheitstraktes in Moabit. Sie solidarisierten sich mit „dem Hungerstreik, den zahlreiche Gefangene heute für die allgemeine Verbesserung der Haftbedingungen in den Berliner Gefängnissen und gegen die Belegung des HS-Bereichs aufgenommen haben“.

Die Bedeutung der Hungerstreiks kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es ist hier zum ersten Mal in einer derartigen Breite gelungen, soziale und politische Gefangene gegen die Haftbedingungen in den Westberliner Knästen und gegen die Belegung des Hochsicherheitstraktes zusammenzuschließen.

Nicht verfangen hat die Demagogie von Justizsenator Meyer, daß der Hochsicherheitstrakt für „politisch motivierte Straftäter“ ihm die Möglichkeit eines Reformvollzuges für soziale Gefangene schaffe. Gegen den angeblichen Humanisierungswillen Meyers sprechen die Fakten auch eine zu eindeutige Sprache:

- In der Lehrter Straße wurden Mutter-Kind-Zellen eingerichtet, wodurch die Mütter und Kinder (!) vom Anstaltsleben ausgeschlossen sind und praktisch in Kleingruppenisolation leben.

- In Tegel gibt es seit 1 1/2 Jahren einen „Knast im Knast“ für Dealer mit 25 Haftplätzen.

- In Tegel wird ein „Langstrafertrakt“ gebaut, der ebenfalls total abgeschottet ist vom „normalen“ Anstaltsbetrieb.

- In Moabit, wo es früher nur wenige Fenster mit Fliegengittern gab, sind es mittlerweile über 100.

- In Tegel wurden die Sportmöglichkeiten um 50% eingeschränkt.

- Seit dem 1.9.79 sind Richtlinien für den geschlossenen Vollzug in Kraft, die die Ausstattung der Zellen mit Tapeten, Teppichfliesen, Polstermöbeln und Blumentöpfen verbietet.

- Seit dem 1.5.79 besteht in allen Westberliner Knästen eine verschärfte Briefzensur. (Alle Informationen aus der Broschüre der Initiative gegen Hochsicherheitstrakte)

In einem bisher heisziellsten gemeinsamen Briefzensur. (Alle Informationen aus der Broschüre der Initiative gegen Hochsicherheitstrakte)

In einem bisher beispiellosen gemeinsamen Widerstand gegen die skandalösen Haftbedingungen und den im Bau befindlichen Hochsicherheitstrakt waren politische und soziale Gefangene in den Westberliner Knästen eine gute Woche lang seit dem 15.10.79 im

Hungerstreik.

Während Justizsenator Meyer auf einer Pressekonferenz am 17.10. von 57 Gefangenen im Hungerstreik berichtete, die „von terroristischen Gruppen gesteuert werden“ (Die Neue, 24.10.), sprachen die in der Initiative gegen Hochsicherheitstrakte zusammengeschlossenen Knastgruppen und „mehr als ein Dutzend Rechtsanwälte“ (Neue, 24.10.) bereits am 15.10. von 137 Gefangenen, die in den Knästen in Tegel und Moabit in den Hungerstreik getreten waren.

In dem Aufruf zum Hungerstreik aus Moabit hieß es:

„Die Untersuchungshaftanstalt Moabit, wie sie klirrt und stinkt, tritt nicht nur die Menschenwürde der dort Gefangenen mit Füßen, weil sie 23 Stunden pro Tag in einer winzigen Wohnzelle verbringen müssen und jeder Kontakt im Knast und nach draußen auf ein Minimum reduziert und mit preußischem Perfektionswahn überwacht ist — dieser Knast verstößt auch gegen die Menschenwürde der dort beschäftigten Schliesser, die eine stumpfsinnige, rohe und brutale Arbeit machen müssen“.

Die Moabiter Gefangenen fordern

- sofortige Verlängerung des Hofgangs um eine Stunde und täglichen Umschluß für alle Gefangenen;
- Abschaffung von Bunkern und allen Formen von Einzel- und Kleingruppenisolation;
- unzensurierter Bezug aller Bücher und Zeitschriften;
- Abschaffung von Fliegengittern, Trennscheiben und Berührungsbegrenzung durch Anwalts- und Privatbesuchen;

- Nichtbelegung der Hochsicherheitstrakte, stattdessen deren Umwandlung in Räume für Freizeit- und Bildungsgruppen aller Gefangenen;

- Verlängerung der Besuchszeiten von 30 Minuten alle 14 Tage auf eine Stunde täglich;

- Gleichbehandlung für alle Gefangenen, Schluß mit der Diskriminierung ausländischer Gefangener.

Darüberhinaus fordern die Gefangenen aus Tegel

- die Beseitigung der Doppelbelegungen von Zellen durch Freilassung von Gefangenen;

- einheitliche „Aufschlußzeiten“ bis mindestens 21.00 Uhr;

- monatliche Besichtigung der westberliner Gefängnisse durch unabhängige Kommissionen einschließlich unzensurierter Sprechstunden mit den Gefangenen;

- Abschaffung aller Arrest-, Isolations- und „Beruhigungs“-zellen und die Verfüllung aller Plätze bezüglich der Errichtung neuer Gefängnisbauten;

- ausreichende Arbeitsplätze und Anhebung der Arbeitsbelohnung sowie Weiterbezahlung bei Krankheit.

Die Reaktion der Behörden sowie Weiterbezahlung bei Krankheit.

Die Reaktion der Behörden und der Presse

„Eingeläutet“ wurde der Hungerstreik durch Justizsenator Meyer, der der Westberliner Presse am 12.10. [3 Tage vor Beginn des Hungerstreiks]

mitteilte, daß in den „Berliner Haftanstalten ... in der nächsten Woche ein von außen gesteuerter, breit angelegter Hungerstreik [droht], der eine neue Dimension für Berlin bedeuten würde. Ziel der Aktion sei es, die Belegung des Hochsicherheitstraktes ... zu verhindern“ („Tagesspiegel“, 13.10.).

Dankbar verbreiteten die Westberliner bürgerlichen Blätter Meyers Version: Initiiert sei der Hungerstreik von Gefangenen, die der Terrorismusszene zugerechnet würden; gesteuert würde der Streik von sogenannten Knastgruppen; mit von der Partie sei die Alternative Liste, die bereits eine Postkartenaktion gegen den Hochsicherheitstrakt gestartet hätte und eine Kundgebung am 18.10. in Moabit plante.

Am 17.10. veranstaltete Meyer eine Pressekonferenz, in der er zu den Zuständen in der Frauenhaftanstalt Lehrter Straße Stellung nahm, zu deren Überbelegung und dem Drogenproblem. Mißstände gab er zwar zu, zur Beseitigung dieser hatte er aber kaum konkretes zu sagen.

Den Hungerstreik erwähnte er nur am Rande, sprach gegen besseres Wissen von nur 57 Häftlingen im Hungerstreik und davon, daß er sich nicht um bessere Haftbedingungen kümmern könne, „wenn er sich stundenlang mit dem Hungerstreik befassen müsse“ (Die Neue, 24.10.).

Gleichgeschaltet zog es die bürgerliche Presse dann auch vor, den Hungerstreik (bis auf kurze Meldungen von maximal 37 beteiligten Gefangenen) totzuschweigen.

### Unterstützung von außen

Die Initiative gegen Hochsicherheitstrakte hat die „Anregung“ von Meyer aufgenommen und am 18.10. vor den Knästen Moabit und Lehrter Straße und zwei Tage später in Tegel Kundgebungen abgehalten, die mit 100 bis 200 Teilnehmern zwar nur mittelmäßig besucht waren, aber dennoch in die Knäste hinein große Resonanz hatten.

Nach Informationen der Initiative sind nach der Moabiter Kundgebung und einer in türkisch verlesenen Erklärung 6 türkische Gefangene ebenfalls in den Hungerstreik getreten.

Unter einer Erklärung gegen die Hochsicherheitstrakte sind bereits viele Unterschriften gesammelt worden.

Mit einer großen Flugblattaktion und Ständen in verschiedenen Stadtteilen wurde über die Hochsicherheitstrakte informiert.

Veranstaltungen sind geplant. Ausserdem wird versucht, in- und ausländische Persönlichkeiten zum Engagement gegen die Hochsicherheitstrakte aufzurufen.

Der Widerstand gegen die Hochsicherheitstrakte darf nicht auf Westberlin beschränkt bleiben. Der Widerstand

Der Widerstand gegen die Hochsicherheitstrakte darf nicht auf Westberlin beschränkt bleiben. Der Widerstand der Gefangenen im Knast und engagierter Menschen draußen muß in andere Orte überspringen.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

## Hausdurchsuchung bei Rechtsanwalt Temming

Am 30.10.79 finden sich gleich sechs Bundesanwälte in den Büroräumen der Rechtsanwälte Temming, Oberwinder und Barabas ein:

Das Büro wird durchsucht, ebenso zwei Privatwohnungen von Temming, und er selbst vorläufig festgenommen. Noch während die Beamten Akten und anderes Papier durchsuchten, zog eine Demonstration von ca. 100 Leuten („FR“, 1.11.) zum Büro von Rechtsanwalt Temming, um gegen die Durchsuchung zu protestieren.

### Vorwürfe liegen zwei Jahre zurück!

Welche Begründung gab nun die Bundesanwaltschaft für die Durchsuchungen? „Dr. Temming soll im Jahre '75 strategischen Überlegungen nachgegangen sein, die diversen Fraktionen der bewaffnet kämpfenden Gruppierungen ideologisch und praktisch zu einer schlagkräftigen Armee zu vereinen. Zeugen für dieses kühne und verschwörerische Unterfangen sind die durch zahlreiche Pressemeldungen in der Öffentlichkeit hinreichend bekannten und ins Zwielficht geratenen Kronzeugen Speitel und Dellwo“ (aus einer Erklärung des Anwaltsbüros

Temming).

Der „Witz“ ist der, daß Speitel diese Temming belastenden Aussagen bereits im Dezember 1977 gemacht hat. Neu ist lediglich, daß Speitel nicht mehr in Haft ist, mit unbekanntem Aufenthalt im Ausland lebt und für gerichtliche Vernehmungen nicht mehr zur Verfügung steht. Das bedeutet natürlich, daß Temmings Verteidigungsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt sind. „Derart zu taktieren heißt, dem Beschuldigten durch geschickte Wahl des Zeitpunktes jede wirksame Auseinandersetzung mit belastenden Beweismitteln und damit eine effektive Verteidigung unmöglich zu machen. Wer seine Beschuldigungen durch solche Taktiken absichern muß, hat es nötig“ (Pressemittteilung der Vereinigung Deutscher Strafverteidiger v. 31.10.79).

### Wer sucht, der findet!

Das eigentliche Ziel der Durchsuchungsaktion wird gewesen sein, sich einen Überblick über das Büro — und damit die Akten etc. — zu verschaffen. Wie man es auch schon von anderen Hausdurchsuchungen bei Rechtsanwälten gewohnt ist, wurden auch hier eine Reihe von Sachen mit-

genommen: Akten, Unterlagen, Poster, Plakate und ein riesiger Ölschinken mit dem Titel „Deutscher Herbst“ (s. Bild). Auf diesem Bild soll die tote Justitia mit schiefer Waage, Schleyer, Strauß und andere „Spitzen“ politiker zu sehen sein. Auf die Frage, warum dieses Gemälde beschlagnahmt werde, antwortete Oberstaatsanwalt Moree, daß dies selbstverständlich zu „Beweiszwecken“ geschehe. „Darüber hinaus kommt es als Tatwerkzeug zur Werbung für eine terroristische Vereinigung in Betracht. Gerade weil es in einem Anwaltsbüro hängt“ („TAZ“, 1.11.79). Bis auf ein für die Staatsanwaltschaft sicherlich nützliches Aktenstudium ist bei der Durchsuchung nichts herausgekommen. In einer ersten Bilanz der Bundesanwaltschaft vom 31.10. heißt es: „Bislang wurde noch nichts gefunden, was den Tatverdacht erhärtet. Die Auswertung des sichergestellten Materials dauert noch an“ („FR“, 1.11.). Bei den sich häufenden Anklagen wegen § 129a (s. Artikel in diesem AK), die zunehmend auf den sog. Sympathisantenkreis ausgedehnt werden, wäre es allerdings nicht absurd anzunehmen, daß im Zweifelsfall auch der Ölschinken für eine Anklage gut ist.

IKAH, Hamburg



## § 129a: Neue Justiz-Waffe im Meinungskampf

In den letzten Monaten und dem letzten Jahr häuften sich die Fälle, in denen linke Publikationen bzw. Drucker wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ angeklagt wurden.

Es scheint so, daß die Veröffentlichungen, die die Staatsanwaltschaften in den früheren Jahren überwiegend wegen Beleidigung, Verleumdung oder auch §90a vor Gericht verhandeln ließ, heutzutage auch unter dem Gesichtspunkt des §129a auf Korn genommen werden sollen.

Im folgenden sollen einige krasse Beispiele hierfür genannt werden: — Es begann mit dem „Agit-Druker“-Prozeß in Berlin, in dem die Drucker einer Westberliner Sponti-Zeitung wegen der bloßen Herstellung zu Knast verurteilt wurden.

— Auch in Westberlin ist jetzt Anklage erhoben worden gegen die angenommenen „intellektuellen Urheber“ der Sponti-Zeitung „BUG-Info“.

Der Staatsschutz hat wochenlang die Redaktionsräume des Infos überwacht und zimmert nun aus diesen Spitzelberichten gegen 8 Genossen eine Anklage wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“. Wann der Prozeß beginnt, steht noch nicht fest.

— Vor dem Oberlandesgericht Stuttgart findet derzeit der sog. „Fantasia-Prozeß“ statt. Angeklagt sind Genossen und Genossen, die Broschüren des IVK („Internationales Verteidigungskomitee“, eine Gruppe, die Arbeit zur Unterstützung politischer Gefangener geleistet hatte) gedruckt oder im IVK selbst mitgearbeitet haben sollen. Der Prozeß findet im sog. „Mehrzweckgebäude“ statt, das sich mit der Zeit jedoch mehr als „Einzweckgebäude“ zur Verfolgung von Linken mit Hilfe der Justiz entpuppt.

— In Düsseldorf lief vor einiger Zeit der sog. „Parolen-Prozeß“, in dem sich einige Genossen auch wegen §129a zu verantworten hatten, weil sie in der Stadt Parolen gemalt hatten (noch vor 2 Jahren wurde sowas als „Sachbeschädigung“ im Strafbefehlverfahren abgewickelt).

— Etwas aus dem Rahmen fällt das Urteil gegen die DPA-Besetzer, die ebenfalls nicht wegen Hausfriedensbruch, Freiheitsberaubung und wegen der anderen gegen sie erhobenen konkreten Vorwürfe verurteilt wurden, sondern denen die Justiz ihren Plan zur Durchbrechung des Schweigens um die Haftbedingungen von Werner Hoppe und K.H.Dellwo als „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ anlastete. Das Urteil wurde begründet mit einigen Sätzen aus der Erklärung der Besetzer, die diese bei DPA zurückgelassen hatten.

— Gegen den Genossen K.H.Roth laufen Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, wegen diverser Artikel in linken Zeitungen, die er unter seinem Namen veröffentlicht hat.

linken Zeitungen, die er unter seinem Namen veröffentlicht hat.

— In Lübeck soll demnächst gegen einige Genossen verhandelt werden, weil sie Parolen (so in der Art: „Es lebe die RAF“) gemalt haben sollen; einige der Angeklagten saßen deswegen sogar länger in Untersuchungshaft.

— Vor dem Oberlandesgericht Schleswig-Holstein ist Anklage erhoben worden gegen einen Genossen, der 1978 ein Flugblatt verbreitet haben soll mit der Überschrift „Ulrike, der Kampf geht weiter“. Auch diese völlig harmlose Veröffentlichung: §129a StGB.

— Gegen den Inhaber des Hamburger „Arbeiterbuch“ wurde im Juni dieses Jahres vom Generalbundesanwalt in Karlsruhe wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ ermittelt. Der absolut lächerliche Anlaß: Im Arbeiterbuch hatte ein Flugblatt zur Haftsituation von Werner Hoppe ausgelegt sowie ein anderes Flugblatt aus Heidelberg. Der Genosse wußte von diesen Flugblättern nichts, aber trotzdem wurde gegen das „Arbeiterbuch“ erst einmal vorgegangen.

— Vor dem Oberlandesgericht in Celle wird gegenwärtig gegen eine Lüneburger Alternativzeitung mit dem pa-

zifistischen Titel „die Taube“ ermittelt. Der Nachdruck eines Hamburger Flugblattes zur DPA-Besetzung erfüllt nach der Meinung der Staatsanwaltschaft den Tatbestand des Werbens für eine terroristische Vereinigung.

Soweit diese — vorläufige — Übersicht, die keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Diese Anklagen und Urteile sind nicht das Werk einiger übereifrigen und ausgeflippter Staatsanwälte und Richter. Es gibt ein Grundsatzurteil des politischen Strafsenats des Bundesgerichtshofes vom 3.5.78 (3 StR 91/78, abgedruckt in NJW 1978, S. 1536), der einen ähnlichen Fall zu entscheiden hatte:

Das Landgericht München hatte auch Parolenmaler („Es lebe die RAF“) wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung verurteilt. Die Revision, die die Genossen dagegen eingelegt hatten, wurde abgelehnt: „Das Merkmal des Werbens für eine Vereinigung i.S.d. § 129 Abs. 1 StGB ist nicht auf eine Werbetätigkeit beschränkt, die auf die Gewinnung von Mitgliedern oder Anhängern der Vereinigung abzielt. Über eine Werbetätigkeit mit dieser Zielsetzung hinaus werden jedenfalls ähnliche Betätigungen, mit denen eine andersartige Stärkung der Vereinigung und deren gezielte Unterstützung mit den Mitteln der Propaganda bezweckt wird, vom Tatbestand erfaßt.“ Der BGH meinte, das Parolenmalen sei „eine so deutlich auf die Förderung der kriminellen Vereinigung zielende Werbetätigkeit“.

Wenn man sich zurückerinnert, mit welcher Begründung 1976 die Sondervorschrift des §129a StGB eingeführt wurde, so kann einem heute nur das kalte Grausen überkommen: damals hieß es, die neue Vorschrift sei notwendig, um terroristische „Schwerkriminalität“ zu verfolgen und dafür sei der Strafrahmen des „alten“ §129 mit Knast bis zu 5 Jahren nicht mehr ausreichend. Deswegen die neue Möglichkeit, gemäß §129a, für „Hintermänner und Rädelshörer“ Knast bis zu 10 Jahren zu verhängen.

Heute sagt der Bundesgerichtshof in der oben zitierten Entscheidung, es gebe keinerlei Grund, und es habe ihn niemals gegeben, das „Werben“ anders zu verstehen als er heute.

Da gibt es nur zwei Erklärungen: damals ist die gesamte Öffentlichkeit bewußt belogen worden, daß der Zweck und die Anwendbarkeit des §129a wesentlich weiter geht als gesagt wurde, oder aber die Justiz findet immer Mittel und Wege, um Gesetze gegen Linke so umzubiegen, daß sie sie so verwenden können, wie es ihnen politisch opportun erscheint.

Und was politisch opportun ist, wissen wir seit langem: Der Staatsschutz hatte schon immer das Landzeit-Programm, den „Sympathisanten-Sumpf trockenlegen“. Der seit dem deutschen Herbst blindwütig betriebenen Hetze gegen alles Linke wird dem deutschen Herbst blindwütig betriebenen Hetze gegen alles Linke wird abermals eine juristische Legitimation gegeben. Durch das Urteil des Bundesgerichtshofes wird gleichzeitig dafür gesorgt, daß alle Gerichte, in der BRD bis zur letzten Staatsschutzkammer in Oberbayern sich hiernach richten werden.

Was dahinter steht, hat bei der Kampagne gegen den Göttinger ASIA wegen des Nachdrucks des „Buback-Nachrufes“ des Göttinger Mescalero der hinreichend bekannte FAZ-Kommentator Friedrich-Karl-Fromme in aller Deutlichkeit formuliert: „Diese Sympathisanten, die nie einem Terroristen Nachtlager und Reisegeld gegeben haben, sind die wirklich gefährlichen. Sie haben zwar „nichts getan“, sie haben nur ihre Meinung gesagt, sie haben nur nachgedacht.“

Daß das Denken eine bestimmte Richtung begünstigt: was kann der Denker, was kann der Schreiber dafür? Er kann dafür.

Und, könnte FKF hinzufügen: dafür gehört er ins Gefängnis wie seine Gesinnungsbrüder. Ins Gefängnis gehören offenbar andere ...

IKAH



## ... wegen zu guter Noten

Nachdem das Radolfzeller Arbeitsgericht die Klage von Ernst Köhler wegen eines Formfehlers abgewiesen hat, ist das Berufsverbot für den früheren Pädagogik-Dozenten und Lehrer am Tuttlinger Gymnasium endgültig. Köhler war vom Oberschulamt zum 30. September rausgeschmissen worden, weil er sich weigerte, im Fach Deutsch schlechtere Noten als 3 im Zeugnis zu geben!

KB/Freiburg

## ... gegen ehemaligen AStA-Referenten

Der ehemalige Sozialreferent des Göttinger AStA, Eckhard S., hat in Rheinland-Pfalz Berufsverbot — auch in Niedersachsen laufen die Vorbereitungen für ein Berufsverbot gegen ihn an.

Eckhard hat sich nach seinem ersten Staatsexamen in Göttingen u.a. in Rheinland-Pfalz für den Vorbereitungsdienst an Gymnasien beworben. Dort bekam er Anfang Mai '79 eine Stelle am Studiensekretariat Trier zugewiesen. Seinen Vorbereitungsdienst sollte er am 13.8.79 dort antreten. Diese Nachricht war dann für ungefähr drei Monate das letzte, was er von der zuständigen Bezirksregierung Trier hörte.

Nach mehreren telefonischen Anfragen bekam er am 15.8., zwei Tage nach dem geplanten Beginn seines Dienstes die schriftliche Mitteilung, daß „gewisse Zweifel an seiner Verfassungstreue“ bestünden. Er wurde dann zum 22.8. zu einem sogenannten Anhörungsgespräch geladen.

Auf Anraten der GEW hatte Eckhard einen Anwalt genommen und auch Rechtsschutz beantragt. Sein Anwalt konnte dann wenige Tage vor der Anhörung endlich erfahren, was denn nun die Zweifel an Eckhards Verfassungstreue „begründete“. Zur Anhörung selber war der Anwalt in bester „rechtsstaatlicher“ Manier nicht zugelassen worden.

Im einzelnen wurden Eckhard politische Aktivitäten vorgehalten, die bis zu seinem 17. Lebensjahr (Achtung „Jugendsünden“!) und seiner Zeit als Oberschüler in Northeim zurückreichen. So soll er von 1969 bis 1972 Mitglied der Basisgruppe Northeim gewesen sein.

Neben diese Angelegenheiten führt dann die Bezirksregierung noch an

„Zweifeln“ an: Ein eingestelltes Ermittlungsverfahren wegen „Wehrkraftzersetzung“ und „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ aus dem Jahre 1970, von dem der ehemalige Unteroffizier auf Zeit Eckard S. bis zu dieser Anhörung überhaupt nichts wußte.

Nachdem die Gesinnungsschnüffler aus Trier diese alle mindestens sieben Jahre zurückliegenden „Aktivitäten“ des Eckhard S. ausführlich gewürdigt hatten, kamen sie zu seiner Tätigkeit an der Göttinger Uni.

So soll Eckhard als Vertreter der GIM (Gruppe Internationaler Marxisten) im November 1976 in den AStA gewählt worden sein. Im Januar 1977 soll er ebenfalls als Vertreter der GIM auf der „Sozialistischen Bündnisliste“ für den Studentenrat kandidiert haben.

Die Tatsachen verhalten sich nun folgendermaßen. Im November 1976 war nach dem Rücktritt der Juso-HSG aus dem AStA eine Nachwahl der AStA-Referenten fällig. Hierfür kandidierten Vertreter verschiedener Fachschaften. Eckhard wurde als Vertreter des FSR Geographie ins Sozialreferat gewählt. Ähnlich verhält es sich mit Eckhards Kandidatur auf der Sozialistischen Bündnisliste (SBL). In der SBL hatten sich Genoss(innen) verschiedener politischer Richtung zusammengefunden. Unterstützt wurde die Liste vom KHB (KB-Sympathisante), der GIM und dem SB. Die Jusos und der LHV riefen zur Wahl dieser Liste auf. Auf den dem AStA vorliegenden Wahlunterlagen ist bei keiner Person, auch nicht bei Eckhard, irgendeine Organisationszugehörigkeit vermerkt.

Eckhard hat in der Anhörung, mit gutem Recht, jegliche Aussage zu

einer Organisationszugehörigkeit verweigert. Eckhard hat sich dabei auf den Artikel 22 (Vereinigungsfreiheit) des Grundgesetzes berufen. Die Inanspruchnahme dieses Rechts reichte in seinem Fall aus, ihm ein Ausbildungsverbot zu erteilen. Fernmündlich wurde ihm am 30.10. mitgeteilt, daß er nicht in das Referendariat übernommen würde, weil er sich nicht zur Organisationszugehörigkeit geäußert hat.

Inzwischen bemüht sich die Regierung des Herrn Albrecht in Niedersachsen das nachzuexerzieren, was ihr die rheinland-pfälzische Vogel-Mannschaft vorgemacht hat. Eckhard hatte sich nämlich nicht nur im fernen Süddeutschland, sondern auch in Niedersachsen um ein Referendariat beworben und hat hier im Nachrückverfahren zum 1.11. einen Platz am Studienseminar Leer (Ostfriesland) zugewiesen bekommen.

Am 24.10. erhielt Eckhard dann ein Schreiben, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß sich seine Einstellung voraussichtlich verzögern würde, „da noch eine Anfrage wegen (seiner) politischen Betätigung erforderlich war“. Über das Ergebnis dieser Anfrage liegt bisher nichts vor.

Der AStA der Universität Göttingen solidarisiert sich ausdrücklich mit Eckhard und fordert seine sofortige Einstellung, damit er seine Lehrerausbildung beenden kann. Wir werden Eckhard bei seinem Kampf um die Einstellung unterstützen.

KHB Göttingen

## CDU, Springer und SPD-Rechte erzwingen Berufsverbot

Nach der Entscheidung des Hamburger Beamtenernennungsausschusses,

16 vom Berufsverbot bedrohte Lehrer nun doch zu verbeamten (s.AK 163' S.15: „Die erste Nagelprobe bestanden“), scheint die SPD kalte Füße zu bekommen. So weit soll die „Liberalisierung“ ja auch nicht gehen. Deutlich wird dieses an dem in den letzten Wochen von Springer-Presse, CDU und rechten SPD'lern wieder hochgekochten „Fall“ Thomas Erdner. Thomas E., DKP-Mitglied und Personalratsvorsitzender für die ca. 5000 Hamburger Gymnasiallehrer, sollte bereits 1975 aus dem Schuldienst entlassen werden. Die Entlassungsverfügung des Senats wurde jedoch 1977 vom Verwaltungsgericht wieder aufgehoben, eine der ganz wenigen positiven Verwaltungsgerichtsentscheidungen in Berufsverbotsfällen. Damit schien der „Fall“ erst einmal vom Tisch zu sein. Der Senat hatte zwar Berufung gegen dieses Urteil eingelegt, zu einer weiteren Verhandlung war es jedoch bislang nicht gekommen. Am 12. September dieses Jahres richteten nun sechs CDU-Bürgerschaftsabgeordnete eine große Anfrage an den Senat bezüglich dieser Berufung. In der Antwort des Senats vom 29.9. heißt es hierzu: „Die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung hat inzwischen festgestellt, daß Zweifel an der Eignung von Herrn Erdner nicht mehr bestehen. Die Prüfung, ob das Berufungsverfahren fortzuführen ist, ist noch nicht abgeschlossen.“

Jedoch bereits vier Tage später „berichtigte“ der Senat seine Antwort

auf die große Anfrage, indem er den vorletzten Satz ersatzlos streichen ließ!

Eine Erklärung für diesen merkwürdigen Vorgang wurde allerdings erst vier Wochen später geliefert. In der „Morgenpost“ vom 31.10. heißt es unter der Überschrift „Klose mußte einlenken“:

„Der Senat hatte vor, auf seiner gestrigen Sitzung die Bahn frei zu machen für die Zukunft des Lehrers, Personalratsvorsitzenden an den Gymnasien und aktiven DKP-Funktionärs Thomas Erdner als Beamter auf Lebenszeit. Gegen dieses Vorhaben protestierten rechte SPD-Abgeordnete während der SPD-Fraktionssitzung am Montag. Unter anderem stützte sich ihr Protest auf Gerüchte, Erdner habe in seinem Freizeithome eine kommunistische Kaderschmiede eingerichtet, in der auch Schüler unterrichtet würden“. Und wo stammten diese Gerüchte wohl her? Natürlich: aus der „Bild“-Zeitung! Diese hatte am 23.10. in einem groß aufgemachten Artikel unter der Überschrift „DKP-Lehrer Erdner: Ist sein Freizeithome in der Marsch Schulungszentrum für Kommunisten?“ gebracht, in dem die entsprechenden von den rechten SPD'lern so dankbar aufgegriffenen Gerüchte breit ausgewalzt wurden. Die Frage stellt sich nun, woher eigentlich hatte die „Bild“-Zeitung diese Gerüchte? Liegt der Gedanke so fern, daß vielleicht die so interessierten rechten SPD'ler, die ja in Hamburg auch über recht gute Beziehungen zum Verfassungsschutz verfügen, selbst etwas hierzu beigetragen

haben? Immerhin fällt auf, daß von dieser Seite in den letzten Wochen einiges zur Demontage von Klose getan wird (z.B. die Angriffe Pauls).

Wie dem auch sei, im Fall Erdner forderten die betreffenden SPD'ler jedenfalls, daß derartige Gerüchte überprüft werden müßten. Klose, der laut „Morgenpost“ ursprünglich dagegen war, forderte daraufhin kurzfristig von Innensenator Staak einen Verfassungsschutzbericht zu dem Fall an. Dies reichte jedoch dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Hartmann, der z.Zt. zum neuen starken Mann der Hamburger SPD aufgebaut wird, nicht aus. Er verlangte eine ausführliche und „korrekte“ Untersuchung des Verfassungsschutzes und setzte sich damit gegenüber Klose durch. Die Entscheidung über die Zurücknahme der Berufung gegen Thomas Erdner wurde damit auf unbestimmte Zeit vertagt. Es ist eigentlich nicht zu vermuten, daß angesichts der laufenden Kampagne und der neuerlichen „Untersuchung“ des Verfassungsschutzes, diese Entscheidung noch positiv ausfallen kann. Es bleibt allerdings auch die Frage, ob Klose und Grolle eine positive Entscheidung gewollt haben. Oder wie ist es zu erklären, daß der Senat bereits vier Wochen vor der betreffenden Fraktionssitzung und vor der „Bild“-Veröffentlichung seine ursprüngliche Antwort auf die große Anfrage der CDU „berichtigte“ (s.o.) Ob hier mit gezinkten Karten gespielt wurde, um Klose seinen „liberalen“ Anstrich zu erhalten?

Berufsverbote-Kommission

## IMPRESSUM

ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abdruck, sonst PSchA Hamburg, 240595-203; Einzelpreis DM 2,-; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: Auflage: 10.200

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.



# Spanien

## Zum Autonomiestatut des Baskenlandes

## „Das ist nicht das, was Euskadi braucht“

Am 25.10. fanden im Baskenland und in Katalonien Volksabstimmungen über die jeweiligen Autonomiestatuten statt. In beiden Regionen beteiligten sich an der Abstimmung ca. 60 % der Wahlberechtigten. In Euskadi stimmten davon 90 %, in Katalonien 88 % für das Autonomiestatut (Neinstimmen waren jeweils 5 % und 8 %). Während es in Katalonien kaum nennenswerte Auseinandersetzungen oder politische Mobilisierungen für oder gegen das Statut gab, wurde im Baskenland von den reformistischen Parteien (An der Spitze der nationalkonservativen PNV) eine äußerst aufwendige Kampagne für das „Ja“ zum Statut geführt. Das Statut wird von diesen Parteien als der Schlüssel zur „Befriedung“ Euskadis gesehen, als ein zentraler Schritt zur Isolierung und politischen Vernichtung des bewaffneten Kampfes der militärischen ETA (ETA/m).

Während die Parteien im Baskenland in breiter Front für das Ja zum Statut warben (einschließlich „Euzkadiko Ezkerra“ – Koalition um den politisch-militärischen ETA-Flügel „Euzkadiko Ezkerra“ – Koalition um den politisch-militärischen ETA-Flügel sowie die „ML“-Organisation PTE), entschlossen sich MC, Herri Batasuna (Bündnis um den militärischen ETA-Flügel) und die Trotzkisten von LKI zur Stimmenthaltung aufzurufen. Alle drei Organisationen lehnen das Statut ab. Die wichtigsten Gründe für die Ablehnung sind folgende:

- Dem baskischen Volk wird nicht das Recht auf politische Selbstbestimmung (was die Möglichkeit einschließt, auch die nationale Unabhängigkeit zu beschließen) eingeräumt;
- Navarra (die größte der vier baskischen Provinzen) wird nicht in den Geltungsbereich des Statuts einbezogen;
- die baskische Sprache, die Erziehung und die baskische Kultur wird nicht ausreichend behandelt;
- die zukünftige baskische Regierung hat keine ausschließliche Polizeihochheit, d.h. die verhasste nationale Polizei kann weiterhin auf Geheiß der Regierung bei „Störungen der öffentlichen Ordnung“ eingesetzt werden.

Ogleich also die Mängel dieses Statuts sehr weitreichend sind, haben doch die Hoffnungen, die sich mit diesem Statut verbinden, bzw. die Sicht, das Statut als einen Erfolg des bisherigen Kampfes zu betrachten, offenbar selbst in Kreise der Wählerschaft der drei genannten linken Organisationen, die zur Stimmenthaltung aufrufen, hineingewirkt. Es ist allerdings relativ schwierig, die 40 % Stimmenthaltung im Baskenland richtig zu interpretieren. In Katalonien haben sich ebenfalls 40 % der Stimme enthalten, obwohl dort keine relevante politische Kraft zur Enthaltung aufgerufen hatte. In Katalonien ist jedoch ein kontinuierliches Sinken der Wahlbeteiligung bei den insgesamt fünf Wahlgängen seit Juni '77 (erste allgemeine Wahlen) festzustellen (von 20,5 % auf jetzt 40,5 % Enthaltungen), was einem recht eindeutigen Rückzug der Menschen dort von aktivem – auch parlamentarischen – Engagement geschuldet ist.

Im Baskenland sind Ausgangs- und Endpunkt zwar identisch, beim Referendum über die Verfassung – wo auch der PNV zur Stimmenthaltung aufrief – hatten sich jedoch 51 % der Stimmen enthalten (Hier ist eindeutig ein politisches Reagieren auf die Linie bestimmter nationalistischer Parteien zu erkennen). Bei den Kommunalwahlen im April '79, bei denen sich die drei linken baskischen Organisationen (MC, Herri Batasuna, LKI) selbst zur Wahl stellten, gingen ca. 37 % der Basken nicht zur Wahl (nur 3 % weniger als bei

dieser Abstimmung) ... Kurz: Die Unterscheidung zwischen aktiver und passiver Wahlenthaltung ist nicht so einfach zu treffen.

Sprecher von „Herri Batasuna“ selbst betrachten die Wahlbeteiligung als sehr „knapp“. „Obwohl sie (die Ja-Parteien – AK) umfangreiche Mittel einsetzten und die Abstimmung eine Vielzahl von Unregelmäßigkeiten hatte, ist das Ergebnis ärmlich. Das Statut von Guernica ist eine schwächliche Geburt, mit Lehm an den Füßen. In dieser Situation müssen sich die Verteidiger des Statuts damit auseinandersetzen, ihre Versprechungen zu erfüllen. In der Praxis werden sie die Menschen wieder enttäuschen, weil das Statut weder Krise und Arbeitslosigkeit löst, noch die Frage der öffentlichen Ordnung oder das Problem Navarra“ („El Pais“, 27.10.).

Die Genossen von MC kritisierten in einem Artikel vom Juli '79 u.a. das Verhalten von „Euzkadiko Ezkerra“, dem Bündnis um den politisch-militärischen ETA-Flügel: „Sie versuchen, eine eigene Kampagne durchzuführen. Diese besteht hauptsächlich darin, das Statut mit der Jungfrau von Lourdes gleichzusetzen: Das Statut wird das Problem der Arbeitslosigkeit lösen, das Statut wird die Amnestie bringen... Euzkadiko Ezkerra/ETA setzt alles daran, dem Statut einen progressiven Anstrich zu geben, ohne auch nur einen Augenblick an zwei ganz wesentliche Tatbestände zu erinnern: 1. Das Statut spricht an keiner Stelle davon, diese Probleme zu lösen und 2. kann der Kampf für das Statut auch in dieser Richtung nichts bringen, weil die Kräfte, die dafür sind, diejenigen sind, die weder Interesse noch die Fähigkeit haben, das Volk dagegen zu mobilisieren, während diejenigen, die mobilisieren können, gegen den Statutentwurf sind. Es handelt sich also, zusammengefasst, um eine politisch beschämende und zutiefst reformistische Kampagne“ („Servir al Pueblo“, Juli/Aug. 79).

Dazu ist anzumerken, daß die spanische Regierung kurz nach der Abstimmung über das Statut erklärt hat, daß unter gar keiner Bedingung eine Amnestie für die – inzwischen wieder hunderte – baskischen politischen Gefangenen geben wird. Der illusionistische und z.T. reformistische Kurswechsel des politisch-militärischen ETA-Flügels hat sich zwar schon länger angedeutet, ist aber in der Statutfrage stark zum Durchbruch gekommen.

### Die PSOE und was sie sich vom Autonomiestatut verspricht

Der Vorsitzende der baskischen PSOE („Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens“) wurde in einem Interview sehr deutlich, was er und seine Partei sich vom Statut versprechen. Um das Ausmaß der Sympathie des baskischen Volkes mit dem ETA-Terrorismus festzustellen, führte die baskische PSOE eine Umfrage durch, um daraus die „richtigen“ Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Umfrage wurde im Dezember '78 bei 1.800 Personen gemacht.

Eine der Fragen war, ob es unter der neuen „Demokratie“ mehr „institutionalisierte Gewalt“ gibt als unter Franco: 50 % (!) beantworteten diese Frage mit „Ja“, nur 9 % meinten, es gebe weniger Gewalt seitens des Staates als unter Franco, daß es genauso viel gebe, meinten 25 % und unklar waren sich 16 %. Wie die „Kräfte der öffentlichen Ordnung“ (= Polizei) während der letzten zwölf Monate aufgetreten wären, war eine andere Frage: 52 % waren der Meinung, daß sie mehr durchgreifen als



Bild zum Artikel unten rechts: Solidaritäts – Demonstration für die angeklagten Frauen, an der Spitze bekannte Rechtsanwältinnen.

unter Franco, daß der Zustand wie unter Franco sei, meinten 29 %. Obwohl sich aus diesen Antworten eindeutig ergibt, daß die Mehrheit der baskischen Bevölkerung der Meinung ist, daß die Repression seitens des Staates nach Franco zugenommen hat, kommt der PSOE-Vorsitzende zu dem Schluß, daß das baskische Volk zwar ein „enormes Bewußtsein“ und eine anti-repressive Sensibilität besitzt, aber daß das „nicht stimmt und unreal ist“ („El Pais“, 24.10.). Eine weitere Frage war, ob man für offene Verhandlungen seitens der spanischen Regierung mit ETA sei. 58 % sprachen sich für solche Verhandlungen aus, 13 % waren dagegen, die übrigen wußten es nicht genau oder antworteten nicht.

Der PSOE-Vorsitzende kommt selbst zu dem Schluß, „daß im Dezember 1978, nach dem gewalttätigsten Jahr von ETA (!), die Befragten die ETA-Aktionen nicht eindeutig zurückweisen. Nur 34 %

sind eindeutig dagegen. Die Unentschlossenheit, das Ich weiß nicht und Ich beantworte nicht, betragen 51 %“ („El Pais“, 24.10.). Aus dieser Umfrage ergibt sich für den baskischen PSOE-Vorsitzenden mitnichten, daß mehr gegen die brutale Polizeigewalt getan werden müßte, sondern daß „man sich im klaren darüber sein müsse, daß solange die gewaltsamen Aktionen (von ETA – AK) nicht rundheraus vom baskischen Volk abgelehnt werden und eine Isolierung des Terrorismus passiert, die polizeilichen Maßnahmen auf ernsthafte Schwierigkeiten stoßen und nicht so effektiv sein können“ („El Pais“, 24.10.). Das Statut soll vor allem dem baskischen Volk sein „Selbstbewußtsein zurückgeben“ (!), vor allem sein „Vertrauen in die Institutionen, in die Demokratie und in den Weg des Dialogs und der Verhandlungen“ stärken („El Pais“, 24.10.).

Deutlicher kann man nicht zum Ausdruck bringen, daß das Statut

nicht die Wirklichkeit im Baskenland verändern, sondern die Widerspiegelung dieser Wirklichkeit in den Köpfen der Menschen dort benebeln soll.

Einen punktuellen Erfolg hatten die reformistischen Kräfte im Baskenland (speziell PSOE), als wenige Tage nach der Abstimmung über das Autonomiestatut ein Mitglied der PSOE von einem bisher nicht näher identifizierten „Kommando“ erschossen wurde, weil dieser angeblich ein Polizeispitzel war. Obwohl sich auch die militärische ETA von diesem Attentat distanzierte, mobilisierten die UGT (sozialdemokratische Gewerkschaft) und die „Comisiones Obreras“ (Arbeiterkommissionen – Führung durch Eurorevisionisten) zu einem Generalstreik gegen den Terror, der nach Pressemeldungen größtenteils befolgt wurde.

Spanien-Kommission

## Abtreibungsprozeß von Bilbao ausgesetzt

Wie berichtet, sind in Bilbao elf Arbeiterfrauen angeklagt, vor mehreren Jahren abgetrieben zu haben. Die neun Frauen, die sich einer Abtreibung unterzogen haben (eine von ihnen hat es nur versucht!), sollen sechs Monate und einen Tag Gefängnis und elf Jahre Entzug der Bürgerrechte bekommen und gegen die zwei Frauen, die die Abtreibungen durchgeführt haben sollen, hat der Staatsanwalt zwischen 55 und 60 Jahren Gefängnis beantragt! Mit den angeklagten Frauen hat sich eine beispiellose Solidaritätsbewegung entwickelt. U.a. haben über 1.300 Frauen aus dem öffentlichen Leben (Schauspielerinnen, Rechtsanwältinnen, usw.) in einer Selbstbeziehungserklärung bekannt, schon einmal – allerdings im Ausland – abgetrieben zu haben und ihre Solidarität mit den elf Arbeiterfrauen erklärt. Der Generalstaatsanwalt hat inzwischen kundgetan, daß nach seiner Rechtsauffassung auch diese Frauen von den entsprechenden Strafparagrafen des spanischen Gesetzbuches erfaßt werden können (Extraterritorialität des Strafrechts).

Der Prozeß gegen die elf Frauen, der am 26.10. beginnen sollte, wurde vom vorsitzenden Richter ausgesetzt. Zuvor war ausländischen Rechtsanwältinnen aus der Schweiz, Frankreich, Italien und Anwälten aus Madrid und Barcelona, die als Beobachter teilnehmen wollten, der Zutritt zum Gerichtssaal verweigert worden.

Auch die Sachverständigen und Gutachter, sowie parlamentarische Delegationen der PCE und der PSOE wurden nicht zugelassen. Angeblich wegen des Nicht-Erscheinsens einer der angeklagten Frauen vor Gericht wurde der Termin geschoben.

Für die betroffenen Frauen hat sich die Unsicherheit ihrer Lage dadurch nur verlängert, zumal die Regierungspartei UCD noch einmal beteuert hat, daß sie an den Strafparagrafen festhalten will. Von dem Komitee der baskischen Frauenorganisation wird die Vertagung des Prozesses jedoch als erster Erfolg der Solidaritätskampagne gewertet.

Dem Richter wurde eine Unterschriftensammlung präsentiert, in der sich 25.000 Frauen für das Recht

auf Abtreibung und Straffreiheit für die Angeklagten aussprechen. Der Herr Richter lehnte es „in sehr übler Weise“ ab, diese Unterschriftensammlung entgegenzunehmen.

Anschließend zogen etwa 3.000 Menschen (überwiegend Frauen), die vor dem Gerichtsgebäude gewartet hatten – vorneweg die Rechtsanwältinnen – in einem Protestzug zum Notariatsgebäude, wo sie von Einheiten der nationalen Polizei mit Gewalt auseinander getrieben wurden.

Die beiden reformistischen Parteien PCE (Eurorevisionisten) und PSOE (Sozialdemokraten) wollen angesichts des „enormen Drucks der Bevölkerung“ eine Gesetzesinitiative beschleunigt im Parlament einbringen, die Straffreiheit für Abtreibungen unter bestimmten Bedingungen vorsieht. Die PSOE hatte sich bisher noch hinter der rätselhaften Formulierung versteckt, daß sie zwar nicht für Abtreibung, aber für die Nichtbestrafung derselben sei .. (?)

### Solidaritätsaktionen

– Am 20.10. hatten sich ca. 300 Frauen, darunter zahlreiche Rechtsanwältinnen (und auch einige Männer) im Justizpalast von Madrid versammelt, um über den Prozeß von Bilbao zu diskutieren und Solidarität zu bekunden. Plötzlich stürmte nationale Polizei den Versammlungsraum, schlug auf die Frauen ein und vertrieb sie aus dem Gebäude. Beleidigungen wie „Ihr Hündinnen – geht woanders hin zum Abtreiben“ begleiteten die Prügelei der Bullen. Auch im Umkreis des Gerichtsgebäudes wurden die Frauen auseinander geprügelt („El Pais“, 21.10.).

– Am 21.10. demonstrierten in Barcelona 5.000 Frauen (auch die Gewerkschaften und einige politische Parteien hatten aufgerufen) aus Solidarität mit den angeklagten Frauen.

– Am selben Tag demonstrierten in Bilbao ca. 10.000 Frauen unter Parolen wie „Es ist kein Zufall, daß die Abtreibung von denen verboten wird, die nicht gebären“. Ca. 800 Frauen gingen nach der Auflösung der Demonstration ins Rathaus. Dort wurde eine Erklärung verlesen, in der es u.a. hieß: „Die Kirche ist die Institution, die von Anfang an die Frau

als minderwertiges Wesen betrachtet hat; die das Leben des Fötus höher schätzt als das der Frau; diese Kirche verbietet die Empfängnisverhütung und die Abtreibung und hat zugleich keine Skrupel, ihre finanziellen Vorteile wahrzunehmen, indem der Vatikan einer der größten Aktionäre von Organon ist, der Firma, die die Pille herstellt, die Millionen Frauen nehmen; das ist dieselbe Kirche, die keine Skrupel kannte, Kriege zu segnen sowie die Kreuzzüge im Namen der Christen“ („El Pais“, 23.10.).

In den Tagen vor dem Prozeß kam es in vielen spanischen Städten zu Demonstrationen und kam es in vielen spanischen Städten zu Demonstrationen und Einschließungen von linken Gemeinderäten. Die Ratssitzung von Oviedo beschloß mit einer Stimme Mehrheit die Befürwortung der Straffreiheit für die elf Frauen. In Salamanca, Pamplona, Las Palmas kam es zu größeren Protestaktionen von Frauen.

– In Paris riefen für den 25.10. spanische und französische Frauenorganisationen zu einer gemeinsamen Aktion in der Nähe der spanischen Botschaft auf. Von französischer Seite beteiligten sich u.a. folgende Frauenorganisationen: MLAC (Bewegung für die Freiheit von Verhütung und Abtreibung), „Liga für die Rechte der Frau“, „SOS – Alternative Frauen“, „Frauen in Bewegung“, „Commission der Frauen im Kampf“, „Choirir“ und „Planing Familial“.

– Am Tag des ursprünglich angesetzten Prozesses gab es in den meisten spanischen Städten Protestaktionen. In Barcelona, Murcia, Oviedo, Valladolid wurden Frauen, die Parolen wie „Papa de Roma, el aborto no es una broma“ („Papst von Rom, Abtreibung ist kein Scherz“) wurden häufig von ultrarechten Schlägerbanden angegriffen. Auch die spanische Polizei kannte wieder keine Skrupel, auf die Demonstranten einzuschlagen.

Solidarität mit den angeklagten Frauen!  
Recht auf Abtreibung in Spanien!

Spanien-Kommission



## BELGIEN

# Staatsapparat deckt faschistische Aktivitäten

Belgien. Überfälle auf Mitglieder linker Organisationen, Anschläge auf Parteibüros und Treffpunkte fortschrittlicher Kreise, Provokationen gegen ausländische Arbeiter - die Liste faschistischer Übergriffe in den letzten Jahren ist lang. Im Anschluß an eine Darstellung dieser Entwicklung in AK 150 schreiben wir, "daß sich die Faschisten darauf verlassen können, nicht oder nur halbherzig verfolgt und belangt zu werden, weil sie in Teilen des Staatsapparats, besonders in der 'Rijkswacht', erhebliche Sympathien genießen."

Zwei Ereignisse der letzten Wochen, die die belgische Öffentlichkeit stark beschäftigten, bestätigen diese Einschätzung und erhellen das Ausmaß des rechten Sumpfes, der sich bis in die Spitzen von Justiz und Verwaltungsapparat erstreckt.

Fall 1: Am frühen Morgen des 17. September wurde der 20-jährige Bernhard H. auf seinem Rückweg vom Pressefest der "Rode vaan" (KPB) von 4 Mitgliedern der faschistischen "Front de la Jeunesse" überfallen, zusammengeschlagen und in ihr Domizil am Brüsseler Materialenkaai verschleppt. Dort mußte er drei Stunden lang Folterungen über sich ergehen lassen, "die lateinamerikanischen Terrorregimes würdig gewesen wären" (BPA, 28.9.79). Obwohl also der Schlupfwinkel der Faschisten bekannt war und der Überfallene erklärte, seine Peiniger identifizieren zu können, ermittelte die Staatsanwaltschaft "gegen unbekannt", eine Hausdurchsuchung fand nicht statt. Dafür erschien die BOB (die politische Abteilung der "Rijkswacht") in der Wohnung des Opfers!

Wie "Die Neue" berichtet, sollen einige der Täter aus der Brüsseler Reichmilitär-Hochschule stammen und von dort sowie von "hohen Amtsträgern" abgesichert werden (d.N., 16.10.79). Wo diese Amtsträger anzusiedeln sind, ist nicht schwer zu erraten: Verbindungen der "Front de la Jeunesse" zur CEPIC, der Organisation des rechten Flügels in der Christlich-Sozialen Partei werden seit langem vermutet. Paul van den

mit Hakenkreuzen "geschmückte" Nazis hatten über Pfingsten 4 Tage lang in den Ardennen Schießübungen veranstaltet, das Werfen von Handgranaten geübt, Molotow-Cocktails hergestellt und ausprobiert usw., alles verbunden mit militärischem Drill. Nun gibt es in Belgien seit 1934 ein Gesetz, das die Bildung paramilitärischer Milizen und Privatarmeen unter schwere Strafen stellt.

Aber nichts in diese Richtung geschah - stattdessen fand 3 Tage nach Veröffentlichung des Berichts eine Durchsuchung der Redaktionsräume der "Pour" auf der Grundlage einer Beleidigungsklage des VMO-Führers Erikson statt! Gesucht wurden "Waffen und Uniformen", um zu beweisen, daß es sich um gestellte Fotos handle. Die Rechtspresse und die zuständige Staatsanwaltschaft in Antwerpen - hier befindet sich die Zentrale der VMO - übertrafen sich mit entlastenden Erklärungen zugunsten der VMO - sie reichten von der schlichten Behauptung der Fälschung bis hin zu der abenteuerlichen Version, die Fotos seien in der BRD aufgenommen und zeigten Aktionen der Wehrsportgruppe Hoffmann.



1.500 kamen am 24.9. in Brüssel zusammen, um gegen die dreisten Übergriffe der Faschisten und für die Auflösung der "Front de la Jeunesse" zu protestieren.

Die "Pour" dagegen veröffentlichte zahlreiche Verweise für die Richtigkeit des Berichts. Aber auch der Fund von Teilen von Molotow-Cocktails oder Zeugnisaussagen von Bauern, die die Übungen beobachtet hatten, konnten bis jetzt die Strafverfolgungsbehörden nicht zu Schritten gegen die VMO veranlassen.

Ein Blick auf den politischen Standort der zuständigen Beamten liefert eine Erklärung: Der Antwerpener Generalstaatsanwalt Verheyden, der den Durchsuchungsbefehl für die Redaktionsräume der "Pour" ausstellte, ist Gründungsmitglied der flämisch-südafrikanischen "Freundschaftsgesellschaft" "Protea" (in diesem Zusammenhang ist interessant, daß die gesamte Ausrüstung für das VMO-Camp in einem Container der südafrikanischen Saftmarke transportiert wurde). Der zuständige Ermittlungsrichter van Coppenolle gehörte früher als Rechtsanwalt dem rechten Flügel der nationalistischen Volksunie an, der ideologisch und politisch zahlreiche Verbindungen zur Szene der flämischen Rechtsradikalen aufweist.

Da wundert es nicht, wenn über 100 gutgelaunte Faschisten von VMO und Front de la Jeunesse am 13. Oktober sich im Saal "De Boeck" in Antwerpen zum Saalmenrotten und ein "Fest der Straffreiheit" feiern können.

Belgien-Kommission

## Linker Anwalt in „Präventivhaft“

Am 1. September wurde in Brüssel der bekannte linke Rechtsanwalt und Strafverteidiger Michel Graindorge festgenommen und seitdem in „Präventivhaft“ gehalten. Sein Fall hat sich zu einem ausgewachsenen Justiz- und Polizeiskandal entwickelt, der die belgische Öffentlichkeit stark beschäftigt.

Wer ist Michel Graindorge? Als Vorsitzender des belgischen „Gefangenen-Hilfskomitees“ machte er sich durch sein unermüdliches Eintreten für die Wahrung der Menschenrechte auch im Knast einen Namen. Er arbeitete für Rechtsberatungsdienste, für amnesty international und für die belgische Menschenrechtsliga. Sein besonderes Engagement galt der Verteidigung der Rechte politischer Gefangener in der BRD, er war Mitbegründer eines entsprechenden Komitees, organisierte den Protest gegen die Ausweisung und Verurteilung von Klaus Croissant und bezweifelte selbst die staatliche These vom Selbstmord der Stammheim-Gefangenen. Von daher also ein prädestiniertes Ziel der Angriffe der belgischen und internationalen Polizeiapparate. Die Umstände seiner Inhaftierung, die Umstößen von Polizei und Staatsanwaltschaft und die inzwischen deutlich gewordenen internationalen Verflechtungen machen die „Affäre Graindorge“ zu einem der schwerwiegendsten Angriffe auf die demokratischen Rechte in der jüngeren Geschichte Belgiens.

### Chronologie der Ereignisse

— Ende Juli 79 gelingt dem französischen Gangster Bessie eine sensationelle Flucht während einer richterlichen Vernehmung in Brüssel. Einer der beiden Verteidiger Besses ist Michel Graindorge.  
— Wenige Tage später Hausdurchsuchung beim Präsidenten der belgischen Sektion von amnesty international unter eindeutig illegalen Umständen — ohne Ergebnis.  
— Ende August: Verhaftung eines Gefängnispsychologen und dessen Freilassung wegen angeblicher Fluchthilfe im Fall Bessie.  
— 1. September: Graindorge wird festgenommen und in „Präventivhaft“ gehalten. Beschuldigung: Mittäterschaft bei der Flucht Besses. Zugrunde liegt ein „Geheimdossier“, das aber unter den Bedingungen der „Präventivhaft“ von der Verteidigung nicht eingesehen werden kann. Erst nach einem Monat muß die Staatsanwaltschaft ihre Beweise offenlegen. Die ersten drei Tage der „Präventivhaft“ ist Graindorge vollkommen isoliert, ohne Kontakt mit einem Anwalt, ohne Zeitungen, Post usw.  
— Es folgen weitere Durchsuchungen bei Bekannten sowie weiteren Rechtsanwaltskanzleien. Die Anwältin Odette Haas sowie Jacques Roland, beide Mitglieder des „Gefangenenhilfskomitees“, werden ebenfalls verhaftet und der Fluchthilfe beschuldigt.  
— Am 27. September werden zwei Mitglieder des „Komitees zur Verteidigung der politischen Gefangenen in der BRD“ verhaftet. Sie werden beschuldigt, zusammen mit den vorher Festgenommenen eine Fluchthilfeorganisation aufgebaut zu haben. Die Presse verbreitet Gerüchte über Verbindungen zu westdeutschen Terroristen, die sich dieser Fluchthilfeorganisation bedient haben sollen sowie über angebliche Verbindungen zum Attentat auf Nato-Oberbefehlshaber Haig. Die gesamte Anklage stützt sich wiederum auf einen „Geheimbericht“, Beweise werden nicht vorgelegt.  
— 1. Oktober: Graindorge und die beiden anderen Opfer der ersten Verhaftungswelle bleiben in „Präventivhaft“. Um das zu ermöglichen, hat die Staatsanwaltschaft die ursprünglichen Anklagepunkte fallengelassen und neue formuliert, die sich allerdings ebensowenig auf Beweise stützen. Insgesamt werden jetzt also sieben Personen in diesem Zusammenhang in „Präventivhaft“ gehalten, ohne daß irgendwelche Beweise vorgelegt wurden.

Rechtsanwaltskanzleien. Die Anwältin Odette Haas sowie Jacques Roland, beide Mitglieder des „Gefangenenhilfskomitees“, werden ebenfalls verhaftet und der Fluchthilfe beschuldigt.

Am 27. September werden zwei Mitglieder des „Komitees zur Verteidigung der politischen Gefangenen in der BRD“ verhaftet. Sie werden beschuldigt, zusammen mit den vorher Festgenommenen eine Fluchthilfeorganisation aufgebaut zu haben. Die Presse verbreitet Gerüchte über Verbindungen zu westdeutschen Terroristen, die sich dieser Fluchthilfeorganisation bedient haben sollen sowie über angebliche Verbindungen zum Attentat auf Nato-Oberbefehlshaber Haig. Die gesamte Anklage stützt sich wiederum auf einen „Geheimbericht“, Beweise werden nicht vorgelegt.

1. Oktober: Graindorge und die beiden anderen Opfer der ersten Verhaftungswelle bleiben in „Präventivhaft“. Um das zu ermöglichen, hat die Staatsanwaltschaft die ursprünglichen Anklagepunkte fallengelassen und neue formuliert, die sich allerdings ebensowenig auf Beweise stützen. Insgesamt werden jetzt also sieben Personen in diesem Zusammenhang in „Präventivhaft“ gehalten, ohne daß irgendwelche Beweise vorgelegt wurden.

### TREVI - ein internationales „Anti-Terror“-Zentrum

Deutlich wird, daß hier — zum ersten Mal in Belgien — nach bewährtem westdeutschen Muster versucht wird, demokratische und linke Initiativen zu kriminalisieren und zu zerschlagen, indem sie mit „gewöhnlicher“ oder „terroristischer“ Kriminalität in Verbindung gebracht werden, um so das entsprechende Instrumentarium „zur Bekämpfung von Gewaltkriminalität“



Michel Graindorge

anwenden zu können.

Besonders angetan hat es den Sicherheitsbehörden dabei das in Belgien sehr wenig angewendete Instrument der „Präventivhaft“, eröffnet sie doch die Möglichkeit, Personen monatelang zu inhaftieren, ohne auch nur den geringsten Beweis für eine Straftat vorlegen zu müssen. Ist nach einem Monat Haft der Termin für die Offenlegung der Beweise gekommen, läßt man einfach die ursprüngliche Beschuldigung fallen und präsentiert dafür neue Verdächtigungen usw.... Zudem ermöglicht — zumindest während der ersten Tage — die „Präventivhaft“ die vollkommene Isolierung des Häftlings von der Außenwelt.

Westdeutsche Sicherheitsbehörden hätten angesichts des Einsatzes von Graindorge und seiner Mitstreiter für die politischen Gefangenen in der BRD ein besonderes Interesse an der Ausschaltung dieses „Sympathisanten“. In Brüssel hält sich hartnäckig das Gerücht, Graindorge sei während seiner Haft von westdeutschen Polizeibeamten verhört worden.

Im Zusammenhang mit dem Fall Graindorge wird in der belgischen Presse auch auf die Tätigkeit der internationalen Arbeitsgruppe TREVI hingewiesen, einem außerordentlich arbeitenden politischen Koordinationsorgan, in dem Vertreter von Sicherheitsbehörden aus neun EG-Ländern sitzen. TREVI wurde 1976 zwecks Internationalisierung der „Terroristenbekämpfung“ gebildet. Die belgische Delegation wird ausschließlich von hohen Rijkswachtbe-

amten gebildet. Die Rijkswacht (frz.: Gendarmerie) aber spielt in dem ganzen Geschehen eine entscheidende Rolle: Die Anschuldigungen gegen Graindorge und seine Mitangeklagten sowie die Mitglieder des „Komitees zur Verteidigung der politischen Gefangenen“ basieren ausschließlich auf Geheimberichten der Rijkswacht, genauer gesagt ihrer politischen Abteilung, der BOB. Es gibt sichere Anzeichen dafür, daß diese Berichte u.a. mit illegalen Methoden, wie der Abhörung von Telefonen, zustande gekommen sind.

### Ein Staat im Staate

So wird in vielen Stimmen zum Fall Graindorge die Position der Rijkswacht kritisiert. Hier ist in der Tat ein gewaltiger Spitzel- und Repressionsapparat herangewachsen, der sich jeder demokratischen Kontrolle entzieht. Vorgänge der jüngsten Zeit bestätigen diese Befürchtungen:

— so sammelt die Rijkswacht massenhafte Daten über die Gewerkschafts- und Parteizugehörigkeit von Arbeitern und Angestellten;  
— so tritt die Rijkswacht immer brutaler bei der Zerschlagung von Streiks und Demonstrationen in Erscheinung. Die 3.000 Teilnehmer einer Demonstration für die Freilassung Graindorges wurden von der Rijkswacht in provozierender Weise und eindeutig illegal nach Waffen durchsucht — die eigentlich zuständige städtische Polizei hielt sich im Hintergrund. VS, Sonderkommandos, BGS und Bereitschaftspolizeien der Länder unter einem einheitlichen Kommando, nur dem Innenminister unterstellt — so kann man sich ungefähr die Funktion der Rijkswacht in Belgien vorstellen.

### Breite Proteste

Die Proteste gegen diesen massiven Angriff auf demokratische Rechte sind breit gestreut und reichen bis in die Parlamentsfraktionen der bürgerlichen Parteien. Vor allem werden die Abschaffung der „Präventivhaft“ sowie die stärkere Kontrolle der Rijkswacht gefordert, entsprechende parlamentarische Initiativen sind angekündigt. Man wird sehen.

Bereits zwei Demonstrationen und eine Anzahl kleinerer Protestaktionen sind vom „Nationalen Komitee für die Freilassung von Graindorge“ organisiert worden. Der Staatsapparat begreift die vorgetragenen Angriffe auch als Test dafür, wie stark der Protest gegen den Abbau demokratischer Rechte in der Bevölkerung ist — gerade im Hinblick auf sich abzeichnende verstärkte soziale Konflikte und einer verschärften Repression in diesem Zusammenhang.

**Belgien-Kommission**  
Die Adresse des Solidaritätskomitees:  
Comite National pour la liberation de Michel Graindorge  
22 Av. Paul Heger  
1050 Bruxelles  
Tel. 02/6475665



Demonstration für die Freilassung Graindorge's am 15.9.

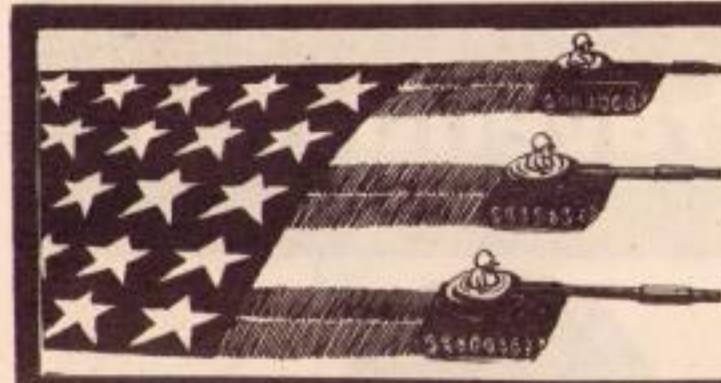


Ein VMO-Mitglied posiert mit einer MP

Boeynants, bis vor kurzem Verteidigungsminister und jetzt Chef der PSC, war lange Zeit Vorsitzender der CEPIC.

Fall 2: Am 4. Oktober kam die linke Zeitschrift "Pour" mit einer Enthüllung heraus, die eigentlich das Faß zum Überlaufen hätte bringen und entschiedenes Vorgehen gegen die rechtsradikalen Umtriebe hervorrufen müssen. Sie veröffentlichte eine Fotoreportage über ein militärisches Trainingscamp unter Leitung des VMO-Führers Erikson (VMO: "Vlaamse militanten orde", rechtsradikale flämisch-nationalistische Terrorbande). 75 uniformierte und z.T.





# USA

## Poesie der letzten Indianer

### Polizeibrutalität

Im August erhob das Justizdepartement der Vereinigten Staaten Klage gegen den Bürgermeister von Philadelphia, Rizzo, gegen hohe Beamte und gegen die gesamte Polizei der Stadt wegen Verletzung der bürgerlichen Freiheiten und der Verfassungsrechte der Bürger. Geklagt wird gegen „Vorgehen, die weitverbreitete, willkürliche und unvernünftige Mißhandlungen zur Folge haben“ und gegen eine „unverhältnismäßige Mißhandlung bei schwarzen Personen und Personen spanischer Herkunft“. In der 48-seitigen Klageschrift werden im wesentlichen folgende Vorwürfe erhoben:

- Unverantwortlicher Schußwaffengebrauch: Jährlich werden ungefähr 75 Menschen von der Polizei angeschossen. Dabei kam es, nach Untersuchungen einer Bürgerinitiative, zu 147 Todesfällen in den letzten sieben Jahren. Demgegenüber starben nur 13 Polizisten bei der Ausübung ihres Dienstes (Time, 27.8.79).
- Mißhandlungen bei Verhören: Festgenommene wurden ununterbrochen bis zu 24 Stunden verhört, vielfach waren sie währenddessen mit

an: „Als Bürgermeister werde ich so hart vorgehen, daß Hunnenkönig Attila neben mir wie ein warmer Bruder wirkt!“ (Stern, 23.8.79) – Wozu man anmerken sollte, daß in den USA die Hunnen ein Synonym für die deutschen Faschisten sind! An anderer Stelle deutete er dann auch an, wie er es zu tun gedächte. Mit Kriminellen, so meinte er auf einer Italienreise, gäbe es nur einen Weg – „spacco il capo“ (den Kopf einschlagen). Was sich in Philadelphia abgespielt hat, und jetzt bekannt geworden ist, ist allerdings nicht sonderlich ungewöhnlich. Derartige Polizeipraktiken sind auch in anderen Großstädten der USA gang und gebe. Erstaunlich ist, daß die Vorgänge jetzt vom Justizdepartement an die große Glocke gehängt wurden. Dies auch im Lichte der Tatsache, daß die Polizeimethoden in Philadelphia schon lange öffentlich kritisiert wurden. So wurde schon vor zwei Jahren gefordert: „Es ist schon lange Zeit, daß die ehrliche Mehrheit der Polizei und die unschuldige Mehrheit der Bürger Philadelphias nicht länger unter den unkontrollierten Exzessen

**„Meinen Körper können sie einsperren – meinen Geist werden sie niemals gefangen halten“** Leonard Pettier

Mit ähnlichen Methoden wie einst die Black Panther Party zerschlagen wurde, versucht der FBI jetzt die Indianerbewegung zu liquidieren. Man versucht die Führer zu ermorden, ins Exil zu zwingen oder man konstruiert ganz einfach einmal wieder irgendwelche Anklagen, um so führende Indianer für lange Zeit in den Knast zu katapultieren.

Ein Fall ist der des Leonard Peltiers, ein bekannter Führer der Lakota-Sioux. Am 26. Juli griff das FBI ein Lager der Oglala Sioux im Pine Ridge Reservat an. Im Verlauf des Kampfes wurden zwei FBI-Agenten und ein Indianer getötet. Dieses gab den Anlaß zu einer massiven Polizeiaktion, an der 200 schwer bewaffnete FBI-Agenten teilnahmen. Später machte man vier der bekanntesten AIM Mitglieder in Pine Ridge verantwortlich für den Mord an den Agenten. Einer war nachweislich nicht im Reservat; gegen zwei andere waren die Anklagen so offensichtlich konstruiert, daß sie frei gesprochen werden mußten. Der vierte war Leonard Peltier, er hatten sich aber in der Zwischenzeit sicherheits halber nach Kanada abgesetzt. Auf Grund des massiven Drucks der US-Regierung lieferte ihn Kanada im Januar '76 aus. Im April '77 wurde er dann zu zweimal lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Aber auch aus dem Knast, dem Staatsgefängnis in Marion (Ill.) setzte er seinen Kampf fort. In einem Brief an die Öffentlichkeit, den wir seinerzeit veröffentlichten, schilderte er die Zustände in diesem Knast.

Im Juli dieses Jahres wurde Leonard zusammen mit Bobby Garcia und Dallas Thundershield plötzlich verlegt. Bei ihrer Ankunft im neuen Knast versuchten sie zu fliehen. Bobby Garcia und Dallas

Thundershield wurden wenig später gefangen. Dabei wurde Dallas Thundershield von hinten erschossen. Leonard Peltier gelang es, fünf Tage in Freiheit zu bleiben. Erst auf Grund einer Denunziation durch einen weißen Farmer konnte er von FBI-Agenten wieder hinter Schloß und Riegel gebracht werden.

Am Tage der Flucht wurde auch noch Roque Dunan festgenommen, er ist einer der Koordinatoren des „Leonard Peltier Defense Committee“. Ihm wird jetzt Beihilfe zur Flucht und der Mord an Dallas Thundershield vorgeworfen! (nach „Workers World“, 10.8. und 14.9.79).

Leonard Peltier hat jetzt am 14.11. in Los Angeles den Prozeß.

Ich fragte einen alten Mann:  
„Welche Geheimnisse muß ich wissen,  
um die Welt zu verstehen?“  
Er sagte: „Es gibt keine Geheimnisse,  
aber wenn du auf den Berg steigst,  
oben auf dem Gipfel stehst,  
die Elemente spürst,  
Regen, Wind, Sonne,  
und dann zurückgehst –  
dann wird dich ein Mann mit einem  
Gewehr erwarten,  
und das, glaube mir, ist kein  
Geheimnis!“  
Git-git



Die Wiederbelebung der Kultur der nordamerikanischen Indianer hat nicht nur zu einem Aufschwung der Bildenden Künste und der alten handwerklichen Fähigkeiten geführt, sondern auch die Dichter und Sänger der



... news of the peoples of this hemisphere

Solidaritätsadressen sollten geschrieben werden an:

Leonard Peltier Defense Comitee  
P.O. Box 1  
Port Angeles, Washington 98362

Stämme Nordamerikas einbezogen. Die halbjährlich erscheinende allindianische Zeitschrift „akwasasne notes“ (Auflage 70.000) bietet den Poeten ein Forum ihres Schaffens.

Aus den hier und anderswo erschienenen Gedichten haben Mechthild Mailandt und Anneliese Rudwa-

hild Mailandt und Anneliese Rudwa-leit eine Auswahl von 65 Werken übersetzt und in einem kleinen Bändchen veröffentlicht.

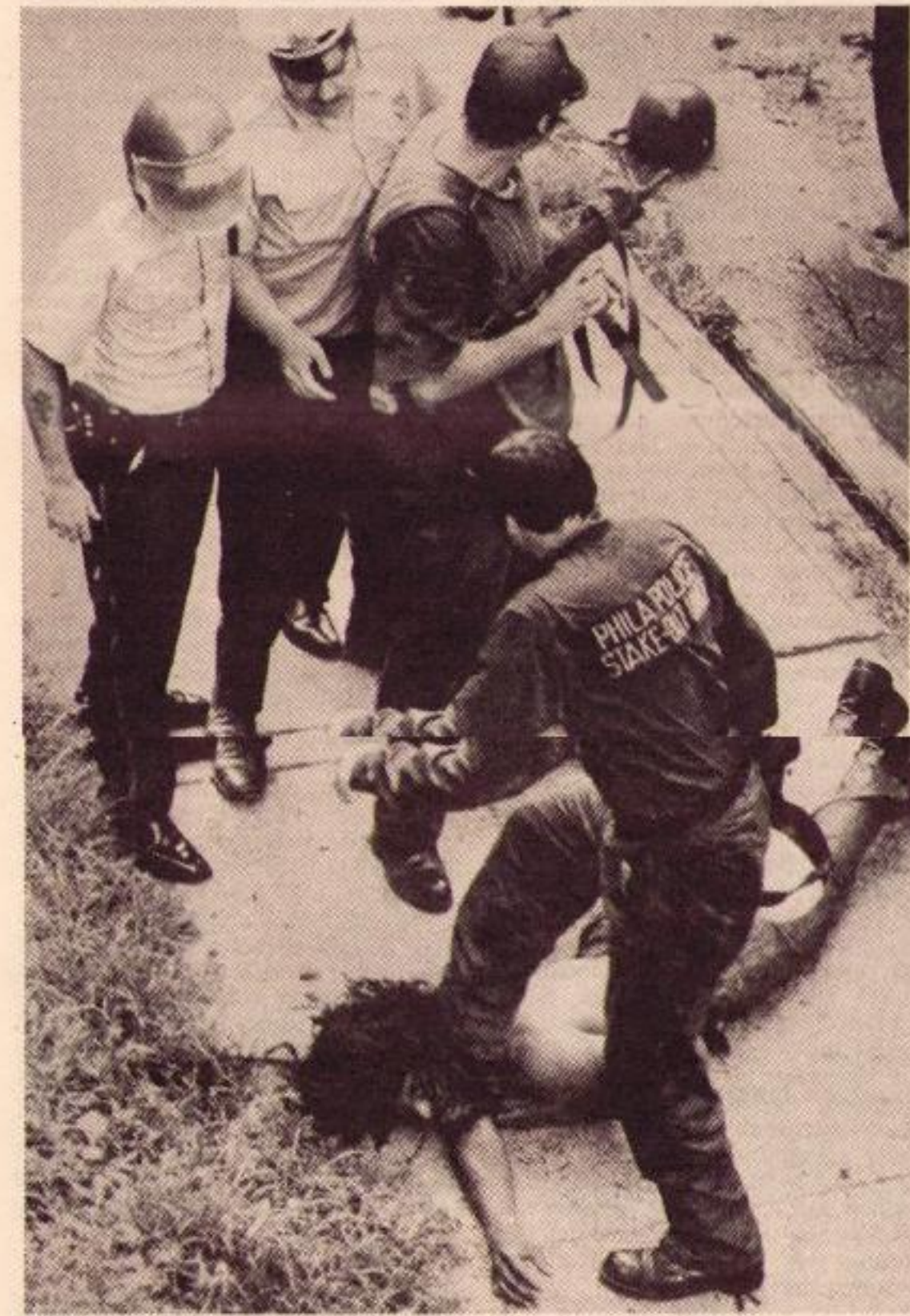
Die Thematik der Gedichte reicht von der traditionellen Lebensweise über Zivilisationskritik bis hin zum neuerwachten Widerstand (Wounded Knee). Mechthild meint dazu, „daß diese Lyrik vom inhaltlichen her uns heute Lebenden sehr viel zu sagen hat und sich von ihrer literarischen Qualität her durchaus mit den Texten unserer großen Poeten messen kann.“

Es erübrigt sich, auf die sprachwörtliche Erd- und Naturverbundenheit der Indianer einzugehen, deren Trauer über die Zerstörung dieser Erde sich wesentlich von unserer differenzierten Besorgnis um unsere Umwelt unterscheidet.

Das 51seitige Bändchen kann zum Solidaritätspreis von DM 5,- (DM 1,- geht an die „akwasasne notes“) bestellt werden bei:



Klenkes  
Oranienstr. 9  
5100 Aachen  
oder  
Mechthild Mailandt  
Köschberg 10  
5090 Leverkusen/Opladen



Spezialtruppe der Polizei von Philadelphia beim Einsatz gegen Demonstranten

Handschnellen an ihre Stühle gefesselt. Um Geständnisse herauszupressen wurden Verhörmethoden angewandt, die aus faschistischen Ländern zur Genüge bekannt sind: Schläge in die Nieren und Genitalien, Schläge mit Totschlägern, Schlagringen, Stuhlbeinen und anderen Mordinstrumenten. Eine andere beliebte Folter war, ein Telefonbuch auf den Kopf des Opfers zu legen und dann mit einem schweren Gegenstand darauf herumzuschlagen („Workers World“, 24.8.79).

– Brutalitäten bei Patrouillendiensten: Fußgänger und Autofahrer wurden aus fadenscheinigen Gründen angehalten und zusammengeschlagen, wenn sie gegen ihre „Überprüfung“ protestierten. Illegale Hausdurchsuchungen und Verhaftungen (Stern, 23.8.79).

Allein 1100 Beschwerden jährlich wurden bisher gegen die Polizei Philadelphias eingereicht, die wenigsten wurden allerdings verfolgt. Die barbarischen Methoden hatten Rückendeckung von so ziemlich allen verantwortlichen Stellen in der Verwaltung. So kündigte Bürgermeister Rizzo bereits bei seinem Amtsantritt

der Polizei zu leiden haben“ (The Evening Bulletin, 20.7.77).

Dazu schreibt dann auch die „Workers World“: „Für die schwarze und spanische Bevölkerung, die 40% der Bevölkerung Philadelphias ausmachen, sind diese 'Enthüllungen' nichts Neues. ... Was das Justizdepartement dazu gebracht hat, eine Klage einzuleiten, ist nicht so sehr die plötzliche Entdeckung der Polizeirepression in Philadelphia, sondern wohl eher ein ausgefeiltes Manöver der Carter-Regierung, mit dem sie versucht, ihr angeschlagenes Image in den Augen der unterdrückten Bevölkerung aufzubessern...“ (Workers World, 24.8.79).

Doch trotz der Vielzahl der Beweise gelang es der Stadt Mafia von Justiz Behörden und Polizei den Angriff des Justizdepartments vorerst zurückzuschlagen. Am 30. Oktober lehnte das Bezirksgericht von Philadelphia die wesentlichsten Anklagepunkte ab („International Herald Tribune“, 1.11.79).

USA-Kommission  
KB/Gruppe Hamburg

### Giftkrieg gegen US-Bürger

Um die Wirksamkeit von atomaren und biologischen Waffen zu erproben, hatte das Pentagon nicht nur seine Soldaten – wie in Vietnam –, sondern tausende von US-Bürgern in Lebensgefahr gebracht; dies wurde erst jetzt, nach Jahrzehnten, bekannt. Wie offenherzig dies vonstatten ging, zeigte sich in einem Brief der Atomenergiebehörde an die Einwohner der Bundesstaaten Nevada, Utah und Arizona anläßlich der oberirdischen Atomwaffenversuche Anfang der fünfziger Jahre. Da hieß es lapidar: „Sie sind Teilnehmer am atomaren Testprogramm der Nation“. Heute gehört dieses Gebiet zu den Zonen mit der höchsten Rate an Krebserkrankungen in den USA. In den Städten Cedar City oder St. George gibt es kaum eine Familie, in der nicht einer oder mehrere an Krebs gestorben sind. Im Zuge einer 11-Millionen-Dollar-Klage kam jetzt ein Großversuch der Armee mit bakteriologischen Waffen ans Licht.

In der Bucht von San Francisco war im September 1950 von einem Minensuchboot ein biologischer Kampfstoff versprüht worden. Nach der Sechs-Tage-Aktion brach in der 800.000 Einwohner zählenden Stadt eine Epidemie aus, bei der es zu einer großen Anzahl von Lungenentzündungsfällen kam. Hierbei gab es zumindest ein Todesopfer, dessen Familie den Rechtsanwalt Nevin zu obiger Klage gegen die Armee veranlaßte.

Eine ähnliche Klage wird derzeit im Fall Florida erwogen, wo das gleiche Giftgasexperiment vor 30 Jahren durchgeführt wurde. Diese Klagen dürften interessant werden, weil der 1976 veröffentlichte amerikanische Armeebericht zugegeben hatte, daß zwischen 1949 und 1969 mit „offensiven“ bakteriologischen Waffen Experimente nicht nur in Vietnam, sondern auch in zahlreichen (!!) Städten der USA durchgeführt wurden.

Neben den schon beschriebenen „Unfällen“ werden 27 „Scheinangriffe“ (insgesamt 239 biologische Tests) und „über 150 Versuche am lebenden Objekt“ mit „freiwilligen“ Testpersonen wie Strafgefangenen, Kriegsdienstverweigerern, etc., zugegeben. Hier eine kleine Kostprobe aus dem Report:

– Zahlreiche New Yorker mußten sich übergeben, weil die U-Bahn-Schächte mit bakterienhaltigem Aerosol vollgepumpt worden waren.

– Im Fort McClellan, Alabama hatte sich die Anzahl von Lungenentzündungen in der Umgebung verdoppelt, während sie sich bei Versuchen in Key West, Florida, verzehnfachten und ein Anstieg der dadurch verursachten Todesfälle zu verzeichnen war.

– 1967 waren bei bakteriologischen Versuchen im Bundesstaat Utah 6.400 Schafe eingegangen, nachdem es zu einem Unfall mit Nervengas gekommen war.

– Im Fort Derrick, Maryland, waren drei Laborarbeiter ums Leben gekommen. 456 hatten dort, 48 in anderen Labors Infektionen erlitten. Der Army-Report stellt zynisch fest: Das sei „besser als jeder industrielle Durchschnit“.

Diese offiziellen Zahlen dürften noch zu niedrig liegen, weil 21 Projekte als „geheim“ deklariert wurden und hierüber keine Angaben gemacht werden.

Aufgrund der oben geschilderten Veröffentlichungen und des Drucks der Weltöffentlichkeit hatte Präsident Nixon damals erklärt, er verzichte auf bakteriologische Waffen, während die Entlaubungsflüge bis 1971 munter weiter gingen.

Bis heute wird also das BW-Programm, das Roosevelt 1941/42 mit dem Eintritt der USA in den 2. Weltkrieg ins Leben rief, fortgesetzt.

AKW-Nein-Kommission



## Ku-Klux-Klan: Blutiger Terror gegen Farbige und Linke

Die Geschichte des Klan ist gepflastert mit Leichen. Wenngleich es in den letzten Jahren vergleichsweise stillgeworden war um den Klan, ist er dennoch wiedererstarkt.

Zu Dutzenden häufen sich die Meldungen über Aufmärsche, Kreuzverbrennungen und Morddrohungen des Klan in den letzten Monaten. Ob mitten in New York oder in den abgelegenen Kleinstädten des Westens - überall formiert sich der Klan neu und macht mit Überfällen auf Farbige und Linke auf sich aufmerksam.

Gleichzeitig bilden sich jedoch Aktionseinheiten, die durch Proteste und Gegenkundgebungen versuchen, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Meist sind es linke Gruppen, die hier die Initiative ergreifen.

### Vier Tote auf Anti-Klan-Demo

Am Sonnabend, 3. 11. fand in Greensboro, North Carolina, eine Demonstration gegen den Klan statt. Greensboro gehört mit 156.000 Einwohnern zu den Großstädten dieses Staates und liegt mit einem Bevölkerungsanteil von über 28% Schwarzen über dem Durchschnitt. Aufgerufen hatte die „Workers Viewpoint Organization“ (WVO), die seit 10 Jahren in diesem Bundesstaat aktiv ist.

Als der Demonstrationzug bereit zum Abmarsch war, „führten zwei Wagen - ein Lieferwagen und ein PKW - vor und mehr als ein Dutzend Männer sprangen heraus und eröffneten das Feuer aus automatischen Waffen und Gewehren“, berichtete ein Fernsehreporter später. „Die Demonstranten begannen zurückzuschießen. Ich sah zwei oder drei von ihnen Pistolen ziehen. Ich weiß nicht wie viele da waren. Leute krochen herum und duckten sich und suchten Deckung. So ging es gut zwei Minuten ununterbrochen.“ (International Herald Tribune, IHT, 5.10.79).

Zurück blieben vier Tote - sämtlich führende WVO-Aktivisten -, zehn Verwundete sowie 12 verhaftete Klan-Mordschützen und 2 verhaftete WVO-Genossen, die als „Auführer“ angeklagt werden.

David Dalton, Kameramann des Fernsehens, erlitt eine Schußverletzung am Bein. Er berichtete, daß die Polizei erst nach dem Überfall erschien. Bei der Beschlagnahme des Lieferwagens stellte sich heraus, daß er voller Waffen war.

Die Morde von Greensboro kommen nicht von ungefähr. Schon seit einiger Zeit wird in den USA eine verstärkte Aktivität des Klans verzeichnet. Allein eine flüchtige Analyse

einiger linker Zeitungen aus dem Quartal August-Oktober erbrachte folgende unvollständige Liste:

**Alabama.** Anfang August marschierten 164 Klanmitglieder von Selma nach Montgomery - bewaffnet mit Pistolen, Schrotflinten, Karabinern und Maschinenpistolen („Workers' World“, 17.8.79).

**Indiana.** Seit ca. einem Jahr versucht der Klan in Indiana Fuß zu fassen. Dieser Bundesstaat zählte einst zu den Hochburgen der faschistischen Vereinigung. So fanden in Muncie am 25.8.79 und in Fort Wayne am 9.9.79 Klandemonstrationen statt („Torch“, Sept./Okt. 79).

**New York.** Auch im Bundesstaat New York sind neuerdings verstärkte Klan-Aktivitäten zu verzeichnen: - 19.8. „Crossburning“ und anonyme Drohungen gegen eine schwarze Familie auf Long Island („Crossburning“ - das Verbrennen eines Kreuzes - ist eines der makabersten Drohmittel des Klans) („Workers' World“, 24.8.79). - 19.9. „Crossburning“ in Brooklyn bei einer westindischen Familie („Guardian“, 3.10.79). - 12 Klan-Demonstrationen innerhalb zweier Tage im Regierungsbezirk Nassau. - Im Regierungsbezirk Suffolk wurden dreimal so viele Klan-Demonstrationen registriert wie im vorhergehenden Jahr („Guardian“, 3.10.79).

**Virginia.** Virginia Beach: - 5.7. „Crossburning“ durch eine Gruppe weißer Jugendlicher. - 13.7. „Crossburning“ bei einer schwarzen Familie. - 1.8. Das Auto einer schwarzen Familie wird mit „KKK“ beschmiert. - 8.9. Das Auto einer schwarzen Familie wurde mit „KKK“ beschmiert. - 6.10. Rekrutierungsveranstaltung des Klans („Workers' World“, 28.9.79).

Diese Liste ist beileibe nicht vollständig. Sie soll nur einen Eindruck über den gegenwärtigen Terror des Ku Klux Klans geben. Wir werden uns bemühen, in einer der folgenden Nummern des ARBEITERKAMPF einen vollständigeren Überblick über die gegenwärtigen Aktivitäten des Klans und vor allem die Gegenaktivitäten der Antirassisten und -faschisten zu geben.

USA-Kommission

## afrika

# Erfolg für die britischen Imperialisten

Die fast 10wöchigen Verhandlungen um eine Übergangslösung für Rhodesien scheinen sich ihrem Ende zu nähern, ohne daß bei Redaktions-schluß schon die endgültigen Ergebnisse vorlagen. Nimmt man allerdings den letzten Stand der Verhandlungen zur Grundlage, so scheint die Zuspitzung der militärischen Konfrontation bis hin zur möglichen Intervention Südafrikas bereits vorgezeichnet.

Alle wesentlichen Forderungen der Patriottischen Front in Bezug auf die Periode des Übergangs und der Neuwahlen sind demnach von dem Duo Muzorewa/Carrington abgelehnt worden. Muzorewa hatte noch wenige Tage zuvor lapidar erklärt, er halte Neuwahlen überhaupt für „unfair und überflüssig“ und zur Bedingung für seinen Rücktritt einen einseitigen Waffenstillstand seitens der PF gemacht. (1) Die zuletzt vorgelegten britischen Pläne sehen nur eine Übergangsperiode von zwei Monaten vor, während die PF sechs Monate bis zur Durchführung von Neuwahlen gefordert hatte.

Dieser Zeitraum ist notwendig, um auch den zahlreichen Flüchtlingen die Rückkehr nach Zimbabwe und die Teilnahme an den Wahlen zu ermöglichen.

Zudem ist es für ZANU und ZAPU unmöglich, innerhalb so kurzer Zeit die Wahlkampagne vorzubereiten und durchzuführen, wenn vorher die politische Arbeit unter extrem repressiven Bedingungen geleistet werden mußte. Die 2-Monatsfrist schließt nach Erklärungen von Mugabe und Nkomo die Beteiligung der PF an Neuwahlen von vornherein aus. (2)

Kernpunkt der Verhandlungen bildete der bislang ungeklärte Status der rhodesischen Sicherheitskräfte und die Überwachung der Neuwahlen.

Ursprünglich hatte die PF die vollständige Auflösung der Rassistenarmee und Polizei und die sofortige Machtübergabe an die PF gefordert. Diese Position war aber im Verlauf der Konferenz (offensichtlich auch auf Druck einzelner Frontstaaten wie Sambia und Tanzania hin) aufgegeben worden.

ZANU und ZAPU bestehen nunmehr lediglich auf einer Integration der Guerilla-Armee in die rhodesischen Streitkräfte wobei die PF selbst eine Zusammenarbeit mit dem obersten Befehlshaber der Rassistenarmee, Walls, für denkbar hält (siehe AK 165).

Aber selbst dieses sehr weitgehende Zugeständnis wurde von den Briten abgelehnt. Stattdessen beharrte Carrington auf der Einsetzung eines britischen Gouverneurs, der während der Übergangsperiode bis zum Abschluß der Neuwahlen das gesamte rhodesische Territorium kontrollieren soll. (3) Dieser Gouverneur soll sich dabei ausschließlich auf die rhodesischen Sicherheitskräfte stützen; eine Überwachung der Wahlen durch UNO-Truppen (wie von der PF gefordert) taucht in diesem Vorschlag nicht auf.

Die Front hat sich von Beginn der Verhandlungen an strikt gegen die Einsetzung eines britischen Gouverneurs als eines Repräsentanten der ehemaligen Kolonialmacht gewehrt und ihrerseits den Vorschlag unterbreitet, einen achtköpfigen, paritätisch besetzten Regierungsrat für die Übergangsperiode zu bilden (2 Briten, 2 Muzorewa-Anhänger, 4 Pfler). Dieser Regierungsrat sollte nach den Vorstellungen der Front wiederum einen provisorischen Verteidigungsausschuß einsetzen, der in Zusammenarbeit mit der UNO-Friedenstruppe für die Überwachung des Waffenstillstands und den Aufbau einer neuen regulären Armee verantwortlich wäre. (4)

Die Vorschläge der Carrington-Delegation - sollte an ihnen weiter festgehalten werden - sind im Prinzip für die PF unannehmbar.

Erstmals hat jetzt aber auch der Südafrika-Ausschuß der Commonwealth-Staaten, der bisher den Protest der PF gegen die britische Verhandlungsführung unterstützte, der Front die Unterstützung entzogen.

In einem Communiqué des Ausschusses werden Carringtons Pläne als „konstruktive“ Bemühungen gewertet - ein klarer Konter gegen die Position der Guerrillas. (5)

In einer von Mugabe und Nkomo

unterzeichneten Erklärung heißt es in Bezug auf den Status der rhodesischen Sicherheitskräfte: „Der Umstand, daß die einzigen Truppen an Ort und Stelle die des alten Regimes sein würden, bedeutet ein Rezept für einen Putsch und eine Wiederaufnahme des Krieges, zudem aber auch eine offene Einladung zu einer Intervention Südafrikas.“

In der Tat hat Südafrika unmißverständlich erklärt, im Falle einer Eskalation des militärischen Konflikts bzw. einem Sieg der Befreiungsbewegungen in Rhodesien zu intervenieren.

Außenminister Botha drohte öffentlich, daß die RSA eine „Instabilität an ihren Grenzen“ nicht tatenlos hinnehmen werde; während der letzten 18 Monate hat Südafrika seine Grenzeinheiten ständig verstärkt. (6)

Die Zündung einer Atombombe am 22. September sowie die steigende Zahl bewaffneter Überfälle auf das benachbarte Angola machen zudem die aggressiven Expansionsbemühungen der Rassisten im südlichen Afrika deutlich. Eine mögliche Interpretation der Verhandlungsstrategie der PF wäre es, daß diese trotz einer relativen Stärkeposition im Land selbst durch sehr weitreichende Zugeständnisse an die Imperialisten zumindest kurzfristig eine Ausweitung des militärischen Konflikts unter Einbeziehung eines begrenzten Nuklearkrieges durch die RSA zu verhindern sucht.

Eine etwas trügerische Hoffnung, die bislang in der Geschichte jedesmal vom Imperialismus blutig widerlegt worden ist.

### Afrika-Kommission

#### Quellen:

- (1) FR, 29.10.79
- (2) Neue, 1.1.79
- (3) SZ, 3.11.79
- (4) Neue, 25.10.79
- (5) SZ, 2.11.79
- (6) FR, 11.10.79

## Wall Street: Atomkraftgegner in der Höhle des Löwen

Am Morgen des 29.10 wollten rund 1.000 Atomkraftgegner das Herz des Kapitals anhalten und legten sich auf der Hauptschlagader quer. Um die Eröffnung der New Yorker Börse am 50. Jahrestag des „Schwarzen Freitags“ zu verhindern, setzten sie sich in kleinen Gruppen davor mitten auf die Wall Street. Da die Wall Street im Gegensatz zu anderen New Yorker Straßen nur zehn Meter breit ist, war das Chaos perfekt.

Doch die Polizei auch: Bis zur Eröffnung der Börse um 10.00 Uhr hatte sie 600 Demonstranten abgeführt und der Rubel äh Dollar konnte

rollen. Unter den Festgenommenen auch Daniel Ellsberg, der Enthüller der Pentagon-Papiere.

Die Demonstranten waren trotzdem glücklich. Die Organisationen wollten gegen die Kapitalinvestitionen in die Atomindustrie protestieren und „die mißbräuchliche Rolle der Gesellschaften und des Finanzkapitals aufzeigen, die das Volk kontrollieren“ (IHT, 30.10.79). Während der Kundgebung spielte eine 15köpfige Kapelle Zirkusmusik.

USA-Kommission

## Meldungen Südliches Afrika

### Mosambik: Lager von Pide-Agenten aufgespürt

In den letzten Monaten ist es in der VR-Mosambik wieder zu verstärkten Sabotageaktionen der konterrevolutionären „Nationalen Widerstandsbewegung Mosambiks“ (MNRM) gekommen.

Das Basislager der MNRM - in dem schwer zugänglichen Gebiet der Gorongosa-Berge gelegen - konnte erst kürzlich von Einheiten der FAPLA aufgespürt und eingenommen werden.

Die MNRM, deren Mitglieder während des Unabhängigkeitskampfes der portugiesischen Geheimpolizei PIDE angehörten, arbeiteten auf mehreren Ebenen:

- Zum einen drangen kleine Sabotagegruppen über die Grenze in das Land ein, die von Hubschraubern aus mit Waffen versorgt wurden und Lastzüge und Dörfer überfielen.
- Zum anderen wurden in Mosambik lebende MNRM-Mitglieder von Rhodesien aus versorgt.

So wurde auch das Lager in den Gorongosa-Bergen nach Aussage gefangener Söldner bis zu drei mal wöchentlich von Rhodesien aus mit Waffen und Lebensmitteln versorgt.

Vier weiße Portugiesen und ein Rhodesier leiteten das Lager. Von hier aus wurden Luftlandeunternehmen gestartet, die u.a. die einwöchige Besetzung der Stadt Mavonde möglich machten. (Neue, 8.11.)

### Angola: Erneuter Überfall Südafrikanischer Truppen

Nach Angaben der angolanischen Regierung sind ca. 150 südafrikanische Soldaten mit 19 Hubschraubern des französischen Typs „PUMA“ in den Süden Angolas eingefallen.

Laut Radio Luanda wurden die Truppen im Gebiet der Hafenstadt Mossamedes sowie in Lubango im Landesinneren abgesetzt. Sie sollen mehrere Brücken und einen Tunnel gesprengt und die Eisenbahnverbindung zwischen den beiden Städten zerstört haben.

Auf einer von Angola beantragten Sondersitzung des Weltsicherheitsrates fordert die angolanische Regierung den totalen Boykott des Rassistensystems, um es zur „Aufgabe seines militärischen Abenteuerstums“ und seiner Aggressionsakte im südlichen Afrika zu zwingen. (FR, 1.11., Neue, 1.11.)

### UNITA will Kampf gegen MPLA verschärfen

Paralell zu den jüngsten Überfällen südafrikanischer Truppenverbände in Angola hat die proimperialistische UNITA eine Verschärfung ihrer militärischen Aktionen gegen die VR-Angola angekündigt. Auf einer Pressekonferenz in New York protzte der Führer der UNITA, Jonas Savimbi, mit angeblichen militärischen Erfolgen gegen die angolanischen Streitkräfte.

Abgesehen von derartigen offensichtlichen Aufschneidereien dient Savimbis USA-Trip wohl in erster Linie dem Ausbau der finanziellen und politischen Kooperation der UNITA mit den amerikanischen Imperialisten.

Höchstwahrscheinlich wird auch über eine verstärkte Aufrüstung der UNITA-Banden verhandelt werden, worauf Zusammenkünfte Savimbis mit Sicherheitsberater Brzezinski, Henry Kissinger u.a. hinweisen (SZ, 7.11.).

### Südafrika beliefert Iran

Wie die südafrikanische Zeitung „Fiancial Mail“ berichtete, wickeln verschiedene Exportfirmen der RSA nach wie vor Geschäfte mit dem Iran ab. Vor allem Bauholz und Stahl wurden verkauft und die Liste der Handelsgüter wächst. Die meisten Waren laufen entweder über Europa oder werden über die Häfen von Kuwait und Dubai verschifft. Eine südafrikanische Schifffahrtlinie hofft schon darauf, bald den regelmäßigen direkten Verkehr zum Iran wieder aufnehmen zu können. Darüberhinaus sind die Beziehungen des Iran zu Südafrika entgegen dem offiziellen Erklärungen nach dem Sturz des Schah-Regime keineswegs eingefroren worden.

Beleg: Südafrika unterhält immer noch ein offizielles Konsulat in Teheran! (Neue, 19.10.)

Afrika-Kommission

## USA-Meldungen

### Nationale Aktion für Abtreibungsrecht

600 Veranstaltungen in 250 Städten! Mit dieser stolzen Bilanz endete am 29.10. eine Aktionswoche in den USA! Mit der Legalisierung der Abtreibung durch den Obersten Gerichtshof 1973 war der Kampf der Frauen nämlich längst noch nicht ausgefochten.

Weiterhin starten reaktionäre Kräfte von den Katholiken bis zu den Nazis Kampagnen für das „Recht auf Leben“. So fordern bereits 15 Bundesstaaten eine nationale Verfassungsgesetzgebung gegen Abtreibung. 40 Abtreibungskliniken wurden bereits verwüstet und Patienten in ihnen angegriffen. Klinikarteien wurden gestohlen und Telefonterror gegen ehe-

malige Patienten organisiert. Einer der schwersten Schläge gegen das Recht auf Abtreibung war jedoch ein Erlaß 1977, der sozial schwachen Frauen die Möglichkeit entzog, für Abtreibungen Krankenkassenunterstützung zu erhalten. Damit wurden die wirklichen Betroffenen und Bedürftigen nahezu umfassend ihres Rechts beraubt.

Daher schlossen sich jetzt fünfzig Frauen-, Gesundheits-, Arbeiter-, religiöse und politische Gruppen zusammen, um im ganzen Land den Widerstand gegen diese Zustände sichtbar zu machen. Allein in New York fanden 40 Veranstaltungen und eine große Abschlusßdemonstration statt. Außerdem wurde im Laufe des vorbereitenden Jahres ein Netzwerk der Abtreibungsgruppen geschaffen („Workers World“, 26.10.79).





# asien

## „Humanitäre Hilfe“ und politische Erpressung Die Kampagne gegen die VR Kampuchea geht weiter

Während in Kampuchea immer noch hunderttausende von Menschen vom Hungertod bedroht sind, versuchen die US-Imperialisten, diese letzten Endes durch ihren Völkermord-Krieg hervorgerufene Situation noch in politisches Kapital umzumünzen. So hatte die Carter-Regierung sich endlich Ende Oktober bereiterklärt, Hilfsgüter im Werte von 69 Millionen Dollar für Kampuchea bereitzustellen.

Diese Hilfe war allerdings an die Bedingung geknüpft, daß sie „über die strategisch wichtigen Nationalstraßen 5 und 6 von Thailand aus“ ins Innere Kampucheas transportiert würde („Süddeutsche Zeitung“, 29.10.79).

Dieser Vorschlag, der den thailändischen Militärs, die zur Zeit mit US-Hilfe ihre Armee für einen Krieg gegen Indochina aufrüsten, einen Einmarsch ins Nachbarland ungemein erleichtert hätte, wurde von der Regierung der VR Kampuchea abgelehnt.

In einer offiziellen Erklärung des Revolutionären Volksrates Kampucheas heißt es dazu:

„Der Rat verurteilt scharf die Manöver der Imperialisten und der internationalen Reaktionen in Bezug auf das, was sie ‚Hilfe für beide Seiten‘ nennen, in der Absicht, Versorgungsoperationen zugunsten der Pol Pot/Ieng Sary- und der Sereika-Gruppen (antikommunistische ‚Freie Khmer‘, die mit den Pol-Pot-Truppen ein Bündnis gegen die VR Kampuchea geschlossen haben; Anm. Asien-Kommission) „zu legalisieren, über die kampucheanisch-thailändische Grenze hinweg, wobei sie helfen, die Revolution zu sabotieren und einen Vorwand für ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten des kampucheanischen Volkes schaffen“. Zur Frage der US-Hilfe wird festgestellt, daß „die Hilfe, die von westlichen Staaten, einschließlich der USA, durch die beiden internationalen Organisationen, das IKRK und die UNICEF, gegeben wird, minimal ist im Vergleich mit der Hilfe aus befreundeten Ländern“, von denen vorher ausdrücklich Vietnam und die Sowjetunion genannt wurden (Kampucheanische Nachrichtenagentur „SPK“ 26.10.79).

Während in der bürgerlichen Presse immer wieder die Verteilung der Hilfsgüter durch die Regierung der VR Kampuchea kritisiert und als Begründung für solche Aktionen wie die amerikanische „Landbrücke“ herhalten muß, sieht die tatsächliche Lage durchaus anders aus. So bezeichnete

der Generalsekretär der deutschen Welthungerhilfe, Dreesmann, „Berichte als falsch, wonach die Regierung in Kambodscha Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung erschwere oder zu verhindern suche. Das Gegenteil sei der Fall.“ Dreesmann lobte, daß die Vertreter der Welthungerhilfe an Ort und Stelle, jede Kooperation erhalten, die sie wünschen. Er warnte davor, durch die Verbreitung von Gerüchten und Halbwahrheiten eine Situation heraufzubeschwören, die Hilfsmaßnahmen in Kambodscha störten. Viel wichtiger sei, daß auch andere Organisationen und internationale Initiativen aus dem Stadium der Planung endlich herauskämen und konkret das Elend lindern helfen („FAZ“, 31.10.79).

Gegen eine „Hilfe für beide Seiten“ spricht sich auch eine Erklärung des internationalen Kambodscha-Konsortiums aus. Darin erklären die mehr als 30 vertretenen Hilfsorganisationen übereinstimmend, „daß es nicht möglich sei, das Hilfsprogramm in den von Pol-Pot-Anhängern kontrollierten Gebieten zu verwirklichen“ („FR“, 2.11.79). Der Vorsitzende von „Terre des Hommes“ betonte, daß „seine Organisation wenig Vertrauen in eine Gruppe setzen könne, die so offensichtlich die Nichtachtung von Menschenleben demonstriert hat“ (ebenda).

Von Vertretern des Konsortiums wurde noch einmal eindringlich auf die katastrophale Lage hingewiesen, in der sich Kampuchea befindet und die das Haupthindernis für eine schnelle Verteilung der Hilfsgüter bildet. Vom Hafen Kompong Som ins Landesinnere gibt es zwar eine Eisenbahnlinie, die aber nur über zwei Lokomotiven verfügt, von denen eine reparaturbedürftig ist. Im ganzen Land existieren nur noch 83 Lastwagen. 75 Prozent der Fabriken sind noch geschlossen.

Das Konsortium will seine Hilfe über den unmittelbaren Lebensmittelbedarf hinaus deswegen auf den Wiederaufbau des Landes konzentrieren.

Auf einer „Kambodscha-Konferenz“ am Rande der UN-Vollversammlung in New York erklärten sich die Teilnehmer bereit, 210 Millionen Dollar als Hilfe für Kampuchea bereitzustellen. UN-Generalsekretär Waldheim hatte 310 Millionen Dollar Hilfe gefordert.

Vor der Konferenz hatte die Sowjetunion den heuchlerischen Charakter der imperialistischen Propaganda

um die Kampuchea-Hilfe angegriffen und betont, daß sie und die anderen Staaten des RGW Kampuchea „mit über 200.000 Tonnen Nahrung und mehreren hundert Tonnen Medikamenten zu Hilfe kamen, während die internationalen Organisationen trotz der ganzen Propaganda im September lediglich 400 Tonnen Nahrung bereitstellten“ („FAZ“, 6.11.79).

## Der Diktator ist tot Die Diktatur bleibt

Nach dem Tod des südkoreanischen Faschisten Park Jung Hi machten seine Nachfolger sehr schnell klar, daß sich an der Politik des Regimes nichts ändert. Über das ganze Land wurde das Kriegsrecht verhängt, das bedeutet: verlängerte Ausgangssperre, Pressezensur, Schließung der Universitäten. Nach den blutigen Unruhen kurz vor der Erschießung Parks herrscht damit (vorerst) wieder Ruhe im Land. Der Führer der Opposition, Kim Dae Jung, der 1973 vom koreanischen CIA aus Tokio gekidnappt worden war, sandte der Familie Parks ein Kondolenztelegramm. Er betonte, daß er und Park zumindest eine Gemeinsamkeit hätten: die Gegnerschaft zum Kommunismus.

Um die Opposition ruhig zu halten, beschwor das Regime denn auch wieder die „Gefahr aus dem Norden“, wo die Koreanische DVR angeblich nur darauf lauerte, Unruhe nach Pusan zu entfachen.

Zur Sicherheit wies das Innenministerium aber auch noch die Polizei an, jeden Versuch, den „sozialen Zusammenhalt im Gefolge des Todes des Präsidenten Park Jung Hi anzugreifen, niederzuschlagen“ (südkoreanische Nachrichtenagentur „Hap-tong“, 1.11.79).

Um jede Widerstandshandlung von vornherein zu unterbinden und die Kontinuität der Koreapolitik zu demonstrieren, versetzten die US-Imperialisten ihre in Südkorea stationierten Truppen in Alarmbereitschaft. Im Hafen von Pusan, wo kurz zuvor noch blutige Kämpfe zwischen Demonstranten und Bullen stattgefunden hatten, bei denen es Tote und Verletzte gab, lief das Flaggschiff der 7. US-Flotte, die „Blue ridge“, ein. „Zur gleichen Zeit kreuzen vor der Küste Südkoreas der Flugzeugträger „Kitty Hawk“ sowie mehrere Raketenbestückte Begleitschiffe“ („SZ“, 31.10.79). Außerdem wurden zwei mit dem elektronischen Frühwarnsystem AWACS bestückte Flug-

Um einen rascheren Transport der Hilfsgüter nach Phnom Penh zu gewährleisten, hat Vietnam sich inzwischen auch bereiterklärt, den Mekong, über den bisher schon Lieferungen aus Vietnam nach Kampuchea gelangten, für die internationalen Hilfsorganisationen freizugeben.

Asien/Australien-Kommission

zeuge nach Korea geschickt.

### Der Widerstand wird weitergehen

Die momentane Ruhe im Land kann nicht von Dauer sein. Die ersten Maßnahmen und Äußerungen von Parks Nachfolger lassen deutlich erkennen, daß sich an der Politik der Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes nichts ändern soll. Zu ersten Widerstandsaktionen kam es bereits im Ausland.

So machten ca. 40 Koreaner, die verschiedenen oppositionellen Gruppen angehören, einen Besuch bei der Bonner Botschaft ihres Landes. Wegen der Anwesenheit ausländischer Prominenten, die gerade ihr Beileid für den Verbliebenen bezeugte, war das für die Botschafter recht unangenehm. In der Botschaft beschäftigte Agenten des koreanischen CIA versuchten, den Demonstranten die Transparente abzunehmen. „Man versuchte, durch ein kurzes Öffnen der Tür die Oppositionellen zu fotografieren, erwischte aber nur einige Rücken. Vor der Botschaft postierten sich ca. 50 Polizisten. Von 2 Koreanern wurden die Personalien festgestellt“ („taz“, 1.11.79).

Die Aktion wurde vom ehemaligen südkoreanischen Botschafter in Bonn unterstützt, der jetzt in den USA im Exil lebt.

Auf einer anschließenden Pressekonferenz „wurde erklärt, daß die verordnete Trauer nicht die Trauer der Bevölkerung sei. Gefordert wird von den Koreanern die Respektierung ihrer demokratischen Rechte in der BRD. Seit 1967 versucht der KCIA, sie durch Einschüchterungen und Entführungen zu verunsichern. Weitere Forderungen: sofortige Aufhebung des Kriegsrechtes und der Yushin-Verfassung. – Garantie des Rechts der Arbeiter, Freilassung aller politischen Gefangenen, Einstellung jeglicher ausländischer Unterstützung für das gegenwärtige Regime“ (ebenda).

Asien/Australien-Kommission

## Erich Fried Vietnamesen ertrinken

Vor zehn Jahren schrieb ich über Amerikas Taten in einem Gedicht, das ich Aufzählung nannte:

„Fünfhundertsiebenundsechzig alte Männer und Kinder und Frauen erschossen in einem Dorf, das My Lai heißt oder Song My... und elfhundert Frauen und Kinder aus einem Ort an der Küste auf Dschunken ins Schlepptau genommen und auf die See gebracht, bis die Dschunken kenterten, und dann die Tote durchschnitten, und die noch schwammen, mit Maschinenpistolen erledigt.“

Heute kentern wieder Dschunken auf hoher See... Und alle Regierungen - die Vereinigten Staaten, China, Malaysia, Thailand, Singapur, und so weiter, und auch die Regierung Vietnams - betauern laut ihre Unschuld; und eine Regierung gibt der andern die Schuld, und die Menschen in ihren Booten ertrinken noch immer genau so wie vor zehn Jahren die elfhundert Frauen und Kinder.

Wer ist schuld? - Mein Freund Peter Weiß hat erklärt: „Vietnam ist nicht schuld“

wer ist schuld? -

Mein Freund Peter Weiß hat erklärt:

„Vietnam ist nicht schuld“

und hat viele Gründe gegeben.

Ich glaube fast alle,

aber ganz überzeugt bin ich doch nicht:

Niemand ist ganz frei von Schuld

an diesen Ertrunkenen.

Sind also alle gleich schuldig? -

Ich glaube, nicht. -

Die Vereinigten Staaten,

die Vietnam mit Sprüggeln unfrucht-

bar machten

und Millionen zu Schwarzhändlern,

Dünen, Verbrechen erzeugen,

und die die viereinhalb Milliarden

Dollar,

die Henry Kissinger, der Friedens-

Nobelpreisträger,

für den Wiederaufbau verspricht,

dann einfach nicht zahlen -

sollten die nicht schuldiger sein als

das neue Vietnam,

das ohne diese Hilfe soviel nicht be-

wältigen konnte?

Oder China,

das die lautesten Schimpfreden führt

und sich anschießt,

schon zum zweiten Mal Krieg gegen

Vietnam zu beginnen,

den es nennt: „Vietnam eine scharfe

Lektion erteilen!“ -

dieses China, das Vietnamesen chine-

sische Sprache

verschreckt und zur Flucht aufge-

hetzt hat,

soll unschuldig sein?

Und wir in Europa,

die nur an die Flüchtlinge denken,

und nicht an das Unglück Vietnams,

obwohl dieses halbe Europa

Amerika half in seinem Vietnamkrieg,

oder

sich neutral erklärte und

stillschalt,

wie steht es um unsere Schuld?

Nein, schuldlos ist keiner,

und jeder, der sich selbst freispricht,

verklagt sich selbst: auch das Viet-

nam von heute

mit seiner Einstufung und Reglemen-

tierung von Menschen. -

Aber seine Schuld ist um vieles ge-

ringer

als die alte Schuld des Westens

und als die neue Schuld Chinas.

So wie es Spätheimkehrer gab nach

dem Krieg,

so gibt es auch späte Opfer -

und diese Frauen und Kinder,

die ertrinken

und deren Tod durch nichts ent-

schuldigt sein kann,

sind späte Opfer des alten Vietnam-

krieges und des Treubruchs

von Politikern, die Wiedergutmachung versprochen

und die ihr Versprechen

brachen

und die Wieder sch l e c h t m a c h u n g f ö r d e r n ,

die nicht dadurch gut gemacht wird,

daß wir jetzt Flüchtlingen helfen.





# lateinamerika



## Bolivien: Putsche und Wahlen

Ganz nach diesem Motto ist offensichtlich der neueste Putsch in Bolivien, diesmal von einem Obersten namens Alberto Natusch, im weitgehendem Alleingang durchgeführt worden.

Der Putsch wurde bekannt als noch die Vollversammlung der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) am 1. November ihre feierliche Schlußsitzung abhielt, wo passenderweise für die Einhaltung der Menschenrechte gesprochen wurde. Außenminister Vance, als Vertreter der USA auf der OAS-Konferenz war offensichtlich von dem Putsch überrascht. Die US-Regierung hat die Einstellung aller militärischen, wirtschaftlichen und humanitären Hilfe an Bolivien angekündigt. Die neue Putschregierung ist bis Anfang November von keinem Land anerkannt worden. Die politischen Parteien Boliviens hatten sich gegen die Regierung des Obersten Natusch ausgesprochen,

der gestürzte Präsident Guevara Arze hielt an seinem Regierungsanspruch fest, und die Gewerkschaftszentrale der Minenarbeiter (COB) rief zum Generalstreik bis zur Beseitigung der Putschregierung auf.

Die Putschisten versuchten unter diesen Umständen, ihre Regierung mit maßlosem Terror zu stabilisieren. Belagerungszustand und Kriegsrecht wurden verhängt, die Armee ging mit Panzern, Flugzeugen und Hubschraubern gegen Tausende von Demonstranten vor, das Land wurde hermetisch nach außen abgeriegelt, alle Rundfunk-, Telex- und Telefonwege wurden unterbrochen. Nach kolumbianischen Angaben hat die neue Diktatur bereits 350 Tote und über 1.000 Verletzte gefordert.

Unter dem Druck des Generalstreiks, der politischen Parteien und vermutlich auch der USA hat Natusch eine Woche nach seinem Putsch die

Terrormaßnahmen (Kriegsrecht, Zensur, Ausnahmezustand) aufgehoben, wieder einmal Wahlen fürs nächste Jahr angekündigt und die Bereitschaft signalisiert, Zivilisten in seine Regierung aufzunehmen.

Der zunächst isolierte Putsch von Alberto Natusch, bestätigt vordergründig das beliebte Bild von Bolivien als einem Land mit extrem eigenbrötlerischen politischen Kräften, extrem geringem Konsens in der Bourgeoisie und extrem opporunistischen Generalen, unter denen jeder, der auf sich hält, einmal geputscht haben muß („FR“, 3.11.79). Diesem Bild entspricht die Tatsache, daß es in Bolivien während seiner 154jährigen „Unabhängigkeit“ 190-200 Staatsstreich gegeben hat (die Chronisten konnten sich bislang nicht auf eine Zahl einigen). Die ständig putschenden Militärs und wechselnden Zivilregierungen sind aber nur Ausdruck der

Tatsache, daß es für den Imperialismus und die einheimische Bourgeoisie kein längerfristig stabiles Konzept gibt, das in der Lage wäre, die kämpferischen Minenarbeiter auf Dauer zu integrieren und mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten eines völlig abhängigen Landes mit extrem hohen Massenlöhnen fertig zu werden. So sind zahlreiche Regierungswechsel und Putsche immer wieder der Versuch, eine Radialisierung der Massenbewegung und der Entwicklung einer antiimperialistischen Politik entweder die Spitze abzubreaken oder sie mit Terror zu unterdrücken: Nach sieben Jahren Militärdiktatur von Hugo Banzer (eine der am längsten bestehenden Regierungen in der Geschichte Boliviens) war die vielgelobte „Stabilität“ dieser Regierung nicht mehr aufrechtzuerhalten, weil seit Ende 1977 die Massen- und Gewerkschaftsbewegung trotz des ständigen Terrors einen deutlichen Aufschwung nahm (erfolgreiche Hungerstreiks für eine Amnestie, Kämpfe für die Wiederherstellung gewerkschaftlicher Rechte und Freiheiten), und weil die offene Repression der Militärdiktatur nicht mehr in den Rahmen der imperialistischen Menschenrechtspolitik paßte. Die daraufhin ausgeschriebenen Wahlen brachten 1978 eine deutliche Mehrheit für das linke Wahlbündnis UDP und seinen linkssozialdemokratischen Kandidaten Siles Zuazo, dessen Amtsantritt aber durch massive Wahlfälschung und schließlich den Putsch von Banzers „Kronprinz“ Pereda verhindert wurde. Bereits wenige Wochen später wurde diese Regierung Pereda im November 78 weggeputscht, um in offensichtlichem Einklang mit dem US-Imperialismus den Weg für den Demokratisierungsprozeß und erneute Wahlen freizumachen. Tatsächlich fanden dann am 1. Juli dieses Jahres die wohl demokratischsten Wahlen der Geschichte des Landes statt. Was nicht heißt, daß nicht mit Tricks und Manipulationen gegen die Linke gearbeitet wurde (z.B. Streichung von Stimmen für die linke UDP wegen angeblicher Formfehler, die bei keiner anderen Partei beanstandet wurden). Trotzdem gewann die UDP mit 35,6% der Stimmen die Wahlen, erhielt aber nur 46 Sitze im Kongreß, während die rechte Nationalrevolutionäre Bewe-

gung (MNR) bei 35,4% der Stimmen 64 Sitze bekam. Da keiner der Präsidentschaftskandidaten die absolute Mehrheit der Stimmen erhielt, mußte der Kongreß den Präsidenten wählen. Dabei führte die Verteilung der Sitze zu einer Patt-Situation zwischen Linken und Rechten, und man einigte sich auf den Konservativen Guevara Arze als Übergangspräsidenten bis Anfang 1980.

Guevara Arze versuchte, mit einer „Regierung der nationalen Einheit“ alle Strömungen für seine Unterstützung zu gewinnen. Als Hauptproblem stellte sich dabei, die üblichen Bedingungen des Internationalen Währungsfonds (IWF), der dem bankrotten Land Kredite nur gewährt, wenn die Minen- und Landarbeiter die Kosten der Wirtschaftskrise tragen. Demgegenüber stehen die Bergarbeiter, die um den lebensnotwendigen Mindestlohn kämpfen. Das zweite Hauptproblem ist die Absicht der USA, 35.000 Mio. Tonnen aus ihren strategischen Zinnreserven zu verkaufen, was die Gefahr eines Preissturzes für Zinn auf dem Weltmarkt beinhaltet und für Bolivien katastrophale Auswirkungen haben kann (50% aller bolivianischen Exporteinnahmen stammen aus der Zinnproduktion).

Die Situation spitze sich zu, als Guevara Arze ein Ultimatum an alle Parteien bezüglich seiner Unterstützung und einer Verlängerung seiner Übergangsregierung um ein Jahr stellte. In diese Situation fiel der Putsch von Natusch, dem es anscheinend doch gelingt, vorübergehende Unterstützung für seine Regierung zu erhalten. Die bürgerlichen Kräfte (wie der MNR), die schon verschiedentlich in der Vergangenheit Militärdiktaturen unterstützt haben, scheinen den Protest gegen Natusch aufgegeben zu haben. Auch die Gewerkschaftszentrale COB hat nach der Aufhebung von Kriegsrecht und Ausnahmezustand den Generalstreik abgebrochen.

Offenbar soll Natusch nun doch — mit mehr „Autorität“ als der gestürzte Guevara Arze und mit militärischer Stärke im Rücken, die Wirtschaftsprobleme angehen. Die Minen- und Landarbeiter und die übrige Linke sind wieder mal um den Erfolg ihres breiten Kampfes und auch ihrer Wahlkampagne gebracht worden.

Lateinamerika-Kommission

## El Salvador: Regierung zu Zugeständnissen gezwungen!

Erfolgreich ging am Mittwoch (7. November) die Besetzung zweier Ministerien in San Salvador durch Mitglieder des Revolutionären Volksblocks zu Ende. Während die Regierung nach wie vor stark von links kritisiert wird, bereitet sich die Rechte, jene 14 Familien, die in El Salvador das Sagen haben, auf einen Gegenschlag vor.

Wie im letzten AK berichtet, hatten am 15. Oktober „progressive“ Militärs die Militärdiktatur Romeros in El Salvador gestürzt. Offensichtlich wurde dieser Putsch „mit amerikanischer Hilfe organisiert“ („FAZ“, 25.10.79) und sollte einer ähnlichen Entwicklung wie in Nicaragua zuvor kommen. Hierzu mußten die Putschisten vor allem die verschiedenen Sektoren der Linken und des Widerstandes gewinnen, oder diese mußten isoliert werden. Es wurden Zivilisten in die Regierung aufgenommen, die vor allem eine Unterstützung des bürgerlichen Widerstandes garantieren sollen. Manuell Ungo ist Professor für politische Wissenschaften an der Jesuitenuniversität und gleichzeitig Generalsekretär der sozialdemokratischen Partei MNR, Mitglied der Sozialistischen Internationale. Neben Managern der Privatwirtschaft sind in der neuen Regierung Christdemokraten, Sozialdemokraten und sogar ein Mitglied der (moskauorientierten) El Salvadorianischen KP (Arbeitsminister) vertreten. Versprechungen über eine Amnestie, Aufhebung der Pressezensur, Auflösung der rechten Terrorgruppen und Ankündigung einer Landreform sollen der radikalen Linken den Wind aus den Segeln nehmen.

Die radikale Linke hat den Putsch einhellig verurteilt und nach anfänglichen Schwankungen — LP 28 hatte zunächst den bewaffneten Kampf einstellen wollen — beschlossen, den Kampf gegen die neue Regierung gleich stark fortzusetzen. Spektaku-

läster Akt war die gleichzeitige Besetzung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums durch Angehörige des Revolutionären Volksblocks (RVP), bei der der Arbeitsminister, der Wirtschaftsminister und der zufällig anwesende Planungsminister sowie rund 200 Angestellte als Geiseln genommen wurden. Gefordert wurden die Freilassung aller politischen Gefangenen, Angaben über 500 Personen, die unter der Regierung Romero gefangen genommen worden waren. Außerdem forderten die Besetzer Lohnerhöhungen und mehr Urlaub für Landarbeiter und Angestellte. Zudem wird die Regierung aufgefordert, alle Sicherheitskräfte aufzulösen.

Nach über drei Wochen ist die Besetzung inzwischen abgebrochen worden, die Junta hat zugesagt, Maßnahmen zur Beilegung von mehr als einem Dutzend Arbeitskonflikten sowie zur Umverteilung des Volkseigentums zu ergreifen, die Beförderungstarife der städtischen Verkehrsbetriebe sollen ermäßigt werden. Ein Sprecher der BPB erklärte, seine Organisation werde einen Monat abwarten, um die Ergebnisse der Politik der Junta zu prüfen. Falls dies nicht zufriedenstellend ausfalle, werde der Revolutionäre Volksblock erneut handeln. Er wertete die Vereinbarung vor allem deshalb als Erfolg, weil zum ersten Mal eine salvadorianische Regierung die Rechte des Volkes anerkannt habe. Als die Einigung bekannt wurde, marschierten etwa 30.000 Sympathisanten des Volksblocks zu einer von der Junta genehmigten Demonstration zur Stadtmitte, um den Sieg zu feiern. Ähnliche Aktionen wurden auch von den anderen Strömungen der radikalen Linken durchgeführt, Kirchenbesetzungen, Angriff auf das Pressehaus, Überfälle auf Polizeifahrzeuge und Entführungen — zuletzt wurde der Finanzmann

Jaime Hill von sechs Bewaffneten entführt, sein Leibwächter wurde erschossen („NZZ“, 4./5.11.79).

Der Spielraum der neuen Regierung, auf die Forderungen ernsthaft einzugehen, dürfte allerdings sehr gering sein, zumindest da, wo es nicht „nur“ um Demokratie — Zulassung von Parteien, Pressezensur etc. — sondern um Lohnerhöhungen und Landreform geht. Denn immer mehr verdichten sich die Gerüchte, daß die Oligarchie (die bisher herrschenden großen Familien) einen Gegenputsch plant. Von Romero, dem Exildiktator ist bekannt, daß er in Guatemala, mit wohlwollender Unterstützung durch die dortige Diktatur, bereits sein Come Back vorbereitet. In den Villenvierteln wurden Flugblätter verteilt, in denen vor bevorstehenden Attacken „wirtschaftlich und intellektuell armer Leute“ gewarnt wird; darin wird empfohlen, keine Waffe zu verachten, um den „Invasoren“ mit Kreuz und Feuer entgegenzutreten („taz“, 6.11.).

Die Putschgefahr darf allerdings nicht dafür herhalten, die neue Militärr Regierung prinzipienlos zu unterstützen wie es die salvadorianische KP tut (Sogar der Erzbischof von San Salvador ist kritischer gegenüber der neuen Regierung eingestellt als die KP). Vielmehr zeigt sich, daß eine wirkliche Änderung der Lage in El Salvador nur gegen die Oligarchie und den alten Terrorapparat der Diktatur durchgesetzt werden kann und daß die neue Regierung Maßnahmen zur Demokratisierung nur unter dem Druck der Massenbewegung ergreift. Wie weit ihre Bereitschaft und Fähigkeit zur Interaktion der Linken und der Massenbewegung geht, wird sich in den nächsten Wochen zeigen.

Lateinamerikakommission

## Betrifft: Nikaragua-Solidarität

Am 19. und 20. Oktober fand in Frankfurt ein Treffen der Nicaragua-Solidaritätsgruppen aus der BRD und der Schweiz statt. Neben einem Bericht über die aktuelle Lage in Nicaragua und die Schwierigkeiten beim Aufbau des Landes wurde vor allem über die Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik diskutiert. Die rund 50 Solidaritätskomitees haben sich größtenteils erst in der letzten Phase des Bürgerkriegs herausgebildet, ihre Hauptaktivitäten waren Bücherstände auf der Straße, Filmabende, Musikveranstaltungen und Feste sowie eine Medikamenten- und Kleidersammlung. Schwierig gestaltete sich die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, wie dem DGB, während es mit Amnesty und Medico International eine gute Zusammenarbeit gibt.

In der weiteren Solidaritätsarbeit wollen die Nicaragua-Komitees einzelne, von der FSLN autorisierte Projekte unterstützen, die neben dem humanitären und wirtschaftlichen Aspekt auch klar die politische Seite der Revolution in Nicaragua unterstützen. Es sind zunächst 20 Projekte vorgeschlagen worden, die von einzelnen Komitees betreut werden sollen.

Ein Projekt betrifft den Aufbau einer Molkerei in Viehzuchtgebieten für Bauerngenossenschaften mit dem Ziel, mehr Milchprodukte herzustellen. Dazu wird eine verbesserte Technologie erprobt, wie z. B. bessere Verschlüsse der Milchbehälter durch ein Doppelsieb, Käse soll in Plastik, statt in Bananenblätter eingewickelt werden, weil er sonst zu schnell verdirbt usw. Verbesserte hygienische Bedingungen sollen Kakerlaken fernhalten, die Träger von Krankheiten sind. Im Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen soll über Krankheiten und Gefahren, die bei der Milchproduktion und Verarbeitung auftreten, informiert werden. Am Projektende wird ein technischer Bericht über die Menge und Qualität des produzierten

Käses erstellt. Um dieses Projekt ein Jahr lang betreiben zu können, werden rund 56.000 US-Dollar benötigt.

Ein weiteres Projekt betrifft die 150 sandinistischen Häuser, die in den Stadtteilen von den Verteidigungskomitees als Versammlungsräume und politische Zentren eingerichtet wurden. Rund 150.000 US-Dollar werden benötigt, um diese Häuser mit einfachen Druckereien auszurüsten.

Andere Projekte befassen sich mit Kulturarbeit, Schulen, Ausbildungszentren, Kindergärten usw. Es soll versucht werden, möglichst viele Kräfte für eine Unterstützung dieser Projekte zu gewinnen. Der Schwerpunkt der Unterstützung liegt dabei auf Spendensammlungen und der finanziellen Unterstützung. Die unterschiedlichen Schwerpunkte der Projekte ermöglichen dabei die Einbeziehung eines relativ breiten Spenderkreises. Eine genauere Beschreibung der Projekte und Informationen über weitere Möglichkeiten ihrer Unterstützung kann über die Nicaragua-Solidaritätsgruppen oder die Lateinamerikakommission bezogen werden.

Lateinamerikakommission

## Fiesta Latina

Zur Unterstützung der peruanischen Linken, die nach wie vor um ein gemeinsames Vorgehen zu den Wahlen im nächsten Jahr ringt und deren Kampfbedingungen durch die Niederlage des Lehrstreiks schwieriger geworden sind, veranstaltet die Perugruppe Hamburg ein Solidaritätsfest:

Samstag 17. November 19.00 Uhr  
Uni Mensa  
Es spielen: Los Pana



# Nochmals zur Nikaragua-Solidarität

Es ist schon ein wenig her, als im ARBEITERKAMPF (Nr. 160) zwei kontroverse Positionen vom Metallbereich des Hamburger KB zur Frage der Nicaragua-Solidarität und in diesem Zusammenhang zur Einschätzung des gegenwärtigen Prozesses bezogen wurden. Wir hatten dieses Thema nochmals ausführlich nach Erscheinen des AK im Bereich diskutiert und kamen dabei zu einer Änderung vor allem der Mehrheitsposition. Mit einiger Verspätung nachfolgend eine kurze Darstellung der Diskussion.

Zur Erinnerung: Während die Mehrheit der Meinung bestand, daß die Hauptaufgabe dort momentan in der Wahrung und Verteidigung der Einheit der Anti-Somoza-Koalition bestehen müsse, ging die Minderheit davon aus, daß sich die Widersprüche in einem solchen Bündnis erfahrungsgemäß schnell zuspitzen und nur die Unterstützung der revolutionären Kräfte die Chance für einen korrekten Kurs bietet.

In der nochmaligen Diskussion zogen die Vertreter der Mehrheitsposition ihren Standpunkt zurück. Dies aus folgenden Gründen:

1. Die gegenwärtige ökonomische Situation und Versorgungslage der Bevölkerung ist katastrophal. Es wäre tatsächlich das Beste, wenn alle politischen Kräfte hier Hand anlegen und die nationale Unabhängigkeit verteidigen. Unberücksichtigt läßt diese Überlegung allerdings völlig, daß hinter diesen politischen Kräften unterschiedlichste Klasseninteressen stehen, die politischen Perspektiven dieser Gruppen ebenso verschieden sind, wie ihr Verhältnis zum Imperialismus und seinen Lakaien (z. B. Sozialistische Internationale).

Diese bestimmenden Klasseninteressen lassen sich auch in Nicaragua nicht unter den Teppich kehren (gerade

bei der dortigen Breite des Bündnisses), sondern bestimmen vielmehr das Denken und Handeln der entsprechenden Kräfte. Dies auch und gerade in einer Phase, wo die politische Macht noch nicht entschieden ist und jede Strömung nach den besten Ausgangsbedingungen für den weiteren Verlauf des Klassenkampfes strebt.

Unsere Argumentation baute hier also nicht auf die konkret und international gemachten Erfahrungen auf, sondern entsprach einem Wunschgedanken nach Einheit, was in der Konsequenz auf eine Zuarbeit für die bürgerlichen Kräfte hinauslief!

2. Völlig unreflektiert war unsere Position im Hinblick auf die gesamte bisherige internationalistische Solidaritätsarbeit des KB. Anstatt uns hier wieder eingehender einzuarbeiten und die ganze Fülle der bislang auf dem Gebiet der Bündnispolitik vor allem in Ländern der Dritten Welt gemachten Erfahrungen etwas gründlicher auszuwerten, schmissen wir unsere jahrelang erarbeiteten Positionen im Hausrück-Verfahren über Bord.

Auch unser Eingehen auf die von der Minderheit des Metallbereiches vorgebrachten Beispiele (Chile, Portugal) wichen der Frage aus, welche Bewegung in dem entsprechenden Land den gesellschaftlichen Prozeß am besten vorantreiben kann. Auch hier müssen wir uns den Vorwurf gefallen lassen: Wer keine Untersuchung angestellt hat, hat auch kein Mitspracherecht!

3. Jeglicher Grundlage ist mittlerweile unsere Position entzogen, die besagte, daß eine einseitige Unterstützung der FSLN ein Einsinken der bürgerlichen Kräfte fördern würde. Und das aus zwei Gründen: a) die bürgerlichen Kräfte werden, wie bereits oben beschrieben, von ihrem

Klasseninteresse und objektiven Interessenkonsens mit dem internationalen Kapital gelenkt und nicht von Unterstützungsmaßnahmen (vor allem finanzieller Art) auswärtiger Organisationen, linken Gruppen etc. Ein proletarischer Internationalismus, der bürgerliche Kräfte durch finanzielle und politische Maßnahmen zum Stillhalten bewegen will, ist naiv, unterschätzt die Möglichkeiten und Absichten der nationalen Bourgeoisie und treibt die Linke in die Defensive.

b) Konsequenz zuende gedacht, beinhaltet diese Position eine Aufforderung an die dortigen Genossen, alles zu vermeiden, was die nationale Bourgeoisie reizen, beunruhigen oder zu „unüberlegten Handlungen provozieren könnte“, damit die Breite nicht gefährdet wird.

Tatsächlich haben wir uns hiermit nicht nur aufs Glatteis begeben, sondern waren nahe daran, im Sumpf der „3-Welten-Theorie“ einzusacken.

Was zurückbleibt, ist die Vermutung, daß die Mehrheit der Genossen auch in der Beurteilung der gegenwärtigen Stärke der revolutionären Kräfte eine pessimistische und resignative Haltung eingenommen hatte.

Mangelndes Vertrauen in die Stärke und Möglichkeiten der Linken, stattdessen „pragmatische Politik“ in Richtung Einheit mit der nationalen Bourgeoisie unter Vermeidung einer Zuspitzung der damit verbundenen Widersprüche. Diese Fehlströmung wird Anlaß für uns sein, wieder verstärkt in die Schulungsarbeit zu internationalen Themen einzusteigen.

Was Nicaragua angeht, hat die Sympathisatengruppe des Metallbereiches — als ersten Schritt — auf einer Solidaritätsfeier vor kurzem DM 653, — gesammelt ... natürlich für die FSLN ...

P./Metallbereich Hamburg

## Venezuela: Die Ruhe ist zu Ende

Blutige Zusammenstöße zwischen Arbeitern, Bauern, Studenten, Schülern und der Polizei in Caracas und anderen Städten Venezuelas in der letzten Oktoberwoche haben schlagartig deutlich gemacht, daß die Zeiten der Ruhe im reichsten Land Lateinamerikas, einem „Musterbeispiel für Stabilität und Demokratie“ zu Ende sind. Während in Folge des Ölbooms die „Neureichen Venezuelas die Reichen in Las Vegas deplazieren“, wie die mexikanische Zeitung „El dia“ schreibt, nimmt das Massenelend immer größeren Ausmaß an. Und als jetzt die neue Regierung die Bindung der Preise aufhob und diese in astronomische Höhen schnellten, lief in mehreren Städten das Faß über. Hunderttausende demonstrierten gegen diese Maßnahme und forderten wirkliche Lohnerhöhungen.

### Das wahre Gesicht der neuen Regierung

Präsident Luis Herrera Campins hatte mit der christdemokratischen COPEI die Wahlen im März dieses Jahres gewonnen und Carlos Andrés Pérez, Führer der „Acción Democrática“ (AD, sozialdemokratisch) abgelöst. Herrera konnte vor allem wegen der tiefen Unzufriedenheit über die Auswirkungen des Ölbooms und die Verwendung der Öleinnahmen die entscheidenden Stimmen gewinnen. Während sich COPEI und AD politisch nicht wesentlich unterscheiden, hatte Herrera einen großangelegten Feldzug gegen die Korruption der AD-Regierung geführt. Unter dem Motto „Wo sind die Groschen geblieben“ ging er rund. Unter dem Motto „Wo sind die Groschen geblieben“ ging er gegen die Verschwendung der Ölmilliarden an — und versprach, das Geld weniger für industrielle Großprojekte auszugeben, sondern mehr für die Sozialpolitik.

Bis zu den wichtigen Kommunalwahlen im Juni hielt sich die neue Regierung mit irgendwelchen konkreten Maßnahmen allerdings auffallend zurück. Und so konnte COPEI ihren Stimmenanteil von 39 % bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Dezember 1978 auf 50 % ausbauen. Mit solch einem soliden Gewinn im Rücken war dann die Zeit der taktischen Zurückhaltung vorüber.

Dem Auslandskapital wurde durch Senkung der Einfuhrzölle die Tür zum venezolanischen Markt noch mehr geöffnet, um, wie es hieß, durch die verstärkte ausländische Konkurrenz die Preise niedrig zu halten (!). Und mit der Begründung, die nationale Produktion zu erhöhen, hob die Regierung die Preisbindung von 60 Basisprodukten teilweise und von 200 Produkten vollständig auf! Dies geschah vor dem Hintergrund eines überdurchschnittlich hohen Anstiegs der Lebenshaltungskosten im ersten Halbjahr 1979 und einer sprunghaften Erhöhung der Erdöleinnahmen (aufgrund der letzten Preiserhöhungen wird Venezuela 1979 53 % mehr, das sind 5,5 Mrd. Dollar, aus seinen Öl-Exporten einnehmen als 1978 („Latin America Economic Report“, „LAER“, 14.9.79).

„Die neue Politik ist der erste fundamentale Wechsel auf diesem Gebiet seit 1974“ („LAER“, 24.8.79). Als unmittelbare Folge schnellten die Preise hemmungslos in die Höhe, z.T. bis 100 %!! Es erhob sich ein breiter Protest gegen diese einschneidende Maßnahme.

Jetzt protestiert auf einmal auch die Gewerkschaft CTV (Confederación de Trabajadores de Venezuela) und forderte eine Erhöhung der Mindestlöhne. Die CTV, zu vergleichen mit der mexikanischen CTM, umfaßt den weitaus größten Teil der organisierten Arbeiter und steht völlig unter der Kontrolle der „Acción Democrática“. Zu Zeiten Pérez' war sie eine wichtige Stütze der AD-Regierung und so kaum in Erscheinung getreten. Sogar der venezolanische Industrieverband hielt es für angebracht, zum Ausdruck zu bringen, daß eine Lohnerhöhung nötig sei („LAER“, 21.9.).

Die CTV forderte als Ausgleich für die Freigabe der Preise ein Gesetz zur Erhöhung der Mindestlöhne von heute 15 Bolivares (1 DM = 2,27 Bolivares)

auf 35 Bs pro Tag und eine Erhöhung der Löhne von 10 % für Einkommen von 4.000 - 6.000 Bs bis 40 % für Einkommen unter 1.000 Bs monatlich („LAER“, 19.10.79).

Diese Forderung fand breite Unterstützung und wird im Parlament auch von AD und von den linken Parteien (zusammen 13 %) zumindest vom MAS (Bewegung für den Sozialismus, mit elf Abgeordneten die größte linke Fraktion) vertreten, und es begann ein heftiger Streit um diese Frage. Der Konflikt ist auch gerade deswegen so bedeutsam, weil Ende des Jahres 1.500 Arbeitsverträge auslaufen, die auf nationaler Ebene kollektiv im privaten und öffentlichen Sektor abgeschlossen worden sind und demnächst erneuert werden müssen. Die Ölarbeiter und viele andere fordern jetzt schon 30 Bs mehr pro Tag („LAER“, 21.9.79).

Die Regierung hatte zwar Ende September verlauten lassen, die Vorschläge zu prüfen, aber Mitte Oktober hieß es dann klipp und klar, gesetzliche Lohnerhöhungen seien nicht ratsam und außerdem verfassungswidrig.

### Es geht an die Existenz

Eine Woche später gingen in mehreren Städten Venezuelas Tausende von Menschen auf die Straße; Arbeiter, Bauern, Studenten und Schüler. Sie forderten die Verabschiedung des Gesetzes zur Erhöhung der Löhne und protestierten gegen die durch die Freigabe der Preise ins uferlose steigenden Lebenshaltungskosten. Die Auswirkungen auf ihre Lebenssituation sind katastrophal. Über 40 % aller Venezolaner leben in extremer Armut („Spiegel“, 11.12.78), ähneln Untersuchungen schon von 1976 sind 55 % aller Kinder unterernährt („FAZ“, 7.11.78). Es fehlen über 800.000 Wohnungen, wobei die Hälfte der Bevölkerung in provisorischen Hütten ohne sanitäre Anlagen und oft auch ohne Licht lebt („Le Monde Diplomatique“, August 79). Allein 1,5 Mio. Menschen hausen so in den riesigen Slums von Caracas. Selbst die Mittelschicht kann sich in Caracas keine normale Wohnung leisten, denn eine Drei-Zimmer-Wohnung ist unter 2.000 DM pro Monat nicht zu haben!

In Caracas demonstrierten am 26.10. 150.000 Menschen. Über eine Woche lang gab es hier und in anderen Städten täglich große Demonstrationen. Die Regierung ließ an ihrem Standpunkt keinen Zweifel, die Polizei ging brutal gegen die Demonstrierenden vor. Sie schoß, z.T. mit Schrotgewehren, in die Menge. Viele Menschen wurden verletzt und verhaftet. In Caracas gab es gleich am ersten Tag ein Todesopfer und auch in der Industriestadt Corabobo kam ein Arbeiter ums Leben. Auch die Schüler schlossen sich dem Protest an, und es kam zu blutigen Auseinandersetzungen, bei denen ein Schüler von der Polizei getötet wurde. Das Erziehungsministerium mußte alle Schulen in Caracas schließen lassen („Süddeutsche Zeitung“, 27., 29.10. und 2.11.).

Die CTV hat der Regierung ein Ultimatum gestellt und im Falle einer Nichterfüllung der Forderungen einen Generalstreik angekündigt. Die Regierung hat keinen leichten Stand, COPEI verfügt über keine Mehrheit im Parlament und ihr Einfluß auf die organisierten Arbeiter ist nur gering. Die von ihr kontrollierte Gewerkschaft Codesa (Konföderation der unabhängigen Gewerkschaften Venezuelas) hat nur 35.000 Mitglieder gegenüber ungefähr 2 Mio. CTV-Mitgliedern).

AD und CTV haben ein großes Interesse daran, den Protest gegen die Regierung zu schüren, aber es dürfte nicht ganz leicht sein, die völlige politische Kontrolle über die neue Protestbewegung zu behalten und die in fünf Regierungsjahren teilweise eingebüßte Integrationsfähigkeit wieder zu erneuern.

Lateinamerika-Kommission

## Argentinienensolidarität

„Fußball ja — Folter nein“ war das Motto der Argentinienensolidarität vor und während der Fußballweltmeisterschaft 1978. Eine der Hauptforderungen der Kampagne, Aufnahme von 500 politisch verfolgten Argentinern in der BRD, wurde von der Bundesrepublik akzeptiert. Bis heute, also über ein Jahr später, sind erst 14 argentinische Flüchtlinge in der BRD eingetroffen. Hauptursache für diese verschleppte Aufnahmepraxis ist die sogenannte Sicherheitsüberprüfung, die Vertreter westdeutscher Behörden an den Gefangenen in den argentinischen Knästen vornehmen.

Dabei hat sich die Situation der politisch Verfolgten und der Verschwundenen in Argentinien in keiner Weise gebessert.

Im September hielt sich die Menschenrechtskommission der OAS (Organisation amerikanischer Staaten) in Argentinien auf. Die Einreise war erst nach langem Hin und Her von der argentinischen Junta gestattet worden, obwohl diese Kommission von ihrer Zusammensetzung her kaum in Gefahr geraten dürfte, das ganze Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika radikal aufzudecken, z. B. gehört der Kommission ein Vertreter Chiles an.

Trotzdem war der Besuch der Kommission für die Betroffenen in Argentinien selbst von großer Bedeutung. 6.000 Angehörige von Verschwundenen standen Schlange vor dem Menschenrechtsbüro, um ihre Fälle der Kommission vorzutragen. Der offizielle Bericht soll erst Anfang 1980 veröffentlicht werden, immerhin wurde aber General Videla „wegen der Dringlichkeit und Wichtigkeit“ direkt nach Abschluß der Untersuchungen ein Memorandum übergeben. Dies ist ein völlig ungewöhnliches und einmaliges Vorgehen, das ein Licht auf das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen in Argentinien wirft.

Die argentinische Junta ihrerseits hatte offensichtlich keine besonderen Anstrengungen für ihr demokratisches Image unternommen. Noch kurz vor Eintreffen der Kommission wurden Büros der Menschenrechtskommission überfallen und Material beschlagnahmt. Die Reihen der Wartenden vor den Büros wurden — wie ein Film eines ARD-Teams zeigt — von Sicherheitsagenten fotografiert. Einen Tag

nach der Abreise der Kommission wurde Adriana Lesgart, Vorsitzende der Frauensektion der Montonero-Bewegung, die vor der Kommission über das Schicksal ihrer verschwundenen Geschwister berichtete, entführt und ist seither verschwunden.

Ganz dem Charakter der argentinischen Junta entspricht das Toterklärungs-gesetz, mit dem offenbar das Problem der Verschwundenen ein für alle mal gelöst werden soll. Nach diesem Gesetz können bereits nach 90 Tagen durch Angehörige oder durch staatliche Organe (!) Anträge auf Toterklärung von Verschwundenen gestellt werden. Völlig ungeklärt ist nach wie vor das Schicksal der Frauen, die im Dezember 1977 nach einer Demonstration für ihre verschwundenen Angehörigen entführt wurden. Sie gehörten zu den Frauen von der Plaza de Mayo, die sich zwei Jahre lang jeden Donnerstag vor dem Regierungspalast versammelten, um Aufklärung über den Verbleib ihrer Angehörigen zu fordern. Seit dem 11.1.79 ist jegliche Demonstration auf der Plaza de Mayo verboten. Die Frauen treffen sich trotzdem regelmäßig, jetzt in oder vor verschiedenen Kirchen. Die Frauen von der Plaza de Mayo wurden inzwischen für den Friedensnobelpreis 1980 vorgeschlagen.

Vor allem in Solidarität mit diesen Frauen, aber auch mit allen anderen politisch Verfolgten finden regelmäßige Kundgebungen vor der argentinischen Botschaft in Bonn statt. (In AK 142 berichtet wir, wie die westdeutschen Sicherheitskräfte gegen diese Solidaritätsaktionen vorgehen.)

Im Oktober fand ein Seminar der Argentinienensolidaritätsgruppen statt, wo u. a. die Fortführung dieser Aktionen vor der Botschaft, weitere Flugblattaktionen, Veranstaltungen etc. beschlossen wurden, vor allem, um endlich die Aufnahme der 500 verfolgten Argentinier in der BRD zu beschleunigen und durchzusetzen. Die folgende Petition kann für Diskussionen und Unterschriftensammlungen genutzt werden:

### Petition

Wir erklären uns solidarisch mit dem Kampf der argentinischen Frauen, die bis zum 21. Dezember 1978 jeden Donnerstag auf der Plaza de Mayo in

Buenos Aires demonstrieren und Aufklärung über das Schicksal ihrer verschwundenen Angehörigen gefordert haben.

Nach der brutalen Niederschlagung der letzten Demonstration im Dezember 1978, bei der 40 Frauen festgenommen und viele verletzt wurden, kämpfen die Frauen trotz des Verbots ihrer Versammlungen auch weiterhin darum, von der argentinischen Junta Auskunft über den Verbleib ihrer Angehörigen zu erhalten. Wir unterstützen die Forderungen der argentinischen Frauen und verlangen:

— Freiheit für die 10.000 politischen Gefangenen und die sofortige Aufklärung über das Schicksal der 15.000 bis 20.000 Verschwundenen;  
— Veröffentlichung der vollständigen Liste der Verhafteten, Entführten und Ermordeten;  
— freien Zugang zu den Konzentrationslagern für internationale anerkannte Organisationen;  
— sofortige Ausreisemöglichkeit für die 500 politischen Gefangenen, deren Aufnahme die Bundesregierung zugesagt hat;  
— Einhaltung des in Art. 23 der argentinischen Verfassung garantierten Optionsrechts (Recht des ohne Anklage Inhaftierten, das Land zu verlassen, wenn er das Visum eines Aufnahmelandes besitzt);

— freie Rückkehr der über 300.000 politisch Exilierten;  
— Aufhebung des Hausarrestes, der mit lebensbedrohendem Risiko verbunden ist. (Der unter Arrest Stehende ist verpflichtet, sich einmal wöchentlich polizeilich zu melden und gezwungen, alleine durch verlassene Straßen zu gehen, wobei er Gefahr läuft, entführt oder ermordet zu werden.)

— Rückgabe der Gewerkschaften an die Arbeiter und Wiederherstellung der außer Kraft gesetzten Arbeitsgesetze;  
— volle Wiederherstellung der Nationalen Verfassung, freie Betätigung der politischen Parteien und demokratische Wahlen ohne Einschränkungen.

(Unterschriften schicken an Lateinamerikakommission oder: Kinderhilfe Lateinamerika e.V., Siebengebirgsallee 29, 5 Köln 41, c/o R. Wilms, Tel. 0221 / 44 15 41





# nahost

## Regierungskrise in Israel

Nach längeren Rücktrittsdrohungen reichte der israelische Außenminister Moshe Dayan am 21.10.79 seinen Rücktritt ein. Er begründete diesen Schritt vor allem mit Kritik an der Führung der Autonomiegespräche für das Westjordanland und den Gazastreifen, mit Kritik an der Siedlungspolitik der Regierung Begin und in der Frage der Beziehungen zu den Arabern (gemeint sind die Palästinenser).

Ganz offensichtlich handelt es sich dabei keineswegs um eine grundlegende Kritik an der Politik der Regierung Begin. Vielmehr verläßt Dayan eine Regierung, die sich immer mehr in die Sackgasse manövriert hat. Begin, der als einer der wichtigsten Aufgaben seiner Regierung die Sanierung der völlig zerstörten Wirtschaft angegeben hatte, hat dieses Problem nicht im Ansatz lösen können. Die Inflationsrate wird in diesem Jahr weit über 100% betragen, während zur Sanierung des Staatshaushaltes viele Subventionen für Grundnahrungsmittel gestrichen wurden.

Die Wirtschaftsmisere ist ein wesentlicher Grund für die wachsende Unzufriedenheit der israelischen Bevölkerung mit der Regierung Begin und für die zunehmende Kritik an großwahnsinnigen Siedlungsprojekten (von den 102 neugegründeten Siedlungen in der Regierungszeit Begin sind 70 überhaupt nicht wirtschaftlich lebensfähig) („SZ“, 20.9.79).

Der Rücktritt Dayans und der Beschluß des Obersten Gerichtes einen Tag später, die „zivile“ Siedlung Elon Moreh in der Nähe von Nablus innerhalb von 30 Tagen aufzulösen, da sie für die Sicherheit Israels nicht notwendig sei, haben in der Presse viel Wirbel ausgelöst. Gegen die Gründung dieser Siedlung war auch Dayan aufgetreten. Wir wollen im folgenden zeigen, daß damit keineswegs ein Wandel in der aggressiven zionistischen Politik gegenüber den Palästinensern eingetreten ist.



sollen den Palästinensern eine gewisse Selbstverwaltung (die sich im übrigen kaum von der jetzt existierenden unterscheidet) unter fortdauernder militärischer Besetzung Israels gewähren. Eine „Selbstverwaltung“ ohne palästinensische Kollaborateure wäre allerdings schwierig zu verkaufen. Eine Beteiligung der Palästinenser an den Autonomieverhandlungen würde hingegen die Anerkennung der israelischen Besetzung bedeuten. Deshalb stößt dieses Projekt bisher auf einhelligen Widerstand der Palästinenser, der durch die provokative Haltung der jetzigen Regierung noch erhöht wird.

Die Kritik Dayans richtet sich nun keineswegs gegen den Inhalt der im Friedensvertrag festgelegten Autonomie, die er als gute Möglichkeit be-

Die Kritik Dayans richtet sich nun keineswegs gegen den Inhalt der im Friedensvertrag festgelegten Autonomie, die er als gute Möglichkeit betrachtet, die Errichtung eines palästinensischen Staates im Westjordanland zu verhindern, sondern vor allem dagegen, wie die Verhandlungen geführt werden, die in dieser Weise dem Image Israels abträglich seien. Außerdem ist er nicht an dem Sechserausschuß der Regierung, der für die Verhandlungen zuständig ist, beteiligt worden.

Ein weiterer Kritikpunkt war die Frage der Beziehungen zu den Arabern – ausdrücklich nicht zur PLO. Im israelischen Fernsehen erklärte Dayan gar, daß die israelische Regierung einen Dialog mit den Palästinensern über Selbstverwaltung im Westjordanland und den Status Ostjerusalems beginnen sollte, bei einem Stillstand der Autonomieverhandlungen sollte Israel selbst das Militär-Regime in eine zivile Verwaltung umwandeln, die israelische Armee sollte nur dann eingreifen, wenn die PLO diese Gebiete als Terrorbasis ausbaut („FR“, 22.10.79).

Bis heute wurden weder die Verhaftungsgründe (bekannt ist nur, daß Ilona Hepp nach Kurdistan reisen wollte) noch irgendwas über die derzeitige Situation von Ilona Hepp bekannt.

Das Iran-Komitee, der Iran-Koordinationsausschuß und das ESG-Ausländerzentrum Westberlin haben inzwischen sowohl bei der Botschaft der BRD in Teheran als auch beim Auswärtigen Amt in Bonn gegen die Verhaftung protestiert und beide Stellen aufgefordert, sich verstärkt für die Freilassung von Ilona Hepp einzusetzen.

Sofortige Freilassung von Ilona Hepp!

Nahost-Kommission

Mit diesem Schachzug soll nichts anderes erreicht werden, als der wachsenden Kritik in der Weltöffentlichkeit an der verbrecherischen Praxis der israelischen Besatzerspolitik den Boden zu entziehen, ohne an den bestehenden Verhältnissen etwas zu ändern.

### Die Siedlungspolitik

Gleich bei seiner Rückkehr von der Sitzung des Europarates in Straßburg hatte Dayan mit Rücktritt gedroht, falls die Regierung zukünftig die Enteignung arabischer Privatgrundstücke zur Ausdehnung jüdischer Siedlungen gestatten würde. Jüdische Dörfer sollten nur auf Staatsboden errichtet werden, anders sei es mit militärischen Siedlungen. Jüdische Siedlungen „gestalten“ würde, jüdische Dörfer sollten nur auf Staatsboden errichtet werden, anders sei es mit militärischen Siedlungen. Gleichzeitig erklärte Dayan, daß ohne die Existenz ziviler jüdischer Siedlungen Israels Soldaten in den besetzten Gebieten eine reine Be-

satzungsarmee seien („SZ“, 13./14. 10. und 18.10.79). Damit ist haargenau die bisherige Praxis zionistischer Siedlungspolitik beschrieben. Zum einen ist „Privatbesitz“ der Palästinenser nur in sehr wenigen Fällen urkundlich nachweisbar, zum anderen spielt das sowieso keine Rolle, wenn für „militärische Zwecke“ enteignet wird.

Im September wurde vom israelischen Kabinetts beschloßen, daß zukünftig auch israelische Privatpersonen Boden in den besetzten Gebieten kaufen dürfen (vorher war das nur den Behörden gestattet). Begründung: „Israelische Bürger dürfen nicht länger diskriminiert werden“ („SZ“, 19.9.79). Damit ist ein weiterer Schritt für die endgültige Annexion des Westjordanlandes gemacht worden, über die das Gerede von der Autonomie und die Kritik an der Siedlungspolitik nur hinwegtäuschen sollen.

Die israelische Regierung hat von der grundsätzlichen Möglichkeit zur Enteignung arabischer Privatböden zunächst einmal abgesehen und gegen den Plan des israelischen Landwirtschaftsministers Sharon, der 16 neue Siedlungen im nächsten Jahr gründen wollte, den Bau von sechs weiteren Siedlungen beschlossen, die allerdings an Straßen liegen sollen, die das Westjordanland in Ost-West-Richtung durchlaufen und der weiteren Zerstückelung der Siedlungsgebiete der Palästinenser dienen sollen. Nur in Ausnahmefällen und aus Sicherheitsgründen sollen dafür arabische Privatgrundstücke enteignet werden. Nichts als schöne Worte!

Erst kürzlich hatte der israelische Landwirtschaftsminister Sharon erklärt: „Die Besiedlung hat nichts mit Frieden zu tun. Man muß ganz klar sagen: Alle Vorstellungen, Israel werde sich, unter gewissen Umständen, auf die Grenzen von 1967 zurückziehen, sind völlig unrealistisch, und zwar aus reinen Sicherheitserwägungen“ („SZ“, 18.9.79).

### Der Fall Elon Moreh

### Der Fall Elon Moreh

Vor diesem Hintergrund mutet der Beifall, den der Beschluß des Obersten Gerichtes, die Siedlung Elon Moreh (bei Nablus) aufzulösen, von

palästinensischer Seite erhielt, reichlich optimistisch an.

Das Oberste Gericht hatte nach einem vorläufigen Siedlungsstopp entgeltlich den Bau der Siedlung untersagt mit der Begründung, daß Sicherheitsgründe nicht entscheidend gewesen seien, sondern der Wunsch der rechtsradikalen Siedlerbewegung „Gush Emunim“, sich im Herzen des Westjordanlandes auf Grund expansionistischer Siedlungswünsche anzusiedeln. Das Gericht folgte damit dem Gutachten Verteidigungsministers Weizmann, der Sicherheitsgründe verneint hatte, während der israelische Generalstabschef Eytan erst nach der Gründung der Siedlung Sicherheitsgründe geltend gemacht hatte.

Der palästinensische Bürgermeister Elias Freij (Bethlehem) kommentierte das Urteil als neue „Richtlinie“ für die Siedlungspolitik und Elias Khoury, Anwalt der arabischen Grundeigentümer, erklärte: „Dies bedeutet, daß die Regierung nicht mehr alles, was sie tut, einfach gesetzlich erklären kann“ („FR“, 23.10.). Wann jemals haben sich die Zionisten dazu verpflichtet gefühlt?

Allerdings hat gerade das willkürliche Vorgehen im Fall Elon Moreh breite Proteste auch innerhalb Israels ausgelöst. Schon im Juni, nach dem vorläufigen Baustopp, demonstrierten 30.000 Anhänger der Bewegung „Frieden jetzt“ gegen die Siedlungsgründung; vor dem neuesten Beschluß des Obersten Gerichtes brachte diese Bewegung sogar 80.000 Menschen in Tel Aviv auf die Beine („Unsere Zeit“, 23.10.). Parolen waren: „Wir wollen keinen Krieg mehr – Frieden jetzt!“, „Wir wollen unser Blut nicht mehr für die Eroberung, Okkupation und provokative Annexionsbesiedlung opfern!“

Zum Vergleich: Für ihre spektakulären Besetzungsaaktionen nach dem Gerichtsbeschluß brachte die „Gush Emunim“ etwa 3.000 Menschen auf die Beine. Die Regierung hat allerdings schon einen eleganten Ausweg gefunden: Sie sucht nach geeignetem Grund und Boden für die Siedlung Elon Moreh, ebenfalls in der Nähe von Nablus, der nur eine Bedingung erfüllen muß, kein arabischer Privatbesitz zu sein.

Nahost-Kommission

## Westsahara: US-Waffen und ägyptische Militärs sollen die Polisario zurückdrängen

In den letzten Wochen konnte die Frente Polisario in ihrem Kampf gegen die marokkanischen Besatzer in der Westsahara bedeutende Erfolge erringen. Anfang Oktober konnte sie die zweitgrößte Stadt der Westsahara, Smara, für einige Stunden besetzt halten und die dort lebenden Saharais befreien. In Smara sind 6.000 marokkanische Soldaten stationiert. Die Polisario zerstörte auch den Flughafen von Smara, der erst 1978 extra gebaut worden war, damit Mirage-Flugzeuge von dort aus Angriffe gegen die Saharais starten konnten.

Am 14.10. vertrieb die Polisario die marokkanischen Truppen aus der Garnison von Mahbes, der letzten Garnison im Nordosten der Westsahara, die die marokkanischen Truppen noch besetzt hielten. Die Truppen mußten sich auf marokkanisches Gebiet, nach Zag, zurückziehen, wo sie am 15.10. ebenfalls von der Polisario angegriffen wurden. Die Garnison Mahbes sollte der marokkanischen Armee dazu dienen, zu verhindern, daß die Polisario-Kämpfer überhaupt in das Gebiet der Westsahara gelangen – die Flüchtlingslager der Saharais in Tindouf liegen Mahbes gegenüber auf algerischem Gebiet. Nach Angaben der Polisario war die marokkanische Armee seit 1977 nicht mehr in der Lage, in dem Gebiet um Mahbes ohne Störungen Patrouillen durchzuführen, und war

vielmehr damit beschäftigt, sich gegen Angriffe der Polisario zu verteidigen („Le Monde“, „LM“, 16.10.).

Angeichts der derzeitigen Offensive der Polisario beschloß US-Präsident Carter, Marokko Aufklärungsflugzeuge und Kampfhubschrauber zu liefern, die König Hassan schon seit längerem gefordert hatte (siehe auch AK 160). Verrückterweise wird die Waffenlieferung damit begründet, daß man König Hassan mit mehr als „symbolischem Gerät“ versorgen müsse, „um ihn zu Verhandlungen zu ermuntern“ („SZ“, 24.10.79)! Ein für Afrika-Fragen zuständiger amerikanischer Regierungsvertreter, Stephen Stolarz, kritisierte diesen Beschluß, weil er „eher zur Unnachgiebigkeit als zur Nachgiebigkeit ermuntert. Er wird den Krieg verlängern und nicht verkürzen“ („FR“, 24.10.).

### Weitere militärische Vorbereitungen

Auch Ägypten scheint Marokko stärker unterstützen zu wollen. Die algerische Zeitung „El Moudjahid“ berichtete, daß ägyptische Militärberater in der marokkanischen Stadt Oujda nahe der Grenze zu Algerien eingesetzt würden (nach „SZ“, 11.10.79). Auch nach Aussagen von Sid El Bachir – dem saharischen „Abgeordneten“ von Smara im marokkanischen Parlament, der jetzt die Polisario unterstützen will – sol-

len im marokkanischen Ort Goulmine ägyptische Offiziere stationiert werden. Er berichtete weiter, daß sich am 27. und 28.9. sowohl ägyptische und amerikanische Militärs als auch eine Gruppe französischer Offiziere in El Aioun, der Hauptstadt der Westsahara, aufgehalten hätten („LM“, 16.10.79)!

Nachdem die USA ihren Beschluß bekanntgegeben hatten, Marokko Waffen zu liefern, kündigte die französische Regierung an, sie werde auf Ersuchen der mauretanischen Regierung Anfang November eine Einheit von rund 150 Fallschirmjägern nach Mauretanien schicken. Diese Elitetruppe soll den Hafen Nouadhibou sowie die Eisenbahnlinie zwischen Zouerate und Nouadhibou für den Erztransport schützen. Diese Maßnahme wird weiter damit begründet, daß in Nouadhibou 1.500 Franzosen leben, die im Notfall geschützt werden müßten. Vor allem wolle Frankreich Mauretanien dabei unterstützen, seine Integrität zu wahren („LM“, 24.10.79). Offenbar soll der Krieg gegen die Polisario verstärkt, Mauretanien aber aus dem Krieg herausgehalten werden. Diese Ansammlung von imperialistischen Militärexperten und die Waffenlieferung an Marokko verheißen auf jeden Fall für die Polisario nichts Gutes.

Nahost-Kommission

## Ilona Hepp seit mehr als vier Wochen im Iran in Haft

Vor mehr als vier Wochen wurde die Mitarbeiterin der „taz“, Ilona Hepp, in Täbriz verhaftet. Z.Zt. soll sie im Evin-Gefängnis in Teheran gefangen gehalten werden.

Unmittelbar nach ihrer Verhaftung wandte sich die „taz“-Redaktion in einem Protestschreiben an die Botschaft der „Islamischen Republik Iran“ in Bonn, in dem sie darauf hinwies, daß „gerade Frau Hepp zusammen mit vielen anderen fortschrittlichen Menschen aus der Bundesrepublik geholfen hat, das tyrannische Schah-Regime zu stürzen“. Der iranische Botschafter wurde gebeten, „alles erdenkliche zu unternehmen, um die Angelegenheit aufzuklären und sich für ihre Freilassung einzusetzen“ („taz“, 27.10.79).



# Meldungen aus China

## Lebensmittel werden teurer

Chinas stabile Preise waren jahrelang ein Stolz der Volksrepublik. Auch damit ist es nun im Zuge der „Modernisierungen“ vorbei. Ab 1. November sind die Preise für Fleisch, Eier und Fische (und andere Meerestiere) um 32-33% angehoben worden. Die Preise für Geflügel und Milch sind „entsprechend den örtlichen Bedingungen“ freigegeben worden. Die Preise für Gemüse sollen stabil gehalten oder nur geringfügig angehoben werden.

Ausgeglichen werden sollen diese Preiserhöhungen durch einen Zuschuß von monatlich 5 Yuan (knapp 10% des Durchschnittslohns), den alle Arbeiter, Angestellten und Rentner erhalten (insgesamt 100 Mio. Menschen). Finster sieht es aber aus für Arbeitslose, Frauen ohne Berufstätigkeit und kinderreiche Familien. Auf sie kommt eine drastische Verschlechterung ihres Lebensstandards zu.

Vorausgegangen waren diesen offiziellen Preiserhöhungen zunehmend Meldungen über „illegale“ Preiserhöhungen in Teilen Chinas sowie über betrügerische „indirekte“ Preiserhöhungen (z.B. durch Verringerung der Menge in Packungen).

Die jetzigen Preiserhöhungen dienen der Weiterleitung der schon vor einigen Monaten erfolgten Anhebung der staatlichen Ankaufspreise für viele landwirtschaftliche Produkte. Die Lage der Bauern, die in der Tat weit schlechter als die der Stadtbewohner ist, soll so verbessert werden. Zugleich geht es auch darum, das System der staatlichen Preisregulierung allmählich abzubauen zugunsten eines marktwirtschaftlichen Prinzips, bei dem sämtliche Preise „durch Angebot und Nachfrage“ reguliert werden sollen.

Die jetzigen Preiserhöhungen haben selbstverständlich weitere Preiserhöhungen zur Folge, beispielsweise in Kantinen und Ess-Hallen.

Laut „il manifesto“ (6.11.) hat es in verschiedenen Teilen Chinas Proteste gegen die Preiserhöhungen gegeben.

## Die „Prämie“ über alles!

Das nach dem Rechtsputsch vom Oktober 1976 eingeführte Prämiensystem soll ausgebaut werden: Arbeiter sollen nunmehr Prämien bis zu 30% ihres Grundlohns erhalten können. Dies System wird zunächst nur in einigen ausgewählten Betrieben versuchsweise erprobt.

Das Prämiensystem zielt auf die Konkurrenz zwischen den Arbeitern. Daß die chinesischen Arbeiter so etwas nicht einfach schlucken, zeigen die ständigen Klagen der Bürokratie und der Medien über den „Mißbrauch“ des Prämiensystems und das Fortbestehen der „Gleichmacherei“. Vielfach, so wird geklagt, werden die Prämien immer noch gleichmäßig an alle Beschäftigten eines Betriebes ausgezahlt, jeder bekommt den gleichen Betrag. Da dies dem Zweck des Prämiensystems zuwiderläuft, werden die Betriebsfunktionäre ermahnt, auf eine Staffelung der Prämien „nach Leistung“ zu achten.

## Haste was, biste was!

Die Restauration kapitalistischer Verhältnisse vollzieht sich in China im Galopp. So begann schon im Frühjahr eine Kampagne, mit der einzelne Bauern oder Bauerngruppen ermuntert werden sollen, „reich zu werden“. Die Polarisierung auf dem Land soll also vorangetrieben werden. Angeblich, so behauptet jedenfalls die chinesische Propaganda, diene das individuelle „Reichwerden“ letztlich auch der gesamten Gesellschaft, denn die Beispiele reicher Bauernfamilien, Brigaden, Kommunen usw. würden den Rest der Landbevölkerung zum Nachstreifen anspornen.

Wohl noch nie wurde jedoch die Kampagne fürs „Reichwerden“ derart unversämmt formuliert wie in folgendem Appell der Tageszeitung der Insel Hainan: „Unter dem sozialistischen System wird jeder geehrt, der reich wird. Wer als erster reich wird, wird als erster geehrt. Je reicher jemand ist, umso mehr wird er geehrt. Jedermann muß mit Zuversicht davon sprechen, daran denken und dafür arbeiten, reich zu werden.“ Überschrift des Artikels: „Um reich zu werden, ist es zunächst nötig, das Ultra-Linkstum zu kritisieren.“ (Radio Haikou, Hainan, 20.9. — nach SBW, 16.10.). Daß das die „Parteilinie“ ist — und nicht etwa eine individuelle Übertreibung — zeigt ein Vorfall in der Provinz Liaoning. Dort hatte ein Funktionär (Parteisekretär einer Kommune) in allen Partei-Dokumenten und Veröffentlichungen die Formel „reich werden“ durch „das Einkommen steigern“ ersetzt. Dem armen Mann wird nun vorgehalten, daß er sich noch nicht ausreichend „vom verderblichen Einfluß der Viererbande“ befreit habe und immer noch zu

engstirnig denke (Radio Shenyang, Provinz Liaoning, 15.10. — nach SWB, 2.11.).

## Zunahme der Kriminalität

Ein Nebenprodukt der „Modernisierungen“ ist die Zunahme der Kriminalität, insbesondere der Jugend- und Bandenkriminalität. Einige exemplarische Fälle der letzten Zeit:

— 4 Personen wurden abgeurteilt, weil sie Transport-Firmen und Fracht-Eigentümer „erpreßt“ hatten (Radio Changsha, Provinz Hunan, 21.8. — nach SWB, 20.9.).

— 9 „jugendliche Rowdies“, die gemeinsam zwei Mädchen überfallen und die eine schwer verletzt hatten, wurden zu Strafen zwischen einem und 12 Jahren verurteilt. Einer der Angeklagten wurde zu lebenslänglich verurteilt (Radio Kanton, Provinz Kwangtung, 28.8. — nach SWB, 20.9.).

— In Schanghai verschwand ein Bankkassierer mit 80.000 Yuan. Ein Arme-Angestellter stahl Feuerwaffen, Munition und „Geheimdokumente“. Beide wurden verhaftet.

— Mit Polizei-Razzien wurde gegen illegale Glücksspiel-Stände auf Schanghai Straßen vorgegangen. Ebenfalls in Schanghai wurden 15 „jugendliche Rowdies“ festgenommen. Sie hatten mit Messern, Knütteln u.ä. Passanten überfallen und ausgeraubt (drei Meldungen von Radio Schanghai, 10.9. — nach SWB, 20.9.).

— Ein junger Mann wurde als Heiratsschwindler festgenommen. Er hatte sich als Sohn eines Funktionärs ausgegeben, um die Tochter eines Kapitalisten heiraten zu können (Radio Schanghai, 10.9. — nach SWB, 20.9.).

— Bei einer Polizeiaktion in Schanghai wurden 9 Schmuggler aus Hongkong und 4 örtliche Helfer festgenommen. Schmuggelware im Wert von 40.000 Yuan wurde beschlagnahmt, insbesondere Fernseher, Plattenspieler und Armbanduhren (Radio Schanghai, 18.9. — nach SWB, 29.9.).

— 6 Jugendliche, die in Schanghai Passanten überfallen und ausgeraubt hatten, wurden zu Strafen zwischen 8 und 13 Jahren verurteilt (Radio Schanghai, 26.9. — nach SWB, 6.10.).

— In Tientsin liefern sich bewaffnete jugendliche Banden regelrechte Schlachten. Am 3.10., so wird berichtet, rotteten sich 20 Jugendliche einer Straße zusammen, bewaffnet mit Schusswaffen und anderen „tödlichen Waffen“. Sie wollten gegen eine andere Jugendbande auf den Kriegspfad gehen, wurden aber von Polizisten gestoppt. Es gab eine Schießerei zwischen mehreren Jugendlichen und Polizisten. 7 Jugendliche wurden verhaftet, 12 Schusswaffen wurden beschlagnahmt.

— Ein anderer Vorfall ereignete sich am 4.10.: 30 Jugendliche einer Straße zogen mit Waffen aller Art gegen eine andere Bande los. Als sie diese nicht trafen, terrorisierten sie die Bevölkerung im Umkreis von Art gegen eine andere Bande los. Als sie diese nicht trafen, terrorisierten sie die Bevölkerung im Umkreis von fünf Straßen und beraubten Passanten. Insgesamt 12 Jugendliche wurden verhaftet.

— Bereits am 11.9. hatten 20 bewaffnete Jugendliche versucht, einen Polizeitransport anzugreifen, der Gefangene transportierte. Nachdem dieser Angriff abgeblasen war, richtete sich die Wut der Jugendlichen gegen Fensterscheiben und Passanten (Tageszeitung von Tientsin, 7.10. — nach SWB, 1.11.).

Daß es sich nicht bloß um ein Problem der Großstädte handelt, belegt eine Meldung aus der Provinz Tibet, in der gleichfalls die Zunahme der Jugendkriminalität und des jugendlichen Bandentums beklagt wird (Radio Lhasa, Provinz Tibet, 14.9. — nach SWB, 29.9.).

## Flucht vor der Zwangssterilisierung

Daß die chinesischen Behörden im Zuge ihrer rigiden Bevölkerungspolitik jetzt auch zum Mittel der massenhaften Zwangssterilisierung greifen, zeigt eine Meldung aus der Provinz Hunan. Dort waren allein in einem einzigen Landkreis mit 82 Kommunen etwa 800 Männer ausgerissen und hatten sich versteckt, weil sie nicht sterilisiert werden wollten. In der Meldung wird beklagt, daß manche lokale Funktionäre nicht kooperativ genug bei der Ergreifung der Ausreisser seien. Diese Dinge hätten „einen schlechten Einfluß auf die Massen“. Ähnliche Probleme gebe es auch in anderen Landkreisen (Radio Changsha, Provinz Hunan, 23.9. — nach SWB, 16.9.).

## Kommune Datschai muß sich anpassen

„Lernen von Datschai“ hieß es jahrelang in China. In der Kommune von



Bildüberschrift im Original: Verbrüderung. Aus „de Volkskrant“ (Niederlande, 26.10.79).

Datschai war weitgehend ein Verteilungssystem nach den Bedürfnissen (statt einem in erster Linie an der „Leistung“ orientierten System) verwirklicht worden. Die „Arbeitspunkte“ wurden auf der Grundlage von „Selbsteinschätzung und Massen-Diskussion“ berechnet, wobei die „Arbeitsmoral“ entscheidend mitbewertet wurde, anstelle der bloßen „Leistung“. Außerdem war es in Datschai z. B. üblich, daß die Verteilung des Getreides sich in erster Linie an der Zahl der Familienmitglieder orientierte. Und was das Schlimmste war: Dieses „gleichmacherische“ System führte auch noch zu beachtlichen wirtschaftlichen Erfolgen! Das widersprach total der neuen Doktrin, wonach „Gleichmacherei“ nur zu allgemeiner Armut und Stagnation führen kann. So hat sich die Kommune von Datschai nunmehr dem allgemeinen Trend anpassen müssen:

— Die „ultralinken Fehler“ in den Bewegungen zum Lernen von Datschai sollen korrigiert werden;

— Die „Überschätzung“ der exemplarischen Rolle von Datschai soll beendet werden;

— Anstelle der Vergabe der Arbeitspunkte nach „Selbsteinschätzung und Massendiskussion“ ist jetzt auch in Datschai das überall in China angewendete reine Leistungslohnsystem durchgesetzt worden;

— Die Getreideverteilung erfolgt jetzt nur noch zu 30% nach der Kopfzahl der Familien und zu 70% nach Arbeitspunkten, also nach „Leistung“;

— Die Bauern sollen ihre privaten zünftigen rammten und zu 100% nach Arbeitspunkten, also nach „Leistung“;

— Die Bauern sollen ihre privaten Landstücke zukünftig privat bearbeiten, statt kollektiv, wie es in Datschai bisher gemacht wurde;

— Freie Märkte zum privaten Verkauf landwirtschaftlicher und handwerklicher Produkte soll es nun auch in Datschai geben.

„Lernen“ darf China künftig nur noch vom „Geist der harten Arbeit“ und der „Erfahrung im wissenschaftlichen Landbau“ Datschais („hsinhua“, 6.10. — nach SWB, 9.10.).

## Neue politische Prozesse

In der Provinz Honan wurden mehrere Aktivisten der Kulturrevolution abgeurteilt. Vier wurden namentlich genannt, „andere“ ohne Einzelheiten erwähnt. Die namentlich genannten Angeklagten:

— Shen Mao-gong, früher Arbeiter in einer Baumwollfabrik. In der Kulturrevolution wurde er Vorsitzender des Revolutionskomitees seiner Fabrik und Mitglied des Ständigen Ausschusses des Provinzparteikomitees von Honan.

— Gao Guorong, früher „einfacher“ Kader. In der Kulturrevolution wurde er Abteilungsleiter in der Org.-Abteilung des Provinzparteikomitees von Honan.

— Dou Dscheng, früher Kader im Außenhandelsbüro von Honan. In der Kulturrevolution wurde er Abteilungsleiter im Revolutionskomitee von Honan.

— Li Schangqian, früher Angestellter beim Provinzparteikomitee von Honan. In der Kulturrevolution wurde er Abteilungsleiter im Provinzparteikomitee und im Jugendverband von Honan.

Gegen die drei ersten wurden nicht näher bezeichnete „strenge Maßnahmen“ (ohne konkrete Angaben), d.h. zumindest langjährige Haft, verfügt. Ihnen wird vorgeworfen, während

der Kulturrevolution, insbesondere in der heißen Zeit vom Januar bis Juli 1967, für mehrere „bewaffnete Zwischenfälle“ verantwortlich gewesen zu sein. Außerdem hätten sie nach dem Rechtsputsch von 1976 Hua Guo-feng und Deng Hsiao-ping „verleumdet“ und hätten „zum Guerillakrieg in den Bergen aufgerufen“.

Li Schangqian hat, wie es offiziell heißt, „Reue gezeigt“ und wurde dementsprechend „milde behandelt“. („hsinhua“, 26.9. — nach SWB, 2.10.).

In der Stadt Tangshan, Provinz Hebei, wurde die „Verhaftung“ von vier anderen Aktivisten der Kulturrevolution bekanntgegeben: Li Ruizhong, Fan Zhanzhong, Li Yibin und Dong Yishun. Ihnen wird vorgeworfen, während der Kulturrevolution Menschen „verfolgt“, Häuser durchsucht und Eigentum beschlagnahmt zu haben. Li Ruizhong, Arbeiter einer Maschinenfabrik, war während der Kulturrevolution u.a. Stellvertreter der Vorsitzender des Revolutionskomitees der Fabrik, Mitglied des Parteikomitees von Tangshan und Mitglied des Ständigen Ausschusses der Gewerkschaft in Tangshan. (Radio Shijiazhuang, Provinz Hebei, 15.10. — nach SWB, 1.11.).

## Die verlorene Ehre der Jiang Aizhen

Über „Moral“ in China gibt der folgende Fall Auskunft: Die Kranken-

schwester Jiang Aizhen (24) erschöpfte im September 1978 drei Menschen und wurde zum Tode verurteilt. Eine Diskussion dieser Geschichte ergab jetzt, daß sie wahrscheinlich zu lebenslänglicher Haft „begnadigt“ werden wird.

Jiang Aizhen hatte eine Freundschaft mit einem Funktionär ihres Krankenhauses, was anderen Angehörigen des Personals ein Dorn im Auge war. Als Jiang Aizhen auf Urlaub zu ihren Eltern fuhr, kamen am Vorabend mehrere Bekannte, so auch besagter Funktionär, um sich von ihr zu verabschieden. Einige Intriganten erwarteten, daß der Funktionär bei diesem Anlaß die Nacht bei Jiang Aizhen verbringen würde. Zu später Stunde stürmten sie deshalb in das Zimmer der Frau, fanden sie aber zu ihrer großen Enttäuschung allein vor. Trotzdem verbreiteten diese Leute am nächsten Tag die Behauptung, der Freund habe mit Jiang Aizhen geschlafen.

Daraufhin wurde eine „Untersuchungskommission“ gegen Jiang Aizhen und den Funktionär eingesetzt. Proteste der jungen Frau beim Leiter der „Untersuchungskommission“ und beim Chef des Krankenhauses blieben vergeblich. Auf einer Massenversammlung wurde Jiang Aizhen wegen „Unmoral“ verurteilt. Am folgenden Tag nahm sie ein Gewehr und erschöpfte drei der Verleumder („hsinhua“ 20.10. — nach SWB 24.10.).

# „Deutsch-chinesische Freundschaft“? ...

Wie im AK 165 berichtet, erschien kürzlich in der „Frankf. Allgemeinen“ (FAZ) als bezahlte Anzeige ein Offener Brief an Hua Guo-feng wegen der Verurteilung des „Dissidenten“ Wei Jingsheng zu 15 Jahren Haft. Unterzeichnet war der Brief von zahlreichen Akademikern insbesondere Sinologen und „China-Experten“, darunter auch einige der „KPD“ recht nahestehende.

Zuvor hatte die GDGF („Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft“) es abgelehnt, den Offenen Brief als bezahlte Anzeige in ihrer Zeitschrift „Das neue China“ abzudrucken. In der „TAZ“ vom 1.11. sind Stellungnahmen der Redaktion von „Neues China“ und des GDGF-Ortsvorstandes Westberlin zur Rechtfertigung dieser Weigerung veröffentlicht.

Für die Redaktion von „Neues China“ argumentiert ein R.Hagen, daß es möglich sei, daß in China „die Verwirklichung sozialistischer Utopie vertagt werden muß (oder sich gar als unmöglich erweist)“, und daß in China möglicherweise jetzt „die Etappe (oder das Endstadium) bürgerlicher Demokratie auf der Tagesordnung steht, mit der möglichen Einführung kapitalistischer Produktionsverhältnisse“. Diesen Prozess der möglichen Restauration bzw. überhaupt Entwicklung des Kapitalismus in China gelte es nicht zu stören, indem man „durch vorschnelle Kritik... das Kind mit dem Bade ausschüttet“. Die Beziehungen China-BRD dürften nicht durch Protestresolutionen und Anzeigenkampagnen „voreilig gefähr-

det“ werden. „Eine Kampagne wie die des Offenen Briefes würde den gerade einsetzenden Prozeß eines Austausches von Erfahrungen und Meinungen... beeinträchtigen“.

Der Westberliner Ortsvorstand erklärt, daß er für den Abdruck der Anzeige gewesen wäre. Er argumentiert aber auch, daß die Verweigerung des Abdrucks „keine Willkürmaßnahme war“ und zählt die Gründe für eine Ablehnung auf: Es habe zu wenig Information über den politischen Standort des Verurteilten gegeben: China werde durch eine solche Anzeige mit faschistischen Ländern in eine Reihe gestellt; die „Herausstellung“ dieser Frage sei „einseitig und überbetont“, verglichen mit den allzu schwachen Aktivitäten gegen Vietnam; „Man wollte nicht Gefahr laufen, sich der Carterschen Menschenrechtskampagne anzuschließen“, (Hatten denn diese Kreise solche Bedenken auch bei ihren Äußerungen zu RGW-Dissidenten?!); und man wollte nicht „die Perspektive der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit“ gefährden.

Diese Haltung der GDGF ist besonders bemerkenswert, weil die „KPD“ sehr offiziell und ausdrücklich gegen die Verurteilung von Wei Jingsheng Stellung genommen hat. Diese Diskrepanz deutet darauf hin, daß die Zeit, wo „ML“er das Heft in der Hand hatten (anfangs sehr stark die KPD/ML, später die „KPD“), vorbei ist. Heute regieren dort anscheinend China-Händler und bürgerliche „China-Freunde“, denen der Sozialismus bestenfalls gleichgültig ist.



# Härtere Gangart gegen polnische Strauß und der

## Opposition? „real existierende Sozialismus“

Das KOR hat anlässlich des 40. Jahrestages des Einmarsches sowjetischer Truppen in den Ostteil des zuvor vom deutschen Faschismus überfallenen Polen die Aufklärung und Strafverfolgung sowjetischer Kriegsverbrechen gefordert und damit das heikelste Tabu der VR Polen angetastet. Die Täter sollen so wie die Nazi-Verbrecher auf die Anklagebank gebracht werden. „Das Ziel sei nicht Rache, sondern Urteil ... Alle Menschen müssen das Bewußtsein haben, daß Weisungen der Staatsgewalten nicht die Ausführenden von der Verantwortlichkeit befreien“ (FAZ, 19.9.79).

\*\*\*  
Anfang Oktober haben 15 bekannte Intellektuelle aus dem KOR und einem Flügel der christlich-national-konservativen Opposition in einer Warschauer Kirche einen vielbeachteten Hungerstreik aus Solidarität mit den verhafteten Mitgliedern der „Charta 77“ durchgeführt.

\*\*\*  
Ende Oktober hat eine Gruppe von 16 Intellektuellen ein „Manifest für eine offene Gesellschaft“ vorgelegt. Gefordert wird eine Aufhebung der Zensur, die Beendigung des staatlichen Drucks auf die Massenmedien, die Möglichkeit, die wirtschaftlichen Probleme offen zu diskutieren sowie die uneingeschränkte Religionsfreiheit. Das „Manifest“ betont, daß Polen den geographischen Gegebenheiten Rechnung tragen und durch den Warschauer Pakt und den RGW mit der SU und den anderen „sozialistischen Ländern“ verbunden bleiben müsse. Die PVAP müsse aber versuchen, sich für die von ihr gewünschte Politik die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung zu sichern (lt. „SZ“, 22.10.79).

\*\*\*  
Der schwerste Bochen für die PVAP-Führer jedoch ist eine im Oktober durch die Dissidenten-Szene veröffentlichte und in 5.000 Exemplaren in Umlauf gebrachte offiziöse Denkschrift „Über den Zustand der Republik und die Wege zu ihrer Wiederherstellung“.

Die Studie stützt sich auf einen Fragebogen unter 50 Mitgliedern der Gruppe „Erfahrung und Zukunft“ (DIP), die Regimekritiker nicht aufnimmt. Die Gruppe war als unabhängige Organisation unter der Schirmherrschaft der halboffiziellen „freien Universitätsgesellschaft Polens“ gegründet worden, um ein Forum zur freien Diskussion über die Probleme zu gründen, um ein Forum zur freien Diskussion über die Probleme des Landes zu schaffen. Zu den Initiatoren dieses Kreises zählen auch ZK-Mitglied und „Polytika“-Chefredakteur Rakowski sowie der Gierke-Berater Rajkiewicz. Sie bekamen aber bald „kalte Füße“ und versuchten das Zustandekommen dieser Studie zu verhindern. Vergeblich!

Das 74-seitige Dokument konstatiert eine „akute Krise in grundlegenden Bereichen des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lebens“. Schuldig seien „systemimmanente Faktoren“, die nicht wirtschaftlicher Natur seien, sondern die Art und Weise betreffen, „wie Politik geführt

und Macht ausgeübt wird“. Die Vorwürfe sind gerichtet an eine „totalitäre gegen das Volk regierende, aber dennoch schwache Staatsführung“, korrupte Verwaltung — und klagten eine ruinöse Entwicklung in allen wirtschaftlichen Sektoren an. Die Folge sei „eine verbitterte und enttäuschte Bevölkerung“ und die Spaltung in wenige Wohlstandsbürger und massenhaft Habenichtse.

„Mangelnde Kompromißbereitschaft gegenüber verschiedenen sozialen Schichten sei offenbar zur Grundregel der politischen Führung Polens geworden. Die Hartnäckigkeit, mit der die Partei ihre Entscheidungen anderen auferlege und der Mißbrauch des Rechts als Werkzeug der Behörden, sind zu verurteilen. Unter diesen Umständen sei zu erwarten, daß sich der Unmut des Volkes früher oder später ebenso radikal entlade wie in den Jahren 1956, 1970 und 1976 ... Der Sozialismus, den die Menschen vor Augen haben, wird mit dem Sozialismus verglichen, den sie gerne sehen — und der Unterschied zwischen Realität und Ideal ist schmerzhaft“ (FR, 25.10.79).

Die teilweise führenden polnischen Persönlichkeiten unterschiedlicher Weltanschauung aus Wissenschaft, Kultur und Publizistik betonen, daß ihre (radikal)reformerischen Empfehlungen durchaus im Interesse der PVAP-Führer liegen, daß die „polnischen Übel“ jedoch nicht nur nicht durch den wissenschaftlichen Sozialismus gedeckt, sondern geradezu erhebliche Abweichungen seien.

Die PVAP-Führung hat ihre Mitglieder in der Parteizeitung „Trybuna Ludu“ aufgefordert, der politischen Opposition „entschieden entgegenzutreten“. In den Richtlinien für den VIII. Parteikongreß, der am 11.2.80 in Warschau eröffnet werden soll, wird verkündet, daß „antisozialistische Elemente“ versuchen, die „Einheit unserer Nation in Kernfragen wie Polens System und seinen Platz in der Welt zu untergraben“. Dabei bedienen sie sich angeblich „pseudodemokratischer Phrasen und sozialer Demagogie“. Die Betätigung der Oppositionellen stehe im engen Zusammenhang mit dem ideologischen Kampf, den „ausländische antikommunistische Zentren“ gegen die VR Polen führen („SZ“, 31.10.79).

Die polnische Dissidenten-Szene, die zunehmend an Breite, aber auch ideologischer Vielfalt zunimmt, hat in diesem Jahr einen neuen Aufschwung erlebt. Die katholische Kirche, die durch die Krönung eines Polen zum Papst und dessen Besuch im Lande noch an Einfluß gewonnen hat, ist dabei ein merklicher „Schutzpatron“. Im folgenden geben wir eine Übersicht über die uns bekanntgewordenen Aktivitäten der Dissidenten-Szene Polens:

Im Dezember 1978 halten 4.000 (!) Menschen eine Gedenkundgebung vor den Toren der „Lenin-Werft“ in Gdansk zu Ehren der Opfer der Arbeiteraufstände in den Ostseestädten 1970 (1977 waren es noch 500).

Solidaritätsbekundungen für die Angeklagten aus dem Westen — so hatten sich die meisten westeuropäischen KPs scharf gegen die Prozesse ausgesprochen (AK 164) — heißt es: „Sie bemühen sich, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den wirklich wichtigen, entscheidenden Aufgaben der Neuzeit abzulenken. Die erste dieser Aufgaben ist der Kampf zur Verwirklichung der Entspannung“.

Wahrlich ein triftiges „Argument“. Geradezu „inhaltlich“ ist die Stellungnahme des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ ausgefallen, die natürlich die Urteile 150 %ig rechtfertigt. „Bekanntlich wurde dieser Tage in Prag eine subversive Gruppe wegen umstürzlerischer Tätigkeit gegen die Republik verurteilt. Sie hätte fortgesetzt konterrevolutionäre und staatsfeindliche Arbeit mit dem Ziel betrieben, Mißtrauen und Feindschaft gegen die sozialistische Staatsordnung zu säen und die CSSR im Ausland zu verunglimpfen“ ... — in diesem Tone weiter.

Es erübrigt sich beinahe anzumerken, daß in den Tagen des Prozesses die „Unität“, Zentralorgan der KPI, und die „Humanité“, Zentralorgan der KPF, an den Kiosken der DDR nicht zu kaufen waren! (nach „TAZ“, 5.11., 6.11., 7.11.)

RGW-Kommission

Seit Juli 1978, als die Bauern aus dem Bezirk Lublin ihr eigenes Selbstverteidigungskomitee gründeten, werden viele Zentren unabhängiger Aktionen auf dem Lande in ganz Polen geschaffen. „In der Mehrheit dieser Zentren wurden Fortbildungskurse und Vorträge organisiert. Um die ständig steigende Nachfrage nach solchen Veranstaltungen zu befriedigen, wurde es nötig, eine Bauernuniversität zu gründen“ („Kommunique der Komitees“, März 1979).

\*\*\*  
Im April dieses Jahres bekommen einige der prominentesten Mitglieder des KOR, Jacek Kuron, Adam Michnik und Professor Lipinski Gelegenheit, in Warschau vor der Versammlung des staatlichen Sozialistischen Polnischen Studentenverbandes über die Angriffe auf die „Fliegende Universität“ durch Provokationen und gedungene Schläger zu berichten. Ihre Darstellungen und Proteste gegen die amtliche Version werden durch die Studenten applaudierend unterstützt. Die Führer des Studentenverbandes, haben nicht versucht, auf der amtlichen Darstellung zu beharren und verdrückten sich (lt. „SZ“, 14.4.79).

\*\*\*  
Mitglieder der national-konservativen ROPCO geben — während einer nicht genehmigten Demonstration mit 4.000 Teilnehmern zum „Grab des Unbekannten Soldaten“ in Warschau — die Gründung der „Partei für Freiheit und Unabhängigkeit“ bekannt. Ihr Ziel sei es, „mit allen Nachbarn Freundschaft zu suchen, mit den Russen, den Deutschen und den anderen. Niemals werden wir aber hinnehmen, Sklaven irgendeiner Seite zu sein“ („SZ“, 3.9.79).

\*\*\*  
Anfang September veröffentlichten 60 Arbeiter mit Name und Adresse in der oppositionellen Zeitung „Robotnik“ (Arbeiter) eine „Charta für Arbeiterrechte“. Der Staatsgewerkschaft wird vorgeworfen, nicht für die Arbeiter einzutreten. Fernziel sei die Bildung eines „Systems unabhängiger Gewerkschaften“. Neben dem Streikrecht werden eine gerechtere Lohnstruktur, das Verbot von Zwangs-Überstunden und Frauen-Nacharbeit, die Abschaffung von Privilegien für Parteifunktionäre und die Einführung der 40-Stunden-Woche gefordert.

## Kein Grund zum Angehen!

Am 20. Oktober trat in der Sowjetunion eine begrenzte Amnestie für Minderjährige und Mütter ein, die zur Arbeitslagerhaft und anderen Strafen verurteilt sind. Diese Amnestie geht zurück auf einen Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjet und soll ein Beitrag zum „Jahr des Kindes“ sein.

Straferlaß wird gewährt für Kinder und Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr, die vorher nicht straffällig waren sowie für Jugendliche, die noch nicht 18 sind, sofern die Strafe nicht länger als ein Jahr ist. Desgleichen

## „Kampuchea-Solidarität“ oder Ball der einsamen Herzen

Am 2./3.11. fand in Frankfurt ein „Nationaler Kampuchea-Kongreß“ statt. Trotz vorheriger Ankündigungen, sich mit „Patrioten“ etc. pp. zusammenzutun, blieben bei diesem Kongreß die „ML“-Vaterlandsverteidiger ganz unter sich. Es sprachen Schmierer (KBW), Horlemann („KPD“) und Hochstätter (MLD). Die Provokationstruppe MLD scheint sich damit ihren festen Platz am Tisch der „Großen“ erkämpft zu haben. Vor zwei Jahren nannte „KPD“-Chef Semler die MLD noch eine „Gründung des Verfassungsschutzes“. So vergeht die Zeit ...

So richtig gern zeigt sich die „KPD“ anscheinend immer noch nicht in der Gesellschaft der MLD: Der ganze, ursprünglich groß angekündigte Kongreß war der „KPD“ schließlich nur eine sehr kleine Notiz in ihrer „Roten Fahne“ vom 8.11. wert. Die Trägerorganisationen („KPD“, KBW und MLD) werden in dieser Notiz überhaupt nicht erwähnt. Dafür scheint die „Rote Fahne“ die Teilnehmerzahl ein bißchen hochgepumpt zu haben: Von 1200 Teilnehmern der Abschlusveranstaltung ist da die Rede, während die auch nicht gerade als kleinlich bekannte „KVZ“ des KBW nur 840 zählte („KVZ“, 5.11.). In der

Bei der Beurteilung der innenpolitischen Entwicklungen in der BRD, speziell hinsichtlich der Kanzler-Kandidatur von Franz-Josef Strauß, scheinen sich im „realen Sozialismus“ neuerdings recht kuriose Bewertungskriterien durchzusetzen. Zu diesem Schluß könnte man jedenfalls kommen, wenn man die politischen Sendungen des ungarischen Fernsehens betrachtet.

In der Sendereihe „Außenpolitisches Forum“ im Budapester Fernsehen präsentierte am 17.10. ein unbekannter Gesprächsleiter Zuschauerfragen an Pal Ipper, politischer Redakteur des Budapester Fernsehens, die Kommentatoren Janos Hajdu, Ferenc Varnai und Erwin Reti, den Nachrichtenansager Jozsef Palfy und Alajos Chrudinak, Leiter der außenpolitischen Abteilung des Budapester Fernsehens.

Nachdem zunächst über das sowjetische Angebot eines Truppenabzugs von 20.000 Soldaten aus der DDR diskutiert worden war, verlas dann der Gesprächsleiter folgende Zuschaueranfrage: „Franz Josef Strauß war in diesem Sommer als Privatperson in Ungarn. Warum wurde er von Janos Kadar empfangen?“ Bei der Beantwortung dieser Frage entspann sich der im folgenden in Auszügen dokumentierte Dialog:

Sprecher 1: „Nach Helsinki, im Rahmen des Meinungsaustausches auf dem Kontinent, versuchen wir, innerhalb des Konzepts der Ost-West-Beziehungen, mit allen wichtigen politischen Kräften in einem gegebenen westeuropäischen Land Gespräche zu führen. Als Janos Kadar in Bonn war, hatte er die Gelegenheit, Strauß zu treffen. Dies war das zweite Mal, daß Strauß in Budapest war, dieses Mal als Ministerpräsident von Bayern. Erlauben Sie mir, Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß in der BRD die Ministerpräsidenten der Länder eine wichtige Rolle spielen und innerhalb der ungarisch-westdeutschen Wirtschaftsbeziehungen spielen die ungarisch-bayerischen Kontakte eine sehr wichtige Rolle.“

Sprecher 2: „Ich möchte ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß der Ton und die Haltungen weder der führenden Persönlichkeiten des ungarischen politischen Lebens noch der ungarischen Massenmedien einen Zweifel daran lassen, daß unsere Sympathie weiterhin der sozial-liberalen Koalition und Kanzler Helmut

Schmidt gilt. Jedoch als einer der Faktoren in der europäischen Politik kann der Meinungsaustausch mit Franz Josef Strauß nicht vernachlässigt werden.“

Sprecher 1: „Übrigens, wir wählen nicht den bayerischen Ministerpräsidenten; so ist, was uns angeht, derjenige bayerische Ministerpräsident, der gewählt wurde.“

Sprecher 2: „Damit es kein Mißverständnis gibt, da offensichtlich in der Frage impliziert ist, daß dies irgendein Wandel unserer Sympathien bedeutet. Nein.“

Sprecher 1: „Ich möchte vielleicht hinzufügen, daß diese Feststellung hier nicht eine Frage der Sympathie zu den Personen der sozial-liberalen Führer ist, sondern vielmehr, daß ihre Politik im Zusammenhang mit Helsinki und den sozialistischen Ländern das ist, was unsere Sympathie weckt.“

Sprecher 2: „Gleichzeitig ist Helmut Schmidt ein netterer Mensch als Strauß“ (nach „MD“, 24.10.79).

So mancher ungarischer Fernsehzuschauer mag sich an dieser Stelle besorgt gefragt haben, welches größeres Entgegenkommen Janos Kadar hätte Strauß noch entgegenbringen können, wenn umgekehrt nun Strauß ein netterer Mensch als Schmidt wäre.

Denn über den tatsächlichen politischen Wert derartiger Besuche und deren innenpolitische Bedeutung für das Image von Strauß in der BRD, ist man sich in den Ländern des „realen Sozialismus“ mitunter durchaus im Klaren.

So kommentierte doch Radio Prag z.B. eben gerade erst am 24.10. den Hua-Abstecher nach Bayern folgendermaßen: „Peking und die Opposition sind sich in der Erläuterung des Begriffs 'Entspannung' einig. Ihrer Auffassung nach ist sie identisch mit dem Begriff 'Kalter Krieg', der gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Die Hervorhebung von Franz-Josef Strauß durch Hua ist nicht zufällig. Er sieht hier eine kleine, so doch wenigstens eine Möglichkeit, daß dieser Politiker im kommenden Jahr Bundeskanzler werden könnte. Dies würde eine Änderung der Bonner Politik gegenüber China bedeuten, um die sich Peking bisher vergebens bemüht. Die chinesische Hilfe für den bayerischen Kandidaten im Wahlkampf kann deshalb nicht überraschen“ (nach „MD“, 25.10.79).

Antifa-Kommission Göttingen

Da wird einem schon ganz schön mulmig zu Mute. Gerade in den letzten Wochen haben wir im AK angegriffen, daß in der BRD 14-jährige im Knast sitzen (Anlaß war ein Selbstmord im Ruhrgebiet), daß Mütter kleiner Kinder mitsamt ihren Kindern eingesperrt werden („Kinder im Knast“, AK 163). Und jetzt das gleiche in der Sowjetunion. Eine Illusion weniger über den „realen Sozialismus“!

Kinderkommission Hamburg

## CSSR: Weitere Verhaftungen

Nach der Verurteilung von sechs „Charta-77“-Mitgliedern zu Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren (siehe AK 164) wurden am vergangenen Wochenende erneut neun Anhänger der „Charta“ bzw. des „Komitees zur Verteidigung der der Unrecht Verfolgten“ (VONS) festgenommen. Unter den Festgenommenen befanden sich die beiden Söhne von Otta Bednarova, die in dem Prozeß vor zwei Wochen zu drei Jahren Haft verurteilt worden war sowie mehrere junge Arbeiter.

Mehrere Wohnungen wurden durchsucht. Dokumente über die „Charta 77“ und das VONS beschlagnahmt. Als angeblicher Grund für die Verhaftungen wurde ein Brief genannt, der eine Morddrohung gegen Staatspräsident Husak enthielt.

Alle Verhafteten wurden bis Montag wieder freigelassen.

Gegen die Urteile, die vor zwei Wochen gegen sechs „Charta“-Mitglieder verhängt worden waren, haben in einem Brief an die ungarische Regierung fast 200 ungarische Intellektuelle protestiert. Den Protest, in dem die Freilassung der Verurteilten gefordert wird, unterzeichneten u.a. Andreas Hegedüs, ungarischer Ministerpräsident bis 1953 sowie die Witwe und der Sohn des ehemaligen Innen- und Außenministers Laszlo Rajk, der 1949 wegen „Spionage“ erhängt wurde.

Stellung genommen hat mittlerweile auch die „Prawda“: Zu den

„Roten Fahne“ vom 8.11. klagt die „KPD“, daß die „Kampuchea-Solidarität“ (gemeint ist die „Solidarität“ mit dem gestürzten Pol-Pot-Regime und der chinesischen Aggression gegen Vietnam) noch auf einen sehr kleinen Kreis politischer Kräfte beschränkt sei. Das ist zweifellos richtig und wird zumindest so lange so bleiben, wie an der Unterstüt-

zung des Pol-Pot-Regimes festgehalten wird. Um die „Bündnisbreite“ zu öffnen, tendieren „KPD“ und MLD deshalb dazu, eine distanzierte Haltung zu Pol Pot einzunehmen. Dagegen hat sich aber der KBW quergelegt, der sehr treu an Pol Pot hängt und zu einer Bündnispolitik außerhalb des „ML“-Spektrums sowieso wenig Lust hat.

## Internationalismus-Arbeitstreffen

Zur Vorbereitung des 1. Kongresses des KB wollen wir am

1. und 2. Dezember

ein weiteres Treffen zum Thema Internationalismus veranstalten. Interessierte Genoss(innen) sollten sich den Termin vormerken.

Das Treffen wird voraussichtlich im Raum Hamburg stattfinden. Einige Genoss(innen) werden Referate halten, um Material für die anschließende Diskussion zu liefern. Wir hoffen,

daß möglichst kontrovers diskutiert wird und daß im Laufe des Treffens Anträge und Resolutionsvorschläge für den Kongreß vorbereitet werden können.

Kurz vor dem Arbeitstreffen werden wir Vorbereitungsmaterialien versenden. Wir fordern Euch auf, selbst Beiträge vorzubereiten oder Papiere zu verfassen.

Bisher vorgeschlagene Themen:  
3. Welt und Imperialismus  
Gefahr eines 3. Weltkrieges  
Außenpolitik der Sowjetunion  
Proletarischer Internationalismus



# Die ZL auf Entdeckungsreise

Die ZL bestreitet ihre Werbung im Wesentlichen mit dem Image der 100%ig Standhaften und Prinzipientreuen. Sie behauptet von sich, „im Wesentlichen bisher vereinheitlichte Erkenntnisse und Bewertungen“ des KB gegen den Rest der Organisation zu verteidigen, der mehr und mehr von den alten, bewährten Prinzipien abrickte. Daß Verdrehungen und Unterstellungen nötig sind, um diese Fiktion aufrechtzuerhalten, wurde bereits vielfach nachgewiesen.

Erstaunlich ist z.T., was die ZL als angeblich „bisher vereinheitlichte Erkenntnisse und Bewertungen“ anzubieten versucht. So gab die ZL im AK 165, S.54 eine bemerkenswerte Interpretation der Krise der Linken: Hauptursache dieser Krise sei eine „ideologische Offensive der Bourgeoisie“, die 1973/74 begonnen habe. Diese „ideologische Offensive“ habe zum Zusammenbruch des „Umfelds“ der „kommunistischen Zirkel“ geführt. Wörtlich: „Zum Teil bedingt durch politische Fehler der Zirkel gegenüber diesem ‚Umfeld‘, aber hauptsächlich als Ergebnis einer 1973/74 einsetzenden umfassenden ideologischen Offensive der Bourgeoisie und ihrer Agenturen gegen die neu auf gekommenen Ideen eines radikalen Marxismus-Leninismus, ist dieses ‚Umfeld‘ zusammengebrochen, noch bevor sich die Krise in den Zirkeln selber spürbar bemerkbar gemacht hat“ (Hervorh. von uns). „Die daraus folgende Isolierung der kommunistischen Zirkel setzte sich – unter anhaltender ideologischer Offensive der Bourgeoisie – schließlich als Krise innerhalb der ‚Zirkel‘ fort“.

Etwas später ergänzt die ZL diese Thesen zur Krise noch etwas: „... so gelang es der Bourgeoisie ab Mitte der 70er Jahre Schritt für Schritt ein neues antikommunistisches Feindbild – jetzt gegen die ‚K-Gruppen‘, den ‚Leninismus-Maoismus‘ etc. – aufzubauen, wobei ihr gewisse außenpolitische Entwicklungen (z.B. Rechtswendung Chinas) und sektiererische Entgleisungen einiger kommunistischer Gruppen zu Hilfe kamen...“ (ebensofalls AK 165, S.54). Auf Befragen erklärte der Hauptvertreter der „Kommunistischen Gruppen“: „... kamen...“ (ebensofalls AK 165, S.54). Auf Befragen erklärte der Hauptvertreter des ZL-Artikels ausdrücklich, diese Sicht der Krise sei doch im KB „seit langem vereinheitlicht“. Diese Behauptung ist fast noch erstaunlicher, als die vorgetragenen Thesen selbst.

Daß sich die Genoss(inn)en von der ZL nicht die Mühe gemacht haben, ihre Thesen wenigstens mit einem Hauch von konkreter und differenzierter Analyse des Gegenstands zu würzen, ist kaum noch verblüffend. Hinzu kommt aber, daß sie anscheinend alles total aus ihren Köpfen verdrängt haben, was dazu jemals in unserer Presse ausgesagt wurde: Immerhin ist ja die Krisenentwicklung der verschiedenen „ML“-Organisationen im AK kontinuierlich und geradezu minutiös verfolgt worden.

Der KBW, um bei der früher wichtigsten Organisation zu beginnen, vollzog seinen Zusammenbruch im Wesentlichen im Verlauf des Jahres 1976, nachdem die Ansätze schon 1975 deutlich waren. Und zwar nicht auf Grund einer „ideologischen Offensive der Bourgeoisie“ und im Wesentlichen auch nicht vom Umfeld her nach innen, sondern umgekehrt, ausgehend vom Führungs Kern des KBW. Ein phantastischer Amoklauf von Schmierer & Co. (Parallelen zum derzeitigen Auftreten der ZL liegen nahe) zerschlug innerhalb weniger Monate die damals bei weitem stärkste Organisation der „Neuen Linken“.

Wenn die ZL heute die Politik von Schmierer & Co. zur Neben-sache bei diesem Drama erklärt und die „ideologische Offensive der Bourgeoisie“ zur Hauptseite erhebt, ist das schon komisch genug. Dies als „früher vereinheitlicht“ auszugeben, ist noch wunderlicher. „Vereinheitlicht“ schon, aber doch nicht im KB! Sondern bei Schmierer und Fochler, die in der Tat die „Theorie“ vertraten, daß für alle Probleme der innerorganisatorische „Opportunismus“ und die „Ausöhnung mit Reformismus und Opportunismus“ verantwortlich seien.

Was die „KPD“ angeht, so war bisher „vereinheitlichte Position“ im KB, daß deren Niedergang in erster Linie eng mit ihrem Übergang zur Politik der Vaterlandsverteidigung (1975/1976) zusammenhängt, und dieser wiederum mit dem Gang der Dinge in China.

Nimmt man noch die KPD/ML da-

zu, so machte diese ihre Krisen sogar schon Anfang der 70er Jahre – also vor dem Einsetzen der von der ZL diagnostizierten „ideologischen Offensive der Bourgeoisie“ – durch. Ihre schwerste Krise hatte sie Ende 1971/Anfang 1972, als ca. 80% der Mitglieder und Sympathisanten davonliefen. Mit den restlichen 20% baute Ernst Aust einen kleinen und nicht besonders agilen, aber immerhin halbwegs stabilen Familienbetrieb auf. Die Krisen der verschiedenen linken Organisationen (man könnte noch die DKP oder den KABD hinzufügen) verliefen also durchaus unterschiedlich. Keinesfalls passen sie in das grobe Raster der neuen ZL-These von der „ideologischen Offensive der Bourgeoisie“ als Hauptursache der Krise. Die ZL (und stärker noch ihre Anhänger, die

Überbetonung des „ideologischen“ Aspekts konterrevolutionärer Offensiven zeigt sich zugleich eine bedenkliche Unterschätzung und „kindische“ Leichtfertigkeit gegenüber den materiellen Aspekten der Repression, was also konkret die Verhaftung Zigtausender, die wiederholte Zerschlagung aller leitenden Organe einer Partei im Inland usw. angeht. Als Hauptproblem erscheint nur noch „ideologische Wankelmütigkeit“, „Schlappheit“, „Feigheit“ etc.pp. Die Hauptaufgabe in der Krise besteht folglich darin, den „inneren Schweinehund“ bei sich und anderen zu bekämpfen, die allzu „Schlappen“ sowie sonstige „Fehlströmungen“ vor die Tür zu setzen und den ideologischen Sturmriemen recht straff zu ziehen. Nebenbei bemerkt: Eine derart über-

erste Phase, schlichtweg Ermüdung und Resignation als Hauptform der Zerfallserscheinungen in den „kommunistischen“ Organisationen. Die wenigsten, die 1977/78 den KB verließen, haben ihren Rückzug damit begründet, daß der Kommunismus nichts mehr taue o.ä. Im Gegenteil, speziell für den KB wissen wir, daß zunächst die Mehrheit der Austretenden kaum Kritikpunkte an der Politik des KB oder am Kommunismus, sondern persönliche Gründe oder Unzufriedenheit mit innerorganisatorischen Verhaltensweisen, „Strukturen“ o.ä. als Grund nannte. Das sind, wie die ZL zu sagen pflegt, „alle Kammellen“, alles in AK's und UW's zu Beginn der Krisenabende (Sommer/Herbst 78) nachzulesen.

Es bleibt auch die Frage, was die ZL nun genau und im Einzelnen unter „ideologische Offensive“ versteht. Im Artikel in AK 165 spricht sie in diesem Zusammenhang vom „Aufbau eines neuen antikommunistischen Feindbildes“ durch die Bourgeoisie. Es ist schwer vorstellbar, daß der Aufbau eines solchen „Feindbildes“ bewirkt haben soll, daß Hunderte oder Tausende sich erschrocken von den „K-Gruppen“ abwandten. Auf diesen Prozess geht die ZL leider nicht ein, obwohl er ja im Zusammenhang ihrer Versprechungen auf „Krisenbewältigung“ ganz interessant wäre.

Selbstverständlich hat die Bourgeoisie ein spezielles „antikommunistisches Feindbild“ gegen die „K-Gruppen“ entwickelt, aber dieses „Feindbild“ richtet sich an die Masse der Bevölkerung, nicht an die Linke. In der Linken ruft diese Art von „Feindbild“ eher den gegenteiligen Effekt – Solidarisierung – hervor. Nun ist festzustellen, daß es zwar in Teilen der Linken ein eigenes „antikommunistisches Feindbild“ gibt, das aber in erster Linie von Teilen der Linken („Agenturen der Bourgeoisie“) entwickelt wurde. Hierbei haben insbesondere Ex-Mitglieder von „K-Gruppen“ („Agenten der Bourgeoisie“) eine „hervorragende“ Rolle gespielt, gerade auch in Verallgemeinerung eigener Erfahrungen der Bourgeoisie(?) eine „hervorragende“ Rolle gespielt, gerade auch in Verallgemeinerung eigener Erfahrungen.

Ein Beispiel zum besseren Verständnis: Anlässlich der „Belagerungen“ von Brokdorf und Grohnde produzierte die Bourgeoisie ein bestimmtes „antikommunistisches Feindbild“ („Gewalttäter“, „Terroristen“ etc.pp.). Gleichzeitig gab es in Teilen der Linken und der Anti-AKW-Bewegung ein ganz anderes Feindbild von den „K-Gruppen“ („Machtpolitik“ usw., im Falle des KB auch der Vorwurf des Opportunismus). Das von der Bourgeoisie aufgebaute „Feindbild“ war in diesem Fall eher geeignet, die Anti-AKW-Bewegung zu isolieren, statt die „K-Gruppen“ zu isolieren. Wenn heute trotzdem in der Praxis sich die „Gewaltfreiheit“ fast total durchgesetzt hat, so ist das kaum ein ideologisches Problem (als hätte die Bourgeoisie hier irgendwelche pazifistischen Ideen künstlich „verankert“), sondern hängt in erster Linie mit den praktischen Erlebnissen der Unterlegenheit gegenüber einem voll aufgefahrenen Staatsapparat (insbesondere der „Kalkar-Schock“) zusammen.

Analysiert man zudem die Krise der Linken als Ganzes, so ist (zu-

mindest für die BRD und Westberlin) festzustellen, daß sich die Krise der meisten Organisationen zunächst im Wesentlichen spontan (also ohne antikommunistische Argumentation und Ideologie) vollzog. Erst in einem späteren Stadium traten Elemente einer speziellen antikommunistischen bzw. antileninistischen Ideologie hinzu. (Der Prozess verlief bei den einzelnen Organisationen selbstverständlich unterschiedlich). Dies zeigt auch die Krise des KB, die mit „unpolitischen“ Austritten begann und erst in einer späteren Phase, im Stadium des fortgeschrittenen Zerfalls, auch eine „ideologische“ Opposition produzierte. Ähnlich gilt für die „kommunistische Bewegung“ insgesamt, daß sie erst jetzt tatsächlich mit den Elementen einer revisionistischen Ideologie konfrontiert ist, die nun allerdings nicht nur organisatorische Probleme für ein paar „K-Gruppen“ schafft, sondern die dazu führen könnte, daß der Marxismus-Leninismus als politische Kraft in den nächsten Jahren keine Rolle mehr spielt, falls uns nicht eine entscheidende Wendung und Neuorientierung unserer Arbeit gelingt.

Nachtrag: Da die ZL sehr darauf beharrt, mit ihrer neuen These zur Krise der Linken „uralte Positionen“ des KB zu vertreten, wäre es interessant, wenn die ZL hierzu Belege vorlegen würde. Als Beleg erwähnt wurde bisher gesprächsweise der UW 14. Der trägt nämlich tatsächlich auf der ersten Seite die Schlagzeile „Propaganda-Offensive der Kapitalisten“. Pech aber für die ZL, daß der UW 14 nicht 1973/74 erschien, sondern 1971. Der KB war damals gerade erst gegründet. Pech auch, daß im UW 14 trotz der schönen Schlagzeile gar nichts steht, was sich auf die neuen Thesen der ZL (ideologische Offensive als Hauptursache der Krise) reimen ließe. Im UW 14 handelt es sich im Wesentlichen um den Abdruck eines Kapitalisten-Schreibens, in dem eine „gesamunternehmerische Öffentlichkeitsarbeit“ und eine pro-kapitalistische „Informationsoffensive“ befürwortet wird. Dabei geht aus dem Schreiben eindeutig hervor, daß es sich nicht um eine pro-kapitalistische „Informationsoffensive“ befürwortet wird. Dabei geht aus dem Schreiben eindeutig hervor, daß es sich nicht gerade das „linke Umfeld“ als Zielgruppe dieser pro-kapitalistischen Propaganda im Blickfeld war. Irgendwelche taktischen oder gar strategischen Schlußfolgerungen für die Ausrichtung der Propaganda wurden ansonsten in diesem Kapitalisten-Papier nicht entwickelt.

Die ZL verweist außerdem darauf, daß die Existenz einer „ideologischen Offensive“ der Bourgeoisie im KB „früher vereinheitlicht“ gewesen sei. So allgemein ist das zweifellos richtig. Schon 1971, in der Gründungsphase des KB, gingen wir davon aus, daß sich die Bourgeoisie „ideologisch in der Offensive“ befände und verteidigten diese Einschätzung insbesondere gegen die Höhenflüge des KBW. Auch die „K-Gruppen“-Hetze, in enger Verbindung mit der „Terroristen“-Hetze, gehört tatsächlich zu den traditionellen Thesen des KB. NEU ist hingegen die Erhebung dieser Hetze zur Hauptursache der Krise der Linken. Und NEU ist auch die Dreistigkeit, eine solche These als „früher vereinheitlichte Position“ aufzuputzen.

Leitendes Gremium (Mehrheit)



sich jetzt zu Wort melden) nähern sich mit ihrer These von der „ideolo-

hebliche „Theorie“ kann wohl nur in einer Situation aufkommen, wo es

sich jetzt zu Wort melden) nähern sich mit ihrer These von der „ideologischen Offensive“ sehr den bekannten Argumenten der DKP, die nach jeder mißglückten Kommunal- oder Landtagswahl neu erklängen: Schuld haben der schlimme Antikommunismus, die bösen Angriffe auf uns usw. usf. Bisher haben wir solche Argumente der DKP „vereinheitlicht“ als faule Ausreden angesehen. Denn von einem Anwachsen des Antikommunismus gegenüber 1973/74 kann gerade im linken Wähler-Potential nicht die Rede sein. Wahrscheinlich will die ZL, fern jeder konkreten Analyse, trotzdem die Behauptung vertreten, daß in den demokratischen Bewegungen der Antikommunismus seit 1973/74 (Beginn der „ideologischen Offensive“) zugenommen habe. Tatsächlich ist eher das Gegenteil zu registrieren: Die „K-Gruppen“ sind heute weithin als Partner anderer demokratischer Kräfte geduldet oder akzeptiert, weit mehr als das 1973/74 oder auch noch 1975/76 der Fall war. Das läßt sich, falls die ZL es wirklich bestreiten will, ohne weiteres z.B. beim Durchblättern der alten AK-Jahrgänge ablesen. Aber was, zum Teufel, sind schon Tatsachen, wenn es um die Verteidigung von Prinzipien geht?...

Die neuen Thesen der ZL zur Krise enthalten noch einen weiteren schweren Fehler, nämlich die Betonung und Verabsolutierung des „ideologischen“ Charakters der „Offensive der Bourgeoisie“. Diese Einseitigkeit steigert sich bis zu der schrägen Formulierung, daß die „Faschisierungspolitik“ ein „Aspekt“ (Teilansicht, Seite) der „politisch-ideologischen Propaganda-Offensive der Bourgeoisie“ sei (AK 165, S.54, 4.Spalte unten). Die Faschisierung beinhaltet freilich nur zum geringeren Teil auch eine ideologische Offensive, eine Propaganda-Offensive. Vor allem handelt es sich aber um eine praktisch-politische Offensive, um Zunahme von Repression, Ausbau des Polizei-Apparats usw. Diese Seite der Faschisierung dürfte die Linke erheblich stärker getroffen haben als die „Propaganda-Offensive“. Die ZL-Fraktion scheint inzwischen aber schon so weit gekommen, daß sie die „ideologische Offensive der Bourgeoisie“ sogar als „Haupterscheinung“ der Krise der SDAPR in der Phase der Stolypinschen Reaktion betrachtet. In dieser

hebliche „Theorie“ kann wohl nur in einer Situation aufkommen, wo es zwar zugestandenmaßen viel Schlappheit, aber noch relativ wenig materielle Repression gibt. Bei dieser „Theorie“ der ZL, scheint der Umstand eine Rolle zu spielen, daß die ZL von „ideologischer Offensive“ falsche Vorstellungen hat. Wir vermuten beispielsweise, daß die ZL die durch die Berufsverbote produzierte Einschüchterung „hauptsächlich“ der „ideologischen“ Offensive zuschreibt – nach dem Motto „Hauptsache sind nicht die Berufsverbote, sondern das kleinbürgerliche Bewußtsein der von ihnen Bedrohten“. So schlicht liegen freilich die Dinge nicht.

Nehmen wir ein für die ZL anscheinend sehr fernliegendes Beispiel, nämlich die Geschichte unserer eigenen Organisation. Wie kann die ZL denn bei ihren Belehrungen im AK 165 einfach vergessen haben, daß wesentliche Praxisbereiche des KB nicht wegen einer „ideologischen Offensive“ zusammenbrachen, sondern wegen massenhafter politischer Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse? Oder gilt hier jetzt etwa auch schon das Motto: „Die Entlassungen waren nur der äußere Anlaß, Hauptursache war das kleinbürgerliche Bewußtsein der Entlassenen“? (vgl. die gleichlautenden Thesen der ZL zur Stolypinschen Reaktion, AK 164).

Tatsache ist, daß der relativ weitgehende Zusammenbruch unserer Praxis in den Betrieben und Gewerkschaften (und ähnlich waren hiervon auch die anderen „K-Gruppen“ betroffen) dem Zusammenbruch anderer Bereiche („Umfeld“ etc.) vorausging, und daß dieser weitgehende Zusammenbruch eines zentralen „Arbeitsfeldes“ (das gilt besonders für den KB!) doch eine ganze Menge mit der späteren Krisen-Entwicklung unserer Organisation zu tun hat. Bekanntlich ist dieses Thema bis heute nicht systematisch aufgearbeitet worden. Die neue These von der „ideologischen Offensive“ und dem „antikommunistischen Feindbild“ der Bourgeoisie als Hauptgrund für die Krise der Linken taugt nicht einmal stückweise für eine konkrete Analyse. Denn abgesehen von den erwähnten politischen Angriffen (Berufsverbote, Entlassungen usw.) und abgesehen von den speziellen politischen Wendungen des KBW oder der „KPD“ bleibt, zumindest für die

## KB Unser Weg Neu

KOMMUNISTISCHER BUND | 30

### Diskussionsmaterial

für den 32 S.

### 1. Kongreß des KB DM 3,-

### vom 4. bis 6. Januar 1980



# Politikastertum statt Polemik

„Wozu beginnt man eine Polemik, wenn man nicht gewillt ist, die Meinung des Gegners sachlich zu analysieren und die eigene offen auszusprechen?“ (Lenin, „Antwort an das St. Petersburger Komitee“, Okt. 1901, Werke Bd. 5, S. 239).

Als „Politikastertum“ bezeichnete Lenin die Ersetzung der Polemik durch Geschimpfe. Die ZL hat für „Politikastertum“ ein paar andere Ausdrücke: Sie nennt es „Versachlichung der Debatte“, „den roten Faden im Auge behalten“ u.ä. Es liess daher nichts Gutes ahnen, als die ZL in ihrer Replik auf meinen „Thesen“-Artikel (vgl. AK 162 und AK 165) ankündigte, sie wolle sich bemühen, „den berühmten roten Faden“ in F.s Gedankenführung in der Hand zu behalten“ und wolle sich darauf beschränken, „den wesentlichen Fehlern von F. entgegenzutreten“, statt „auf alle Unstimmigkeiten einzugehen“.

Das Ergebnis dieser Ankündigung: Mein „Thesen“-Artikel bis zur Unkenntlichkeit in Halbsätze atomisiert und durcheinandergemischt; an den Haaren herbeigezogene spitzfindige Polemiken; grobe Verdrehungen; Beschimpfungen und Kraftmeiereien; provokatorische Unterstellungen.

Dabei geht es der ZL selbstverständlich gar nicht um mich als Person, sondern um Stimmungsmache gegen die ZL-Mehrheit. Zu eben diesem Zweck stellt die ZL mich zu Beginn ihres Artikels vor als „häufig verbal militantesten Vertreter gegen die ZL“. Dem selben Zweck dient die Behauptung, mein „Thesen“-Artikel stelle gerade das „Kraß“ und offen dar, was in den Artikeln von LG-Mitgliedern „nur ansatzweise und behutsam angedeutet“ worden sei. Es geht der ZL also darum, die folgenden Unterstellungen gegen mich zugleich als die geheime Meinung des LG (Mehrheit) erscheinen zu lassen.

Es ist daher nicht nur die ZL-übliche Arroganz, sondern auch eine Lüge, wenn die ZL in der Einleitung ihres Artikels schreibt: „Wir hielten ‚Aussagekraft‘ und ihr zugrunde liegende ‚Wissenschaftlichkeit‘ seiner ‚Thesen‘ zunächst für so gering, daß wir eine nennenswerte Auswirkung auf die Organisation nicht für möglich hielten und daher eine Polemik zunächst verschoben“. Wahr ist, daß die ZL selbst bereits bei Erscheinen des „Thesen“-Artikels schier aus dem Häuschen war über die Möglichkeiten, die sich hier ihrer Ansicht nach für eine Polemik zu bieten schienen, und daß seitens der ZL sofort ein Artikel angekündigt wurde. Wahr ist aber auch, daß eine ganze Reihe von ZL-Anhängern den „Thesen“-Artikel zunächst gar nicht schlecht fanden. Daraufhin gern den „Thesen“-Artikel zunächst gar nicht schlecht fanden. Daraufhin wurde dann von der ZL die Parole ausgegeben, der „Thesen“-Artikel sei „ein Skandal“, „ein dolles Ding“ usw.

Die Verzögerung der öffentlichen Polemik gegen den „Thesen“-Artikel dürfte also eher damit zu tun gehabt haben, daß erst die ZL-Anhängerschaft entsprechend „vereinheitlicht“ werden mußte. (Daß überhaupt „Vereinheitlichungen“ auf derartige Artikel wie den im AK 165 von der ZL vorgelegten, im KB heute möglich sind, ist ziemlich schwer faßbar.)

Ich will im ersten Teil meiner Antwort lediglich auf die Verdrehungen, Unterstellungen etc. des ZL-Artikels eingehen, um überhaupt den „roten Faden“ der Debatte wieder zu rekonstruieren. Im zweiten Teil (AK 167) will ich auf den Vorwurf des „Befubels der Krise“, auf die „Bodengewinne“ des Revisionismus und auf die Stellvertreter-Funktion der „kommunistischen Gruppen“ in demokratischen Bewegungen eingehen.

## Verdrehungen ...

Die ZL hat sich buchstäblich keine noch so aussichtslose Gelegenheit entgehen lassen, Haarspaltereien an Nebenpunkten zu produzieren. Hierfür ein paar Beispiele: 1. Die ZL zitiert aus meinen „Thesen: „Die kommunistischen Zirkel haben bisher von sich das Selbstverständnis einer ‚kommunistischen Bewegung‘, die sich in einer mehr oder weniger steten Aufwärtsentwicklung allmählich zur neuen Partei entwickelt“ (aus AK 162, S. 49, Spalte 1, Abs. 3). Die ZL hält hier die Belehrung für angebracht, daß die einzelnen Zirkel „unter- und zueinander“ keineswegs das

„von F. behauptete ‚Selbstverständnis‘, sich als gemeinsame ‚kommunistische Bewegung‘ zu definieren“ hätten. Auch der KB sei „weit davon entfernt, diese Gruppen pauschal als ‚kommunistische Bewegung‘ mißzuverstehen und sie als Kern einer künftigen kommunistischen Partei anzusehen“ (AK 165, S. 53, Sp. 2, Abs. 3).

In dem angegriffenen „Thesen“-Zitat ist aber erstens davon die Rede, daß die Zirkel „von sich“ ein solches Selbstverständnis haben, und nicht „voneinander“. (Es geht also um das Selbstverständnis der einzelnen Zirkel, nicht um ein kollektives Selbstverständnis.) Eine Polemik gegen mich über die Differenzen der Zirkel untereinander hätte sich schon deshalb erübrigt.

Zweitens lautet der Anschlußsatz an das herausgegriffene Zitat: „Diese Vorstellungen sind bei den einzelnen Zirkeln unterschiedlich ausgeprägt“. Drittens sind noch im selben Absatz ein ganzes Bündel von komprimierten Argumenten zur Diskussion gestellt – die den differenzierten Prozess nach APO, diversen „kommunistischen Zirkeln“ und KB aufgliedern.

Die Haarspalterei, die die ZL hier mit den Worten „von sich“ und „voneinander“ betreibt, ergibt im Gesamtzusammenhang der Polemik scheinbar gar keinen Sinn. Die Funktion dieser Haarspalterei ergibt sich vielmehr daraus, daß sie der „inhaltliche“ Einstieg des ZL-Artikels ist. In diesem Zusammenhang soll „bewiesen“ werden, daß meine „Thesen“ „keinerlei Bezug zur Realität“ habe (S. 53, Spalte 2 Abs. 1). Damit soll zugleich die voranstehende verallgemeinernde Behauptung „bewiesen“ werden, daß ich meine „Thesen“ allesamt nicht „argumentativ bewiesen“ hätte (S.

Wir befinden uns, wohl gemerkt, immer noch in der Ouvertüre des ZL-Artikels. Bevor es ans Inhaltliche geht, wird eingheizt. So folgt unmittelbar der dritte Tiefschlag:

3. „Wieder andere ‚Thesen‘ von F. zeichnen sich dadurch aus, daß schlicht im Dunkeln bleibt, was F. damit meint oder auch nur dabei gedacht haben mag“. Als „Beispiel“ wird ein Zitatfetzen gebracht, in dem von einem „ideologischen Angebot der VR China als einer scheinbaren, realen Alternative“ die Rede war (AK 162, S. 49, Sp. 3, Abs. 9), um dann scheinlich zu fragen, ob das nun „eine ‚scheinbare‘ oder eine ‚reale Alternative‘?“ war (AK 165, Sp. 3, Abs. 3).

Dazu kann ich nur sagen: Ich hielt die möglichen Auswirkungen dieses eindeutig erkennbaren Kommafehlers für so gering, daß ich eine ausdrückliche öffentliche Korrektur zunächst verschob. Diese Annahme erwies sich aber offenbar als falsch, zumindest soweit es die „Polemiker“ der ZL betrifft. Es sei deshalb erklärt: Der Sinn des Satzes ist, daß das Angebot der VR Chinas als reale Alternative erschien.

Im Übrigen habe ich in der KB-Technik bereits umfangreiche Recherchen eingeleitet, wie ein derart schwerwiegender Fehler zustande kommen konnte!

4. Eine „besondere Schwierigkeit beim Verständnis von F.s Thesen“ findet die ZL in meiner „liderlichen und undifferenzierten Zusammenfassung aller bekannten, sich ‚kommunistisch‘ bezeichnenden Organisationen zur ‚kommunistischen Bewegung‘ oder zu den ‚kommunistischen Zirkeln‘“, die angeblich „alles über einen Kamm schert“; dies stehe einer „differenzierten Krisen-debatte etwas im Wege“ (AK 165, S. 53, Sp. 4, Abs. 2).

als „Bereicherung des eigenen Kampfes“ (des KB) verstanden wissen wollen (S. 54, Sp. 1, Abs. 2). Tatsächlich aber hieß es in meinem „Thesen“-Artikel: „a u c h als ‚Bereicherung ...‘!“ (AK 162, S. 49, Sp. 3, Abs. 8).

6. Wie wenig es der ZL auf Genauigkeit ankommt, zeigt sie auch, indem sie aus meiner „These“, „kommunistische Bewegung“ und demokratische Bewegung seien in der BRD „mehr oder weniger identisch gewesen“ (AK 162, S. 49, Sp. 1, Abs. 5), schnurstracks macht: „a l s o in Wirklichkeit ein- und dieselbe Bewegung“ (S. 54, Sp. 3, Abs. 4).

## ... „Kürzungen“ ...

Nur als abgebrüht sind die „Kürzungen“ zu bezeichnen, die die ZL an dem von ihr so bezeichneten „kümmerlichen Schwanzende“ meiner Thesen vorgenommen hat. Gezielt wurde bei jedem Punkt das weggelassen, was – in aller äußerster Knappheit, zugegeben – auf die konkret zu machende Arbeit hinweist.

## Punkt 1 – ZL-Zitat:

„Anhebung des politisch-ideologischen und theoretischen Niveaus“. In meinen Thesen folgt: „analytische Aufarbeitung/Auseinandersetzung (Schulung) mit der Erneuerung der wesentlichen Fragestellung: Wohin geht die Entwicklung, was kommt auf uns zu. Die Antworten von vor sieben Jahren reichen nicht aus“. Ich kann es nur als zynisch werten, wenn die ZL dazu höhnisch hinwirft: „Seit zehn Jahren ein Dauerbrenner im KB“. – Warum erhebt die ZL dann so ein Geschrei über den ideologischen Zustand der Organisation? Wenn aber die ZL selbst – entgegen ihren bisherigen Praktiken und eigenen Bekundun-

Warum wird die Entwicklung unserer Betriebsarbeit seit 1971 dann nicht aufgearbeitet? Warum ist sie heute so unterernährt? Was wissen wir von der Lage der arbeitenden Frauen, von der Lage einzelner Schichten der arbeitenden Bevölkerung, ihrem Verhältnis zueinander usw. usw.?

Was ihr hier aufführt, ist einfach politische Schaumschlagerei, hinter der eine erbärmliche Perspektivlosigkeit steckt, erbärmlich deswegen, weil ihr nicht einmal in der Lage seid, es zuzugeben, und euch stattdessen als die alleswissenden Leninisten aufspielt. Zudem scheint ihr noch der Meinung zu sein, daß ihr euch an diesen Arbeiten nicht zu beteiligen braucht – da ja „eh“ alles „läuft“, oder?

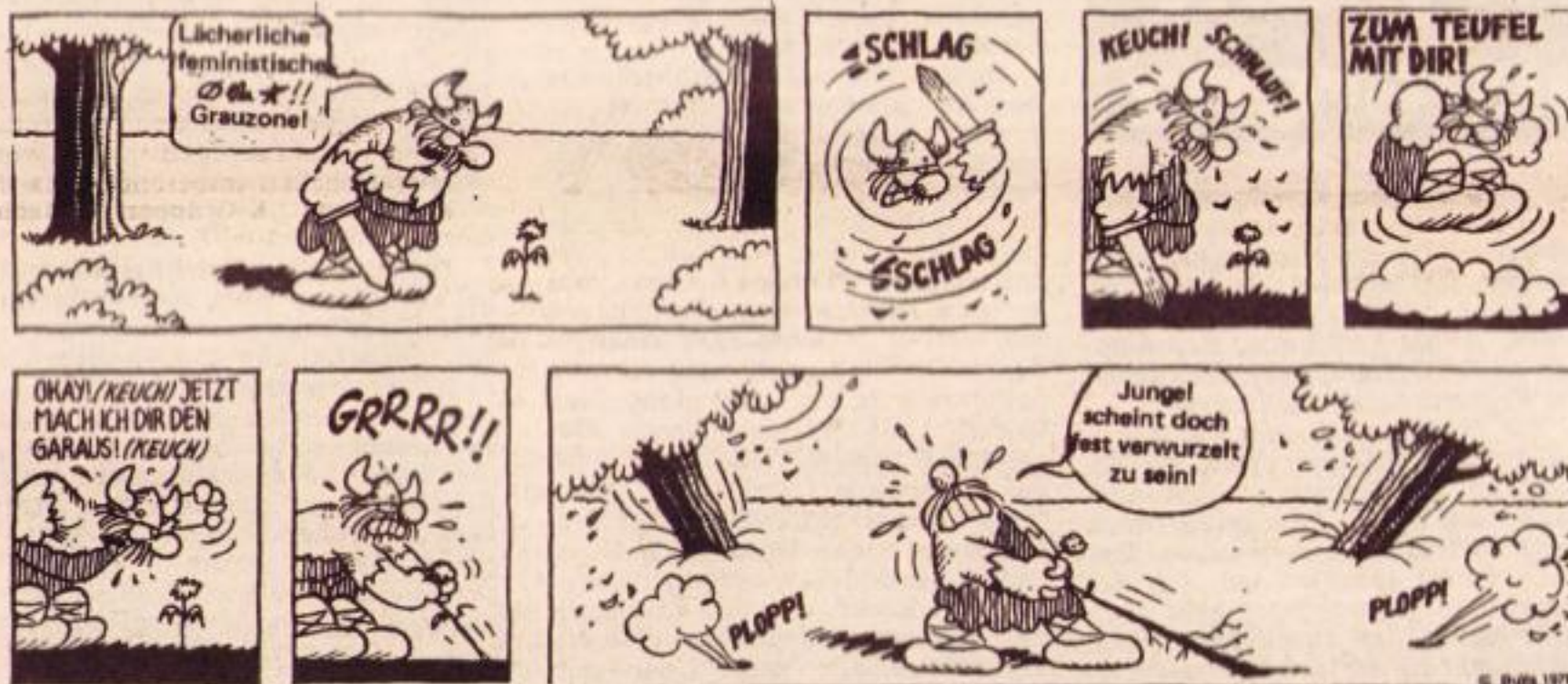
## ... Beschimpfung und Kraftmeierei ...

Ein Kapitel für sich sind die ständigen Schimpfereien, die sozusagen den „roten Faden“ des ZL-Artikels bilden. Es ist doch erstaunlich, wie schrill Leute sich ereifern können, die mit der Forderung angetreten waren, die Debatte zu versachlichen, für mehr Solidarität zu sorgen etc., und die sogar ihren Austritt aus dem KB für den Fall androhten, daß nicht endlich „Sachlichkeit“ in die Debatte einkehrt. Nun, hier ist ihr „solidarischer Ton“: Man könne „nur noch Kopfschütteln über soviel ahistorische Ignoranz“ von F.; „grober Unfug“, der „nicht einmal einer sehr groben Betrachtung stand“ halte; „verrückt“ – dies lediglich als Kommentar zu meiner (keineswegs neuen, sondern im KB „seit langem vereinheitlichten“) „These“ über die zeitweilige Rolle der „kommunistischen Bewegung“ als Stellvertreter in demokratischen Kämpfen (S. 54, Sp. 2, Abs. 2 und 4). Und weiter gehts: „wirklich ausgemachter Kohl“ (S. 54, Sp. 2, Abs. unten); „spezifische Unstimmigkeiten, von denen es in den Thesen zur Krise des Genossen F. nur so wimmelt“ (S. 54, Sp. 3 oben – diese „Feststellung“ wird an dieser Stelle überigens bereits zum drittenmal wiederholt); „Hätte F. etwas besser nachgedacht, hätte er sich diesen Elertanz ersparen können“ (S. 54, Sp. 3, Abs. 6); „heillosen Wirrwarr“; „Thesen-Salat“ (S. 54, Sp. 3, Abs. 3 und 4 – der Witz besteht darin, daß es die ZL selbst ist, die aus meinen Thesen ein Ragout angerichtet hat, um sich dann über das „Wirrwarr“ auszulassen!); „akrupellose Beschönigung gesellschaftlicher Abläufe“ und „Verniedlichung der auf uns zukommenden Aufgaben“ (S. 54, Sp. 4, Abs. 7); „Krisen-Salat“ (schon wieder der Salat) und „blanker Unfug“ (S. 55, Abs. 2). An der Stelle mit dem „blanken Unfug“ geht es über-

jug (S. 55, Abs. 2). An der Stelle mit dem „blanken Unfug“ geht es überigens um die Frage, ob der Einfluß „kommunistischer Zirkel“ und deren teilweise „Führungsrolle“ in demokratischen Bewegungen zunehmend durch Sozialdemokraten und Revisionisten in Frage gestellt wird – was die ZL bestreitet. (Auch dazu im Teil 2 meiner Antwort). Hier sei dazu lediglich festgestellt, daß die ZL sich im AK 165 auf diese Frage überhaupt nicht konkret einläßt (bepfeilsweise mit einer differenzierten Betrachtung einzelner demokratischer Bewegungen und ihrer Entwicklung), sondern mit ihrem Geschimpfe („blanker Unfug“) reine Einschüchterung zu betreiben versucht. Für diese Art des Vorgehens (Ersetzung von Beweisen durch Kraftmeierei) gibt es im Artikel der ZL noch weitere Beispiele:

1. Die ZL behauptet, es sei „die allgemeine Erfahrung“, daß sich die „meisten“ ausgetretenen Ex-KBler nicht „umstandslos“ (?) „in die demokratische Bewegung ‚einsbringen““, sondern sich entweder ins Privatleben zurückziehen oder „in Einzelfällen sich gar als antikommunistische Schreihälse ... betätigen“ (S. 53 Ende und S. 54 Anfang). Die ZL beauftragt sich hier auf angebliche „allgemeine Erfahrung“, die gerade so wertvoll ist wie der bekannte „gesunde Menschenverstand“. Tatsächlich gibt es im KB nicht einmal bruchstückhaft eine Analyse, die derartige Verallgemeinerungen stützen würde. Zu bedenken ist allerdings, daß ein paar „antikommunistische Schreihälse“ sicher mehr auffallen (und sich daher leichter zur „Haupttendenz“ stilisieren lassen) als eine größere Zahl von Ex-Mitgliedern, die jetzt „still und bescheiden“ in irgendeiner Initiative wirken oder sonstwie politisch positive Beiträge leisten. Auch

Fortsetzung nächste Seite



53. Spalte 1 unten und Spalte 2

Tatsache ist: In dem „Thesen“-

Artikel ist „kommunistische Bewegung“ stets in Anführungszeichen gesetzt, wie im KB seit langem allgemeiner Brauch und mit einer eindeutigen Interpretation dieses Begriffs. Dagegen haben bisher nur ausgemachte „ML“er angewettert.

Ein zusätzlicher Witz ist es, daß die ZL in ihrem eigenen Artikel von „die radikale Linke, speziell die kommunistische Bewegung“ schreibt, im Gegensatz zu mir allerdings ohne Anführungszeichen (S. 54, Sp. 2, Abs. 4). Ebenso ist im ZL-Artikel weithin von den kommunistischen Zirkeln die Rede, auch ohne Anführungszeichen. Dabei wird die Krisenentwicklung der „kommunistischen Zirkel“ nebenbei total undifferenziert „über den Kamm geschoren“ (S. 54, insbesondere Sp. 4 und 5).

Wie kann es angehen, daß die ZL auf S. 53 mir etwas höhnisch vorhält, was sie selbst auf S. 54 bis zum Exzess betreibt? Waren verschiedene Verfasser am Werk, die ihre Einzelteile nicht aufeinander abgestimmt haben? Oder stellte sich eine Bewußtseinsstrübung beim Verfasser ein? Wie es auch sei: eine Endkontrolle des Artikels wäre ratsam gewesen!

5. Der wesentliche inhaltliche Kern, der nach dieser vorzüglichen Ouvertüre von der ZL vorgetragen wird, besteht im Vorwurf, ich würde die Krise „bejubeln“, hätte überhaupt ein „unübertrefflich sonniges Gemüt“, würde die Krise der Linken als „Grund zum Feiern“ sehen etc. pp. (S. 54, Sp. 1, Abs. 4 – Ich gehe hierauf im 2. Teil meiner Antwort ein.) Um diese Behauptung zu „untermauern“, schreibt die ZL, ich würde das „Entstehen eigenständiger demokratischer Bewegungen“ „pauschal und einseitig“

gen – doch im Besitz von Antworten – doch im Besitz von Antworten zur Lösung der Krise des KB/der Linken sein sollte – warum gibt sie sie dann nicht auch öffentlich bekannt?

## Zu 2. – Zitat ZL:

„Teilnahme an den sich entwickelnden demokratischen Kämpfen ...“. In meinen Thesen folgt: „(z.B. Anti-Strauß), zum einen zur konkreten Stärkung ihrer eigenständigen Kraft, zum anderen als ‚Übungsfeld‘ des Klassenkampfes, aus dem Lehren für die bevorstehenden Kämpfe der Arbeiterklasse gezogen und in der Arbeiterklasse propagiert werden müssen. Eine Einengung der revolutionären Propaganda auf „lupenrein kommunistische“ wäre unter den heutigen Verhältnissen tödlich. (Siehe als Anregung Lenin, Bd. 5, S. 345: „Politische Agitation und Klassenstandpunkt“). – Anmerkungen der ZL zu dem von ihnen gebrachten Zitat-Bruchstück: „läuft eh“ – auch dies wieder blanker Zynismus: selbst die ZL beklagt „Verweigerung“, „Privatisierung“ usw.; ganze Bereiche unserer Politik wie unter den Jugendlichen, die Studententpolitik, nicht zuletzt die Betriebspolitik sind bekanntlich zusammengebrochen. Insbesondere von einer Propagierung der „Lehren“ des Klassenkampfes aus den jetzigen Kampfbereichen in der Arbeiterschaft kann nur spärlich die Rede sein. Was meint die ZL also mit ihrem zynischen „läuft eh“? ...

## zu 3: Zitat ZL:

„... Untersuchung der Lage und Entwicklung der spontanen Arbeiterbewegung ...“. In meinen Thesen heißt es: „Konzentration auf eine ... (wie oben) ...“, um Anknüpfungspunkte für eine revolutionäre Propaganda in der Arbeiterklasse zu entwickeln“. – Anmerkung der ZL: „immer richtig“ – ja liebe Leute!



Fortsetzung von Seite 53

die These, daß die meisten Ex-Mitglieder sich ins Privatleben zurückgezogen hätten, könnte vielleicht eher dem Umstand geschuldet sein, daß wir unsere "Ehemaligen" meist sehr schnell aus den Augen verlieren, wir also gar nicht wissen, was sie tun. Aber, wie gesagt, es fehlt hierzu einfach jede Analyse, die irgendeine These verifizieren (den Wahrheitsbeweis erbringen) könnte.

2. Die ZL behauptet, in der "derzeit existierenden Frauenbewegung" könne eine "Dominanz, sowohl in ideologischer als auch politisch-organisatorischer Hinsicht, durch diverse kleinbürgerlich-feministische Strömungen ernsthaft kaum bestritten werden". (S.54, Sp.5, Abs.6). Selbstverständlich kann diese These bestritten werden - die AG Frauen tut das im selben AK, S.24-26). Wahrscheinlich ist das aber nach Ansicht der ZL nicht "ernsthaft". Denn für "ernsthaft" gelten nur die "Einschätzungen", die die ZL ohne konkrete Analyse ins Blaue hinein von sich gibt. Weniger Kraftmeierei, dafür mehr Bereitschaft zur Beschäftigung mit der konkreten Wirklichkeit wäre angebracht!

#### ...und infame Unterstellungen

Die Verdächtigung, ich hätte mich bei meinen "Thesen"-Artikel "zu sehr auf die 'UZ' und andere DKP-Dokumente gestützt", wurde schon zitiert. Diese Art dümmlicher Anmachens bildet einen weiteren "roten Faden" des ZL-Artikels. So heißt es beispielsweise, ich wolle den KB veranlassen, "neue Antworten" von mir "entgegenzunehmen" (S.54, Sp.3, Abs.4), wobei der Charakter der mir unterstellten "Antworten" deutlich gemacht wird: meine "eigenständige Theorie" sei "eigenständig vom Marxismus-Leninismus" (S.54). Mit anderen Worten: Ich bin bereits exkommuniziert!...

Und weiter gehts den Berg runter:

"Wir sind gern bereit, dem Genossen F. eine gewisse feindselige Haltung zu 'politischer Überschaubarkeit' zu attestieren". (S.55, Schlußsatz des Artikels). Hier sehen wir den Topf, aus dem mit großer Kelle die Arroganz ausgeteilt wird, die inzwischen auch das Kennzeichen der meisten Anhänger der ZL geworden ist.

Es bleibt aber nicht bei Arroganz, sondern kommt zu weiteren Tiefen: Nachdem sich die ZL über die "Dominanz reformistisch-kleinbürgerlicher bis sogar tendenziell reaktionär-kleinbürgerlicher Strömungen (Grühl & Co.)" in der Wahl- und Umweltschutz-Bewegung ausgelassen hat und auf deren Absicht eingegangen ist, Kommunisten aus der Bewegung auszuschließen, folgt die tolle Frage: "Liegt in dieser Tendenz, die auf die Liquidierung der 'K-Gruppen' aus der Bewegung abzielt, der tiefere Kern des von F. so freudig begrüßten 'eigenständigen Charakters'?" (S.54, Sp.5, Abs.5). Verstehe ich recht, daß ihr mich hier als antikommunistischen Agenten denunziert, - insbesondere im Zusammenhang mit eurer Behauptung, ich würde das Eindringen bürgerlicher Ideologie in die Organisation als Erfolg abfeiern, bejubeln etc. pp.? Für eine baldige Klarstellung wäre ich dankbar!...

Ich bin hier zunächst relativ ausführlich auf die Methodik des ZL-Artikels eingegangen - auch auf die Gefahr hin, daß die ZL wieder behauptet, das sei alles gar nicht "inhaltlich". Sie irrt, bzw. sie versucht zu täuschen. Denn ihre Methodik (ihre Verdrehungen, ihre Zitatentumereien, ihre infamen Unterstellungen) gehört durchaus zum "inhaltlichen": Führt uns die ZL doch damit ganz praktisch vor, was sie konkret unter "Krisenbewältigung" versteht und in welche Richtung sie den KB bringen möchte.

Der Artikel wird im AK 167 fortgesetzt.

F., Antifa-Kommission Hamburg

## Die Theorie zur „Krisenbewältigung“ wird weiter zusammengestümpert

Ich möchte einige Anmerkungen zum „Russisch Roulette“ der ZL (AK 165) machen. Mich haben insbesondere die totalen Verdrehungen und Entstellungen in der Darstellung von F.'s Position furchtbar aufgeregt. Hierauf wird bestimmt von anderer Seite eingegangen werden. (...) Die ZL hätte, statt ihre schon sattem bekannte Zitatentumerei noch zu verstärken, sich lieber mit dem von ihr selbst beschworenen „roten Faden“ auseinandersetzen sollen. Mir wird Angst und Bange, wenn ich solche Fälschungen wie in dem Artikel sehe, und die ZL dann immer von „schärferen Konturen“ etc. reden höre. Ich hoffe, wir müssen in der Richtung nicht noch mehr ertragen.

Ich möchte im Folgenden auf die in Abgrenzung zu F. von der ZL aufgestellten Thesen eingehen.

#### Die „umfassende ideologische Offensive der Bourgeoisie“

Die ZL bringt (in dieser Form erstmalig) eine neue Krisenursache ins Spiel: eine „73/74 einsetzende, umfassende ideologische Offensive der Bourgeoisie und ihrer Agenturen gegen die neu aufkommenden Ideen eines radikalen Marxismus-Leninismus“. Neu war für mich natürlich nicht der Gedanke, daß die bürgerliche Propaganda (im eigentlichen und auch im weiteren Sinn) in der Krise der Linken eine Rolle spielt, neu war für mich vor allem, welche zentrale Bedeutung die ZL (plötzlich) dieser „Offensive“ für unsere Krise beimißt. Die Behauptung von der „ideologischen Offensive“ wird mündlich mit dem Hinweis auf UW 14 (Propagandaoffensive der Bourgeoisie) begründet. Recht düftig in diesem Zusammenhang, wie unschwer beim Lesen dieses alten Artikels festzustellen ist.

In der folgenden Argumentation wird die „ideologische Offensive“ zu dem äußeren Krisenfaktor überhaupt. Ich finde, bei so großer Bedeutung sollte der unwillkürliche Leser doch mal etwas genauer darüber aufgeklärt werden, was sich so alles hinter dieser Offensive verbirgt, von der „die Faschisierungs-Politik nur ein, wenn auch wichtiger Aspekt ist“ (Hervorhebung der V.). Sollte sich hinter dem monströsen Begriff „politisch-ideologische Propaganda-Offensive“ alles an Politik der Bourgeoisie (und „ihrer Agenturen“) verbergen, was im Entferntesten die Linke (speziell „K-Gruppen“) angreift? Sollte letztlich damit nichts anderes als die Erzeugung des repressiven deutschen „Herbstklimas“ gemeint sein? Oder geht es nur um die uns ja allen nicht gerade unbekannte „K-Gruppen“-Hetze? Oder weiß die ZL am Ende gar selbst nicht so genau, was sich alles hinter dem schönen Begriff verbergen soll? Na, mal sehen.

Als Auswirkungen der Offensive gibt die ZL an: Das natürliche Umfeld der kommunistischen Zirkel sei „hauptsächlich als Ergebnis einer 1973/74 einsetzenden umfassenden ideologischen Offensive der Bourgeoisie und ihrer Agenturen ... noch bevor sich die Krise in den Zirkeln selber spürbar bemerkbar gemacht hat“, zusammengebrochen. „Die daraus folgende Isolierung der kommunistischen Zirkel setzte sich - unter anhaltender ideologischer Offensive der Bourgeoisie - schließlich als Krise innerhalb der Zirkel fort“. Weiter unten heißt es dann: „Tatsächlich hat die (anhaltende) politisch-ideologische Propaganda-Offensive der westdeutschen Bourgeoisie ... gegen die Linke, gegen die 'K-Gruppen', den Leninismus die inneren Widersprüche der kommunistischen 'Zirkel' zum Tanzen gebracht, so daß sie die Fähigkeit verloren, ihr traditionelles 'Umfeld' (unter erschwerten Bedingungen) zu erhalten oder gar auszubauen. Das führte zur Isolierung der 'Zirkel' ...". Einmal so, einmal so, einmal anders rum - da tanzen die Widersprüche. Aber daß die ZL in einer Spalte zwei entgegengesetzte Aussagen macht, ist untergeordnet. Beide Aussagen sind gleichermaßen falsch. Die lange vor 73/74 einsetzende Propaganda gegen die „K-Gruppen“ ist ein objektiver Faktor für unsere Krise, nicht mehr und nicht weniger. Die neue These, daß 73/74 eine verstarke Offensive der Bourgeoisie bzw. „ihrer Agenturen“ gegen Leninismus usw. einsetzte, die schließlich hauptverantwortlich für die Krise der Linken in ganz Westeuropa sein sollte, müßte zumin-

dest mal ansatzweise belegt werden. Um es aber noch mal klar zu sagen: Ich bin nicht der Meinung, daß die ideologische Propaganda der Bourgeoisie ohne Bedeutung für unsere Krise ist. Ich bin da ganz der im Rechenschaftsbericht des LG vertretenen Meinung, wo bei der Benennung der objektiven Krisenfaktoren aufgetaucht: „Schließlich wurde auch der Ausbau der innenpolitischen Repression genannt, das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber dem Staatsapparat, z.B. bei Polizeiaufmärschen zum Schutz von NPD-Veranstaltungen, den Aufmarsch der bewaffneten Polizeimacht bei Kalkar und ähnliche Erscheinungen. Erwähnt wurde die ungeheure Ausweitung und Intensivierung der anti-kommunistischen Propaganda, vor allem in Form der Terroristen-Kampagnen des Staates, ebenso die drohenden „K-Gruppen“-Verbote, die immer wieder ins Spiel gebracht worden sind, und die schließlich auch im individuellen Bereich hautnah empfundene Repression und Unterdrückung ... Diesen Bereich (nur Teile sind zitiert, Anm. d.V.) unserer Erfahrungen und Erlebnisse haben wir als objektive Seite unserer Krise bewertet, auf die eine mehr oder weniger gut oder schlecht angeleitete Organisation letztlich wenig konkreten Einfluß hat, sondern die Ergebnis des Klassenkampfes selbst, Ergebnis des Kräfteverhältnisses ist“ (UW 26, Seite 6). Dieses lange Zitat (in dem die „ideologische Offensive“ nur als ein Punkt unter vielen erscheint) scheint mir den tatsächlichen Stellenwert dieser Frage gut zu verdeutlichen und abzugrenzen von dem, was heute von der ZL vertreten wird.

#### Wo bleiben die

#### „objektiven Krisen-Faktoren“?

Noch im oben zitierten Rechenschaftsbericht wird unter den objektiven Krisenfaktoren „das politische Abdriften Chinas; insbesondere nach dem Rechtsputsch Huas und die Verschüttung aller mit dem chinesischen Beispiel verbundenen revolutionären Hoffnungen“ genannt.

Heute taucht dieser Krisenfaktor bei der ZL nur noch als zweitrangig auf: „So gelang es der Bourgeoisie ... ein neues anti-kommunistisches Feindbild - jetzt gegen die 'K-Gruppen', den 'Leninismus-Maoismus' etc. aufzubauen, wobei ihr gewisse außenpolitische Entwicklungen (z.B. Rechtswendung Chinas) ... zu Hilfe kamen“. Weiter heißt es, die Propagandaoffensive „führte ... zur Vertrauenskrise in den Marxismus-Leninismus, bis hinein in die eigenen Reihen“ (De/HH. Anmerkungen zu ... AK 162)“. Wenn hier schon De/HH zitiert werden, ist doch wohl auch deren Zusammenhang gemeint. Also ergibt sich im Klartext: Die ZL sieht z.B. die Rechtsentwicklung in China - mit der Auswirkung des Vertrauensschwundes in den ML - nicht mehr als wichtigen objektiven Krisenfaktor, sondern nur noch als eine Sache, die von der Bourgeoisie für ihre „Propagandaoffensive“ ausgenutzt werden konnte.

Interessant ist insbesondere die These, daß nicht die Entartung des Sozialismus zum Vertrauensschwund in den ML geführt hat, sondern erst das Benutzen dieser Entartung in der bürgerlichen Propaganda. (Das ist ja offensichtlich die Meinung der ZL. Wenn sie nur sagen wollte, daß die Entartung von China auch zur Hetze ausgenutzt wurde und der Vertrauensschwund, der so wieso schon durch das Scheitern der bisherigen Versuche beim Aufbau des Sozialismus entstanden ist, durch die Hetze noch verstärkt werden konnte, so hätte sich die ZL verdammt anders ausdrücken müssen).

Diese These eröffnet ganz neue Möglichkeiten der Krisenbewältigung! Wenn diese Überlegung der ZL als richtig anerkannt wird, so müßte man das Beschäftigen mit der Entartung des Sozialismus schon als Nachgeben gegenüber der bürgerlichen Propagandaoffensive angreifen und stattdessen eine Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Hetze verlangen. Also z.B.: Weg mit dem „Stalin-Buch“! (Ich phantasie hier nicht nur so vor mich hin; ich kenne Stellungnahmen, die genau in die Richtung gehen. Ich hoffe, die ZL klärt, wie sie dazu steht). Die plötzliche Geringschätzung der objektiven Krisenfaktoren und das Beschwören einer „Propagandaoffensive“ sind kein Zufall. Die ZL scheint an ihrem perfekten, in sich geschlos-

senen Bild zur „Krisenbewältigung“ zu basteln. Es würde ja nur zu gut passen: Die bürgerliche Propagandaoffensive wird zum entscheidenden äußeren Krisenfaktor erklärt, das daraus resultierende „Tanzen der Widersprüche“ (gemeint ist wohl das Auftauchen von diversen „Fehlströmungen“ in der Organisation) ist der entscheidende innere Krisenfaktor. Also was hilft? Stärkere politisch-ideologische Auseinandersetzung, Schaffen von „schärferen Konturen“ ... den Rest kennen wir. Ich weiß, etwas grobschlächtig, aber die Richtung?...

#### Massenbewegungen durch die Zentrumsbrille

Die Beurteilung der demokratischen Massenbewegungen ist ein Mosaikstein im Gedankengang der ZL. Sie schreibt dazu: „Wenn F. ... den 'neuen' und 'eigenständigen' Charakter der demokratischen Bewegung bejubelt, übersieht er dabei schlicht, daß die Eigenständigkeit in erheblichem Umfang schlicht aus anti-kommunistischen Abgrenzungsmechanismen besteht“. Dies mag für Teile der aktuellen Wahlbewegung richtig sein. Aber für die demokratischen Bewegungen allgemein? Ich würde es schon bei der Anti-AKW-Bewegung nicht sehen, erst recht aber nicht in der Antifa-Bewegung oder gar in der „Rock gegen Rechts“-Kampagne. Ein bedeutender Erfolg von RgR war es doch, daß es sehr weitgehend gelungen ist, die bestehenden „anti-kommunistischen Abgrenzungsmechanismen“ anzuknabbern. Sogar der DGB sprach auf einer Veranstaltung, die offen von Kommunisten mitgetragen wurde. Auch in der Anti-AKW-Bewegung von Kommunisten mitgetragen wurde. Auch in der Anti-AKW-Bewegung und der Wahlbewegung gab bzw. gibt es gerade Ansätze, die die alten Abgrenzungsgeschichten aufzubrechen begannen. (Was die Wahlbewegung angeht, drohen diese Ansätze allerdings rückgängig gemacht zu werden).

Was das Aufbrechen von anti-kommunistischen Abgrenzungsbeschlüssen in demokratischen Bewegungen angeht, sieht es für uns insgesamt nicht schlechter aus, und die aktuellen demokratischen Bewegungen zeichnen sich durchaus nicht durch einen verstärkten Antikommunismus aus. Daß trotzdem die spontanen Sympathien gegenüber dem Marxismus-Leninismus stark gesunken sind, ist etwas anderes und sollte auch schön auseinander gehalten werden, da eben auch unterschiedliche Ursachen zugrunde liegen.

Des weiteren behauptet die ZL, „daß sowohl Kommunisten als auch die Revisionisten (DKP) und sogar traditionell links-sozialdemokratische Strömungen allesamt in den derzeitigen Massenbewegungen nur eine nebensacheartige Rolle spielen können“. Ich würde gern mal wissen, wer denn dann z.B. bei RgR oder auch in der Frauenbewegung oder oder oder ... keine „nebensacheartige Rolle“, sondern eine Hauptrolle gespielt hat? Entweder einige Mitglieder der ZL haben zu häufig mit Grühl zu tun gehabt und haben vor lauter „konservativen Grünen“ die Realität aus den Augen verloren, oder die ZL biegt sich für ihre Argumentation die Realität bewußt zurecht. Denn es ist doch so, daß, bis auf einige Sektoren der Wahlbewegung, die Linken in den demokratischen Massenbewegungen die Hauptrolle spielen. Was uns bedrückt, ist doch eindeutig, was aus der Rolle und dem Einfluß einer revolutionären Organisation innerhalb der wachsenden demokratischen Massenbewegung wird.

Nachbemerkung: Ich habe mich erst durchringen müssen, meinen Leserbrief abzugeben. Ich hatte Bedenken, daß meine Aussagen total zerhackt werden, und bin mir auch nicht so sicher, ob ich mich nicht plötzlich zwischen den Fronten wiederfinde. Dennoch habe ich mich durchgerungen, da ich es für sehr gefährlich halte, wenn der Streit in der Organisation immer mehr zum Streit einiger Weniger wird. Gerade da die Themen, die die ZL diktiert, immer unsinniger erscheinen, und gerade weil sie inzwischen bei einem vollen Kommen unsolidarischen Stil der Auseinandersetzung gelandet ist, sehe ich die Gefahr wachsen, daß sie mit einigen Sachen verfangt. Also nicht verzagen - weiter „schlagen“!

Robert, KB Hamburg

## ZL-Fraktion plant Bundeskonferenz

Die ZL-Fraktion im KB will am 24./25. November eine „Arbeitskonferenz“ durchführen. Eingeladen zu dieser fraktionellen Bundeskonferenz sind alle KB-Mitglieder, „die weitgehend oder auch nur punktuell mit unseren Ansichten übereinstimmen oder sympathisieren“.

Die Bundeskonferenz der ZL-Fraktion soll, wie es im Einladungsschreiben weiter heißt, dazu dienen, über das vergangene und zukünftige Vorgehen der Fraktion zu beraten sowie „über das bisher von uns vorgelegte Material“ (gemeint sind offensichtlich die Artikel der ZL-Fraktion im AK und UW) zu diskutieren.

Der erste Tag (24.11.) soll zunächst der Diskussion und Kritik über das bisherige Vorgehen der ZL-Fraktion („tolle Tage“ etc.) gewidmet sein. Anschließend sollen sich daran Arbeitsgruppen zu folgenden Themen: 1. Was können wir aus der Krise der SDAPR lernen? 2. Alte und neue Krisenbedeutung des KB. 3. Kommunistische Parteitheorie („Keimform/Zweckbündnis“). 4. Frauen: kommunistische und feministische Theorien. 5. Feminismus im KB/ Antichauvinistischer Kampf.

Am zweiten Tag der Bundeskonferenz ist geplant: Berichte aus den Arbeitsgruppen und Aussprache darüber. Sodann „Diskussion zum weiteren Vorgehen“.

Das LG (Mehrheit) des KB hat kritisch gegen die von der ZL-Fraktion geplante Bundeskonferenz Stellung genommen. In der Stellungnahme des LG heißt es u.a.:

„Die von der ZL angegebene Tagesordnung enthält keinerlei Bezug zur Kongreß-Vorbereitung“. (Gemeint ist der 1. Kongreß des KB, der Anfang Januar 1980 stattfindet). „Unserer Meinung nach behindert eine fraktionelle Bundeskonferenz mit einer derartigen TO, knapp 6 Wochen vor dem 1. KB-Kongreß, ganz wesentlich die Vorbereitung auf den 1. Kongreß, die ohnehin im Verzug ist.“

Fraktionen im KB haben überhaupt nur ihre Existenzberechtigung, wenn sie sich an den gemeinsam von der Organisation festgelegten Arbeitsschwerpunkten orientieren, statt sich quer zu diesen zu legen.

Ein bundesweites Treffen der ZL-Fraktion in der letzten Phase vor dem 1. Kongreß des KB könnte seine Berechtigung überhaupt nur daraus beziehen, daß es der Vorbereitung der Fraktion auf den 1. Kongreß dient. Das würde bedeuten, daß die

auf und seit dem Vor-Kongreß gemeinsam festgelegten Arbeitsschwerpunkte im Mittelpunkt einer solchen fraktionellen Kongreß-Vorbereitung stehen müßten: Statuten-Frage, Antifa-Resolution, Resolutionen zu RgW/Stalinismus, Diskussion des Rechenschaftsberichts usw.

Die Einberufung einer fraktionellen Bundeskonferenz durch die ZL steht im Widerspruch zu dem Umstand, daß die ZL sich immer noch nicht offiziell und verbindlich über ihren Status geäußert hat. Aus der vorgelegten Tagesordnung geht auch nicht hervor, daß diese Frage Diskussionspunkt auf der „Arbeitskonferenz“ sein soll. Nach dem bisherigen Stand der Meinungsbildung im KB kann die ZL nicht weiter die Rechte einer Fraktion wahrnehmen - und die Einberufung einer fraktionellen Bundeskonferenz setzt ein solches Recht voraus - ohne sich offiziell und verbindlich als Fraktion zu erklären und sich entsprechend politisch-ideologisch zu definieren“.





# Überlegungen zur Krise des KB

Die mittlerweile über zehn Wochen laufende Auseinandersetzung zwischen der LG-Mehrheit und der „Zentrums“-Leitung (bzw. LG-Minderheit) läßt es angeraten erscheinen, einen ersten Versuch einer zusammengefaßten, gerafften Darstellung von Bedeutung und Umfang der Kontroverse zu unternehmen. Dies soll auch Gegenstand des geplanten gemeinsamen Artikels von LG-Mehrheit und ZL sein, zu dem erste vorbereitende Gespräche stattgefunden haben.

In dem nachfolgenden Text wollen wir, auch um „handfestes“ Diskussionsmaterial für eine solche gemeinsame Einschätzung der Differenzen anzubieten, eine Vorlage für eine zusammengefaßte Bewertung der bisher sichtbaren Differenzen aus unserer Sicht geben. Geschrieben wurde sie von einer innerhalb der ZL eingerichteten Arbeitsgruppe, die – auch im Hinblick auf den bevorstehenden KB-Kongreß – demnächst ein Arbeitsseminar zur Diskussion der „Krise des KB“ durchführen will. Die nachfolgende Skizze soll also auch eine Anregung dafür sein, speziell unter den „Anhängern der ZL-Position“ zu einem für die gesamte Organisation durchsichtigen und griffigen Thesenpapier für die weitere Auseinandersetzung zu kommen.

1: Die Krise des KB ist ideologischer Natur, sie ist eine „innere Krise“ (Lenin) des Marxismus-Leninismus, sie ist eine Krise in die politisch-ideologischen Grundlagen unserer Politik unter Einschuß der „Klassiker“, auf die wir uns seit Gründung der Organisation beziehen (hauptsächlich Lenin und Mao). Wichtiger Hebel einer „Krisenbewältigung“ ist darum eine „Rückbesinnung“ auf diese Grundlagen.

2: Diese innere Krise des KB ist nicht bzw. nicht hauptsächlich irgendwelchen sog. „objektiven Faktoren“ von außen geschuldet, wie innerhalb des KB gern und achselzuckend behauptet wird.

3: Richtig dagegen muß von inneren „Ursachen“ und äußeren Einwirkungen gesprochen werden. Eine andere Sichtweise stellt sowohl den dialektischen Materialismus, als auch die historischen Lehren bei Lenin und Mao auf den Kopf. Bestimmte internationale Ereignisse (die „verratenen Revolutionen“ in China, Chile, Portugal etc.), staatlicher Druck (Polizeieinsätze, Berufsverbote etc.), an- oder abschwelende Massenbewegungen, oder verschiedene Kombinationen aus alledem wirken lediglich auf die innere politisch-ideologische Lage des KB, bringen schon vorhandene Widersprüche zum „Tanz“. Umgekehrt würden natürlich ohne diese äußeren Einwirkungen die schon vorhandenen Widersprüche weitgehend verdeckt bleiben.

4: Trotz schärfster staatlicher Repression und äußerem Druck der stölpischen Reaktion auf die SDAPR nach der gescheiterten Revolution von 1905, hat Lenin diesen Aspekt der Bedeutung der inneren Parteikrise weit untergeordnet. Nicht seine Exilsituation läßt Lenin – wie die LG-Mehrheit unterstellt – verhältnismäßig wenig über den staatlichen Terror in der stölpischen Reaktion schreiben, sondern seine bewußte Konzentration auf das Wesentliche, nämlich die „innere Krise des Marxismus“ (vergl. Lenin's theoretisch-ideologisches Werk „Materialismus und Empirio-kritizismus“, 1908, eine ideologische Abrechnung Reaktion „schreiben“, sondern seine bewußte Konzentration auf das Wesentliche, nämlich die „innere Krise des Marxismus“ (vergl. Lenin's theoretisch-ideologisches Werk „Materialismus und Empirio-kritizismus“, 1908, eine ideologische Abrechnung mit damaligen Fehlströmungen auf dem Höhepunkt des staatlichen Terrors). Die LG-Mehrheit verfährt gewissermaßen umgekehrt und beschimpft nicht nur unsere, sondern – indirekt – auch Lenins Herangehensweise als „Voluntarismus“.

5: Die Qualität einer kommunistischen Organisation beweist sich am Grad ihrer ideologischen Unabhängigkeit von Veränderungen äußerer Faktoren und Wirkungen, also ihrer Unabhängigkeit z.B. vom Auf und Ab spontaner Bewegungen, vom wechselnden Grad ihrer jeweils aktuellen Verankerung in diesen Bewegungen, von Zu- und Abnahme des staatlichen Drucks und Terrors. (Ideologische Unabhängigkeit darf natürlich nicht mit Unabhängigkeit von äußeren Faktoren gleichgesetzt werden). Schlechtfalls ist z.B. eine Gleichung erlaubt, daß größer werdender äußerer Druck die innere Krise einer kommunistischen Organisation automatisch verstärkt, daß äußerer Druck (die sog. „objektiven Faktoren“) die innere Krise womöglich hervorruft. Eine ideologisch relativ instabile Gruppe zerfällt schon beim ersten Windhauch, eine ideologisch stark gefestigte Gruppe kann einen Schneesturm ohne innere Krise überstehen.

6: Ein historischer Vergleich mit den beiden Phasen des „großen Terrors“ gegen die SDAPR und die russische Arbeiter- und Massenbewegung belegt dies: Der Terror in der stölpischen Reaktion war begleitet von einer inneren Krise der SDAPR (beim menschewistischen Flügel weitaus stärker als beim ideologisch verhältnismäßig gefestigten bolschewistischen), die die Partei an den politischen Abgrund brachte. Demgegenüber war der noch stärkere Terror gegen die SDAPR

bei Kriegsbeginn (des 1. Weltkrieges) und in den ersten Kriegsjahren von keiner inneren Krise der Bolschewiki begleitet, wie Lenin und Sinowjew ausdrücklich hervorheben. Stärkere innere Schwankungen der KPdSU/B gab es dann erst wieder 1920/22 (also nach der Revolution) und zwar ohne jedweden staatlichen Terror gegen die Partei, wie sich denken läßt. (Sinowjew vergleicht diese Krise von 1920/22 interessanterweise mit der in der stölpischen Reaktion, d.h. er abstrahiert damit vollständig vom äußeren Terror, bzw. schenkt ihm im Zusammenhang der Parteikrise keine Beachtung.)

7: In den letzten eineinhalb bis zwei Jahren hat der KB mehr als die Hälfte seiner Mitglieder (unter Einschuß der organisierten Sympathisanten) verloren (von etwa 2.500 auf derzeit etwa 1.000). Allein vom Vorkongreß bis heute ist der Mitgliederstand des KB von etwa 1.500 auf 1.000 gesunken. Die über große Mehrheit dieses enormen Verlustes ist u.E. der ideologischen Zerfahrenheit, des massiven Auftretens von Fehlströmungen aller Art (v.a. solcher, des kleinbürgerlichen Individualismus, z.B. Ultra-Demokratismus, Utopismus, Feminismus) geschuldet. Es handelt sich bei diesem Verlust tatsächlich kaum um rein organisatorische Rückschläge aufgrund eines sich verschärfenden Klassenkampfes. Auch die als Krisenverschulder und „Garanten“ viel zitierten „internationalen Ereignisse“, die die Linke zu Apathie und Desillusionierung getrieben habe, trifft bzw. traf den KB keineswegs so stark, wie dies jetzt gern als Schutzbehauptung dargestellt wird. Der KB hatte z.B. das Scheitern der verschiedenen „dritten Wege zum Sozialismus“ (v.a. in Nahost) stets lange vor Eintreten analysiert und vorhergesagt. Er hat lange vor Eintreten das beklagenswerte Scheitern des reformistischen (und revisionistischen) „chilenischen Weges zum Sozialismus“ ziemlich exakt „vorhergesagt“. Er hat seit seiner Gründung die verschiedenen Rechtsanalysen und vorhergesagt. Er hat lange vor Eintreten das beklagenswerte Scheitern des reformistischen (und revisionistischen) „chilenischen Weges zum Sozialismus“ ziemlich exakt „vorhergesagt“. Er hat seit seiner Gründung die verschiedenen Rechtswendungen der chinesischen Außen- und später Innenpolitik ziemlich genau analysiert und war seit Jahren auf das „Schlimmste“ (Hua-Putsch und „Ent-Maoisierung“) weitgehend gefaßt. Der KB hat sich nie politisch-ideologisch an irgendein „sozialistisches Vaterland“ geklammert (mit dem zusammen er heute in der Tinte sitzen würde) etc. pp. Insofern können enttäuschende internationale Entwicklungen und Abläufe nur ziemlich untergeordnet als Erklärungsversuch für unseren „Zerfall“ (aufgrund konkreter Enttäuschungen) herangezogen werden.

Der Umstand, daß unsere innere Krise z.B. die Westberliner Ortsgruppe schon eineinhalb Jahre früher zermürbte, bevor sie sich in der Hamburger Ortsgruppe spürbar bemerkbar machte, obgleich beide Ortsgruppen zeitgleich von den o.e. internationalen Entwicklungen „getroffen“ wurden, mag als zusätzlicher Beleg dafür angeführt werden, welche relativ untergeordnete Bedeutung diese Ereignisse auf den konkreten Zerfall von Teilen unserer Organisation hatten und – umgekehrt – daß die unterschiedliche innere ideologische Festigung der beiden Ortsgruppen als eigentliches Kriterium für Bestand und Zerfall angesehen werden muß.

8: Das im KB gängige ständige Hinweisen auf die sog. „objektiven Faktoren“ als angebliche (Mit)Verschulder und (Mit)Garanten der Krise des KB führt in der politischen Praxis zur bloßen Verwaltung des Ist-Zustandes, bedeutet also „Verwaltung der Krise“ und gläubiges Hoffen auf ein Wunder.

Schon die „Umformulierung“ der „äußeren Bedingungen“ oder „äußeren Wirkungen“ in „objektive Krisenfaktoren“ (im Gegensatz zu „subjektiven Fehlern“) dient heute

nur noch zur Ablenkung von den Krisenursachen, die nämlich im Inneren unserer Organisation zu suchen sind. In der ersten Phase unserer Krisen-debatte hatte die Wortschöpfung von den „objektiven Krisenfaktoren“ noch eine gewisse Berechtigung, zumindest einen konkreten Sinn, nämlich in Auseinandersetzung mit dem Subjektivismus bestimmter (halb)spontaneistischer Strömungen und Positionen inner- und außerhalb des KB.

9: Unser Hinweis auf die Ursachen der Krise im Inneren des KB bedeutet keine Unterschätzung der äußeren Wirkungen, bedeutet nicht die These, daß die Überwindung unserer Krise unabhängig von den äußeren Bedingungen zu meistern sei.

10: Als Kern des gegen uns wirkenden Drucks schätzen wir nicht die Faschisierungs-Politik der westdeutschen Bourgeoisie, also die konkrete Repressionspolitik (mit der Verängstigung und Einschüchterung als Ergebnis) ein, sondern den umfassenden ideologischen Angriff der Bourgeoisie und aller ihrer Agenturen auf die Idee des Leninismus und Maoismus („K-Gruppen“-Hetze). Hierbei sind der Bourgeoisie sowohl gewisse internationale Entwicklungen – v.a. Rechtsputsch in China samt Folgen sowie die „kommunistischen Bruderkriege“ Vietnam-Kambodscha-China – und die Entwicklung z.B. der „KPD“ ins reaktionäre, vaterländische Lager und des KBW zur skurrilen Sekte zugute gekommen.

11: Wir sind in der BRD derzeit mit anschwellenden Massenbewegungen (die in der Tendenz zu einer einzigen verschmelzen) „konfrontiert“, die aber im Zuge ihrer Verbreiterung an politischer Substanz eher verloren haben. Die Anti-AKW-Bewegung ist dafür wohl deutlichster Ausdruck. Nach wie vor haben wir die Situation, daß die westdeutsche Arbeiterklasse kaum an diesen Massenbewegungen teilnimmt (wenigstens linke Arbeiter- und Gewerkschaftsgruppen in allerdings nur geringem Umfang sich v.a. im letzten Jahr hier und da eingeschaltet haben).

Die Verbreiterung in der Tendenz antikapitalistischer Massenbewegungen zeigt eine gewisse Schwäche staatlicher Integrations- und „Befriedungs“-mechanismen des westdeutschen Imperialismus. Umgekehrt zeigt die relative „Stabilität“ der Arbeiterklasse, also ihre politische Schwäche (die trotz „verbesserten“ Streikstatistik im Großen und Ganzen immer noch fast ausschließlich im Bereich des unmittelbaren Kampfes um Lohn und Arbeitsplatz gefangen bleibt, ohne schon politische Konsequenzen daraus zu ziehen), nicht nur die gesellschaftlich schwache Stellung der Kommunisten in der BRD (und die im wesentlichen ungebrochene Stärke der Sozialdemokratie), sondern auch, auf welcher Seite die Bourgeoisie ihr Brot buttert und auf welcher Seite sie schon mal gewisse politische Risiken einzugehen bereit ist.

12: Die politische „Verflachung“ der Massenbewegung hängt auch mit dem schrittweise abnehmenden Einfluß von Kommunisten und radikalen Sozialisten dort zusammen. Noch spielen verschiedentlich Kader des KB (als Personen) eine gewisse Rolle innerhalb der Massenbewegung, der Marxismus-Leninismus als Theorie und Ideologie, als Anleitung zum Handeln spielt u.E. auf Massenebene überhaupt keine Rolle mehr. Oft kämpfen Kommunisten heute darum, nicht allein schon wegen ihrer Organisationszugehörigkeit vor die Tür gesetzt zu werden (Unvereinbarkeits-Beschlüsse).

13: In dieser Entwicklung drohen verschiedene Bewegungen noch stärker zum Spielball bürgerlicher Politik und Propaganda und zur relativ leichten Beute bürgerlicher Reintegrationsmanöver zu werden.

14: Andererseits zeigen sich hier und da gewisse Linksentwicklungen innerhalb der Massenbewegung (v.a. bei Teilen der Wahlbewegung), die aber nicht unbedingt von dauerhaftem Charakter sein müssen und die nur eine sehr geringe Tendenz zur Überwindung des Antikommunismus beinhalten.

15: Weiter zeigt sich – erst in Anfängen – eine Tendenz zum Verlust (Verfall) traditioneller Integrationskraft der SPD. War noch bis Jahresfrist die hauptsächlichste Erscheinungsform eines Mitglieds „verlustes“ der SPD nach links die Liquidierung (Rauschmiß) aufmüßiger Jusos und allzu „linker“, mit der DKP operierender Juso-Gruppen (Stamokap-Flügel), so

muß die SPD heute tatsächliche, für sie schmerzliche Verluste hinnehmen, die z.T. von ihren Ortsverbänden öffentlich bedauert werden und die sich v.a. in die Bewegung der Bürgerinitiativen, der Umweltschutz- und alternativen Wahlbewegung integrieren: Die SPD ist im Begriff, einen Teil derjenigen Kräfte wieder zu verlieren, den sie am Ende der Phase der „außerparlamentarischen Opposition“ mit heißen Versprechungen etc. integrieren konnte. Daß diese Tendenz anhält, trotz des anstehenden Bundestagswahlkampfes gegen den „Angstgegner“ Strauß, läßt gewisse Rückschlüsse auf den Glaubensverfall an die These vom sog. „kleineren Übel“ SPD sogar schon in der eigenen Partei (auf dem linken Flügel) zu. Es beginnt sich eine „Krise“ auch in der SPD zu entwickeln, deutliche Anzeichen von Zerschleiß nach zehnjähriger Regierungszeit. Eine weiter anschwellende Wahl- und Massenbewegung wird diesen Prozeß beschleunigen, da sie realisierbare Alternativen zum „kleineren Übel“ aufzeigt.

16: Der Verlust traditioneller Integrationskraft der SPD sollte allerdings nicht verwechselt werden mit einem Verlust ihrer generellen (ideologisch abgesicherten) Integrationskraft schlechthin. Die SPD hat noch starke Reserven, Spielräume für Manöver.

17: Faktisch stehen wir heute bereits am Beginn einer Situation, in der sich die BRD-Linke (im allerweitesten Sinn des Begriffs) und andere politisch derzeit heimatlose Gruppierungen und Strömungen neu formieren, einer recht breiten und vielschichtigen Entwicklung, die derzeit die alternative Wahlbewegung (zwar nicht zum Ausgangspunkt aber) zum Mittelpunkt hat.

Daß sich gerade die alternative Wahlbewegung zum Schmelztiegel einer sich neu formierenden westdeutschen Linken im Begriff ist zu entwickeln, ist zweifellos auch mit der – als rechte Bedrohung zu Recht empfundenen – Gefahr eines Wahlsieges des Unions-Kandidaten Strauß verbunden. Umgekehrt zeigt die Konzentration linker Strömungen gerade auf die Beteiligung an bürgerlichen Wahlen auch eine innere politische Schwäche (parlamentarische Illusionen), die von uns aber als kurzfristig unabänderlich betrachtet werden muß. Sie entspricht dem erreichten politischen Standort. Ebenso muß die übertrieben starke Konzentration gerade auf den „ökologischen Gedanken“ gewertet werden, der eigentlich nicht traditionell linkes Terrain ist, wenngleich es auch Bezüge zu linken „Klassikern“ gibt.

Wir haben es objektiv mit einem gesellschaftspolitischen Prozeß der Herausbildung einer neuen Partei zu tun. Die diesen Prozeß derzeit hauptsächlich tragenden und politisch beeinflussenden Kräfte ringen noch um den politischen Charakter dieser Bewegung als hauptsächlich eher links-reformistischen oder aber stärker kleinbürgerlich-kautzigen (mit nur vorübergehendem politischen Einfluß).

18: Die derzeit zur Debatte stehende „Gründung“ einer „grünen Partei“ ist nicht identisch mit dem o.e. gesellschaftspolitischen Prozeß, der objektiv auf die Gründung einer „Neuen Partei“ hinausläuft. Die derzeit zur Debatte stehende „grüne Gründung“ erfährt – selbst bei positiver Entwicklung – längst nicht alle, nicht einmal die meisten politischen Dimensionen des in Gang gebrachten gesellschaftlichen Formierungsprozesses.

Ob die beabsichtigte „grüne Gründung“ diesen Prozeß fördert oder eher behindert, läßt sich derzeit noch nicht genau absehen. Eine solche Partei könnte sowohl zum politischen „Magnet“ (und vorübergehenden Motor) des ablaufenden Formierungsprozesses werden, als auch zu seiner Spaltung und damit zu seiner vorübergehenden Niederlage werden. Möglich ist auch, daß die derzeit zur Debatte stehende „grüne Partei“ bloß als größere und etwas „linkere“ GAZ nach vollzogener Gründung dann als Teil an einer weiter wachsenden Wahl- und Protestbewegung teilnimmt. Die Einflußnahme der Linken ist hierbei letztlich entscheidend.

19: Der KB muß innerhalb dieser Bewegung arbeiten, sein diesbezügliches Engagement sogar noch erheblich erhöhen, will er nicht zur politisch bedeutungslosen Sekte (a la KBW, KPD/ML) verkommen. Die derzeit im Mehrheits-Block des KB erkennbare Abkehr von der Wahlbewegung (z.T. hinter maximalistischen Forderungen, Parolen und Ansprüchen versteckt), würde weitere

Chancen verbauen, die Krise im KB zu überwinden. Eine derzeit im KB erkennbare (und – wenn überhaupt – absolut verfrüht!) Umschaltung auf kritisch-distanzierte „Unterstützung“ (statt aktiver Mitarbeit und Einflußnahme innerhalb der Bewegung) würde die Talfahrt des KB in die politische Bedeutungslosigkeit beschleunigen und zahlreiche Arbeitsfelder des KB akut gefährden.

20: Innerhalb der Wahl- und Protestbewegung muß der KB die Zusammenarbeit mit dem links-reformistischen Flügel gegen die kleinbürgerlich-kautzigen Strömungen suchen und nicht umgekehrt. Auf dem links-reformistischen Flügel muß er versuchen, marxistische und radikal-demokratische Positionen zu verankern, Verbindungen und Arbeitszusammenhänge auf- und ausbauen, die langfristigen, dauerhaften und entwicklungsfähigen Bestand haben.

21: Die politisch-ideologische Zerfahrenheit im KB, einschließlich seiner Leitungen, die fehlende Konzentration auf die wesentlichen Aufgaben etc., verhindert heute ein planmäßiges und gezieltes Angehen unserer Aufgaben in der Wahl- und Massenbewegung. In den Leitungen des KB, einschließlich dem LG, paaren sich (bzw. wechseln sich kurzfristig ab) richtige Ansichten und Grundsätze zur Bündnispolitik und Massenarbeit mit (z.T. berechtigter) Angst, daß sich der KB in der Massenbewegung zerreibt, sich ideologisch (und organisatorisch) auflöst. Das hat heute einen – vom LG getragenen – verhängnisvollen politischen Schlingerkurs, frei nach der Devise „rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“ zur zwangsläufigen Folge. Der schnelle Wechsel von kurzatmigen Spurts und plötzlichen Vollbremsungen drückt den Mangel an längerfristiger Planung auf Basis strategischer Einschätzung und Analyse und damit den Mangel politischer Anleitung unserer Massenarbeit aus.

22: Die umfassenden und komplizierten Aufgaben in der Massenpolitik (im Großen und Kleinen) und die nicht minder schwierige Aufgabe der Überwindung der inneren ideologischen Krise können nur in der dialektischen Einheit von anti-sektiererischer Massen- und Bündnispolitik einerseits und klarer leninistischer „innerer“ Ausrichtung (durch politisch-ideologischen Kampf gegen innere „Fehlströmungen“, durch Abwurf von ideologischem Ballast) andererseits gelöst werden. Die Sprecher des LG-Mehrheits-Blocks stellen allerdings diese beiden Elemente (z.T. antagonistisch) gegeneinander, spielen das eine gegen das andere aus und werden damit keine der beiden Aufgaben lösen können, weil sie unlösbar miteinander verknüpft sind (vgl. z.B. die aktuelle Auseinandersetzung zum Thema „Abkehr vom „Glauben“ und Zusammenarbeit“ in der Frauenbewegung).

23: Der Neuformierungsprozeß der westdeutschen linken und demokratischen Strömungen, die Herausbildung einer „neuen linken Partei“, spiegelt sich auch in einem Umschichtungsprozeß innerhalb der radikalen Linken (der sog. „kommunistischen Bewegung“) wider. Einer ihrer aktuell sichtbarsten Ausdrucksformen ist der – sich anscheinend noch recht schwierig gestaltende – Versuch einer Wiederbelebung oder Neugründung des KBW („Komitees...“) durch die schon bei seiner Alt-Gründung etwas „realistischeren“ Kräfte (Maier und Freunde). Dieser Umschichtungsprozeß der radikalen Linken wird sich in einem – schon deutlich erkennbaren – Prozeß von Fraktionierungen und Spaltungen, von Neugründungen und Zusammenschlüssen abspielen.

24: Ein „Um'denkprozeß“ macht sich ebenfalls im Lager des sog. „Spontaneismus“ deutlich bemerkbar, das sich in Richtung auf Überwindung des bisher so liebevoll gehegten „Individualismus“ hinein ins links-reformistische Lager einbringt, um hier „konkrete Arbeit“ zu leisten (vgl. v.a. Entwicklung der „Alternativen Liste“ Westberlin auf derzeit 1.300 Mitglieder). Viele ehemalige „Spontis“ werden derzeit zu politischen Partnern ehemaliger „Maoisten“ (die von der politischen Entwicklung in China restlos „bedient“ sind) in ihrer gemeinsamen Abkehr vom „Glauben“ in die „Machbarkeit der Revolution“ hier und heute oder überhaupt.

25: In dieser Situation hätte der KB die bisher einmalige Chance, als bisher stabilste Gruppe der radikalen Linken sich zu einem erheblich bedeuten Faktor innerhalb der westdeutschen revolutionären Strömung

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 55

zu entwickeln und damit auch erheblichen Einfluß auf den ablaufenden gesellschaftspolitischen Neuformierungsprozeß der westdeutschen Linken zu bekommen. Voraussetzung dafür wäre u.E. die Lösung der oben skizzierten Aufgaben und Verhinderung der Spaltung seines führenden Kerns.

26: Tatsächlich ist der KB dabei, seine (lebensnotwendige) Geschlossenheit preiszugeben, und zwar nicht aufgrund der im Mehrheits-Block derzeit vielgeschmähten sog. „Fraktionsmacherei der ZL“. Diese Sicht der Dinge ist vordergründig und platt. Der eigentliche Grund für den Verlust unserer ideologischen Geschlossenheit liegt im Vordringen kleinbürgerlicher Fehlströmungen, liegt in der Zerfaserung unserer politischen Potenzen, liegt in der uneinheitlichen

Reaktion (und Bewertung) dieser „inneren Krise des KB“ durch seinen „führenden Kern“ (vgl. dazu die äußerst wichtige Auseinandersetzung um Lenins Politik 1907/12, oder die Auseinandersetzung um den anzu strebenden Charakter des KB im Verhältnis von „Zweckbündnis“ und „Keimform“, oder die diesbezüglichen „Mehrheits“-Vorschläge in „Anmerkungen zu ...“ in AK 162). Die Herausbildung der „Zentrums-Strömung“ im KB ist eine Reaktion auf diese Entwicklung, die mit der Leserbrief-Kampagne gegen die Artikel der Göttinger Genossen Ha./Kl. einen „qualitativen Sprung“ vollzog. Eine selbstkritische Reflektion dieser Entwicklung durch die LG-Mehrheit könnte weiteren Schaden vom KB fernhalten.

Arbeitsgruppe der ZL

## Was sollen die Andeutungen der ZL?

Zwei Passagen in den „Überlegungen“ der ZL erfordern sofort eine Antwort.

1. Die ZL behauptet: „In den Leitungen des KB, einschließlich des LG“ gebe es einen „vom LG getragenen verhängnisvollen politischen Schlingerkurs, frei nach der Devise „rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“. Und: „Der schnelle Wechsel von kurzatmigen Spurts und plötzlichen Vollbremsungen drückt den Mangel an längerfristiger Planung auf Basis strategischer Einschätzung und Analyse und damit den Mangel politischer Anleitung unserer Massenarbeit aus“.

Hier soll mit Andeutungen, zu denen nichts Konkretes ausgesagt wird, Stimmungsmache im Sinne der ZL betrieben werden. Es ist die Methode von Demagogen, Andeutungen in die Welt zu setzen, ohne eine konkrete Argumentation zu führen. Hinzu kommt, daß die ZL als Minderheit im LG vertreten ist, dort jedoch bis heute keine Kritik vorgelegt hat, die diese Andeutungen inhaltlich füllen könnte.

Die Funktion dieser Andeutungen ist demnach offensichtlich: Mit völlig unkonkreter Kritik am LG (wobei offenbleibt, inwieweit sich die ZL selbstkritisch einbezieht), will sich die ZL als Sammelpunkt aller „Unzufriedenen“ im KB profilieren, also den Versuch der „Kritikfraktion“ wiederholen. Bereichsweise praktiziert die ZL bereits jetzt eine derartige prinzipienlose Einsammelpolitik. (Wir werden dies vor der Organisation offenlegen.) Damit reagiert die ZL auf die Tatsache, daß ihr eigenes fraktionelles Programm (bzw. dessen Fragmen-

te) sich im KB als nicht mehrheitsfähig erwiesen hat.

2. Die ZL behauptet: „Die derzeit im Mehrheitsblock des KB erkennbare Abkehr von der Wahlbewegung (z.T. hinter maximalistischen Forderungen, Parolen und Ansprüchen versteckt), würde weitere Chancen verbauen, die Krise im KB zu überwinden. Eine derzeit im KB erkennbare (und – wenn überhaupt – absolut verfrüht!) Umschaltung auf kritisch-distanzierte „Unterstützung“ (statt aktiver Mitarbeit und Einflußnahme innerhalb der Bewegung) würde die Talfahrt des KB in die politische Bedeutungslosigkeit beschleunigen und zahlreiche Arbeitsfelder des KB akut gefährden“. Auch in diesem Fall betreibt die ZL Demagogie mit Andeutungen, von denen nichts mit Inhalten und Belegen gefüllt ist. Der Spekulation wird damit freier Raum gegeben. Zudem weiß die ZL, daß wir die Meinungsverschiedenheiten zu diesem Thema im KB nur begrenzt zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen machen können. Unter solchen Umständen öffentlich mit Andeutungen und durch nichts belegten Unterstellungen zu arbeiten, gehört zu den schmutzigsten Praktiken, die die kommunistische Bewegung kennt. Wir werden in der nächsten Zeit vor der Organisation die Meinungsverschiedenheiten zwischen ZL und Mehrheit zur Politik in der Wahlbewegung mit der gebotenen Ausführlichkeit und Klarheit offenlegen, damit sich alle Genoss(inn)en ein Bild über den realen Hintergrund und den Wahrheitsgehalt der Andeutungen der ZL machen können.

Leitendes Gremium des KB  
können.

Leitendes Gremium des KB  
(Mehrheit)

## Wo bleibt der gemeinsame Artikel LG/ZL?!

Aus verschiedenen Teilen der Organisation war in den letzten Wochen die Forderung nach einem gemeinsamen Artikel von LG(Mehrheit)/ZL erhoben worden, in dem versucht werden soll, die realen Meinungsverschiedenheiten herauszuarbeiten. Vorgeschlagen worden war ein solcher Artikel zuerst von der LG-Mehrheit.

Nachdem auch eine Hamburger Delegiertenversammlung am 17.10. diese Forderung mit großer Mehrheit unterstützt hatte, erklärte die ZL am 21.10. erstmals ihre Bereitschaft zu einem solchen Artikel. Ein Genosse des LG (Mehrheit) wurde von der ZL gebeten, einen Vorschlag zur Vorgehensweise zu machen. Dieser Vorschlag wurde der ZL am 23.10. von dem betreffenden Genossen vorgelegt. Der Vorschlag enthielt u.a. einen „Themen-Katalog“ für einen gemeinsamen Artikel, nämlich:

- Einschätzung der Situation des KB;
  - Vorschlag zur „Krisenbewältigung“, was für eine Organisation brauchen wir?
  - Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung und der sich daraus ergebenden Aufgaben für den KB.
- Auf diesen Vorschlag antwortete die ZL am 2.11.: Es sei „eine längere Beratung in der ZL notwendig“, um über den „Themen-Katalog“ zu beraten. Eine solche Beratung könne frühestens am 5./6.11. in der ZL stattfinden. Die ZL werde dann „so schnell wie möglich“ zu dem vorge-

schlagenen „Themen-Katalog“ Stellung nehmen. Diese Stellungnahme der ZL liegt bis heute (9.11.) noch nicht vor.

Auf der anderen Seite ist festzustellen, daß der in diesem AK abgedruckte ZL-Artikel „Überlegungen zur Krise des KB“ Teile des vorgeschlagenen „Themen-Katalogs“ schon einseitig vorwegnimmt. Zu einem großen Teil (Massenbewegung, Perspektive, Aufgaben der Kommunisten) referiert die ZL dabei einfach vereinfachte Positionen, die insbesondere in letzter Zeit in Diskussionen im LG oder zwischen einzelnen LG-Mitgliedern herausgearbeitet wurden. Aus dem Text wird aber nicht deutlich, wie weit es sich um gemeinsame Positionen handelt und wie weit spezielle Meinungen der ZL im Spiel sind.

Diese umfangreiche Artikel-Arbeit ebenso wie die Ansetzung einer arbeitsintensiven fraktionellen Bundeskonferenz der ZL zum 24./25.11. widerlegt alle Vorwürfe der ZL, aus Zeitgründen die Erarbeitung eines gemeinsamen Artikels auf die lange Bank schieben zu müssen. Die ZL mißachtet in dieser Frage – selbstverständlich nicht nur in dieser – den erklärten Willen der großen Mehrheit unserer Organisation, z.T. sogar ihrer eigenen Anhänger.

Leitendes Gremium des KB  
(Mehrheit)

# Versöhnlerertum im KB? Nein danke!

Nach der Enttarnung kahlköpfiger, Blindenbinden tragender und mit weißen Stöckchen bewaffneter unverbesserlicher ML'er in der Organisation ist es der LG-Mehrheit zu verdanken, daß nun auch deren Helfershelfer, geschickt gekleidet im opportunistischen Gewande des „überfraktionellen“ (trotzkistischen) Versöhnlerertums ausgemacht werden konnten.

Die Genoss(inn)en enthielten gegenüber der (hoffentlich) sich besser Tage der ideologischen Auseinandersetzung erinnernden Leserschaft unter der Zwischenüberschrift „Die überfraktionellen Versöhnler: „In der SDAPR war es vor allem Trotzki, der durch seinen „überfraktionellen“ Kampf „gegen das Fraktionswesen“ zu fragwürdiger Berühmtheit gelangte. Trotzki Masche war es, über das Bestehen von Fraktionen in der SDAPR zu klagen und sich selbst, da angeblich „überfraktionell“, als Rufer der Einheit zu betätigen!“

Kaum machen sich nun im KB Fraktionen bemerkbar, haben wir auch ein paar „überfraktionelle“ Versöhnler. (Hervorhebung von mir.) Ihre Argumentation sieht so aus: Bei dem Konflikt zwischen ZL und LG-Mehrheit blicke ja niemand mehr durch. „Beide Seiten“ seien für die Eskalation des Konflikts verantwortlich. (Hervorhebungen im AK.) Außerdem komme es auf die „Schuldfrage“ sowieso nicht an. Jetzt müsse „man“ (die Versöhnler, die sich als Stimme der Organisation ausgeben) die Streitthemen „an den gemeinsamen Tisch zwingen“, um eine Spaltung des KB in zwei jeweils nicht mehr lebensfähige Teile zu verhindern. Sogar ein förmlicher Waffenstillstand wurde entworfen, bei dem die Mehrheit „vorerst“ darauf verzichten soll, Kritik am Vorgehen der ZL (Spaltungsdrohung am 22.8. etc. pp.) zu üben, da diese Frage „sowieso nicht zu klären“ sei. Im Austausch dafür solle die ZL „vorerst“ ihre offenen fraktionellen Zusammenschlüsse einstellen“ (AK 165, „Zur Fraktionsbildung im KB“, Beitrag der „LG-Mehrheit“).

Die Existenz einer solchen Strömung („überfraktionelles“ Versöhnlerertum), entstanden im Zusammenhang mit der laufenden innerorganisatorischen Debatte, will ich gar nicht ausschließen; die Tendenz, brennende politisch-ideologische Fragestellungen, wie die des Weges der Krisenbewältigung, nach Möglichkeit zu umschiffen, ist bekanntlich in unserer Organisation nicht gerade unterentwickelt. Allerdings ist mir nicht klar, wo bzw. an was die Genoss(inn)en der LG-Mehrheit das Bestehen und Wirken einer derartigen „überfraktionellen“ versöhnlerischen Strömung festmachen; ich vermute (besser befürchte) jedoch, daß u.a. die Stellungnahme der 15 Göttinger Genoss(inn)en (AK 164, „Die Spaltung muß verhindert werden“) sowie gewisse in NRW anlässlich einer dortigen KB-Regional-VV aufgetretene Positionen (u.a. Resolution eines Teils der Münsteraner KB-Gruppe, die inhaltlich in eine ähnliche Richtung wie die „Göttinger“ abzielte), als Beweismittel und Dokument hierfür herhalten müssen. Bei dem für die gesamte Organisation „überprüfbar“ empfiehlt es sich, genannte Stellungnahme aus Göttingen doch noch einmal genau auf ihre tatsächlichen Aussagen hin zu studieren. Aus der „Charakterisierung“ dieser Position durch die LG-Mehrheit sind die hier vertretenen Inhalte nicht zu entnehmen. Die Göttinger geißeln in ihrem Artikel zunächst (richtigermassen) die „defätistische Haltung“ großer Teile der Organisation gegenüber einer drohenden Spaltung des KB. Sie wird von ihnen als aktuell „größte ideologische Fehlströmung“ im KB gekennzeichnet. Es wird dann weiter auf die sich aus einer eventuellen Spaltung der Organisation ergebenden Konsequenzen für den Marxismus-Leninismus als politische Strömung innerhalb der BRD-Linken verwiesen. Wenn ich auch nicht die hieraus für die Göttinger Genoss(inn)en anscheinend zwangsläufig resultierenden sehr formalistisch geprägten Schlussfolgerungen teilen kann, so kann ich doch trotzdem keine versöhnlerischen Fehlströmungen in ihren Aussagen feststellen. Die Genoss(inn)en konkretisieren dann im Folgenden ihr Anliegen: „Wir appellieren sowohl an die LG-Mehrheit, als auch an die Zentrumsleitung, über eine selbstkritische Aufarbeitung des Konflikts gemeinsam nachzudenken. Es liegt auf der Hand, daß an eine fruchtbare Diskussion über die wirklichen Differenzen nicht zu denken ist, solange an der Frage der Selbstkritik sich unversöhnliche Fronten gegenüberstehen und die Polarisierung im KB an dieser Front verläuft. Wir können und wollen die tatsächlichen kontroversen Standpunkte zur Krisenbewältigung nicht miteinander versöhnen. Im Gegenteil: Es kann dem KB nur nutzen, wenn diese Kon-

troversen offen und scharf ausgetragen werden, wenn endlich – was lange Zeit nicht der Fall war – um den Weg aus der Krise gekämpft wird – aber bitte nicht mit den Mitteln des Rundmachens von Positionen und Personen, mit Drohungen, Ultimaten, mit Unterstellungen und Gerüchten“. (AK 164, „Die Spaltung muß verhindert werden“).

Wohl gemerkt: Es geht den Genoss(inn)en um eine „fruchtbare inhaltliche Diskussion“. Was sie ablehnen, ist eine schädliche Polarisierung an falschen Fronten, die bis dahin die Diskussion maßgeblich bestimmt hat. Einer an solchen Fronten entstehenden Spaltung ist allerdings in keiner Weise etwas Positives abzugewinnen. In ähnliche Richtung (wenn auch keineswegs identisch) gehen auf angesprochener NRW-Regional-VV formulierte Positionen. Was die Forderung nach einer inhaltlichen fruchtbaren Diskussion über die tatsächlich divergierenden, sich widersprechenden Konzepte der „Krisenbewältigung“ seitens LG-Mehrheit und ZL mit „überfraktionellem“ Versöhnlerertum zu tun hat, ist mir schleierhaft.

Auf besagter NRW-VV ist von den Vertretern der Position wiederholt klargestellt worden, daß es nicht um die Verwischung existierender Widersprüche zugunsten einer scheinbaren ideologischen organisatorischen „Einheit“ des KB geht, sondern gerade um die offene Austragung des existierenden ideologischen Konfliktes. Die Vertreter der „versöhnlerischen“ Position sind vielmehr der Auffassung, daß eine solche Austragung der politischen Widersprüche bisher dank eines gewissen Klimas, das sich über die Organisation breitgemacht hat, verunmöglicht wurde.

Zur „Schuldfrage“: Zumindest auf der NRW-VV ist diese Position so nicht („Beide Seiten“ seien für die Eskalation des Konflikts verantwortlich“) aufgetreten! Es ist (ebenfalls wiederholt) darauf hingewiesen worden, daß Ausgangspunkt für die schädliche Polarisierung an falschen Fronten im KB die Herangehensweise von Ha./Kl. an Fragen unserer Frauenpolitik war. In der bereits erwähnten, seitens eines Teils der Münsteraner OG vorgelegten Resolution heißt es: „Wir sind der Auffassung, daß sowohl LG-Mehrheit als auch ZL zu einem Klima/Situation beigetragen haben, daß eine politische Auseinandersetzung mit den strittigen Fragen bzw. der Bewältigung der subjektiven Krisenseite durch die Organisation verunmöglicht hat. Ausgangspunkt der schädlichen Polarisierung an falschen Fronten war die Herangehensweise von Ha./Kl. bzw. in abgeschwächter Form der ZL, an die Frage der KB-Frauenpolitik, die in dieser Form scharf zurückgewiesen werden mußte und muß“. (Hervorhebung von mir.) Ein in ähnliche Richtung abzielender Hinweis findet sich meines Erachtens (Hervorhebung von mir.) Ein in ähnliche Richtung abzielender Hinweis findet sich meines Erachtens auch in der „Göttinger Erklärung“. Was das Münsteraner Papier anbelangt, handelt es sich hier um eine Art „Kompromißformulierung“. Die Mehrheit der Unterzeichner erkennt in der ZL den „Hauptbetreiber“ schädlicher Polarisierung. Wir sind allerdings der Meinung, daß auch die LG-Mehrheit das ihrige zum existierenden Klima, mit dem sich die Gesamtorganisation zur Zeit konfrontiert sieht, beigetragen hat.

Tatsache ist, daß die Herangehensweise von Ha./Kl. und der ZL sowie die dann von beiden Seiten betriebene schädliche Polarisierung an falschen Fronten, eine ideologische Auseinandersetzung mit den konkreten Widersprüchen überlagert, ja sogar teilweise den Weg dorthin versperrt.

Tatsache ist des weiteren, daß einige Genoss(inn)en, mit Hinweis auf die anfängliche Herangehensweise von Ha./Kl. und ZL eine harte inhaltliche ideologische Auseinandersetzung umgehen möchten. Eine Position, die letzten Endes darauf hinausläuft, der Organisation eine wichtige (und dringend notwendige) Debatte vorzuenthalten.

In dieser Situation und im Sinne einer ideologischen Auseinandersetzung zum Nutzen der gesamten Organisation, halte ich es allerdings für richtig, bestimmte Fragen momentan in den Hintergrund zu rücken. Dazu gehört auch die leidige, außerhalb des „Zentrums“ der Auseinandersetzung nur schwer nachvollziehbare Diskussion um die „Spaltungsdrohung“ bzw. die „Selbstkritik“ der ZL in dieser Frage, „bestellte Kampagne“ etc..

Im Laufe der Debatte ist die „Methode“ der freien Phantasterei, Unterstellung etc. leider in den Rang „materialistischer Herangehensweisen“ gehoben worden. Bedauerlicherweise können sich auch die Genoss(inn)en der LG-Mehrheit dieser, zunächst primär seitens der ZL prak-

tizierter „Methode“ offensichtlich nicht länger entziehen. Wie sonst ist folgende Passage aus dem LG-Artikel zu verstehen: „Die Sprecher des überfraktionellen Versöhnlerertums im KB sind allerdings bisher fast ausschließlich Genoss(inn)en, die in Wirklichkeit ziemlich stark mit den Vorstellungen der ZL sympathisieren“. (Hervorhebung im AK.)

Eine Beweisführung für diese schwerwiegende, seitens der LG-Mehrheit aufgestellte Behauptung hält man nicht für notwendig. Allerdings ist diese Schlussfolgerung nach einleitender Charakterisierung gewisser Genoss(inn)en als „überfraktionelle“ Versöhnler geradezu zwingend. Denn: Jene zeichneten sich dadurch aus, daß sie vorgebildet außerhalb der streitenden Parteien Menschewiki und Bolschewiki standen, wobei sie angeblich deren Versöhnung miteinander anstrebten. Lenin entlarvte diese Pseudo-„Überparteilichkeit“ der „Versöhnler“ und wies nach, daß diese objektiv die Liquidatoren unter den Menschewiki unterstützten. Trotzki war ein Exponent eines solchen „überfraktionellen“ Versöhnlerertums. Von der LG-Mehrheit ist die Existenz einer solchen Strömung im KB (die es sicher gibt) noch nicht nachgewiesen worden. Sie täte gut daran, dies nachzuholen. Die mutmaßlichen „Neoversöhnler“ (wobei ich davon ausgehe, daß die LG-Mehrheit im Göttinger Papier und den NRW-Positionen „überfraktionelles“ Versöhnlerertum zu entdecken glaubt) beanspruchen weder eine über den politischen Widersprüchen schwebende Stellung, noch streben sie eine inhaltsleere Versöhnung existierender Fraktionen an.

Merkwürdigerweise wird in der Abhandlung der LG-Mehrheit über das „überfraktionelle“ Versöhnlerertum diesem eine relative Basis, gerade außerhalb des „Zentrums“ des Konfliktes zugestanden. Wer meint, diese Tatsache würde die Genoss(inn)en zu einer selbstkritischen Reflektion ihrer Charakterisierung dieser Strömung veranlassen, sieht sich getäuscht.

Die Frage, die sich geradezu aufdrängt, ist, woran es denn nun liegt?! An der besonders revolutionären Witterung im „Zentrum“, oder hängt es vielleicht doch damit zusammen, daß die Debatte, so wie sie bisher abgelaufen ist (bisher heißt AK 163, danach ist meiner Auffassung nach eine Neuorientierung im positiven Sinne erfolgt), für große Teile der Organisation außerhalb des „Zentrums“ nicht nachvollziehbar war. In diesem Sinne ist auch das Verlangen aus der „Provinz“ nach Erstellung eines gemeinsamen Artikels durch LG-Mehrheit und ZL, zwecks Darlegung der real existierenden Widersprüche zu interpretieren. Es geht nicht um Versöhnung, sondern um den Einstieg der gesamten Organisation in eine weitere Etappe unserer Krisen-debatte.

eine weitere Etappe unserer Krisen-debatte.

Dietrich (KB-Gruppe Münster)

Anmerkung

Genosse D. mutmaßt, daß wir uns der Phantasterei und Unterstellung schuldig gemacht hätten, indem wir behaupteten (AK 165), daß die „Sprecher des überfraktionellen Versöhnlerertums im KB... bisher fast ausschließlich Genoss(inn)en (sind), die in Wirklichkeit ziemlich stark mit den Vorstellungen der ZL sympathisieren“. Dazu stellen wir fest, daß es in dieser Hinsicht gar keiner gewagten Vermutungen oder Textinterpretationen (etwa an dem Göttinger Versöhnungs-Artikel) bedarf: Der von uns im AK 165 erwähnte Vorschlag eines „Waffenstillstandes“ stammt von einem Genossen, der aus seiner Zugehörigkeit zur ZL-Fraktion gar kein Geheimnis macht und auch schon ein Fraktionstreffen in seinem Bereich organisiert. Die Initiatoren und Unterstützer des Göttinger Versöhnungs-Artikels haben vom ersten Moment an nicht nur die inhaltlichen Positionen, sondern sogar das Vorgehen („Spaltungsdrohung“, „tolle Tage“) der ZL im wesentlichen verteidigt und der LG-Mehrheit die Hauptschuld an den Vorgängen gegeben.

Es handelt sich also bei diesen „überfraktionellen“ um Maskerade, mit der bestimmte Strömungen in der Organisation angesprochen werden sollen. Daß hier ein Spiel mit verteilten Rollen abläuft, zeigt sich an der prompten Reaktion der ZL, die bezüglich der Göttinger „überfraktionellen“ jetzt von einem „Mittelblock“ spricht – sozusagen die „dicke Tendenz“ zwischen Mehrheit und ZL. Daß die ZL-Fraktion einen solchen „Mittelblock“ aus ihrer eigenen Anhängerschaft rekrutieren muß, scheint freilich kein Zeichen ihrer Stärke zu sein.

LG (Mehrheit)



# LG-Mehrheit kontra Lenin

Die seit geraumer Zeit laufende Debatte um die Parteikrise der SdAPR in der Periode der Stolypinschen Reaktion (1907 - 1912) und die Lehren, die der KB aus der damaligen Politik der von Lenin geführten bolschewistischen Fraktion ziehen kann, ist seit dem letzten AK in eine neue Etappe getreten.

Während bisher alle am Streit beteiligten Parteien („Struktur-Fraktion“, ZL, LG-Mehrheit) den Anschein erweckten, sich in ihrer Sichtweise auf Lenin berufen zu können, hat Kt. von der LG-Mehrheit nunmehr diese Rolle abgelegt und ist zu einer verhältnismäßig offenen Polemik gegen Lenin übergegangen.

Ein wesentlicher Punkt der bisherigen Auseinandersetzung war die Fragestellung nach der Hauptursache der damaligen Parteikrise; während die „Struktur-Fraktion“ und Kt. die Krise hauptsächlich auf den äußeren Druck (Polizeiterror) zurückführten, hielt die ZL den inneren Zustand der Partei, die Desertation kleinbürgerlicher Kräfte vom illegalen Kampf sowie die rasante Entwicklung kleinbürgerlicher Fehlströmungen innerhalb der Partei für die bestimmende Seite, für das Wesen der Parteikrise. In diesem entscheidenden Punkt greift Kt. nunmehr Lenin an:

„Die Aussage der ZL zum ‚wesentlichen Hintergrund‘ der massenhaften Mitgliederverluste der SdAPR legt zugleich die rein voluntaristische Logik der ZL-Argumentation offen.“ da sie „für eine Phase des schärfsten reaktionären Terrors die objektiven Bedingungen für zweitrangig erklärt und die wesentliche Ursache (Hauptursache) in der Ideologie der ‚kleinbürgerlichen Mitläufer‘ sieht ...“ „Mit einigen Recht (!) beruft sich die ZL in diesem Punkt ihrer Argumentation auf Lenin ...“

„Recht hat die ZL aber insoweit, daß Lenin als Kronzeuge (!) für eine arbeitertümelnde Sicht der ‚Krise‘ der SdAPR während der Stolypinschen Reaktion sehr wohl herangezogen ist. Denn die ‚Flucht der schwankenden Kleinbürger aus der Partei‘, die ‚Reinigung von den kleinbürgerlichen Elementen‘ etc. pp. ist ein in dieser Zeit bei Lenin ständig wiederkehrendes Thema“ (AK 165).

Nimmt man — wie hier geschehen — Verwirrspiel, Einschränkungen, Relativierungen und sonstigen Ballast beiseite, dann steht Lenin als arbeitertümelnder Voluntarist bei der LG-Mehrheit fast ebenso schlecht im Kurs wie die ZL.

Um die Bedeutung dieses Angriffs auf Lenins Politik (übrigens die erste Lenin-Kritik des LG (Mehrheit) seit Bestehen unserer Organisation) für unsere heutige Auseinandersetzung begreifen zu können, ist ein kurzer Rückblick auf die umstrittenen Fragen der bisherigen Debatte sinnvoll:

— Zunächst legte die „Struktur-Fraktion“ ihre Sicht der Krise in der Stolypinschen Reaktion dar. Diese bestand in einer ausschließlichen Beschreibung der äußeren Umstände, wonach der „nackte Terror der Stolypinschen Henker“ ... „kaum noch Spielraum für irgendeine linke Politik ließ“. Dementsprechend konnte auch nur völlig undifferenziert der „Zerfall“ der SdAPR festgestellt werden (AK 156).

— In unserer Erwiderung versuchten wir, deutlich zu machen, daß der Stolypinsche Terror die inneren Widersprüche der SdAPR zur Entfaltung brachte und Lenin letzterem sein Hauptaugenmerk widmete. Wir wiesen auf Lenins Sichtweise hin, daß der Schrumpfungsvorgang in der Phase der Reaktion ebenso wie die Verschärfung innerparteilicher Widersprüche mit dem relativ spontanen Zustrom zur Partei in der Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution (1905 - 1906) zusammenhing: „In der bürgerlich-demokratischen Revolution (ist) eine gewisse Verflechtung proletarisch-sozialistischer und kleinbürgerlich-demokratischer Elemente und Tendenzen unvermeidlich ...“ (AK 156).

— Im Mittelpunkt der Replik der „Struktur-Fraktion“ stand der Versuch eines Nachweises, daß die Parteikrise der SdAPR ihren Höhepunkt bereits ein halbes Jahr nach dem Stolypinschen Staatsstreich überschritten hatte und Lenin erst in der Phase der Konsolidierung menschewistischen Wankelmuts geifelte, während er in der „eigentlichen“ Krise auch nur völlig undifferenziert den „Zerfall“ konstatiieren konnte. Damit vertieft die „Struktur-Fraktion“ ihren Ansatz, durch die Überbetonung äußerer Faktoren der inneren Krisendynamik der Partei kaum Aufmerksamkeit zu schenken. Ohne dies einzugestehen, kommt sie damit zu einem direkt umgekehrten Bild vom Verlauf

der Parteikrise wie Lenin (UW 29).

— Acht Wochen später mischt sich die LG-Mehrheit (Kt.) in den Streit ein mit einem uneingeschränkten Glückwunsch an die „Struktur-Fraktion“, die uns „entsprechend auseinandergenommen habe“ und uns „Unkenntnis Lenins“ (!) nachgewiesen haben soll. Mit einigen Zitaten, in denen Lenin von „Zerfall“ spricht, ist Kt. ebenso wie die „Struktur-Fraktion“ bemüht, ein Bild des allgemeinen undifferenzierten Niedergangs der SdAPR zu zeichnen und Lenin diese Sichtweise anzudichten.

Vehement bestreitet Kt. unsere Behauptung, „wesentlicher Hintergrund“ der Krise der Partei sei die „Flucht kleinbürgerlicher Mitläufer“ gewesen. Stattdessen sei „wesentliches Element“ ... die politische Zerschlagung; sie „vor allem“ habe die „schwere politisch-ideologische Krise“ verursacht.

Kt. vertritt die Auffassung, daß wir gerade in diesem Punkt Lenins Standpunkt verballhornen („reichlich überspitzt“) und betitelt u. a. deshalb seinen Artikel „Zentrumsleitung kontra Lenin“.

Im AK 164 „Lenin kontra Krisenverwaltung“ legten wir erstmals umfassender dar, wie Lenin die russische Parteikrise einschätzte und welche Schlußfolgerungen er daraus zog. Wir wiesen weiter nach, daß unsere kurze Antwort auf die „Struktur-Fraktion“ Ende Juni durchaus der Leninschen Sicht entsprach (was allerdings nicht gleichbedeutend mit den Unterstellungen der „Struktur-Fraktion“ und Kt.'s ist). Wir wiesen nach, daß das Herumreiten auf den äußeren — nicht vergleichbaren — Aspekten der Krisen (damals und heute) den Blick für jede mögliche Lehre versperrt, daß Lenin dagegen in allen Analysen die „innere Krise“ als „Krise des Marxismus“ untersucht, die Hauptursache des Zerfalls in der — in der Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution unvermeidbaren — Verflechtung von Arbeiterklasse und Kleinbürgertum sah und die Bolschewiki den Weg aus der Krise über die Schaffung eines Parteikerns aus der Schicht fortgeschrittener Arbeiter im Kampf gegen rechte, linke und schließlich versöhnliche Strömungen gingen. Dabei nahm bei Lenin — wir verdeutlichten dies mit einer Reihe von Zitaten — vor allem die ideologische Verflechtung, die Propagierung diverser kleinbürgerlicher Vorstellungen innerhalb der SdAPR den wichtigsten Raum ein. Lenin maß dem Kampf gegen diese Fehlströmungen und einer Besinnung auf die Grundlagen des Marxismus die wichtigste Aufgabe zu.

Erst nach diesem Artikel war die Fiktion von den gegensätzlichen Sichtweisen zwischen Lenin und der ZL im Kern nicht mehr zu halten und die eingangs erwähnte recht scharfe Polemik zwischen Lenin und der ZL im Kern nicht mehr zu halten und die eingangs erwähnte recht scharfe Polemik des Genossen der LG-Mehrheit (Kt.) gegen Lenin nahm ihren Lauf. Diejenigen Genoss/innen, die in den vergangenen Wochen über die Komplexität, Unübersichtlichkeit des Streits um die Stolypinsche Reaktion geklagt haben, sollten nunmehr ihre Kritik an den Verursachern unnötigen Verwirrspieles richten. Uns wäre es jedenfalls auch lieber gewesen, von Beginn an gegen eine offene Lenin-Kritik polemisieren zu können.

Der Vorwurf der „Arbeitertümelei“ gegen Lenin ist schlicht lächerlich, selbst wenn man unter Arbeitertümelei ausschließlich eine übertriebene Ablehnung der „Intellektuellen“ begreift und ihre Ersetzung durch Arbeiter. Dies ist so zu keinem Zeitpunkt Lenins Politik gewesen. Versteht man „Arbeitertümelei“ zusätzlich (und hauptsächlich) als die Herabminderung des wissenschaftlichen Sozialismus auf das Niveau des einfachen Arbeiters bzw. der spontanen Arbeiterbewegung, dann wird die ganze Absurdität dieses Vorwurfs sichtbar.

Allein die Schrift „Materialismus und Empirio-kritizismus“, das philosophische Hauptwerk Lenins, zeigt seine Konzentration auf den Kampf um die Grundlagen des Marxismus während der Stolypinschen Reaktion. Die monatelange Arbeit an diesem Werk, das schließlich in der bescheidenen Auflage von 2.000 Exemplaren erschien, und das sich mit auch in der Partei aufkommender bürgerlich-idealistischer Philosophie auseinandersetzt, zeigt, wie unsinnig es ist, Lenins Grundgedanken der „Krisenbewältigung“ in einer bloß soziologischen Umgestaltung der Partei bzw. ihrer Leitungsorgane anzusiedeln.

Was Lenin auszeichnete, und was ihn letztlich zum herausragenden Politiker einer ganzen Epoche („Klassiker“) machte, war seine Fähigkeit, politische Anschauungen auf ihre klassenmäßigen Grundlagen zurückzuführen. Der Vorwurf der Arbeitertümelei an die Adresse Lenins ist also — wenn er nicht von schlichtem Unverständnis zeugt — im Kern ein Angriff auf Lenins klassenmäßige Betrachtung aufkommender Fehlströmungen. Diese klassenmäßige Betrachtung wiederum führt Lenin zu seinem Konzept, in der Krise unbedingt den ideologischen Kampf zu verschärfen und eine „Reinigung“ der Partei vorzunehmen.

Eine Position, die das verstärkte Aufkommen von Fehlströmungen und Desertation vom illegalen Kampf auf den äußeren Druck (Polizeiterror etc.) zurückführt (wie die LG-Mehrheit es tut), kann nur zu einer Abmilderung des ideologischen Kampfes gelangen, da ja nach ihrem Verständnis ein Nachlassen des äußeren Drucks (heute objektive Faktoren) ein tendenzielles Verschwinden/Abbau der Widersprüche einsetzen müßte.

Dieser Widerspruch ist der tiefere Sinn der wochenlangen Debatte um die Gewichtung zwischen „innerer Krise“ und „äußeren Faktoren“ der Parteikrise von 1907 - 1912. Lenin hatte — gerade während der Stolypinschen Reaktion — mit dem Vorwurf der „Halsstarrigkeit“, „Prinzipienreiterei“ etc. zu tun und der Druck zugunsten einer versöhnlichen Haltung war angesichts des äußeren Terrors auch unter den Illegalen in Rußland außerordentlich groß.

Aus der ganz beschränkten Sicht aktueller Erfordernisse ist eine solche Haltung verständlich; sie spiegelt sich auch in einigen Äußerungen Lenins in der damaligen Zeit wieder. Nachbetrachtend ist allerdings relativ einfach festzustellen, welche Bedeutung Lenins „Halsstarrigkeit“ hatte. Am Ende der Stolypinschen Reaktion stand der endgültige Bruch der revolutionären Sozialdemokratie mit dem Reformismus und die Gründung einer eigenständigen bolschewistischen Partei. Mit diesem Schritt waren die Bolschewisten den revolutionären Sozialdemokraten Europas politisch um Längen und zeitlich um Jahre voraus.

In der Arbeit der Bolschewiki in den Jahren 1907 - 1912 liegt der Schlüssel der Erklärung, warum in Rußland die einzige Partei entstand, die im Weltkrieg von der Plage der Vaterlandsverteidigung fast gänzlich verschont blieb und diese Zeit trotz eher noch schärferer Repression als zu Zeiten Stolypins ohne politisch-ideologische Krise meistern konnte. Hierdurch wiederum erklärt sich nicht unwesentlich das Gelingen der Oktober-Revolution in Rußland im Gegensatz zum Scheitern der Revolution z. B. in Deutschland.

Das alles soll mit „Voluntarismus“ und „Arbeitertümelei“ erreicht werden z. B. in Deutschland.

Das alles soll mit „Voluntarismus“ und „Arbeitertümelei“ erreicht worden sein?

Nun im einzelnen zu Kt.'s Argumenten:

## Die Sache mit den Parteizahlen

Gehen wir den Argumenten, die Kt. für Lenins „arbeitertümelnde Krisenbewältigung“ ins Feld führt, ein wenig im einzelnen nach. Wenn die SdAPR unter Stolypin auf „zeitweise 10 oder 20 % ihres früheren Standes zusammenschmolz“, dann könne unsere (von Lenin übernommene) Behauptung einer Flucht der „kleinbürgerlichen Mitläufer, zum geringen Teil aus der Arbeiterklasse“ (AK 164) überhaupt nicht stimmen: „Denn wenn 80 bis 90 % der SdAPR zeitweise ‚wegbrachen‘ (man beachte dies Wort), so muß daran die Arbeitertümelei mehr als nur gering beteiligt gewesen sein“.

Was Kt. hier mit der Wortwahl „wegbrechen“ über einen Kamm schert, sind zwei verschiedene Dinge, die beide den Verlust von Mitgliedern mit sich brachten, die „Zerschlagung“, also der unmittelbare physische Terror, die Verhaftungen, Verurteilungen, Gefängnis, Verbannung und Mord, und den „Zerfall“, Austritte aus der SdAPR. Diese Begriffsverwirrung deutete sich schon im Artikel „Zentrumsleitung kontra Lenin“ (AK 163) an: „Ein wesentliches Element des ‚Zerfalls‘ der revolutionären Organisationen war die politische Zerschlagung“.

Das eine Mal geht es darum, daß Mitglieder aus der Partei austreten, das andere Mal darum, daß Mitglieder an der Parteiarbeit behindert werden. Müde und Resignierte oder Verhaftete und Verbannnte, für Kt. sind alle gleichermaßen „weggebrochen“ bzw. die einen „wesentliches Element“ der anderen. Daß die Angaben über den absoluten Rückgang der Mitglieder überhaupt nicht der

Behauptung vom Abfall „kleinbürgerlicher Mitläufer“ widersprechen, hätte Kt. an und für sich beim Hervorkramen der Stalinschen Angaben über die Entwicklung der Petersburger Organisation (1) auffallen müssen. Heißt es doch bei Stalin selbst drei Absätze weiter — in diesem Punkt völlig identisch mit den Angaben Lenins, die wir übernommen hatten: „Die Revolution trat den Rückzug an, die Freiheiten verschwanden — und die Partei begann zu kränkeln, die Intellektuellen und dann auch die am meisten schwankenden Arbeiter begannen, aus der Partei zu fliehen“ (2).

Die uns greifbaren Zahlenangaben über die Mitgliederentwicklung der SdAPR vor 1905, während der Revolution und in der Stolypinschen Reaktion geben etwa folgendes Bild: Vor 1905 gliederte sich die SdAPR in fünf relativ eigenständige Organisationen, in Rußland in Bolschewiki und Menschewiki, den jüdischen „Bund“ und die nationalen Arbeiterparteien der Polen und Letten. Anfang 1905 zählten die Bolschewiki, die bis dahin auf strenge Mitgliedsriterien geachtet hatten, nach Bettelheim (3) ca. 8.000 Mitglieder. Als die Revolution heraufte, öffneten sich die Bolschewiki. Lenin plädierte im März 1905 für die Aufnahme ganzer „Zirkel“ in die Partei, wenn diese nur mit der SdAPR sympathisierten, und sah als Korrektiv für fehlendes „Dogma“ den Gang der revolutionären Ereignisse (4). Vor allem durch den Druck der im revolutionären Aufschwung neu aufgenommenen kommt es Frühjahr 1906 zur — formal bleibenden — Wiedervereinigung von Bolschewiki und Menschewiki. Nach Bettelheim zählen zu diesem Zeitpunkt die Bolschewiki 14.000, die Menschewiki 84.000 Mitglieder (5), nach Lenin sind es 13.000 Bolschewiki und 18.000 Menschewiki. Anschließend traten der Partei die Letten, Polen und Bundisten bei (14.000, 26.000 und 33.000), nach Angaben des menschewistischen ZKS umfaßte die SdAPR im Oktober 1906 ca. 150.000 Mitglieder, davon 33.000 Bolschewiki, 43.000 Menschewiki, 13.000 Letten, 28.000 Polen und 33.000 Bundisten (6). Die Zahl von insgesamt 150.000 Mitgliedern wurde auf dem Londoner Parteitag im Mai 1907 überprüft und dürfte dem Höchststand der Revolution entsprechen (7).

Über die Mitgliedszahlen in der Zeit der Stolypinschen Reaktion gibt es begrifflicherweise kein gesichertes Zahlenmaterial. Bettelheim, der sich nur auf die russische Organisation bezieht, spricht von ca. 10.000 aktiven Mitgliedern 1910. Im Februar 1917 haben die Bolschewiki — seit 1912 endgültig von den Menschewiki getrennt — 40.000 Mitglieder nach einer Schätzung der „Großen Sowjetenzyklopädie“ (8). Sinowjew spricht 1923 von 10.000 Parteimitgliedern, die Schätzung der „Großen Sowjetenzyklopädie“ (8). Sinowjew spricht 1923 von 10.000 Parteimitgliedern, die schon vor 1917 revolutionär tätig waren (9).

Wenn aufgrund dieser Zahlen einigermaßen brauchbare Hypothesen über „Zerfall“ und „Zerschlagung“ aufgestellt werden sollen, so darf keineswegs z. B. die Maximalzahl von 1907 (76.000 russische bzw. 150.000 Mitglieder insgesamt) mit der Zahl 10.000 von 1910 in Relation gesetzt werden. Diese Zahlen würden die Mitgliederentwicklung der Bolschewiki nicht widerspiegeln. Dabei würde z. B. die doch wohl allgemein unbestrittene prinzipienlose Aufnahmepolitik der Menschewiki und dementsprechender Verfall völlig unter den Tisch fallen. Berücksichtigt man dies, so kommt man zu etwa folgendem Bild bezüglich der Bolschewiki: Vor 1905 ca. 8.000 Mitglieder, diese Zahl vervierfacht sich 1905 — 1907 auf etwas über 30.000 und geht in der Stolypinschen Reaktion auf unter 10.000 zurück, dazu kommen die sogenannten „parteitreuen Menschewiki“, zahlenmäßig wenig, während die Hauptmassen der Menschewiki zerfallen.

Genau betrachtet ist also den Bolschewiki auch in organisatorischer Hinsicht ein ganz enormer Erfolg gelungen. Eine Mitgliederzahl von knapp 10.000 in einer relativ langandauernden konterrevolutionären Periode zu halten und dabei nicht einmal hinter den Stand der Zeit vor dem großen Aufschwung von 1905/06 zurückzufallen, zeigt letztendlich die Überlegenheit gegenüber den Menschewiki, die mit einer großen Anhängerschaft Anfang 1907 dastanden und nahezu alles verloren.

Sehen wir uns jetzt die Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der SdAPR bzw. ihres bolschewistischen Flügels in diesem Zeitraum an. Vor 1905 war der Arbeiteranteil relativ klein: „Die Iskraorganisation und unsere damaligen Komitees setzten sich mehr aus Studenten und teilweise

aus Berufsrevolutionären zusammen, in ihnen gab es wenige Arbeiter ...“ (10). Diese Aussage Sinowjews bezog sich auf 1902. Lenin wetterte auf dem 3. (bolschewistischen) Parteitag in London Anfang 1905: „Ich wäre sehr dafür, daß in unseren Komitees auf je zwei Intellektuelle acht Arbeiter kämen. Wenn der Ratschlag, der in der Parteipresse erteilt wurde, nach Möglichkeit Arbeiter in die Komitees aufzunehmen, sich als ungenügend erwiesen hat, so wäre es zweckmäßig, daß dieser Ratschlag im Namen des Parteitages erteilt wird ...“ (11). Offensichtlich sahen die Verhältnisse auf dem nächsten bolschewistischen Parteitag, der Prager Konferenz 1912, nach Überwindung der Krise anders aus: „Es war eine neue Schicht von Arbeiterbolschewiki vertreten, die in der Ära der Konterrevolution ... emporgewachsen und politisch herangewachsen war ..., die an der Revolution von 1905 entweder überhaupt nicht beteiligt oder damals nur als Durchschnittsarbeiter tätig waren ...“ (12).

Die Bolschewiki hatten vor 1905 unter 10.000 Mitgliedern, darunter bildeten Arbeiter wohl eher noch eine Minderheit. Mit den 20.000 bis 25.000 neu aufgenommenen strömten bis 1907 neben anderen Schichten auch zahlreiche Arbeiter in die Reihen der Bolschewiki. In den Leitungsorganen, z. B. Komitees oder Parteitage, blieben Arbeiter immer noch eine Minderheit. So gibt Stalin in seinem Bericht über den Londoner Parteitag 1907 der gesamten SdAPR ein genaues Bild über die soziale Zusammensetzung der Delegierten: Von 330 stimmberechtigten Delegierten waren 116 Arbeiter, 24 Angestellte, der Rest „Nichtarbeiter“. Von den 92 bolschewistischen Delegierten waren allerdings immerhin schon 38 % Arbeiter, 18 % Berufsrevolutionäre und der Rest Intellektuelle. Während große Gruppen der menschewistischen Delegierten aus den ländlichen Gebieten Rußlands kamen, kamen allein ca. 60 bolschewistische Delegierte aus den großen Industriegebieten Petersburg, Moskau, Ural und Iwanowo-Wosnesensk (13). Den Bolschewiki gelang es also in der Revolution von 1905, in gewissem Grade mit den wichtigsten Schichten des russischen Proletariats zu verschmelzen. Dies war unter anderem die Basis, auf der Lenin aufbauend einen Weg durch die schwere Parteikrise nach 1907 gehen konnte, während die Menschewiki, die sich vor allem auf ländliche Gebietsorganisationen, Intellektuellenzirkel und legale Arbeitervereine wie Konsumgenossenschaften, Gewerkschaften usw., also weniger bewußte Schichten des Proletariats, stützten, in der Stolypinschen Reaktion untergingen.

Auf diesem Hintergrund muß man z. B. Aussagen Lenins von der „unerschütterlichen Treue des Proletariats“ gegenüber seiner Klassenpartei bewerten, wegen der Kt. Lenin eine „arbeitertümelnde“ Glorifizierung des russischen Proletariats andichten will. Diese Aussage traf Lenin im Rahmen einer dieserartigen Bestimmung der Etappe der Entwicklung der Klassenkämpfe in Rußland — die bürgerlich-demokratische Revolution sei im Gegensatz zu menschewistischen Aussagen noch nicht beendet — und einer kurzen Einschätzung der Klassen und ihrer Entwicklung, der „liberalen Bourgeoisie“, die sich dem Zirkus anschließt, der Bauernschaft, die trotz aller Schwankungen weiter für eine revolutionär-demokratische Agrarumwälzung eintritt. Dann heißt es — wir sind gezwungen, Lenin gegen Entstellungen ganz zu zitieren: „e) Das Proletariat bekam und bekommt weiterhin die Schläge der Selbstherrschaft wie des sich rasch vereinigenden und angreifenden Kapitals am stärksten zu spüren. Trotzdem bewahrt es, im Gegensatz zu anderen Klassen, größte Geschlossenheit und unerschütterlichste Treue gegenüber seiner Klassenpartei, mit der es die Revolution in eins verschmolzen hat. Das Proletariat führt den Kampf für seine Klasseninteressen weiter und vertieft sein sozialistisches Klassenbewußtsein, wobei es die einzige Klasse bleibt, die einen neuen revolutionären Kampf konsequent zu leiten vermag.“

Daß Lenin mit dieser These e) eine strategische Einschätzung vornimmt und nicht etwa die „Standfestigkeit“ der Arbeiterklasse gegenüber dem Terror glorifiziert (Kt., AK 165), wird schon daran deutlich, daß es in Schlußfolgerungen unter Punkt 6 des gleichen Resolutionsentwurfs heißt: „Auf die Tagesordnung rückt vor allem die langwierige Arbeit zur Erziehung, Organisation und festen Vereinigung der Klassenbewuß-



ten Massen des Proletariats" (14). Wenn man die politisch-strategische Aussage der Thesen unter c) in „Arbeitertümelei“ Lenins — als wenn jeder „Blaumann“ fest in den Reihen der SdAPR marschiert — ummünzen will, kann man nur zu dem Ergebnis kommen, daß Lenin bekloppt war, wenn er ein paar Sätze weiter von der Notwendigkeit der „langfristigen Arbeit“ der SdAPR — nicht einmal im gesamten Proletariat, sondern seinen „klassenbewußten Massen“ (gemeint sind die Industriearbeiter der großen Industriegebiete) spricht. Nach Kt.'s Logik mußte man Lenin dann nicht nur als „Arbeitertümler“, sondern auch als schizophran beurteilen.

### Lieber Stalin als Lenin?

In seinem Artikelabschnitt „Lenin und die Kleinbürger“ schreibt Kt., Lenin habe die Kleinbürger abqualifiziert und das Proletariat glorifiziert, Stalin dagegen habe — da er die ganze Zeit in Rußland war — „wahrscheinlich das authentischere Bild vermittelt“ (AK 165). Stalin hätte — anders als Lenin — „in diesem Zeitraum“ (Kt.) die „Losgerissenheit ihrer Organisationen (der SdAPR) von den breiten Massen“ als „erstes, was die Partei besonders niederdrückt“ beklagt. Beim Zitieren hob Kt. die Worte „Losgerissenheit“ und „erstes“ besonders hervor, damit folgendes Bild entsteht: Der Exiljournalist Lenin in den Schweizer Alpen spricht von der „Flucht der intellektuellen und kleinbürgerlichen Mitläufer“, Stalin im Lande selbst vor Ort von der „Losgerissenheit“. Nun haben wir schon oben darauf hingewiesen, daß Stalin nicht anders als Lenin drei Absätze weiter die „Flucht der intellektuellen und dann auch der am meisten schwankenden Arbeiter“ „notierte“. Diesen Absatz leitete Stalin mit den Worten ein: „Man begreift unschwer, daß die Ursache von alledem („Losgerissenheit“ usw.) die Krise der Revolution selbst ist ... die Partei begann zu kränkeln, die Intellektuellen ... (usw.) begannen, aus der Partei zu fliehen“ (15). Hieraus ließe sich wohl kaum ein großartiger Widerspruch zwischen Lenin und Stalin in dieser Frage konstruieren. Im Gegenteil belegt auch dieses Stalin-Zitat nochmals die Richtigkeit der Feststellung, daß

der Kampf innerhalb der bolschewistischen Fraktion sich auf dem Höhepunkt befand und die Otsowisten aus der bolschewistischen Fraktion ausgeschlossen wurden.

Stalin schein folgendes Bild der Parteikrise zu haben: Es gibt nur eine organisatorische Krise, und diese können wir durch das „Eingehen“ auf die unmittelbaren Arbeiterforderungen lösen. Diese Forderungen kennen die Arbeiter selbst am besten, deswegen müssen sie weitgehendst an der Parteileitung beteiligt werden, ansonsten „organisieren“ wir „Besprechungen“. Die ideologische Auseinandersetzung nimmt Stalin schlicht nicht wahr. So bewertet er z. B. in seinem Artikel die Zeitung „Golos“ der menschenwichtigen Liquidatoren und den bolschewistischen „Proletari“ als gleichermaßen nicht genügend, „letzten Endes die Partei zusammenzuschließen“, weil sie als „Auslandsorgane“, „natürlich hinter dem Gang des Parteilebens in Rußland zurückbleiben, nicht imstande sind, die die Arbeiter bewegenden Fragen rechtzeitig zu bemerken und zu berühren“ — deswegen müsse eine Inlandszeitung mit Inlandsredaktion geschaffen werden (18).

Wenn man das Wort schon gebrauchen will, neigt Stalin zur „Arbeitertümelei“, zum Herabdrücken der politisch-ideologischen Aufgaben auf das Niveau der „tagtäglichen“ Bedürfnisse der Arbeiter. Dementsprechend nimmt Stalin einige Tage später, als die Bolschewiki den Hauptvertreter des Otsowismus, Bogdanow (Maximow), aus der Redaktion des „Proletari“ ausschließen, eine verschönernde Haltung ein und plädiert zunächst gegen dessen Ausschluss.

Die Haltung Stalins entsprach sicherlich einer zu der Zeit unter der Arbeitermitgliedschaft der SdAPR recht verbreiteten Strömung, den politisch-ideologischen Kampf als „Auslandsstreit“ abzutun. Lenins Haltung war dieser in m e r konträr entgegengesetzt.

### Lenin ein „Arbeitertümler“ nach 1907?

Kt. schreibt, Lenin hätte für „kleinbürgerliche Mitläufer“, „das schlichte Rezept des ‚Hinausdauerns‘ empfohlen“: „Diese von ihm propagierte Re-

bürgerliche Mitläufer“, „das schlichte Rezept des ‚Hinausdauerns‘ empfohlen“: „Diese von ihm propagierte Reinigung“ ... meinte Lenin selbstverständlich nicht bloß in einem übernatürlichen ideologischen Sinn, sondern auch ganz direkt“. Die Kleinbürger durch „echte Arbeiter zu ersetzen“, sei Lenins „Grundgedanke seiner Krisenbewältigung“ (AK 165, Hervorhebungen dort). Deswegen hätte Lenin auch immer wieder von „feigen und charakterlosen Intellektuellen“, „schimmeligem Intellektuellenopportunismus“, „untauglichen fremden Klassenmitgliedern“ usw. gesprochen. „Kurzum: „Arbeitertümelei“ habe Lenin nach 1907 zum Intellektuellenhasser gemacht. Nur nach 1907? Wie will Kt. bewerten, daß Lenin z. B. A n f a n g 1903 von der „Schwachköpfigkeit und Ungeschicklichkeit der Intellektuellen“ (20), im M a i 1904 von der „Schwächlichkeit und Wankelmütigkeit der Intelligenz“, der „intelligenzlerischen Waschlappigkeit“, den „individualistischen Intellektuellen“, von der „Intelligenz in den Reihen der Marxisten, die durch ihre Mentalität Opportunismus erzeugt“ (21) sprach? Oder J u l i 1904, als Lenin schrieb: „Wir kämpfen für die festgefügte Parteiorganisation unserer proletarischen Vorhut — gegen intelligenzlerische Disziplinlosigkeit, Desorganisation und Anarchie“ (22)? Diese Zitate aufreihung von vor 1905 ließe sich beliebig erweitern. Nehmen wir ein anderes Zitat, A n f a n g 1907, ein halbes Jahr vor Stolypin: Lenin spricht von der „kleinbürgerlichen Intelligenz, die in die Arbeiterpartei Opportunismus hineinträgt und von den Sozialdemokraten zu den Kadetten, von den Kadetten zu den Menschewiki usw. wandert“ (23). Von diesen „Ansichten“ über die Intelligenz sind nach Lenin auch Marx/Engels nicht frei. In Lenins Vorwort der russischen Ausgabe von Briefen der Klassiker u. a. an Sorge widmet Lenin ein ganzes Kapitel dem „Intelligenzler-Opportunismus in der (deutschen) Sozialdemokratie“ in der Beurteilung durch die Klassiker: „Daraus (aus den Briefen von Marx/Engels) ersehen wir, daß Marx und Engels mehr als zehn Jahre systematisch, unentwegt gegen den Opportunismus in der deutschen sozialdemokratischen Partei kämpften und das intelligenzlerische Philistertum und Spießbürgertum im Sozialismus verfolgten. Das ist eine äußerst wichtige Tatsache ...“ (24).

Und in der Revolution von 1905? J a n u a r 1905: „Die Organisationsarbeit ist aber unmöglich ohne einen entschiedenen Widerstand gegen jene organisationsfeindlichen Tendenzen, deren Träger bei uns, wie überall, der charakterlose und seine Lösungen wie das Hemd wechselnde intelligenz-

lerische Teil der Partei ist ...“ (25). F e b r u a r 1905, in der Schrift „Zwei Taktiken“, beklagt Lenin „das Fehlen jedes selbständigen Standpunkts bei dem intelligenzlerischen Flügel der Partei ...“, der sich sowohl für die Modeworte des Bernsteinianerums als auch für die unmittelbaren Ergebnisse und Formen einer reinen Arbeiterbewegung begeisterte“ (26).

Geht man diese — wohlberkelt beliebig erweiterbare — Auswahl von Lenin-Zitaten durch, mußte man nach Kt.'s Logik doch wohl zum Ergebnis kommen, Lenin sei i m m e r ein arbeitertümlernder Intellektuellenfeind gewesen. Das ist absoluter Blödsinn!

Alle Aussagen Lenins über die „Schwächlichkeit“, „Wankelmütigkeit“, „Disziplinlosigkeit“ der Intellektuellen, über „Feigheit und Charakterlosigkeit“ und „schimmigen Intellektuellenopportunismus“ beziehen sich nirgendwo auf die Intellektuellen als Verbündete des Proletariats, als Mitkämpfer in den Reihen der SdAPR an sich, sondern auf die Intellektuellen, die vom Marxismus abfallen bzw. abzufallen drohen.

1. Dies beinhaltet in der ersten Phase der Stolypinschen Reaktion zunächst nichts weiter als die „schlichte“ Feststellung Lenins, daß „alle intellektuellen, kleinbürgerlichen Elemente die Partei verlassen: die Abwanderung der Intelligenz ist von riesigem Ausmaß ...“ (27). Diesen abwandernden Kleinbürgern sandte Lenin den Fluch nach: „Soll es sich fortschreiten, dieses Gesindel. Die Partei säubert sich vom kleinbürgerlichen Unrat ...“ (28). In diesen, wohl diesbezüglich schärfsten Worten Lenins in einem privaten Brief an Gorki Anfang 1908 kam die Verbitterung Lenins über das organisatorische Desaster zum Ausdruck, das gerade unter den im Stich gelassenen Arbeitermitgliedern diese Flucht hinterließ. Gorki schien diesen Brief Lenins mißzuverstehen, Lenin würde seine Haltung zu Intellektuellen aufgrund dieser bitteren Erfahrung ändern. Im nächsten Brief an Gorki schrieb Lenin von einem „einfachen Mißverständnis“: „Natürlich habe ich überhaupt nicht daran gedacht, die Intelligenz davonzujaagen“ (dies überhaupt nicht daran gedacht, die Intelligenz davonzujaagen“ (dies hatte anscheinend Gorki vermutet, Lenin zitiert wohl aus dessen Brief), wie es die einfältigen Syndikalisten tun, oder ihre Notwendigkeit für die Arbeiterbewegung zu leugnen. In all diesen Fragen kann es keine Meinungsverschiedenheiten zwischen uns geben, davon bin ich fest überzeugt...“ (29).

Diesen Abgang von „Mitläufern“ — Leuten also, die gar nicht zu halten waren — bewertete Lenin auch verschiedentlich als eine sich o b j e k t i v vollziehende Säuberung der Partei, und gegenüber dem Geflüster der menschenwichtigen Liquidatoren, die behaupteten, diese verließen die Partei wegen ihrer Illegalität etc., man mußte die Partei diesen Abgängern anpassen usw., sagte Lenin, daß diese sich vollziehende Säuberung kein Grund zum Erschrecken, sondern „zur Freude“ sei.

2. bezeichnete Lenin zu a l l e n Zeiten — nicht nur in der Phase der Stolypinschen Reaktion — kleinbürgerliche Fehltrömungen als „schimmigen Intellektuellenopportunismus“ etc.pp. Diese scharfen Formulierungen beziehen sich auf intellektuelle Führer der SdAPR, die innerhalb der Partei zu Propagandisten von Fehltrömungen wurden, unter dem Deckmantel der SdAPR den organisierten Verrat betrieben, also mit den politischen Inhalten der Partei bzw. der Bolschewiki gebrochen hatten. Dies beinhaltet für Lenin in erster Linie scharfen ideologischen Kampf, um diese kleinbürgerlichen Fehltrömungen als Abweichungen bzw. „Abfall vom Marxismus“ sichtbar zu machen.

„Kleinbürger“ ist für Lenin in erster Linie keine soziologische Kategorie, sondern eine p o l i t i s c h e. Dabei scheut sich Lenin keineswegs, auch Arbeiter in diesem politischen Sinne als „Kleinbürger“ zu bezeichnen. Wie „wurscht“ es Lenin ist, welcher „Abstammung“ ein Revolutionär ist, verdeutlicht folgende Passage aus „Was Tun?“. „Die Organisation der Revolutionäre ... muß vor allem und hauptsächlich Leute erfassen, deren Beruf die revolutionäre Tätigkeit ist ... Hinter dieses allgemeine Merkmal der Mitglieder einer solchen Organisation m u ß jeder Unterschied zwischen Arbeiter und Intellektuellen ... völlig zurücktreten“ (30). Ja, Lenin vor 1905 — hören wir Kt. lamentieren. Das dies Quatsch ist, mag nochmals ein wesentlich späteres Zitat Lenins belegen. 1920, nach der Revolution, geht Lenin auf diese Fragen nochmals grundsätzlich ein. Es heißt dort:

„Unter der Sowjetmacht werden in eure und in unsere proletarische Partei noch mehr Intellektuelle aus dem Bürgertum hineinzuschlüpfen versuchen. Sie werden auch in die Sowjets, in die Gerichte und in die Verwaltung hineinschlüpfen, denn man kann den Kommunismus nicht anders und mit nichts anderem aufbauen, als mit dem Menschenmaterial, das der Kapitalismus geschaffen hat, man kann die bürgerliche Intelligenz nicht fortjagen und vernichten, sondern muß sie besiegen, umwandeln, ummodellieren, umerziehen, genauso wie man in langwierigen Kämpfen, auf dem Boden der Diktatur des Proletariats, auch die Proletarier selbst umerziehen muß, die sich von ihren eigenen kleinbürgerlichen Vorurteilen nicht auf einmal, nicht durch ein Wunder, nicht auf Geheiß der Mutter Gottes, nicht auf Geheiß einer Losung, einer Resolution, eines Dekrets befreien, sondern nur in langwierigen, schwierigen Massenkämpfen gegen den Masseneinfluß des Kleinbürgertums“ (31).

Will man überhaupt von einer speziellen Krisenpolitik Lenins sprechen, dann muß man sagen, daß Lenin seine „schlichten“, „Grundgedanken“ über die Notwendigkeit des politisch-ideologischen Kampfes intensivierte, die Anstrengungen in Richtung politisch-ideologischer Debatte verdoppelte und verdreifachte.

Das ist auch an und für sich ganz logisch: In Zeiten einer anwachsenden proletarischen Massenbewegung gibt es das Korrektiv dieser Massen, allerlei Unsinn entlarvt sich z.T. „spontan“, Zügel werden nur wenig gebraucht. (32)

In diesem Zusammenhang wird auch deutlich, daß alle Hinweise Lenins nach 1907, die SdAPR brauche anstelle der Führer aus Intellektuellenkreisen „Führer aus Arbeiterkreisen“ leicht zu verstehen sind: Es war einfach Fakt, daß nach der Flucht der Intellektuellen diese Führer gebraucht wurden, sie konnten nur aus den Arbeitern, die der Partei treu geblieben waren, entnommen werden.

### Harte Zeiten = Krise

#### Harte Zeiten = Krise

Im Artikel „Zentrumsleitung“ kontra Lenin“ wurde schon deutlich, daß die LG-Mehrheit nicht begriffen hat, was „Krise“ überhaupt bedeutet: „Gerade die erfahrensten, aktivsten Kader aus Arbeiterklasse und Kleinbürgertum wurden der revolutionären Bewegung durch Einkerkelung, Verbannung oder Ermordung immer wieder geraubt. Das vor allem verursachte die schwere politisch-ideologische Krise der revolutionären Bewegung, zusammen mit dem Druck der äußeren Bedingungen“ (AK 163, Herv. dort). In AK 165 hat Kt. diese Argumentation ausgebaut, indem er den Stolypinschen Terror anhand einiger Zahlen verdeutlicht und dann zu folgendem Ergebnis kommt: „Aus den zitierten Angaben über das Ausmaß des Terrors während der Stolypinschen Reaktion und dessen Auswirkungen auf die Arbeiterbewegung geht hervor, daß man diese Phase mit den schwärzesten Zeiten der Geschichte der Arbeiterbewegung — wie dem Faschismus/Nazismus in Deutschland, Italien, Spanien und der Situation nach dem Putsch in Chile — vergleichen muß“ (AK 165, dort alles herv.).

Daß ein solcher Vergleich nicht so undifferenziert vollzogen werden darf — man bedenke z.B., ob es im Faschismus je Parlamentsfraktionen revolutionärer Arbeiterparteien gab, oder, daß der Zarismus nach seinem Sieg 1907 mit dem Stolypinschen Terror begann, trotzdem zehn Jahre später endgültig niedergekämpft wurde — wollen wir hier nur kurz anmerken. (33) Die Angaben über den Stolypinschen Terror seien deswegen nötig, weil wir (ZL), insbesondere über das A u s m a ß des zaristischen Terrors und dessen Konsequenzen für die russische Arbeiterbewegung nur sehr vage Vorstellungen vermittelt“ hätten. Die Logik dieser Argumentation ist: Die russische Parteikrise war den äußeren Bedingungen geschuldet, alles Gerede von „inneren Ursachen“ und dementsprechend „Lernen von den Bolschewiki“ ist „in jeder Hinsicht unsinnig“. Verglichen mit 1907-1912 war die Zeit nach Kriegsausbruch 1914 für die SdAPR nun allerdings keineswegs weniger durch staatliche Zerschlagung gekennzeichnet, eher im Gegenteil! Dazu z.B. die heutige KPdSU-Geschichte der Revisionisten: „Es gab kein einziges Parteikomitee, das nicht zerschlagen worden wäre. Im Petersburger Komitee wurden während des Krieges über 30 Verhaftungen vorgenommen. Auch die Moskauer Organisation hatte unausgesetzt unter den Schlägen der Polizei zu leiden, mehrfach scheiterten die Versuche, das Moskauer Komitee neu aufzubauen. Das Komitee von Samara

wurde innerhalb eines Kriegsjahres sechsmal zerschlagen...“ (34) Sinowjew berichtet, „der imperialistische Krieg ... zog eine fast vollständige Vernichtung der Partei nach sich. Vor allem wurde unsere Dumafraktion verhaftet...“ (35) (Sinowjew führt letzteres deswegen an, weil selbst in den härtesten Zeiten unter Stolypin die Bolschewiki über die Duma-Abgeordneten Verbindungen zu den Massen herstellen konnten.)

Neben dem physischen stand der ideologische Terror der Bourgeoisie. Auch Plechanow, der in der Phase der Stolypinschen Reaktion um die Partei gegen die Liquidatoren gekämpft hatte, ging auf die Positionen der „Vaterlandsverteidiger“ über. Die Bolschewiki wurden selbst im Proletariat der Hauptstädte Petersburg und Moskau wieder isoliert: „Der Chauvinismus hat auch die russischen Arbeiter nicht verschont. Das ist z.B. auch schon daraus zu ersehen, daß in der ersten Hälfte der Februarrevolution die ungeheure Mehrheit solcher Städte wie Petersburg auf der Seite der Menschewiki und Sozialrevolutionäre stand“ (36).

Aus diesen zitierten Angaben über das Ausmaß des Terrors nach Kriegsausbruch und dessen Auswirkungen auf die Arbeiterbewegung geht hervor, daß dieser Terror nicht minder schwer als unter Stolypin zu bewerten ist. Diese Zeit müßte dann doch wohl auch zu den „schwärzesten Abschnitten...“ gerechnet werden, allerdings fehlt die Krise! Über den „Zerfall“ der Bolschewiki wird Kt. zu dieser Zeitspanne kaum einen Hinweis finden können, wohl aber sehr viele über deren „Zerschlagung“.

### Leitung des Zentrums

#### Anmerkungen

- 1 Die heutige „offizielle“ „Geschichte der KPdSU“, Moskau 1976, erschienen im Revl-Verlag „Marxistische Blätter GmbH“ gibt für Petersburg 1907 8.000, 1908 etwa 3.000; für Jekaterinburg 1907 1.070, 1908 250; für Iwanowo-Wosnessensk 2.000 und 600 an, S. 134
- 2 Stalin, „Die Parteikrise und unsere Aufgaben“, Bd. 2/134
- 3 Bettelheim, „Klassenkämpfe in der UdSSR“, Bd. 1/106ff.
- 4 Vgl. z.B. „Neue Aufgaben und Kräfte“, LW 8/207ff.
- 5 s. Anm. 3, bei 86.000 Menschewiki vgl. z.B. „Neue Aufgaben und Kräfte“, LW 8/207ff.
- 6 s. Anm. 3, bei 86.000 Menschewiki scheint ein Druckfehler vorzuliegen.
- 7 „Über die Einberufung eines außerordentlichen Parteitag“, LW 11/257. Dort auch die Zahlen des menschenwichtigen ZKs lt. „Towarischtsch“ vom 11.10.06, einem Organ der „linken“ Kadetten und Menschewisten. Kt. schreibt in AK 165, Bettelheim hätte ca. 80.000 SdAPR-Mitglieder 1907 angegeben, Lenin dagegen 150.000. Tatsächlich gibt Bettelheim 77.000 russische Mitglieder der SdAPR an, fast exakt die leninsche Zahl (33.000 Bolschewiki + 43.000 Menschewiki = 76.000).
- 8 vgl. LW 19/397. Die gleiche Zahlenangabe macht Sinowjew, „Geschichte der KPdSU (B)“, S. 175
- 9 Bettelheim, S. 109
- 10 Sinowjew, „Geschichte...“, S. 79
- 11 Sinowjew, „Geschichte...“, S. 85
- 12 „III. Parteitag der SdAPR“, LW 8/405. Mit den Komitees sind die örtlichen Leitungen gemeint. Wie man sieht, hatte Lenin nicht nur 1909 „Arbeitertümelei“ an sich.
- 13 Sinowjew, S. 166
- 14 Stalin, Bd. 2, S. 44 ff.
- 15 LW 15/320 bis 322
- 16 Stalin 2/134
- 17 Vgl. Lenins Kommentar zum Brief eines Petersburger Arbeiters, der dies feststellte, in „Über zwei Briefe“, LW 15/284
- 18 Stalin 2/138
- 19 Stalin 2/139ff.
- 20 Stalin 2/148ff. „Aus der Partei“; übrigens sind diese beiden kurzen Schriften alles, was sich in Stalins Werken zur Parteikrise findet.
- 21 „Einige Gedanken zum Brief von 7 z. 6f.“, LW 6/310
- 22 „Ein Schritt vorwärts...“, LW 7/266, 324, 365, 408
- 23 „Sozialdemokratie und Dumawahlen“, LW 11/454
- 24 „Was erstreben wir“, LW 7/452
- 25 „Vorwort zu den Briefen an Sorge“, LW 12/370, April 1907
- 26 „Die Selbstherrlichkeit und das Proletariat“, LW 8/12
- 27 LW 8/136
- 28 Lenin, Briefe Bd. II, S. 127
- 29 Lenin, Briefe Bd. II, S. 132
- 30 Lenin, Briefe Bd. II, S. 135/36. Hervorhebung von uns.
- 31 „Was tun?“ LW 5/468, Hervorhebung bei Lenin
- 32 „Der linke Radikalismus...“, LW 31/103, Herv. von uns
- 33 Man denke z.B. an den Boykott der ersten Duma während der Revolution von 1905. Die Straßenkämpfe des Proletariats gaben den Bolschewiki Recht, während die Menschewiki auf das bürgerliche Parlament orientierten.
- 34 Lenin verglich die Stolypinsche Reaktion mehrfach mit der Situation der SPD unter den Bismarckschen Sozialistengesetzen, vgl. LW 15, S. 7, 295/296; 16, S. 17, 142; 17, S. 533; 19, S. 288f.; 20, S. 510 und 21, S. 68. Lenin verwies dort immer wieder auf die innere Parteikrise und die Erfahrungen im Kampf mit Fehltrömungen.
- 35 „Geschichte der KPdSU“, VMB 1977, S. 191
- 36 Sinowjew, „Geschichte der KPdSU (B)“, S. 176
- 37 ebende, S. 185



## Zwischenbericht des SSB (Schüler)

Nach der Auflösung des SSB als Sympathisantengruppe des KB im Sommer 78 wurden die 20 Schülergenoss/innen in vier Gruppen aufgeteilt, in denen mit ihnen ein umfangreiches Schulungsprogramm absolviert wurde. Diese Arbeit wurde von einer KB-Arbeitsgruppe, bestehend aus vier Zentrums-Genossen, angeleitet. Im Februar waren die Schulungsgruppen zusammengebrochen, die Genossen der KB-Arbeitsgruppe hatten, bis auf einen, ihre Anleitung der Schülerarbeit eingestellt. Eine Auswertung des Versuchs „Intensivschulung“ ist nicht erfolgt. Der Kreis der Schülergenossen ist auf 12 geschrumpft. Diese haben sich quasi als neuer SSB gegründet, eine Leitung gewählt und eine Neuorientierung der Arbeit begonnen.

Schon während der „Intensivschulungen“ wurde von einigen Genossen im SSB kritisiert, daß zu wenig für die Entwicklung eines Schulkampfes getan wurde. Wir waren dann im Februar mit der sich langsam aufbauenden Bewegung gegen den Zeugniselaß (ZE) konfrontiert. Es ging dabei um einen Erlaß der Behörde, der u.a. einen NC beim Übergang in die siebente Klasse weiterführender Schulen beinhaltet. Dagegen gab es unter den Schülern größere Proteste, die zwei Demonstrationen mit je 1000 Teilnehmern als Höhepunkte hatten. Wir bemühten uns deshalb, lange versäumtes nachzuholen, um als SSB wieder in die Lage zu kommen, in diese Bewegung einzugreifen. Die Schwerpunkte, die wir uns ab da gesetzt haben, bestehen noch heute als Anspruch, allerdings hat sich inzwischen gezeigt, daß wir sie mit unseren bescheidenen Kräften kaum bewältigen können.

### Untersuchungs- und Kommissionsarbeit

Schon länger war offensichtlich geworden, daß weder der SSB als Ganzes, noch die einzelnen Genoss/innen etwas Konkretes zur Bildungspolitik aussagen konnten. Es gab keine Analyse der bürgerlichen Politik, die Parolen von „Auslese statt Ausbildung“, „Sparpolitik“ ... konnten nicht mit Inhalten gefüllt werden. An den Schulen selbst fehlte (in der Regel) jeder Überblick über die „kleinen und großen Sorgen“ der Schüler, d.h. kaum eine(r) „wußte“ von Reibereien mit Lehrern, konkreten Auswirkungen von Streik, Leistungsdruck und Auslese, Diskussionen um Lehrinhalte, Raumnot usw. ... also all den Dingen, die auch heute noch den Schulalltag bestimmen. Es gab wohl auch kaum eine(n) Genoss/innen, die/der ein wenig klarer im Kopf hatte, was wir eigentlich für eine „Schule“ wollen und wofür wir eigentlich Schulkampf machen.

Dies wollten wir durch den Beginn einer Untersuchungsarbeit aufbrechen.

Dies wollten wir durch den Beginn einer Untersuchungsarbeit aufbrechen. Erstes Produkt war ein SSB-Aufruf zur Demo und dann ein REBELL-Extra. Gerade beim REBELL ist es gelungen, nahezu alle Genossen an der inhaltlichen Erstellung zu beteiligen. Wir haben dazu ein Arbeitswochenende gemacht, auf dem wir alle angeschnittenen Themen diskutiert und vorher besorgtes Material durchgearbeitet haben. (Ergebnisse siehe REBELL-Extra „Für eine Schule, die Spaß macht“). Um in dieser Arbeit kontinuierlich am Ball bleiben zu können, weitere Themenbereiche angehen zu können, hatten wir eine „Kommission“ gebildet.

Diese Arbeit bereitete aber große Schwierigkeiten, da fast alle Genoss/innen keine Übung im Schreiben haben, es Mühe bereitet, die für die Kommissionsarbeit notwendige tägliche Kontinuität aufzubringen usw. Ein Problem ist auch, daß im AK die Möglichkeiten für eine Berichterstattung über Schüleraktivitäten schlechter sind als in einer Jugendzeitung.

So ist die Kommissionsarbeit zur Zeit ganz eingeschlafen und es bedarf einer größeren Unterstützung unserer Arbeit, um diese notwendige Aufgabe wieder anzukurbeln.

### Schulkampfpraxis

Vor unserem Einstieg in die Zeugniselaßkampagne waren wir unter den Schülern weitgehend isoliert. Auch unsere noch vor einem Jahr recht starken Positionen in der Landesschülervertretung waren vollständig verloren. Einzige Ausnahmen waren drei Genossen, die an ihren Schulen durchgehend in Schülergruppen gearbeitet haben. Das konnte inzwischen etwas verbessert werden. Schon unser erstes Flugblatt zum ZE (vom SSB) wurde von einigen Schülern außer uns mit verteilt. Durch die Mitarbeit und den Aufbau von bezirklichen Treffs gegen den ZE gelang es uns, neue Verbindungen zu knüpfen. Zur Vorbereitung der (in

AK 154 geschilderten) Aktionen gelang es uns, ein Treffen zu initiieren, an dem ca. 40 Schüler aus 17 Schulen beteiligt waren. Die neu gewonnenen Kontakte und die recht gute Mobilisierung haben unseren Genoss/innen anfangs neuen Mut gegeben und vorübergehend das Gefühl beseitigt, daß es mit dem SSB immer nur bergab geht und nichts mehr gelingt. Allerdings kippte dies teilweise nach Verabschiedung des ZE um, als auch die Schülerbewegung abebbte.

Hier trat das alte Problem des SSB wieder auf, stark von „Stimmungen“ abhängig zu sein. Wir haben dann diskutiert, daß es für uns darauf ankommt, ganz konkrete Probleme an den Schulen aufzugreifen, dabei mit möglichst vielen Schülern „zusammenzuarbeiten“. Natürlich kann das nicht auf Krampf entwickelt werden, sondern wir müssen lernen, Anknüpfungspunkte zu finden. Dabei machten wir (gezwungenermaßen) gerade einige Fortschritte, da fast alle unsere Genossen gerade die Schulsprecherwahlen hinter sich haben. Hier kam es gerade darauf an, nicht nur allgemeine Schnacks zu bringen, sondern die Sorgen und Probleme der Schüler zu kennen und auch anzupacken. Die bisher gelaufenen Wahlen zeigen, daß uns dies recht unterschiedlich gut gelungen ist. Einige unserer Genoss/innen wurden (sogar teilweise mit großem Vorsprung) als Schulsprecher gewählt, an anderen Schulen gab es aber auch schlechte Ergebnisse, bei denen auch deutlich wurde, daß es uns dort noch nicht gelungen ist, unsere Isolierung zu durchbrechen.

### Schulung

Die Schulungsarbeit ist nach wie vor ein großes Problem. Nachdem wir uns nach der Auflösung des alten SSB ein halbes Jahr ausschließlich mit Schulung beschäftigt hatten, zeigte sich, daß die Mehrzahl der Beteiligten dadurch erstmals ausführlich z.B. die Restauration der BRD diskutierte, von einem Neuaufbau einer Schülerarbeit aber nichts zu spüren war. Trotz anfänglichen Eifers entsprach dies im Nachhinein gesehen nicht den Interessen der verbliebenen Genoss/innen. Nach „Aufbau“ des neuen SSB fiel unsere Schulungsarbeit zuerst krass ab. Wir konzentrierten uns auf die Untersuchungen zur Bildungspolitik (was im weiteren Sinn natürlich auch Schulung war) und die Entwicklung unserer praktischen Politik. Eigentlich wollen wir wöchentlich anhand des AK aktuelle Themen diskutieren. Diese Termine fallen aber häufig mangels Vorbereitung oder wegen der Diskussion von praktischen Aktivitäten aus.

Wir haben gute Erfahrungen mit

Wir haben gute Erfahrungen mit Wochenendseminaren gemacht. So haben wir z.B. in den letzten Herbstferien eine Woche in Dänemark eine Schulung durchgeführt. Wir hatten uns die Auseinandersetzung mit dem Anarchismus zum Thema genommen. Wir haben dort verschiedene Texte (sowohl anarchistische als auch leninistische) zur Rolle der Partei, zur Diktatur des Proletariats, zum Absterben oder Abschaffen des Staates usw. gelesen und gemeinsam diskutiert. Andere Wochenendseminare dienten der Diskussion einiger der zur Kongreßvorbereitung erschienenen Texte in den UW's. Uns macht es zu schaffen, daß es uns, gerade was den Punkt Schulung / aktuelle politische Diskussion angeht, nicht gelingt, auch nur annähernd das einzuhalten, was wir uns vornehmen, bzw. für notwendig halten. So gibt es jetzt Genoss/innen im SSB, die sagen, „die SSB-Arbeit bringt mir nichts, alleine schaff ich das alles genauso“ und deshalb teilweise nicht zu Terminen kommen. So wächst der Frust der anderen – also ein Kreislauf.

Speziell in den Monaten nach den Sommerferien wurde der „Frust“ zu einem zunehmenden Problem für uns. Grundlage dieses „Frusts“ ist offensichtlich, daß die Genoss/innen des SSB (als auch die jeweiligen Anleiter!) von der Vorstellung ausgehen, doch ziemlich bald wieder Ansätze zu sehen, um in alter Größe (vor zwei Jahren hatte der SSB noch über hundert Mitglieder) da zu stehen. Leider eine Illusion in der heutigen Zeit. Es zeigt sich immer mehr, daß wir neue Wege gehen müssen, um erfolgreiche Politik betreiben zu können. So arbeiten z.B. einige von uns beim Aufbau einer „Schüler gegen Rechts“-Initiative (hauptsächlich Thema: Strauß) mit, die schon beim zweiten Treffen von über 40 Schülern besucht war. Überraschend war vor allem, wie groß die Bereitschaft zur Aufnahme einer längerfristigen Arbeit war.

SSB (Schüler)

## Rrrrevolutionäre Jugendorganisationen und die Alternativszene

Im letzten ARBEITERKAMPF wurde über die antischule, reaktionäre Hetze des „Roten Rebells“ berichtet (Jugendzeitung der KPD/ML). Inzwischen sind uns weitere Artikel von „ML“-Jugendorganisationen zu Gesicht gekommen, die sich mit der Alternativszene „auseinandersetzen“. Offensichtlich scheint es zu diesem Thema auch in der Mitgliedschaft der Organisationen Diskussionen und auch Kritik zu geben (siehe Leserbrief im „Rebell“, Jugendzeitung des KABD-eigenen Jugendverbandes RJVD, Nr. 7/8 – 79). Während der KJVD (Jugendverband der „KPD“), der RJVD und der BDP-Bayern versuchen, sich einigermaßen sachlich mit der „Szene“ auseinanderzusetzen, sieht man bei den „Roten Rebellen“ Redakteuren förmlich den Schaum vor dem Mund. Im folgenden einige Kommentare zu dem „Umsonst & Draußen“-Rockfestival in Vlotho: „Zwischen 40.000 und 100.000 kamen zum bisher größten Treffen der kaputten Szene ...“ („RR“ 10/79).

„Spinner, Stadtindianer und Althippies, Schwule, Lesben, Graswurzelrevolutionäre, Landkommunarden und Makrobiotiker, Haschraucher, religiöse Sektierer, Anarchisten, Spontaneisten, Sexualreformer und Seelenrevoluzzer, Hindus, Mystiker, Ausgeflippte, Penner, Freaks und fernöstliche Meditationsanhänger, Transvestiten und Naturschwärmer, Subkulturler, Sozialutopisten und Undergroundanhänger, kurz: alles, was die 'Bunten' eben so ungeheuer bunt und die Szene so ungeheuer 'alternativ' macht. (...) Klassenkampf? Tarifauseinandersetzungen? Vormarsch von Strauß & Co, Bullenterror, Ausperung, Reaktion und Faschismus? Kein Thema für die 'Szene'. Es gibt ja auch weißgott wichtigeres. Die 'Unterdrückung der Schwulen' beispielsweise, oder die Entwicklung 'neuer Formen der Kreativität und Spontaneität'“ („RR“ 9/79).

Schließlich darf der Hinweis nicht fehlen, daß die Bourgeoisie dieser Alternativbewegung im Grunde wohlwollend zusieht („...die liberalen bürgerlichen Medien zeigen da durchaus wohlwollendes Interesse“; „RR“ 9/79) – um dann zu behaupten:

„...Veranstaltungen dieser Art sind eine Art Propaganda für die Abkehr von jeder wirksamen Politik und jedem wirksamen Kampf. Und insofern ist es auch keine gute Sache, die von den sicherlich wohlmeinenden Jugendpflégern da organisiert wird“ („RR“ 9/79).

Das kann doch nur heißen, daß man als anständiger „MLer“ solche von Jugendlichen selbstorganisierten, „antikommerziellen“ Festivals be- von Jugendlichen selbstorganisierten, „antikommerziellen“ Festivals bekämpfen muß. In diesem Sinne schreiben sie dann in ihrem „RR“ (10/79): „Dem 'Schneeball' (mitveranstaltende Musikerkooperative, Anm.AK) geht die Luft aus, traurig sind wir da nicht. Zur Beisetzung von 'Umsonst und draußen' wünschen wir vollen Erfolg.“

In einer Filmkritik zur „Rocky Horror Picture Show“ beschimpfen die „RR“-Redakteure das Publikum folgendermaßen: „Wenn diese armen Irren für ihre befreiende Show nicht noch das schützende Dunkel muffiger Programmkinos brauchen, man müßte sie direkt ernst nehmen.“ („RR“ 10/79).

Das ist wirklich Originalton „Bild“-Zeitung, und man sollte das jedem MLer vor die Nase halten und ihn auffordern, dagegen zu protestieren! Bekanntlich hat besonders die Jugendorganisation „der Partei“ im letzten Jahr vor allem mit ihrem buntbilderten „Roten Rebell“ versucht, sich ein möglichst jugendgemäßes Image zuzulegen. Das scheint bei oberflächlicher Betrachtung sogar gelungen – bei genauerem Hinsehen entdeckt man jedoch bekannte braune Scheiße.

### Der Rrrrevolutionäre Jugendverband Deutschlands.....

.....vergleicht in seiner Zeitung „Rebell“ (10/79) die heutige „Alternativszene“ mit der Bewegung der Wandervögel in den 20er Jahren:

„Es war eine Bewegung, die geradezu die Abkehr ins Unpolitische propagierte. Ähnliches sehen wir doch heute in veränderter Form aber mit dem gleichen Inhalt bei der Alternativbewegung. Deshalb können wir unserer Leserin aus Hamburg nicht zustimmen, wenn sie die Alternativ-Bewegung quasi zur neutralen Zone erklärt, die man nicht kapitalistisch oder antikapitalistisch einordnen könne.“

Das gilt auch für solche Alternativen, die sich nicht aus der politischen

Bewegung zurückziehen, sondern mit 'Bunten Listen' usw. Parlamentserfolge erringen wollen. Sie wollen zwar in Worten die Gesellschaft verändern, gehen aber einen völlig untauglichen Weg.

Denn nur eine wachsende und kampfstärke Arbeiterbewegung in unserem Land kann ein Garant für den Fortschritt sein. Dies wird aber durch die Kandidatur von 'Bunten Listen', die sich aus einer Mixtur linker Projektgruppen zusammensetzen, nicht erreicht. Das ist auch gar nicht das erklärte Ziel dieser Gruppen.

Es ist doch offensichtlich, daß jeder Streik der Arbeiter den hohen Herren bei weitem mehr in die Knochen fährt, als es die bunteste aller 'Bunten Listen' könnte.“

Mit solchen Standpunkten manövriert sich auch der RJVD in eine windstille ML-Ecke. Derweil wählen in allen Bundesländern Jugendliche bunte und grüne Listen, weil sie sich von den bürgerlichen Politikern verschärft und betrogen fühlen. Bürgerliche Politiker stellen erschreckt fest, daß eine neue Jugendbewegung entstanden ist, die in „aggressiver Distanz“ (SPD-Bildungssenator Glotz) zu Parteien und Gewerkschaften steht. Die Bunten Listen fühlen sich der Arbeiterklasse allerdings verbunden und sehen durchaus keinen unüberwindlichen Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und „Alternativszene“. Diese Tatsache wird jedoch auch der RJVD-„Rebell“ seinen Leserinnen und Lesern letztendlich nicht verschweigen können.



**„Die lassen mich nicht inne Rote Garde, weil ich denen zu bürgerlich bin!“**

Jonny B. Friek, Dipl.-Penner, Essen/Ruhr.

Und Recht hat er! Wer Politik für 'ne besonders abschreckende Art von Maloche hält, für den sind wir nix. Politik ist zu wichtig, um sie Bossen, Bonzen und Bullen zu überlassen. Deswegen haben wir was gegen Spinner, Spießer, Sprüchemacher. Mit denen kriegen wir nie, was wir wollen. Und wir wollen viel. Wir wollen alles: den Sozialismus. Notfalls mit Gewalt. Was die Rote Garde zu bieten hat? „Blut, Schweiß und Tränen!“ Oder jedenfalls 'ne Menge Spaß.

☐ Ich möchte Mitglied der Rote Garde werden:  
☐ Ich möchte Informationsmaterial über die Rote Garde zugeschickt bekommen:

Name \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
PLZ / Ort \_\_\_\_\_

Exemplar an: ROTE GARDE, Wertheimer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

**Jetzt aber schnell!**

...und warum bist du noch nicht Mitglied?

## Spendeneingängen für den ARBEITERKAMPF

Solidaritätessen bei Hz., Hamburg	120,-	A.E.	100,-
H.S., Hannover	20,-	P.Sch., Hamburg	50,-
Sammlung „Zentrum“ 31.10.79	181,50	R.C., Hamburg	150,-
ÖTV-Bereich, KB Gruppe Hamburg	81,-	V.K., Hamburg 70	50,-
Chemiebereich, KB Gruppe Hamburg	150,-	KB Gruppe Braunschweig	526,-
BO Eimsbüttel, KB Gruppe Hamburg	105,-	B.K., Nürnberg	10,-
ÖTV-Bereich, KB Gruppe Hamburg	40,-	R.K., Lüneburg	67,-
BO St. Pauli, KB Gruppe Hamburg	200,-	A.L., Viby/Dänemark	50,-
Sammlung „Zentrum“	189,17	KB Gruppe Marburg	600,-
BO Altona, KB Gruppe Hamburg	190,-	Kb Karlsruhe	50,-
K.H.L., Hamburg	100,-	H.J.B., München	100,-
P.B., Konstanz	50,-	G.z.N., Westberlin	100,-
A.M., Göttingen / Spendendose im HFW	109,-	M.v.C., Hannover	50,-
W.P., Hamburg	1.000,-	AK-Leserin, Hannover	18,-
H.St., Hamburg	20,-	K.H.L., Hamburg	100,-
I.Sch., Tübingen	5,-	Lehrlingsbereich, KB Gruppe Hamburg 7	102,56
U.R., Göttingen	150,-	BO Altona, KB Gruppe Hamburg	50,-
B.D., Hamburg	50,-	I. und U., KB Gruppe Wandsbek	46,-
KB Gruppe Kessel	150,-	SSB Studenten, Hamburg / Mensa-Büchertisch	10,-
J. Ka., Ki., N., Flensburg	70,-		
KB Gruppe Marburg	200,-		
P.W., Hannover-Linden	50,-		
O.W., Hamburg	50,-		
Wohngemeinschaft Hildesheim	33,60		
		<b>Summe</b>	<b>5.550,83</b>

Die Spendeneingänge für den ARBEITERKAMPF sind in den letzten 4 Wochen auf schlappe 5.550 DM zusammengeschumpft, d. h. die vielfach noch gar nicht richtig angelaufene Kampagne ist schon wieder voll ins Stocken geraten.

Um das weitere Erscheinen des AK in nächster Zukunft zu sichern und darüber hinaus einen effektiveren, billigeren und ausgereifteren technischen Apparat aufbauen zu können, brauchen wir dringend viele, viele Spenden (große und kleine).

Bitte denkt daran, wenn Ihr Euer „13. Monatsgehalt“ oder Euer Weihnachtsgeld „verplant“!

Spenden können eingezahlt werden auf das Konto:

Rechts Verlag, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50

Dresdner Bank Hamburg  
BLZ 2008000  
Kto. Nr. 4518378  
Stichwort AK-Spende

Postscheckkto. Hamburg  
BLZ 200 100 00  
Kt. Nr. 240595-203  
Stichwort AK-Spende



PPZahl

Dem Gedenken von Johann Georg Elser

# Der verniemandete Widerstand

*Denn es ist ein unwiederbringliches Bild der Vergangenheit, das mit jeder Gegenwart zu verschwinden droht, die sich nicht als in ihm gemeint erkannte.*

Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte

Am 8. November 1939 um 21.20 Uhr – vor nunmehr 40 Jahren – explodierte auf der Traditionsfeier der Nationalsozialisten im Münchener Bürgerbräukeller eine Zeitbombe. Ein Einzelgänger, ein 36 Jahre alter deutscher Arbeiter, hatte den damals einzig möglichen Dialog mit der Macht versucht. Sieben „alte Kämpfer“ und eine Frau wurden durch die detonierende Bombe getötet – Adolf Hitler, dem sie gegolten hatte, hatte kurz zuvor den Saal verlassen. Ein Dialog war mißglückt, ein Eingriff in den Lauf der Weltgeschichte – mit der ganzen Liebe eines deutschen Tüftlers und Bastlers geplant – war mißlungen. Hätte Hitler zu dem Zeitpunkt keine Auseinandersetzung mit dem Oberkommando des Heeres wegen des zwei Monate zuvor begonnenen Krieges gehabt, hätte er den Saal nicht so früh verlassen. Das mißglückte Attentat nützte seinem Mythos, die „Vorsehung hatte ihn bewahrt“.

H ä t t e – ein Begriff im Schnittpunkt von Geschichte.

II

Wer kennt heute Elser?

Kaum jemand. Er war Arbeiter, und er war allein. Er hatte nicht, wie die Herren vom 20. Juli 1944 (fünf Jahre und Stalingrad später!), vor, das Erbe der Macht zu übernehmen: du Gesundheit, ich Finanzen, er Außen-, jener Innen... Johann Georg Elser war namenlos und von unten. Es ist typisch für dieses Land und seine Auffassung von Geschichte, daß er vergessen ist; Elser hatte nur „ein sehr empfindliches Gefühl für das dem einzelnen Menschen zustehende Recht und daher auch für die Grenzen des Staates getrieben“, meinte ein Herr Hoch in den „Vierteljahresheften für Zeitgeschichte“ zu erkennen. Elser wollte den augenblicklich „Obersten“ beseitigen und so, vielleicht, den Krieg, der grad begonnen, beenden helfen. Elser wurde verhaftet, gefoltert, verhört, als „Hitlers Sonderhäftling“ gehalten und schließlich, am 9. April 1945, demselben Tag, an dem auch Bonhoeffer, Canaris, Oster und Sack hingerichtet wurden, auf Befehl aus Berlin, „von höchster Stelle“ ermordet.

Der 20. Juli ist hier kein Feiertag; wie kann da der 8. November einer sein? Die Herren, die Hitler und die NSDAP finanzierten und förderten, fördern heute „entnazifizierte“ Nazis, fälschen die Geschichte durch ihre Haffners, Fests und Golo Manns, breiten das Vergessen aus, verschreiben Amnestie.

III

*Auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört.*

III

*Auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört.*

Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte, VI

Johann Georg Elser wurde am 4. Januar 1903 in Hermaringen/Württemberg als uneheliches Kind geboren; sein Vater, der Gürtler und Holzhändler L. Elser aus Königsbrunn, heiratete später die Mutter; es folgten vier weitere, eheliche Kinder. Georg Elser war ein guter Schüler, er bestand die acht Klassen ohne Mühe. Seine Lieblingsfächer waren Zeichnen und Geometrie.

Der Vater war Alkoholiker, Georg hatte oft Zoff mit ihm. Nach dem 1. Weltkrieg belieh und verkaufte der Vater das Geschäft und Teile seines kleinen Waldstücks. Geld war knapp im Haushalt; Entbehrungen aber kannte Elser nicht.

Er hatte einen Hang zur Zurückgezogenheit und Einsamkeit, war dabei aber kein Einzelgänger; seine Sprache war überlegt und bedächtig. Er sah gut aus, wirkte etwas schüchtern und altmodisch und hatte des öfteren das, was man heute „stille Verhältnisse“ nennt, oft mit Vermieterinnen.

Im Herbst 1917 fand Elser eine Lehrstelle als Dreher in einer Königsbrunner Eisenfabrik; einmal in der Woche Berufsschule. Die „schmutzige Arbeit“ paßte ihm nicht, zudem war er ein wenig zart und anfällig. So gab er die Lehre nach zwei Jahren auf und lernte das Tischlerhandwerk.

Seine Gesellenprüfung bestand er 1922 als Klassenbester. Seither nannte er sich „Kunsttischler“.

1925 verließ er Königsbrunn und wanderte zu Fuß nach Friedrichshafen, wo er in der Propellerabteilung der Flugzeugfirma Dornier arbeitete. Von dort ging er nach Konstanz und fand mit einem anderen Tischler Anstellung in einer Uhrenfabrik; beide musizierten in ihrer Freizeit im „Trachtenverein Oberheinhäler“. In Konstanz wohnte und arbeitete er sieben Jahre und baute hölzerne Uhrengehäuse.

Elser hatte sonst keine männlichen Freunde, mit seiner Familie stand er sich schlecht. Seine Freundinnen waren eine Putzmacherin, eine Kellnerin, mehrere Vermieterinnen. Von Mathilde N. hatte er ein Kind, die Alimante wurden vom Lohn abgezogen, auch, als sie einen anderen heiratete.

In der Jugend war Elser Mitglied der Holzarbeitergewerkschaft. In allen Wahlen vor 1933 stimmte er für die KPD. 1928 oder 1929 trat er dem Rotfrontkämpferbund (RFB) bei. Seine Mitgliedschaft blieb rein passiv, er kaufte nicht einmal eine Uniform, zahlte seine Beiträge, nahm nur an wenigen Treffen teil

und zog die Mitgliedschaft im Trachtenverein, wo er musizierte, vor.

„In den Versammlungen ist lediglich davon gesprochen worden, daß mehr Lohn gezahlt werden soll, bessere Wohnungen geschaffen werden sollen und solche, ähnliche Dinge ... das hat für mich genügt, mich kommunistisch zu orientieren“ (aus den GeStaPo-Protokollen).

Während der Wirtschaftskrise arbeitete er, ohne länger arbeitslos zu sein, in diversen Uhrenfabriken rund um den Bodensee und kehrte immer wieder nach Königsbrunn zurück. Wenn er arbeitslos war, verdiente er sich Kost und Logis – und oft einen Platz im Bett seiner Vermieterin –, indem er schwarz Möbelstücke baute oder reparierte. Auf diesem Gebiet war er sehr selbstkritisch und gab kein Stück aus der Hand, das nicht zu seiner Zufriedenheit gediehen war und bei anderen Anerkennung finden konnte.

Er stand nur einmal vor Gericht – als „Scheidungsgrund“.

Gegen Ende 1933 fand er eine Stelle als ungelernter Arbeiter in einer kleinen Hildesheimer Rüstungsfabrik. Im Sommer darauf hatte er sich zu einem Vertrauensjob hochgearbeitet, wo er die Kontrolle, Verpackung und Auslieferung von Gewehr- und Geschützmunition sowie Zündern übernahm.

In dieser Rüstungsfabrik, das merkte Elser, es war nur zu offensichtlich, stieg die Produktion rapide. „Wer Hitler wählt, wählt Krieg“, hatten vor 1933 die Parolen der KPD zu den Wahlen gelaute. Man wählte Hitler. Verschwunden die KPD, dann die SPD, die Gewerkschaften zunächst verraten, dann verkauft, und dennoch zerschlagen? Und der RFB, und der Mythos von den „proletarischen Hundertschaften“? Und der Mythos vom Hamburger Aufstand, 1923? Und Teddy Thälmann? Erschlagen, zerschlagen, ermordet, inhaftiert. Die Arbeitszeit stieg, der Reallohn fiel – Elser rechnete genau. Das Kapital in Deutschland steuerte ein gutes Geschäft an, den Krieg. Herr Hitler ließ Autobahnen bauen und die Panzer, die auf diesen Autobahnen fahren sollten. Schließlich fuhren.

Elser weigerte sich, bei Aufmärschen die Hakenkreuzfahne zu grüßen. In der Einschätzung der faschistischen Außenpolitik und ihrer Auswirkungen zeigte der einfache Handwerksgelehrte Elser mehr gesunden Menschenverstand als die meisten Intellektuellen. Er sah, daß immer mehr Kisten die Firma, in der er arbeitete, verließen. Er arbeitete in einer Rüstungsfabrik.

IV

*Die warten nicht erst, bis wir reizen. Die reizen wir, weil es uns gibt.*

Christian Geissler, Wird Zeit, daß wir leben.

Elser las kaum ein Buch, sehr selten Zeitung.

Im Herbst 1938 hörte er ausländische Sender. Während der Sudetenkrise hielt Europa den Atem an. Als Hitler hoch gepokert und gewonnen hatte, die Franzosen und Engländer nachgegeben hatten, als der Schatten des Kriegs kurz wich, fielen sich, sagen Zeitgenossen, wildfremde Menschen auf der Straße in die

kert und gewonnen hatte, die Franzosen und Engländer nachgegeben hatten, als der Schatten des Kriegs kurz wich, fielen sich, sagen Zeitgenossen, wildfremde Menschen auf der Straße in die Arme. Elser wußte: Das ist erst der Anfang, das fängt erst an. Er faßte den Entschluß, mit der Macht in jener Sprache zu sprechen, die sie versteht. Seit dem Herbst 1938 richtete er ein Jahr lang sein Leben nach nur diesem Ziel aus. Das Attentat auf Hitler, der sich alljährlich vor seinem Anhänger geschmeiß zum Gedenken an den (so lächerlich fehlgeschlagenen) 1923er Putsch im Münchener Bürgerbräukeller produzierte, wurde von Elser geplant wie seine Schwarzarbeiten: präzise, genau und mit Liebe zum Detail.

Elser war „sicher, daß das Münchener Abkommen zum Krieg führen würde, da Deutschland anderen Ländern gegenüber noch weitere Forderungen stellen und sich andere Länder einverleiben wird“, sagte er gegenüber Arbeitskollegen. So steht's im GeStaPo-Protokoll. Das kapitalistische Betrügerregime, das sich so flink und geschickt den Beinamen „sozialistisch“ zum „nationalen“ gestohlen hatte, beging zudem Lohnraub; noch 1938, sagte er den Herren des Morgengrauens beim Verhör, später, unter der Folter, lagen sie unter dem Niveau von 1929; dafür „stiegen die Abzüge ... und ferner steht die Arbeiterschaft nach meiner Ansicht seit der nationalen Revolution unter einem gewissen Zwang. Der Arbeiter kann z.B. seinen Arbeitsplatz nicht mehr wechseln, ist heute durch die HJ nicht mehr Herr seiner Kinder, und auch in religiöser Hinsicht kann er sich nicht mehr so frei betätigen ... Die Bedingungen in Deutschland ließen sich nur durch eine Beseitigung der augenblicklichen Führung ändern...“, er hoffte, daß „nach Beseitigung dieser Obersten“ gemäßigtere Männer auftreten „und das Los der Arbeiterklasse verbessern“ würden. Die GeStaPo-Protokolle sprechen in der Sprache der Macht, sie benutzen Bullensprache; sie fälschen Elsers Testament, und dennoch dringt etwas von der Gradlinigkeit dieses Mannes durch, in der sich Klasseninstinkt und Konservatismus mischten.

Elser war passionierter Handwerker und Perfektionist; seine Denkmäler waren einfach, er benutzte keine „ismen“. Im Herbst 1938 begann er, sich Sprengstoff aus der Rüstungsfabrik in der er arbeitete, zu besorgen, 250 Säckchen mit Schießpulver. Am 8. November 1938 inspizierte er den Bürgerbräukeller.

Kurz nach der Besetzung Böhmens und Mährens – ein gewisser Schleyer wurde dort Reichsstudienführer und nannte sich bereits „alter Kämpfer“ – kündigte Elser seine Stellung und bereitete mit Vermessungen und Fotos das Attentat in München weiter vor. Gegen Bestechung eines Hausburschen versuchte er, einen Job im Bürgerbräu zu kriegen.

Das Geld ging ihm aus. Er kehrte ins Elternhaus nach Königsbrunn zurück. Elsers Ersparnisse beliefen sich auf 400 Reichsmark. Er fand Arbeit, diesmal, er plante gut, in einem Steinbruch, wo er nicht nur Sprengstoff klaubte, sondern sich auch in Sprengtechnik schulte.

Mitte Mai 1939 verletzte er sich – vermutlich vorsätzlich – am Fuß und kehrte nach der Heilung nicht mehr in den Steinbruch zurück. Dafür experimentierte er im elterlichen Garten mit Bomben und selbstgefertigten Zündern. Einem Tischler, der ihm unwissentlich bei Kleinigkeiten half, und einem Hausherrn gegenüber erklärte er, er arbeite „an einer Erfindung“, die er „sich patentieren lassen“ wolle.

In der Nacht des 5. August 1939 begann er, am Pfeiler im Saal des Bürgerbräu zu arbeiten.

Er brauchte etwa 30 bis 35 Nächte dort.

Am Montag, dem 6. November 1939, war er mit seiner Arbeit im Saal fertig, der Pfeiler in der Nähe der Rednertribüne war völlig ausgehöhlt und verkleidet. Er installierte die Bombe, setzte den selbstentwickelten, hochkomplizierten, umständlichen Zündmechanismus in Gang, stellte die Uhr auf Mittwoch, 8. November, 21 Uhr 30, besah sein Werk noch einmal und ging dann zum Bahnhof. Er fuhr nach Stuttgart, zur verheirateten Schwester, erklärte, er sei eingezogen worden und müsse illegal in die Schweiz. Die Schwester gab ihm ein wenig Wegzehrung mit und sagte zum Abschied: „Schreib mal, und bleib gesund!“

Am Dienstag, 7. November, fuhr er noch einmal nach München, um die Apparatur zu überprüfen und nahm daraufhin den Zug nach Konstanz.

Der Polenfeldzug der deutschen Imperialisten war gerade „siegreich beendet“.

Adolf Hitler betrat pünktlich, um 20 Uhr, den Bürgerbräukeller. Er redete von 20 Uhr 10 bis 21 Uhr 07 und verließ – damit gegen seine Gepflogenheiten verstößend (er hatte Auseinandersetzungen mit von Brauchitsch und Co. im OKH) – das Gebäude um 21 Uhr 07.

Um 21 Uhr 10, andere Zeugen sagen: 21 Uhr 20, explodierte die Bombe!

Statt Hitler starben sieben „Alte Kämpfer“ und eine Kellnerin, 63 Personen wurden verletzt, davon 16 schwer.

Der „Völkische Beobachter“ schrieb: „Die wunderbare Errettung des Führers“ und drohte: „Sie sollen uns kennenlernen!“ Elser wurde an der Grenze verhaftet.

Noch in der Nacht des Attentats wurde auf Befehl des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei, Himmler, aus Befehlen der GeStaPo und der Kriminalpolizei eine „Sonderkommission Bürgerbräuentat“ gebildet. Für die Feststellung der Täter wurde eine Belohnung von 600.000 RM ausgesetzt.

Am 13. November 1939 vernahm der Leiter der „Täterkommission“, Kriminalrat Huber, Elser selbst. Da am Tatort festgestellt worden war, daß die Sprengstelle sich in der Säule dicht über dem Fußboden der Galerie befunden, der Täter also kniend gearbeitet haben mußte, ließ sich Huber im Laufe des Verhörs Elsers Knie zeigen. Sie waren entzündet, wund und verschorft. Um aufzustehen, hatte ein deutscher Arbeiter knien müssen.

Elser wurde gefoltert, Ende 1944 oder Anfang 1945 von Sachsenhausen ins KZ Dachau überführt, in die Abteilung für „Sonderhäftlinge“. Zwanzig Tage vor der Befreiung des Lagers durch die Amerikaner wurde er ermordet.

V

*Es muß was Schönes sein um die Tugend, Herr Hauptmann. Aber ich bin ein armer Kerl.*

Georg Büchner, Woyzeck

Ein Volk, das seine Vergangenheit nicht aufarbeitet, ist verdammt, sie zu wiederholen. Weihnachten, Ostern, Reformationsfest, Allerheiligen, 17. Juni, 1. Mai – die Pfaffen und die Herren und ihre Sklavenhalterorganisationen feiern ihre Gedenktage. Auf den Empfängen zu Hitlers Geburtstag und denen zum 20. Juli (1744? 1844? 1944? fragt mal Hauptschüler danach!) protesten und protesten sich die gleichen Mördervätern zu. Der NSKK-Bayer und seine Kettenhunde nennen ungestraft die Opfer Mörder; wer da totalitär auf den Atomstaat dringt, versprüht Totalitarismustheorien. Unsere Vergangenheit ist Gegenwart, Tobruk wird in Mogadischu fortgesetzt; der Bundesgerichtshof ehrt seine Vorgänger von 1933 - 1945.

Wieviele NS-Eliteeinheiten mußten Dienst an der „Heimatfront“ versehen, den Arbeiterwiderstand niederhalten in Fabriken und KZs? Gab's da nur den von Stauffenberg, keine Edelweißpiraten? Der Widerstand von unten hat keine Tradition?

Am 8. November 1939, abends gegen 20 Uhr 45, wurde in Konstanz ein Mann von zwei Zollbeamten gestellt. Wie hießen die Zöllner? Bis wann taten sie Dienst? Wer zahlte ihre Rente? Wer schuf das 131er Gesetz? Am 8. November 1939 sollte eine Bombe im Saal des Bürgerbräukellers Adolf Hitler, neben Goethe das bekannteste Produkt deutsch-bürgerlicher Zivilisation, und einige seiner engsten Gefolgsleute töten. Dem die Bombe gegolten hatte, überlebte sie und überlebt, auf neue Weise, bis heute. Der die Bombe gebaut, installiert und zur Explosion gebracht hatte, wurde gefaßt, ermordet und vergessen. Bis auf den heutigen Tag.

Johann Georg Elser war, auf seine Weise, ein sehr deutscher Widerstandskämpfer. Wir sollten, wir dürfen ihn nicht vergessen. Eine Krankheit geht um in Deutschland, und die heißt: Verlust der Erinnerung, Verlust der Vergangenheit, Verlust der Fähigkeit zum Trauern. Bleiben wir resistent!